C 21734 D

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 58/59 2.4.75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 1 DM

SIEG IM VOLKSKRIEG

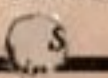
Das Thieu-Regime vor dem Zusammenbruch!

In Südvietnam befinden sich die Truppen des Saigoner Regimes seit Mitte März auf dem ‚Rückzug', der gegen Ende des Monats immer deutlicher die Züge einer panischen Flucht annahm. Eine Offensive der Volksbefreiungskräfte hat innerhalb von kaum zwei Wochen elf Provinzen befreien können, zusätzlich zu der schon im Januar befreiten Provinz Phuog Long (Stand am 29.3.). In Hue, einer der größten Städte Südvietnams, ergaben sich am 25.3. die letzten Thieu-Truppen. Nach dem Fall von Hue sprach das Saigoner Regime von der Formierung eines ‚neuen Verteidigungsrings' um die Hafenstadt Danang, die nach Saigon zweitgrößte Stadt Südvietnams . Indessen hatten die nach Danang geflüchteten Thieu-Truppen nur noch einen Gedanken: In der Stadt plündern und sich dann schleunigst absetzen. Es wird berichtet, daß sich Soldaten mit vorgehaltener Waffe einen Platz in den Flugzeugen verschafften, die Zivilisten aus Danang ausfliegen sollten. Nach den letzten Meldungen haben sich die Thieu-Truppen in Danang am 29. 3. den Volksbefreiungskräften ergeben müssen.

Um diesen unglaublich raschen Zusammenbruch der Thieu-Truppen irgendwie zu erklären, hat das Saigoner Regime eine Legende erfunden, die von der bürgerlichen Presse eifrig verbreitet wird: Stark überlegene Verbände der nordvietnamesischen Armee seien zur Offensive angetreten...

Tatsächlich gibt es für diese Behauptung keinerlei Beweise. Es gibt bemerkenswerter Weise auch keine größeren Kämpfe, wie noch zu Anfang der 70er Jahre. Die Thieu-Truppen fliehen praktisch kampflos oder müssen sich innerhalb weniger Tage ergeben. Dieses „Phänomen" erklärt sich daraus, daß die nunmehr geräumten Provinzen schon zur Zeit des Pariser Abkommens (Anfang 1973) weitgehend von den Volkskräften kontrolliert wurden. Die Thieu-Truppen hielten sich schon damals nur noch in wenigen Stützpunkten, von

FORTSETZUNG SEITE 2



Der Widerstand lebt und erstarkt

Chile



Siehe Artikel auf Seite 4

Nach der Metalltarifrunde:

Übertarifliche Zulagen werden gestrichen

Unter der Überschrift:

„Die Gewerkschaft ging voran, jetzt sind die Unternehmer dran" fordert das DGB-Zentralorgan „Welt der Arbeit" die Kapitalisten auf: *„Nun investiert mal ein bißchen schneller."*

Deutlicher kann man wohl die zurückweichlerische Haltung der Gewerkschaftsführer gegenüber den Forderungen der Kapitalisten kaum ausdrücken – nur alle beschwörenden Appelle der DGB-Führer helfen da nicht viel. Die Kapitalisten haben nun einmal ihren Profit im Sinn, und der läßt sich nun einmal nicht mit den Bedürfnissen der Arbeiterklasse vereinbaren.

Die Kapitalisten wissen allerdings die Haltung der DGB-Führer zu schätzen. Von höchster Seite gab es Lob. Da sagte der Altnazi und Bankier Hermann J. Abs: *„Mit den jüngsten Tarifabschlüssen, die ein Schritt zur Überwindung der Schwächen am Arbeitsmarkt sind, haben die Gewerkschaften in höchstem Maße gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein bewiesen."* („Welt" 20.3.). Schützenhilfe gab es auch vom Arbeitgeber-Präsidenten Schleyer, der auf der Jahresmitgliederversammlung des BDA den versammelten Kapitalisten mitteilte: *„Die Lohnabschlüsse der letzten Monate ... (sind) ... ein Indiz dafür, daß die Einsichten in die Notwendigkeit einer Tarifpolitik gewachsen sind, die den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht."*

Während die Gewerkschaftsführer die Unternehmergewinne und im Gefolge Investitionen anbeten, „vervollständigen" die Kapitalisten in eigener Aktion den Lohnraub an der Arbeiterklasse. Verstärkt gehen sie daran, in den Betrieben den 6,8% Abschluß mit den bisher gezahlten übertariflichen Leistungen zu verrechnen. In einer Vielzahl von Betrieben ist ihnen dies bisher auch ohne größeren Widerstand gelungen. Bereits jetzt zeichnet sich deutlich ab, daß 1975 das traurige Rekordjahr im Reallohnabbau in der BRD wird, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, durch selbstständige Kampfaktionen den Plänen der Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung zu machen.



Streik der Kollegen von Terrot in Waiblingen

In einer Reihe von Betrieben ist der Versuch der Kapitalisten, die Tarif„erhöhung" auch noch auf die übertarifliche Zulagen anzurechnen, auf Widerstand gestoßen. Sie antworteten mit Warnstreiks, zum Teil auch mit mehrtägigen Streiks. Hier einige Fälle vom Ende Februar/März:

Eisen- und Tempergießerei Tillmanns, Velbert:
3 Tage lang streikten 300 Arbeiter gegen die Anrechnung der 6,8%. Erst nach 3 Tagen stimmte die Geschäftsleitung Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu.
Metallwerk Hubert & Wagner, Unna:
270 Arbeiter protestierten mit einem kurzem Warnstreik.
Zanker (Waschmaschinen), Tübingen:
Etwa 200 Arbeiter beteiligten sich an einem Warnstreik.
Firma Nilos in Hilden:
Eine dreiviertel Stunde streikten etwa 100 Arbeiter gegen die Absicht der Kapitalisten, nur 4,5% auszuzahlen.
C. Terrot Söhne, Waiblingen:
Die Arbeiter der Strickmaschinenfabrik streikten fast drei Tage lang gegen die Anrechnung von 1,8% auf die außertariflichen Zulagen. An dem Streik beteiligten sich auch die Arbeiter im Zweigwerk Bad Cannstatt.
Mailänder, Bietigheim:
In der Druckmaschinenfabrik in Bietigheim bei Ludwigsburg traten 100 Arbeiter in einen kurzen Warnstreik.
Hehaco, Wuppertal:
50 Arbeiter im Kaltwalzwerk beteiligten sich an einem kurzen Warnstreik.
Scharmann & Co, Mönchengladbach:
Beim Hersteller für Horizontalbohr- und Fräswerke traten 400 Arbeiter spontan in einen Warnstreik. Im Zweigwerk Wickrath schlossen sich 80 Arbeiter an. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

BR-Wahlen bei Hanomag-Henschel:

Großer Erfolg der "alternative"

Am 13. und 14. März wurden im Harburger Hanomag-Werk die neuen Betriebsräte gewählt.
Im Arbeiterbereich hatten die Kollegen zwischen der „offiziellen" Liste der IG Metall und der Liste „alternative" (die von sieben in Opposition zur Gewerkschaftsführung stehenden Gewerkschaftern gebildet wurde) zu entscheiden.
Die Angestellten, die sich für getrennte Wahlen ausgesprochen hatten, führten eine Persönlichkeitswahl durch (hier kandidierten nur Kollegen auf einer Liste der IGM).
Die Liste „alternative" erhielt über 35 Prozent der Arbeiterstimmen, während die von der Vertrauenskörperleitung zusammengestellte „offizielle" IGM-Liste „nur" 64,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit werden künftig vier Kolleginnen und Kollegen von der Liste „alternative" und nur noch zwölf Vertreter (acht „Arbeiter" und vier Angestellte) der Gewerkschaftsführung den Betriebsrat bilden. Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg für die fortschrittlichen Kräfte bei Hanomag und eine böse Schlappe für die bisherigen, alteingesessenen sozialdemokratischen Betriebsräte!
Damit wird erstmals wieder seit sehr, sehr langer Zeit in der Betriebsratsarbeit bei Hanomag eine Opposition zur Politik der Anpassung an das Unternehmerinteresse zur Geltung kommen.

BR-Wahlen vor dem Hintergrund schärfster Rationalisierungen

Verlauf und Ergebnis der BR-Wahlen bei Hanomag sind nicht zu verstehen, wenn man die Lage der Kollegenschaft und die bisherige Betriebsratspolitik nicht kennt. Es ist nämlich nicht so, daß die klassenbewußten und kommunistischen Kolleginnen und Kollegen nur (!) aufgrund eines guten Wahlkampfes, sachlicher Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und positiver Vorschläge für die künftige Betriebsratsarbeit (formuliert in einem Programm) einen relativ großen Stimmenanteil auf sich vereinigen konnten (denn das haben die linken, in Opposition zur Politik der „Sozialpartnerschaft" stehenden Kollegengruppen auch in anderen Betrieben getan, z.B. in allen größeren Hamburger Chemiebetrieben; ohne daß diese Gruppen auch nur einen ihrer Kandidaten „durchbringen" konnten!), sondern u.E. waren die konkreten Erfahrungen der Hanomag-Arbeiter mit der scharfen Rationalisierungspolitik der Daimler-Benz-Konzernleitung und die Stellung des alten Betriebsrates zu den Einzelmaßnahmen der Rationalisierung ausschlaggebend für das „Wahlverhalten"!

FORTSETZUNG SEITE 26

Indochina

Sieg im Volkskrieg!
Das Thieu-Regime vor dem Zusammenbruch



Kämpfer der Roten Khmer



FORTSETZUNG VON SEITE 1

denen aus sie immer wieder vertragswidrige Überfälle auf die Befreiten Gebiete unternahmen. Die Bereitschaft der Provisorischen Revolutionsregierung, trotzdem solange wie möglich am Pariser Abkommen festzuhalten, wurde so in einer Weise provoziert, die schließlich zur gegenwärtigen Offensive und zur Katastrophe der Thieu-Truppen innerhalb von kaum zwei Wochen führte. Das erklärt sich nicht aus dem Aufmarsch einer nordvietnamesischen Geisterarmee, sondern aus der Isoliertheit und politisch-moralischen Zerrüttung der Thieu-Truppen auf der einen Seite und der Verbindung von Offensive der Volksbefreiungskräfte, Partisanenaktionen und Revolten der örtlichen Bevölkerung auf der anderen Seite.

Der Terror des Thieu-Regimes gegen das südvietnamesische Volk steigert sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ungeheuer. Erstmals seit der letzten größeren Offensive, 1972, wurde in Saigon die nächtliche Ausgangssperre um zwei Stunden verlängert. Gleichzeitig ordneten die Faschisten Generalmobilmachung an, wobei sie die Altersgrenze für den aktiven Militärdienst von 18 auf 17 (!) Jahre herabsetzten und nach oben von 35 auf 43 herauf! Gleichzeitig wurden zahlreiche Befreiungen vom Kriegsdienst rückgängig gemacht sowie die Strafen für Deserteure und Wehrpflichtige, die ihrer Einberufung nicht nachkommen, „verschärft".

Während sich selbst in Saigon die Opposition gegen das Thieu-Regime formiert, ließ das Regime am 27.3. eine Anzahl bürgerliche Oppositionspolitiker festnehmen, da sie angeblich einen Putsch geplant hätten. Das zeigt deutlich, wie sich sogar unter den herrschenden Kreisen Saigons die Widersprüche immer mehr verschärfen und das Thieu-Regime immer mehr dem Abgrund entgegentaumelt.



Kämpfer des Vietcong

Thieu-Regime zwingt Bevölkerung zur „Flucht"

Die bürgerliche Presse schwelgt in diesen Wochen im „Flüchtlings"elend in Südvietnam. *„Eine Million Vietnamesen fliehen vor dem Vietkong"* (so die der SPD nahestehende „Hamburger Morgenpost" am 24.3.). *„Die letzte Flucht vor den Roten"* („Bild", 19.3.). Gezielt soll hier der Eindruck erweckt werden, als würden diese Menschen vor den Volksbefreiungskräften fliehen, um nicht unter die Herrschaft der „Roten" (d.h. der Provisorischen Revolutionsregierung) zu geraten. Dies verbindet sich mit wütender Hetze (*„die Welt schaut tatenlos zu"* – „Mopo", 24.3.; *„die freie Welt sieht zu"* – „BamS", 23.3.), die eine Stimmung schaffen soll, daß die „freie Welt" (vor allem der US-Imperialismus) doch eigentlich etwas „tun" müßte, um so schließlich zur Schlußfolgerung zu gelangen: **„Für uns heißt das: Wir müssen unseren Verteidigungswillen stärken"** („Bild", 19.3.).

Tatsache ist, daß der Strom Hunderttausender Flüchtlinge von den Thieu-Truppen bewußt produziert wird, indem die Bevölkerung mit direkten und indirekten Drohungen (offene militärische Gewalt bzw. Androhung kommender Bombardierungen) zum Verlassen ihrer Wohngebiete gezwungen wird. Dieses Vorgehen dient den Thieu-Truppen dazu, sich auf ihrer panischen Flucht einen Schutz zu verschaffen, weil sie genau wissen, daß die Volksbefreiungskräfte die Flüchtlinge nicht angreifen. Zweitens verfolgt das Regime damit die Absicht, die befreiten Gebiete möglichst weitgehend zu entvölkern. Und drittens dient diese Praxis dazu, der internationalen bürgerlichen Presse den gewünschten antikommunistischen Effekt („Flucht vor den Roten") zu ermöglichen.

In vergleichsweise liberalen Artikeln der bürgerlichen Presse kommt jedoch die Wahrheit zum Vorschein. So schrieb die „Frankfurter Rundschau": *„In Regierungskreisen hieß es, Regierungsbeamte hätten die ... Menschen angewiesen (!), das Land zu verlassen. Sie begründeten diese Anordnung damit, daß sich die Bevölkerung im Falle eines Bleibens starken Artillerie- und Luftangriffen (!!) der Regierungstruppen aussetzen würde"* (20.3.). Und einige Tage später: *„Ende der sechziger Jahre ... erfanden amerikanische Militärs gemeinsam mit ihren Polit-Strategen die Methode der ‚Flüchtlings-Erzeugung' ... Es bedeutete nichts anderes, als daß man ganze Provinzen mehr oder weniger mit Gewalt entvölkert hat, um freies Schußfeld zu bekommen und um den Guerillasoldaten des Vietcong die Deckung durch die Zivilbevölkerung zu nehmen. Den Opfern dieser Praktiken blieb nur die Wahl, ihre Dörfer zu verlassen und ins Ungewisse zu flüchten – oder freiwillig zu Zielen von Flächenbombardements zu werden"* („FR", 27.3.).

Die zwangsweise Einsperrung des Volkes in „strategische Dörfer" während der Phase der „Vietnamisierung" des Krieges, um gemäß den CIA-„Anti-Guerilla-Strategen" den „Fischen das Wasser zu entziehen", findet in der zwangsweisen Entvölkerung der vom Thieu-Regime „aufgegebenen" Provinzen ihre konsequente Fortsetzung.

Das Pariser Vietnam-Abkommen widerspricht zutiefst dem Wesen des Thieu-Regimes!

Es muß betont werden, daß das Thieu-Regime sich zu keiner Zeit an die Bestimmungen des am 28.1.73 von der DRV, Provisorischer Revolutionsregierung/FNL, Thieu-Regime und US-Imperialisten unterzeichneten Pariser Vietnam-Abkommens gehalten haben.

Das Abkommen sah die Beendigung der Kampfhandlungen, die Durchführung freier Wahlen sowie zur Vorbereitung die Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der FNL vor. Ferner wurde die Waffenhilfe für alle Parteien auf die Ersetzung des jeweiligen Potentials beim „Status quo" der Vertragsunterzeichnung begrenzt. Ebenso wurden die Grenzen auf dem gegebenen Stand festgelegt. Zentraler Punkt des Abkommens war ferner das Verbot jeglicher Einmischung des US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Vietnams. So trafen denn die US-Imperialisten, nachdem sie Weihnachten '72, zwei Monate vor Unterzeichnung des schon im Oktober '72 ausgehandelten Abkommens, die Städte der DRV noch einmal zum „Abschied" brutal bombardiert hatten, fieberhafte Vorbereitungen, um ihre strategischen Positionen in Indochina trotz Abkommen zu festigen.

Daß der US-Imperialismus von Anfang an die Fortführung der Aggression durch seine Marionette Thieu ins Auge gefaßt hatte, machte jüngst Kissinger, dem man immerhin für die Unterzeichnung des Vietnam-Abkommens den Friedensnobelpreis um den Hals hängte (!!), wieder einmal deutlich. Anläßlich der Ablehnung einer von der US-Regierung geforderten zusätzlichen Militärhilfe für das Thieu-Regime in Höhe von 300 Millionen Dollar durch den US-Kongreß erklärte Kissinger, er hätte „ ... *die Friedensvereinbarungen für Vietnam im Januar 1973 nicht unterzeichnet (!!), wenn er hätte voraussehen können, daß der Kongreß einer weiteren Hilfe für Südvietnam so großen Widerstand entgegensetzen würde"* („Welt", 21.3.75).

Die Thieu-Clique hat, gestützt durch US-Finanzen, niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie nicht gewillt ist, das Abkommen einzuhalten.

Schon im März 1973 erklärte Thieu in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Nouvel Observateure", daß die südvietnamesische Armee jedes Dorf, daß die Flagge der Befreiungsfront zeigt, bombardieren wird.

Zur Stabilisierung seiner Herrschaft traf Thieu unter völliger Mißachtung des Pariser Abkommens eine ganze Latte von faschistischen Unterjochungsmaßnahmen, von denen die wichtigsten sind:

- Jeder, der in den vom Saigoner Regime kontrollierten Gebieten für die FNL wirbt, wird standrechtlich erschossen;
- in sog. „gefährdeten Dörfern" wurden die Personalausweise eingesammelt, und dadurch praktisch eine Reisesperre verhängt;
- 200.000 politische Gefangene erklärte Thieu zu „Kriminellen", um sie nicht dem Abkommen entsprechend freilassen zu müssen;
- Verbot von „Zusammenrottungen" über drei Personen;
- nächtliche Ausgangssperre, u.v.m.

Deshalb ist nach den Erfahrungen von zwei Jahren Sabotage des Vietnam-Abkommens durch den Faschisten Thieu das vietnamesische Volk wieder machtvoll angetreten, um, geleitet von der Erkenntnis, **„Solange Thieu an der Macht bleibt, wird es keinen Frieden und keine nationale Versöhnung und Eintracht geben!"**, dem Terror ein Ende zu bereiten! (Zitat aus „South Viet Nam in Struggle", Organ der FNL).

Imperialisten finanzieren den Thieu-Faschismus!

Gleich nach Abschluß des Vietnam-Abkommens traten sich die führenden imperialistischen Länder gegenseitig auf den Füßen herum, um den Faschisten Thieu zum „Wiederaufbau" mit riesigen Finanzmitteln zu unterstützen. In einem „Friedensprogramm" bot Nixon seiner Marionette Thieu 7,5 Milliarden Dollar „Entwicklungshilfe" an. Die japanischen Imperialisten boten zwei Milliarden „Entwicklungshilfe" an. Da konnte die Bundesrepublik natürlich nicht abseits stehen. Sie bot kurzerhand zwar nur 130 Millionen DM an, die laut Eppler „natürlich nicht nur humanitäre Hilfe sind", aber „auch mit kleineren Schecks hat man den Fuß in der Tür".

Die US-Imperialisten hatten für das Finanzjahr 1974/75 eine Militärhilfe für Saigon in Höhe von schätzungsweise 1,6 Milliarden sowie eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 750 Millionen Dollar vorgesehen. Der amerikanische Kongreß billigte am 23.7.74 bereits eine Milliarde Dollar Militärhilfe, jedoch seit Anfang 1975 weigert er sich, die weiteren Beträge sowie die Ford'sche Forderung nach zusätzlichen 300 Millionen Dollar abzusegnen.

Wie man das derzeit abgezogene Schauspiel zwischen der US-Regierung und dem „demokratisch" beherrschten Kongreß um die Bewilligung von weiterer Unterstützung auch einschätzen mag, F a k t bleibt jedenfalls, daß die US-Militär- und Wirtschaftshilfe, die durch allerlei windige Winkelzüge ein bei weitem größeres Volumen als offiziell ausgewiesen hat, insgesamt 83,3 % (!!!) des Saigoner Staatshaushaltes ausmacht. Von diesen 83,3 % sind wiederum 66,8 % oder 2,27 Milliarden Dollar reine Militärhilfe! (Zahlen für 1973 aus „South Viet Nam in Struggle", Nr. 261).

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß Gedeih und Verderb des Thieu-Regimes vollständig von den US-Imperialisten abhängt, die ihrerseits zu keiner Zeit – auch nicht nach dem Pariser Abkommen ihre „Hilfe" nennenswert gesenkt haben.

Jede „Hilfe", wie sie auch immer bezeichnet wird, dient unmittelbar der Stützung des Regimes, fließt größtenteils ohnehin, ungeachtet der möglicherweise anderslautenden Bestimmung, in den faschistischen Unterdrückungsapparat und die Kriegsmaschinerie.

So erhält Südvietnam zusammen mit Kambodscha rund 44 % des internationalen „humanitären" Programms „Nahrung für den Frieden", was für Südvietnam jährlich ca. 300 Millionen Dollar ausmacht. Über die tatsächliche Verwendung dieser Mittel enthüllte der US-Senator Hubert Humphrey am 21.2.74 vor dem Senat:

„ *‚Nahrung für den Frieden' ist ein erprobtes Programm ... Aber jetzt sehen wir, wie die Regierung aus diesem angesehenen Programm einen Witz macht, indem Regierungsmitglieder nach Mitteln und Wegen suchen, um damit militärische Operationen in Südostasien heimlich zu unterstützen.*" Eine weitere nennenswerte Variante der „humanitär" verbrämten Kriegsunterstützung Thieus ist beispielsweise noch das sog. „Importgüterprogramm", das dem Saigoner Regime allein 1973 immerhin die stattliche Summe von zusätzlichen 300 Millionen Dollar einbrachte.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu belegen, daß es nach wie vor der US-Imperialismus ist, der kaum verdeckt die Aggression gegen das vietnamesische Volk weiterführt, daß es der US-Imperialismus ist, für den die Bestimmungen des Pariser Abkommens mit dem Verbot der Nichteinmischung etc., nie mehr als ein leeres Lippenbekenntnis im Rahmen eines taktischen Winkelzuges waren.

KAMBODSCHA – der vollständige Sieg ist nahe!

Prinz Norodom Sihanouk, im chinesischem Exil lebendes rechtmäßiges Staatsoberhaupt Kambodschas, erklärte in einem Interview mit der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug, die „Roten Khmer" seien *„heute schon in der Lage, Phnom Penh im Handstreich zu nehmen"* („Welt", 22.3.75). Sie würden lediglich den US-Imperialisten genügend Zeit lassen, ihre Staatsangehörigen aus Phnom Penh zu evakuieren, um ihnen keinen Vorwand für eine direkte Intervention zu liefern. Lon Nol, der, unterstützt von der CIA, am 18.3.70 gegen Sihanouk während dessen Abwesenheit putschte, bereitet sich darauf vor, „in Kürze" ins Exil zu gehen. Fast auf den Tag genau fünf Jahre haben dieser skrupellose Verbrecher und seine faschistischen Freunde (die Clique der „7 Verräter") das kambodschanische Volk brutal unterdrückt und das Land durch Auslieferung an die US-Imperialisten in den vernichtenden Strudel des Indochina-Krieges geschleudert.

Sihanouk war den US-Imperialisten vor allem deswegen ein Dorn im Auge, weil er stets die Erhaltung der Souveränität und Neutralität Kambodschas zum Gegenstand seiner Politik machte und vor allem es den USA nicht gestattete, das Land als Stützpunkt im Krieg gegen die vietnamesischen Befreiungsbewegungen zu nutzen.

Nach dem Putsch der Lon Nol-Sirik Matak Clique erhob sich das kambodschanische Volk und drohte der Kontrolle des Regimes zu entgleiten. Ganze Provinzen erklärten sich zum „befreiten Gebiet", ohne daß auch nur ein einziger Schuß fiel. Diese Entwicklung zwang die US-Imperialisten, die bis dahin hoch gehaltene scheinheilige Maske der Nichtbeteiligung fallenzulassen und am 30.4.70, kaum sechs Wochen nach dem Putsch, mit 100.000 Mann US-Truppen und Saigoner Söldnern in Kambodscha einzufallen. Obwohl die Imperialisten das ganze Land verwüsteten, Flächenbombardements legten, tausende ermordeten usw. usf. konnten sie den erbitterten Widerstandswillen des kambodschanischen Volkes nicht bezwingen.

Am 30. Juni 1970 mußten die USA nach der militärischen Niederlage sowie durch den Druck der internationalen Solidarität gegen die Kriegsverbrechen am kambodschanischen Volk den Einsatz ihrer Bodentruppen einstellen.

Kläglich scheiterte dann auch der Versuch der „Kambodschanisierung" des Krieges mit der sog. „Operation Chenla 2" von August bis Dezember 1971.

Die Marionette Lon Nol versuchte damals mit 70 Bataillionen, unterstützt durch die US-Luftwaffe, schwere Artillerie und Panzer, die Kontrolle über befreite Teile des Landes zurück zu erlangen und die Bevölkerung nach vietnamesischem Muster zu „befrieden", d.h. in „strategische Dörfer" zu sperren.

Die „US-Imperialisten haben sich seither auf die Finanzierung des Krieges mit offiziell 200 Millionen Dollar jährlich „beschränkt". Tatsächlich jedoch kostet der Krieg t ä g l i c h 1,5 Millionen Dollar! („Horizont", 10/75).

Der elektronische und bakteriologische Vernichtungskrieg gegen Volk und Land, chemische Verwüstung der Ernten, Bomben, die im Umkreis von mehreren Kilometern jedem die Lunge durch Überdruck zerfetzen, oder der Luft den Sauerstoff entziehen etc. das alles ist eben nicht für „5 Pfennig" zu haben!

Das Ergebnis dieser „Politik" kann man, kurz und knapp formuliert, in einer amerikanischen Zeitung, der „New York Post", vom 24.12.74, lesen:

„300 Kambodschaner werden von uns jeden Tag getötet oder verwundet, seit 1970 insgesamt über 600.000 (!!!). Die Hälfte der Bevölkerung, über drei Millionen, wurde durch unsere Bomben zu Flüchtlingen gemacht".

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß der Teil Kambodschas, der unter dem Einfluß der Lon Nol Clique und ihrer imperialistischen Auftraggeber steht, wirtschaftlich völlig ruiniert ist; die Inflationsrate lag schon 1973 bei 250 %!

Trotz der ungeheuren Repression des Lon Nol-Regimes blieb der Widerstand gegen diese Marionetten nicht auf Aktionen der „Roten Khmer" zur bewaffneten Befreiung des Landes beschränkt.

1973 demonstrierten 60.000 Arbeiter und Bauern gegen die Faschisten-Clique, 1974 zehntausende von Lehrern, Schülern und Studenten in Pnom Penh. Selbst in diesem Frühjahr, wo angesichts der bevorstehenden Niederlage der blindwütige Terror zunimmt, beriefen Ende Februar 5.000 Arbeiter, Jugendliche und Studenten eine Versammlung in Phnom Penh zum Sturz des Regimes ein.

Die Faschisten wehren sich mit Generalmobilmachung. Sie haben die Schulen und Universitäten geschlossen und holen sogar die Priester aus den Tempeln, um ihre dahinschmelzende Armee aufzustocken, doch ihre Tage sind gezählt ...

Die „Roten Khmer" stehen in einem Ring um Phnom Penh nur noch 3 km vor der Stadtgrenze. Die Söldnerarmee mußte inzwischen alle Stützpunkte außerhalb der Stadt, zuletzt auch am Mekong (Neak Luong) räumen, und Phnom Penh kann seit dem 27.2.75 nur noch über eine von den USA eingerichtete Luftbrücke zum ständig unter Raketenbeschuß liegenden Flughafen Pochentong mit Nach-

ständig unter Raketenbeschuß liegenden Flughafen Pochentong mit Nach-

schub versorgt werden.

Zahlreiche ausländische Botschaften sind dabei, ihre Angehörigen aus der kambodschanischen Hauptstadt zu evakuieren – die US-Botschaft erregte kürzlich mit der Verbrennung ihrer Unterlagen in der internationalen Presse Aufsehen.

US-Strategie: Vernichten, was irgend zu vernichten ist!

Wenn selbst die „Experten" von der US-Botschaft die Zelte abbrechen, dann sollte man meinen, haben sich die Imperialisten mit der Niederlage abgefunden – aber, weit gefehlt! Die US-Regierung „kämpft" immer noch mit großem propagandistischem Aufwand gegen ihren („demokratisch" beherrschten) Senat für die Bewilligung der beantragten **zusätzlichen** Militärhilfe in Höhe von 222 Millionen Dollar. Als „normale" Unterstützung wurde Kambodscha für das laufende Haushaltsjahr (Juli '74 bis Juni '75) schon 275 Millionen Dollar gewährt, die inzwischen verbraucht sind. Dazu kommen auf dunklen Kanälen beträchtliche Mittel aus dem jüngst verabschiedeten „Auslandshilfeprogramm", dessen Indochina-Anteil für den „Wiederaufbau" die beachtliche Höhe von 440 Millionen Dollar erreicht („FR", 21.3.75).

Als „Kompromißvorschlag" bewilligte der Auswärtige Ausschuß des US-Senats statt der geforderten 222 immerhin 82,5 Millionen Dollar als zusätzliche Militärhilfe, unter der Bedingung, daß die Waffenlieferungen endgültig am 30. Juni gestoppt werden.

Zu allem Überfluß bewilligte der Ausschuß noch einmal 73 Millionen Dollar als „Nahrungsmittel- und Wirtschaftshilfe". Weil nun ja immer noch etwas an den von Kissinger und Ford ursprünglich geforderten 222 Millionen fehlt, „überprüfte" das US-Verteidigungsministerium noch einmal sehr genau seine Bücher, und konnte dann melden, daß noch weitere 21,5 Millionen für Waffenlieferungen an Kambodscha zur Verfügung stehen, da das Ministerium sich bei den bisherigen Abbuchungen vom Kambodscha-Konto „verrechnet" habe! („Welt", 19.3.75).

Ford besaß nach dieser dreisten Verlautbarung auch noch den Zynismus, die „nachlässige Buchführung" (!) im Ministerium zu kritisieren!

Die US-Regierung begründet ihre auf Schleichwegen schon fast vollständig bewilligten Forderungen nach zusätzlicher Militärhilfe stets damit, daß es gelte, Kambodscha „über die Trockenperiode zu retten" etc. Tatsächlich jedoch dienen diese Mittel dazu, „bis zum letzten Atemzug" das kambodschanische Volk mit Blut, Terror und Verwüstung zu überziehen. Die vollständige Befreiung Kambodschas wird jedoch auch dadurch nicht verhindert werden! ●

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Da Nang – die von südvietnamesischen Söldnern in die Hafenstadt getriebenen Menschen aus den nördlichen Provinzen werden mit Landungsbooten und Großraumflugzeugen in den Süden des Landes „evakuiert"

werden mit Landungsbooten und Großraumflugzeugen in den Süden des Landes „evakuiert"

SPENDENAUFRUF: Helft dem Volk Südvietnams!

In den letzten Wochen hat sich der Zusammenbruch des Saigoner Regimes rasant beschleunigt. Seine Truppen verlassen in wilder Flucht eine Provinz nach der anderen. Vorher gehen sie nach der „Taktik der Verbrannten Erde" vor: Zerstörung der Ortschaften in den von ihnen geräumten Provinzen, Vergiftung der Felder durch Chemikalien, Abschlachtung der Haustiere. Auf ihrer Flucht versuchen die Thieu-Truppen soviel Bewohner wie möglich mit sich zu nehmen. Das geschieht zum einen mit direkter Waffengewalt, zum anderen durch die Drohung, daß diese Gebiete bombardiert werden sollen. Hunderttausende von „Flüchtlingen" ziehen inzwischen durch Südvietnam – für Thieus Truppen ein lebender Schutzwall, für die bürgerliche Presse ein Anknüpfungspunkt zynischer Hetze („Flucht vor den Roten").

Aber auch in den von den Volkskräften befreiten Gebieten, auf dem Lande ebenso wie in den Städten (Danang, Hue u.a.) sind Hunderttausende von Menschen in schwerer Not. Die Thieu-Truppen haben ihnen mit der „Taktik der Verbrannten Erde" die Existenzgrundlage geraubt, haben sie zu Zehntausenden in die großen Städte zusammengetrieben, die nun von den Volkskräften verwaltet werden. Die Versorgung dieser vielen Menschen mit dem Lebensnotwendigsten stellt die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams vor große Probleme. Heute, wo es um die sofortige Behebung der größten Not und um die Schaffung der Grundlagen für den Wiederaufbau in den befreiten Gebieten geht, braucht das Volk Südvietnams unsere Hilfe ganz besonders.

Diese Hilfe kann nicht in irgendwie „humanitär" bemäntelter Unterstützung für das Thieu-Regime bestehen, weil jede Unterstützung dieses Regimes den Krieg verlängert und das Elend des Volkes vergrößert, weil jede – auch „humanitär" aufgemachte – Unterstützung des Thieu-Regimes die Feinde des südvietnamesischen Volkes unterstützt.

Wir rufen zu Spenden zur Unterstützung des Volkes von Südvietnam auf und werden dazu auch Sammlungen organisieren. Ein Konto ist eingerichtet worden unter der Nr.

1205/481755 HaSpa
Kennwort: Vietnamhilfe
– Helmut Theis

Die Spenden werden an die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams weitergeleitet werden.

29.3.75
LG des
KOMMUNISTISCHEN BUNDES



Täglicher Terror: Saigons Söldner setzen die Bevölkerung unter Druck

Saigon:

Journalist ermordet – weil er die Wahrheit schrieb

Ein ehrlicher Bericht über die Kämpfe um die südvietnamesische Stadt Ban Me Thuot hatte für den Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur Agence France Presse (AFP), Paul Leandri, tödliche Folgen. Der Journalist schrieb:

„Ein vietnamesischer Priester, der Augenzeuge der Kämpfe um Ba Me Thuot war, erklärte... daß der Angriff auf die Stadt in der Nacht zum Montag von Montagnards geführt wurde (einheimische Bergstämme); *die nach eigenen Angaben zur Einheitsfront für die Befreiung der unterdrückten Rassen (Fulcro) und zu Einheiten der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) gehören"* (nach „Welt", 17.3.75).

Dafür wurde Leandri zum Verhör vor die Saigoner Fremdenpolizei bestellt, wo man ihm vermutlich „nahelegte", er solle doch derartige Berichte künftig unterlassen. Im Verlauf dieses Verhörs soll Leandri verständlicher Weise wütend geworden sein, als man ihm mit Festnahme (!) drohte, das Gebäude verlassen und versucht haben, mit seinem Auto wegzufahren. An der Ausfahrt sah er dann in die MP's einer Horde von Polizisten, die ihn brutal mit mehreren Salven durchlöcherten! **Dieser Mord ist eine massive Provokation der Thieu-Faschisten gegen jede Art von ehrlicher Berichterstattung, insbesondere gegen solche, in denen durchblickt, daß es das südvietnamesische Volk s e l b s t ist, daß den Kampf gegen die Marionette Thieu führt. Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang übrigens die Behandlung der „FAZ"-Korrespondentin Christel Pilz durch die Saigoner Behörden: Sie fliegt im Hubschrauber im Range eines amerikanischen Offiziers von Schauplatz zu Schauplatz, und weiß dafür regelmäßig in ihrer Zeitung von der „grausamen Kommunistischen Aggression" zu berichten!** ●

Saigon:

Gymnasiasten protestieren gegen Einberufung!

Die „Frankfurter Rundschau" vom 26.3.75 berichtete, daß am Vortage in Saigon „rund 1.000 Schüler des CAO-Thang-Gymnasiums" gegen die Vorverlegung des Wehrdienstalters auf 17 Jahre protestierten. Die Schüler weigerten sich beharrlich, in die Klassen zu gehen, bis schließlich Polizei-Einheiten aufkreuzten und das ganze Gebäude abriegelten.

Schon Tage vorher wurde bekannt, daß Soldaten der Saigoner Söldnerarmee „in Scharen" desertieren, insbesondere jüngst von den Truppen in der eingekreisten Stadt Da Nang. Solche durch den Informationsfilter des Thieu-Regimes gesickerten Nachrichten beleuchten sicher nur einen Bruchteil des massenhaften Widerstandes des südvietnamesischen Volkes auch hinter der ‚konventionellen' Front. ●

Chile:

Der Widerstand lebt und erstarkt

Andres Pascal Allende, der neue Generalsekretär des MIR, antwortet auf Fragen von Journalisten

Im Dezember 1974 fand in Chile eine Pressekonferenz in der Illegalität statt. Genosse Andres Pascal Allende, der nach dem Tod von Miguel Enriquez im Oktober 1974 die Führung der Bewegung der revolutionären Linken Chiles (MIR) übernahm, beantwortete die Fragen von Journalisten folgender Zeitungen und Presseagenturen:
EFE S.A./ Agence France Press/ „The Guardian", Großbritannien/ „Avvenire", Mailand/ Free Lancer/ und „El Rebelde", offizielles Organ des MIR
Wir dokumentieren im folgenden auszugsweise die Fragen und Antworten dieser Pressekonferenz im Wortlaut.

In der Politik ist objektiv die größte Sünde das Scheitern. Die UP scheiterte offensichtlich, noch vor dem gegen sie gerichteten Staatsstreich. Was waren nach Ansicht des MIR die Gründe für dieses Scheitern? Da wir fürchten, daß Sie die Sache dem CIA und verschiedenen multinationalen Unternehmen vorwerfen, möchten wir Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß eine Regierung, die den Weg zum Sozialismus geht, die Handlungen solcher Feinde vollständig und klar voraussehen müßte.

Tatsächlich waren das Eingreifen des CIA und der imperialistischen Unternehmen mit einem materiellen Interesse in Chile ein wichtiger Faktor beim Sturz der Allende-Regierung. Sie finanzierten die Putschisten, machten einen Wirtschaftsboykott und Sabotage. Aber Sie haben recht, daß eine revolutionäre Regierung die Aktionen ihrer Feinde voraussehen muß.

Nach Meinung des MIR liegt das Scheitern der UP genau darin begründet, daß diese Regierung nicht „revolutionär" war. In der Regierung der UP war die reformistische Politik vorherrschend, der Glaube, daß man zum Sozialismus über einen Prozeß der Reformen im Rahmen des bürgerlichen Staates kommen könne; die Tendenz, sich mit seinen Feinden zu versöhnen, war vorherrschend, die Illusion, man könne zu einer Verständigung mit Teilen der Bourgeoisie (der Christdemokratie) kommen, und die Dummheit, sich auf die „Verfassungstreue" und „Berufsehre" des reaktionären Offizierskorps der Streitkräfte zu verlassen. Stattdessen verschleuderte die UP die Grundlage ihrer eigenen Macht, die Arbeitermassen.

In ihrem Eifer, sich mit der Bour-
sen.



In ihrem Eifer, sich mit der Bourgeoisie zu versöhnen, haben die reformistischen Führungen das Voranschreiten der Massenbewegung gebremst, sie haben sich der Entwicklung der politischen und militärischen Volksmacht in den Weg gestellt. Sie haben die legalistischen Illusionen der Massen geschürt, sie demoralisiert und verwirrt. So haben sie die Bedingungen für einen Sieg des bürgerlichen Putschismus geschaffen.

Das sind, zusammengefaßt, die Gründe für das Scheitern der UP-Regierung.

Nicht ein einziger Chef einer Militäreinheit hat an der Spitze derselben die UP und Präsident Allende verteidigt. Wie erklärt sich der MIR die politische Seltsamkeit, den Prozeß zum Sozialismus zu „vertiefen" – wie wir meinen von Herrn Altamirano und dem MIR selbst propagiert – innerhalb einer Wirklichkeit, die weder mit einer parlamentarischen Mehrheit rechnen konnte, um demokratisch zu handeln, noch mit der notwendigen Kraft, um revolutionär zu handeln?

Die Politik des MIR während der UP war darauf orientiert, die revolutionäre Kraft der Massen zu entwickeln sowie andererseits die Schwächung der Bourgeoisie, um die Eroberung der politischen und militärischen Macht durch die Arbeiter zu erreichen (was etwas anderes ist, als die „Regierung" zu haben oder einen Teil des Staatsapparates).

Die revolutionäre Kraft erhält man nicht, indem man Generäle für sich gewinnt. Erinnern Sie sich, daß es verfassungstreue und demokratische Generäle gegeben hat, die die Allende-Regierung verteidigt haben – unter ihnen der General Prats, der in Argentinien durch die chilenische Diktatur ermordet wurde.

– Die revolutionäre Kraft erhält man, indem man eine Massenbewegung entwickelt, sie politisch und militärisch organisiert; eine Massenbewegung, die durch den eigenen Kampf für ihre Forderungen klar ihre Feinde erkennt und ein eigenes revolutionäres und sozialistisches Bewußtsein entwickelt.

Der MIR hat gekämpft, um diese revolutionäre Kraft zu entwickeln. Er hat für die Erfüllung von Forderungen gekämpft, die die Massenbewegung stärken. Er benannte ganz eindeutig die Feinde der Arbeiter: er wies auf die Gefahren hin, die auf die Arbeiter zukamen und bemühte sich, in den Massen ein Bewußtsein dieser Gefahren und der Art und Weise, sie zu bekämpfen, zu schaffen.

Die Bourgeoisie schwächt man nicht, indem man sie zu „betrügen" versucht oder sich mit ihr versöhnt. Man schwächt sie, indem man die Grundlagen ihrer Macht angreift: Durch ein Anwachsen der Massenbewegung, die Risse im bürgerlichen Staatsapparat hervorruft und besonders durch revolutionäre Agitation mit dem Ziel der Spaltung der Streitkräfte und um die progressiven Offiziere, Unteroffiziere und Truppen auf die Seite des Volkes zu bringen, sowie ihr die Massenpropaganda- und -kommunikationsmittel, die die Bourgeoisie kontrolliert, zu entreißen. Man schwächt sie, indem man die Grundlagen ihrer ökonomischen Macht angreift, indem man ihre falsche Ideologie entlarvt und zerstört.

Aber der Reformismus, in seinem Versöhnungseifer, tat genau das Gegenteil: Er respektierte den bürgerlichen Staat und bekämpfte die Entwicklung einer Volksmacht, er nutzte nicht die Radikalisierung, die es zu Anfang der Regierung innerhalb der Unteroffiziere und der Truppe gab. Er bestätigte die reaktionären Offiziere und bekämpfte revolutionäre Propaganda innerhalb der Streitkräfte. Er erlaubte die Unterdrückung der Linken in Uniform, wodurch er eine große Verwirrung und Enttäuschung bei den einzigen Teilen des Militärs hervorrief, die die Regierung hätten stützen können. Er erlaubte der umstürzlerischen bürgerlichen Presse die größte Zügellosigkeit, er bekämpfte die militärische Organisierung (lediglich die Reformisten organisierten kleine paramilitärische Gruppen). Er gelangte bis zu dem Punkt, nicht einmal seine legalen und institutionellen Mittel auszunutzen, um die putschistischen Kräfte zu bekämpfen und zu bestrafen.

Wie erklärt sich der MIR den geringen Widerstand am 11. September 1973 und den noch geringeren hinterher? Chile ist oder war ein sehr politisiertes Land und die marxistischen Parteien hatten viele Militante und hunderttausende von Wählern.

Sie sind sehr schlecht informiert, oder Sie unterstützen wie andere Journalisten den Versuch der Diktatur, weiszumachen, daß es wenig Widerstand gegen den Militärputsch gegeben hat.

Es hat einen bedeutenden und heldenhaften Widerstand der Kerne der Vorhut der Industriearbeiter, der Vorstädte, der Schulen in allen Städten und besonders in Santiago gegeben. Er hat mehrere Tage gedauert. Auch in ländlichen Gebieten hat es Widerstand gegeben. Mehr als sechs Monate nach dem Putsch haben sich Landguerillas im Süden des Landes gehalten. Es sind Tausende von Arbeitern gestorben. Auch die putschenden Militärs hatten Tausende von Verlusten. Die Diktatur möchte den Eindruck verbreiten, daß sie auf keinen Widerstand gestoßen ist, um die massenhaften Morde, die sie beging (und begeht) zu verheimlichen. Aber wir, die wir in der Industrie und den Vorstädten gegen den Putsch der Gorillas mit der Waffe in der Hand gekämpft haben, kennen die Erfolge unserer Kämpfe und die heldenhaften Opfer Tausender Arbeiter und Militanter der Linken.

Aber Sie haben recht. Sie haben recht, daß ein breiterer Massenwiderstand hätte erwartet werden müssen, wenn man sich die mächtige Arbeiterbewegung und die großen linken chilenischen Parteien ansieht. Der Grund, warum der Massenwiderstand nicht breiter war, liegt darin, daß die Bourgeoisie ihren Staatsstreich in einer Situation extremer Schwäche der Linken machte: in dem Moment, in dem die reformistische Führung der Regierung und der Linken in eine Krise eintrat, in der die Massen demoralisiert und verwirrt waren wegen der versöhnlerischen Politik der Regierung, enttäuscht wegen der Akzeptierung der militärischen Repression durch die Regierung (erinnern Sie sich, daß die militärische Repression vor dem Staatsstreich mit dem Waffen-Kontrollgesetz anfing) und wegen der Haltung der reformistischen Führer selbst, die den Vorstoß der Massen aufhielten. In dem Moment, als die revolutionären Strömungen der Linken ihre Führung über die Kerne der Arbeitervorhut beträchtlich ausgedehnt hatten (es waren diese Kerne, die am bewußtesten und radikalsten Widerstand leisteten), aber noch nicht die Führung politisch rückständigerer Massen erlangt hatten.

Bezüglich des Widerstandes nach dem Militärputsch, sind Sie auch im Irrtum. In wenigen Ländern, in denen ein dermaßen brutaler Putsch wie der chilenische gemacht wurde, haben die revolutionären und linken Kräfte es so schnell geschafft, sich zu reorganisieren, wie hier. Betrachten Sie die brasilianische Erfahrung, die indonesische, die spanische und Sie werden verstehen, daß in Chile ein außerordentliches Voranschreiten der Kräfte des Widerstandes erreicht wurde. Wenig mehr als ein Jahr nach Errichtung der Diktatur ist es gelungen, den Kern einer breiten Widerstandsbewegung des Volkes aufzubauen (und wenn die reformistischen Führungen und einige Parteien der traditionellen Linken nicht auf ihrem illusorischen Bemühen bestehen würden, ein Bündnis in Unterordnung unter Teile der Bourgeoisie herzustellen, wären wir noch weiter). In Zukunft wird der Widerstandskampf sich immer schneller aktivieren.

Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische und ökonomische Lage des Landes ein?

Auf Ihre Frage vollkommen zu antworten, würde zu lang werden. In Kurzform würde ich Ihnen antworten, daß das Land eine tiefe wirtschaftliche Krise durchmacht. Die Politik der Überausbeutung der Arbeiter, um eine beschleunigte Kapitalakkumulation zu erreichen (und günstige Bedingungen für das ausländische Kapital zu schaffen) war ein totales Fiasko. Das Elend, in das die Arbeiter gestürzt wurden, hat zu einer Verkleinerung des inneren Marktes geführt und zu einem Rückgang in vielen Industriesparten, im Handel und in der Landwirtschaft: Schließung von Fabriken, Massenentlassungen, riesige Lagerbestände, Zusammenbrechen vieler Unternehmen. Die ungebremste Inflation verschlimmert die Lage und die Maßnahmen zu Haushalts-Einsparungen werden tausende von Menschen arbeitslos machen, was die Lage noch mehr dramatisiert. Die internationale Isolierung und Verurteilung hat dazu geführt, daß nicht der ersehnte Strom ausländischen Kapitals geflossen ist, obwohl die Militärs das Land der ausländischen Ausplünderung angeboten haben.

Die Hoffnung, die zeitweise Schwankung, die es bis zum letzten Jahr in der historischen Tendenz der Verschlechterung der Handelsbedingungen zwischen den abhängigen und den Industrieländern gab, auszunutzen, schwindet dahin. Das Kupfer, das im Kurs enorm stieg, hat jetzt wieder sehr niedrige Preise. Alles deutet darauf hin, daß die wachsende Rezession in den Industrieländern diese rückläufige Tendenz fördert (und es ist bekannt, welch schlimme Rückwirkungen der Fall des Kupferpreises auf die chilenische Wirtschaft hat, da es sein wichtigster und fast einziger Exportartikel ist). Auf der anderen Seite steigen die Preise aller Güter, die Chile importieren muß (Petroleum, Getreide, Zucker, Industriegüter, Maschinen usw.). Das Ergebnis wird verheerend sein, und nichts deutet darauf hin, daß Chile neue Exportmöglichkeiten oder bedeutende ausländische Märkte finden wird angesichts der derzeitigen

den wird angesichts der derzeitigen

Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Das Fiasko der Wirtschaftspolitik der Gorilla-Diktatur ist so vollkommen, daß der Haß gegen die Diktatur und das herrschende Elend (abgesehen von der Unterdrückung) nicht nur die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum erfaßt hat, sondern die Unzufriedenheit sich auch auf Teile der mittleren und Großbourgeoisie ausgedehnt hat (jene, die traditionell auf den inneren Markt orientiert ist).

Es gibt nur einen sehr kleinen Teil des großen Finanz-, Industrie-, Agrar- und Handelskapitals, das sich durch Spekulation bereichert hat, weil es das Kapital, die Technologie und die ausländischen Märkte hat, auf die es seine Produktion ausrichten kann.

Aber selbst dieser Teil hat angesichts der weltweiten Wirtschaftslage keine sehr sicheren Aussichten. Die ökonomische Perspektive ist die Vertiefung der Krise, noch größere Verelendung für das Volk.

Im politischen Feld (ich antworte auf Ihre Frage nur sehr gerafft) ist die Situation durch die Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie gekennzeichnet (Widersprüche zwischen der DC und der Junta; zwischen der Kirche und der Junta; zwischen den Gruppen von der Junta verbündeten Großkapitalisten und den von der Regierungspolitik Geschädigten; zwischen dem kleinen und dem mittleren Handel und der großen Industrie; Widersprüche zwischen der Rechtsanwälte-Schule und der gerichtlichen Macht, usw.).

Die Situation ist weiterhin gekennzeichnet durch eine größere Isolierung, die internationale Verurteilung (nicht nur der sozialistischen Länder, sondern auch der kapitalistischen Industrienationen) der Junta; durch den Wiederaufschwung der Massenbewegung; den Fortschritt der Linken in der Reorganisierung und Entwicklung des Widerstandes des Volkes; durch den schnellen Verlust der Unterstützung, die die Militärdiktatur bei dem Kleinbürgertum hatte.

Wenn Sie alle diese Faktoren bedenken, zusätzlich zur ökonomischen Krise, dann sehen Sie, daß die Gorilla-Diktatur schnell abwirtschaftet und daß ihre Perspektive eine wachsende politische Instabilität ist, die bis in die Streitkräfte hineinwirken wird.

Welchen Wechsel innerhalb der Regierungsmannschaft erwarten Sie angesichts des wirtschaftlichen Fiaskos?

Das Problem besteht nicht nur im wirtschaftlichen Fiasko. Es kommt, wie ich schon auf Ihre letzte Frage antwortete, die völlige politische Schwächung der Militärjunta hinzu. Diese Schwächung bedeutet nicht, daß der derzeitige Staat verändert wird, mit seinem repressiven Charakter, der auf das reaktionäre Offizierskorps gestützt ist. Die Bourgeoisie braucht einen repressiven Staat, weil sie den Wiederaufschwung, die Aktivierung der Arbeitermassen verhindern will. Hierin sind sich alle Teile der Bourgeoisie einig, die mit der derzeitigen Wirtschaftspolitik der Junta unzufrieden sind und wachsende Reibereien mit ihr haben.

Aber diese Schwächung kann allerdings zu Veränderungen in der jetzigen Regierungsjunta führen.

Erstens dann, wenn die beiden Fraktionen der herrschenden Klasse, die heute wegen der vorherrschenden Wirtschaftspolitik zusammenstoßen, zu einer Vereinbarung kommen, kann sich eine Änderung der jetzigen Politik der Diktatur ergeben und wahrscheinlich würden Veränderungen in der Zusammensetzung der Männer der Wirtschaft erfolgen. Aber es scheint nicht einfach zu sein, daß sie zu einer Vereinbarung kommen. Alles deutet darauf hin, daß die Widersprüche innerhalb der mächtigen Cliquen sich verschärfen. Wenn dies eintritt, dann werden zwei gegensätzliche Tendenzen aufeinander stoßen: eine, die auf Biegen und Brechen versuchen wird, die jetzige Politik aufrechtzuerhalten und die Repression noch zu verstärken, sogar gegen Teile der eigenen herrschenden Klasse; eine andere: die Teile der Bourgeoisie, die auf den inneren Markt orientieren, die das Modell der kapitalistischen Akkumulation verändern wollen. Sie werden ein Bündnis mit Teilen des Militärs suchen, und wenn sie die notwendige Kraft haben, werden sie die Ersetzung der jetzigen Militärjunta durch eine neue Militärregierung versuchen.

Nach unserer Einschätzung sind die Bedingungen in Chile für eine grundlegende Änderung dieses Staates nicht unmittelbar gegeben, d.h. den Sturz der Diktatur und den Schritt zu einem demokratischeren Staat. Damit dies geschieht, ist ein größerer Aufschwung der Arbeiterbewegung notwendig, eine viel stärkere Entwicklung des Widerstandskampfes des Volkes, eine noch weitere Verschärfung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse und den Streitkräften und ein größerer internationaler Druck.



Genosse Pascal Allende,
Sekretär des MIR

Das ist die Richtung, aber bis es so weit ist, wird noch Zeit vergehen.

Gibt es für die Linke bedeutende Spaltungen innerhalb der Streitkräfte?

Der MIR ist der Ansicht, daß es in den Streitkräften zwei Arten von grundlegenden Widersprüchen gibt. Eine Art sind die Widersprüche zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen, die sich in den Streitkräften als Widersprüche zwischen dem Offizierskorps und den Unteroffizieren und der Truppe äußern.

Die andere Art sind die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse, die sich als Konflikte im Offizierskorps zeigen und die ihrerseits die Unteroffiziere und die Truppe hinter sich herziehen können.

Die ersten Widersprüche, die Widersprüche zwischen den Klassen, sind rückläufig, kommen weniger zum Ausdruck, ebenso wie im Rest der Gesellschaft. Die reaktionären Offiziere hatten ihren Einfluß schon vor dem Putsch gefestigt und jede Regung der Identifizierung im Heer mit der Arbeiterklasse und dem Volk, sowie jede demokratische und Anti-Putsch-Tendenz scharf unterdrückt.

Mehr als 3.000 Uniformierte sind seit September '73 ermordet oder eingesperrt worden; noch jetzt wurden hunderte in den letzten Monaten entlassen, weil sie linke Familienangehörige haben oder haben oder einfach, weil sie den Offizieren nicht das nötige Vertrauen entgegengebracht haben. Aber trotz der übermäßigen inneren Unterdrückung und der vorhandenen Angst, hat es bei den Unteroffizieren und in der Truppe in den vergangenen Monaten erneut einen gewissen Aufschwung gegeben.

Genosse Pascal nannte an anderer Stelle des Interviews folgende Beispiele:

Langsam wird eine Unzufriedenheit bei den Unteroffizieren und Soldaten sichtbar: ein Mißfallen am niedrigen Lebensniveau und der Korruption und der Immoralität der Offiziere, der Verschärfung der Disziplin und der inneren Repression sowie den Gewalttaten, die ihnen befohlen werden usw.

Auch die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes betrifft sie: es sind ihre Eltern, Geschwister, Verwandte, Freunde, die keine Arbeit haben, die unter dem Existenzminimum leben müssen, die verfolgt, gefoltert, eingesperrt und ermordet werden. Natürlich schweigt die Diktatur über diese Probleme: Sie gibt nicht bekannt, daß es mehr als 3.000 uniformierte Gefangene gibt, sie berichtet nicht, daß vor zwei Monaten die Unteroffiziere und das Truppenpersonal des Fernmelderegiments von Santiago sich geweigert haben, weitere Repressionsakte zu unternehmen.

Die Soldaten schlossen sich in der Kaserne ein und wurden daraufhin von anderen Einheiten umzingelt. Sie weisen auch nicht darauf hin, daß vor wenigen Monaten die Unteroffiziere der Marine eine Protestbewegung aus ökonomischen Gründen durchführten, oder daß sich vor wenigen Wochen eine Offiziersgruppe in Tacna einschloß, aus Unzufriedenheit über die kürzlichen Entlassungen von Offizieren.

Ebenso wenig wurde bekannt gemacht, daß der plötzliche Entschluß von Pinochet, nicht nach Peru zu den Erinnerungsfeierlichkeiten der Schlacht von Ayacucho zu fahren, damit zusammentraf, daß die Militäreinheiten von Santiago und Antofagosta (wo auch überraschend der Divisionschef ausgetauscht wurde) in Alarmzustand versetzt wurden. Die Einheit und Disziplin der chilenischen Streitkräfte ist nicht so monolitisch, wie man annimmt, auch sie werden innerlich von den sozialen Prozessen berührt, die die ganze Gesellschaft durchschütteln.

Allmählich werden sich diese Klas-

Allmählich werden sich diese Klassenwidersprüche in den Streitkräften zuspitzen, aber sie sind noch sehr weit davon entfernt, sich als eine Einheit, die die Einigkeit der bewaffneten Formation der Bourgeoisie bedroht, zu äußern.

Welche Möglichkeiten der gemeinsamen Arbeit haben Sie mit anderen Parteien und Gruppen?

... Wir glauben, daß auf der politischen Ebene dieser gesellschaftliche Block in einer revolutionären Front des Widerstandes zum Ausdruck kommen muß, an der außer dem MIR die Parteien der UP und die Teile der Christdemokratie teilnehmen sollten, die die demokratische kleine und mittlere Bourgeoisie repräsentieren, die immer eine antiputschistische Position vertraten.

Leider ist diese politische Front nicht zustande gekommen, weil die reformistischen Teile in der Führung einiger Parteien der UP alle Bemühungen des MIR und anderer Teile der Linken zur Herstellung einer Einheit der chilenischen Linken ins Stocken gebracht haben. Besagte reformistische Führungen, die offenbar nichts aus der fürchterlichen und blutigen Niederlage gelernt haben, die sie mit ihrer versöhnlerischen Politik bewirkt haben, versuchen heute erneut, sich durch ein Bündnis mit den bürgerlichen Teilen der Christdemokratie, die von Frei angeführt werden, unterzuordnen. (Frei seinerseits hat keinerlei Absicht, sich mit der Linken zu verbünden). Diese Teile der UP, die die Einheit der Linken behindern in ihrem Eifer, sich mit der Bourgeoisie zu versöhnen, haben vergessen, daß Frei einer der Hauptverantwortlichen des reaktionären Putschismus ist, und wenn er sich heute eine demokratische Maske zulegt, dann nur, um Unterstützung im Volk zu bekommen, die er ausnutzen will, um seine Position in den Reihen der Bourgeoisie zu stärken. Morgen, wenn die Arbeitermassen erneut die Bourgeoisie bedrohen, dann wird er nicht zögern, sich wieder mit denen zu verbünden, die er heute zu bekämpfen vorgibt, um das Volk mit Feuer und Blut zu unterdrücken.

Die Rechnung, die die Linke wegen des Bündnisversuches mit der Bourgeoisie bezahlen mußte, ist sehr schmerzlich. Jetzt muß die chilenische Linke ihre eigene revolutionäre Kraft und eine proletarische Politik des Widerstandes, autonom von der Bourgeoisie entwickeln. Wir dürfen nur auf unsere eigene Kraft vertrauen.

Glaubt der MIR wirklich, durch Widerstandsaktionen die Regierung schwächen zu können?

Wenn wir nicht daran glauben würden, dann würde der MIR sich nicht damit aufhalten, in Chile eine breite Widerstandsbewegung des Volkes voranzutreiben. Die chilenische Militärdiktatur wird nicht durch den bloßen internationalen Druck oder die Widersprüche innerhalb der chilenischen Bourgeoisie gestürzt werden. Die Entwicklung einer Widerstandsbewegung der Massen, die den Tageskampf zur Verteidigung des Lebensniveaus des Volkes in Angriff nimmt, die Agitation und der politische Kampf zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und die bewaffnete Aktion zum Verschleiß der Militärregierung sind die grundlegenden Bedingungen für die Schwächung und den Sturz der Diktatur in Chile.

Andererseits verfolgt der MIR nicht nur das unmittelbare Ziel, die Militärdiktatur zu stürzen, sondern auch im Verlauf des Widerstandskampfes die organisierte revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes aufzubauen, die es erlaubt, das strategische Ziel der Eroberung der Macht zu erreichen und in Chile eine sozialistische Revolution durchzuführen.

Halten Sie es für möglich, andere politische Kräfte der Linken, die im Augenblick, wie die Sozialisten, völlig zerstreut sind, um sich herum zu sammeln?

Tatsächlich haben sich schon viele Militante, Führer und ganze Teile der traditionellen Linksparteien, die in Chile geblieben sind, vollkommen in die Widerstandsbewegung des Volkes integriert und sind aktiver Teil der Widerstandskomitees oder sie arbeiten in Koordination mit dem MIR. Unter ihnen sind Militante aller Bereiche der traditionellen Linken, einschließlich (und viele) von der Kommunistischen Partei.

Sehen Sie. Ich möchte Ihnen von einem besonderen Fall erzählen, der aber sehr bedeutend ist. Vor kurzem als unser Genosse Miguel Enriquez starb, kamen viele Mitglieder und Führer zu unserer Partei, um uns persönlich ihrer Unterstützung zu versichern, oder sie schrieben uns. Hier gebe ich die Worte eines kommunistischen Kaders wieder, ein alter Arbeiterführer. Er sagte zum Tod von Miguel Enriquez: „Es war schlimmer, als einen Sohn zu verlieren. Ich mußte mich einschließen, um zu weinen; ich konnte mich nicht beherrschen." Wir entwickeln an unserer Basis gerade eine Diskussion, die Einheit mit dem MIR muß laufen. Wie lange wollen wir noch mit den Christdemokraten liebäugeln, wenn dies ein Krieg mit scharfen Schüssen ist? ...

Der MIR macht alle Anstrengungen, um die revolutionäre Einheit der Linken herzustellen. Der MIR ist nicht darauf aus, daß sich alle Militanten und Bereiche der Linken unserer Partei anschließen, obwohl es viele gibt, die das tun. Was uns interessiert, ist die Einheit aller linken Parteien, die gemeinsame Aktion, die es uns heute erlaubt, eine mächtige Widerstandsbewegung gegen die Diktatur zu entwickeln, und die die Bedingungen schafft, daß wir morgen die große revolutionäre Partei des chilenischen Proletariats aufbauen können.

Wird die Bildung einer eventuellen Einheitsfront gegen die Junta die Kommunisten trotz der vergangenen schwerwiegenden ideologischen Differenzen einschließen?

Der MIR kämpft für die Bildung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das unter der revolutionären Führung der Arbeiterklasse, alle Arbeiter, Bauern, Dorfbewohner, Soldaten und ehrlichen Offiziere, die demokratische Klein- und Mittel-Bourgeoisie vereint: Ein großer Volksblock, der für die Zerstörung der chilenischen Gorilla-Diktatur kämpft.

Auf der Ebene der politischen Parteien, glauben wir, muß sich dieses Bündnis in einer politischen Widerstandsfront ausdrücken, die von allen Parteien der Linken gebildet wird, sowie den Teilen der Christdemokratie, die die kleine und mittlere Bourgeoisie vertreten. Mit den reformistischen Tendenzen der PC hat der MIR weiterhin ideologische Differenzen, aber wir glauben, daß es über diese Differenzen hinweg notwendig ist, die ganze Linke in einem revolutionären Widerstandskampf zu vereinigen gegen den Hauptfeind heute: die Militärdiktatur.

Gerade wegen des Radikalismus des MIR und seiner militanten Kämpfer, ist das gegenwärtige chilenische Regime besonders hart in seiner Repression gegen Sie... mit beachtlichem Erfolg. Glaubt der MIR, daß er dieser Repression widerstehen kann?

Die Diktatur der Militär-Gorillas, die sich mit einem kleinen Kern von Großkapitalisten verbündet hat, übt die wildeste Unterdrückung gegen das chilenische Volk aus. Die Diktatur hat zehntausende von Chilenen, die sich dem Regime widersetzen, ermordet und mordet weiter. Im ganzen Land gibt es mehr als hundert Gefängnisse, Konzentrationslager, und Folterstätten, [illegible] denen jede Woche hunderte von [illegible]nschen eingesperrt und gequält werden; ständig finden Razzien in den Städten statt, Strassenkontrollen, repressive Maßnahmen in der Industrie. Hunderte von Arbeitern werden dabei verhaftet, von denen viele für immer „verschwinden". Man üb[illegible] grausamsten Folterungen an a[illegible]n, die für die Freiheit kämpfen, ohne Rücksicht auf die Angehörigen, Frauen und kleinen Kinder; es gibt keinerlei Gewerkschaftsfreiheit oder Pressefreiheit, auch nicht an den Universitäten und noch weniger für die politischen Parteien; alle, die der Diktatur widerstehen, werden erschossen und ermordet. Die Unterdrückung ist hart und blutig gegen das ganze chilenische Volk, gegen alle, die für Freiheit kämpfen.

Sie haben recht, daß die Diktatur und ihre Handlanger im Rahmen der allgemeinen Repression besonderen Haß und Wut gegen den MIR haben. Ihre Hauptkraft ist darauf gerichtet, den MIR zu vernichten. Tausende von Männern und umfangreiche Militärausgaben werden nur zu diesem Zweck eingesetzt. Der Grund? Der MIR ist die revolutionäre Organisation, die den aktiven Widerstandskampf in Chile leitet.

Es ist wahr, daß die Repression der Diktatur dem MIR harte Schläge versetzt hat. Insbesondere denke ich an den Tod unseres heldenhaften Führers Miguel Enriquez. Auch viele andere Genossen sind in mutigem Kampf gefallen. Die Schläge, die wir erhalten haben, sind in vielen Fällen Ergebnis von schweren Irrtümern, die wir in Bezug auf die Untergrundarbeit gemacht haben. Wir sind dabei, diese Fehler zu korrigieren. In anderen Fällen sind es die Risiken jeglichen Kampfes gegen eine so brutale Diktatur wie die chilenische: Der Sturz einer Diktatur kostet das Volk immer große Opfer.

Auch während der Epoche des europäischen Faschismus gab es Journalisten, die sich fragten, ob etwa der französische Widerstand in der Lage sei, den Schlägen, die er erhielt, zu widerstehen, oder ob sich das jugoslawische Volk von der brutalen Unterdrückung befreien könne. Dasselbe fragten sie sich angesichts des Kampfes der russischen, chinesischen, algerischen Revolutionäre gegen Diktatur und Repression.

Der MIR und der Widerstand erhalten Schläge seitens der Repression, aber diese Schläge sind weit davon entfernt, deren Niederlage oder Zerschlagung zu bedeuten. Die Diktatur ist schon zwei Jahre dabei, zu versuchen, den MIR und den Widerstand zu vernichten, aber sie ist dabei gescheitert. Trotz der Bemühungen der Militärs, es zu verhindern, hat der MIR sich nicht nur reorganisieren können nach dem Staatsstreich vom September '73, sondern er ist stärker geworden und ist zum Kern einer breiten Widerstandsbewegung des Volkes geworden...

Die Diktatur gibt nur ihre „Erfolge" bekannt, über ihre Niederlagen schweigt sie. Sie informiert nicht über die vielen Fehlschläge, die sie bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen hat. Sie informiert nicht darüber, daß der MIR und die Widerstandskomitees (die von Arbeitern und auch Militanten anderer Linksparteien gebildet werden) stärker werden und sich massiv in den Industrien und den Dörfern ausbreiten, sowie auf dem Land und bei der Kleinbourgeoisie.

Der Erfolg des Widerstands ist also nicht daran zu messen, wieviele unzählige Militante im heroischen Kampf gegen die Repression gefallen sind, sondern an der Unfähigkeit der Diktatur, zu verhindern, daß sich Hunderte von Widerstandskomitees jeden Monat organisieren; an der ständig wachsenden Propaganda-Aktivität des MIR und dem Widerstand der Massen (tausende von Zetteln, Briefmarken, Briefen, Verteilung von „El Rebelde", etc.); an dem Anwachsen von kleinen aber wichtigen Sabotageaktionen, von bewaffnet verteidigter Propaganda, von Täuschungs- und Verwirrungsmanövern des Unterdrückungsapparates. Der MIR wird geschlagen, aber das kann nicht verhindern, daß der MIR einen mächtigen revolutionären Massenwiderstand vorantreibt und organisiert, der die Diktatur stürzen wird. ●

Grauenhaftes Massaker in Angola

Am 27. März überfielen Truppen der FNLA ein Ausbildungslager der marxistisch-leninistischen Befreiungsbewegung MPLA, obgleich zwischen diesen Organisationen offiziell Waffenstillstand und Frieden herrscht. Laut Aussagen entkommener MPLA-Genossen soll es bei diesem Überfall zu faschistischen und sadistischen Quälereien seitens der FNLA-Soldaten an den jungen MPLA-Genossen gekommen sein. Ein Zeuge berichtete, daß FNLA-Söldner von ihm verlangten, eine mit Seife eingeschmierte MPLA-Fahne herunterzuschlucken.

Nach diesen Quälereien haben FNLA-Soldaten über 80 Genossen auf Lastwagen verschleppt; einige davon konnten während der nächtlichen Fahrt entkommen. Die gefangenen MPLA-Genossen wurden schließlich zu einem Graben geführt und mit Maschinengewehrsalven massakriert. Die MPLA beklagt 51 ermordete Genossen. Darüber hinaus wurden viele verletzt.

Diese erneute Provokation der FNLA, die in der bürgerlichen Presse nach dem Schnittmuster „undurchschaubarer Stammeskriege wildgewordener Schwarzer" als „*bewaffnete Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Befreiungsbewegungen*" dargestellt wurde, beweist erneut den politischen Charakter der FNLA als eine Stoß- und Söldnertruppe des Imperialismus, ausgebildet unter den schützenden Fittichen des US-Lakaien Mobutu (Präsident von Zaire, dessen Schwager, Holden Roberto, Präsident der FNLA ist), finanziert vom US-Imperialismus, ausgebildet von CIA und „green berets" und . . . chinesischen Instrukteuren.

Insbesondere der letzte Punkt hat anscheinend einige völlig hemmungslose Nachbeter der chinesischen Aussenpolitik veranlaßt, die FNLA neben der MPLA als angebliche angolesische „Befreiungs"-Organisation zu beweihräuchern. Es zeugt von der völlige Verlumptheit ehemals erfahrener „Imperialismus-Spezialisten" wie J. Schmierer (oberster Sekretär des KBW), wenn sie andere linke Organisationen (in diesem Fall die „KPD") deswegen anpöbeln, weil diese völlig zurecht es ablehnten, Solidarität „mit den Befreiungsorganisationen Angolas" (gemeint: neben MPLA auch FNLA und UNITA) zu üben, sondern stattdessen ihre Solidarität ausschließlich auf die MPLA als der einzig wirklichen Befreiungsorganisation Angolas bezogen. – Die Tatsache des – auf Basis der Gleichberechtigung – formellen Zusammenschlusses dieser drei Organisationen, die auf Druck der pro-imperialistischen Kräfte zustande kam und ursprünglich sogar den Ausschluß der MPLA vorsah, kann nicht über die scharfen politischen Differenzen zwischen diesen Organisationen hinwegtäuschen. Dies zeigt nicht zuletzt die neuerliche Provokation der FNLA.

Wir werden – voraussichtlich im nächsten AK – uns ausführlicher mit dem Problem Angolas, seiner Befreiungsorganisation MPLA und anderen afrikanischen Organisationen, den Zielen des Imperialismus in diesem Raum und nicht zuletzt mit der verlogenen Propaganda des KBW dazu auseinandersetzen.

Spanien/Portugal-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Chile: Gespräch mit Edgardo Enriquez

(aus der Tageszeitung „Quotidiano dei Lavoratori" der italienischen Organisation Avanguardia Operaia – E. Enriquez ist Mitglied der Politischen Kommission des chilenischen MIR)

Frage: Wie schätzt deine Partei die gegenwärtige Entwicklung in Chile ein?

E.E.: Wir haben schon öfters betont, daß die Militär-Junta weder eine politische, noch eine wirtschaftliche Stabilität erreicht hat. Mehr denn je ist die Grundlage ihrer Macht die Repression.

Die „Financial Times", Organ der hohen englischen Finanz, hat sehr klar – anhand Informationen der Weltbank – das wirtschaftliche Scheitern der Junta herausgestellt. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde in diesem Artikel auch gesagt, daß über 80 % der chilenischen Bevölkerung weniger als das Existenzminimum hat. Auch für solche, die die Entwicklung Chiles mit großem Wohlwollen betrachten – wie die Europäische Bank – ist es nunmehr klar, daß das Land sich im Rückgang befindet. Dies führt zu einer Verzweiflungspolitik der Militär-Junta. Da sie keinen kurzfristigen Ausweg aus dieser Situation sieht, kann sie sich nur durch immer verschärftere Repression an der Macht halten.

Aufgrund der wachsenden Misere unter den Arbeitern, aber auch unter einigen Sektoren der Kleinbourgeoisie hat die Unzufriedenheit breite Teile der Bevölkerung erreicht. Die bürgerliche Opposition und die Christdemokratische Partei, d.h. Frei und Alwyn, versuchen diese Unzufriedenheit auszunutzen; bislang ist es ihnen glücklicherweise nicht gelungen. Denn es ist evident, daß diejenigen, die versuchen, die Unzufriedenheit auszunutzen, dieselben sind, die mit der Militär-Junta kollaborieren. Einige Anhänger von Frei sind Minister, auch wenn sie scheinbar mit ihrer Partei gebrochen haben.

Es gibt auf der anderen Seite Zeichen von einem neuen Aufleben der Arbeiterklasse, die auch offiziell anerkannt werden. So erklärte vor kurzem der General Baysa, Chef des Ermittlungsdienstes, daß es „Reduzierung des Arbeitsrythmus" gibt, er sprach sogar von Sabotageakten. Außerdem gibt es hier und dort Streiks, die dieses neue Aufleben bestätigen – auch wenn es langsam vor sich geht.

Trotz dieser Fakten hat sich die chilenische Linke immer noch nicht in einer politischen Front des Widerstands zusammengefaßt. Das hat der Diktatur eine Konzentration der Repression gegen den MIR ermöglicht.

Frage: Um darauf zurückzukommen,

pression gegen den MIR ermöglicht.
Frage: Um darauf zurückzukommen,

was du im ersten Teil des Gesprächs sagtest, schätzt du eine „griechische Lösung" gegenwärtig für möglich ein? Das heißt ein Bündnis zwischen verschiedene Sektoren der Bourgeoisie, um eine trügerische demokratische Öffnung herbeizuführen, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung ihrer Macht, und um die Entwicklung eines Widerstandes der Linken zu verhindern?

E.E.: Die chilenische Bourgeoisie und ihre beiden Teile: die, die von Pinochet vertreten ist, und die, die ihre Machtpositionen verloren hat, die von der Christdemokratischen Partei als solche vertreten ist, diese chilenische Bourgeoisie hat ein gemeinsames Ziel: die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, um sie daran zu hindern, Kräfte wieder zu sammeln.

Das chilenische Volk lebt heute unter einer dermaßigen Repression, daß man bei der – nennen wir es so – kleinsten demokratischen Öffnung sicher sein könnte, daß das Volk der Kontrolle der Großbourgeoisie entfliehen würde.



Darum ist die demokratische Öff

Darum ist die demokratische Öffnung auch nich[illegible]f der Tagesordnung, auch nich[illegible] die Christdemokratische Partei, die sich damit begnügt, die Unzufriedenheit der Massen auszunutzen und gleichzeitig mit dem Regime weiter zu kollaborieren. Man kann die Möglichkeit jedoch nicht zurückweisen, daß der Imperialismus womöglich seinen Gendarmen auswechselt, aber die Diktatur insgesamt fortbestehen läßt. Die chilenische Arbeiterbewegung ist nicht zerschlagen, die Großbourgeoisie kann also kein Risiko eingehen.

Frage: Am Ende deiner ersten Antwort sprachst du von den Schwierigkeiten des Aufbaus der Einheit des Widerstands. Welcher Art sind diese Schwierigkeiten?

E.E.: Wir haben und wir werden weiter kämpfen für die Schaffung einer politischen Front des Widerstands vom MIR bis zur Kommunistischen und sozialistischen Partei und unter Einschluß aller anderen Parteien, die früher der Unidad Popular angehörten.

Auch einige Sektoren der Christdemokratie, die wir fortschrittli[illegible] Christen nennen, sollten an die[illegible] Front mitarbeiten. Im Februar 1974 hat Miguel Enriquez selber einen Aktionseinheitsvorschlag des MIR vorgelegt. Wir verstehen allerdings nicht die Verzögerung beim Aufbau einer solchen Front, und wir fragen uns, was von bestimmter Seite erwartet wird, welche Gründe diese Verzögerung legitimieren sollen.

Gibt es womöglich Kräfte innerhalb der Linken, die auf den „natürlichen Fall" der Junta warten? Wir glauben, daß kurzfristig ein solcher „Fall" unmöglich ist! Deswegen, ausschließlich deswegen, würde eine solche „Front" der Arbeiterklasse ein zentralisiertes Instrument geben, das fähig wäre, ihren Sieg zu organisieren.

Die chilenische Linke dankt viel der internationalen Solidarität. Deshalb dürfen wir die Hoffnungen in die chilenische Linke nicht verraten.

Wir müssen eine Antwort auf diese Hoffnungen geben, wir müssen diese „Front" aufbauen oder klar begründen und erklären, wieso es nicht getan wird.

Indem wir sowas sagen, nehmen wir unsere Verantwortung wahr; es wäre wichtig, daß die anderen Parteien der Linken dies auch tun.

Frage: Einige Presseagenturen haben bekannt gegeben, daß der MIR den Vorschlag einer einzigen Partei der gesamten chilenischen Linken gemacht hätte. Wenn dies stimmt, würde es eine wesentliche Änderung der Politik des MIR bedeuten. Wie steht es damit wirklich?

E.E.: Was daran stimmt, ist: nachdem die Politische Kommission des MIR eine Erklärung abgegeben hatte, in der gesagt wurde, daß unsere Partei das Ziel hat, zu einem Sammelzentrum der einzigen Partei der Arbeiterklasse zu werden und die linken Kräfte aufgefordert hat, eine einheitliche Widerstands-Front aufzubauen, haben die Presseagenturen die Positionen des MIR „interpretiert". Sie behaupteten, wir würden die linken Kräfte zum Aufbau einer einzigen Partei einladen.

In Wirklichkeit gibt es zwei Fakten:

1. der MIR verfolgt das Ziel, zu einem Sammlungspunkt zu werden, woraus sich die zukünftige Partei herausbilden wird,

2. der MIR ruft in der gegenwärtigen Phase die linken und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich in einer Front gegen die Militärdiktatur zu vereinigen. Wenn die Presse sich zum Echo dieses Mißverständnisses gemacht hat, ist dies mit der Absicht geschehen, aus der Konfusion Profit zu schlachten.

Frage: Wie schätzt du die Krise der USA ein und die neue Linie der lateinamerikanischen Länder, z.B. die Anerkennung Kubas und die

lateinamerikanischen Länder, z.B.

die Anerkennung Kubas und die Verschlechterung der Unterstützung gegenüber der Junta?

E.E.: Die Militär-Junta hat stabile und überall in der Welt anerkannte Partner: Paraquay, Uruguay und die anderen ultrareaktionären lateinamerikanischen Regimes. Auf der anderen Seite vollzieht augenblicklich die mexikanische Regierung ihren Bruch mit der Junta, in einer Art, die wir nur begrüßen können. Aber es gibt andere Regierungen, die mit der Junta paktieren, die sie unterstützen. Am deutlichsten trifft dies für Argentinien zu. Man kann sagen, daß von der Wahl Perons bis zum heutigen Zeitpunkt die argentinische Regierung sich immer reaktionärer offenbart, als eine Regierung, die die Arbeiterklasse und die Revolutionäre unterdrückt. Diese Regierung paktiert mit der Junta und hat ihr ihre Unterstützung zugesichert.

Andere Regierungen, die noch nicht ihren reaktionären Charakter so deutlich wie in Argentinien zur Schau tragen, unterstützen dennoch die Junta offen und weniger offen, politisch und materiell.

Natürlich bleibt Kuba, das einzige sozialistische Land Latein-Amerikas, seinem Prinzip des Bruchs mit der Junta treu. Auf der anderen Seite haben verschiedene latein-amerikanische Regierungen Beziehungen zu Kuba oder erwägen die Aufnahme solcher Beziehungen.

Das ist unseres Erachtens ein Sieg der kubanischen Revolution, der die von den USA auferzwungene Blockade bricht. Dies ist eine Anerkennung der Stärkung Kubas. Man kann Kuba auf dem Kontinent nicht mehr ignorieren. Es kann aber sein, daß Länder, die zu Kuba Beziehungen haben, oder die sich solche wünschen, die chilenische Militär-Junta dennoch unterstützen. Eine Einschätzung der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Tendenzen auf dem nächsten Treffen der OEA (Organisation amerikanischer Staaten) wäre heute verfrüht.

Frage: Welchen Stand haben die Beziehungen des MIR zu den anderen latein-amerikanischen revolutionären Kräften heute erreicht? Vor allem mit den Organisationen der Koordinations-Junta des Südkonens?

E.E.: Die „Revolutionäre Koordinations-Junta" (die von revolutionären Organisationen aus vier südamerikanischen Ländern gebildet wird – d.Red.) hat sich als Ziel gesetzt, ihr revolutionäres Programm als Alternative zur Führung der Massen zu entwicklen, einerseits des kleinbürgerlichen Reformismus, andererseits des Populismus der lateinamerikanischen Großbourgeoisie. Die „Koordinationsjunta" ist ein wichtiger Faktor in der Konzeption der Revolution in jedem Land, die jeweils von einer internationalen Perspektive und Erfahrung ausgeht. Die „Koordinationsjunta" ist bereits geschaffen und befindet sich in einer Konsolidierungsphase. Wenn sie konsolidiert sein wird, werden neue revolutionäre Siege möglich sein. Man kennt die Mitglieder dieser „Koordinationsjunta": der chilenische MIR,

nationsjunta": der chilenische MIR,

die PTR-ERP aus Argentinien, die bolivianische ELN, die Tupamoros aus Uruguay. Es gibt noch andere Linkskräfte, z.B. die Monteneros in Argentinien, die eine immer positivere Rolle spielen. Sie haben ihre Positionen sehr deutlich herausgearbeitet und haben der Regierung von Isabel Peron entscheidende Schläge versetzt. Wir möchten mit ihnen die besten Beziehungen haben. Was andere Länder betrifft, so gibt es keine ähnlichen Bedingungen. Die linken Parteien, mit welchen wir in Kontakt sind, haben nicht dieselben ideologischen Positionen gewählt, oder sie haben sich davon entfernt. ●

Brasilien:

Präsident Geisel redet von Demokratisierung – Folter, Morde und Terror gehen weiter

Anfang März kündigte Präsident Geisel die in der bürgerlichen Presse viel beschworene und jetzt entsprechend bejubelte „Demokratisierung" Brasiliens an. Der „Terrorismus" sei besiegt, erklärte er, die „subversiven Organisationen" seien unter wachsamer Kontrolle. Der „Sicherheitspolitik" sei es jetzt möglich, von der Repression (Unterdrückung) zur Prävention (Vorbeugung) überzugehen.

Dabei betonte Geisel, daß diese Politik der „Entspannung" zwar konsequent, aber langsam durchgeführt werden müsse, *„so daß gegen jeden Versuch einer Überspannung des Bogens harte Maßnahmen erfolgen würden"*(„NZZ", 13. 3. und 7. 2. 75). Ergänzt wurde er dabei von Justizminister Falcao, der hervorhob, daß *„Kommunismus und Subversion nie wieder Raum haben werden in diesem Lande"* („Tagesspiegel").

Ergebnis dieser „langsamen, aber konsequenten Demokratisierung" ist das „Geschenk" an eine konservative (!) brasilianische Zeitung, bei der zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens die Zensoren abgezogen wurden. Ein weiteres Ergebnis ist das Versprechen, einen sogenannten Berufungsrat einzurichten, vor dem Beschwerden gegen Zensurentscheidungen vorgebracht werden können. Unbeschadet dieser enormen „Demokratisierung" werden weiterhin Redakteure verhaftet, werden Ermittlungsverfahren gegen Zeitungen eingeleitet – wie kürzlich gegen das Jornal do Brasil, das über Folterungen an einem früheren Parlamentsabgeordneten berichtet hatte („NZZ", 1. 2. 75).

● Ende Januar wurden 2 Druckereien der illegalen KP Brasiliens ausgehoben und zahlreiche Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen wurden angekündigt. Justizminister Falcao sicherte den Festgenommenen „legale Gerichtsverfahren" zu – für brasilianische Verhältnisse ein sehr „demokratischer" Akt: denn es ist in Brasilien durchaus die Regel, daß Gefangene spurlos verschwinden oder auf der „Flucht" oder bei einer „Gefangenenrevolte" ermordet werden.

Allein aus dem Jahr 1974 sind 20 Fälle von politischen Häftlingen bekannt, die unauffindbar und ohne Spuren verschwunden sind. Es handelt sich dabei um Parlamentarier, Journalisten, Anwälte, d.h. um Personen, die meistens einer einflußreichen Familie angehören. Wieviele Arbeiter, Gewerkschafter und Bauern, deren Familien über keinerlei „Beziehungen" und finanzielle Mittel verfügen, mögen dann erst in den Folterkammern und Gefängnissen umgebracht werden, wenn man schon ehemals angesehene Personen des „öffentlichen Lebens" einfach verschwinden läßt.

● „Nebenbei" treiben nach wie vor die berüchtigten „Todeskommandos" ihr Unwesen. Diese „Todeskommandos" setzen sich aus Polizisten zusammen, die es in ihrer Freizeit als ihre Aufgabe betrachten, „straffrei gebliebene oder zu milde bestrafte Verbrecher" ihrer „gerechten" Strafe zuzuführen: Laut „FR" wurden in den letzten 8 Jahren über 2.000 Menschen auf diese Weise von Bullen umgebracht.

● Im Oktober letzten Jahres jagten „Todeskommandos" knapp 100 Jugendliche, die beim Betteln oder Hausieren verhaftet worden waren, nackt auf die Straße.

● In diesem Januar wurden zwei Jugendliche im Alter von 14 und 16 Jahren aus dem Gefängnis, in dem sie einsaßen, von „Todeskommandos" verschleppt und ermordet; ein dritter wurde lebensgefährlich verletzt. Die Jugendlichen waren verhaftet worden, weil sie angeblich Äpfel im Garten eines Polizisten gestohlen hatten!

Diese Situation des unvorstellbaren Terrors und der Unterdrückung des Volkes lobt Springers „Welt" mit unverhülltem Zynismus und hochbefriedigt: *„In Brasilien drohen keine portugiesischen Verhältnisse"* ●

CHILE:

Bekannter MAPU-Führer auf mysteriöse Weise verschwunden

Der bekannte Führer der chilenischen Landarbeiter, Humberto Vergara, ist auf bisher ungeklärte Weise verschwunden.

Vergara, der dem nationalen Landarbeiterbund „Arbeiter-Bauern-Einheit" (Confederación Nacional de Trabajadores Agrícolas „Unidad Obrero-Campesina") und der MAPU (OC) angehört, war lange Jahre aktiv im gewerkschaftlichen Kampf.

Nach seiner Tätigkeit als Leiter der Landarbeitergewerkschaft der Gemeinde El Monte wurde er Präsident der Federación Provincial de Santiago „Campesinos al Poder" (Verband der Provinz von Santiago „Bauern an die Macht"), um schließlich auf dem Kongreß von 1972 zum nationalen Vorsitzenden gewählt zu werden.

Nach dem faschistischen Militärputsch setzte Vergara seine ganze Kraft für die Reorganisierung der Landarbeiter- und Bauernbewegung ein. Im Dezember traf er mit der Untersuchungskommission der Internationalen Organisation der Arbeit (OIT) zusammen, um sie über die Repression durch die faschistische Junta zu informieren.

Danach verschwand er. Die Junta leugnet seine Verhaftung, aber niemand kennt seinen Aufenthaltsort (nach Granma, 9.3.75).

Es ist zu befürchten, daß Humberto Vergara den Folterknechten der Militärjunta zum Opfer gefallen ist. Als hervorragender Kämpfer im militanten antifaschistischen Widerstand war er den Generälen schon lange ein Dorn im Auge. Sollten sie das Leben des Genossen Vergara auf dem Gewissen haben, werden sie sich natürlich scheuen, ihr Verbrechen an einem so bekannten Revolutionär öffentlich zuzugeben.

Für alle fortschrittlichen Kräfte in der Welt sollte dieses erneute Verbrechen der chilenischen Faschisten Anlaß sein zu verstärkter Wachsamkeit gegenüber den Greueltaten der Militärjunta und zu verstärkter Solidarität mit dem heldenhaften, revolutionären Widerstand des chilenischen Volkes! ●

Kämpfen wir für das Leben und die Freiheit des Genossen Bautista van Schouwen

Auf der Konferenz der „Internationalen Kommission zur Ermittlung der Verbrechen der chilenischen Militärjunta", die im Februar dieses Jahres in Mexico stattfand, wurden Dokumente vorgelegt, die bezeugen, daß der Genosse Bautista van Schouwen, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, noch am Leben ist und von den faschistischen Henkern schwer gefoltert wurde.

Die chilenische Militärjunta hat die Verhaftung dieses Genossen, die bereits im Dezember 1973 stattfand, nie zugegeben – wie sie auch die Verhaftung, Folterung oder Ermordung einer Reihe anderer führender Revolutionäre verschweigt. Noch am 20. Februar dieses Jahres tischte der „Mercurio" die Lüge auf, daß Bautista van Schouwen sich im Exil befinden würde. Die auf der Konferenz der genannten Internationalen Kommission vorgelegten Dokumente (ein Foto und ein ärztlicher Tagesbericht aus dem Militärhospital in Valparaiso) beweisen nun endgültig das Gegenteil.

Wir drucken im folgenden die Erklärung eines Vertreters des MIR ab (im Auszug), die dieser dazu auf der Konferenz in Mexico abgegeben hat und in der auch der ärztliche Tagesbericht im Wortlaut zitiert ist.



Halbtot nach den monatelangen unmenschlichen Folterungen: Genosse Bautista van Schouwen

„(...) Wir sind fest davon überzeugt, daß der hier beschriebene Zustand von Bautista van Schouwen, revolutionärer Führer, junger Arzt und mutiger Kader des Widerstands des chilenischen Volkes, ein Beweis ist, daß unser Genosse zahlreiche Folterungen über sich ergehen lassen mußte.

Er hat sich aber etwas erholt, gegenüber dem Zustand, den er vor etwas über einem Jahr zeigte, als wir zum ersten Mal über seinen Verbleib berichten konnten.

Wir rufen die Mitglieder der Internationalen Kommission zur Ermittlung der Verbrechen der Gorilla-Diktatur, die Regierungen, die Volksparteien und Massenorganisationen aller Länder, die revolutionären und demokratischen Ärzte, die Kollegen des Arztes van Schouwen, wir rufen alle Menschen, denen die Militär-Diktatur zuwider ist, dazu auf, die sofortige Beendigung der Folterungen unseres Genossen zu fordern, sowie die Garantie seines Lebens und seines Rechts auf Besuch von Familienangehörigen und eines Rechtsanwaltes oder einer entsprechenden qualifizierten internationalen Kommission.

Meine Herren: die Welt versteht bereits, wieso dem Volkswiderstand meines Landes, der Schritt für Schritt nach der blutigen Niederlage, die das Volk am 11. September 1973 erlitt, aufgebaut wurde, nichts anderes übrigblieb, als mit allen Kräften, unter Anwendung aller Mittel und Formen, für sein Ziel zu kämpfen, um die Tyrannei zu zerschlagen und um zu verhindern, daß unser Vaterland jemals wieder diesen Terror kennenlernen wird.

Wir selber, im Namen des MIR und des gesamten chilenischen Volkes, klagen den nordamerikanischen Imperialismus an, diese monströse Repression, die heute in Chile wütet,



organisiert, finanziert und mitgeplant zu haben. Wir behaupten an diesem Ort, und wir sind in der Lage, dafür Beweise zu geben, daß die „Leitung des nationalen antikommunistischen Ermittlungsdienstes" – die DINA –, die Ende 1973 zwecks Verfolgung und Liquidierung der Volksorganisationen und der revolutionären Organisationen gegründet wurde, sich in die gleiche Yankee-Strategie der Repression einreiht, die auch in anderen Ländern wie Brasilien und Uruguay angewandt worden ist.

(... fehlen Sätze; AK-Red.)

... In dieses Krankenhaus (gemeint ist das Marine-Krankenhaus in Valparaiso; AK-Red.) *werden die Genossen hingebracht, die auf der Burg „Silva Palma", Sitz der Marine-Infanterie in Valparaiso, dem größten chilenischen Hafen, gefoltert worden sind.*

Das Foto, das wir euch heute zur Kenntnisnahme geben, ist ein Beweis, daß Bautista van Schouwen am Leben ist, und daß es der internationale Druck von der Militär-Junta erreichen könnte, daß qualifizierte Zeugen ihn sehen.

Van Schouwen, heldenhaft und standhaft, verweigert weiter jede Aussage, die man ihm durch die Folter abzwingen will. Unser Marine-Genosse, der durch dieses Foto das Geheimnis über den Verbleib von van Schouwen im Marine-Krankenhaus von Valparaiso brechen konnte, konnte außerdem auch das tägliche Gutachten über den Patienten abschreiben. Das ist ein internes Dokument dieses Krankenhauses, das auf das Datum vom 5. Februar 1975 ausgestellt ist.

Der Text dieses Dokumentes ist von einem Arzt geschrieben worden, der uns unbekannt ist, da Unterschrift und Initialen unleserlich sind. Doch: die hier festgestellten Symptome zeigen, daß Bautista van Schouwen sich in einem Zustand befindet, der es ermöglichen müßte – wenn diese Ermittlungskommission die notwendigen solidarischen Mittel einsetzt – zu fordern, daß der Gefangene von einer internationalen Ärztekommission oder von der Delegation des Internationalen Roten Kreuzes in Chile untersucht wird; zumindest muß gefordert werden, daß van Schouwen genauso behandelt wird, wie andere Gefangene, und das Recht auf Kontakt mit Familienangehörigen oder einem Anwalt erhält.

Das medizinische Gutachten des Marine-Krankenhauses, worauf ich mich stütze, sagt wörtlich folgendes: **„Somnolenter Kranker, ohne Kooperationsbereitschaft, antwortet mit einzelnen Worten. Die Prellungen, Hämatome und Abschürfungen der Extremitäten sowie des linken Unterarms sind besser. Die Hämatome im Abdomen und Rücken schrumpfen.**

Die Prellung des Oberarmknochens bleibt empfindlich, sowie das starke Ödem und die Rötung der Eichel. Kaum Reaktion auf schmerzhafte Reizung in den unteren Extremitäten. Verminderte Reflexe. Die passive Beweglichkeit zeigt Hypotonie auf. Es werden Röntgenaufnahmen von Thorax, Wirbelsäule und Hüften gefordert." ●

Anmerkungen zu den medizinischen Ausdrücken:

somnolent	=	überwiegend im Schlafzustand
Hämatom	=	Blutgeschwulst
Abdomen	=	Unterleib
Ödem	=	Gewebewassersucht
Hypotonie	=	Verminderung des Blutdrucks
Thorax	=	Brustkorb

Chile – Umschuldungs-Verhandlungen:

Bundesregierung unterstützt das Terrorregime

„Der Weg ist frei!"

Mitte März fand in Paris eine Tagung des „Dreizehner-Clubs" der Chile-Gläubiger statt, wo auf Wunsch der Junta über weiteren Aufschub chilenischer Kredit-Rückzahlungs-Verpflichtungen verhandelt wurde.

Pinochet hatte schon unmittelbar vor der Tagung ein „unbefristetes Moratorium" verlangt – mit anderen Worten die faktische Streichung der hohen Auslandsschulden Chiles durch Stundung auf unbefristete Zeit. Die zur Rückzahlung anstehenden Kredite wurden Chile vor der Zeit Allendes gewährt, und zwar der christdemokratischen Frei-Regierung. Während damals das Geld der Imperialisten noch reichlich ins Land strömte, drehten sie mit dem Regierungsantritt Allendes sofort den Geldhahn zu (im Rahmen des allumfassenden Wirtschaftsboykotts, der vor allem von den US-Imperialisten inszeniert wurde), bestanden aber jetzt auf der pünktlichen Rückzahlung der Kredite, die sie der Frei-Regierung gewährt hatten.

Im April 1972 führte die Allende-Regierung mit dem „Dreizehner-Club" Verhandlungen über einen Aufschub der 1972 fälligen besonders hohen Rückzahlungs-Verpflichtungen von 600 Millionen Dollar. Anfang 1974 verhandelte die Junta über den Aufschub von Verbindlichkeiten aus den Jahren 1973/74. Vergleicht man die Verhandlungen, so erzielte die Junta 1974 bessere Ergebnisse als die Unidad Popular-Regierung 1972:

- Die Frist zur Rückzahlung der Umschuldungssumme betrug 1972 sechs Jahre, 1974 sieben Jahre.
- Die Junta konnte 80 % der fälligen Gelder umschulden, die UP-Regierung nur 70 %.
- Die übrigen 30 % mußte die UP-Regierung 1972 sofort zurückzahlen, der faschistischen Junta dagegen gestatteten die Imperialisten, die restlichen 20 % fälliger Gelder in vier Jahresraten zurückzuzahlen.

Während so die UP-Regierung für 1972 nur unter ungünstigen Bedingungen Zahlungsaufschub erhielt, lehnten die Imperialisten 1973 jegliche Bitten Allendes auf Verhandlungen ab und bestanden auf ihren Forderungen. 1974 gewährten sie dagegen der Junta die günstigen Bedingungen.

Durch die weltweiten Proteste gegen die faschistische Junta und ihre imperialistischen Hintermänner ist es allerdings einigen imperialistischen Regierungen in der letzten Zeit schwerer geworden, die Junta so offensichtlich zu unterstützen. So erklärte der britische Schatzkanzler Healy vor dem englischen Unterhaus schon Anfang März '75, Großbritannien werde sich nicht an den diesjährigen Umschuldungsverhandlungen beteiligen. Bei Ersuchen um Stundung der Schulden müsse man *„die chilenische Haltung zur Frage der Menschenrechte in Betracht ziehen"*. Healy forderte die übrigen Gläubigerländer auf, ebenfalls die Verhandlungen zu boykottieren. Zu dieser Haltung wurde die britische Regierung nicht zuletzt durch die starken Proteste im eigenen Land gezwungen. Britische Hafenarbeiter hatten sich z.B. geweigert, chilenische Schiffe zu entladen und der Gewerkschaftsverband TUC (vergleichbar dem westdeutschen DGB) hatte bei der Labour-Regierung offiziell in Sachen Umschuldungsverhandlungen interveniert.

In Italien sah sich selbst die christdemokratische Regierung nach den für das kapitalistische Europa beispiellosen Protestaktionen der italienischen Arbeiterklasse gegen die faschistische Junta gezwungen, den Umschuldungsverhandlungen fernzubleiben.

Auch die schwedische Regierung erklärte Anfang März, daß sie an den Pariser Verhandlungen nicht teilnehmen werde.

Zu dieser Haltung gegenüber der faschistischen Junta mußten die imperialistischen Regierungen immer erst durch Kampfaktionen der Arbeiterklasse in ihrem Land gezwungen werden. Vor allem sozialdemokratische Regierungen verurteilten in Worten (oft recht radikal) den Militärputsch, ohne deswegen in ihren Taten auf die direkte Unterstützung der Generäle zu verzichten:

Erst durch breitere Aktionen der australischen Arbeiter, insbesondere der Hafenarbeiter, wurde die dortige Labour-Regierung gezwungen, eine Lieferung von 300 000 t Weizen an die faschistische Junta aufzuschieben. (Eine ähnliche Getreide-Lieferung aus der BRD war der Allende-Regierung ständig vorenthalten worden, wurde dann aber nach dem Putsch im September 1973 nach Chile geliefert. Die SPD/FDP-Regierung hatte damals noch die Unverfrorenheit besessen, diese Lieferung als „humanitäre Hilfe für die Notleidenden chilenischen Arbeiter" auszugeben.)

Auch die britische Labour-Regierung hatte im letzten Jahr verschiedentlich die Junta verurteilt, ohne deswegen eine geheime Lieferung von Kriegsmaterial zu unterlassen. Den Vogel schossen bei diesen Betrugsmanövern bisher vor allem die westdeutschen Sozialdemokraten ab. So hatte vor den Umschuldungsverhandlungen 1974 das „linke" Aushängeschild der SPD/FDP-Regierung, Matthöfer, noch beteuert, die Bundesregierung werde der Junta keine Unterstützung gewähren. Tatsächlich billigte die Bundesregierung dann den für die Junta-Generäle günstigen Verhandlungsverlauf und gewährte dann im weiteren westdeutschen Konzernen, die in Chile investierten, sogenannte Hermes-Bürgschaften, d.h. die Übernahme des Investitionsrisikos des einzelnen Kapitalisten in Chile auf Kosten der Steuergelder der westdeutschen Arbeiterklasse.

In der Weltbank, einer imperialistischen internationalen Finanzinstitution mit Beteiligung der BRD, hatte der Vertreter der SPD/FDP-Regierung schon 1974 dafür gestimmt, daß der Kreditboykott der Weltbank gegen Chile (der zur Zeit verfügt wurde) aufgehoben wurde der UP verfügt wurde) aufgehoben wurde und die Junta sofort 13,5 Mio. Dollar bekam. Dabei muß bedacht werden, daß die Finanz- und Kapitalhilfe des Imperialismus für das faschistische Militärregime Chiles die Grundlage für dessen Überleben – und damit die Aufrechterhaltung von schrankenloser Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Während Junta-Chef Pinochet die eine Hand zum Kassieren aufhält, gibt er mit der anderen Hunderte von Mio. Dollar aus:

- Für 300 Mio. Dollar kaufte die Junta allein 1974 Waffen in den USA, die sie für die „innere Sicherheit" (oder schon vielmehr „inneren Kriegszustand") und die militärische Bedrohung des Nachbarstaates Peru braucht.

Die unter Allende enteigneten imperialistischen Konzerne (darunter US-Kupfergesellschaften und ITT) wurden von Pinochet mit bisher 495 Mill. Dollar „entschädigt". ITT bekam obendrein „seine" chilenischen Werke zurückerstattet!

Die Kredite an die Junta dienen also offensichtlich der weiteren Unterdrückung des chilenischen Volkes und der Befriedigung der räuberischen Gier der imperialistischen Monopole. ●

Darum:
SCHLUSS MIT JEGLICHER UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Umschuldungsverhandlungen:

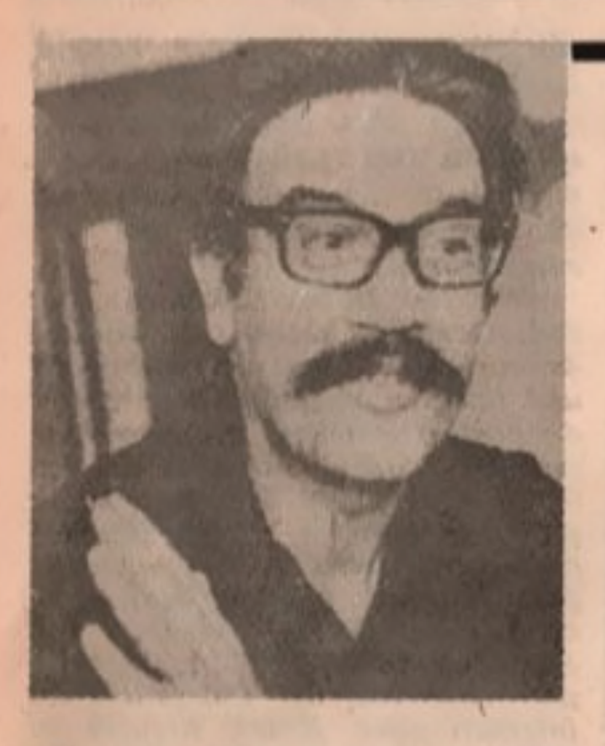
Verschoben – aber nicht aufgehoben!

Die bereits für Mitte März dieses Jahres geplanten „Umschuldungsverhandlungen" zwischen dem faschistischen chilenischen Militärregime und den imperialistischen Gläubigerstaaten wurden erneut verschoben. Zunächst waren die Verhandlungen in Paris von Mitte März auf den 24. desselben Monats vertagt worden.

Von den etwa ein Dutzend im sogenannten „Pariser Club" zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten hatten sieben Regierungsdelegationen (Großbritannien, Italien, Holland und die skandinavischen Länder) ihre Teilnahme abgesagt, weil sie in gewisser Weise der antifaschistischen Bewegung in ihren Ländern Rechnung tragen müssen.

„Die Vereinigten Staaten, Kanada, Schweiz, Japan, Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik sind dagegen an einer möglichst zügigen Abwicklung dieser schwierigen Verhandlungen interessiert (!)" („FAZ", 27. März 1975).

Wie verlautet sollen die Verhandlungen nun endgültig in der zweiten Aprilhälfte über die Bühne gehen. Wenngleich die oben bereits genannten sieben Staaten voraussichtlich auch dann nicht vertreten sein werden, so werden doch *„ihre Forderungen (nach der bei Umschuldungsverhandlungen üblichen Meistbegünstigungsklausel) so behandelt, als hätten sie sich an den Verhandlungen beteiligt (!!!)"* („FAZ", 27.3.1975). ●



Chile:

11.808 Stunden in Konzentrationslagern

– Bericht von Manuel Cabieses, Mitglied des Zentralkomitees des MIR –

Rund 10 000 politische Gefangene sitzen in Gefängnissen und Lagern. Das größte KZ istChacabuco in der Salpeterwüste, die berüchtigsten Folterlager sind der Militärstützpunkt Tejas Verdes und das Estadio Chile in Santiago (nicht identisch mit dem Estadio National). Die Prominenz des Allende-Regimes ist tief im Süden auf der Insel Dawson bei Feuerland interniert.

Manuel Cabieses war Chefredakteur der Zeitschrift „Punto Final", theoretisches Organ des MIR, politischer Redakteur bei der sozialistischen Tageszeitung „Ultima Hora", Generalsekretär des chilenischen Verbands linker Journalisten und Führer des Industrie-Kordons „Santiagó-Mitte".

Während seiner Gefangenschaft wurde Manuel Cabieses Donoso zum Mitglied des Zentralkomitees des MIR gewählt, aufgrund seiner mutigen Haltung und seiner Aktivität unter den Gefangenen. Er wurde vor kurzem freigelassen und befindet sich jetzt in Kuba.

Der nachfolgende Bericht des Genossen Manuel Cabieses über seine Verhaftung und über das Leben in den Konzentrationslagern erschien zuerst in der kubanischen Zeitschrift „Bohemia". Wir haben den Text nach der französischen Wochenzeitschrift „Politique Hebdo" übersetzt (Nr. 164,v.27.2.-5.3.).

Am 11. September 1973 ging ich frühmorgens mit meiner Frau zusammen zur Arbeit. Wir hatten was von Aufstand gehört – aber nichts Konkretes. Ich bin zuerst zur Zeitung „Ultima Hora" vorbeigegangen, und bin dann zu einem Journalisten gegangen, der in der Nähe des Präsidentenpalastes La Moneda wohnte. Von seinem Balkon aus sahen wir, wie die Flugzeuge auf La Moneda abzielten, und Rockets warfen. Bevor ich nach Hause ging, habe ich verschiedene Anrufe erledigt. Zu Hause habe ich dann Briefe für meine Frau und meine Kinder geschrieben, alle „belastenden" Papiere verbrannt, und bin dann zu Fuß weggegangen, um mich zu „verstecken". Von meinem Versteck aus habe ich Kontakt mit Genossen meiner Partei aufgenommen,und wir haben einen Termin für den 13. September an einer Straßenecke ausgemacht. Als ich auf dem Weg dahin war, nahmen mich zwei Genossen mit in ihrem Wagen. In Huerfano sind wir auf eine Karabinieri-Sperre getroffen. Wir stiegen aus dem Wagen. Ein Karabinieri guckte meine Papiere an und gab sie mir zurück. Aber als ich wieder ins Auto einsteigen wollte, hielt mich ein anderer Karabinieri an der Schulter fest und sagte, ich sei gesucht. Ich hatte das Gefühl, daß alles zu Ende sei...

Ich wurde zum nächsten Kommissariat gefahren, dort war eine Seite des „Mercurio" plakatiert, mit den Fotos der „meistgesuchten Personen".
des „Mercurio" plakatiert, mit den Fotos der „meistgesuchten Personen".
Ich hatte die 16. Stelle. Die Karabinieri begannen damit, mich erstmal zu schlagen. Dann trat ein Offizier der Luftwaffe ein, der einen jungen Mulatten vor sich schob, einen Revolver über seinem Kopf. Der junge Mulatte hatte die Arme voll mit Schriften von Che Guevara und Reden von Castro. Der Offizier erklärte, es handle sich um einen Kubaner, und die Karabinieri haben sich mit verstärkter Brutalität dann auf ihn geworfen. Ich glaube es war ein Mensch aus Panama. Er muß tot sein.

Simulierte Exekutionen

Kurz danach kam ein Leutnant der Armee um mich zu holen. Er sollte mich zum Verteidigungsministerium bringen. Ich wurde zu einem Jeep geführt, beide Hände im Nacken gekreuzt, wo ich neben dem Chauffeur hingesetzt wurde. Der Leutnant nahm auf dem vorderen Kotflügel Platz, die Mündung seines Gewehrs legte er an meine Stirn. Die beiden Soldaten, die hinten saßen, hielten mich ebenso inSchach. Der Leutnant warnte mich: bei der kleinsten Bewegung sei ich ein toter Mann.

Am Eingang des Verteidigungsministeriums trafen wir auf einen offensichtlich entzückten Menschen: Leon Villarin, der ultra-reaktionäre Führer der Fuhrunternehmer-Korporation.

Meine Wächter führten mich bis zum 6. Stock, immer unter der Drohung ihrer Gewehre und gaben mir dann den Befehl, dort stehen zu bleiben.

Sie fragten mich, ob ich ohne Brille sehen könnte, und da ich darauf antwortete, daß ich eine ziemlich schlechte Sehkraft hätte, nahmen sie mir lachend die Brille weg, warfen sie auf den Fußboden und zertrümmerten sie.

Dann verbanden sie mir die Augen mit einem Tuch, ließen mich auf der Stelle drehen, bevor sie mich in einem Raum auf den Fußboden hinlegten.

Dort: Wieder Prügel, aber ohne Verhör. Die Folterknechte trampelten auf mir rum, quetschten mir die Hände mit ihren Stiefelabsätzen, schlugen mich mit ihren Gewehren, und schrien dabei: *„Du bist der Direktor der kubanischen Zeitschrift, der Castro-Zeitschrift, der Zeitschrift vom MIR"*.

Einige Stunden später brachten sie mich mit Fußtritten in einen Hof, oder was ich meinte, ein Hof sei. Sie stellten mich an die Wand und sagten: *„Hab keine Angst, wir werden dir den Gnadenstoß geben"*. Ich hatte eine wahnsinnige Angst. Ich habe keine einzige Sekunde an irgendeine Phrase für „die" Geschichte gedacht. Ich habe nur an meine Frau und an meine Kinder gedacht und die Worte gehört: *„Bereitet euch vor! Das Gewehr anlegen!"*

Ein langer Moment verging – vielleicht eine Minute, aber die längste Minute meines Lebens. In diesem Augenblick habe ich entdeckt, daß die Angst ihre Grenzen hat.

Anfangs ist es schrecklich, aber dann erreicht man einen Punkt, wo die Angst schon auf einer solchen Stufe ist, daß man eine Barriere überschreitet und zu einem Gleichgültigkeitszustand kommt: man hört auf, sich ans Leben zu klammern ...

Dann fingen sie wieder an, mich zu schlagen, und meine Wächter schoben mich wieder vor sich. Sie hielten mich einen Moment lang über
hielten mich einen Moment lang über
ein Loch, das muß ein Fahrstuhl-Käfig gewesen sein, und simulierten erneut eine Erschießung. Und dann, immer noch mit verbundenen Augen, befand ich mich wieder im Jeep.

Der Wagen fuhr, man hörte Schüsse. Der Wagen hielt bei einem Müllplatz an (erkannte ich am Geruch). Sie ließen mich aus dem Wagen aussteigen. Ich dachte, dieses Mal komme ich wirklich dran. Aber sie schoben mich wieder in den Wagen rein, und sagten, ich würde früh am nächsten Morgen erschossen werden.

Chile-Stadion und National-Stadion

Der Jeep fuhr einige Augenblicke. Als der Wagen anhielt, wurde ich wieder aus dem Wagen gestoßen. Sie nahmen das Tuch von meinen Augen weg, und ich befand mich in einer merkwürdigen Umgebung. Es war die Arena des Chile-Stadions, die in ein Gefangenen-Lager umgewandelt worden war.

Vor mir war ein Leutnant (Colonel) und eine Gruppe von Offizieren rund um einen Tisch. Eine ganze Stunde lang versuchte der Leutnant, mir einen Unterricht über Marxismus zu geben. Dann brachten mich die Wächter in eine Kabine, die als Zelle diente, und wo ich drei Tage lang ohne Nahrung blieb.

Wir hatten keine Möglichkeit, die anderen Gefangenen zu sehen, wir hörten sie aber. Es ist manchmal schlimmer zu hören als zu sehen ... Ein Mal, als die Wächter die Tür unserer Zelle etwas öffneten, sah ich in einer Decke eingewickelt den Körper eines Mannes, der im Sterben lag. Es war der kommunistische Genosse Litre Quiroga, der Direktor der Strafanstalten gewesen war. Hinterher habe ich erfahren, daß er tot ist.

Eines Tages hat man uns alle in einen Lastwagen hineingestaut, und wir sind auf eine unendliche Reise gegangen. Viele Genossen verloren das Bewußtsein. Wir konnten kaum atmen, und auf einmal befanden wir uns im National-Stadion.

Zwei Tage später wurden wir in einem Gang in Reiheh aufgestellt, das Gesicht zur Wand. Offiziere kamen an, zusammen mit einem Menschen, der das Gesicht mit einer Kapuze maskiert hatte. Er zeigte mit dem Finger auf Gefangene. Ich habe das Gefühl gehabt, er würde auf mich zeigen. Das passierte auch. Ich mußte in die Knie gehen, die Hände auf dem Nacken, und in dieser Position bis zum Ende des Korridors „laufen". Es war unendlich. Meine Knie stießen aus der Hose und begannen zu bluten. Wenn jemand aufhörte, sich fortzubewegen, wurde er mit Gewehrkolben geschlagen. Als ich am Ende des Korridors angelangt war, guckte ich hinter mich und sah andere Gefangene und Frauen aufrecht stehen, die Arme gekreuzt.



Die erste „Schule" der Gefangenen

Die Wächter brachten mich in eine Zelle hinein. Wir waren ungefähr 80. Es gab Kommunisten, Sozialisten, MIR-Genossen, Brasilianer, Uruguayer, Venezulaner ... Wir waren so viele, daß wir nur in einem Abwechslungs-System schlafen konnten. Die brasilianischen Genossen wurden von brasilianischen Polizisten verhört, das gleiche passierte mit den Genossen aus Uruguay. Diese Genossen hatten ein unheimliches Vertrauen behalten – was uns sehr unterstützt hat.



Junta-KZ Dawson

Wir hatten ungeheuren Hunger, und wir teilten alles, was wir finden konnten, sehr genau auf. Ich habe dort gelernt, daß die chilenische Apfelsine aus 12 Teilen besteht. Eine Zigarette war für uns ein wahrer Schatz.

Wir führten strenge politische und moralische Kritiken an Genossen, die zu große Portionen für sich beanspruchten. In jeder Zelle hatten die Genossen spontan entschieden, einen Verantwortlichen zu bestimmen. Ich wurde in meiner Zelle zum Verantwortlichen bestimmt.

Ich war damit beauftragt, die Nahrung aufzuteilen und für gute Beziehungen zwischen den Gefangenen zu sorgen. Am Abend organisierten wir Konferenzen und Spiele. Als wir den Tod Pablo Nerudas erfahren haben, haben wir einen Abend ihm gewidmet, wir sprachen über sein Werk und dessen Bedeutung für die Periode, die unser Land nun erlebte.

Natürlich machten wir das alles mit leiser Stimme und sorgten dafür, daß die Wächter uns nicht erwischten.

Die Fahrrad-Bahn neben dem National-Stadion war zum Foltersaal geworden. Der Wartende mußte singen, bevor er gefoltert wurde. Das war von einer höllischen Raffinesse: Singen, während man die Schmerzschreie unserer Genossen hörte. Ich wurde auch gefoltert, aber nur zwei Mal verhört. Es sind die Ausländer, die am meisten gelitten haben.

Das National-Stadion war auch unsere erste „Schule" für politische Gefangene. Wir haben uns sofort organisiert, ohne zwischen Parteien zu differenzieren. Die Einheit unter den Gefangenen war selbstverständlich. Wir fühlten uns alle gleich.

Das Lager von Chacabuco

In den ersten zwei Wochen des Novembers wurden wir nach Chacabuco transportiert. Am Tag vor meiner Abfahrt sah ich zum ersten Mal meine Frau wieder. In dem Augenblick habe ich die Nerven verloren. Als sie wegging, weinte ich.

Wir waren ungefähr 1.000 Gefangene und wurden zunächst mit Bussen nach Valparaiso transportiert. Der Wagenzug wurde links und rechts von Militärwagen begleitet und von zwei Hubschraubern überflogen. Leute waren auf den Straßen. Einige grüßten uns heimlich. In Valparaiso wurden wir in den Schiffsraum eines alten Frachtschiffes eingeschlossen. Das war der alte Kahn „El Andalien", der zur Beförderung von Nitraten diente. Nach drei Reisetagen kam das Schiff in Antofagasta an. Dort wurden wir in einen Militärzug verfrachtet, und nach einigen Stunden kamen wir in Chacabuco an. Chacabuco ist ein ehemaliges Bergarbeiter-Dorf in der Wüste. Ein verlassenes Dorf.

Die Militärs hatten einen Betrieb von Antofagasta, La Colonial, mit der Vorbereitung und der Umzingelung des Lagers durch elektrische Zäune beauftragt. Der Offizier, der uns empfing, war der Kapitän Humberto Minoletti Araya, der wegen seiner Brutalität berühmt geworden ist. Der Kommandant von Kristchmann hat uns einen, von Beschimpfungen unterbrochenen, Vortrag gehalten. Er las uns eine Anordnung der Armee vor. Sie stammte aus der Zeit des Krieges mit Peru und Bolivien, 1879. Er erklärte uns, wir seien Kriegsgefangene, und als solche würden wir dieser Armeeordnung unterliegen. Sie sieht die Todesstrafe für jede Sache vor: Wenn man versucht, sich aufzuhängen, wird man erschossen, wenn man einen Hungerstreik durchführt, wird man erschossen.

Als er den Volkssänger Angel Para erkannte, schlug ihn der Kommandant von Kristchmann und schrie ihn an, jetzt müßte er rechte Lieder singen.

Der „Rat der Alten"

Unsere Zellen waren Häuser aus Stroh und Lehm. Wir waren 25 pro Haus. Fenster und Türen waren nur durch brasilianische Kaffeesäcke versperrt. Das Lager war aber umrandet mit Wachtürmen und verminten Fel-

dern. Wir waren in Gruppen zu 100 Mann organisiert.

Jede Gruppe wählte einen Delegierten, der Mitglied im „Rat der Alten" war. Der „Rat der Alten" wählte einen Präsidenten. Die Gruppen-Führer wurden für einen Monat gewählt, der Präsident für 15 Tage. Man konnte mehrmals Gruppen-Führer oder Präsident werden. Ich war mehrmals Präsident, und ich betrachte diese Aufgabe als eine der größten Ehren meines Lebens.

Eine der Aufgaben des Rates war, die Gefangenen in bestmöglichem moralischen und physischen Zustand zu erhalten. Da es 16 Ärzte gab, die im Lager verhaftet waren, haben wir einen Gesundheitsdienst eingerichtet. Jeder Genosse hatte seine Karte. Wir kümmerten uns um die Hygiene des Lagers. Wir fabrizierten eine Wandzeitung „Chacabuco 73". Unser Ziel war, daß jeder sich an einer Aktivität der Gruppe beteiligt. Angel Para hatte eine Musikgruppe aufgebaut, wofür er Lieder schrieb. Wir hatten auch eine Theater-Gruppe aufgebaut.

Das Essen war scheußlich, und wir mußten Zwangsarbeit machen: Wir mußten Schrott und Holz sammeln und es über riesige Entfernungen tragen, bzw. transportieren. Alexander Anania, ein Offizier des Lagers, gewann damit Geld. Der am meisten gehaßte Offizier (wegen seiner Behandlung der Gefangenen) war aber der Kapitän Santander, ein Elite-Schütze, der in der „Anti-Guerilla-Schule" der Panama-Kanalzone ausgebildet worden war. Eines Tages verletzte sich ein Militär ziemlich schwer mit seiner Waffe. Wir hatten in unserem Gesundheitsdienst hervorragende Chirurgen, und die Militärs wendeten sich an sie. Einige Genossen spendeten freiwillig ihr Blut, damit eine Bluttransfusion während des Eingriffs möglich sei. Der Verletzte konnte nicht gerettet werden, aber unser Verhalten beeindruckte die Soldaten, wie einige es auch sagten.

Im Haus 26 der Gruppe 5 bin ich am längsten geblieben. Einer meiner besten Freunde war Luis Corvalan Castillo, der Sohn des kommunistischen Führers. Er war ein Genosse der Kommunistischen Partei, ich ein Genosse des MIR, das hat aber nicht verhindert, daß sich zwischen uns eine wirkliche Freundschaft entwikkelt hat. Die tägliche Realität hat der Reserviertheit und den Vorurteilen, die von der Polemik innerhalb der Linken kamen, schnell ein Ende gesetzt.

Ein Brief von Miguel

Ein Brief von Miguel

In der gleichen Zelle befand sich auch ein alter kommunistischer Führer der Baubranche, Tata, auch ein studentischer Führer vom MIR, Milton Lee, und ein sozialistischer Student, Roberto Soco. Es waren auch Genossen aus anderen Parteien da und auch einfache Sympathisanten der Linken. Wir lebten nicht in politische Sektoren aufgeteilt, sondern alle gemeinsam. Während der ganzen Zeit, wo ich in Chacabuco verhaftet war, gab es keinen einzigen Zwischenfall unter den Gefangenen. Unsere einzigen Probleme hatten wir mit unseren 400 Wächtern. In Chacabuco wurden keine wirklichen körperlichen Folterungen durchgeführt. Das Lager war so konzipiert, daß ausländische Delegationen es besuchen konnten. Es gab aber sehr harte Strafen. Zum Beispiel: Naon Castro, der unter der Unidad Popular Direktor der Eisenbahn gewesen war, wurde mehrere Tage in einem Ofen mit Spinnen eingesperrt.

Es gelang Miguel Enriquez, mir einen Brief nach Chacabuco zu übermitteln. Dort schrieb er, daß er über mein Verhalten Bescheid wüßte, informierte mich über die Situation im Lande, betonte die Wichtigkeit der Einheit. Er ließ mir andere Botschaften übermitteln, über meine Kinder, die den Text dieser Botschaften auswendig lernten. So habe ich auch über meine Wahl zum Mitglied des Zentralkomitees des MIR erfahren.

Als wir den Tod von Enriquez erfahren haben, herrschte in unserem Lager eine tiefe Traurigkeit. Wir hatten auch eine andere sehr schmerzliche Trauer: der Genosse Oscar Vega Gonzalez, ein Bauern-Führer der MAPU, 75 Jahre alt, hatte sich mit einem Draht erhängt, in dem Haus, wo er als halbes Kind noch zur Bergbauarbeit gekommen war.

Erst nach mehreren Monaten in Chacabuco durften wir die ersten Besuche haben. Ich wußte nicht, ob meine Familie kommen würde. Die Reise war sehr teuer. Aber eines Tages sah ich hinterm Zaun jemanden, der mir zuwinkte. Ich hatte keine Brille auf und grüßte zurück, ohne zu wissen, wem. Ich hörte einen Ruf: „Vati". Es war Javier, mein Sohn. Ich rannte, ich weinte wie ein Kind, und er war ernst wie ein Mann.

Das Lager von Puchuncavi

Wir wurden dann später mit Bussen und Lastwagen zur Luftbasis Cero Moreno in Antofagasta transportiert. Dort ließ man uns in Flugzeuge des Typs Hercule 130 einsteigen, die uns zur Basis von Quintero in der Nähe von Valparaiso fuhren. Dort informierte uns der Kolonel Espinoza, daß wir weiter nach Puchuncavi transportiert werden sollten.

Puchuncavi war ein Volksstrand, der von der UP-Regierung ausgebaut worden war.

Die Junta hatte den Strand in ein Konzentrationslager umgewandelt. Bei unserer Ankunft befanden sich dort schon 90 Gefangene, die von der Insel Riesgo kamen. Anfangs war es dort sehr hart, es wurde aber schrittweise erträglicher, dank der Kontaktpolitik mit den Wächtern, die wir schon in Chacabuco angewandt hatten.

Das Lager war unter Kontrolle der Marine-Infanterie. Am 12. Oktober beauftragte mich ein Unteroffizier damit, eine Rede zum Jahrestag der Entdeckung Amerikas vorzutragen. Ich machte ein sehr vorsichtiges Referat, sprach aber von den ökonomischen Begründungen des Unternehmens von Christoph Columbus, so daß mich am Ende ein Unteroffizier fragte, ob Columbus ein Linker sei. Ich sagte ja.

Eines Nachmittags kamen mehrere Lastwagen an, mit lauter Marine-Soldaten. Sie stellten sich um das Lager. Sie verhafteten die Wächter und begannen, das Lager systematisch zu durchsuchen, mit Hilfe von Polizeihunden und Metall-Detektoren. Eine Woche später war es uns schon gelungen, mit den neuen Wächtern gute Beziehungen zu haben.

Wir waren in Kompanien von 45 Mann aufgeteilt, nur drei Genossen befanden sich in enger Haft. Das waren Alejandro Romero vom MIR, der zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war, und zwei sozialistische Genossen. Ein anderer Genosse, genannt Estrella, war ebenfalls zu 30 Jahren verurteilt worden, weil er, nach dem Urteil des Militärgerichts, „die Person" gewesen sei, „die mit der Auslösung des Klassenkampfes in Chile beauftragt worden wäre".

In diesem Lager bekamen wir eines Tages Besuch von Sozialfürsorgerinnen, die uns fragten, ob wir zum Exil bereit seien. Die Mehrheit von uns lehnte ab, weil wir meinten, daß unser Platz in Chile sei. Ich zum Exil bereit seien. Die Mehrheit von uns lehnte ab, weil wir meinten, daß unser Platz in Chile sei. Ich informierte unsere Partei über diesen Vorschlag und teilte ihr meine persönliche Meinung dazu mit.

Eine geheime Feier

Ende des Jahres wurde ich zum Lager Tres Alamos überführt, in einem Vorort von Santiago. Es handelte sich um ein altes Kloster, das jetzt als Gefängnis diente. Dort leben 500 Gefangene, die auf vier Häuser verteilt sind. In einem dieser Häuser wird Laura Allende in enger Haft gehalten, und auf der Tür dieses Hauses befindet sich ein Schild: „Achtung: Explosionsgefahr! Eintreten verboten!" Das entmutigt alle internationalen Kommissionen.

Durch andere Gefangene hatte ich erfahren, daß, wenn eine Kommission das Lager besuchen wollte, die Gefangenen, die in zu schlechtem Zustand waren, in Kühllastwagen verfrachtet wurden. Diese Lastwagen wurden von der Allende-Regierung gekauft, um Fisch zu transportieren. Die Lastwagen fuhren dann solange wurden von der Allende-Regierung gekauft, um Fisch zu transportieren. Die Lastwagen fuhren dann solange durch Santiago, bis die Besucher wieder fort waren. Zahlreiche Menschen müssen diese hermetisch geschlossenen Wagen gesehen haben, ohne daran zu denken, daß innerhalb dieser Wagen vielleicht ein Freund oder ein Familienangehöriger von ihnen saß.

Schließlich bekam ich von meiner Partei den Auftrag, eine Ausweisung aus Chile zu akzeptieren. Ein paar Tage vor meiner Abfahrt haben wir mit kommunistischen und sozialistischen Genossen und Genossen anderer Organisationen den Jahrestag der Gründung der Chilenischen Kommunistischen Partei gefeiert.

Am 16. Januar um 7.10 Uhr wurde ich wieder zum Flughafen gefahren, aber dieses Mal traf ich mich dort mit meiner Frau und meinen Kindern. Als das Flugzeug startete, dachte ich an die Genossen, die in der Burg von Silva Palma auf Knien oder aufrecht in Löchern bleiben müssen, die in die Mauern eingegraben worden sind, ohne Essen, ohne Wasser.

Ich dachte an die Witwe von Isidore Carillo, erschossener kommunistischer Führer, die nach Chacabuco kam, ganz schwarz gekleidet. Ich dachte an José Carceres Lopez, des Bruder im Lager von Los Angeles erschossen worden war, und der zu mir sagte: „Sie haben uns besiegt, weil wir keinen Klassenhaß hatten. Und wir empfanden keinen Haß, weil wir den Terror der reaktionären Gewalt nicht kannten".

Ich dachte an den Genossen von Linares, dem sie die Nägel ausgerissen hatten, dem sie vier Finger abgeschnitten und die Hoden verbrannt hatten.

Und ich dachte vor allem an die Einheit. Denn kein einziger Gefangener konnte sich vorstellen, daß es einen Trennungsgrund zwischen unseren verschiedenen politischen Organisationen geben könnte. ●

Dieser Bericht wurde zunächst in der kubanischen Zeitschrift „Bohemia" veröffentlicht, und von der französischen Wochenzeitschrift „Politique-Hebdo", Nummer 164 (Woche vom 27. Februar bis zum 5. März) übersetzt.

Chilenischer Folterchef Bonilla krepiert

General Bonilla, zuletzt Kriegsminister und zuvor Innenminister der chilenischen Militärjunta, ist *„bei einem Hubschrauberunglück ums Leben gekommen"*. Diese Meldung wurde (wie wir der italienischen Tageszeitung „Lotta Continua" vom 4.3. entnahmen) von der chilenischen Presse-Agentur ORBE verbreitet, ohne die näheren Umstände des „Unfalles" zu präzisieren.

Bonilla war einer der Organisatoren des faschistischen Putsches vom 11. September 73. Er war zuvor General der Carabinero-Truppen (eine Art Bereitschaftspolizei, die schon vor dem Staatsstreich ein Hort der Faschisten war) und hielt gleichzeitig die Fäden zum Putschflügel der chilenischen Christdemokratie und ihrem Führer Frei. Als Innenminister der faschistischen Junta wurde er einer der Hauptverantwortlichen für die Folterungen und Ermordungen von Tausenden von Genossen und Arbeitern.

Wenn diese Bestie jetzt krepiert ist, dann haben alle Arbeiter und Revolutionäre auf der Welt, nicht nur in Chile, Grund zur Freude – auch wenn die Junta den Posten von Bonilla schnell durch einen anderen Mörder ersetzt. Den übrigen Junta-Mitgliedern, Pinochet, Merino & Co., wünschen wir jedoch, daß sie nicht durch einen „Unfall" verbleichen, sondern möglichst bald durch den siegreichen Widerstand des chilenischen Volkes hingerichtet werden.

Schlächter und Bestien Foltermethoden in Chile



Im Januar dieses Jahres fand in Brüssel die zweite Sitzungsperiode des „Bertrand-Russel-Tribunals II" statt, wo Untersuchungsberichte über die Unterdrückung in Lateinamerika, insbesondere auch Chile, vorgelegt wurden (das „Bertrand-Russel-Tribunal I" hat vor einigen Jahren stattgefunden und richtete sich gegen die US-Aggression in Vietnam; Bertrand Russel, der Initiator, ist ein mittlerweile verstorbener englischer Philosoph).

Auf diesem Tribunal wurde vom chilenischen Professor Luis Vitale u.a. ein ausführlicher Bericht über die Foltermethoden in Chile gehalten. Die (sicher noch unvollständige) Liste der Foltermethoden, die wir im folgenden aus den „Chile-Nachrichten" **[illegible] der Foltermethoden, die wir im folgenden aus den „Chile-Nachrichten"** **Nr. 23 (Ende Januar 75) nachdrukken, zeigt in aller Deutlichkeit das barbarische Gesicht der chilenischen Militärdiktatur: ein Regime von Bestien und Schlächtern, das dem der Nazi-Herrschaft in Deutschland in keiner einzigen Scheußlichkeit und Unmenschlichkeit nachsteht.**

Luis Vitale hat übrigens nach dem faschistischen Putsch lange Zeit selbst in chilenischen Konzentrations- und Folterlagern verbringen müssen. Er wurde erst kürzlich freigelassen und aus dem Land gewiesen.



Opfer des faschistischen Terrors

Psychologische Folter

1) Vortäuschen einer Hinrichtung. Gewöhnlich führt der dabei erlittene Schock zu Harndrang. Man fingiert eine weitere Hinrichtung wenn diese Reaktion nicht gleich auftritt – bis das Opfer uriniert.

2) Für 5 – 10 Tage (manchmal sogar für 1 Monat) werden dem Gefangenen die Augen verbunden und ihm wird eine Kapuze über den Kopf gestülpt.

3) Absolute Stille während einiger Stunden, nur unterbrochen durch Geräusche von Gewehren, die geladen wurden.

4) Man droht einem Gefangenen, ihn lebend in einem Ofen zu verbrennen. Man führt ihn zum Ofen und zeigt ihm das Feuer.

5) Der Gefangene wird auf eine Treppe gestoßen. Er hat eine Kapuze über den Augen und man sagt ihm, daß nach dieser oder der nächsten Stufe ein Abgrund kommt. Und dieses während 50 Stufen. „Das ist wie 50 Mal sterben".

6) Fragen, die Informationen liefern über das Verhältnis des Gefangenen zu seinen Kindern, seiner Frau, um ihn zum Aufgeben zu zwingen.

über das Verhältnis des Gefangenen zu seinen Kindern, seiner Frau, um ihn zum Aufgeben zu zwingen.

7) Ein Offizier verkleidet sich als Priester und gibt vor, der Armeegeistliche zu sein. Er unterrichtet den Gefangenen davon, daß seine Eltern verhaftet sind und daß er ihnen ein Geschenk geben könne, oder er setzt den Gefangenen von einem Todesurteil, das falsch ist, in Kenntnis und fragt ihn nach seinem letzten Wunsch.

8) Die Wächter spielen Platten mit Kinder- und Frauenstimmen in einem Nebenzimmer ab, um den Gefangenen glauben zu machen, daß sie von seiner Familie stammen.

9) Der Gefangene wird vollständig eingegipst, am Mund wird ein kleines Loch gelassen, in das sie einen Schlauch stecken, durch den der Eingegipste atmen und trinken kann. Diese Methode wird nicht sehr oft angewandt, weil sie zu teuer ist (der Gips). Der Eingegipste ist vor Todesangst dem wannsinn nane.

10) Penthotal-Injektion. Das Penthotal macht den Gefangenen reden, denn es unterbricht die Verbindung des Bewußtseins mit dem Unterbewußtsein. Wenn der Gefangene, der diese Medizin erhält, ihre Wirkung kennt, kann er seine Äußerungen durch Konzentration auf eine bestimmte Sache lenken.

11) Der sogenannte „tabacazo". Über mehrere Tage hinweg gibt man dem Gefangenen Wasser mit Tabak gemischt. Als Folge ergibt sich nach drei Tagen ein Zustand des Deliriums und nach ungefähr 7 Tagen verfällt der Gefangene dem Wahnsinn. Dieser Wahnsinn kann nur durch längere Behandlung geheilt werden.

Die Folterungen von Frauen

1) Alle Arten physischer Gewaltanwendung (Schläge, Fausthiebe mit Gewehrkolben etc.)

2) Die Haare wurden alle unterschiedlich lang abgeschnitten.

3) Die Frauen waren nackt, mit Augenbinde, „Kapuze", die Hände auf dem Rücken; dann beginnen die „Bullen" die Brüste zu „mamar" (saugen) und zu „chupar" (lutschen).

FORTSETZUNG SEITE 10

Schlächter und Bestien – Foltermethoden in Chile

FORTSETZUNG VON SEITE 9

4) Elektroschocks an mehreren Körperteilen: Schläfen, Brüste, Anus, Bauchnabel, Vagina. In der Vagina auch Instrumente und Ratten.
5) Die Frauen mußten sich nackt, mit verschränkten Armen im Nakken auf den Bauch oder auf den Rücken auf den Boden legen.
6) Vergewaltigungen werden nur von Offizieren vorgenommen. Nach 4 oder 5 Vergewaltigungen (einzeln), ließ man der Frau ein wenig Zeit zur Erholung. Danach wurde die Frau von allen 4 oder 5 Offizieren gleichzeitig vergewaltigt (Vagina, Anus, Mund etc.). Dann läßt man sie schlagen. Morgens wacht sie mit Resten von Spermien im Mund auf.
7) Ein nackter Gefangener (männlich) wird einer Gefangenen gegenübergestellt und die Offiziere befehlen dem Mann mit der Frau Geschlechtsverkehr zu haben. Der Mann konnte und wollte nicht, wurde daraufhin in einer Ecke durchgeprügelt und mit den Worten „Wir werden dir zeigen wie ein richtiger Mann ..." vergewaltigten die Offiziere die Frau.
8) Brennende Zigaretten wurden auf den Brüsten ausgedrückt.
9) Die Gefangene mußte Platten mit Kinderstimmen anhören, um sie glauben zu machen, daß ihr Kind im Nebenzimmer wäre.
10) In den Fällen, in denen ein Ehepaar zur gleichen Zeit verhaftet worden waren, jedoch in verschiedenen Teilen des „El Estadio", sagte man der Frau während der Verhöre „hör mal, das ist dein Mann, der schreit" (bzw. umgekehrt). Und das stimmte. Die Frau konnte die Schreie ihres Mannes, der in einem anderen Gebäudeteil gefoltert wurde, sehr gut vernehmen.
11) Es kam vor, daß Offiziere mitten in der Nacht in den Räumen, wo die Frauen schliefen, eindrangen unter dem Vorwand, sie zur Exekution abzuholen, aus dem einzigen Grunde, um mit ihnen zu schlafen. Sie holten sie raus und vergewaltigten sie. Dies taten nicht nur Offiziere, sondern auch Unteroffiziere.

Die Folterungen von Männern

Kopf

1) Eine Blechdose wird als Deckel

1) Eine Blechdose wird als Deckel mit einem Gegenstand dagegen geschlagen.
2) Ein Metallreif wird um die Stirn gelegt und immer enger gezogen.
3) Bruch des Nasenbeins durch Carateschläge; Schläge gegen die Halsschlagader
4) Gegenstände werden tief in die Ohrengänge eingeführt
5) Gewaltsames Ausreißen der Zähne durch Faustschläge
6) Elektroschocks vor allem an den Schläfen und Ohren

Rumpf

7) „pigüelo": der Körper wird an der Decke aufgehängt und heftig zwischen den Mauern von einer Seite zur anderen geschleudert. Manchmal wird man auch mit dem Kopf nach unten aufgehängt.
8) „petro": eine Foltermethode aus dem Mittelalter, bei der der Körper an einer Art Maschine befestigt wird, die die Körperteile immer weiter auseinanderzieht.
9) Der Körper wird auf einer Art Bank befestigt. In Taillenhöhe befindet sich ein Brett, das die Taille oder die Hüften bis zu einer Höhe von 50 cm anhebt.
10) „loro" (Papagei): Der Gefangene sitzt einige Stunden lang mit angehobenen Füßen.
11) Der Gefangene wird mit einem langen Brett hinter den Knien, das er mit den Händen halten muß, an der Decke aufgehängt. So dreht er sich um sich selbst, wie ein „loro" im Käfig.
12) „kleine Ratte": der Gefangene muß sich entkleidet auf den Boden legen. Der Folterer setzt dann ein Glas mit einer kleinen Ratte darin auf den Bauch des Gefangenen. Die verzweifelte Ratte fängt an, den Bauch anzufressen.
13) „Unterseeboot": Der Gefangene wird mit dem Kopf in eine Toilettenschale, die mit Urin und Exkrementen gefüllt ist, getaucht. Diese Prozedur dauert ungefähr ein bis zwei Minuten und wird mehrere Male am Tag wiederholt.
14) Der Gefangene wird in einen Behälter voll Wasser gesetzt, dann führt man Strom zu.
15) Mit einer Zigarre werden die empfindlichsten Teile des Körpers angesengt.
16) Unter die Finger- und Fußnägel wird ein glühendes Eisen gesteckt. Dann werden die Nägel mit Spezialinstrumenten entfernt. ●

Portugal:

Faschistischer Militärputsch niedergeschlagen

– Nur „halbherzige" Maßnahmen des MFA gegen die Reaktion –

Was seit Wochen und Monaten die reaktionäre Presse Westdeutschlands beschwor, ging am Dienstag, den 11. März in Erfüllung: reaktionäre und faschistische Teile der portugiesischen Luftwaffe und Polizeitruppen versuchten, – in enger Zusammenarbeit mit Spitzenvertretern des Großkapitals und der CDS und PDC (Schwesterparteien der westdeutschen CDU/CSU) – einen Militärputsch durchzuführen.

Auftakt war die Bombardierung des Flugplatzes von Lissabon und einer nahegelegenen Artilleriekaserne, in der das RAL-1 (Leichtes Artillerie-Regiment 1) stationiert ist. Dieses Regiment gehört zum COPCON und gilt als das fortschrittlichste Regiment des Heeres. Beim letzten Putschversuch derselben Kräfte am 28. September 74 war es als erste Einheit zum Kampf gegen die Faschisten ausgerückt und hatte später gemeinsam mit bewaffneten Militanten der revolutionären Linken Straßensperren und Kontrollen durchgeführt.

Nach den Bombenflugzeugen folgten Hubschrauber, die Fallschirmjäger aus der Garnison Tancos, der „Hochburg" Spinolas innerhalb der Luftwaffe, absetzten. Da sich die Artilleriesoldaten jedoch sofort zu verteidigen begannen, blieb der Angriff stecken. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Fallschirmjäger trafen Arbeiter aus Lissaboner Großbetrieben auf Lastwagen ein, die sich mit Brechstangen, Vorschlaghämmern und anderen Werkzeugen bewaffnet hatten, um die Faschisten zu bekämpfen.

Sie begannen sofort, mit den Fallschirmjägern, denen offensichtlich die Kampflust schnell vergangen war, zu diskutieren und sie auszufragen. Wohl unter dem Eindruck des Kräfteverhältnisses erklärten die Angreifer schließlich, sie seien von ihren Vorgesetzten irregeleitet worden. Man habe ihnen gesagt, das RAL-1 plane einen „linksradikalen Putsch" gegen die Regierung und das MFA. Schließlich gaben sie ihre Waffen ab.

Gleichzeitig mit dem Bombenangriff haben in Lissabon Einheiten der GNR (Republikanische Nationalgarde, eine kasernierte Polizeitruppe, die sich bisher allen Entnazifizierungsversuchen widersetzt hatte), losgeschlagen. Sie besetzten vorübergehend den privaten Rundfunksender „Rádio Clube Portugés" und zerstörten seine Sendeanlage. Beim Versuch, auch den staatlichen Sender RTP zu besetzen, scheiterten sie, weil COPCON-Einheiten schon vor ihnen da waren.

Die Arbeiter und Redakteure des kirchlichen Senders „Rádio Renascenca", die seit 14 Tagen gegen klerikale Bevormundung streikten, unterbrachen sofort den Streik, um den Sender für den Kampf gegen die Faschisten zu nutzen.

Schon kurz nach dem Luftangriff zirkulierten in der ganzen Stadt Flugblätter und Aufrufe, in denen das Volk zur Wachsamkeit und zum Kampf angehalten wurde. A[illegible] den Ausfallstraßen wurde bereits mit dem Barrikadenbau begonnen; die [illegible]schen versammelten sich auf den Straßen und Plätzen. Gleichzeitig zogen in der ganzen Stadt MFA-Truppen auf.

Angesichts dieser Mobilisierung gaben auch die letzten GNR-Einheiten den aussichtslosen Kampf auf. Sie räumten das GNR-Hauptquartier. Vier hohe GNR-Offiziere flüchteten dorthin, wo sie die größte Unterstützung erwarten konnten: in die Botschaft der BRD!

Zur selben Zeit flüchtete Spinola mit Frau und 18 Komplizen vom Luftwaffenstützpunkt Tanc[illegible] p[illegible]er Hubschrauber nach Spanien.



Während der gesamten Nacht nach dem gescheiterten Putsch demonstrieren die antifaschistischen Massen durch Lissabon



Die Vorgeschichte: verstärkte antikommunistische Kampagne von Sozialdemokraten und Reaktionären

Dem Putschversuch vom 11. März war eine wochenlange Kampagne der Sozialdemokraten und rechten Parteien vorausgegangen, die das Ziel hatte, entweder die Bewegung der Streitkräfte (MFA) insgesamt auf einen rechten und antikommunistischen Kurs festzulegen, oder die Bewegung zu spalten, um auf diesem Wege die fortschrittlichen Kräfte im MFA zu isolieren. Diese Taktik wurde im wesentlichen bei der Bonnder SPD entwickelt, und im weiteren durch wiederholte Besuche westdeutscher Sozialdemokraten in Portugal propagiert. Insbesondere die Besuche von Brandt und Friedrichs in Portugal waren Meilensteine dieser Politik gewesen (siehe AK 56).

In diesem Zusammenhang betrieb die PSP (sozialdemokratische Partei) insbesondere im Zusammenhang mit der Entscheidung des MFA, keine Spaltergewerkschaften zuzulassen, sondern eine Einheitsgewerkschaft aufzubauen (in der die PSP praktisch keinen Einfluß haben wird) eine zunehmende Hetze gegen das MFA.

Als im Februar im MFA eine heftige Auseinandersetzung darum geführt wurde, ob das MFA sich nach den Wahlen im April auflösen solle, oder ob es sich als vorübergehende politische Kontrollinstanz konstituieren solle, die auch künftig die Garantie für eine demokratische und antifaschistische Entwicklung Portugals übernehmen werde, waren die Sozialdemokraten die ersten, die lauthals danach schrien, das MFA solle sich nur möglichst schnell wieder in die Kasernen zurückziehen und die Politik den (bürgerlichen antikommunistischen) Politikern überlassen. Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen eine angebliche Militärdiktatur in Portugal gestartet, sowie persönliche Angriffe gegen einzelne profilierte Linke im MFA.

Nachdem die PSP den Anfang gemacht hatte, bei dem sie nicht versäumte, ein geschicktes Wechselbad von biedermännischer „Sorge um die Demokratie" und offener Demagogie anzurühren, sahen sich auch die weiter rechts stehende PPD und schließlich die reaktionäre CDS und PDC ermutigt, ins selbe Horn zu stoßen. Und schließlich verkündete sogar der General Spinola im Februar, das MFA sei allmählich überflüssig geworden.

Wie sehr übrigens diese Pläne den Vorstellungen der BRD-Imperialisten entsprachen, geht aus einem Telegramm des BRD-Botschafter Caspari an das Auswärtige Amt hervor, in dem diese ganze Strategie einschließlich einer US-Intervention und der Auflösung des MFA entwickelt wird (siehe Kasten).

Gerade die PPD, die von sich selbst sagt, sie stehe auf dem Boden des Godesberger Programms und sich damit anbietet, bessere Beziehungen zur SPD aufzunehmen, was wohl heißen soll, daß sie die Interessen der BRD-Imperialisten entschlossener vertreten will als die PSP, verfolgte in den Tagen, die dem Putsch unmittelbar voraufgingen, eine Provokationsstrategie gegenüber der revolutionären Linken. Dabei hatte sie das Ziel, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verbreiten, in Portugal stehe unmittelbar ein „kommunistischer Putsch" bevor, was dann von Spinola und seinen Helfershelfern flugs aufgenommen und als Begründung für den eigenen Rechtsputsch gebraucht wurde.

Abgekartete Provokation von PPD und faschistischer Polizei in Setubal

Am 7. März rief die PPD zu einer Versammlung in der Hafen- und Industriestadt Setubal südlich von Lissabon auf. Setubal ist eine Hochburg der Linken und allein die Ankündigung dieser Versammlung kann nur als Provokation aufgefaßt werden, da die PPD dort nicht die geringste Basis hat.

Die revolutionären Organisationen FEC/ML, LUAR, PRP-BR, FSP und UDP mobilisierten zum Boykott dieser Veranstaltung, offensichtlich um klarzumachen, daß die PPD ebenso wie die anderen Rechtsparteien (CDS und PDC) bekämpft werden muß.

Im Versammlungssaal waren nur etwa 60 PPD-Anhänger und 200 Demonstranten. Weitere Demonstranten waren draußen. Als zwei PPD-Leute aufgrund der Sprechchöre mit Handbewegungen zu verstehen gaben, daß sie Waffen trugen, brach ein Tumult aus. In wenigen Minuten waren alle PPD-Plakate und Fahnen von den Wänden gerissen und angezündet. Daraifhin kamen schon vorher alarmierte und bereitstehende Polizisten der immer noch nicht entnazifizierten Polizeitruppe PSP (nicht zu verwechseln mit der Sozialistischen Partei Portugals, die sich ebenfalls PSP abkürzt!), und räumten brutal den Saal, wobei sie Tränengas einsetzten und Warnschüsse abgaben.

Die Demonstranten wehrten sich mit Steinwürfen und wichen in die Hauptstraße zurück. Dort war gerade eine Kinovorstellung zu Ende und die Kinobesucher strömten heraus und mischten sich unter die Demonstranten. In diesem Augenblick begann ein Maschinengewehr, das im ersten Stock des Polizeigebäudes gegenüber dem Kino montiert war, zu schießen. Es gab zwei Tote, darunter der 20-jährige Werftarbeiter Joao Lopez, Genosse von UDP und etwa 15 Verletzte, u.a. ein Hauptmann, der ebenfalls aus dem Kino kam.

Es hätte zweifellos ein ungeheures Blutbad gegeben, wenn nicht in diesem Moment COPCON-Truppen gekommen wären, die die Polizisten zwangen, sich in das Gebäude zurückzuziehen und das Feuer einzustellen.

Daraufhin begann eine Belagerung der Polizeikaserne durch viele Tausend Menschen, die die ganze Nacht und den folgenden Tag dauerte. Die Demonstranten riefen „PSP-Mörder" und „Volksjustiz". Das Militär forderte die Polizisten auf, die Kaserne zu verlassen und sich in Gewahrsam des Militärs zu begeben. Das lehnten die Polizisten mit dem Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen COPCON und Demonstranten ab. Daraufhin erklärte ein Hauptmann des COPCON: *„Wenn Sie nicht innerhalb einer Stunde rauskommen, gehen wir rein, nehnehmen Ihnen die Waffen ab und ziehen uns zurück. Dann können Sie sich mit Ihren Gummiknüppeln verteidigen."* Gegen 20 Uhr kommen die Polizisten schließlich heraus, besteigen ein Panzerfahrzeug des COPCON und lassen sich nach Lissabon in das Militärgefängnis fahren. (Die Darstellung folgt „Le Monde" vom 10.3.)

Am nächsten Tag schlagen die drei Regierungsparteien einmütig nach links, wobei lediglich die PCP sich genötigt sieht, den Polizeiterror überhaupt zu erwähnen:

nötigt sieht, den Polizeiterror überhaupt zu erwähnen:

PCP: *„Die Arbeitsmethoden der Partei der Arbeiterklasse, der PCP, haben nichts mit den Schläger- und Provokateursmethoden der Reaktion und provokatorischer, verantwortungsloser Grüppchen zu tun... Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß einige Elemente der Polizei im Einverständnis mit der Reaktion mutwillige Schießereien organisiert haben"* („O Seculo", 10.3.75).

PSP: *„Extremistische Parteien und Gruppierungen haben Aktionen entwickelt, die die Unsicherheit schüren und die Abhaltung von Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung verhindern sollen. Die PPD wurde zum Opfer dieser antidemokratischen Eskalation. ... Man muß diese Akte als das behandeln, was sie sind: antirevolutionär, antidemokratische, gegen das Volk und gegen die Nation gerichtete Anschlage"* (ebenda).

Und die PPD läßt die Katze aus dem Sack: *„Unter den anwesenden Demonstranten wurden Aktivisten der UEC (des Studentenverbandes der Revisionisten) identifiziert"* (was eindeutig gelogen ist). ...*„Es muß untersucht werden, zu welchem Zweck die PCP und ihre Satelliten seit zwei Wochen eine Welle der Aggressivität und Gewaltsamkeit gegen unsere Partei begünstigen"* (ebenda).

Die provokatorische PPD-Veranstaltung, inklusive des vorgeplanten Überfalls der faschistischen PSP-Polizei, sowie die im nachhinein abgegebenen Erklärungen der PPD und PSP verfolgen eindeutig das vom BRD-Imperialismus verfolgte Konzept, durch eine massive und verlogene antikommunistische Hetzkampagne die angeblichen „Feinde der Demokratie" (die Revisionisten und die revolutionäre Linke) zu „markieren", als ideologische Vorbereitung auf einen Umsturz (vergl. Artikel: „Ein Hammer!").

Der Militärputsch war ein Test

Die PPD-Stellungnahme zeigte bereits auf, daß es das Ziel der bürgerlichen Parteien in den letzten Wochen war, eine Stimmung zu schüren, in der die gesamte Reaktion in Portugal, ähnlich wie beim gescheiterten Putschversuch der „schweigenden Mehrheit" am 28. September 74, eine verzweifelte Anstrengung unternimmt, Portugal wieder unter ihre Kontrolle zu

bringen.

Konsequent knüpft Spinola in seiner Erklärung, die er am 16. März in Buenos Aires abgab, an der PPD- und PSP-Kampagne an: „...*Anarchie überflutet unser Land. Um unser Versprechen zu erfüllen, die Freiheit zu garantieren, die Wahlen vom 12. April zu gewährleisten und den anti-portugiesischen Kräften (?) der Unordnung zu begegnen, haben wir zu den Waffen gegriffen. Die politische und religiöse Verfolgung wird im Dunkeln von Agenten der Partei* (gemeint: PCP) *und der Internationale, die täglich stärker werden, betrieben. Die Gewalt hat einen Höhepunkt erreicht, den wir nicht für möglich gehalten hätten. Eine selbstgefällige Regierung, die in Verbindung mit den Kräften der Subversion handelt, läßt den materiellen und moralischen Zerfall der Nation zu und bringt Portugal in der freien Welt in Verruf.*"

Laut ihrer Erklärung haben Spinola und Konsorten einem angeblichen „*von Kommunisten geleiteten großen Oster-Töten in Portugal*" zuvorkommen wollen, bei dem „*tausend Zivilisten und 500 Offiziere beseitigt werden sollten.*" Dieser berühmte „Plan X" ist so dumm ausgedacht und außerdem schon so oft von den Faschisten bemüht worden (z.B. beim faschistischen Putsch in Chile), daß nicht einmal die Lumpen in der Redaktion der „Welt" (von der übrigen bürgerlichen Presse ganz zu schweigen) ihn ganz ernsthaft verkaufen mochten.

Dennoch wurde gerade in diesen Blättern gewaltig darüber orakelt, wieso ein so erfahrener Faschist und Militarist wie Spinola so kläglich beim Putsch scheitern mußte.

Offensichtlich war der Putsch tatsächlich ein Test, der Aufschlüsse darüber erbringen sollte, ob eine „chilenische Lösung" möglich sei, oder ob der US-Imperialismus gezwungen sein würde, eine Intervention mit ausländischen Truppen durchzuführen.

Nachdem in den letzten Wochen alle Versuche, das MFA selbst zu spalten, ohne Erfolg geblieben waren, ging es nun offensichtlich darum, festzustellen, ob es genügend reaktionäre Offiziere geben würde, die zu einem Kampf gegen Teile der Armee und das Volk bereit sein würden. Solche Offiziere gab es offensichtlich in größerer Zahl, aber, wie aus einer Erklärung Carvalhos hervorging, folgten ihnen die Mannschaften nicht. Und selbst die Fallschirmspringer, die die RAL-1 Kaserne in Lissabon überfallen sollten, erklärten, sie seien von ihren Vorgesetzten getäuscht worden und dächten nicht daran, auf COPCON-Soldaten zu schießen.

Daß es allerdings nach wie vor in der Armee noch größere reaktionäre und faschistische Reserven gibt, geht aus einer Presseerklärung einer sog. „Demokratischen Bewegung der Streitkräfte (MDFA)", hervor, die der portugiesischen Presse am 25. März zuging. Darin heißt es, diese Organisation, der angeblich 750 Offiziere und Unteroffiziere im ganzen Land angehören, sei bereit, „*für eine pluralistische Demokratie und gegen die Kommunistische Partei und gegen die sozialfaschistische Regierung des Ministerpräsidenten Vasco Goncalves zu kämpfen*".

Weiterhin wird in der Erklärung versichert, der Putsch vom 11. März sei nur ein Test gewesen und seine Drahtzieher seien keineswegs Faschisten.

Aktionen gegen die Putschisten und ihre Drahtzieher

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Putschversuches begann das COPCON mit breitester Unterstützung der Bevölkerung damit, namhafte Faschisten, Drahtzieher und Teilnehmer des Putschversuchs zu verhaften. An diesen Aktionen nahmen insbesondere bewaffnete Militante revolutionärer Organisationen teil. Revolutionäre Gruppen richteten Büros ein, in denen motorisierte „Eingreifmannschaften" stationiert wurden, die von der Bevölkerung jederzeit alarmiert werden konnten. Über den Staatsrundfunk wurden die Telefonnummern dieser Büros bekanntgegeben und die Bevölkerung aufgefordert, verdächtige Vorkommnisse unverzüglich anzuzeigen.

Unter anderem wurde General Galvao de Melo verhaftet, der bereits einer der Hauptorganisatoren des Putschversuchs vom 28. September war. Melo unterhält freundschaftliche Beziehungen zu CDU/CSU-Grössen und war als Spitzenkandidat der CDS/PDC für die Aprilwahlen aufgestellt worden. An der spanischen Grenze wurden sechs Vertraute von Spinola geschnappt, darunter ein Angehöriger der Imperialistenfamilie Champalimaud. Vier Mitglieder der Imperialistensippe Espirito Santo (Heiliger Geist!) und der Präsident des Aufsichtsrates des Banso do Alentejo (Großbank), Santos Mealha, (Quina-Konzern) wurden ebenso verhaftet.

Außerdem werden zwei Mitglieder der Melo-Familie, die den größten Konzern des Landes (CUF – Companhia Uniao Fabril) besitzt, die Direktoren der Zeitungen „Jornal do Sul" und „Liberdade" sowie der Kommandeur der Militärregierung Tomar aus dem Verkehr gezogen und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Am Dienstagabend formierte sich vor der BRD-Botschaft, in die sich die GNR-Offiziere geflüchtet haben, eine riesige Demonstration. Die Demonstranten fordern die Auslieferung und riefen „Volksjustiz!", „Deutsche Faschisten raus!" und „Deutsche Botschaft raus aus Portugal!"

Der deutsche Botschafter Caspary, der versuchte, mit der Regierung über „freies Geleit" nach Spanien für seine Schützlinge zu verhandeln, wurde mit Steinen beworfen.

Die Demonstranten belagerten die Botschaft so lange, bis sich die vier Faschisten schließlich von COPCON-Leuten gefangennehmen ließen.

In mehreren Städten wurden die Parteibüros der drei Rechtsparteien PPD („Volksdemokraten"), CDS („Soziales und demokratisches Zentrum") und PDC („Christdemokraten") gestürmt und teilweise niedergebrannt.

– Diese drei Parteien waren maßgeblich am Putsch beteiligt, bereiteten ihn zusammen mit reaktionären Militärs vor. Alle drei Parteien sind von alten Faschisten durchsetzt und betrieben bisher eine scharf antidemokratische Politik und antikommunistische Hetze. Die BRD – und hier wiederum besonders die CDU/CSU – haben diese Parteien bisher reichlich finanziert. In die Kassen dieser Parteien flossen bisher schon Millionen Steuergelder aus Westdeutschland. – Es ist kennzeichnend für das politische Klima in der BRD, daß gerade diese drei reaktionären, faschistischen Parteien von der gesamten BRD-Presse als „demokratisch", „liberal", „Parteien der Mitte", „der linken Mitte" usw. gekennzeichnet wurden, währenddessen demokratische Parteien als „extremistisch" etc. verteufelt wurden!

Das MFA zieht nur halbherzige Konsequenzen

Unmittelbar am Tag nach dem Putsch tagte eine Versammlung des MFA, um sofort Konsequenzen zu ziehen.

– Bildung eines Revolutionsrates. Er soll Exekutivorgan einer ebenfalls zu bildenden Versammlung der Bewegung der Streitkräfte werden. Bisher war das MFA ausschließlich auf Offiziere beschränkt. Offensichtlich sollen an den Wahlen innerhalb der Armee künftig auch Soldaten und Unteroffiziere beteiligt werden.

– Sofortige Institutionalisierung des MFA. Das bedeutet, daß das MFA eine Anzahl Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung einnehmen wird und bis auf weiteres die Verantwortung für die Staatsführung übernehmen wird.

– Intensivierung der „Campanhas de Dinamizacao Cultural" (Kulturkampagnen), die politischen Aufklärungskampagnen, die das MFA hauptsächlich auf dem Land durchführt.

– Die Wahlen werden wie vorgesehen im April abgehalten.

– Ministerpräsident Vasco Goncalvez erhält Vollmachten, eine Regierungsumbildung vorzunehmen, „die der Regierung ein festeres Handeln nach dem Programm der Streitkräfte erlaubt".

Inzwischen hat die Regierungsumbildung stattgefunden. Statt jedoch, wie ursprünglich angenommen und von breiten Teilen der Bevölkerung gefordert, die PPD aus der neuen Regierung auszuschließen und durch die linke MDP zu ersetzen, erhielt die PPD sogar einen weiteren Sitz, die MDP wurde zusätzlich aufgenommen. Außerdem wurde Soares nicht, wie gefordert, aus dem Kabinett ausgeschlossen, sondern erhielt statt des Außenministeriums ein Ministerium ohne Geschäftsbereich.

Außenminister wurde der eher konservative Hauptmann Melo Antunes.

Man kann insgesamt wohl kaum sagen, daß die Regierung weiter nach links gerückt wäre, wie es wohl der Bewegung im Volk entsprechen würde.

Der Akt der Regierungsbildung wurde allerdings dadurch relativiert, daß Informationsminister Jorge Jesuino erklärte, die neue Regierung solle sich als ausführendes Organ des Revolutionsrates verstehen.

Tatsächlich kann man sich kaum vorstellen, daß diese Regierung mit den in ihr bestehenden Widersprüchen in der Lage sein soll „*das Programm der Bewegung der Streitkräfte dynamischer und energischer zu verwirklichen*", wie es der Revolutionsrat gefordert hatte.

Auch in der Frage des Verbots der Rechtsparteien CDS und PCD, die nachweislich am Putsch beteiligt waren, zumindest jedoch ihre führenden Mitglieder, faßte der Revolutionsrat wenig überzeugende Beschlüsse. So wurde lediglich die PDC von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen, nicht etwa verboten. Außerdem wurden auf Druck der Revisionisten gleich zwei linke Organisationen ebenfalls von der Wahl ausgeschlossen, nämlich MRPP und AOC. MRPP wurde wenige Tage danach verboten und muß jetzt wieder illegal arbeiten.

Als wenig überzeugende Begründung gab Costa Gomes an, das portugiesische Volk sei politisch noch nicht erfahren genug, um „elitäre Gruppen" (gemeint war die klerikalfaschistische PDC!) und „pseudorevolutionäre Gruppen" (MRPP und AOC) zu durchschauen.

Nun war allerdings von niemandem gefordert worden, die PDC solle verboten werden, weil sie „elitär" sei, sondern weil sie ganz konkret an einem Militärputsch mitgewirkt hat. Und darin liegt ein gewaltiger Unterschied zu den linken Organisationen MRPP und AOC, denen man dergleichen gewiß nicht vorwerfen kann!

An solchen Entscheidungen wird deutlich, wie schwankend das Kräfteverhältnis im MFA und wie schwach in vielen Fragen die Mehrheit der fortschrittlichen Kräfte ist.

Die gleiche zögernde Haltung legt das MFA auch bei der Säuberung der Armee von faschistischen und reaktionären Offizieren an den Tag.

Außerdem ist immer noch keine ernsthafte Entnazifizierung der beiden kasernierten Polizeitruppen PSP und GNR vorgenommen worden, obwohl beide nachweislich mindestens beim letzten Putschversuch beteiligt waren.

Inzwischen sind wieder einige Offiziere wegen direkter Beteiligung am Putsch aus der Armee ausgestoßen worden, aber es scheint, als gäbe es sehr starke Kräfte im MFA, die sich einer gründlichen Säuberung wiedersetzen.

Gerade innerhalb der Armee müßte nun der Schritt folgen, auch die Offiziere, die ihren Wehrdienst ableisten, sowie die Unteroffiziere und Soldaten ebenfalls in den demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in der Armee miteinzubeziehen.

In allen Entscheidungen des MFA wird deutlich, wie wichtig es ist, daß eine starke revolutionäre Bewegung im Volk Tatsachen schafft, an denen das MFA nicht vorbeikommt.

So wurde z. B. die Verstaatlichung der Banken von den Bankangestellten erzwungen, die die Banken sofort nach Bekanntwerden des Putschversuches schlossen und sie erst wieder öffneten, als der Revolutionsrat die Banken für verstaatlicht erklärte. Ebenso vollzog sich die Verstaatlichung der Versicherungen.

Seit Wochen werden mehr als 250 Betriebe im ganzen Land besetzt gehalten. In den meisten Fällen haben die Belegschaften nachgewiesen, daß die Kapitalisten Gelder ins Ausland verschoben, Wirtschaftssabotage betrieben oder Faschisten finanziert haben oder alles zusammen. Dennoch läßt das MFA bzw. die Regierung sich Zeit mit den längst angekündigten Verstaatlichungen.

Auch die Verhaftungsaktionen, die Einheiten des COPCON zusammen mit militanten Linken vornahmen, wurden zunächst in vielen Fällen dadurch unwirksam, daß sie von den Behörden nach einigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Inzwischen scheinen die wichtigsten Kapitalisten, die in den Putsch verwickelt waren, jedoch aufgrund von COPCON-Haftbefehlen wieder

FORTSETZUNG SEITE 12

„Tod dem Faschismus! Tod dem Kapitalismus!"

Öffentliche Erklärung der Soldaten der „RAL 1"-Kaserne an die Arbeiter Portugals

Die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der von den Bombern der Faschisten angegriffenen Lissaboner Kaserne ‚RAL - 1' gaben folgende gemeinsame Erklärung an die portugiesischen Arbeiter heraus:

„Warum ein Angriff auf das RAL-1? Weil die Soldaten des RAL-1 genau wissen, daß die Kapitalisten und Faschisten, die uns unterdrückt haben, unsere Feinde sind und weil sie (die RAL-1-Soldaten – AK) bei jedem Einsatz wissen, daß sie nur eine Rolle zu spielen haben – ob das den Herren Generälen gefällt oder nicht (!!!): die Arbeiter zu verteidigen und die Reaktionäre zu bekämpfen.

Daher sind die Gewehre der Faschisten auf das RAL-1 und alle, die das Volk verteidigen, gerichtet.

Das schreckt uns aber nicht. Wir, die Soldaten des RAL-1, zählen auf Euch und versichern Euch nochmals, daß wir an Eurer Seite stehen.

Für diejenigen, die unser Blut vergießen wollten, verlangen wir nur eines: die sofortige Erschießung!

Das bewaffnete Volk wird niemals besiegt! (O povo armado jamais será vencido!) Organisieren wir uns und vernichten wir alle Faschisten! Tod dem Faschismus! Tod dem Kapitalismus!"

(Zitiert nach: „Jornal do Comércio", 13.3.75)

Genossen des RAL-1 haben den Putsch niedergeschlagen. Ihre Forderung: „Tod dem Faschismus! Tod dem Kapitalismus!" – Die Soldaten des RAL-1 tragen – statt des üblichen Armee-Abzeichens – den fünfzackigen Stern der Revolution an ihrer Mütze.



In einer viele hunderttausend Menschen – vor allem Arbeiter und Soldaten – umfassenden antifaschistischen Massendemonstration wird der von den putschenden Faschisten ermordete Genosse, Soldat der RAL 1, zu Grabe getragen.

festzusitzen. Das alles sind Beweise dafür, daß die revolutionäre Bewegung nicht blind auf das MFA vertrauen darf, sondern immer stärker eine eigene Politik entwickeln muß, die Massen für den selbstständigen Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren muß.

Nur dadurch werden auch die fortschrittlichen Teile des MFA vorwärts getrieben.

Kriegsgefahr wächst

Der gescheiterte Putsch vom 11. März war bereits der dritte Versuch reaktionärer und faschistischer Kräfte im Auftrag der portugiesischen Kapitalisten und des US- und BRD-Imperialismus, den portugiesischen Demokratisierungsprozeß zu unterbrechen und zurückzudrängen.

Bereits im Juni 74, nur etwa 10 Wochen nach der Zerschlagung des faschistischen Caetano-Regimes, versuchte der damalige rechte Regierungschef Carlos durch provokatorischen Rücktritt (dem sich vier rechte Minister anschlossen), eine Reihe arbeiterfeindlicher Gesetze (Verbot „wilder" Streiks, Lohnfestsetzung, Pressezensur etc.) durchzusetzen. Abgerundet wurde dieser reaktionäre Coup durch die Erpressung des damaligen Staatspräsidenten Spinola, ein Präsidial-System als Regierungsform (nach Muster des gaulistischen Systems in Frankreich) zu fordern. Es kam zur ersten scharfen Regierungskrise, die allerdings zugunsten der Linken ausging: die rechten Minister wurden abserviert und durch linke Militärs ersetzt, Spinola erlitt innerhalb des MFA eine verheerende Abstimmungsniederlage und wurde scharf verwarnt. Die Arbeiterklasse ging massenhaft auf die Straße und brachte klar zum Ausdruck, daß sie einen Rechtsruck in Regierung und Staatsapparat nicht kampflos hinnehmen würde.

Ein zweiter Putschversuch gegen die junge portugiesische Demokratie erfolgte wenige Monate später, nämlich Ende September. Eine reaktionäre Generals-Clique um Spinola und Melo rief im Verbund mit den Rechtsparteien CDS und PDC die sogenannte „Schweigende Mehrheit" auf, sich stärker in die Politik einzuschalten, die „anarchistischen Umtriebe in Portugal" (gemeint waren die Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen der Arbeiterklasse und der Linken) zu beenden. Es kam zu einer Reihe faschistischer Provokationen und Übergriffe im ganzen Land, für den 28. September war ein Massenaufmarsch der gesamten Rechten in Lissabon geplant, in dessen Verlauf bewaffnete Faschisten-Trupps und Spinola-Anhänger in Armee und Polizei die Macht ergreifen sollten.

Auch dieser Putschversuch scheiterte kläglich. Lissabon wurde von den Arbeitern besetzt, die Bewegung der Streitkräfte solidarisierte sich mit den z.T. bewaffneten Arbeitern und kontrollierte zusammen mit diesen alle Zufahrtswege in die Hauptstadt. Die Marine ließ durch ihren Befehlshaber, Admiral Rosa Coutinho öffentlich verkünden, daß im Falle eines Aufmarsches der Rechten, die Marine unverzüglich ihre Waffenkammern öffnen würde, um die Arbeiter zu bewaffnen.

Angesichts dieser Lage, mußte der Aufmarsch und geplante Putsch der Rechten abgesagt werden. Spinola & Co. wurden aus allen öffentlichen Ämtern gejagt, viele Faschisten verhaftet, Waffenlager der Rechten ausgehoben usw.

Angesichts dieser Lage und der sich enorm verschärften Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse (vergl. AK-57, „Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse"), kann kaum erwartet werden, daß der Putsch-Versuch vom 11. März der letzte war. Vieles spricht dafür, daß früher oder später eine direkte Invasion der US-Flotte bevorsteht. Die bisherigen Putsch-Versuche der Rechten zeigen eine ständige Eskalation: Der Juni-Putsch war noch ein sogenannter „konstitutioneller Putsch", also eine versuchte Machtverschiebung in Regierung und Staatsapparat mithilfe einer inszenierten „Regierungskrise" und den Mitteln provokatorischer Rücktritte und erpresserischer Forderungen. Der September-Putsch sollte eine reaktionäre Massenbewegung gegen die kämpfenden Arbeiter auf die Beine bringen, in deren Schutz bewaffnete Provokationen und die Machtübernahme in der Regierung bewirkt werden sollte. Der März-Putsch war bereits ein rein militärisches Unternehmen. Diese Entwicklung zeigt u.E. zweierlei: Zum einen isolieren sich die Reaktionäre zusehens, schmilzt ihre soziale Basis im portugiesischen Volk wie ein Schneeball in der Sonne. Diese Entwicklung geht einher mit der schrittweisen ökonomischen Entmachtung der portugiesischen Bourgeoisie durch zunehmende Betreibsbesetzungen (derzeit über 250 Industriebetreibe in ganz Portugal) und der Übernahme und Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter selbst, eine Entwicklung, die sich auf dem Lande in der Besetzung großer Ländereien durch Landarbeiter und Kleinbauern, in der Übernahme der Universitäten durch demokratische Lehrkräfte und v.a. durch die Studenten selbst wiederspiegelt. – Andererseits zeigt die Entwicklung, daß die Reaktion immer wilder wird, jede Zurückhaltung ablegt; zeigt, daß die Imperialisten auf dem „normalen" Weg ökonomischer Erpressung, innenpolitischer Einmischung, geheimdienstlicher Wühlarbeit, Bestechung bürgerlicher Politiker nicht mehr vorankommen, daß Portugal ihrem Machtbereich schrittweise zu entweichen droht. In einer solchen Situation haben die Imperialisten – allen voran die USA – sich noch nie vor einem offenen Krieg, einer militärischen Intervention und brutalen Niederschlagung aller demokratischen Kräfte gescheut. Die BRD-Imperialisten – und hierbei insbesondere die CDU/CSU – werden ganz sicher jede Aggression gegen Portugal unterstützen; das zeigt ihre bisherige Politik gegenüber Portugal (seit dem 25. April 74) glasklar. – Die westdeutsche Linke, alle Demokraten müssen auf der Hut sein! ●

Portugal/Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

VORANKÜNDIGUNG

Die politischen Parteien Portugals

Wegen extremer Überfüllung dieses ARBEITERKAMPFS, kann der angekündigte umfangreiche Text zu den politischen Parteien Portugals nicht in dieser Ausgabe erscheinen. Wir haben beschlossen, ihn als

Sonderbroschüre des Arbeiterkampfs

zu veröffentlichen, die in den nächsten Tagen erscheint. Die Broschüre kann bei unseren Straßenverkäufern, unseren Buchläden und im Verlag ARBEITERKAMPF bestellt bzw. gekauft werden.

Der Text umfaßt eine Einschätzung der wichtigsten politischen Parteien und Organisationen in Portugal, die sich am 25. April – im Zeichen breit entfalteter Klassenkämpfe – zur Wahl stellen, von der Wahl ausgeschlossen wurden oder zum Wahlboykott aufrufen.

Analysiert werden Politik und Programmatik der beiden christ-reaktionären Rechtsparteien CDS und PDC, der rechts-liberalen PPD, der sozialdemokratischen PSP, der revisionistischen PCP, der radikaldemokratischen MDP, der links-sozialistischen FSP, der revolutionären Parteien MES, LUAR und UDP, der ML- Gruppen MRPP, OCMLP und AOC, sowie der Trotzkisten LCI.

Portugal/Spanien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Heuchler und „Kompromiß"ler

Den Ausschluß der Christdemokratischen Partei Portugals von den Wahlen nahmen die italienischen Christdemokraten (DC) zum Anlaß, ihre Delegation vom gerade stattfindenden Parteitag der revisionistischen „KP" Italiens (PCI) abzuziehen.

Ein DC-Vertreter erklärte dazu frech: *„Die portugiesischen Ereignisse zeigen, wohin die kommunistische Strategie zielt. . . Die ‚nationalen Wege' zum Sozialismus können verschieden sein, aber sie führen stets zur Errichtung eines totalitären Regimes. . ."*

Nun ist es schon ziemlich dreist, gegen die Einschränkung einer Partei zu protestieren, die – wie die portugiesische Christdemokratie – eindeutig in einen reaktionären Putsch verwickelt ist, und deren Chef, Osorio, nach dem jähen Zusammenbruch des Putschversuchs zusammen mit Putschführer Spinola panikartig aus Portugal flüchtete. Noch dreister ist es, wenn die Verteidigung einer solchen Putschistenbande als „Verteidigung demokratischer Freiheiten" hingestellt werden soll. Am allerdreistesten ist es, wenn dies eine Partei wie die italienische DC tut, die – ebenso wie die CDU/CSU der BRD – direkt zu den Finanziers des faschistischen Putsches in Chile gehört, und die überdies in Italien selbst in zahlreiche Putschpläne und Anschläge verwickelt ist.

Daß es den portugiesischen Putschisten nicht gelungen ist, ein Blutbad nach chilenischem Vorbild anzurichten und eine auf Folter und Zuchthaus beruhende Terrorherrschaft über das portugiesische Volk zu errichten, erscheint den italienischen Christdemokraten offenbar als Ausdruck mangelnder Demokratie in Portugal. In dieselbe Kerbe hauten die italienischen Sozialdemokraten (PSDI): *„Die portugiesischen Ereignisse bekräftigen die Berechtigung der Vorbehalte und Besorgnisse, die wir zum Ausdruck gebracht haben".*

In der gesamten bürgerlichen Presse, Fernsehen, Rundfunk wurde in diesem Sinn eine wilde antikommunistische Hetzkampagne entfesselt.

Die revisionistischen Führer, die diesen Parteitag ganz in das Zeichen des „historischen Kompromiß" (Bündnis mit der DC) gestellt hatten, standen plötzlich im Freien. Aber selbst in dieser für sie peinlichen Situation wahrten sie den feinen Anstand, den Christdemokraten nicht etwa ihre zynische Heuchelei und ihre e i g e n e Beteiligung und Unterstützung bei faschistischen Putschen vorzuwerfen. Mit vornehmer Zurückhaltung bemerkten sie nur, der Abzug der Christdemokraten vom Parteitag sei *„eine ernste Geste, die nicht dem Klima korrekter Beziehungen zwischen den demokratischen Kräften entspricht".* Ansonsten, so PCI-Chef Berlinguer, sei es **„klar, daß die italienischen Bedingungen ganz anders als die in Portugal sind"**. Das ist insofern richtig, als die italienische DC eine viel stärkere Massenbasis hat und viel stärker mit dem Staatsapparat verbunden ist, insbesondere mit den Streitkräften, als der portugiesische Ableger – daß also die italienische DC, mit einem Wort, viel g e f ä h r l i c h e r ist als der christdemokratische Putschisten klüngel in Portugal. Aber diesen Unterschied hatte Berlinguer wohl kaum im Auge. . . Hier ging es vielmehr darum, sich durch verzweifelte Rückzugsmanöver erneut bei der DC anzubiedern, was allerdings nicht verhindern konnte, daß das Schmierenstück „Historischer Kompromiß" auf dem PCI-Parteitag in Abwesenheit der Hauptdarstellerin, der DC, stattfinden mußte.

Einige Delegierte hielten es sogar für notwendig, sich ausdrücklich von den portugiesischen „Genossen" zu distanzieren. Auch Berlinguer machte in seiner Schlußrede eine Verbeugung in diese Richtung.

Der Generalsekretär der KP Portugals, Cunhal, war darüber wenig begeistert: **„Die Kritiken und Vorbehalte unserer Freunde sind für uns keine Hilfe bei der delikaten und komplizierten Arbeit, die wir zu leisten haben"** (lt. „il manifesto", 26.3.75). ●

Wachsamkeit gegen alle reaktionären Anschläge !

Erklärung der Bewegung der Streitkräfte

Unmittelbar nach dem gescheiterten Putsch-Versuch reaktionärer und faschistischer Elemente in Portugal veröffentlichte die Bewegung der Streitkräfte (MFA) nachfolgende Stellungnahme, die auch im Informationsbulletin des MFA abgedruckt wurde:

„Als ein Haupthindernis für die Entwicklung und den Fortschritt des revolutionären Prozesses im gegenwärtigen Augenblick läßt die Reaktion nicht von ihren Versuchen der Sabotage und der Spaltung ab. Dabei scheinen alle Mittel erlaubt zu sein. Alle sind ihr von Nutzen – Verleumdung, Gerüchte, Lügen, Wirtschaftssabotage.

In letzter Zeit sind die konterrevolutionären Aktivitäten ganz eindeutig und nehmen intensiv zu. Die Unfähigkeit der Reaktionäre findet ihren Ausdruck in der Niedertracht ihrer Kampagnen. Flugblätter, zum Teil anonym, sind eine häufig angewendete Waffe. Ihre Zahl stieg jüngst an, was sicher mit den bevorstehenden Wahlen zusammenhängt. Alle sind sich einig im Angriff auf die MFA, die provisorische Regierung, die progressiven Kräfte. Sie verbreiten leichtfertig Verleumdungen und beweisen damit, daß sie zu einer freien und gerechten Demokratie nicht fähig sind. Aber die Faschisten waren immer unfähig, sich der direkten Diskussion zu stellen. Ihre 48 Jahre währende Herrschaft hat das zur Genüge bewiesen.

Kampagnen versteckter oder offener Beleidigungen gegen die MFA sind an der Tagesordnung und finden leider in einer gewissen ausländischen und auch portugiesischen Presse ein Echo. Unsere zum Teil von Reaktionären kontrollierte regionale Presse, die einzig und allein das Ziel verfolgt, die Produktion zu sabotieren, trägt auf bemerkenswerte Weise zur Verhetzung der Leser bei, indem sie Lügen veröffentlicht, die entweder in Portugal selbst erfunden oder aus dem Ausland importiert wurden.

Parallel dazu liefert auch eine gewisse ausländische, vom Imperialismus kontrollierte Presse ihren Teil an Gerüchten, und zwar mit einer solchen Dreistigkeit und mit derartigen Beleidigungen gegen das portugiesische Volk, daß sie Erstaunen und Verärgerung auslösen. In einer Reihe portugiesischer Regionalzeitungen findet diese ausländische Presse ein Echo. Das findet seinen Höhepunkt darin, daß vor allem die reaktionärsten Passagen aus den reaktionärsten Blättern des Auslands wiedergegeben werden. Damit leistet man der Kampagne der Weltreaktion Schützenhilfe, die unsere Revolution scheitern lassen will.

Wer ist daran interessiert, den Fortschritt des revolutionären Prozesses in Portugal aufzuhalten?

Durch wen und in wessen Dienst wird versucht, die Errichtung der Demokratie in unserem Lande zu sabotieren?

Der 25. April hat vielen Leuten nicht gefallen, das ist ganz natürlich. Er hat denjenigen nicht gefallen, die ungestraft während so vieler Jahre unser Volk ausbeuteten. der 25. April hat den internationalen Trusts nicht gefallen, deren Politik mit billigen Arbeitskräften nicht mehr durchführbar ist. Der 25. April hat den Kolonialisten und Neokolonialisten nicht gefallen, die auf diese Weise das Ende ihrer Herrschaft der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in den Kolonien kommen sahen. Der 25. April hat denjenigen nicht gefallen, die schon immer die Organisierung der Werktätigen, die heute auf die verschiedenste Weise für die Errichtung einer gerechteren Gesellschaft kämpfen, verhindert haben. Es sind diejenigen, die sich heute weigern, die demokratische Ordnung und die revolutionäre Legalität zu akzeptieren und vielleicht immer noch darauf warten, die alten Privilegien wiederzuerlangen.

Ihre Absicht ist in erster Linie, das Volk und die MFA zu spalten, beide voneinander zu trennen, um zu siegen. Aber sie täuschen sich. Die revolutionäre Wachsamkeit läßt nicht nach und darf nicht nachlassen.

Die konterrevolutionären Abenteuer kommen teuer zu stehen, wie vor kurzem in Griechenland bewiesen wurde. Diejenigen, die sehnsüchtig den vergangenen Zeiten nachhängen, haben keine Zukunft.

Gestern wie heute wird die Rückkehr zur Vergangenheit kein leichtes Werk für die Reaktionäre sein, mögen auch noch so viele Manöver von noch so vielen Seiten unternommen werden. Und wenn sie sich auch aller nur möglichen Masken bedienen: Die Einheit zwischen Volk und MFA ist die festeste Garantie dafür, daß die Reaktion nicht zum Zuge kommt. Die revolutionäre Wachsamkeit ist eine Pflicht und eine Verpflichtung gegenüber dem Vaterland." ●

(Zitiert nach West„berliner Extra-Dienst" vom 21.3.75)

Kurdistan: Kampf gegen nationale Unterdrückung



Kämpfer der Kurdischen Nationalen Befreiungsarmee im Irak

Seit März vergangenen Jahres führt das irakische Regime erneut Krieg gegen das kurdische Volk, das mit 2,5 Mio. Menschen ungefähr ein Viertel der Bevölkerung dieses Landes stellt. Von Seiten des Iraks wird dieser Krieg mit äußerster Brutalität und Grausamkeit geführt. Es hat den Anschein, daß die herrschenden Kreise des Iraks in dieser Auseinandersetzung die militärische „Endlösung" des seit Jahrzehnten währenden Kampfes zwischen der Zentralregierung und dem kurdischen Volk durch Massenvernichtung, -vertreibungen und Deportation anstreben.

Wir wollen im folgenden Artikel die Hintergründe dieses Krieges und die Ziele der kurdischen Bewegung untersuchen.

Dies ist umso notwendiger, als die kommunistische Bewegung in der BRD unseres Wissens in der Vergangenheit nicht zu den Auseinandersetzungen zwischen dem kurdischen Volk und den arabischen, türkischen und iranischen Regimes Stellung bezogen hat. Eine – allerdings unrühmliche – Ausnahme machen hier die Revisionisten und die ihnen nahestehenden Organisationen, die in ihren Publikationen den Kampf des kurdischen Volkes im Irak um Autonomie in schmutzigster Weise diffamieren.

Das kurdische Volk ist in seiner sozialen und kulturellen Geschichte wenig mit den arabischen und anderen Völkern verwandt, die in diesem Raum leben. Es lebt heute aufgeteilt auf das Gebiet der Staaten Irak, Syrien, Türkei, Iran und der Sowjetunion. Nach Schätzungen umfaßt es heute eine Bevölkerung von 14 – 16 Mio. Menschen, davon leben rd. 2,5 Mio. Kurden im Irak, 6 Mio. in der Türkei, 5 Mio. im Iran und einige hunderttausend im Gebiet der UdSSR und Syriens. Diese Angaben beruhen auf Schätzungen, da keiner dieser Staaten (Ausnahme: UdSSR) den genauen Bevölkerungsanteil der Kurden ermittelt hat.

In den meisten genannten Staaten lebt das kurdische Volk in einem Zustand der nationalen Unterdrückung und Knechtschaft. So wird die nationale Kultur dieses Volkes, ja teilweise selbst der Gebrauch der kurdischen Sprache verfolgt und verboten. Eine kurdische Verwaltung der hauptsächlich von diesem Volk bewohnten Gebiete existiert in keinem dieser Staaten. Die Kurden sind fast total von der Entwicklung dieser Länder auf dem Gebiet der Industrialisierung, der Elektrifizierung der Städte und Dörfer, des Gesundheitswesens und der Bildung ausgeschlossen.

Zwar wurde nach dem Zusammenbruch des sogenannten „Osmanischen Reiches" nach dem 1. Weltkrieg im Vertrag von Sèvres (1920) dem kurdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung auf der gleichen Grundlage wie den anderen Völkern dieses Gebietes zugesichert. Für die Imperialisten war dieser Vertrag jedoch von Anfang an nur ein Fetzen Papier: Da der englische Imperialismus aufgrund seiner Erdölinteressen in diesem Raum nicht an der Bildung eines kurdischen Staates interessiert war, ließ er – zusammen mit den Truppen des unter seiner „Hoheit" stehenden Iraks – Südkurdistan annektieren.

Der „Völkerbund" – ein Forum, auf dem die imperialistischen Politiker nach dem Massenmorden des Weltkrieges den Völkern die „Friedfertigkeit", „Abrüstungsabsichten" usw. des Imperialismus demonstrieren wollten – stimmte der Annektion unter der Voraussetzung zu, daß die englischen Imperialisten die Wahrnehmung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes sichern und garantieren sollten. Dem britischen Kapital kostete diese „Zusicherung" nicht mehr als ein Lächeln.

Für die Kurden begann damit erneut die Zeit einer bis heute währenden brutalen nationalen Unterdrückung, in der es aber immer wieder in Aufständen seinen Freiheitswillen bewies. Dieser Kampf hat die Kurden bis heute ungefähr 500.000 ermordete Frauen, Männer und Kinder gekostet.

Die Bedingungen des nationalen Befreiungskampfes wurden durch verschiedene Faktoren erschwert: Ein einheitlicher Kampf aller Kurden wurde zum einen durch die Aufsplitterung des Volkes auf verschiedene Staaten erschwert, zum anderen durch die rückständige Organisation der kurdischen Gesellschaft, die im wesentlichen noch durch das Bestehen von Stämmen und Clans gekennzeichnet war. Ein gemeinsamer Kampf wurde hier oft durch bestehende Stammesfehden zwischen den Kurdenfürsten unmöglich gemacht. Zudem hatten die kurdischen Bauern und Nomaden unter der doppelten Knechtschaft „ihrer" kurdischen Herrscher und Großgrundbesitzer und der verschiedenen Staaten zu leiden.

Türkei, Syrien, Iran und Irak – Völkergefängnisse für die Kurden

In der Türkei leben heute im Osten des Landes ca. 6 Mio. Kurden. Nachdem sie vor 1920 an der Seite der türkischen Völker unter dem sogenannten „Vater aller Türken", Atatürk, gegen die imperialistischen Invasoren gekämpft hatten, [illegible] ihnen von Atatürk die nationale Autonomie und spätere Selbstbestimmung zugesichert wurde, wurden sie in der Tat unter Bruch dieser Versprechen nach 1923 einer brutalen Unterdrückung durch das türkische [illegible]ich unterworfen. Allein bei der [illegible]waltsamen „Türkisierung" Kurdistans wurden in den Jahren 1923 bis 1930 etwa 250.000 Kurden ermordet. Die hinter diesem Völkermord stehende rassistische Ideologie wird in den folgenden Worten eines türkischen Ministers aus dem Jahre 1930 deutlich: *„Es ist nicht nötig, die Realität dieses Landes zu verbergen. Die Türken sind die einzigen Besitzer und die einzigen Herren dieses Landes. Diejenigen, die nicht türkischen Ursprungs sind, haben nur das eine Recht, das Recht nämlich, der noblen türkischen Nation absolut zu dienen und ihre Sklaven zu sein".* (Zitat aus: Kerimli, Türkisch-Kurdistan in dem Heft: Pogrom Nr. 29/30, 1974)

Daß das in der Türkei herrschende Regime bis auf den heutigen Tag seine Haltung gegenüber dem kurdischen Volk nicht geändert hat, wird besonders daran deutlich, daß selbst die **Existenz** eines kurdischen Volkes in den Grenzen der Türkei geleugnet wird. Seit Atatürk werden die Kurden als „Bergtürken" bezeichnet; wer sich als Kurde bezeichnet, wird strengstens bestraft. Die Pflege der kurdischen Kultur, ja selbst der Gebrauch der kurdischen Nationalsprache wird noch heute unter Strafe gestellt und verfolgt.

Auch auf sozialem Gebiet betreibt das Regime eine gegen die Kurden gerichtete rassistische Politik: Im türkischen Kurdistan sind noch heute 75 % aller Kurden Analphabeten (im Landesdurchschnitt sind es dagegen 45 %); das Einkommen der Kurden beträgt ca. ein Fünftel des Einkommens der anderen Völker der Türkei. Die nationale Unterdrückung dieses Volkes kommt auch in der gegen sie gerichteten Industrialisierungspolitik des türkischen Staates deutlich zum Ausdruck: Während in den kurdischen Gebieten erhebliche Mengen von Bodenschätzen (Erdöl, Kohle, Kupfer, Eisen, Blei, Chrom, Gold, Silber usw.) abgebaut werden, werden die zur Verarbeitung der Rohstoffe notwendigen Industrien außerhalb der von Kurden bewohnten Gebiete errichtet. Gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung hat es in der Vergangenheit immer wieder Aufstände der kurdischen Bevölkerung gegeben, die jedesmal von der türkischen Zentralregierung in einem Blutbad erstickt wurden.

Die folgende Äußerung des Kurdenschlächters General Gürsel zeigt dabei die ganze brutale Konsequenz, mit der die Faschisten gegen den nationalen Befreiungskampf eines Volkes vorgehen: *„Wenn die unverbesserlichen Bergtürken* (d. h. die Kurden – die Red.) *nicht ruhig bleiben, wird die Armee nicht zögern, ihre Städte und Dörfer zu bombardieren und zu zerstören. Es wird ein solches Blutbad geben, daß es sie verschlingen wird – sie und ihr Land!"* (zitiert a. a. O.). Die Türkei – ein Mitglied der NATO – wird übrigens, spätestens seit 1964, vom BRD-Imperialismus militärisch aufgerüstet.

Nicht entscheidend anders ist die Situation der etwa 5 Mio. Kurden im Iran und der einige hunderttausend Menschen umfassenden kurdischen Minderheit in Syrien. Wenn auch im Iran die kurdische Sprache nicht verboten ist, so bedeutet dies auf keinen Fall, daß die Kurden hier nicht unter einer nationalen Unterdrückung zu leiden hätten. Im Iran gibt es beispielsweise keine kurdischen Schulen und keine kurdische Verwaltung. Auch auf sozialem Gebiet werden die Kurden diskriminiert.

In Syrien wird von der herrschenden Baath-Partei die Existenz eines kurdischen Volkes geleugnet, das Recht auf Autonomie und eigene Verwaltung verweigert. Die Vertreter der „Demokratischen Partei Kurdistans" (DPK) – sie ist die politische Partei des kurdischen Volkes, die seinen Kampf für die Rechte der kurdischen Nation führt – sind ständigen Verfolgungen, Verhaftungen und Foltern ausgesetzt.

Der Plan des syrischen Staates, die Kurden aus ihrem Hauptsiedlungsgebiet (einem 375 km langen und 15 km breiten Landstreifen entlang der syrisch-türkischen Grenze) in das Innere des Landes zwangsweise umzusiedeln, ist vorläufig am Widerstand der kurdischen Bauern gescheitert. Diese Politik unter der vielsagenden Bezeichnung „arabischer Gürtel" (in den kurdischen Gebieten sollten dann arabische Bauern angesiedelt werden) hat vor allem die Vertreibung der Kurden in überwiegend von Arabern besiedelte Gebiete zum Ziel, um dadurch die Voraussetzungen einer Bewegung der Kurden für ihre nationalen Rechte zu erschweren. Zudem soll durch diese „Bevölkerungspolitik" jeder Kontakt zu den türkischen Kurden über die Grenze hinweg verhindert werden.

Zu derartigen Unterdrückungsplänen und Deportationen äußerte sich ein syrischer Minister 1963: *„Der Staat muß die Umverteilung der Bevölkerung fortführen. In den kurdischen Gebieten dürfen weder Schulen noch andere Erziehungseinrichtungen eröffnet werden. Man muß den Kurden das Recht auf Beschäftigung und auf Besitz oder Pacht von Land nehmen. Niemand, der in diesen Gebieten lebt, sollte das aktive oder passive Wahlrecht haben".* Und: *„Man kann die DPK nur ausrotten, wenn man die Kurden irgendwie (!) in ihrer Gesamtheit (!) vernichtet"* (a.a.O.).

Der kurdische Freiheitskampf im Irak

Der Hauptsiedlungsraum der kurdischen Bevölkerung im Irak (ca. 2,5 Mio.) erstreckt sich vom nördlichen gebirgigen Teil bis hinunter in die Ebenen um Kirkuk, wo reiche Erdölvorkommen lagern und ausgebeutet werden. Dieser irakische Teil des Siedlungsraumes der Kurden wird von ihnen als Südkurdistan bezeichnet.

Wie auch in den anderen oben genannten Staaten ist das kurdische Volk im Irak von Seiten der Zentralregierung und der herrschenden Kreise des Iraks einer brutalen Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen. Weder hat es die Möglichkeit, in den von Kurden hauptsächlich besiedelten Gebieten eine eigene autonome Verwaltung zu errichten, noch innerhalb der Zentralregierung entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Kurden an der Gesamtbevölkerung des Iraks vertreten zu sein.

Ihnen wird das Recht genommen, ihre eigene Kultur zu pflegen. Die kurdischen Bauern waren der Ausbeutung irakischer und kurdischer Großgrundbesitzer, Wucherer usw. ausgeliefert.

Die von den Kurden besiedelten Gebiete im Nordirak gehören zu den rückständigsten des Landes, sie sind industriell völlig unterentwickelt. Eine Elektrifizierung der kurdischen Dörfer und Städte, der Aufbau eines Bildungswesens zur Bekämpfung des Analphabetentums der kurdischen Massen und der Aufbau eines Gesundheitswesens wurde von der Zentralregierung nicht verfolgt. Die Gewinne der staatlichen Erdölgesellschaft aus den auf kurdischen Gebieten liegenden Ölvorkommen (Kirkuk) werden nicht für die Entwicklung dieser Gebiete eingesetzt.

Ständig hat das kurdische Volk des Iraks unter der Verfolgung seiner Politiker, unter Terror, Vernichtung und Deportationen zu leiden.

FORTSETZUNG SEITE 14

FORTSETZUNG VON SEITE 13

Im Irak ist aber auch der Kampf des kurdischen Volkes gegen arabische Reaktion, türkischen und iranischen Faschismus, den Verantwortlichen für die nationale Unterdrückung, politisch und militärisch am weitesten vorangeschritten.

Das Ziel dieses Kampfes ist es, für die Kurden **innerhalb** einer demokratischen Republik Irak eine eigene autonome Verwaltung zu erhalten und auf der Basis der Gleichberechtigung mit dem arabischen Volk zu leben.

Einer besonders brutalen nationalen Unterdrückung war dieses Volk unterworfen, nachdem der Irak unter der „Hoheit", d. h. auf Befehl und im Auftrag des englischen Imperialismus 1925 Südkurdistan (den heutigen Nordirak) annektierte. Die Kurden lehnten sich seitdem immer wieder in Aufständen gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf. In den Aufständen der Jahre 1943 bis 1945, die in einem Blutbad erstickt wurden, forderten sie die Gleichberechtigung zwischen Kurden und Arabern. 1958 wurde der von den englischen Imperialisten eingesetzte irakische Marionettenkönig Feisal II durch Abdul Kassem gestürzt, die irakische Republik ausgerufen. In Artikel 3 der Verfassung wurde die Gleichberechtigung von Arabern und Kurden feierlich verkündet: „Araber und Kurden sind Partner in diesem Vaterland". Zunächst durften auch wieder kurdische Zeitungen offen erscheinen und kurdische Politiker öffentlich auftreten. Noch im selben Jahr kehrte Mustafa Barzani, der im kurdischen Volk zu einem legendären Führer des nationalen Befreiungskampfes wurde, aus über 10jährigem Exil in der Sowjetunion zurück. Aber auch in der neuen irakischen Repub-
Exil in der Sowjetunion zurück. Aber auch in der neuen irakischen Repub-
lik wurden die Hoffnungen der Kurden auf die Verwirklichung ihrer nationalen Rechte enttäuscht: Bereits 2 Jahre später, im März 1960 wurden erneut kurdische Politiker verfolgt und verhaftet, wurden erneut kurdische Zeitungen verboten. Im September 1961 begann mit der Bombardierung kurdischer Städte im Nordirak der „Kurden-Krieg", der mit Unterbrechungen durch Verhandlungen bis auf den heutigen Tag andauert.

Massenmord und Deportationen nach dem Vorbild der Zionisten

Der vorläufig letzte Teil dieses Krieges wird gegenwärtig vom Baath-Regime gegen die kurdische Bevölkerung geführt. In der Regierung der sogenannten „Nationalen Fortschrittsfront" arbeitet jetzt auch die völlig pervertierte „Kommunistische" Partei des Iraks mit, die von der Sowjetunion unterstützt wird. Beide zeichnen damit klar verantwortlich für die am kurdischen Volk begangenen Verbrechen.

Nachdem dieses Regime durch mehrere militärische Niederlagen im Kampf gegen die Kurden geschwächt worden war, legte es im März 1970 ein 15 Punkte umfassendes „Autonomie- und Friedensprogramm" vor; die militärischen Auseinandersetzungen wurden beendet. Nach diesem Abkommen sollte innerhalb von 4 Jahren den Kurden im Irak die nationale Autonomie in den von ihnen besiedelten Gebieten (die noch durch eine Volkszählung und -abstimmung ermittelt werden sollten) gewährt werden. Gleichzeitig sollten die rückständigen kurdischen Gebiete entwickelt werden. Die Kurden sollten, ihrer Bevölkerungszahl entsprechend, an der Zentralregierung beteiligt werden.

Die irakische Regierung war jedoch zu keinem Zeitpunkt ernsthaft bemüht, den Inhalt dieses Autonomieabkommens zu verwirklichen.

Eine Volksabstimmung wurde nie durchgeführt; stattdessen sollten nach den Vorstellungen der irakischen Regierung die Angaben einer Zählung durch die extrem kurdenfeindliche Monarchie aus dem Jahre 1957 (!) zugrunde gelegt werden.

40 % der kurdischen Gebiete sollten von der Autonomie ausgeklammert werden. Es handelte sich dabei um die von Kurden besiedelten Erdölgebiete um Kirkuk (Die Kurden fordern, ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend, ca. 25 % der Erträge aus der Ölförderung).

Die „autonome" Versammlung der Kurden sollte, wenn „notwendig", auch von der irakischen Regierung e r n a n n t werden können.

Diese und eine Reihe anderer Maßnahmen der irakischen Zentralregierung ließen jede Autonomie zu einer Farce werden. Die Aufgabe dieses Abkommens muß darin gesehen werden, das kurdische Volk über die Absichten der Regierung zu täuschen und unter diesem Deckmantel gleichzeitig die militärischen Kräfte für einen neuen entscheidenden Schlag gegen die kurdische Befreiungsbewegung zu sammeln.

Das wird auch durch Maßnahmen der irakischen Armee noch während der Laufzeit des Abkommens bestätigt: Besonders seit Anfang 1973 wurden kurdische Dörfer von Armeetruppen beschossen und überfallen, wurden mehrmals kurdische Bauern gewaltsam von ihrem Land vertrieben und arabische Bauern angesiedelt.

Im Winter 71/72 wurden ca. 60.000 Kurden aus den Städten Bagdad, Al Nadjaf, Kerbela und Diala deportiert und in den Iran verschleppt. Im Februar 1971 wurden rund 24.000 Kurden aus dem Irak getrieben, 30.000 Kurden im Januar 1974 in die Türkei getrieben (Zahlen nach DPK und der kommunistischen Zeitung „Alnasir", zitiert aus Pogrom, 29/30).

Nachdem sich die irakische Regierung 1974 offensichtlich militärisch ausreichend gerüstet glaubte, eröffnete sie im März den offenen Krieg gegen die von den Kurden bewohnten Gebiete. Gleichzeitig wurden die in den arabischen Gebieten des Iraks lebenden Kurden zu Zehntausenden vertrieben, wurden hunderte von Kurden eingekerkert oder ermordet. Der größte Teil der der irakischen Armee wird heute im Krieg gegen die Kurden eingesetzt. Es hat den Anschein, als wolle das Baath-Regime in diesem Krieg die militärische „Endlösung" der „Kurdenfrage" durch die Ausrottung und Vertreibung des kurdischen Volkes erreichen. So werden heute ganze kurdische Städte mit modernsten Flugzeugen dem Erdboden gleichgemacht.

Bei ihren Terrorangriffen gegen kurdische Städte und Dörfer haben die irakischen Kurdenschlächter von dem Ausrottungskrieg der US-Imperialisten in Indochina und von den Zionisten gelernt: Systematisch wird **Napalm** gegen die Zivilbevölkerung und die Ernte der Bauern eingesetzt.

Inzwischen ist das Baath-Regime im Besitz von Giftgasen, mit denen ganze Landstriche verseucht werden können, so daß alle dort befindlichen Lebewesen den Tod finden.(Alle obigen Angaben nach Zahlen der DPK, zitiert aus: „Pogrom 29/3o".)

Die DPK-Führer und Organisator des kurdischen Befreiungskampfes

Organisiert und geführt wird die kurdische nationale Befreiungsbewegung von der „Demokratischen Partei Kurdistans" (DPK), deren Vorsitzender Mustafa Barzani ist. Die DPK verfügt über eine militärische Organisation, die sog. „Peshmerga" (das bedeutet ungefähr: „Vor uns der Tod"). Die „Peshmerga" ist eine reguläre Armee mit rd. 45.000 Kämpfern, die in den befreiten Gebieten von ca. 60.000 Milizsoldaten unterstützt wird.

Die DPK kämpft für eine autonome Verwaltung der kurdischen Gebiete innerhalb des Iraks. Im Programm der Partei heißt es:

„*Art. 2: Unsere Partei ist eine demokratische, revolutionäre Avant - garde-Partei, die die Interessen der Ar-*
mokratische, revolutionäre Avant - garde-Partei, die die Interessen der Ar-
beiter, Bauern, Lohnabhängigen, Handwerker und der revolutionären Intelligenz in Irakisch-Kurdistan vertritt.

Art. 3: Die Partei kämpft für die Befreiung, für Verwirklichung des Manifests vom 11. März (dem Autonomieabkommen – d.Red.) *dem Sinne und Worte nach, für die Ausübung, Sicherung, Festigung und Entwicklung der Autonomie des Volkes von Kurdistan im Rahmen der Republik Irak".*

Darüber hinausgehend kämpft die DPK für die Beseitigung des herrschenden Baath-Regimes im Irak und die Errichtung einer demokratischen Republik:

„*Art. 6: Wir kämpfen für ein vom Volk gewähltes revolutionäres demokratisches Regime, für die Verwirklichung grundlegenden gesell - schaftlichen und wirtschaftlichen Wandels auf allen Gebieten, für Sicherung der Religions-, Meinungs-, Glaubens-, Presse-, Publikations- und (Partei-)Organisationsfreiheit für alle Bürger".*

Im sozialen Teil ihres Programms tritt die DPK für die Beseitigung aller feudalistischen Überreste und des Großgrundbesitzes auf dem Lande, für die Verteilung des Landes an die Pächter und Flüchtlinge, für die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften der Bauern mit staatlicher Unterstützung, für die radikale „*Ausmerzung des Analphabetentums und Förderung der Bildung, Entwicklung von Kultur und Bildung auf einer nationalen und demokratischen Basis ... gegen reaktionäre, faschistische und rassistische*" Lehrinhalte ein (aus dem Programm).

In den befreiten kurdischen Gebieten wurde von der DPK eine entschä - digungslose Enteignung aller Großgrundbesitzer durchgeführt und das Land an die Pächter und Flüchtlinge verteilt. Es gibt heute in diesen Gebieten keinen Großgrundbesitz mehr. Gleichzeitig versucht die DPK, die Bauern zur Erzielung höherer landwirtschaftlicher Erträge in Kooperativen zusammenzuschließen. In den befreiten Gebieten wird systematisch das Analphabetentum bekämpft: Bis 1974 wurden 200 Grundschulen, eine Oberschule und 75 weitere Notschulen eingerichtet.

Auf dem Sektor Gesundheitswesen wurde ein Dutzend Krankenhäuser errichtet und medizinisches Personal ausgebildet.

Alle diese Maßnahmen wurden von der kurdischen Bevölkerung unter den Bedingungen eines ständigen und mit größter Grausamkeit (Napalm) geführten Bombenterrors durchgeführt. So ist es z.B. nicht verwunderlich, wenn die meisten Schulen und Krankenhäuser der befreiten Gebiete, wie überhaupt die Hütten und Wohnungen der Kurden, in Höhlen verlegt worden sind, um einen Schutz vor den Luftangriffen zu haben.

Der Kampf des kurdischen Vol - kes unter der Führung der DPK ist kein Kampf um die sozialistische Revolution und den Sozialismus. Es ist der Kampf um die einem jedem Volk zustehenden nationalen Rechte, auf Ausübung und Entwicklung seiner



Zum Vertrag zwischen Iran – Irak: Ein Volk, das dem Imperialismus vertraut, ist verraten und verkauft!

Der neuesten Entwicklung nach zu urteilen, steht die kurdische Nationalbewegung offensichtlich vor einer schweren und entscheidenden militärischen Niederlage durch die Truppen des Iraks: Tausende von Kurden befinden sich auf der Flucht aus dem Nordirak nach Iran, an der Grenze zwischen beiden Staaten sollen tausende von Soldaten der kurdischen Armee „Peshmerga" ihre Waffen niederlegen und ebenfalls in den Iran flüchten, der Kurden-Führer Barzani (Vorsitzender der „Kurdischen Demokratischen Partei") will angeblich in die USA (!) emigrieren („FAZ", 24.3.75).

Damit wäre dem irakischen Regime zunächst der entscheidende Schlag und die „Lösung des Kurdenproblems" gelungen.

Den Hintergrund dieser schlagartigen Zuspitzung bildet ein „Übereinkommen" zwischen dem Iran und dem Irak auf der Konferenz der erdölexportierenden Staaten (OPEC) am 6. März in Algier. Hauptinhalt dieses Vertrages ist eine feste Regelung des Grenzverlaufes zwischen den beiden Staaten – und zwar eindeutig zu Gunsten des faschistischen Schahregimes. In der bürgerlichen Presse wurde dieser Vertrag begeistert als „Aussöhnung zwischen Teheran und Bagdad" und „Beilegung der jahrelangen Grenzauseinandersetzungen" gefeiert. Kämpfe um den Grenzverlauf waren in der Vergangenheit wiederholt durch die Expansionsgelüste des Irans und bewaffneter Aggressionen auf irakischen Territorium provoziert worden. So „erweiterte" der Iran seine Grenze am Schatt al-Arab, dem Mündungsfluß des Euphrat und Tigris, vom Nordufer bis zu dessen Mitte, um sich der Kontrolle dieses strategisch wichtigen Flusses zu bemächtigen (siehe Skizze).

Der Irak verpflichtet sich nun im Vertrag von Algier zur Anerkennung dieser durch die iranische Großmachtpolitik geschaffenen „Tatsachen" sowie zur Beilegung aller anderen Grenzstreitigkeiten in anderen Gebieten. Der Iran hat damit eines seiner wesentlichen Ziele gegenüber dem Irak durchsetzen können.

Als „Gegenleistung" (!) erklärt der Iran, sich nicht länger in die inneren Verhältnisse des Iraks einzumischen. Das bedeutet vor allem Einstellung jeglicher Unterstützung der Kurdischen Bewegung (Nachschub für die kurdische Armee über die iranische Grenze, Aufnahme von kurdischen Flüchtlingen). Für den Kampf der nationalen kurdischen Bewegung stellen diese Maßnahmen offensichtlich einen schweren Schlag dar.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Abkommens der beiden Staaten begannen die irakischen Truppen eine militärische Großoffensive gegen die kurdischen Gebiete, die Mitte des Monats mit Verkündigung einer „Amnestie" für alle Kurden, die sich dem irakischen Regime ergeben, vorübergehend ausgesetzt wurde. Diese „Amnestie" läuft am 1. April ab, danach soll jeder Widerstand liquidiert werden. Gleichzeitig erklärte sich der Iran bereit, ebenfalls bis zum 1. April befristet, den irakischen Kurdenflüchtlingen im Iran (ca. 140.000) die Rückkehr in den Irak zu erlauben und kurdische Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. Nach diesem Termin wird jeder Grenzverkehr verboten und unterbrochen.

Hier wird deutlich, wie der Iran die zwischen dem Irak und dem kurdischen Volk bestehenden Widersprüche ausnutzt. Der Iran war nur solange an den Kurden interessiert und unterstützte begrenzt ihre Bewegung für nationale Autonomie, wie er sich eine Stärkung der Positionen des Imperialismus und seiner eigenen Interessen in diesem Gebiet versprach. Mit dem Vertrag von Algier hat er dieses Ziel im wesentlichen erreicht.

Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine" vom 15.3. schrieb unter der Überschrift: „Die Kurden sind jetzt entbehrlich": „*Es erweist sich, wie ‚realpolitisch' der Schah die kämpfenden Kurden für seinen Zweck, die Führung in Bagdad für seine Territorialforderungen an der Flußgrenze gefügig zu machen, eingesetzt hat".*

EINIGUNG *zwischen dem Irak und Iran: Im Schatt el Arab, dem Zusammenfluß von Euphrat und Tigris, soll künftig die iranisch-irakische Grenze in der Strommitte verlaufen statt am Nordufer; dafür stellt der Iran die Unterstützung der Kurden ein.* Indexfunk

Die Aufnahme kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak läßt dabei vermuten, daß sich der Iran gezielt eine „Eingreifreserve" schaffen und erhalten will, die er jederzeit unter Ausnutzung der nationalen Widersprüche zur Durchsetzung weiterer Ziele gegenüber dem Irak einsetzen kann.

Der Imperialismus, für den die Golfstaaten als erdölreichste Gebiete der Erde eine entscheidende Bedeutung haben, erhofft sich vom Vertrag von Algier auch einen Rückgang des sowjetischen Einflusses auf den Irak und den gesamten Mittleren Osten. „*Die Annäherung an den Iran könnte dem sowjetischen Einfluß entgegenwirken, auch auf wirtschaftlichem Gebiet*". („FAZ", 15.3.) In der Tat ist es den Imperialisten offensichtlich besonders in den letzten zwei Jahren gelungen, ihre Beziehungen zum Irak zu intensivieren und ihren Einfluß auszubauen.

„*Während die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Irak und den westlichen Industrienationen sich etwa seit Jahresfrist fast explosionsartig entwickeln, sind die Geschäfte mit dem sozialistischen Lager stagnierend oder rückläufig.*" („Süddeutsche Zeitung", 20.3.75) So sollen nach dieser Quelle in den letzten zwölf Monaten mit den RGW-Ländern keine nennenswerten Verträge zustande gekommen sein.

Die Großaufträge zur Errichtung von Industrieprojekten im Irak werden fast alle an die USA (!), an die BRD, Frankreich, Italien und Japan vergeben.

Der Irak brach 1967 seine diplomatischen Beziehungen zu den US-Imperialisten ab. Dennoch sind die amerikanischen Exporte in den Irak enorm gestiegen: Während die USA 1972 noch für 20 Millionen Dollar exportierten, wuchs diese Summe bis 1974 auf über 300 Mio. Dollar und steigt weiter an. Unter anderem erhielt ein US-Konzern den Auftrag, einen Tiefwasserhafen für die Rohölverladung zu bauen.

Der Export des BRD-Kapitals in den Irak übersteigt sogar noch die US-Exporte: Wurden 1973 für 113 Mio. DM Waren exportiert, stiegen sie bereits ein Jahr später auf 1,738 Milliarden DM. Im Sommer letzten Jahres wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder aufgenommen (Zahlen nach „SZ", 20.3.75).

Die Struktur des Handels ist eindeutig zu Ungunsten des Iraks: Während er vor allem Rohöl liefert, exportierten die Imperialisten modernste Technologie, Maschinen und ganze Industriebetriebe.

Es gehört zur Politik des Imperialismus, derartige Handelsbeziehungen in politische Münze zu verwandeln und damit auch nach außen völlig unabhängig wirkende Staaten in ein Netz politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Abhängigkeit zu verstrikken. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

eigenen Kultur, um die Entwicklung der nationalen Ressourcen und Reichtümer dieses Volkes.

Imperialisten – Falsche „Freunde" des kurdischen Volkes

Das Schweigen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland zu den Auseinandersetzungen im Nordirak um die kurdische Autonomie hängt offensichtlich auch mit der Tatsache zusammen, daß die kurdische Bewegung verbal und – im Falle des faschistischen Irans – begrenzt materiell von den Imperialisten unterstützt wird. So nahm das iranische Regime als einziges Land kurdische Flüchtlinge auf (ca. 100.000).

In der Berichterstattung der reaktionären westdeutschen Presse werden die Kurden als Vorkämpfer gegen das angeblich „sozialistische" Baath-Regime im Irak dargestellt.

Es muß jedem fortschrittlichen Menschen mehr als seltsam erscheinen, wenn dieselben bürgerlichen Schreiberlinge, die sonst jedes Verbrechen und jede Schweinerei der Imperialisten an den Völkern tunlichst verschweigen oder rechtfertigen, im Falle des Irak über Massaker an der kurdischen Bevölkerung berichten und sich scheinbar der Sache des Volkes annehmen.

Hinter dieser geheuchelten und verlogenen Sympathie für das kurdische Volk verbirgt sich in der Tat das Interesse der Imperialisten an einer Schwächung des irakischen Regimes und einer Stärkung der imperialistischen Positionen in diesem Gebiet.

Denn der Irak ist den Imperialisten ein Dorn im Auge, weil er in der Vergangenheit eine gegen ihre Interessen, speziell ihre Erdölinteressen, gerichtete Politik verfolgt hat. Bereits 1961
speziell ihre Erdölinteressen, gerichtete Politik verfolgt hat. Bereits 1961
begann die irakische Regierung die Erdölquellen aus den Klauen der ausländischen Monopole zu nehmen und zu verstaatlichen. Der Irak hat bis auf den heutigen Tag an dieser Politik der Nutzbarmachung der nationalen Reichtümer für die eigene Entwicklung festgehalten. Ebenso kündigte der Irak seine Mitgliedschaft in der imperialistischen Militärallianz CENTO (Bagdad-)– Pakt auf, nachdem er dort nur wenige Jahre Mitglied war. Diesem Bündnis gehörten u.a. die Türkei, Großbritannien, der Iran und die US-Imperialisten an.

Der Erfolg dieser Politik war, daß sich der Irak aus der völligen Abhängigkeit vom britischen Imperialismus lösen konnte.

Seit 1973 ist im Rahmen der „Nationalen Fortschrittsfront" die revisionistische „Kommunistische Partei" an der Regierung beteiligt.

Die Regierungsbeteiligung der Revisionisten ist gleichzeitig ein Zeichen für den wachsenden sowjetischen Einfluß auf den Irak. Die UdSSR bezieht heute aus dem Irak Öl, als Gegenleistung hat sie die irakische Armee mit modernen Waffen ausgerüstet.

Allein auf diesem Hintergrund wird das große Interesse der Imperialisten an der nationalen kurdischen Bewegung „verständlich". Die Imperialisten erhoffen sich vom Krieg im Nordirak eine Schwächung des Iraks und damit vor allem einen Rückschlag in seiner gegen die Imperialisten gerichteten Außenpolitik, sowie die Beseitigung des sowjetischen Einflusses. Das wäre gleichbedeutend mit einer Stärkung ihrer eigenen Machtpositionen im Nahen Osten.

Eine besondere Rolle übernimmt in diesem Zusammenhang der faschistische Iran, der vom Imperialismus zu einer wirtschaftlichen und militärischen Großmacht aufgerüstet wird, um für ihn die Gendarm-Rolle gegenüber fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen wahrzunehmen.

Mehrmals provozierte das iranische Regime gegenüber dem Irak bewaffnete Grenzübergriffe und erhob Anspruch auf irakische Gebiete.

Am „Kurden-Krieg" ist der Iran nur soweit interessiert, wie er sich eine Stärkung des Imperialismus und seiner eigenen Interessen erhofft.

Dieser Tatsache scheint sich offenbar auch die kurdische nationale Befreiungsbewegung bewußt zu sein: *„Sicherlich versucht der Schah aus seiner Konkurrenzsituation mit dem Irak heraus politisches Kapital zu schlagen, indem er vorgibt, die Kurden zu unterstützen. Tatsächlich aber hilft er weder den Kurden noch unterstützt er sie, denn das kurdische Volk ist sein erbitterter Feind. Die Kurden erinnern sich noch sehr genau daran, daß es der Schah und der CIA waren, die 1947 die im nordwestlichen Iran entstandene Kurden-Republik Mahabad zerstörten".* (Aus einer
waren, die 1947 die im nordwestlichen Iran entstandene Kurden-Republik Mahabad zerstörten". (Aus einer
Erklärung der „Vereinigung kurdischer Studenten in Europa")

Es zeigt sich auch in der Kurdenfrage, daß der Imperialismus – sooft er auch hinter einer biederen Maske seine Sympathie mit dem kurdischen Volk heucheln mag – keinem Volk das Recht auf eine eigenständige nationale Entwicklung und Selbstbestimmung zugestehen kann.

Die Revisionisten treten das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen

„Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet ausschließlich das Recht auf Unabhängigkeit im politischen Sinne, auf die Freiheit der politischen Abtrennung von der unterdrückenden Nation. Konkret bedeutet diese Forderung der politischen Demokratie die volle Freiheit der Agitation für die Abtrennung und die Lösung der Frage über die Abtrennung durch das Referendum (Volksabstimmung – die Red.) der betreffenden, d.h. der unterdrückten Nation ... Sie ist nur ein folgerichtiger Ausdruck für den Kampf gegen jegliche nationale Unterdrückung". (Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht, Bd. 22, S. 147)

Lenin trat in dieser Frage allen Revisionisten entschieden entgegen, die in ihrer Politik das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verleugneten und wies immer wieder darauf hin, daß von einer Gleichberechtigung der Völker solange nicht die Rede sein könne und diese Losung zu einer hohlen Phrase wird, wie nicht gerade das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die politische Abtrennung voll anerkannt wird.

Die Sowjetrevisionisten, die sich in ihrer Außenpolitik gegenüber anderen Staaten gerade auf das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen berufen, haben dagegen diese Prinzipien offen verraten und auch in dieser Frage den Boden sozialistischer Politik verlassen. Mit ihren umfangreichen Waffenlieferungen an den Irak und der propagandistischen Unterstützung des Krieges gegen die Kurden, tritt die UdSSR aktiv gegen das Recht des kurdischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung ein. Auch die Versuche des Imperialismus, die militärischen Auseinandersetzungen zu seinen Gunsten auszunutzen, kann eine derartige Politik nicht rechtfertigen. Lenin wies ebenfalls 1916 darauf hin, daß auch dann, wenn der Kampf *„für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer anderen ‚Großmacht' für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, (dies) die Sozialdemokratie ebensowenig bewegen (kann), auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten..."* (Bd. 22, S. 151)
Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten..." (Bd. 22, S. 151)

Der Sowjetunion scheint allerdings die Gefahr einer Stärkung des imperialistischen Einflusses in diesem Gebiet und ein Rückgang ihres eigenen Einflusses auf den Irak Grund genug zu sein, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu verleugnen und mit Füßen zu treten.

Es ist kennzeichnend für die revisionistische Versumpfung ihrer Politik, wenn sie den Kurden ausgerechnet zum Vorwurf macht, was Lenin als ein wichtiges Prinzip proletarischer Politik ansah: Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf politische Abtrennung von der unterdrückenden Nation und Bildung eines eigenen Staates (was nebenbei ja gar nicht Bestandteil des politischen Programms der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung ist).

Eine besonders schweinische Haltung gegenüber dem Kampf des kurdischen Volkes um nationale Autonomie beziehen auch die westdeutschen Revisionisten – getreu der Devise folgend: alles was aus der Sowjetunion kommt, ist fortschrittlich und zu unterstützen.

Zunächst einmal wird die DPK als durchsetzt von *„feudalen, rückständigen, separatistischen Kräften unter den Kurden"* („horizont", 23/74) dargestellt. Dementsprechend widersetzte sich die DPK mit *„Gewalt und Terror"*, mit *„Repressalien von Seiten der Sonderkommandos Barzanis"* allen „fortschrittlichen" Maßnahmen der Regierung, wie z.B. der Landreform (Enteignung des Großgrundbesitzes). Zur Landreform hieß es in der revisionistischen „Deutsche Volkszeitung": *„Die Agrarreform stieß auf starken Widerstand* (der DPK – d. Red.). *Die mit Boden beteilten Bauern wurden verfolgt und mit verschiedenen Steuern belastet"* (1.7.74) – Hier wird von den Revisionisten in typischer Fälschermanier die Sache auf den Kopf gestellt: Gerade von der DPK wurde, lange vor ähnlichen Maßnahmen in anderen Teilen des Irak, die entschädigungslose Enteignung aller Großgrundbesitzer durchgeführt.

Und wie erklären sich diese Herren eigentlich die im Programm der DPK von 1970 befindlichen Forderungen zur Zerschlagung aller feudalen Überreste und des Großgrundbesitzes in der Landwirtschaft des Irak, wenn doch die DPK ihrem Klassencharakter nach eine feudalistische Partei des Großgrundbesitzes sein soll? !

„SEZESSION statt Autonomie, Beibehaltung des feudalen Großgrundbesitzes: auf diesen Weg will der Stammesführer und Großgrundbesitzer Mustafa Barzani die Kurden führen" (a.a.O.).

Zur Frage der Autonomie des kurdischen Volkes haben wir oben genügend die Position der DPK aus ihrem Programm zitiert. Interessant ist hier nur noch die Behauptung, Barzani sei Großgrundbesitzer, Feudalist usw. Hier zeigt sich erneut die ganze Verlogenheit dieser Herren, denen jede Lüge willkommen ist, wenn sie ihre Politik rechtfertigen soll. Barzani befand sich nämlich zehn Jahre im sowjetischen Exil und wurde dort u.a. zum Offizier der Roten Armee ernannt; bis in die 60er Jahre wurde dieser „Großgrundbesitzer" und seine Bewegung von der UdSSR unterstützt. Seit wann – möchte man diese Leute fragen – haben Großgrundbesitzer führende Positionen in der „Roten Armee" inne? !

Das Schweigen über den Völkermord im Irak, über die wahren Ziele des kurdischen Befreiungskampfes und seine Diffamierung als Kampf einiger Großgrundbesitzer um ihre Privilegien, die Verleugnung der Errungenschaften des kurdischen Volkes in den befreiten Gebieten, machen die Revisionisten zu Feinden des kurdischen Volkes. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg



Kurden auf der Flucht im Grenzland zwischen Irak und Iran

Spanien:

Spanien:

Vier Revolutionäre in Todesgefahr

Wir drucken hier einen Solidaritätsaufruf der baskischen revolutionären Organisation E.T.A. (VI) mit den vier Revolutionären, die von der Terrorjustiz im faschistischen Spanien zum Tode verurteilt sind, ab.

José Maria Arruabarrena und José Antonio Garmendia wurden im August '74 in San Sebastián nach einer Hetzjagd durch die Stadt von der faschistischen Polizei schwer verletzt und verhaftet.

Bei dem Attentat in der Calle Correo in Madrid (an dem sich laut Anklage drei Genossen beteiligt haben sollen) kamen am 13. September '74 zwölf Menschen ums Leben und 69 wurden verletzt. Die E.T.A. stellte kurze Zeit später in einem Kommuniqué klar, daß sie mit diesem Attentat nichts zu tun habe und daß die Urheber in ultrafaschistischen Kreisen zu suchen seien.

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Das Regime der „Öffnung", der Liberalisierung" bedroht vier Revolutionäre mit der Todesstrafe:

- *José Maria Arruabarrena (Tanke): angezeigt, das Attentat in der Straße Correos in Madrid vorbereitet zu haben;*
- *Jose Antonio Garmendia (Tupa): angezeigt, den Folterknecht und Mitglied des Informationsdienstes der Guardia Civil, Gregorio Peralta, hingerichtet zu haben;*
- *Genoveva Forest Tarrat (Eva): laut Polizei in die Hinrichtung Carrero Blancos und in das Attentat in der Calle de Correos verwickelt;*
- *Antonio Duràn Velasco: angeklagt wie Eva.*

Die ersten beiden sind Aktivisten der E.T.A. Eva und Duràn sind ebenfalls Kämpfer der „Sache" des baskischen Volkes, d. h. für dessen nationale und soziale Befreiung.

Es gibt kaum etwas so Niederträchtiges, wie den Versuch, den Kampf aller derjenigen, die heutzutage in den Gefängnissen Francos leiden, herabzuwürdigen. Wir, die baskischen Revolutionäre, werden nicht nur wegen unseres antifaschistischen Kampfes so brutal unterdrückt, sondern besonders wegen unseres Kampfes für einen baskischen sozialistischen Staat. Das ist, was der Franco-Staat nicht will und was ihn irritiert. Deswegen ermorden sie unsere besten Genossen auf der Straße, haben sie Euskadi militärisch besetzt, foltern sie und verurteilen sie zu monströsen Strafen und deswegen können sie morgen Tupa, Tanke, Eva und Duràn ermorden.

Tupa und Tanke. Beide litten, wie alle Basken gelitten haben, seit unseren ersten Lebensjahren unter dem Verbot, sich in der Schule in unserer nationalen Sprache, dem Euskera, auszudrücken. Beide litten in der Fabrik unter einem Ausbeutersystem, in dem der Kapitalist das Arbeitsgericht, die Polizei und die staatliche Gewerkschaft auf seiner Seite hat. Beide wollten Euskadi, einer unterdrückten und geteilten Nation, seine nationale Identität zurückgeben, die man ihm vor mehr als einem Jahrhundert geraubt hat. Beide entschieden sich, mit der Waffe in der Hand gegen eine Regierung zu kämpfen, die alle anderen Wege verschlossen hat. Beide kämpften mit der E.T.A., einer revolutionären Organisation, die ihre Hoffnungen, als Mitglieder der baskischen Arbeiterklasse, beantwortete. Und sie wußten, daß nur ein baskischer sozialistischer Staat die großen Probleme lösen kann, vor denen heute unser Land, Euskadi, steht.

Eva und Durán. Sie gehören zu der ständig wachsenden Gruppe von Menschen, die begriffen haben, daß die Befreiung Euskadis nicht im Widerspruch zur Befreiung des baskischen Volkes steht, sondern die sich bewußt sind, daß das baskische Volk die Vorhut im Kampf des spanischen Volkes ist und daß jeder Fortschritt der baskischen Revolutionäre ein Fortschritt im Kampf des ganzen spanischen Volkes gegen das Franco-Regime ist. Sie übten aktive Solidarität, wie gestern mit den Völkern Algeriens, Vietnams und Palästinas. Eva und Durán waren also Kämpfer der baskischen „Sache" – nicht nur Antifaschisten und Linksintellektuelle, wie einige meinen. Das ist falsch. Linke und antifaschistische Intellektuelle gibt es tausende in Spanien. Aber keiner befindet sich in einer dramatischen Lage wie Eva und Durán.

Das ist es nicht, was der Franco-Staat unterdrücken will, sondern die aktive Identifizierung mit dem Kampf unseres baskischen Volkes. Das ist der Grund, warum Eva und Duràn ermordet werden sollen.

DEMOKRATEN, ANTIFASCHISTEN, REVOLUTIONÄRE: DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT RETTETE DAS LEBEN UNSERER GENOSSEN IN BURGOS. DIESELBE SOLIDARITÄT HAT ANDERE LEBEN VOR DEM FRANCO-FASCHISMUS GERETTET.

NUR DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT KANN NOCH EINMAL TUPA, TANKE, EVA UND DURAN RETTEN."

E.T.A. (VI) ●

Das Volk von Eritrea wird seine Unabhängigkeit erringen!

Eritrea in Nordostafrika, am Roten Meer, ist die Heimat von vier Millionen Menschen. Zuerst vom italienischen Imperialismus in eine Kolonie verwandelt, wurde es nach dem Krieg 1952 zwangsweise in eine „Föderation" mit Äthiopien gepreßt und 1962 von Äthiopien annektiert. Seither führt das eritreische Volk einen bewaffneten Befreiungskampf für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. In den letzten Monaten hat dieser Kampf große Erfolge gebracht. Obwohl die äthiopische Militärjunta schon im Februar rund die Hälfte ihrer Truppen nach Eritrea geschickt hatte, kontrollieren die eritreischen Befreiungskräfte mehr als 70 % ihres Landes. Auch in der Hauptstadt Eritreas, Asmara, wurde heftig gekämft. Auf dem Lande halten die äthiopischen Okkupanten nur noch wenige Stützpunkte.
Dieser Artikel soll die Entwicklung in Äthiopien und Eritrea seit dem Sturz des Feudalherrschers Haile Selassie am 12.9.1974 und die Verschärfung der Kämpfe in Eritrea seit Mitte Oktober '74 darstellen. Außerdem soll die Rolle der Imperialisten in diesem Raum behandelt werden.

Die Junta: „Äthiopischer Sozialismus" und Unterdrückung Eritreas

Nach dem Sturz der kaiserlichen Mumie Haile Selassie versprachen die neuen Militärmachthaber Äthiopiens „tiefgreifende Veränderungen": Bodenreform, Justizreform, Kampf gegen das Analphabetentum, Verstaatlichungen u.a..
lichungen u.a..

Vor allem nach dem Sturz der militärischen Führungsgruppe um den General Andom (der als „Mann der USA" galt) und der Umbildung des „Militärrates" (DERG) wurden die Reformversprechungen verstärkt: Äthiopien solle, so der DERG, *„sehr bald eine sozialistische Regierung mit einer fortschrittlichen Einheitspartei erhalten"* („FAZ", 20.12.74); Vorbilder des *„äthiopischen Sozialismus"* seien China und Kuba („FAZ", 22. 12.74).

In den folgenden Wochen wurden eine Reihe von Banken und Versicherungen verstaatlicht, vor allem italienische und britische. Die Militärjunta kündigte eine „Entschädigung aller Betroffenen" an. Anfang Februar wurden mehrere Betriebe verstaatlicht und sogenannte „Arbeiterräte" von der Junta eingesetzt.

Unter der nationalistischen Parole „Äthiopien zuerst" versuchen die führenden Militärs, das mittelalterlich-feudale System in Äthiopien in Richtung auf einen modernen kapitalistischen Staat zu entwickeln.

Dabei treten die Militärs zugleich allen s e l b s t ä n d i g e n Aktionen der Arbeiter, Bauern und Studenten sehr brutal entgegen, wie sich bei der Unterdrückung von Demonstrationen, Landbesetzungen u.a. zeigte. *„Der militärische Rat warnte... die Bauern im Land, sich eigenmächtig Besitz der früheren Feudalherren anzueigenen. Die alten Verträge zwischen Grundbesitzern und Pächtern sollen bis zum Inkrafttreten eines Bodenreformgesetzes gelten"* („FR", 25.9.74). *„Die Kluft zwischen den Militärs auf der einen sowie den Studenten und Arbeitern auf der anderen Seite nimmt tagtäglich deutlichere Konturen an".* Die massenhafte Entsendung von Studenten aufs Land dient, neben dem fortschrittlichen Ziel der Alphabetisierung etc. unter der Landbevölkerung, auch dazu, die Studentenbewegung zu lähmen und unbequeme Kritiker kaltzustellen.

Vor allem aber zeigt sich der widersprüchliche Kurs der Militärjunta in der Stellung zu Eritrea. Der frühere Junta-Chef, General Andom, war selbst Eritreer; ihm war der Versuch anvertaut, den eritreischen Befreiungskampf durch Täuschungsmanöver zu spalten und zu zerschlagen. Der Sturz Andoms (23./24.11.74) war wesentlich durch das Scheitern dieser Taktik bestimmt. Die neuen Militärmachthaber um Teferi Benti (er hatte in dem vergangenen Jahr die äthiopischen Okkupationstruppen in Eritrea kommandiert) eröffneten eine neue Offensive gegen Eritrea. Schon drei Tage nach ihrer Machtübernahme schickten sie weitere 5.000 Soldaten dorthin. Seither haben die Okkupationstruppen dort zahlreiche Massaker unter der eritreischen Bevölkerung angerichtet, während sie ihren militärischen Mißerfolgen durch eine Taktik der ‚Verbrannten Erde' zu begegnen versuchen.

Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein

Wenn wir die Unterdrückung des eritreischen Volkes durch die Militärjunta verurteilen, so sollte man dabei doch nicht aus den Augen verlieren, daß der Nationalismus in einem Land der 3. Welt, das sich selbst vor relativ kurzer Zeit und noch keineswegs vollständig von imperialistischer Unterdrückung befreit hat,, ganz anders zu bewerten ist als der Nationalismus einer imperialistischen Nation.

Gerade deshalb sind auch bestimmte Tendenzen in imperialistischen Ländern zu sehen, die Verbrechen der äthiopischen Okkupationstruppen am eritreischen Volk heuchlerisch anzuprangern, mehr oder weniger offen angebliche „Sympathien" für Eritrea zu zeigen, über vom Imperialismus abhängige Staaten (wie Saudiarabien) Einfluß auf die eritreische Befreiungsbewegung zu gewinnen. Zum einen geht es den Imperialisten darum, an Hand nationaler Widersprüche und Auseinandersetzungen ihre rassistische These zu bekräftigen, daß sich die Völker der „Entwicklungsländer" nicht selbst regieren können, daß sie „barbarisch" und „blutrünstig" seien, etc. Zum anderen geht es auch um die direkte Ausnutzung dieser Widersprüche, um die antiimperialistische Stoßrichtung von Staaten wie Äthiopien zu schwächen. Ein Ausdruck davon ist, daß die



Eritreische Kämpferin

Militärjunta den US-Imperialismus um Waffenhilfe gegen Eritrea gebeten hat (mit der sich die Imperialisten aber anscheinend Zeit lassen, um politische Vorteile herauszuschinden) und bis heute keine Initiative zur Auflösung der US-Stützpunkte Kagnew und Massawa unternommen hat. Um das eritreische Volk zu unterdrücken, verraten die Militärmachthaber also die Interessen der national-demokratischen, antiimperialistischen Revolution in Äthiopien an die Imperialisten.

Im Bunde sind auch die Sowjetrevisionisten, die mit den US-Imperialisten um Einfluß in Äthiopien ringen: Sie unterstützen bedingungslos die Junta und diffamieren die eritreische Befreiungsbewegung als eine reaktionäre Strömung, die ein Hindernis für die fortschrittliche Entwicklung Äthiopiens darstelle.

Die Entwicklung des Kampfes in Eritrea

Bereits 1971 verhängte die damalige Äthiopische Regierung das „Kriegsrecht" über weite ländliche Gebiete Eritreas, was nichts anderes bedeutete, als daß die eritreische Befreiungsbewegung diese Gebiete kontrollierte und an den Aufbau eines selbständigen Staates ging.

Mit dem Zusammenschluß der bis zum September 1974 getrennt marschierenden Befreiungsfronten ELF und PLF kündigten sie auch eine „Intensivierung des Kampfes" an. Bereits am 23. September 74 meldete die „FAZ", *daß schwere Unruhen mit Anschlägen und Straßenkämpfen"* in der eritreischen Hauptstadt Asmara aufgeflammt seien. Es wurde von den schwersten Kämpfen seit 12 Jahren gesprochen.

In den nächsten Tagen wurde das Regierungsviertel Asmaras ständig von Panzern und Soldaten bewacht.

Am 15. Oktober flog die äthiopische Luftwaffe Angriffe gegen Stellungen der ELF/PLF um Asmara.

Am 16.10. wurden drei weitere Armeebataillone in Richtung Asmara in Marsch gesetzt. Bereits im Oktober sollen ca. 25.000 reguläre Truppen in und um Asmara gegen die Befreiungsfront eingesetzt gewesen sein („FAZ", 17.10.).

die neue Militärjunta: *„Jegliche Steigerung der äthiopischen Aggression wird mit einer Verschärfung der militärischen Kampagne in ganz Äthiopien"* („FR", 26.11.).

Anfang Dezember wurde zum ersten Mal in der bürgerlichen Presse davon gesprochen, daß es auch in anderen Teilen Äthiopiens militärische Operationen von Befreiungsfronten gibt, so in den an Eritrea grenzenden Provinzen Tigre und Begemdir.

Am 3.12. wurden Streiks und Demonstrationen aus Eritreas Hauptstadt Asmara gemeldet. Die in Asmara stationierte Zweite Division wurde als *„nur noch bedingt einsatzbereit"* geschildert. *„Ganze Truppenteile haben mehrfach pauschal Partei für die Sezessionisten* (gemeint sind die ELF/PLF) *ergriffen"* („FR", 3.12.).

Am 23.12. wurden erneute Kämpfe aus Asmara und der Hafenstadt Assad gemeldet. Lt. der „NZZ" vom 23.12. *„leben 78 % der Eritreer in befreiten Gebieten, nur einige wenige Großstädte sind noch unter äthiopischer Kontrolle".*

Ende Dezember wurden Meldungen laut, die Verhandlungen über eine angebliche „friedliche Lösung" von Seiten der äthiopischen Militärjunta wieder ins Gespräch brachten. Allerdings wurden diese Verhandlungen nicht mit der ELF/PLF geführt, sondern mit eigens von der Militärjunta ausgesuchten „Persönlichkeiten" der herrschenden Klassen Eritras.

Die „FAZ" vom 16.1.75 berichtete über eine zehntägige Konferenz der beiden Befreiungsbewegungen auf der **„die Bildung einer gemeinsamen Front"** beschlossen wurde.

Der äthiopischen Regierung wurden wiederholt Verhandlungen angeboten, allerdings mit der Vorbedingung, daß sämtliche äthiopischen Truppen aus Eritrea abgezogen würden.

Die Befreiungskräfte werden auf 17 - 20.000 bewaffnete Kämpfer geschätzt. Hilfe bekommen die Befreiungsbewegungen vor allem aus der arabischen Welt,

Ende Januar/Anfang Februar wurde die militärische Lage für die Regierungstruppen in Asmara immer auswegloser. Neue Einheiten wurden in Marsch nach Eritrea gesetzt – kamen zum Teil aber nie an, da sie bereits unterwegs völlig aufgerieben wurden.

Am 6.2. veröffentlichte die ELF/PLF einen Aufruf an alle Kampforganisationen, die in dem einen oder anderen Teil des Landes bestehen. *„Zur Koordinierung des Befreiungskampfes wurden auch andere Organisationen, darunter ‚die Aramo' (Al Kala), die ‚Befreiungsfront von Tigre', die ‚Befreiungsfront der Afar' (Ussa) und die ‚Befreiungsfront für das westliche Somalia' (Ogaden) aufgefordert, sich mit der ELF zum Sturz des Regimes von Addis Abeba zusammenzufinden".* Der Aufruf versichert den übrigen Organisationen *„volle materielle und militärische Unterstützung".* Ferner heißt es dort, *„man habe eine großzügige Unterstützung der arabischen Bruderstaaten Syrien, Irak und Südjemen sowie der nationalen palästinensischen Bewegung und der Bewegung (Al Saika) erhalten"* (aus „Le Monde", nach „FAZ", 6.2.).

Selbst die Polizei Asmaras stellte sich immer häufiger auf die Seite der Befreiungskämpfer und führt *„angeordnete Hausdurchsuchungen nicht mehr durch"* („FR", 6.2.).

Am 14.2. gelang den eritreischen Befreiungskämpfern ein besonders großartiger Coup: Sie verkleideten sich als Regierungssoldaten und befreiten mitten in Addis Abeba über 1.000 politische Gefangene! („FR", 14.2.).

In der eritreischen Befreiungsbewegung gibt es unterschiedliche Strömungen, z.T. stammespolitisch oder religiös motiviert (z.B. zwischen Christen und Moslems), in denen sich die Klassenwidersprüche in Eritrea widerspiegeln – zwischen den Kräften, die eine national-demokratische Revolution in Eritrea und die nationale Unabhängigkeit unterstützen, und bürgerlichen Kräften, die ihre Chance mehr in einer Zusammenarbeit mit der äthiopischen Bourgeoisie sehen. Auch zeigt sich in der Befreiungsbewegung der Versuch verschiedener Staaten wie Saudi-Ara-

Revisionisten contra Lenin

Zu den Gegnern des eritreischen Volkes gehören auch die Revisionisten, denen es auf der außenpolitischen Ebene um ein gutes Verhältnis zur äthiopischen Militärjunta zu tun ist.

So lobt die DDR-Zeitschrift „Horizont" (Nr. 8/75): *„Bereits kurz nach seiner Machtübernahme hatte der Militärrat erkennen lassen (?), daß er bereit sei, möglichst schnell nach Wegen zu suchen, um die seit mehr als zehn Jahren herrschende latente Unruhe in diesem Gebiet zu beseitigen*
zehn Jahren herrschende latente Unruhe in diesem Gebiet zu beseitigen
und eine tragbare Grundlage (???) für das künftige Verhältnis zwischen Eritrea und dem übrigen Äthiopien zu finden ... Auffällig ist, daß sich die terroristischen (!!) Aktionen zu der Zeit verstärkten, als die Regierung in Addis Abeba sichtlich bemüht war, mit Vertretern (??) Eritreas ins Gespräch zu kommen und bereits Vorschläge unterbreitet hatte."

Um was für „Vorschläge" handelt es sich, und um was für eine „tragbare Grundlage"? Darüber schweigt „Horizont".

Tatsächlich wäre für K o m m u n i s t e n (die gibt's offenbar nicht beim „Horizont") die Sache sehr klar: Eritrea ist nie Teil Äthiopiens gewesen, sondern eine von der äthiopischen Reaktion unterjochte Kolonie. Das eritreanische Volk muß das Recht auf volle nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erhalten. ***„Das Recht auf Lostrennung zu leugnen, heißt praktisch die Privilegien der herrschenden Nation zu unterstützen."*** (Lenin, Über die nationale und koloniale Frage). Bei „Horizont" wird dagegen unter einer „tragbaren" Lösung der Versuch der Militärjunta verstanden, die nationale Unterdrückung Eritreas unter geänderten Formen fortzusetzen.

Tatsache ist außerdem, daß die eritreische Befreiungsbewegung ihre Offensive erst n a c h dem Scheitern der eingeleiteten „Verhandlungen" begann, und daß zweitens an den „Verhandlungen" keine Vertreter der ELF/PLF teilnahmen, sondern die Junta sich die angeblichen „Vertreter Eritreas" selbst ausgesucht hatte. Selbst diese Kräfte erhoben aber die Forderungen: Direkte Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen und Freilassung aller politischen Gefangenen! – Diese Forderungen lehnte die Junta ab und ließ damit die „Verhandlungen" platzen!

Außer der Diffamierung der eritreischen Befreiungsbewegung als „Terroristen" (!!), die der gezielten Stimmungsmache dient, darf bei „Horizont" auch der demagogische Hinweis nicht fehlen, daß zur *„Ermutigung der Separatisten äußere Kräfte"* beitragen würden, *„denen die bisherige progressive Wandlung in Äthiopien mißfällt".* Und was soll man davon halten, daß die Junta ausgerechnet die US-Imperialisten um Waffenhilfe gegen Eritrea bittet ?!

Anmerken darf man vielleicht noch, daß in „Horizont" 3/71 z.B. (lang ist's her) ganz sachlich über den Kampf der ELF informiert wurde. Von „bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Einheiten (!!) der ELF und der äthiopischen Armee" ist da die Rede – von „Terroristen" kein Wort. Und ferner: *„Die ELF kämpft für die Unabhängigkeit der Provinz Eritrea von Äthiopien. Nach ihren Angaben wurden seit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Provinz am 16. Dezember 1970 mehr als 1.000 Eritreer getötet ..."*

„Schwierigkeiten" beim Schreiben der Wahrheit hat offenbar auch die den Revisionisten nahestehende „Deutsche Volkszeitung" (6.3.75). Richtig ist dort von einer ***„Doppelbödigkeit (!!) des politischen Konzepts der Militärs"*** die Rede; das Programm des „äthiopischen Sozialismus" bleibe *„mehr eine Liste von*
Forderungen als ein wirklich durch- mus" bleibe *„mehr eine Liste von*
Forderungen als ein wirklich durchdachtes (?) Programm, solange jene ausgeschaltet (!) bleiben, die diese Umwälzungen durchführen und tragen müßten: die Volksmassen. Nach wie vor bleibt nämlich die Isolierung der Herrschenden von der Bevölkerung bestehen". Oho, aber für Eritrea streben die Militärs eine „tragbare" Lösung an – oder sind sie auch da „doppelbödig"? ...



Jedenfalls wohl kaum „doppelbödiger" als die Revisionisten von der „DVZ". Die schreiben nämlich: ***„Bezweifelt wird nicht die gerechte Sache der eritreischen Befreiungsbewegung"*** (eijeijei), aber der *„bewaffnete Aufstand der Befreiungsbewegung"* stelle leider für die Militärjunta *„eine zusätzliche Belastung dar, die in hohem Maße Material* (man denke nur an die vielen teuren Bomben auf eritreische Dörfer und Städte!) *und vor allem Menschen fordert",* und könne damit *„den Erfolg der revolutionären Umgestaltung stark gefährden".*

Logischerweise sollte man ja meinen (wenn dem Artikel der „DVZ" überhaupt eine Logik zugrunde liegt), daß der *„Erfolg der revolutionären Umgestaltung"* vor allem durch die „Ausschaltung" der „Volksmassen" in Frage gestellt ist, und daß der Vernichtungskampf der Junta gegen Eritrea genug ein Ausdruck dieser „Doppelbödigkeit" ist ...

Aber zu solchen Eiertänzen wie in der „DVZ" kommt's, wenn man vom leninschen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Lostrennung nichts wissen will!

bien, Libyien u.a. im Interesse ihrer Politik Einfluß zu nehmen.

Die beiden Organisationen der eritreischen Befreiungsbewegung, ELF (Befreiungsfront) und PLF (Volksbefreiungskräfte), haben sich im letzten Jahr enger zusammengeschlossen. In der bürgerlichen Presse wird die ELF allgemein mit den islamisch-religiösen Tendenzen identifiziert, die vor allem von Saudiarabien und Lybien unterstützt werden, während die PLF als „marxistisch" bezeichnet wird. Wieweit das mit der Wirklichkeit übereinstimmt, wissen wir nicht; in einem Interview mit der italienischen kommunistischen Tageszeitung „Lotta Continua" vom 21.2.75 beschuldigt umgekehrt ein Vertreter der ELF die PLF, sie sei *„typischer Repräsentant der nationalen Bourgeoisie"* und werde von Saudiarabien unterstützt.

USA-, BRD-Imperialisten und Zionisten immer an der Seite der Reaktionäre

Ein Blick auf die Landkarte und man erkennt die strategische Bedeutung Eritreas. Wer am Bab el Mandeb („Tor der Tränen") sitzt, kontrolliert die gesamte Schiffahrt zwischen dem Golf von Aden und dem Roten Meer – und bei der zu erwartenden baldigen Wiedereröffnung des Suez-Kanals damit eine der meistbefahrenen Wasserstraßen der Welt.

Falls es den Volksbefreiungskräften in Eritrea gelingt, sich durchzusetzen, könnten beide Küsten des Roten Meeres an der südlichen Meeresenge in den Händen antiimperialistischer Regierungen sein. Die Küste gegenüber Eritrea gehört zur Demokratischen Volksrepublik Jemen, die den wichtigen Hafen Aden und die strategisch bedeutenden Kamaran-Inseln beherrscht.

Der **US-Imperialismus** hatte die strategische Lage längst erkannt und unterhält in Eritrea zwei gigantische Stützpunkte. Der eine, die sogenannte „Kagnew-Station", ist eines der fünf wichtigsten elektronischen Überwachungszentren, die die USA in verschiedenen Teilen der Welt unterhalten. Diese Station überwacht Mittel- und Nordafrika, die Sowjetunion und vor allem den vorderen Orient! Der zweite ist der Flottenstützpunkt in Massawa für die im Indischen Ozean operierende 7. US-Flotte.

Äthiopien (einschließlich Eritrea) ist der größte und bedeutendste Militärstützpunkt der US-Imperialisten in ganz Afrika. Jährlich pumpten die USA über 50 Mio. Dollar, 72/73 sogar über 60 Mio., für neue Waffenkäufe nach Äthiopien.

Der **BRD-Imperialismus** bildete die gesamte Polizei Äthiopiens aus, u. a. zum Kampf gegen die eritreische Befreiungsbewegung. Für die Ausrüstung der Polizei lieferte die BRD seit 1965 für ca. 38 Mio. DM.

Noch am 31. Oktober 1974 gewährten die BRD-Imperialisten Äthiopien einen langfristigen Kredit über 10 Mio. DM.

Die **Zionisten** vervollständigen das Bild. Sie unterhalten einen Stützpunkt in der Nähe des Hafens Assab (Eritrea), an der Einfahrt zum Roten Meer, wo sie äthiopische Soldaten als „Special Forces" in Geheimdiensttätigkeit und Aufstandsbekämpfung ausbildeten. ●

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Putschversuch auch in Griechenland

Am 24. Februar, dem Tag des Beginns des NATO-Manövers Wintex '75, wurde in Griechenland ein Putschversuch faschistischer Militärs vereitelt. 37 Offiziere wurden verhaftet.

Kennzeichnend für das Vorgehen der reaktionären, pro-imperialistischen Regierung Karamanlis gegenüber den Putschisten ist die Tatsache, daß über die näheren Umstände des Putschversuchs kaum offizielle Informationen gegeben wurde. Nur aus Gerüchten und Einzelmeldungen war zu entnehmen, daß sich mindestens 300 Offiziere dem Putschversuch angeschlossen hatten, und daß zahlreiche Garnisonen einbezogen waren („FAZ", 26.2.75). Die Putschisten hatten auch eine Erklärung vorbereitet, die sie später über einen besetzten Rundfunksender verbreiten wollten. Die Regierung Karamanlis weigerte sich, den Wortlaut dieser Erklärung bekannt zu machen! („FR", 26.2.).

Möglicherweise wäre der Inhalt dieser Erklärung allzu entlarvend für den schein-„demokratischen" Charakter der Karamanlis-Regierung. Heißt es doch, daß die faschistischen Offiziere keineswegs die Karamanlis-Regierung stürzen wollten, sondern diese nur zu bestimmten Maßnahmen veranlassen wollten: Freilassung der inhaftierten sechs Hauptverantwortlichen für den faschistischen Putsch von 1967 (Papadopulos, „Staatspräsident" der Junta; Pattakos und Makarezos, Stellvertreter von Papadopulos; Ladas, in der Junta „Minister für Öffentliche Ordnung"; Rufugalis, einst Geheimdienstchef; Joannides, Chef der faschistischen „Militärpolizei" – die seit Januar in Haft sind); stärkere Wiederannäherung Griechenlands an die NATO; Verbot der Kommunistischen Parteien („Welt", 26.2.).

Während Karamanlis äußerst glimpflich mit den Putschisten umgehen ließ (die meisten der an der Verschwörung beteiligten Offiziere blieben sogar auf freiem Fuß), fanden in Athen, Saloniki u.a. Massendemonstrationen für die strenge Bestrafung der Faschisten, eine radikale Säuberung der Armee und den Rücktritt von Verteidigungsminister Averoff statt, der die Putschvorbereitungen offensichtlich geduldet hatte (laut AFP hatten ihm regierungstreue Militärs schon im Dezember '74 die Namen der Verschwörer mitgeteilt – nach „Deutsche Volkszeitung", 6.3.).

Anfang-Mitte März nahm die Regierung Karamanlis dann unter dem Druck der demokratischen Kräfte eine recht behutsame „Säuberung" in den Streitkräften vor: Insgesamt rund 225 Offiziere, darunter 75 Generäle („SZ", 25.3.), wurden „in den Ruhestand" versetzt, jedoch keineswegs hinter Schloß und Riegel gebracht, wo sie eigentlich als Feinde des Volkes und der Demokratie hingehören würden. So erweist sich diese „Säuberung" als berechnetes Zugeständnis an die Volksstimmung, das die verbliebenen faschistischen Strukturen der Armee nicht im Wesen berührt.

Die „FAZ" dürfte daher den Nagel auf den Kopf treffen, wenn sie schreibt, daß die Entlassungen unter den faschistischen Offizieren zwar *„beträchtliche Beunruhigung"* ausgelöst hätten, aber Karamanlis, *„der als Demokrat konservativer Prägung angesehen wird"* (!), könne doch *„der Loyalität der Streitkräfte sicher sein". „Daß die Vergangenheitsbewältigung den Regierungschef vor schwere Probleme stellt und die Linksparteien ihm mit ihren Anhängern in den großen Städten diese Aufgabe nicht erleichtern* (!!), *wird von der Mehrzahl der Offiziere nicht übersehen"* („FAZ", 17.3.).

Da man sicher sein kann, daß Karamanlis die Unterstützung der Linksparteien hätte, wenn er wirklich mit der faschistischen Vergangenheit brechen wollte, muß man diesen Hinweis der „FAZ" wohl so verstehen: Die Aufgabe von Karamanlis, den (faschistischen) Pelz zu waschen ohne ihn naß zu machen, wird ihm durch die Linksparteien und das Volk „nicht erleichtert"; das faschistische Offizierskorps hat daher „Verständnis", wenn Karamanlis zum Schein wirklich mal etwas mit Wasser spritzt und dabei laut „Exemplarische Säuberung" ruft . . .

Im Unterschied zu Portugal kann in Griechenland von einer wirklichen antifaschistischen Umwälzung und einer Säuberung der Armee in demokratischem Geist noch nicht die Rede sein; das hängt auch damit zusammen, daß die griechischen Werktätigen noch nicht im selben Maß wie die Werktätigen Portugals aktiv in die Entwicklung eingegriffen haben. ●

USA:

Streik in der Mineralölindustrie

In den USA liefen am 7. Januar 1975 die Tarifverträge zwischen den Mineralölkapitalisten – etwa 400 Einzelverträge – und der Öl-, Chemie- und Atomarbeitergewerkschaft (OCAW) aus.

Als die Konzernbosse auf die Forderungen der OCAW mit provokatorischen Angeboten antworteten, gingen 7.000 Arbeiter in einen spontanen Streik. Insgesamt sind rd. 60.000 Arbeiter in der OCAW organisiert.

Von den Streiks waren hauptsächlich die Gulf- und Texaco-Raffinerien in Port Arthur, Texas, betroffen, sowie die Standart Oil Co.-Raffinerie in El Segundo, Californien, die größte Raffinerie an der Westküste.

Die Gewerkschaftsführung unterstützte die Ölkapitalisten massiv in der Bekämpfung der Streiks und rief zur Sicherung der nationalen Ölversorgung auf.

Ausgangslage: steigende Profite einerseits, Lohnraub und Arbeitslosigkeit andererseits

Wie kaum eine andere Industrie forcierten die Mineralölkonzerne die Ausbeutung der Völker, die in der Umklammerung der US-Imperialisten sind. Im „Energiekrisenjahr" 1973 stiegen die Profite der Ölkapitalisten um durchschnittlich 71 %. Der horrende Preisanstieg für Mineralölprodukte setzte sich auch 1974 fort und brachte den Ölkonzernen erneut hohe Profitsteigerungen.

Nach den Zahlen der ersten drei Quartale 1974 führt Texaco die Tabelle an. Sie erzielte einen Profitzuwachs von 70 %. Wobei die Profite im Ausland (also hauptsächlich in Europa) weit über dem durchschnittlichen Anstieg von 70 % lagen.

Die Profite der anderen großen Ölkonzerne stiegen im gleichen Zeitraum um 58 % bei der Mobil Oil, 57 % bei Socal, 43 % bei Gulf und 38 % bei der Exxon (vormals Esso).

Andererseits ist die Arbeiterklasse in den USA von einem seit Jahren voranschreitenden Angriff auf ihre Existenz bedroht.

Im Januar 1975 verzeichneten die USA mit 7,5 Mio. Arbeitslosen (8,2 %) die höchste Arbeitslosigkeit seit 1941. Die Kurzarbeiter hinzugerechnet, sind über 12 Mio. Arbeiter drastisch von der Krise betroffen.

Durch Preissteigerungen werden der gesamten Arbeiterklasse seit Jahren die Reallöhne gekürzt.

Die Preissteigerungsrate lag 1974 in den USA durchschnittlich bei 12,2 % (nach offiziellen Angaben) und war damit die höchste Rate in den USA seit 1946. So waren die Löhne der Ölarbeiter nach Abzug der Preissteigerungen 1974 niedriger als 1966 (Stundenlohn eines Ölarbeiters 1974 = $ 3,27, dagegen 1966 = $ 3,45).

Vor diesem Hintergrund kam auch die Gewerkschaftsführung nicht daran vorbei, relativ hohe Forderungen zu stellen:

1. 0,50 Dollar Vorweganhebung für bereits gestiegene Lebenshaltungskosten,
2. jährlich 1,50 Dollar pro Stunde mehr; der Vertrag soll mit einer 3-jährigen Laufzeit abgeschlossen werden,
3. eine unbegrenzte Lebenshaltungsklausel, die es ermöglicht, auch zwischenzeitlich über die 1,50 Dollar hinauszugehen,
4. volle Bezahlung von Krankenhausaufenthalten und sonstiger medizinischer Versorgung durch die Firma,
5. Verbesserung der Altersversorgung und Urlaubsregelung.

Die nominelle Lohnsteigerung würde entsprechend dieser Forderung auf ca. 25 % jährlich (3-Jahresvertrag) hinauslaufen. Demgegenüber boten die Ölkapitalisten eine Steigerung von 10,5 % im ersten Jahr und 7 % im Folgejahr an. Der Vertrag sollte sich auf 2 Jahre beschränken.

Das Angebot wurde von den Ölarbeitern als glatte Provokation abgetan. Es ignorierte nicht nur den bisherigen Lohnabbau völlig, sondern plante zugleich für die nächsten zwei Jahre einen Lohnraub mit ein.

7.000 Arbeiter, verteilt auf Gulf-, Texaco- und Standart Oil-Raffinerien beantworteten die Provokation mit Streik. Jetzt zeigte sich, wie gut die Ölkapitalisten auf solche „Risiken" vorbereitet sind und mit welcher Unterstützung sie durch die US-Gewerkschaftsführung rechnen können.

Ausgebildete Streikbrechertrupps und Verrat der OCAW-Führung

Seit den Mineralölstreiks 1962/63 und verstärkt nach dem Shell-Streik 1972/73 bilden die Ölkapitalisten in den USA systematisch Streikbrechertrupps aus. Leitende Verwaltungsangestellte und bevorzugt Laborangestellte wurden zu Streikbrechertrupps zusammengestellt und in den Anlagen der Raffinerien zwischenzeitlich darin ausgebildet, eine Raffinerie im Streik bis zur vollen Kapazitätsauslastung weiterzufahren.

Zentrum dieser Ausbildung sind die Raffinerien in Houston (u. a. Texaco und Shell). Die Streikbrecher laufen dort unter Anleitung der Meister und Schichtführer den Arbeitern hinterher und beobachten jeden Handgriff in Meßwarten und Anlagen.

In der Shell-Raffinerie, Deer Park – Texas, kam es kürzlich zu Auseinandersetzungen, als Arbeiter einen potientiellen Streikbrecher vom Schaltpult davonjagten, weil dieser es nicht mit dem Beobachten allein gut sein lassen wollte, sondern sich übereifrig an das Schaltpult einer Meßwarte setzte, um eine Anlage zu steuern.

Ölarbeiter verlangten auf einer Versammlung der Öl-, Chemie- und Atomarbeiter-Gewerkschaft/Gruppe Shell organisierte Maßnahmen gegen das Streikbrecherunwesen. Sie schlugen vor, mehr Streikposten zu besetzen und Streikbrechertrupps beim Beladen der Tanker und Tankzüge zu behindern. Der anwesende Sekretär der OCAW/Gruppe Shell, Roy Barnes, lehnte solche Maßnahmen als illegal ab und erklärte den aufgebrachten Arbeitern, daß die Gewerkschaft doch grundsätzlich nichts „Illegales" akzeptieren könne.

Die kapitalistenfreundliche Interpretation von „Illegalität" setzte die OCAW-Führung in großem Maßstab auch gegen die streikenden Arbeiter in den Gulf-, Texaco- und Standart Oil-Raffinerien ein. Ihr Vorsitzender, Mr. Grospiron, erklärte die Streiks für unerlaubt, weil sie nicht von der Gewerkschafts-Führung genehmigt seien und verweigerte jegliche gewerkschaftliche Unterstützung. Er forderte alle streikenden Arbeiter auf, die Arbeit fortzusetzen und beschwor die Gefahr einer Ausdehnung der Streiks auf nationaler Ebene. Solche Entwicklungen würden den nationalen Interessen der USA zuwiderlaufen. Es ginge in dieser Zeit vorrangig darum, die nationale Ölversorgung zu sichern.

Der dürftig organisierte Streik der Ölarbeiter brach unter dem Druck der Ölkapitalisten, die von ihren ausgebildeten Streikbrechertrupps und der allgemeinen Arbeitslosigkeit profitierten und unter dem Verrat der OCAW-Führung zusammen.

Zur Demoralisierung der Arbeiter trug maßgeblich bei, daß sie unter dem Schutz der Gewerkschaftsführung selbst ihre Streikbrecher ausbilden müssen, die während ihres Kampfes dafür sorgten, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Vor ihren Augen wurden die Raffinerien voll weitergefahren und die Tankfahrzeuge beladen.

Dabei kam es den Kapitalisten zustatten, daß die OCAW-Führung die Streiks mit allen Mitteln bekämpfte und somit keine Ausdehnung auf andere Raffinerien zu befürchten war. Denn, gegen einen geschlossenen Streik in der Ölindustrie dürften die Verrätertrupps aus Verwaltung und Labors kaum ankommen. Darüberhinaus sollen 400 Einzelverträge eine überbetriebliche Solidarität verhindern.

Ein kurzer Hinweis auf die Parallele in der BRD: Um die Energieversorgung im Interesse aller Kapitalisten zu sichern, werden auch in der BRD nur „Haustarife" mit den Ölkapitalisten abgeschlossen. Die einzelnen Tarifabschlüsse erfolgen zu verschiedenen Zeiten.

Genauso wie in den USA wurden 1971 im Texaco-Streik meist leitende Angestellte nach einer Kurzausbildung in die Raffinerien gesetzt. Die Streikbrecher, zu denen sich auch Arbeiter gesellten, erhielten ein Schmiergeld von 30,– DM pro Tag.

Schließlich konnten sich die betroffenen US-Kapitalisten geradezu höhnisch auf die arbeitslosen Ölarbeiter in dem Raffineriezentrum Houston stürzen. Zum Beispiel verschickte die Arco (Atlantic Richfield Co.) offene Briefe an „interessiertes", möglichst „gewerkschaftlich nicht organisiertes Personal", daß während der Streiks „arbeiten möchte".

Die OCAW-Führung nahm nach dem Zusammenbruch der Streiks befriedigt wieder ihre „Verhandlungen" auf.

Chauvinismus der US-Gewerkschaftsführung

Die US-Gewerkschaftsführungen bedienen sich zur ideologischen Absicherung ihres Verrats an der Arbeiterklasse zunehmend einer chauvinistischen Aufhetzung.

Während sie selbst den Kampf der Ölarbeiter um Verbesserung ihrer ökonomischen Bedingungen unterliefen, indem sie zur Arbeit aufriefen, die Streikbrechertrupps legalisierten und Gegenmaßnahmen der Arbeiter als illegal bezeichneten usw., bemühen sie sich eifrig, eine Einheit der Arbeiter auf Grundlage einer chauvinistischen Hetze aufzubauen.

Dieses Ziel verbinden sie geschickt mit Scheinangriffen auf die Öl-Konzerne. So erschien am 16. 12. 74 eine Anzeige der OCAW im „Wall Street Journal", in der die OCAW den Ölkapitalisten vorwirft, sie investierten zu wenig in der eigenen Branche. Sie sollten sich aus anderen Geschäften zurückziehen und mehr im Ölgeschäft unternehmen. Die Politik der Ölgesellschaften laufe den *„nationalen Interessen entgegengesetzt"*.

Die Forderung nach Investitionen in der Ölwirtschaft deckt sich genau mit einer Erklärung der Chase Manhattan Bank – eine Bank des Rockefeller-Clans, die an mehreren multinationalen Mineralölkonzernen beteiligt ist. Der Ölspezialist der Bank rechtfertigte die Preissteigerungen für Ölprodukte und die Profitexplosion damit, daß zur sicheren Energieversorgung der Industrienationen in den nächsten Jahren unvorstellbare Investitionen notwendig seien, die nur mit eigenen Profiten finanziert werden könnten. Er stellte sogar in Frage, ob die erreichten Profitsteigerungen (71 %) ausreichten.

Die chauvinistische Hetze hat Tradition. Im Shell-Streik 1972/73 bemühte sich die OCAW-Führung auch, den damals von ihr ausgerufenen Streik wieder abzubiegen (nach bekanntem Muster wehrte sie sich gegen eine Ausdehnung und ließ die Streikbrechertrupps gewähren), um andererseits mit harten Worten anzuklagen, daß Shell von britischem Kapital regiert werde. Bezeichnend ist der Spruch eines OCAW-Funktionärs aus Louisiana: *„Will die Queen etwa uns Amerikanern sagen, was wir zu tun haben?"*

Die „Amerikaner" wurden aufgefordert, Shell-Tankstellen zu boykottieren und Shell-Kreditkarten zurückzusenden.

Die OCAW-Führung machte sich damit zu einem verdienten Verteidiger der US-Ölkapitalisten. Einerseits schritt sie in diesem Arbeitskampf nicht da ein, wo auch die Interessen der nationalen Ölkapitalisten berührt worden wären, z. B.: Kampf gegen Streikbrechertrupps und Ausdehnung der Streiks auf die Ölverladung in den Häfen (von den Arbeitern wurde diese Ausdehnung massiv gefordert), andererseits schob sie ihnen Umsätze zu, weil *„ein Amerikaner nicht bei Shell tankt"*.

Auf der gleichen Linie, nur mit einem anderen Feindbild, forderte der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, George Meany, während der diesjährigen Streiks dazu auf, die ölfördernden Länder zu boykottieren. Der Boykott solle so lange dauern, bis die Ölpreise wieder fallen. Die arabischen Staaten dürften keine Finanz- oder Militärhilfe mehr erhalten und es dürfe auch kein Erdöl mehr aus diesen Ländern in die USA importiert werden.

Schließlich setzte George Meany dem Aufruf der OCAW-Führung, den Streik für die Beendigung des Lohnraubes zugunsten einer nationalen Ölversorgung aufzugeben, hinzu: „Die Tatsache, daß die Amerikaner während dieser Zeit mit einer Rationierung leben und sich einschränken müssen, ist nur ein kleiner Preis für die Abwendung des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs".

Nicht nur, daß die amerikanischen Gewerkschaftsführer die Arbeiterklasse längst verlassen haben und seit Jahrzehnten dafür sorgen, daß die Tarifabschlüsse den Bossen „ins Konzept passen"; sie bleiben auch jetzt „bei Fuß", wo die US-Imperialisten immer unverhohlener ihre kriegslüsternen Absichten gegen die Länder des Nahen und Fernen Ostens wieder äußern.

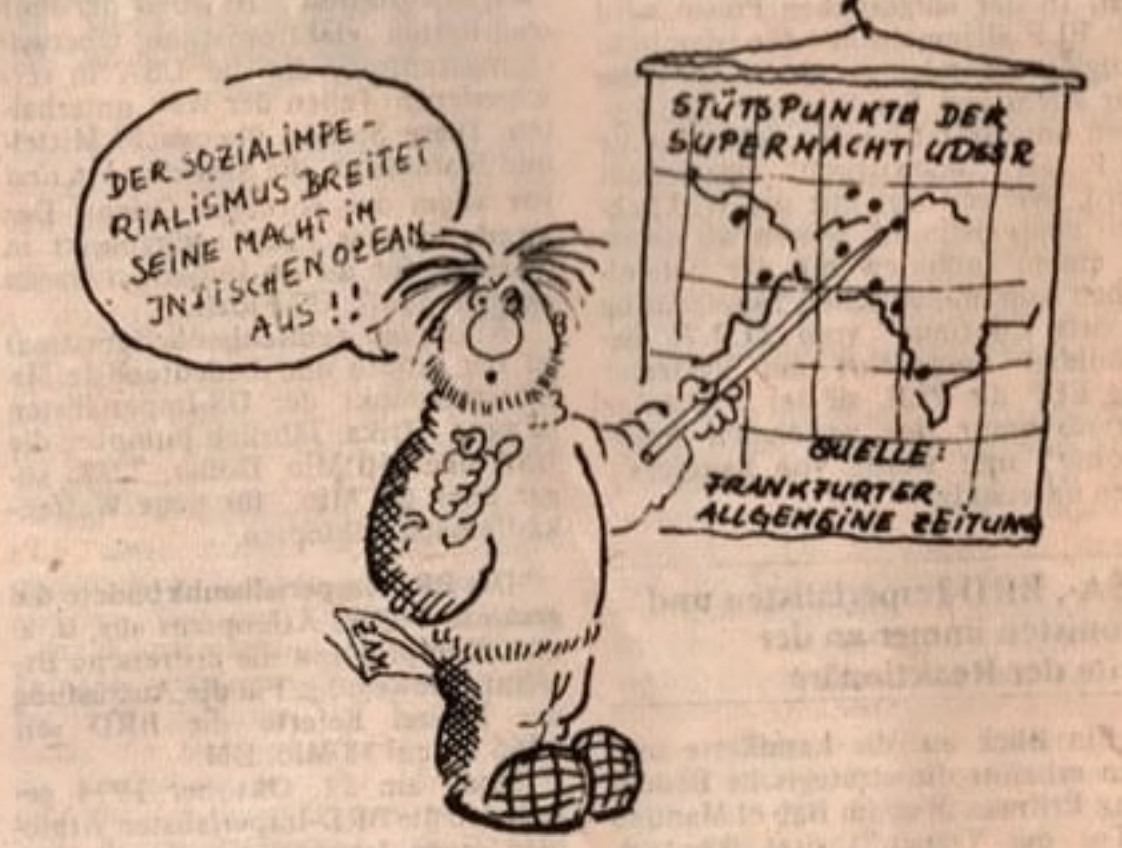
Wie der Hund treu an der Seite seines Herrn! ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Der K(r)ampf der „Supermächte"

Tummelplatz politischer Dilletanten und Provokateure

Wie kaum ein anderes Thema bietet der „Kampf gegen die Supermächte", und hier vornehmlich die Polemik gegen den „Sozialimperialismus" ein beschämendes Bild für große Teile der nicht-revisionistischen Linken. Unbekümmert wird hier mit übelsten Fälschungen und Phantasieprodukten der Imperialisten manipuliert, wird mit allgemeinsten Behauptungen gearbeitet, wird Zickzack gefahren und die politische Logik auf den Kopf gestellt. Die Basis derartig unsachlicher und die politische Vernunft beleidigender „Analysen" und Polemiken ist zum einen eine geradezu groteske Gutgläubigkeit vieler linker Genossen gegenüber ihren jeweiligen „Führern" und ihrer Presse; zum anderen spielt hier offenbar auch ein tiefverwurzelter Antikommunismus eine Rolle, der es erlaubt, die unsinnigsten Behauptungen gegen die Sowjetunion in Umlauf zu bringen.
Derartige „Analysen" und Polemiken haben mit dem notwendigen Kampf gegen den Sowjetrevisionismus und die z. T. imperialistischen Elemente seiner Außenpolitik nichts zu tun. Im Gegenteil schaden Fälschungen, Verdrehungen und andere Dummheiten diesem Kampf und dienen objektiv auf der einen Seite der äußersten Reaktion und auf der anderen Seite dem Revisionismus, der es nur allzu leicht hat, solche Art „Angriffe" abzuwehren und die Kritiker des Revisionismus g e n e r e l l als unglaubwürdige Lügner, Fälscher oder konfuse Spinner hinzustellen.
Mit diesen Methoden und mit verschiedenen Konsequenzen eines so geführten „K(r)ampfes gegen die Supermächte" beschäftigt sich dieser Artikel.



Das „Ringen der Supermächte" im Indischen Ozean

Der Indische Ozean ist in den letzten Jahren verstärkt zum Aufmarschgebiet der Kriegsflotten verschiedener Länder geworden. Das liegt vor allem an seiner strategisch wichtigen Lage: Hier kreuzen sich die Handelswege von Europa nach Asien und Australien; in den Ländern am Indischen Ozean liegen mehr als 50 % der erkundeten Erdölvorkommen der Welt („Frankfurter Rundschau", 28.2.74).

Vor allem die Flotten der USA und der Sowjetunion (aber trotz „Rückzug östlich von Suez" auch die britische Flotte) im Indischen Ozean sind in den letzten Jahren verstärkt worden; militärische Auseinandersetzungen wie Ende 1971 die indische Aggression gegen Pakistan und die Lostrennung von Ostpakistan (Bangla Desh) und der israelisch-arabische „Oktoberkrieg" 1973 wurden zur zeitweiligen Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe in den Indischen Ozean benutzt.

Gemäß der These, daß der „Sozialimperialismus" **die „gefährlichere Supermacht"** sei, entstellen die 'Kämpfer gegen die Supermächte' diese Entwicklung jedoch so, daß ein völlig falscher Eindruck von den realen Kräfteverhältnissen im Indischen Ozean geschaffen wird, d. h. der „Sozialimperialismus" wird mehr oder weniger deutlich als vorherrschende Macht im Indischen Ozean hingestellt. Als Folge dieses unwissenschaftlichen Herangehens ergeben sich auch Unklarheiten über verschiedene Staaten und Befreiungsbewegungen in diesem Raum, die freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten.

So brachte die „KVZ" des KBW (6.3.75) einen wahrhaft „aufschlußreichen" Artikel unter der Überschrift *„Die Supermächte verstärken die Unruhe im Indischen Ozean"*. Dort wurde, ohne in Frage gestellt zu werden, eine Karte der rechtsgerichteten „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") abgedruckt, die die „Stützpunkte der Großmächte im Indischen Ozean" zeigen soll.

Diese Karte ist wahrscheinlich der „FAZ" vom 22.11.74 entnommen worden (in der „KVZ" fehlt eine Quellenangabe). Wir drucken diese Karte hier zur Veranschaulichung ab. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie zumindest einen tatsächlich bestehenden Stützpunkt „vergessen" hat – nämlich den US-Flottenstützpunkt Massawa in Eritrea (Äthiopien) – aber dafür reichlich angebliche „Stützpunkte" aufweist, die es gar nicht gibt – s o w j e t i s c h e, versteht sich!

Diese Karte gehörte (in der „FAZ" vom 22.11.74) zu einem Artikel, in dem es um die Darstellung und „Rechtfertigung" eines Flottenmanövers des CENTO-Paktes (mit Schiffen aus USA, Großbritannien, Türkei, Iran und Pakistan) ging. Einen Kommentar dazu leitete die „FAZ" mit den Worten ein: *„Eine Zeitlang sah es so aus, als werde der Indische Ozean über kurz oder lang der sowjetischen Flotte gehören* (!!!), *die sich in seinen Gewässern und an seinen Ufern immer breiter machte"* („FAZ", 22.11.74) – deshalb sei also das Manöver notwendig ...

Die Funktion dieser „FAZ"-Karte, die ein stattliches Netz angeblicher sowjetischer Stützpunkte im Indischen Ozean aufweist, ist also gar unzweifelhaft. Die „KVZ" übernimmt diese Angaben als schiere Wahrheit. Unter Berufung auf die französische Zeitung „Le Monde" heißt es ferner in dem „KVZ"-Artikel, die Sowjetunion könne *„heute über Flottenstützpunkte in Somali südlich von*

sowjetischer Stützpunkte im Indischen Ozean aufweist, ist also gar unzweifelhaft. Die „KVZ" übernimmt diese Angaben als schiere Wahrheit. Unter Berufung auf die französische Zeitung „Le Monde" heißt es ferner in dem „KVZ"-Artikel, die Sowjetunion könne „heute über Flottenstützpunkte in Somali südlich von

Äthiopien an der Ostküste Afrikas, im Irak am Arabischen Golf und auf der Insel Mauritius verfügen ... Außerdem wurden ihnen Landerechte von einer Reihe von weiteren Küstenstaaten eingeräumt". – Damit keiner das für einen Ausrutscher eines schlecht informierten KBWlers halte: Schon in der „KVZ" vom 30.1.75 war diese Karte abgedruckt (S. 13) und es hieß dazu, daß die *„sozialimperialistische UdSSR ... selber über zahlreiche Stützpunkte und eine starke Flotte im Indischen Ozean verfügt. Die Stützpunkte befinden sich unter anderem in Somali und im Irak am Arabischen Golf"*.

Stützpunkte der Großmächte im Indischen Ozean
Vereinigte Staaten – Großbritannien – Frankreich – Sowjetunion
F.A.Z.-Karte Sturm

Stützpunkte der Großmächte im Indischen Ozean
Vereinigte Staaten – Großbritannien – Frankreich – Sowjetunion
F.A.Z.-Karte Sturm

Diese Karte aus der „Frankfurter Allgemeinen" („FAZ") vom 22.11.74 wurde in der „KVZ" des KBW vom 6.2.75 nachgedruckt, um die „besondere Gefährlichkeit" des „Sozialimperialismus" zu demonstrieren. Auf der Karte sind zahlreiche nicht existierende angebliche sowjetische „Stützpunkte" eingezeichnet.

In der „KVZ" vom 6.2.75 schrieb ein KBWler, es sei *„meist fruchtbarer"*, die „FAZ" zu lesen als den ARBEITERKAMPF.

Die Folgen sieht man hier! Jedoch müssen wir zumindest in diesem Fall feststellen, daß die Lektüre der „FAZ" bisweilen informativer ist als die der „KVZ". Denn der „FAZ" war immerhin – im Gegensatz zur „KVZ"! – zu entnehmen, daß die Sowjetunion die Existenz sowjetischer Stützpunkte im Indischen Ozean bestritten hat („FAZ", 22.6.74), und daß der Irak, die VDR Jemen und Somalia die Existenz sowjetischer Stützpunkte auf ihren Territorien bestritten haben („FAZ", 7.9.74 u. a.).

Wir wollen nicht verschweigen, daß leider beim Aufspüren angeblicher sowjetischer „Stützpunkte" die chinesische Presse einen peinlichen Rekord hält, mit Behauptungen wie etwa: *„Die Sowjetrevisionisten haben das Recht erhalten, über ein Dutzend* (!!) *Häfen und Stützpunkte im Indischen Ozean zu benutzen"* („hsinhua", engl., 27.3.74 – die Karte der „FAZ" weist dagegen bloß neun angebliche sowjetische „Stützpunkte" auf!).

Um welche „Häfen und Stützpunkte" es sich dabei handeln soll, verschweigt die „hsinhua"-Meldung. Die chinesische Regierung wird sich wohl hüten, Geschichten über angebliche sowjetische Stützpunkte im Irak, Somalia, auf Mauritius und in der Demokratischen Volksrepublik Jemen zu verbreiten – Staaten, zu denen die VR China freundschaftliche Beziehungen unterhält!

Wenige Tage vor dieser „hsinhua"-Meldung hatte der Chef der US-Marine-Operationsabteilung, Admiral Zumwalt, den US-Kongreß um die Bewilligung von vorerst 32 Mio. Dollar für den Ausbau des Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean gebeten, und zwar mit ausdrücklichem Hinweis auf die sowjetischen Geister-„stützpunkte" und die **„Verhinderung einer sowjetischen Vorherrschaft"** im Indischen Ozean (lt. „Kölner Stadtanz." vom 22.3.74).

Im Juni 1974 legte ein Ausschuß der UNO eine 'Übersicht' über die ausländischen Flottenstützpunkte im Indischen Ozean vor. Die 'Übersicht' verzeichnete 18 Stützpunkte: 9 der USA, 4 Großbritanniens, 3 Frankreichs, einen (!) der Sowjetunion und einen „spekulativen" der VR China

FORTSETZUNG SEITE 19

Anzeige
ca. 280 Seiten, Preis 6,00 DM
„DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!"

Imperialistische Stützpunkte im Indischen Ozean

Am Arabischen Golf haben die USA einen Marine-Stützpunkt auf der Insel Bahrein. Eine „task force" (Kampfverband mit besonderen Aufgaben) der US-Flotte ist dort ständig stationiert, bestehend aus einem Amphibientransporter und zwei Zerstörern.

Auf der Insel Masirah (vor der Küste von Oman) hat Großbritannien einen Luftwaffenstützpunkt. Die USA bemühen sich um eine Genehmigung, ebenfalls diesen Luftwaffenstützpunkt benutzen zu können und sollen die Genehmigung inzwischen erhalten haben. Der Stützpunkt soll dann ausgebaut werden. Außerdem werden die USA möglicherweise einen weiteren Stützpunkt in Oman, in der Nähe von Maskat, erhalten.

42 % der in den letzten acht Jahren von den USA verkauften Waffen wurden in die reaktionären Staaten am Arabischen Golf geliefert, im Wert von rund 20 Mrd. Mark.

Hauptabnehmer sind der Iran und mit einigem Abstand Saudi-Arabien. US-„Militärberater" sind in Kuweit, Saudi-Arabien (4.000 „Militärberater", in Zukunft sollen es 6.000 werden) und demnächst auch in Oman tätig.

In Oman sind Truppen des Iran und britische Söldner an der Seite des Regimes im Kampf gegen eine nationale Befreiungsbewegung.

Auch andere Staaten, wie Frankreich und die BRD, „engagieren" sich in der Region. Frankreich hat Ende 1974 mit Saudi-Arabien einen Waffenlieferungsvertrag (Panzer, Luftabwehrraketen u.a.) über rund 2 Mrd. Mark abgeschlossen. An Kuweit will Frankreich Raketenschnellboote liefern. Die BRD hat bereits vor einiger Zeit umfangreiche Waffenlieferungen an den Iran vereinbart, u.a. die Lieferung von 400 Leopard-Panzern.

Die Bedeutung, die die Imperialisten gerade der Arabischen Halbinsel und den Gewässern um den Arabischen Golf beimessen, geht auch aus der Wiederbelebung des CENTO-Paktes hervor, der um den 22. November letzten Jahres herum ein großes Manöver mit rund 50 Schiffen der USA, Großbritanniens, der Türkei, des Irans und Pakistans (!!) in dieser Region durchführte. Zur selben Zeit manövrierten im Arabischen Golf der US-Flugzeugträger 'Constellation' (100 Flugzeuge) und zwei Raketenzerstörer der USA. U.a. fand eine Luftlande-Übung an der Küste von Abu Dhabi statt.

Sicher nicht zufällig fielen diese Manöver fast genau zusammen mit dem größten NATO-Manöver im Mittelmeer, das jemals durchgeführt wurde. An diesem Manöver in der Adria, das vom 9. - 16. November 74 dauerte, nahmen Schiffe der USA, Großbritanniens, Italiens und der Türkei teil.

Am Roten Meer haben die USA zwei Stützpunkte in Eritrea (Äthiopien), nämlich den Flottenstützpunkt Massawa und die Kagnew-Station, eines der fünf wichtigsten elektronischen Überwachungszentren der USA in aller Welt.

Frankreich hat am Roten Meer einen Stützpunkt in Djibuti, gegenüber von Aden.

Weitere Stützpunkte hat Frankreich auf der Insel Réunion und auf der Insel Diego Suarez (nördl. Madagaskar) sowie auf den Comoren-Inseln.

Großbritannien hat Flottenstützpunkte auf den Seychellen-Inseln, auf Mauritius (wo auch ein Fernmeldezentrum besteht) und vor Mombasa (bei Kenia). Auf der Insel Gan (Malediven) befindet sich ein britischer Luftwaffenstützpunkt, der aufgelöst werden soll – unklar ist, ob sich die USA um diesen Stützpunkt bemühen werden. Auf der Insel Diego Garcia befindet sich ein britischer Stützpunkt, der mit US-Unterstützung erheblich ausgebaut werden soll: Die Rollbahn soll für die B-52-Bomber der US-Imperialisten erweitert werden; der Hafen soll für Flugzeugträger und Atom-U-Boote ausgebaut werden. Außerdem soll dort ein weiteres elektronisches Überwachungs- und Nachrichtenzentrum der USA errichtet werden.

In Simonstown, an der Südspitze Afrikas, hat Großbritannien einen weiteren Flottenstützpunkt. Großbritannien will diesen möglicherweise aufgeben. In jedem Fall soll Simonstown aber als 'westlicher' Stützpunkt erhalten bleiben – vor allem die USA, aber angeblich auch Frankreich (!), sind interessiert. Das südafrikanische Rassisten-Regime hat beschlossen, 55 Mio. Mark in den Ausbau von Simonstown zu investieren. Dadurch soll die Kapazität des Stützpunkts innerhalb von fünf Jahren verdreifacht werden, so daß dann 40 - 50 Schiffe gleichzeitig dort liegen können. Dieser Ausbau läßt auf feste Zusagen der US-Imperialisten schließen.

In Thailand unterhalten die USA den Luftwaffenstützpunkt Udorn (von dem aus u.a. das Lon-Nol-Regime Kambodschas versorgt wird) und einen Flottenstützpunkt in Sattahip. 25.000 US-Soldaten und 350 Flugzeuge sind in Thailand stationiert.

Auf den Philippinen haben die USA den Flottenstützpunkt Subic Bay und den Luftwaffenstützpunkt Clark. 25.000 US-Soldaten und 20.000 'Zivilisten' sind dort stationiert.

Die USA haben ferner ein Marinekommunikationszentrum in North West Cape (Australien) mit mehreren Verbindungsstationen in Australien. Auf den zu Australien gehörenden Cocos-Inseln haben sie Nachschub-Basen. Außerdem werden sie möglicherweise den bei Perth entstehenden australischen Marinestützpunkt Cockburn Sound benutzen können.

Großbritannien hat einen Luftwaffenstützpunkt in Singapur. In Malaysia und Brunei (Nordborneo) sind noch britische Truppen stationiert, die aber in den nächsten Jahren im Zuge der Einsparungsmaßnahmen abgezogen werden sollen. In Malaysia werden teilweise australische und neuseeländische Truppen die Rolle Großbritanniens übernehmen. Malaysia, Singapur, Australien, Neuseeland und Großbritannien sind seit April 1972 durch den ANZUK-Pakt verbunden.

Diese Aufstellung zeigt ziemlich klar, daß die imperialistischen Behauptungen, sie müßten wegen einer „drohenden sowjetischen Überlegenheit" im Indischen Ozean ihre Stellungen halten und ausbauen (z.B. Ausbau von Diego Garcia und Simonstown) nackte Demagogie sind. Umso schlimmer, wenn chinesische Politiker und ihre westdeutschen Nachbeter in dieselbe Kerbe hauen! ●

auf Sansibar. Als einziger (!) sowjetischer „Stützpunkt" im Indischen Ozean wurde Berbera in Somalia aufgeführt, wo die Sowjetunion ein „*Radiokommunikationszentrum*" sowie „*Hafen- und Reparaturanlagen*" unterhalte. Ferner könne die sowjetische Flotte „*auch die Häfen von Umm Quasr (Irak) und Aden benutzen*" (alle Angaben über den Inhalt der UN-'Übersicht' lt. „Frankfurter Rundschau", 23.9.74). – Die Sowjetunion protestierte gegen diese Angaben: Sie unterhalte keinen einzigen Stützpunkt im Indischen Ozean und beabsichtige das auch nicht („FAZ", 22.6.74).

Anfang September 1974 trat das US-„Verteidigungsministerium" mit der Behauptung auf, „*daß sowjetische Kriegsschiffe nach Somalia, Aden, auf die Insel Sokotra und nach Chittagong in Bangladesh Zugang besäßen und Reparaturerleichterungen in Singapur* (?!) *hätten*" („FAZ", 7.9.74).

Somalia erklärte dazu, es gebe keine sowjetischen Stützpunkte im Lande. Die Behauptung der USA solle vielmehr „***die Weltöffentlichkeit in Alarm zu versetzen, während die USA so gefährliche Projekte wie den Bau eines Marinestützpunktes sowie eines Raumzentrums auf der Insel Diego Garcia ... vorantreiben***" (somalische Botschaft in Paris, lt. „AFP" vom 5.9.74).

Die Demokratische Volksrepublik Jemen („Südjemen"), auf deren Territorium Aden und die Insel Sokotra liegen, erklärte: „***Die Erklärungen lassen jeden spotten, der die Realität im demokratischen Jemen kennt ... Ausserdem werden sie von führenden amerikanischen Politikern abgegeben. Unter diesen Umständen spiegeln die Erklärungen die vorsätzlichen aggressiven Absichten wider, die diese Kreise und ihre Agenten gegen die Demokratische Volksrepublik Jemen und gegen die Revolution des jemenitischen Volkes und gegen die Kampf unseres arabischen Volkes hegen***" (Radio Aden, 4.9.74).

Die „Irakische Nachrichtenagentur" sprach von einer „***reinen Erfindung***". „***Damit solle nur das Vorhandensein amerikanischer Militärbasen im Indischen Ozean gerechtfertigt werden***" (lt. „FAZ", 7.9.74).

Es reicht wohl, sich diese entschiedenen Erklärungen anzusehen, um zu erkennen, mit welcher ungeheuren Schludrigkeit und Verantwortungslosigkeit (um nicht von Böswilligkeit zu reden), der KBW usw. vorgehen, wenn sie schlankweg Angaben der Imperialisten über angebliche sowjetische „Stützpunkte" übernehmen – nach der Devise: „Gegen den Sozialimperialismus kommt es so genau auf die Wahrheit nicht an". Hier werden antiimperialistische Staaten der „Dritten Welt" vom KBW etc. als L ü g n e r hingestellt, während das Wort der Imperialisten als reine Wahrheit gierig aufgesogen wird. Daß hier objektiv das Spiel der Imperialisten und deren Kriegspropaganda betrieben wird, müßte eigentlich klar sein.

Vielleicht wird der KBW einwenden, daß ihm die eindeutigen Stellungnahmen der Regierungen des Irak, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (wo laut „KVZ" vom 27.2.75 das Volk die Macht ausübt und sich vom Sozialismus leiten läßt!) und Somalias nicht bekannt gewesen seien. W e n n dies wirklich so wäre, unterstreicht es noch die Verantwortungslosigkeit, einfach drauflos zu schreiben und imperialistische Behauptungen zu übernehmen!

Noch ein paar Anmerkungen zu der Karte aus der „FAZ", die von der „KVZ" übernommen wurde: Die dort eingezeichneten sowjetischen Geister„stützpunkte" in Berenike (Ägypten), in Hodeida (Nordjemen), auf Mauritius (wo Großbritannien einen Flottenstützpunkt hat!!) und in Mogadischo (Somalia) werden in der UN-'Übersicht' überhaupt nicht erwähnt! Nicht einmal in den Verlautbarungen des US-„Verteidigungsministeriums" sind diese Geister„stützpunkte" der Sowjetunion aufgetaucht. Daß sich in Chittagong (Bangla Desh) ein sowjetischer „Stützpunkt" befinde, hat zwar die chinesische Presse oftmals behauptet – in der UN-'Übersicht' taucht Chittagong aber ebensowenig auf wie die gleichfalls von der chinesischen Presse behaupteten sowjetischen Geister„stützpunkte" Vishakhapatnam (an der indischen Ostküste) und Port Blair (indische Insel im Golf von Bengalen), die offenbar so windig sind, daß nicht einmal die „FAZ" sie in die Karte aufgenommen hat. Was Umm Quasr im Irak angeht (wo auch die „KVZ" einen sowjetischen „Flottenstützpunkt" vermutet), so spricht selbst das dem Irak äußerst feindlich gesonnene Regime des Iran nur davon, daß die Sowjetunion dort einen Marinestützpunkt anlegen w o l l e (lt. „FAZ" vom 31.5.74).

Es mag sein, daß sowjetische Kriegsschiffe gelegentlich Häfen in Ländern aufsuchen, die zur Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Man muß allerdings entweder völlig dilletantisch oder aber böswillig sein, um den himmelweiten Unterschied zu „übersehen", der unter militärischen Gesichtspunkten besteht zwischen einem ausgebauten Militärstützpunkt unter eigener Verwaltung (wie z. B. Diego Garcia) und gelegentlichen Aufenthalten in Häfen anderer Länder. Auf der „FAZ"-Karte wird dieser Unterschied durch ein Gewimmel von Sternen und anderen Zeichen verwischt, wo dann ein „Stützpunkt" aussieht wie der andere. Durch die Erfindung der sowjetischen Geister„stützpunkte" (bei denen es sich höchstens um gelegentliche Anlaufmöglichkeiten handelt, meist aber noch nicht einmal das!) soll davon abgelenkt werden, daß der Indische Ozean in Wahrheit mit einem Netz imperialistischer Stützpunkte der USA und anderer NATO-Staaten überspannt ist (vergl. dazu Kasten). Der KBW haut voll in diese Kerbe, „ohne Rücksicht auf Verluste". – Man darf im übrigen sicher sein, daß die zahlreichen Häfen im indischen Ozean, wo die imperialistischen Flotten Anlaufmöglichkeiten haben, auf der „FAZ"-Karte gar nicht verzeichnet sind – bedenke man nur, daß der Iran und Pakistan über den imperialistischen CENTO-Pakt mit den USA und Großbritannien verbunden sind und zur Zeit eine „Wiederbelebung" dieses Paktes unternommen wird!

Ein weiteres Beispiel für schlampiges oder böswilliges Herangehen des KBW an den „K(r)ampf der Supermächte" sind die Angaben der „KVZ" über die Kräfteverhältnisse der Flotten im Indischen Ozean. Hier geht die „KVZ" (6.3.75) so vor, daß sie schreibt: „*Die Zahl der ständig* (!) *im Indischen Ozean operierenden sowjetischen Schiffseinheiten hat sich im Jahr 1974 enorm* (?) *vergrößert. Der australische Minister für Landesverteidigung, Barnard, wies zum Beispiel darauf hin, daß in den 16 Monaten bis November des vergangenen Jahres insgesamt 74* (!!) *sowjetische Schiffseinheiten im Indischen Ozean aufgetaucht* (!) *seien*".

Australien hat den US-Imperialisten zwei Stützpunkte zur Verfügung gestellt (North West Cape und Cocos-Keeling-Inseln); außerdem soll den USA möglicherweise der bei Perth (australische Westküste) entstehende Cockburn Sound zur Verfügung gestellt werden (lt. „Zur Lage im Indischen Ozean", in „China aktuell", Mai 1974). – Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist es wahrscheinlich angebracht, Angaben australischer Politiker über die sowjetische Flottenstärke mit Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen!

Abgesehen davon besteht der geradezu unverschämte Trick der „KVZ" darin, im e r s t e n Satz von „ständig" im Indischen Ozean operierenden Schiffen zu reden (deren Zahl nicht genannt wird!), im z w e i t e n Satz aber von Schiffen, die im Verlauf von 16 Monaten irgendwann mal im Indischen Ozean „aufgetaucht" sein sollen – so daß beim Leser sich wohl vor allem die gigantische Phantasiezahl von 7 4 festsetzen wird. Tatsächlich ist die Zahl der ausländischen Kriegsschiffe im Indischen Ozean ziemlich schwankend, und die Zahl der ständig dort operierenden Schiffe läßt sich nur schätzen. Jedenfalls ist sie für die Sowjetunion viel niedriger als 74. „Hsinhua" behauptete im März 1974, die Zahl sowjetischer Kriegsschiffe im Indischen Ozean sei „***30 bis 40, viel mehr als die der USA***" (27.3.74). Damit hält „hsinhua" wahrscheinlich auch in diesem Punkt den 'Rekord'. In einem von „hsinhua" zitierten Artikel der britischen Zeitung „Daily Telegraph" vom 11.3.1974 heißt es: „*Inzwischen unterhält die Sowjetunion eine Marinestreitkraft von 25 Schiffen im Indischen Ozean*" („hsinhua", 11.3.74).

Außerdem sagt der Begriff „Schiffe" oder „Schiffseinheiten" überhaupt noch nichts über die Stärke einer Flotte aus, sondern gibt eben nur die Stückzahl wieder, unabhängig von Größe, Bewaffnung etc. der Schiffe. Eine ungefähre Vorstellung von den realen Kräfteverhältnissen könnte man nur bekommen, wenn man außer der Zahl und Stärke der ständig und gelegentlich im Indischen Ozean operierenden Kriegsschiffe auch Faktoren wie Länge und Sicherheit der Verbindungswege sowie Zahl, Lage und Qualität der Stützpunkte in Rechnung stellt, auf die diese Flotte im Kriegsfall zurückgreifen könnte. Man wird dann u.a. feststellen, daß die sowjetischen Kriegsschiffe von ihrer Basis Wladiwostok aus rund 14.000 km bis in den westlichen Indischen Ozean zurückzulegen haben und dabei u.a. die Gewässer um Japan und die Straße von Malakka zu durchfahren haben. Auf der ganzen Strecke gibt es keinen sowjetischen Stützpunkt, wohl aber Stützpunkte der USA und Großbritanniens in Japan, auf den Philippinen (auf der „FAZ"-Karte auch „vergessen"!), in Hongkong und Singapur (an der Straße von Malakka) sowie auf den Cocos-Keeling-Inseln und Christmas-Inseln. Im Indischen Ozean selbst verfügt die sowjetische Flotte über keinen einzigen militärisch gesicherten und ausgebauten Stützpunkt.

Alle diese Tatsachen will die Bourgeoisie mit falschen oder irrelevanten Zahlenangaben, mit der Erfindung nicht existierender sowjetischer „Stützpunkte" und anderen Tricks verwischen, um das Gespenst der sowjetischen „Überlegenheit" an die Wand zu malen und von den eigenen Kriegsvorbereitungen abzulenken. – Es ist eine Schande, daß sich angebliche „Kommunisten" zur Verbreitung der imperialistischen Lügen und Verdrehungen hergeben!

Schiefes Verhältnis zu den antiimperialistischen Ländern und Bewegungen

Auch bei größter politischer Blindheit ist kaum zu übersehen, daß einige antiimperialistische Staaten und Befreiungsbewegungen im Raum des Indischen Ozeans freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion ebenso wie zur VR China haben. Wie soll man sich dazu verhalten?

Wie wir sahen, hat sich der KBW u. a. imperialistische Geschichten über angebliche sowjetische „Stützpunkte" in einer Reihe antiimperialistischer Staaten zu eigen gemacht (Irak, Somalia, Demokratische Volksrepublik Jemen), was angesichts der eindeutigen Erklärungen dieser Staaten eine Beleidigung und Provokation darstellt. Die „KVZ" (6.3.75) spricht von einer „Einmischung" der „Supermächte" auf der arabischen Halbinsel: Die US-Imperialisten hätten die VDR Jemen eingekreist usw. – andererseits hätten „*die Sozialimperialisten den Hafen Aden ... in ihrer Kontrolle. Obwohl sie dort offiziell* (?) *keinen Flottenstützpunkt unterhalten, können ihre Kriegsschiffe doch dort anlegen und ankern ...*".

Anzunehmen, daß die VDR Jemen eine „Einmischung" dulden würde, ist an sich schon eine Beleidigung. Zu behaupten, daß die Sowjetunion gar den Hafen Aden (das ist der Haupthafen der VDR Jemen!) „unter Kontrolle" hätte, ist dann der Gipfel der Unverschämtheit. Nicht nur wird die Rolle der Sowjetunion auf der arabischen Halbinsel einfach mit der des US-Imperialismus gleichgesetzt (wobei immerhin unklar wäre, warum die VDR Jemen unter solchen Bedingungen freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion hat?!), sondern es wird das Verhältnis der VDR Jemen zur Sowjetunion gleichgesetzt mit dem Verhältnis reaktionärer Staaten wie Saudi-Arabien, Kuweit, Oman, Iran zum US-Imperialismus; d. h. die VDR Jemen wird als ein Vasallenstaat der Sowjetunion diffamiert, der seinen wichtigsten Hafen „unter Kontrolle" der „gefährlicheren Supermacht" stellt ...

Weiter heißt es in dem „KVZ"-Artikel unter Hinweis auf die von den Sowjetrevisionisten unterstützte Abspaltung von Bangla Desh (Ostpakistan): „*Besonders solche inneren Gegensätze in den Küstenländern versuchen beide Supermächte für sich und die Stärkung ihrer Herrschaft auszunutzen. Deshalb schüren sie diese Gegensätze auch nach Kräften. Das beste Beispiel dafür ist gegenwärtig Äthiopien. Weitere Beispiele sind Madagaskar und Oman am Ausgang des Arabischen Golfes in den Indischen Ozean ...*"

Was mit dem Beispiel Madagaskar gemeint sein könnte, wissen wir nicht. Was Oman angeht, so gibt es nur eine mögliche Erklärung: Der einzige „innere Gegensatz", der dort zu „schüren" ist, kann offensichtlich nur der Kampf der nationalen Befreiungsbewegung gegen die von US-Imperialismus, Iran und Großbritannien unterstützte Reaktion sein. Anscheinend soll der Sowjetunion vorgeworfen werden, daß sie – durch eine Unterstützung der Befreiungsbewegung – diesen „inneren Gegensatz" schürt?! Sehr peinlich!

Mit Äthiopien verhält es sich dem „KVZ"-Artikel zufolge so, „*daß der Befreiungskampf des eritreischen Volkes, der auf die Autonomie innerhalb des äthiopischen Staates ausgerichtet war* (?), *in einen Sezessionskrieg umzuschlagen droht.*" Dafür seien „die beiden Supermächte" verantwortlich, denn sie wollten aus einer Lostrennung Eritreas Nutzen ziehen ...

Diese Behauptung mußte allerdings eine Woche später, in der „KVZ" vom 13.3.75, zurückgenommen werden: **„Die Haltung der KVZ zum Befreiungskampf der Eritreer ist schwankend gewesen"** (Das soll beim KBW ja auch in anderen Fragen gar nicht so selten sein?!).

Richtig stand in der „KVZ" vom 13.3., daß Eritrea kein Teil Äthiopiens, sondern widerrechtlich annektiertes Land ist, und daß die Marxisten-Leninisten außerdem für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einschließlich des Rechts auf Lostrennung, eintreten. Dies gesagt, heißt es dann aber doch, die „beiden Supermächte" wollten „*auch über den Unabhängigkeitskampf der Eritreer ihren Einfluß erhalten oder neu schaffen ... (Die USA) versuchen, auf beiden kämpfenden Seiten ihre Agenten einzuschleusen. So auch die Sowjetunion*". – Diese Behauptung zeichnet sich wieder einmal dadurch aus, daß zu ihrer Unterstützung nicht einmal der kleinste Beweis oder Anhaltspunkt geliefert wird; auch die äthiopische Militärjunta hat einen solchen Vorwurf nicht erhoben (tatsächlich polemisieren die Sowjetrevisionisten sehr scharf gegen die eritreische Befreiungsbewegung). Offenbar wird davon ausgegangen, daß die Sowjetunion, da sie nun mal „sozialimperialistisch" ist, ü b e r a l l „Subversion verübt", also auch in Eritrea – ohne daß man das irgendwie zu belegen braucht? In dieser anonymen Form, ohne „Roß und Reiter" zu nennen, handelt es sich um eine Diffamierung der eritreischen Befreiungsbewegung.

Überhaupt verleitet die These von den „zwei Supermächten", wovon die Sowjetunion die „weit gefährlichere" sei, ganz allgemein dazu, Staaten und Befreiungsbewegungen, die freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion haben, als deren „Agenten" hinzustellen. Mehr noch gilt das gegenüber den revisionistischen Parteien. Am deutlichsten wurde das an der beschämenden Zustimmung linker Gruppierungen zur Zerschlagung der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung im Sudan vor einigen Jahren. Begründet wurde dies damit, die KP habe einen Putschversuch unterstützt, hinter dem der „Sozialimperialismus" gesteckt habe. Man erinnere sich, daß z. B. Spinola in Portugal seinen Putschversuch mit angeblichen „kommunistischen Putschplänen" zu rechtfertigen versuchte, um die volle Tragweite einer derart trüben „Argumentation" zu erkennen. Wenn man gar soweit geht wie die Provokateure der „KPD/ML", die generell alle revisionistischen Parteien Westeuropas als Agenturen des „Sozialimperialismus" angreifen, deren Aufgabe es sei, die Eroberung Westeuropas durch die Sowjetunion vorzubereiten, wird man eine mögliche Zerschlagung dieser Parteien durch die europäischen Imperialisten nicht nur begrüßen, sondern direkt herbeiwünschen müssen – als Beweis der „Wachsamkeit gegen die Supermächte" ...

Der 2. Teil dieses Artikels soll sich vor allem mit der Situation im Mittelmeer und deren völlig verzerrte Darstellung durch große Teile der nicht-revisionistischen Linken beschäftigen (Zypern, Naher Osten, Portugal u a.). ●

Der KBW zwischen „Theorie" und Praxis

„Theorie" und Praxis

Anfang Januar dieses Jahres drohte Kissinger den arabischen Staaten mit Krieg, falls diese selbständig über das auf ihren Territorien liegende Erdöl entscheiden wollen.

Über die Reaktion des BRD-Imperialismus auf diese Kriegsdrohungen schrieb die „KVZ" vom 9. Januar: **Diese Kriegsdrohungen würden von der Bundesregierung nicht unterstützt.** „*So hat sich die Lage geändert innerhalb eines Jahres... Derzeit sehen die europäischen Imperialisten... grössere Möglichkeiten im Aufbau eigenständiger Beziehungen zu den Erdölländern. Dieser Tendenz, die Ausdruck der Stärke der Unabhängigkeitsbewegung der Völker und des weltweiten Ansehens ist, das die Verteidigung der Souveränität über die Reichtümer ihres Landes durch die Rohstoffstaaten errungen hat, muß sich die Bundesregierung anpassen (!!). Sie kann die Interessen der westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten nicht mehr einfach durch die Unterstützung der Politik des US-Imperialismus wirksam vertreten. Ihre geänderte (!!) Politik ist also nicht Zeichen eines geänderten Charakters des westdeutschen Imperialismus, sondern Ergebnis geänderter Kräfteverhältnisse auf der Welt!*"

Das ist wortwörtlich die „Argumentation" der Revisionisten z.B. zu den ‚Ostverträgen': „Realistische" Kräfte der BRD-Bourgeoisie hätten „sich den veränderten Kräfteverhältnissen angepaßt". Mit dieser schrägen Begründung wird dann eine angeblich geänderte Politik der Imperialisten zusammenphantasiert.

Aber Phantasie und Tatsachen sind bekanntlich zweierlei. Die „KVZ" vom 6. Februar mußte berichten: **„Nato-Drohungen gegenÖlländer"**. Zitiert wurde der CDU-„Wehrexperte" Wörner, der empfohlen hatte, „*jede bewußte Störung*" des internationalen ökonomischen Systems des Imperialismus durch Rohstoffländer als „*Agression*" zu „*bewerten*" und zu „*beantworten*". Der Artikel schließt: **„Offensichtlich setzt sich die Politik der Kriegsdrohungen gegen die arabischen Erdölländer nun offen in der NATO durch"**. Aha, und was ist jetzt mit den „geänderten Kräfteverhältnissen" und der „geänderten Politik" des BRD-Imperialismus? Asche?!!

Dies hinderte den KBW-Chef J.S. indessen keineswegs, in der „KVZ" vom 27. Februar die alten Märchen neu aufzutischen: Das „***Ringen der beiden Supermächte***" drohe Europa in einen Weltkrieg **„hineinzutreiben"**. Die europäischen Imperialisten wollten aber nicht „*einfach willenlos (?) in einen Weltkrieg hineingezogen werden, der sich aus dem absoluten Gegensatz der beiden Supermächte immer deutlicher als Gefahr abzeichnet*". Daher seien sie „***mißtrauisch (!) gegenüber den beiden (!!) Supermächten***" und hätten ein „***Bedürfnis nach Einigung***".

An diesen Thesen ist so ziemlich alles falsch. Die Politik des „Vereinigten Europas" ergibt sich zumindest für den BRD-Imperialismus nicht aus Angst, in einen Krieg zwischen den „Supermächten" verwickelt zu werden, sondern aus dem Bestreben, sich für die e i g e n e n revanchistischen, expansionistischen Pläne („Befreiung Osteuropas" etc.) eine stärkere Plattform zu schaffen. Von daher ist es ein Witz, wenn J.S. es so hinstellt, als drohe den europäischen Imperialisten die Gefahr, **„willenlos"** in einen Krieg **„hineingezogen"** zu werden.

Niemand wird annehmen, daß es die A b s i c h t des deutschen Imperialismus ist, die BRD zum Hauptschauplatz eines neuen Krieges zu machen (so wenig, wie Hitler Deutschland zum Kriegsschauplatz machen wollte). Die Imperialisten träumen natürlich immer von der glorreichen Verwüstung a n d e r e r Länder. Jedoch bedeutet angesichts der realen Kräfteverhältnisse das Drängen des deutschen Imperialismus nach eigenen Atomwaffen, nach „Befreiung Osteuropas" usw. genau, daß die BRD zu einem Hauptschauplatz eines neuen Krieges würde.

Es sei daran erinnert, daß der Staatssekretär im Bundes‚verteidigungs'ministerium (jetzt Wehrbeauftragter, Berghan, anläßlich der Kriegsdrohungen Kissingers erklärte, die „*militärischen Aufgaben*" der NATO seien „*derzeit umfangreicher geworden. Er nannte in diesem Zusammenhang den Schutz und die Sicherung der Ölrouten (!) angesichts der wachsenden Flottenpräsenz der Sowjetunion*" (‚FR", 3.2.75).

Das zeigt doch wohl nicht das Bestreben, sich aus dem „Ringen der Supermächte" herauszuhalten, um nicht in einen Krieg verwickelt zu werden. Das zeigt im Gegenteil die Bereitschaft und den Wunsch, das „Aufgabengebiet" der NATO, und damit die „Bündnisverpflichtungen" des BRD-Imperialismus (und das ‚Risiko', in einen Krieg ‚hineingezogen' zu werden (!!) erheblich auszudehnen. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Kriegsflotten des französischen und britischen Imperialismus bereits seit langem auf dem Indischen Ozean operieren.

Die „Theorien" des KBW laufen darauf hinaus, die westeuropäischen Imperialisten als arme Würstchen hinzustellen, die **nicht „*zu einer imperialistischen Hegemonialpolitik fähig*"** seien, und die aus bloßer Angst, in einen Krieg „hineingezogen" zu werden, ihren Zusammenschluß betreiben; die gar auf die „geänderten Kräfteverhältnisse" mit einer **„geänderten Politik"** antworten etc. Die Tatsachen widerlegen diese „Theorie" vollständig, denn sie zeigen im Gegenteil einen g e s t e i g e r t e n Appetit gerade des BRD-Imperialismus, sich an den militärischen Abenteuern und Erpressungen des US-Imperialismus zu beteiligen. Durch die Brille der Theorie vom „Ringen der Supermächte" scheint der Blick für solche offensichtlichen Tatsachen stark getrübt zu werden. ●

Zur chinesischen Außenpolitik:

Die „Vaterlandsverteidiger" melden sich zu Wort

Die anscheinend erste Reaktion auf den ‚Offenen Brief' des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zur chinesischen Außenpolitik (AK-Sondernummer) kam inzwischen – von den sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten", einem Spaltprodukt der „KPD/ML".

Unter der martialischen Überschrift **„Nieder mit den Trotzkisten und Lin Biao-Elementen der KB-Führung"** wird dort mit uns fürchterlich zu Gericht gegangen. Vor allem aber wird dort mit schonungsloser Offenheit veranschaulicht, daß – wie wir schon lange vorausgesagt haben – die „konsequente" Unterstützung der chinesischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa sich notwendigerweise in Unterstützung für den BRD-Imperialismus verwandelt.

So heißt es dort: *„Wir treten für eine unabhängige Landesverteidigung der BRD gegen den Hegemonismus ein"* (D.h. vor allem gegen die Sowjetunion). **„Man muß die positive Seite der Bestrebungen zu einer europäischen Verteidigung erkennen"**. Und zur ‚Europäischen Gemeinschaft': *„Die EWG ist heute als hauptsächlich positiv zu betrachten, da sie sich hauptsächlich gegen den Hegemonismus richtet. Die prosozialimperialistische Losung ‚Raus aus der EWG' ist abzulehnen. Man muß die Bestrebungen zur europäischen Einheit unterstützen, insoweit (?) sie sich gegen die Supermächte richten".*

Wir haben wiederholt aufgezeigt, daß die „konsequenten Umsetzer" der chinesischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa zwangsläufig auf die Position der „Vaterlandsverteidigung" herabsinken (so nannte Lenin die Sozialdemokraten, die die imperialistische Kriegsführung „i h r e r" Bourgeoisie als angebliche ‚Vaterlandsverteidigung' unterstützten).



Die sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten" bestätigen das ausdrücklich: *„Für Marxisten ist die ‚Vaterlandsverteidigung' nicht an sich und absolut abzulehnen. Verteidigen einzelne europäische Länder oder Teile der herrschenden Klassen die nationale Unabhängigkeit, führen sie keinen Krieg um die Neuaufteilung der Welt, dann ist die Losung der Vaterlandsverteidigung auch unter der Herrschaft der Bourgeoisie korrekt, dann kämpfen die Marxisten aktiv für die Verteidigung ihres Landes... Die Marxisten-Leninisten lehnen die Losung ‚Im Ernstfall die Gewehre umgedreht' ab. Nicht nur weil sie die konkreten Bedingungen für den Aufstand ignoriert, sonderen vor allem, weil sie unter bestimmten Bedingungen den Sozialimperialisten in die Hände arbeitet. Da die europäischen Länder zur 2. Welt gehören, sind nationale Befreiungskriege (!) gegen den Hegemonismus durchaus möglich...".*

Der eigentliche ‚Witz' besteht in der Formulierung **"...führen sie keinen Krieg um die Neuaufteilung der Welt..."**. Daß eben das i m m e r das Ziel der Imperialisten ist, haben sie freilich noch nie zugegeben; selbst Hitler erfand immer neue angebliche „Verteidigungs"situationen, um den Überfall auf andere Staaten zu „rechtfertigen".

Hört man etwa Strauß, der ja wohl so eine Art Vorkämpfer „gegen die Supermächte" geworden ist, so fordert er immerhin recht offen das „Alleinvertretungsrecht für ganz Deutschland" (= Annektion der DDR), das „Recht auf die deutschen Ostgebiete" (= die polnischen Westgebiete) und gar die „Befreiung Osteuropas". Das alles, versteht sich, „mit friedlichen Mitteln" – wie es ja schon immer die feine Art des Imperia -
Das alles, versteht sich, „mit friedlichen Mitteln" – wie es ja schon immer die feine Art des Imperia -
lismus war.

Eine klare Sprache spricht auch die offene Unterstützung der BRD-Imperialisten für die Kriegsdrohungen Kissingers gegen die arabischen Staaten, ihre Unterstützung für d[ie] südafrikanischen und zionistisch[en] Rassisten, ihre konterrevolutionäre Rolle in Portugal usw.

Für die sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten" indessen ist das alles nicht wahr. Sie geifern sogar noch von super-super- „links" (d.h. in Wahrheit von rechtsaußen!) die "KPD" und die „KPD/ML" an, weil diese gelegentlich die vom BRD-Imperialismus ausgehende besondere Aggressivität, seinen Revanchismus, seine „Weltmacht"-Pläne, seine Kriegsvorbereitungen anprangern. Für die „Frankfurter Marxisten-Leninisten" ist das „Opportunismus." Und als besonders übel wird dem „Roten Morgen" der „KPD/ML" angekreidet, daß er in einem antimilitaristischen Artikel Zahlenangaben über die Aufrüstung der Bundeswehr aus dem „Spiegel" übernommen hatte – denn der „Spiegel" sei **„ein Blatt, das schon lange eine landesverräterische (!) und prosozialimperialistische (!) Linie verbreitet"**.

Es würde sich kaum lohnen, über diese ins faschistische Lager abtrudelnden Wirrköpfe ein Wort zu verlieren – wenn nicht zu befürchten und vorauszusehen ist, daß sie nur der Schrittmacher für weitere Gruppierungen sind, denselben Weg zu beschreiten. Nicht ganz unlogisch ist der Aufruf dieser Leute an die **„Führer des KBW, der KPD/RF, der KPD/ml/RM, des KABD u.a."**, sich zu entscheiden zwischen der Linie des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zur chinesischen Außenpolitik und dem ‚konsequenten' Übergang auf die Positionen der „Vaterlandsverteidigung" und des „Sozial"chauvinismus.

Denn schließlich ist es wirklich „inkonsequent", wenn man einerseits das chinesische Lob für Strauß („wachsamer, einsichtsvoller Politiker") als „revolutionäre Realpolitik" verteidigt und andererseits denselben Strauß wegen derselben Äußerungen, die ihm in China das Prädikat „wachsam" eingetragen haben, als einen Revanchisten angreift. Die *„Führer des KBW, der KPD/RF, der KPD/ml/RM, des KABD u.a."* und vor allem die Genossen dieser Organisationen, werden sich entscheiden müssen, was sie wollen. ●

. . . Und noch 'ne Variante

Die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa läßt offensichtlich immer neue Sumpfblüten und Sektiererklüngel aus dem Boden schießen. Während einige Gruppierungen jeden Unterschied „zwischen Strauß und Schmidt" ableugnen, andere wiederum Strauß für den „Besseren" halten (weil er so besonders „wachsam" gegenüber dem „Sozialimperialismus" ist), verbindet ein weiteres Grüppchen seine Unterstützung der chinesischen Außenpolitik mit der Warnung **„Strauß 1976 Kanzler: EIN NEUES 1933"**. Es handelt sich dabei um ein Grüppchen in Köln, offenbar ein Spaltprodukt der „KPD/ML", für das ein W. Becker presserechtlich verantwortlich zeichnet.

Richtig heißt es in einem Flugblatt dieser Sekte: Strauß *„will nicht den Frieden, sondern rüstet zu einem Raubzug nach Osten"*, Strauß *„will alle nach 1945 in der DDR erreichten Fortschritte zerstören und den Flick und Thyssen ihre Fabriken zurückerobern"*, **„Strauß darf nicht an die Macht kommen!"** GENAU, kann man da nur sagen!

Andererseits wird die Hofierung von Strauß in China gerechtfertigt: *„Jedes sozialistische Land muß Bündnisse machen mit den Feinden seiner Feinde"*. Als Beispiel wird dann angeführt, daß Stalin Hitlers Außenminister Ribbentropp empfing und einen Nichtangriffspakt mit dem faschistischen Deutschland schloß. Richtig; nur ist uns bisher nicht bekannt gewesen, daß Stalin damals Hitler als „wachsam" und „weitsichtig" gelobt hätte und daß er ihn zu „verstärkten Verteidigungsanstrengungen" erm[unt]ert hätte.

Vollends stutzi[g w]erden muß man am „Antifaschismus" dieser Sekte, wenn es in ihrem Flugblatt z.B. heißt, die DKP wolle „unser Volk an die Russen (!!) verraten". Das ist astreiner Chauvinisten-Jargon ! Noch stutziger muß die Parole machen: *„Nationaler Freiheitskampf(!!) gegen Amis und Russen (!!), gegen Langesverräter und Spalter"*. Das ist schon wörtlich eine Parole der als „Nationalrevolutionäre" u.ä. auftretenden neofaschistischen „Neuen Rechten". In dieselbe Richtung gehen Parolen wie *„Heraus aus den bankrotten alten Parteien"* (eine Parole der NPD!) *„Klassenkampf gegen die Reichen"* (man spricht nicht mehr von der Bourgeoisie? !) und der seltsame Satz *„China steht an unserer Seite (? ?), aber wir gehen unabhängig unseren eigenen (?) Weg"*. W a s das für ein Weg sein soll, wird freilich nicht verraten, aber der Gedanke an den „nationalen Sozialismus" der „nationalrevolutionären" Demagogen liegt vielleicht nicht ganz fern?

Sicher ist dies nur eine unbedeutende Sekte. Sie ist aber doch wohl Teil einer relativ breiten und mit der kapitalistischen Krise anwachsenden Strömung, die den untauglichen Versuch unternimmt, in einem aggressiven, expansionistischen imperialistischen Land wie die BRD den „Kommunismus" (wie sie ihn verstehen) mit dem Nationalismus „zu verbinden". Diese Strömung hat noch zu allen Zeiten als Zutreiber des offenen Faschismus gewirkt. ●

Zur Entwick revisionistisc

Im ersten Teil des Artikels (AK 57) zeigten wir die Re-Integration der RGW-Länder (RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) in den kapitalistischen Weltmarkt. Wir belegten anhand von Zahlenmaterial für die Länder DDR und Ungarn, wie diese Länder durch den sog. „Westhandel" die Inflation auf dem kapitalistischen Markt in ihre Länder importieren, wir zeigten weiter, daß über sog. „Kooperationen" (verdeckter Kapitalexport der Imperialisten) und durch Genehmigung von Niederlassungen imperialistischer Konzerne (offener Kapitalexport), die RGW-Länder zunehmend den Markt-Mechanismen des imperialistischen Weltmarktes „angepaßt" werden, sich von den kapitalistischen Staaten sich zunehmend abhängig zu machen und wie die Sowjetunion, als die stärkste Wirtschaftsmacht des RGW die Handelsbeziehungen zu den kleineren RGW-Ländern dazu ausnutzt, die Ergebnisse dieser Re-Integration in den kapitalistischen Markt, z.B. extrem hohe Passiva in den Handelsbilanzen, auf seine kleineren „Partner" überzuwälzen bemüht ist und mit diesen „Gewinnen" zunehmend ihre Aufrüstung finanziert. – In diesem zweiten Artikel-Teil wollen wir die noch nicht behandelten RGW-Länder kurz darstellen.

CSSR und Bulgarien

Das Defizit im Handel der CSSR mit der Bundesrepublik beträgt 580 Millionen DM (gut die Hälfte davon durch Preissteigerungen) bei einem Gesamtvolumen von 2,248 Mrd. DM, was eine Steigerung um 15 % gegenüber 1973 ist („Hbl." 19.12.74). Während der Import in die CSSR keinerlei Beschränkungen unterliegt, sind etwa ein Drittel der Exporte in die Bundesrepublik kontingentiert (s. vorn), was zu einer künstlichen, inflationär bedingten Vergrößerung des Handelsdefizits gegenüber der BRD im Verlaufe des Jahres 1974 geführt hat („Welt", 12.11.74).

Die gleiche Entwicklung nimmt der Außenhandel Bulgariens mit der BRD, allerdings noch wesentlich extremer in den Ausmaßen.

Die Steigerung des Handels in den ersten neun Monaten 1974 von insgesamt 46,6 % setzt sich folgendermassen zusammen: während die BRD eine Ausfuhrsteigerung von 75,5 % (!!) verbuchen konnte, (1974 in den er-
sen zusammen: während die BRD eine Ausfuhrsteigerung von 75,5 % (!!) verbuchen konnte, (1974 in den er-
sten zehn Monaten), sanken die Importe aus Bulgarien um 8,3 % (!!) („Hbl." 19.12.74).

Polen

Auch Polen hat eine stark negative Handelsbilanz im Warenverkehr mit der BRD. Das Defizit stieg von 1,4 Mrd. DM im Jahre 1973 auf ca. 2 Mrd. 1974 („Hbl." 14.1.75), bei einem Gesamtvolumen von ca. 3,7 Mrd.

Für 1975 haben sich die polnischen Revisionisten, nicht zuletzt wohl zwecks Verbesserung des eigenen Wohllebens, das Ziel gesetzt, das Warenangebot um 14,3 % zu erweitern (wohlgemerkt: ‚Erweiterung' des Warenangebots, nicht etwa Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs o.ä.!) und Polen wird zu diesem Zweck seine West-Importe erneut steigern müssen. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind seit 1971 „eingefrogen"; eines der Ergebnisse der Arbeiterrevolte im Dezember 1970, mit der die Arbeiter der Küstenstädte auf die damaligen drastischen Preissteigerungen reagierten. Ein weiteres Ergebnis der damaligen Streiks und Demonstrationen ist ein Anstieg der Löhne bis einschließlich 1973 um 24 % („FAZ" 26.10.73).

Der polnische Staat wendet allerdings jährlich rund 30 Mrd. Sloty (ca. 4,3 Mrd. DM) aus dem Haushalt auf, um die Preise weiterhin „eingefroren" zu lassen; hier schlägt der inflationäre Einfluß durch die Öffnung der polnischen Wirtschaft nach Westen voll mit drauf („FAZ", 26. 10.73).

Seit längerer Zeit findet man daher in den offiziellen Äußerungen häufiger den Hinweis, daß einer „dynamischen Lohnpolitik" auch eine „elastische Preispolitik" folgen müsse. („FAZ", 26.10.73).

Angesichts der pro-kapitalistisch orientierten Wirtschaftspolitik der polnischen Revisionisten empfiehlt Radio Tirana für einen solchen Fall: *„Wenn sie euch die eingefrorenen Preise auftauen, dann friert ihnen die Fabriken ein!"*

Rumänien

Rumänien wickelt zur Zeit die Hälfte seiner Außenwirtschaftsbeziehungen mit nicht-sozialistischen Ländern ab, davon wiederum 4/5 mit den sogen. „Industrieländern" und steht damit an der Spitze des RGW. Die BRD nimmt dabei mit 10% Anteil gleich nach der Sowjetunion den 2. Platz als „Handelspartner" ein („FAZ", 26.6.74).

In den ersten zehn Monaten stieg der Handel mit der BRD um 39 % auf 2.256 Mrd. DM an, das rumänische Defizit beträgt 668 Millionen DM („Hbl.", 19.12.74).

1975 soll das Außenhandelsvolumen um 21,8 % steigen („Hbl." 3.1.75).

Sowjetunion – Auf Kosten der „Bruderländer" schadlos gehalten !

Die Sowjetunion (SU) hat, wie schon weiter vorn erwähnt, als einziges RGW-Land eine positive Handelsbilanz in Höhe von ca. 1,5 – 2 Mrd. Dollar.

Dennoch war im Laufe der letzten Jahre verstärkt zu beobachten, daß die Sowjetrevisionisten den Imperialisten, vor allem der USA, BRD und Japan, weitestgehende Kooperationsabkommen auf wirtschaftlichem Gebiet angeboten und dabei bereit waren, teilweise schwerwiegende politische Zugeständnisse zu machen. Das US–sowjetische Handelsabkommen mußten sie allerdings wieder aufkündigen, nachdem der amerikanische Kongreß in allzu erpresserischer, für
mußten sie allerdings wieder aufkündigen, nachdem der amerikanische Kongreß in allzu erpresserischer, für
die Sowjetrevisionisten vor allem außenpolitisch unerträglicher Manier, die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel von öffentlichen Zusagen in Sachen Auswanderung sowjetischer Juden abhängig machte.

Die Vorgänge um dieses Handelsabkommen stehen beispielhaft für die Bereitschaft der SU-Revisionisten, zum Nutzen und Fromen ihrer Zusammenarbeit mit den Imperialisten die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu verletzen, bzw. Interessen von „befreundeten" Staaten aufs Spiel zu setzen (z.B. das Abkommen über ein Stromverbundsystem unter Einbeziehung Westberlins mit der BRD, wobei die Interessen der DDR nicht berücksichtigt wurden – vgl. AK 52).

Die Sowjetrevisionisten haben sich u.a. das Ziel gesetzt, die Industrialisierung Sibiriens und anderer Gebiete mit Hilfe von Technologien aus dem westlichen Ausland und der direkten Beteiligung der Imperialisten im schnellstmöglichen Tempo zu betreiben.

Im Interesse der Verwirklichung dieses Zieles sind sie bereit, ungleiche Verträge mit den Imperialisten zu akzeptieren und politische Zugeständnisse zu machen.

Entsprechend wußte eine BRD-Delegation der „Gesellschaft für Osteuropakunde" im Herbst '74 davon zu berichten, daß die Sowjetunion bereit sei, *„ihre früheren Autarkiebestrebungen aufzugeben und im Welthandel eine aktivere Rolle zu spielen"*. Ja, diese beschäftige sich mit *„Modellen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die eine Beteiligung der westlichen Handelspartner an gemeinsamen Unternehmen (Joint Ventures) vorsehen. Sie prüft gegenwärtig die Möglichkeiten, gemischte Gesellschaften gemeinsam mit westlichen Ländern mit Sitz in der Sowjetunion (!!) zu gründen"* („Welt" 7.11.74).

Für die Imperialisten jedoch ist eine Beteiligung an Investitionen in der SU eine zwiespältige Sache. Einerseits haben sie das Interesse, neue Märkte zu erobern und als politischen Hebel zur weiteren Aushöhlung des RGW zu nutzen etc., andererseits sind Investitionen in der SU von den Bedingungen her nicht besonders attraktiv , was die politische Seite angeht. Sie stärken den potenziellen Hauptgegner des Imperialismus und sie sind, weil langfristig angelegt, eben auch sehr unsicher (Was wird, wenn sich in der SU die „Falken" durchsetzen? Was wird im Kriegsfall? etc.). Trotz einer so begründeten Zurückhaltung der Imperialisten im Geschäft mit der SU haben sie es im Bereich der

lung in den hen Ländern

(2. Teil)

Investitionsgüterexporte doch verstanden, eine teilweise extreme Abhängigkeit der SU von ihren Lieferungen zu schaffen, was natürlich nur durch ein entsprechendes ‚Entgegenkommen' der SU-Revisionisten möglich war (u.a. „Neue Linie" in der Investitionsplanung: Modernisierung der Produktion mit westlicher Technologie etc; dafür künftig Verwendung von 2/3 aller Mittel für Investitionen !!, „Hb"; 9.12.74). An der Spitze liegen der Bedarf an Chemiemaschinen mit einer Abhängigkeit von westlichen Importen von ca. 60 % und die Ausrüstungen für die Papier- und Zellulosefabrikation mit fast **90 %** („FAZ", 17.12.73). Nicht zuletzt diese Abhängigkeiten sind es, die schon 1972 zu Investitionsplanerfüllungen bei Zellulose von nur 24 % (!) – siehe Tabelle – geführt haben („FAZ"; 17.12.73).

1972 hat die statistische Zentralverwaltung der Sowjetunion 2246

nicht fertiggestellte Industrieobiekte

nicht fertiggestellte Industrieobjekte untersucht, wovon zu dem Zeitpunkt 1814 laut Plan bereits hätten in Betrieb sein müssen. Nach den Ermittlungen der Zentralverwaltung sind davon ca. 60 % (!!) deswegen nicht in Betrieb, weil die dazu notwendigen Anlagen einfach nicht im Land sind („FAZ"; 17.12.73).

Nach einer Untersuchung des „Instituts für Ostmarktforschung" haben sich die in unvollendeten Industriebauten gebundenen Mittel in den letzten 12 Jahren (Stand 1973) verdreifacht, auf insgesamt ca. 61 Milliarden Rubel!

Ob die Sowjetunion ihre Planziele des laufenden 5-Jahres-Planes, der Gesamtinvestitionen von 500 Milliarden Rubel vorsieht, erreichen wird, hängt entscheidend von den Investitionsgüterimporten aus dem kapitalistischen Ausland ab.

Der Vollständigkeit halber muß hier erwähnt werden, daß die kleineren RGW-Länder in Punkto Kooperation mit den Imperialisten der Sowjetunion in keiner Weise nachstehen (mit Ausnahme der DDR), ja sogar diese teilweise ‚in den Schatten' stellen! So hat Ungarn im November '74 per Gesetz Niederlassungen imperialistischer Konzerne gestattet. Bislang waren diese unter Wahrung des staatlichen Außenhandelsmonopols durch staatliche ungarische Handelsorganisationen vertreten („Welt", 5./6.11.74).

In Rumänien gedeiht die Kooperation mit dem Imperialismus und damit zusammenhängend die Ausrichtung der rumänischen Revisionisten auf die „westlichen Gepflogenheiten", bisher am ‚besten'.

Allein mit der BRD gibt es derzeit 49 langfristige Kooperationsverträge (über 20 weitere wird noch verhandelt).

Entsprechend dieser Politik hat Parteichef Ceaucescu auf einer Konferenz der Außenhandels- und Kooperationsspezialisten seines Landes Mitte Mai '74 an diese appeliert, sie mögen sich doch schneller an die

„Veränderungen anpassen, die auf dem internationalen Markt stattfinden..." Er wandte sich dazu noch gegen **„bürokratische Einstellungen in den Beziehungen zu den Außenhandelspartner"**.

Die „FAZ" verallgemeinert die „rumänischen Erfahrungen" der westdeutschen Imperialisten in vollster Zufriedenheit:

„In erster Linie wird das Erneuerungstempo der Produktion eines sozialistischen Landes vom Außenhandel bestimmt, sobald dieser eine bestimmte Größenordnung erreicht. Die Geduld der Führung mit vielen überlieferten zentralverwaltungswirt-

schaftlichen ... Gewohnheiten nimmt

schaftlichen Gewohnheiten nimmt dann rasch ab..." (26.6.74).

Statt „beträchtliche Steigerung der Konsumgüterproduktion" – Beteiligung der Sowjetunion am Wettrüsten!

„Es gibt eine augenscheinliche Wende in der Entwicklung internationaler Beziehungen von Spannung und kaltem Krieg zur Entspannung und friedlichen Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen" („SZ", 5./6.1.74).

Mit dieser denkwürdigen ‚Einschätzung' der Weltlage begründet das ZK der KPdSU seine Politik der Kooperation mit dem Imperialismus.

Und so begründet der sowjetische Verteidigungsminister Andrej Gretschko in einem Tagesbefehl anläßlich des „Tages der Streitkräfte", warum die SU in ihrer „Verteidigungsbereitschaft" nicht nachlassen dürfe:

„Die Militärhaushalte einer Reihe von imperialistischen Staaten steigen an, militärische Vorbereitungen gehen weiter, die Spannung in verschiedenen Teilen der Welt hält an. All das macht es erforderlich, die Verteidigungsbereitschaft unseres Staates und die Kampfkraft unserer Streitkräfte auf angemessenen Stand zu halten" („FR", 24.2.75).

Wenn man zu diesem diametral entgegengesetzten Äußerungen noch bedenkt, daß die SU im Rahmen ihrer „Entspannungspolitik" mit dem jüngsten SALT-Abkommen mit den USA faktisch eine AUFRÜSTUNG vereinbart hat, so wird spätestens hier klar, daß die Sowjetrevisionisten die wahren Ziele ihrer Politik hinter schön klingenden „Entspannungsphrasen" nach außen verbergen und damit nicht nur das Sowjetvolk sondern darüber hinaus alle friedliebenden, der Sowjetunion freundschaftlich und gutgläubig gegenüberstehenden Menschen der Welt, irreführen wollen.

Natürlich kann man der Sowjetunion nicht schlechthin vorwerfen, daß sie aufrüstet; dazu ist auch ein sozialistisches Land wie die VR China zur eigenen Verteidigung gezwungen.

Aufmerksam muß aber machen, daß die Sowjetrevisionisten überhaupt keine ernsthaften Versuche zur Durchsetzung einer weltweiten Abrüstung machen, sondern ganz im Gegenteil sich mit den US-Imperialisten über immer neue Aufrüstungsschritte (z.B. auf dem Gebiet der Atomraketen) verständigen, die sie nach außen als angebliche Schritte zur „Abrüstung" präsentieren, als Beweise der „Entspannung" usw. Sie sind also bemüht, die faktische Verschärfung des Wettrüstens als „Entspannung" zu

verschleiern. Das zeigt, daß sie, eben-

verschleiern. Das zeigt, daß sie, ebenso wie die US- und EG-Imperialisten mit ihrer Aufrüstung expansionistische Absichten verfolgen.

Die wachsenden Großmachtambitionen der Sowjetrevisionisten werden in zunehmenden Maß vom sowjetischen Volk sowie von den RGW-„Bruderländern" bezahlt. Dieser Hinweis ist uns deshalb wichtig, weil es doch gerade Chruschtschow war, der mit seinem „Gulasch-Kommunismus" (d.h. mit haltlosen Versprechungen über rasche Erfolge im Konsum-Bereich) in demagogischer Abgrenzung zur VR-China seinerzeit Stimmung für die revisionistische Entartung der SU gemacht hat.

Der sowjetische Marschall Iwan Jakubowski, Oberbefehlshaber der Truppen des Warschauer Pakts, schrieb in der Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern), seit Ende des 2 Weltkrieges seien die sowjetischen Streitkräfte durch *„unermüdliche Steigerung ihrer Beweglichkeit Schlag- und Feuerkraft"* in eine *„neue Phase qualitativer Entwicklung eingetreten"*, womit er sicher auf eine (ungewollte) Weise völlig Recht hat.

Diese „qualitative Entwicklung" zu oben beschriebenen Zwecken fortzusetzen, ist neben der Industrialisierung (vor allem Sibiriens) der größte Motor zur weitgehenden Kooperation mit dem Imperialismus, ist der Antrieb, das Sowjetvolk und auch die RGW-„Bruderländer" durch Verträge zu ungleichen Bedingungen, sowie Entzug von Rohstofflieferungen zwecks profitablerer Absetzung im Westen etc. weiter auszunehmen, um die ungeheuer steigenden Rüstungslasten auch künftig finanzieren zu können. ●

Metall-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

KPD/ML – Wirklichkeit zwar schaust Du nie, doch es jauchzt die Phantasie

Die „KPD/ML" hat Alarm geschlagen: **„Kremlzaren fassen in Britannien Fuß"** („Roter Morgen", vom 1.3.1975).

Was die Super-„Linken" so sehr erregt und beunruhigt, ist die Unterzeichnung eines Abkommens (am 17.2.1975) mit der amtlichen Bezeichnung *„Langfristiges Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen und industriellen Kooperation zwischen dem Königreich Großbritannien und der UDSSR"*. Der britische Premier H. Wilson hatte dieses Dokument während seiner jüngsten Reise durch die Sowjetunion zusammen mit den sowjetischen Führern unterzeichnet.



Nach Meinung der „KPD/ML" handelt es sich *bei allen Abkommen, die in Moskau abgeschlossen wurden, um ungleiche Verträge (!), in denen sich die sowjetischen Sozialimperialisten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die tiefe Krise des britischen Imperialismus zunutze gemacht haben (!), um ihr Eindringen in die Wirtschaft Britanniens (!!!) voranzutreiben, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Westeuropa zu erhöhen (!) und sich durch*

voranzutreiben, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Westeuropa zu erhöhen (!) und sich durch

die Beteiligung an der Ausplünderung der britischen Werktätigen Höchstprofite (? !) zu verschaffen" („RoMo", ebenda).

Um die Behauptung vom Angriff des „Sozialimperialismus" auf die „britische Wirtschaft" glaubhaft erscheinen zu lassen, phantasieren die Super-„Linken" davon, daß in den Moskauer Abkommen *„gemeinsame Kapitalinvestitionen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Britannien selbst vorgesehen sind "* („RoMo", ebenda).

Es heißt weiter, daß *„der geplante Kapitalexport* (!!!) *der sowjetischen Sozialimperialisten* (vom britischen Imperialismus ist natürlich gar nicht mehr die Rede – Anm. AK) (dazu)... *dient, verstärkt in wichtige Zweige der britischen Wirtschaft einzudringen"*. Namentlich hätten es die „Kremlzaren" auf *„die Luftfahrtindustrie, die Eisen- und Nichteisenmetallindustrie, den Bau von Atomkraftwerken und die Erschließung von Rohstoffen, einschließlich Erdöl"* abgesehen. Das alles soll – lt. „Roter Morgen" – **„in dem Abkommen...ausdrücklich festgelegt"** worden sein.

Wenn die Moskauer Abkommen tatsächlich so „ungleich" sind – wie die „KPD/ML" behauptet – und damit tatsächlich ***„die britischen Imperialisten den neuen Zaren im Kreml die Tür weit geöffnet"*** haben („Roter Morgen", ebenda), warum wird dann im „Roter Morgen" daraus nicht z i t i e r t?

Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: **Weil die „ML"er darin keinerlei Stoff für ihr wildes Phantasiegemälde gefunden hätten!**

Im allgemeinen Teil des Abkommens ist lediglich von *„Kooperation bei der Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Industriebetrieben in Großbritannien und in der UDSSR"* die Rede. Diese „Kooperation" wird im „allgemeinen Teil" nicht näher definiert! Lediglich zur Zusammenarbeit **„beim Bau von Betrieben in der UDSSR"** heißt es, daß die *„volle oder partielle Bezahlung der* (von GB, Anm. AK) *gelieferten Ausrüstungen und Lizenzen mit Erzeugnissen aus der Produktion dieser Betriebe"* geleistet werde.

Bezüglich der **„langfristigen Beteiligung der UDSSR an Kooperationsvorhaben in Großbritannien"** legt der ausführliche Anhang das Abkommen fest, daß die UDSSR teilnehmen kann

- *„an der Realisierung des Programms des britischen National Coal Boards zur Modernisierung und Erweiterung des Kohlebergbaus, insbesondere durch Lieferung von Ausrüstungen und Know-how (!);*
- *an einem Programm der British Steel Corp. zur Modernisierung der Eisen- und Stahlindustrie;*
- *am Straßenbau durch Lieferung von Straßenbaumaschinen u.a.;*

- *am Straßenbau durch Lieferung von Straßenbaumaschinen u.a.;*

- *an der Ausrüstung der ölverarbeitenden und petrochemischen Industrie".*

Umgekehrt wird den englischen Imperialisten zugesichert, an der Modernisierung, Erweiterung und anderer Vorhaben *„in der Chemie-, metallverarbeitenden, Flugzeug-, Drukkerei- und Leichtindustrie der UDSSR"* beteiligt zu werden (dieses und alle vorherigen Zitate, das Abkommen betreffend, aus „Nachrichten für Außenhandel", 20. Februar 1975).

Das sind die T a t s a c h e n!

Die „sozial"chauvinistische Grundlinie in der „Argumentation" der „KPD/ML" wird offensichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Großbritannien nach wie vor zu den imperialistischen Hauptmächten gehört – daß die britischen Imperialisten zu den größten Kapitalexporteuren (nach den USA an zweiter Stelle!) der Welt zählen und daß die von den Super-„Linken" so sehr bejammerten „wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die tiefe Krise des britischen Imperialismus" keineswegs so gravierend sind, daß „den neuen Zaren im Kreml die Tür (nach Großbritannien, Anm. d. Red.) **weit geöffnet" werden müßte.**

Das von den „ML"ern gezeichnete Bild stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein, sondern dient allein der Verharmlosung des britischen (und darüber hinaus des westeuropäischen) Imperialismus! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Die Befreiung der Frau

Die Emanzipation der chinesischen Frau ist eng verbunden mit der chinesischen Revolution.

„Unglücklicherweise ist sie als Frau geboren", bezeichnet die Situation der chinesischen Frau in der Feudalgesellschaft, vor der großen Revolution. Die Frauen Chinas wurden nicht nur vom Imperialismus des Auslandes und der reaktionären Regierung des Inlandes, den einheimischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten unterdrückt und ausgebeutet, sondern sie litten auch unter dem Joch der zweitausend Jahre alten Ideologie von Konfuzius von der „Überlegenheit des Mannes und der Unterlegenheit der Frau!".

Die chinesischen Frauen waren über Jahrhunderte hindurch den Männern untertan, sie hatten in der Familie kein Mitspracherecht und waren wirtschaftlich von ihren Ehemännern abhängig. Hierfür nur ein grausames Beispiel: Ein Teil der Hochzeitszeremonie war, daß die Braut, wenn sie in das Haus ihres Bräutigams geführt wurde, unter einen Sattel durchkriechen mußte, um so ihre Unterwürfigkeit zu zeigen und ihre Absicht zu bekunden, wie ein Lasttier zu arbeiten, solange sie lebe.

Die reaktionäre Ethik, eine Kette, die für die Frauen scheinbar nicht zu sprengen war, war die Ideologie von den „drei Gehorsam" und „vier Tugendhaftigkeiten". Die „drei Gehorsam" waren „Gehorsam gegenüber dem Vater und den älteren Brüdern in der Jugend, Gehorsam gegenüber dem Mann nach der Heirat und Gehorsam gegenüber den Söhnen nach der Verwitwung". Die „vier Tugendhaftigkeiten" waren: 1. frauliche Tugendhaftigkeit, 2. frauliche Sprache, 3. frauliches Aussehen, 4. frauliche Hausarbeit.

Damit sollten die Frauen von der Geburt bis zum Tod der Kontrolle des Mannes untergeordnet werden. Die jahrtausende alte Sitte der verkrüppelten, verbundenen Füße, fehlende Ausbildung und Erziehungschancen schon im Jugendalter, der Kauf und Verkauf von Mädchen, das Konkubinat, die absolute Unterordnung unter den Mann und dessen Familie und schließlich die Zwangshochzeit, all diese jahrtausende alten Traditionen wurden von den chinesischen Frauen im revolutionären Kampf gestürmt.

Die Revolution ist die Voraussetzung für die Befreiung der Frau

Ist diese Überlegenheit des Mannes und die Unterlegenheit der Frau wirklich Wille des Himmels? Keinesfalls! Dieses Konzept ist seit jeher allen Ausbeutergesellschaften gemeinsam. Es ist Teil der Ausbeuterklasse zur Unterdrückung der Frau, in der Sklavenhaltergesellschaft, in der Feudalgesellschaft sowie in der heutigen kapitalistischen Gesellsohaft.


Während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression (1937-1945) organisierten sich Frauen bei der Auffüllung eines Grabens, mit dem der Feind ein Stützpunktgebiet zu blockieren versuchte.

Deshalb lastet die große Aufgabe der Befreiung der Frau unvermeidlich auf den Schultern der Arbeiterklasse. Die Befreiung der Frau ist eng verbunden mit der Beseitigung des Privateigentums und der Ausbeuterherrschaft.

Wenn die breiten Massen der Frauen die Befreiung erlangen wollen, dann müssen sie an der sozialen Revolution teilnehmen. Und wenn die von der Arbeiterklasse geführte Revolution den Sieg erringen soll, dann müssen sich die breiten Massen der Frauen daran beteiligen. Marx sagte:

„Jeder der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind". Auch Lenin sagte: *„Es kann aber keine sozialistische Umwälzung geben, ohne daß ein großer Teil der werktätigen Frauen daran bedeutenden Anteil nimmt"*. Und Mao hat darauf hingewiesen: *„Die Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus. Die wirtschaftliche Stellung der werktätigen Frauen und die Tatsache, daß sie besonders unterdrückt werden, beweist nicht nur, wie dringend die Frauen die Revolution benötigen, sondern auch, daß sie eine für den Sieg oder die Niederlage der Revolution entscheidende Kraft sind"*.

In den verschiedenen historischen Perioden der chinesischen Revolution verstanden es die Frauen, sich aktiv zu beteiligen, zu organisieren und zu mobilisieren.

Eine hervorragende Vorläuferin der chinesischen Frauenbewegung war Chiu Chin. Sie gilt allgemein als die erste moderne Revolutionärin und Vorkämpferin des Frauenrechts. 1881 in Chekiang geboren, wurde sie im Alter von 33 Jahren, 1907 von den Handlangern der Mandschu-Dynastie hingerichtet, wegen ihrer revolutionären Tätigkeit. Sie hatte in ihrer Heimatprovinz eine Rebellenarmee organisiert und gab Chinas erste Frauenzeitschrift, das Shanghaier „Chinesisische Frauenjournal", heraus.

- In der bürgerlichen demokratischen Revolution erlangten die Frauen ihre ersten Rechte wie koedukative Erziehung der bürgerlichen Frauen an den Hochschulen.
- Durch die aktive Beteiligung der Frauen des Volkes an der Befreiungsbewegung gegen die Grundherrenklasse und der Entstehung der Bauernbewegung entstanden an vielen Orten Frauenverbände, so daß Mao 1927 sagte: „ ... *auch für sie ist die Zeit gekommen, ihr Haupt zu erheben und die Gattengewalt wird mit jedem Tag wackeliger"*.
- Die Beziehung zwischen der Befreiung der chinesischen Frau und dem revolutionären Kampf des chinesischen Volkes wird besonders deutlich an der Beteiligung revolutionärer Frauen am „Langen Marsch".

Es gab unter den Teilnehmern an dem in der ganzen Welt berühmten „Langen Marsch" der chinesischen Roten Arbeiter- und Bauernarmee von 12.500 km (1934-35) viele fortschrittliche Frauen. Sie waren unbeugsam und tapfer wie ihre männlichen Genossen. Heute sind viele von ihnen hervorragende Funktionäre in der KPCHs.

- In der Periode des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression (1937-45) nahmen die Frauen ebenfalls organisiert am Kampf teil. Viele Frauen forderten ihre Männer auf, sich der Roten Armee anzuschließen. Wenn die Männer an der Front kämpften, nahmen die Frauen alle Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion auf sich.
- Während der Periode des Befreiungskrieges (46-49) und in den Kämpfen für die Bodenreform, spielten die Frauen ebenfalls eine bedeutende Rolle. Aus diesen Kämpfen sind viele heldenhafte Frauen hervorgegangen und ihr Heroismus wird heute noch in China gepriesen.

Dadurch, daß hunderte Millionen von chinesischen Frauen gemeinsam mit anderen Volksmassen aktiv an den revolutionären Kämpfen teilnahmen, wurde 1949 endlich die dunkle Herrschaft von Imperialismus, Feudalis und Kapitalismus gestürzt.

Mit dem Sieg der Revolution errang auch die Sache der Befreiung der Frau einen großen Erfolg und die Stellung der Frauen verbesserte sich Schritt für Schritt.

Die kommunistische Partei Chinas und die Frauen

Die KP Chinas hat von Anfang an der Frauenfrage große Beachtung geschenkt.

Schon im Jahre 1928 faßte das ZK den Beschluß, die Frauenarbeit in der gesamten Parteiorganisation zu institutionalisieren. Von der Zentrale bis zur Basis hatte danach in den jeweiligen Gremien wenigstens ein Verantwortlicher für die Frauenbewegung zu sein, bzw. wurden Frauenkomitees gegründet.

Gleichzeitig wurde darauf geachtet, daß innerhalb der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen eine Frauenabteilung eingerichtet wurde. So entstanden große Frauen-Massenorganisationen. Besonders während des Krieges gegen Japan organisierten sich massenhaft die chinesischen Frauen, nicht nur in den Frauenorganisationen der KPCh, sondern auch vor allem in den Massenorganisationen. Der größte Frauenverband der chinesischen Volksrepublik umfaßte 1961 100 Millionen organisierte Frauen; d.h. gut ein Drittel der chinesischen Frauen waren in diesem Verband organisiert.

Nach der Gründung der Volksrepublik China stellte die KPCh und die Regierung Gesetze und eine Reihe von Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Frauen auf.

1950 wurde das Ehegesetz erlassen, das die Zwangshochzeit verbot. 1951 wurden Regelungen für die Arbeitssicherung erlassen, in denen der Schutz der Frauen und Kinder speziell betont wurde.

Eine große Zahl von revolutionären Frauen wurden in die KPCh aufgenommen. Am Anfang der Entstehung der VR China waren der Justizminister und der Minister fürs Gesundheitswesen Frauen. Viele andere Frauen waren und sind in Regierungsämtern in Peking und der Provinz tätig.

So waren 20 % der Delegierten zum X. Parteitag der KPCh Frauen, 12 % der Mitglieder, bzw. Kandidaten des X. Zentralkomitees sind weiblich. Von Anfang an verfolgte die KPCh die Linie, daß die Ausbildung von weiblichen Kadern eine ideologische Revolution bedeute, eine Revolution, in der man mit der feudalen Tradition völlig bricht.

Die Zeiten haben sich verändert, heute sind Mann und Frau gleichberechtigt. Was ein Mann vollbringt, kann auch eine Frau. (Mao)

Heute ist die Frau in China polisowie in der Familie dem Mann gleichgestellt.

Die Erkenntnis, daß die Befreiung der Frau erst möglich sein wird, wenn sie sich im gesellschaftlichen Maßstab auch an der Produktion beteiligen kann, machten sich die chinesischen Frauen in hervorragender Weise zu eigen.

So gibt es heute kaum noch Frauen, die zu Hause bleiben, außer Frauen, die schon zu alt oder bei schlechter Gesundheit sind. Aber auch für diese Frauen hat sich das Leben grundsätzlich verändert.

Nach den Worten Maos an die Frauen: *„Schließt euch zusammen, nehmt teil an der Produktion und an der politischen Tätigkeit, damit die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau verbessert wird!"*, nahmen sich die Frauen das Recht auf Berufstätigkeit.


Fliegerinnen

Frauen an verschiedenen Fronten tätig

In den vergangenen 20 Jahren gingen immer mehr Frauen zum Heer, zur Marine und zu den Luftstreitkräften. Sie traten freiwillig in diese Waffengattungen ein, nachdem sie eine körperliche Untersuchung bestanden hatten. Mehr und mehr Frauen arbeiten heute im Ackerbau, in der Viehzucht, in den Bergwerken, Gießereien, Bewässerungsanlagen, im Verkehrswesen sowie allen Arten von Fabriken, Handelsunternehmen, Geschäften und verschiedenen öffentlichen Dienststellen.

Diese Frauen sind „gewöhnliche" Frauen, aber fortschrittliche Frauen, die hervorragende Beiträge geleistet haben. Hier einige Vorbilder:

- Seit der großen Kulturrevolution hat die Anzahl von Ärztinnen und Krankenschwestern bedeutend zugenommen.

Seine Heiligkeit Papst Paul VI. zieht Unterwanderstiefel an!

In der selbstgefälligen Berichterstattung der bundesdeutschen Presse über den Erfolg des Imperialismus in seiner „Ostpolitik" fand man jüngst auch etwas Platz für eine besonders bizarre Variante derartiger Bestrebungen, obgleich deren Erfolge ausnahmsweise mal nicht auf das „Erfolgskonto" der BRD verbucht werden können, aber doch den Imperialisten sicher willkommene Begleitmusik waren – gemeint sind die jüngsten ostpolitischen Aktionen seiner Heiligkeit PP VI. So unternahm kürzlich der vatikanische „Außenminister" AgostinoCasaroli eine dreitägige Reise in die CSSR, um dort über *„die Besetzung von sechs verwaisten Bischofsstühlen"* zu verhandeln („FR" 25.2.75). Bereits vor zwei Jahren sind in der CSSR wieder vier Bischöfe in Amt und Würden gehoben worden, nachdem man diesen Herrschaften (leider nur allzu kurz!) nach dem „Prager Frühling" vorübergehend einen Riegel vorgeschoben hatte. Im Januar '75 hatte der Vatikan schon als erstes Ergebnis seiner jüngsten ostpolitischen Offensive die Neubesetzung von fünf ungarischen Bistümern bekanntgeben können. Parallel zu Casarolis Aktivitäten weilte dessen Mitarbeiter und „päpstlicher Sonderbotschafter" Luigi Poggi in Rumänien, und hielt sich anschließend zu einem einmonatigen Besuch in Polen auf, um dort „Fragen von beiderseitigem Interesse" zu klären, sowie selbstverständlich die dortigen Pfaffen auf Trab zu bringen.

PP VI. bezeichnet das originöse Motto dieser vatikanischen Aktivitäten – „Jedem Bistum seinen Bischof" – als „erreichbares Nahziel" und ist offenbar (großzügigerweise!) bereit in Kauf zu nehmen, daß zunächst einmal als neue Bischöfe *„regimefreundliche Prälaten ausgewählt"* werden!

„Von ihnen wird lediglich eine gewisse Loyalität zu Rom erwartet, auf der aufgebaut werden (!!) könne" („FR" 25.2.1975)

Für den Vatikan geht es dabei darum, seinen mit den alternden stramm antikommunistischen Kirchenfürsten à la Kardinal Wyschinski oder Mindscenti aussterbenden Einflauß über neue Leute wieder aufzubauen bzw. aufrechtzuerhalten.

Die Revisionisten kommen ihnen bei diesem miserablen Geschäft nicht unerheblich entgegen. Ohnehin haben diese Leute nie vollständig mit der Kirche, geschweige denn mit dem ideologischen Einfluß der Religion gebrochen. Sie haben vielmehr die die Theorie der „Konvergenz" von Christentum und Sozialismus erfunden, bei fast völliger Vermeidung des politisch-ideologischen Kampfes gegen den zersetzenden Einfluß der Religion. So ist es[illegible] diese Leute auch nichts Verwerfliches, in einer 25 Jahre alten (die SU 55) „sozialistischen" Gesellschaft immer noch beispielsweise an den staatlichen Universitäten Priester auszubilden.



Für die Revisionisten ist anscheinend die Existenz der Kirche, wenn ihre Repräsentanten nur ihrem Regime „freundlich" gesonnen sind, gar nicht so ungelegen. Ist doch die Religion „Opium fürs Volk", und davon brauchen die osteuropäischen Völker eine ganze Menge, um auch künftig die revisionistische Entwicklung ihrer Länder mit „christlichem Gleichmut" zu erdulden!

Zeit wird's, daß die Arbeiterklassen der osteuropäischen Länder ihren pro-christlich orientierten bürgerlichen Parteimachthabern das längst verdiente Höllenfeuer unter dem Hintern entzünden! ●

Metall-Bereich
KB/Gruppe Hamburg

in China"

● Eine Gruppe von Elektrikerinnen in Guangdschou beherrscht die neue Technik des Arbeitens an unter Spannung stehenden 220.000 V-Hochspannungsleitungen in Höhe von 30 Metern.

● So sind z.B. im Ölfeld Datjings eine große Anzahl von Arbeiterinnen, Funktionärinnen und Technikerinnen in der Erdölförderung, der Ölraffinerie und in anderen Abteilungen tätig. Ein Ölförderungsteam von mehr als 100 Frauen auf diesen Ölfeldern ist einer der Stoßtrupps auf Datjings Ölfeld.

Und noch weitere Beispiele:

● Im Golf von Bac Bo fahren zwei motorisierte Fischerboote mit dem Namen „Frauen". Sie gehören zu einer aus 28 Frauen bestehenden Fischfanggruppe. In der Vergangenheit war es den Frauen nicht erlaubt, zur See zu fahren und zu fischen.

● Unter den geologischen Untersuchungsgruppen in den Gebirgen von Zentralchina ist eine „8. März-Gruppe" tätig, die aus 20 Mädchen besteht.

● In harter Arbeit von 70 Tagen bauten Arbeiterinnen in einem Forstgebiet in der Provinz Heilungkiang eine zementierte Brücke von 110 m Länge für den Transport von Bauholz.

● Besonders bemerkenswert sind die Stoßbrigaden, die aus jungen Frauen einer Produktionsgruppe bestehen, die als „tüchtige Mädchen aus Eisen" bezeichnet werden. Die Mitglieder dieser Gruppe arbeiten nicht nur ausgezeichnet in der Produktion, sondern halten auch eng zusammen. Ihren Namen „Gruppe eiserner Mädchen" erhalten sie im sozialistischen Wettbewerb. In einem harten Wettbewerb, in dem diese Mädchen keine Schwierigkeiten scheuten, haben sie gegen eine Gruppe junger Männer gewonnen.

Hier zeigt sich, daß die Frauen die „Hälfte des Himmels" ausmachen.

Im großen und ganzen kann jede Frau ihren Arbeitsposten bekommen, und zwar nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

und zwar nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

Die Arbeit verändert die Frauen, die die Arbeit verändern

Eine weitere vorbildliche Rolle spielen in diesem Kampf um die Befreiung die Frauen in den Stadtteilfabriken.

Die Stadtteilfabriken sind kleine Fabriken in den Wohnvierteln, in denen Frauen eigenständig produzieren. Die Stadtteilfabriken sind wesentlich aus eigener Kraft der Frauen errichtet worden, um sich von der Hausarbeit zu entledigen, und um sich damit an der gesellschaftlichen, produktiven Arbeit zu beteiligen. Diese Frauen arbeiten nicht zuerst in den Fabriken, um den Familien ein bißchen mehr Komfort zu verschaffen, sondern die Frauen wollen durch ihre Arbeit die Gesellschaft verändern, und damit auch die Bedingungen der Frauen verändern. Durch diese produktive Tätigkeit haben die Frauen die Türen des Hauses aufgestoßen, die ihnen die Sicht versperrten.

Sie wollten nicht mehr in erster Linie den Familien, sondern dem Volke dienen. So richtet sich die Produktion ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach finanzieller Bereicherung. Die Bedeutung dieser emanzipatorischen Arbeit liegt gerade darin, daß die Frauen nützliche, kollektive Arbeit verrichten, die einerseits zur Erhöhung des Lebensstandards in den Wohnvierteln beiträgt und dadurch ihren hohen gesellschaftlichen Wert erhält, aber die auch wesentlich zur Veränderung der Lebensgewohnheiten geführt hat.

Im Kampf um die Gründung und Weiterentwicklung dieser kleinen Fabriken stellte sich den Frauen das Problem der Hausarbeit, der Kindererziehung und der Versorgung der Familie. So schafften die Frauen Kinderkrippen, Restaurants, Kindergärten und organisierten einen Gesundheitsdienst. Selbst ihre eigene Bildung organisierten die Frauen von diesen Fabriken aus. So gingen die meisten Frauen noch einmal zur Schule, in große Betriebe, d.h. sie bildeten sich fort um die Probleme, die in der Produktion auftauchten, bewältigen zu können. Diese kleinen Stadtteilfabriken wurden von den Frauen während des „Großen Sprungs nach vorn" gegründet. Sie wurden jedoch hartnäckig von den Konterrevolutionären bekämpft. Z.B. hatten in Shanghai 1966, am Vorabend der Kulturrevolution, mehr als die Hälfte der Frauen ihre Arbeit aufgegeben, und waren zur Hausarbeit zurückgekehrt (nach Broyelle, „Die Hälfte des Himmels"). Seit der großen proletarischen Kulturrevolution haben sich diese Fabriken aber wieder schnell entwickelt. Sie spielen heute eine wichtige Rolle als Ergänzung für die große staatliche Industrie.

Die Kollektivierung der Hausarbeit und Kindererziehung

Ein weiterer Schritt zur Emanzipation der Frau in China wurde mit der Vergesellschaftung der Hausarbeit und Kindererziehung getan. Eine große Erleichterung sind dabei die öffentlichen Dienstleistungen.

Claudie Broyelle weiß in ihrem Buch „Die Hälfte des Himmels" von einer Reihe von öffentlichen Dienstleistungen zu berichten. *„Es gibt Reinigungstrupps, die regelmäßig die Wohnungen saubermachen, und das zu sehr niedrigen Preisen. Entsprechende Dienstleistungen gibt es für's Wäschewaschen, Bügeln, Schuhreparaturen, Ausbessern der Bettwäsche sowie für Maßschneiderei. Sie zeichnen sich durch zwei besonders wichtige Eigenschaften aus: Sie werden mitten in den Wohnsiedlungen errichtet, also in unmittelbarer Nähe der Verbraucher, und sie sind billig, und werden deshalb massenhaft in Anspruch genommen"* (Seite 65).

Durch Einrichtung von Restaurants, Kindergärten und Kinderkrippen werden die Frauen von Hausarbeiten und Kindererziehung wesentlich befreit. Nach dem Motto: Nicht nur was ein Mann vermag, vermag auch eine Frau, sondern auch: was eine Frau kann, kann und muß auch ein Mann tun, wird die noch verbleibende Hausarbeit und Kindererziehung zwischen Mann und Frau gleichmäßig aufgeteilt.

Durch die rechtliche Gleichstellung der Frau und ihre Einbeziehung in die Produktion und das gesellschaftliche Leben sowie durch den ständig stattfindenden ideologischen Kampf gegen reaktionäre und feudale Zusammenlebensformen hat sich auch das Familienleben geändert. Auf solidarischer Grundlage werden die Probleme und Aufgaben innerhalb der Familie durch demokratische Diskussion gelöst. Es gibt kein „Familienoberhaupt" mehr, Mann und Frau, Eltern und Kinder sind gleichermaßen berechtigt.

Familienplanung – späte Heirat ein Schritt zur Emanzipation der Frau

In der bürgerlichen Presse finden wir oft Behauptungen über eine angebliche „bürokratische Entartung", „repressiver Abhängigkeit" der Frauen, wenn von Familienplanung und Spätheirat in China die Rede ist. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die Propaganda und Hilfe für Familienplanung ist eine festgelegte Politik für den sozialistischen Aufbau und die Emanzipation der Frauen in China.

So erklärte die chinesische Delegation vor der UNO-Wirtschaftskommission 1973, daß Bevölkerungsplanung in der VR[illegible] nicht betrieben werde, weil eine Überbevölkerung nicht drohe. Die Zuwachsrate in der Nahrungsmittelproduktion übersteige den durch relativ rasches Bevölkerungswachstum entstehenden Bedarf.

Jedoch wird propagiert, daß Frauen erst mit 23 und Männer mit 25 Jahren heiraten sollten. Im Besonderen dient das höhere Heiratsalter gerade den Frauen dazu, ihre gesellschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen und sich nicht gleich durch Kinderkriegen einzuschränken.

Es ist in diesem Zusammenhang gerade die Aufgabe der Frauenverbände, vom konkreten proletarischen Standpunkt aus, die Fragen wie Familienplanung, Spätheirat, Liebe und Kindererziehung zu propagieren und darüber die chinesischen Frauen zu mobilisieren.



Genossinnen der Volksbefreiungsarmee

Genossinnen der Volksbefreiungsarmee

Die Interessen der Frauen schützen

Der Leitgedanke der Frauenbewegung in China beruhte niemals allein darauf, die Frauen für den revolutionären Kampf und zur Produktion zu mobilisieren, ohne auch die besonderen Probleme der Frauen zu lösen.

Die Frauen beteiligen sich zwar wie die Männer an der produktiven Arbeit und den politischen Tätigkeiten; das bedeutet aber nicht, daß die Frauen nicht ihre besonderen Probleme hätten, die berücksichtigt werden müssen. So stehen die Frauen unter dem besonderen Schutz des Staates:

Transportarbeiten, Laden und Entladen und andere Aufgaben, für die große körperliche Kraft erforderlich ist, werden nur von Männern ausgeführt. Unter der Berücksichtigung der physischen Besonderheiten der Frau weist ihnen die Produktionsgruppe leichtere Arbeiten zu. Außerdem können sie eine Stunde früher nach Hause gehen.

Der Staat hat festgelegt, daß Arbeiterinnen das Recht haben, während der Menstruation, der Schwangerschaft und des Stillens der Kinder leichtere Arbeit zu verrichten.

Schwangere Frauen werden ab dem fünften Monat regelmäßig kostenlos untersucht, und nach der Geburt gibt es 56 (teilweise 70) Tage Geburtsurlaub bei vollem Lohn. Die Mütter dürfen danach jeden Tag zweimal während der Arbeit in den Kinderkrippen der Fabrik ihre Kinder stillen. Das Recht auf uneingeschränkte Abtreibung haben die Frauen in China ebenfalls. Diese besonderen Rechte der Frauen sind einfach notwendig, um die Frauen vor feudalen und reaktionären Unterdrückungsformen zu schützen, denn der Klassenkampf geht auch im Sozialismus weiter. *„Wenn die alte Gesellschaft zugrunde geht, kann man ihren Leichnam nicht in einem Sarg vernageln und ins Grab senken. Dieser Leichnam geht mitten unter uns in Verwesung über, er verfault und steckt uns selbst an"* (Lenin).

Auch in Bezug auf die Befreiung der Frau dauert der scharfe Kampf zwischen den zwei Klassen und den zwei Linien immer noch an. Den chinesischen Frauen ist zwar der Weg der völligen Befreiung durch die Revolution gebahnt worden; jedoch gibt es immer noch Kräfte, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Auch heute gilt es immer noch, den Kampf gegen die Überreste der alten feudalen Ideologie von der „Unterlegenheit" der Frau und gegen die alten Sitten und Gebräuche zu führen. In gewissen Dörfern haben partriarchalische Ideen noch ihre Wirkung. Verhältnismäßig mehr Jungen als Mädchen besuchen die Schule. Die Eltern beschäftigen die Mädchen im Haushalt.

So rief die KPCh die Frauen zum Internationalen Frauentag am 8.3.73 auf:

„Es muß möglich sein, die alte Mentalität der Geringschätzung der Frau auszumerzen. Ein langwieriger Kampf gegen diese Gesinnungsart muß geführt werden. Männer und Frauen müssen den gleichen Lohn für dieselbe Arbeitsleistung erhalten. Keine Fabrik darf bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte Frauen diskriminieren. Wir müssen mit den alten Sitten und Gebräuchen bei der Heirat aufräumen und neue Sozialistische Maßstäbe einführen. Noch mehr weibliche Kaderangehörige müssen herangebildet werden....

Führungsorgane aller Stufen sollten einen bestimmten Prozentsatz Frauen unter ihren Mitgliedern haben... Um den Frauen zu ermöglichen, einen größeren Anteil am politischen Leben, an der Produktion, an der Arbeit und am Studium zu erreichen, muß man ihnen helfen, an solche Fragen wie Liebe, Heirat, Familie und Kindererziehung vom proletarischen Gesichtspunkt aus heranzugehen und sich dem Einfluß bourgeoiser und feudalistischer Ideen auf diesem Gebiet zu widersetzen... Späte Heirat und geplante Elternschaft sind zu fördern. Männer und Frauen müssen angespornt werden, die Arbeit im Haushalt zu teilen.... Die Frauenorganisationen aller Ebenen müßten konsolidiert und ihre Arbeit müsse verbessert werden."

Diese Bewegung schafft gute Bedingungen für die völlige Befreiung der chinesischen Frau. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Wir müssen unsere Familie planen und ununterbrochen Revolution und Fortschritte machen"

In der „Peking-Rundschau" vom 20.12.1966 fanden wir einen Artikel der Genossin We Feng-Ying über ihr Familienleben, den wir hier auszugsweise wiedergeben wollen:

Die Genossin berichtet, daß sie und ihr späterer Mann Lu Tschitschang sich von den Ideen Maos leiten ließen. Besonders davon, daß die Jugend äußerst kostbar sei, sie sei eine Periode körperlichen Wachstums, der Aneignung von Wissen und der Legung des Fundaments. Übereinstimmend war für sie als Kommunisten, für die die Interessen

und der Legung des Fundaments. Übereinstimmend war für sie als Kommunisten, für die die Interessen

der Revolution Lebensinhalt waren, daß ihre Liebe zueinander die gesellschaftliche Arbeit und das Studium nicht beeinträchtigen durfte:

„Einmal, noch vor unserer Hochzeit, beschlossen wir, gemeinsam einen Film zu sehen. Als plötzlich während der Produktion eine wichtige Frage auftauchte, konzentrierte ich mich so auf die Entwicklung einer Technik, die diese Schwierigkeiten lösen würde, daß ich unsere Verabredung völlig vergaß. Lu Tschitschang wartete und wartete vor dem Kino auf mich, und als der Film begann, und ich noch immer nicht da war, begann er sich Sorgen zu machen und radelte zu mir nach



Genossin We Feng-ying

Hause, wo er mich beim Fertigen eines Modells vorfand. Ohne ein Wort zu verlieren, schloß er sich mir bei der Arbeit an".

Um ein solidarisches Eheleben zu führen, stellten die beiden ein Vier-Punkte-Programm auf:

„1. Wir müssen einander helfen, und die Werke des Vorsitzenden Mao planmäßig studieren.

2. Wir müssen die Hausarbeiten gemeinsam tun, und sie dürfen uns nicht zur Last fallen.

3. Wir müssen unsere Ausgaben planen, bescheiden und sparsam leben und unsere Ersparnisse auf die Bank legen, um dem Aufbau unseres Landes zu helfen.

4. Wir müssen unsere Familie planen und ununterbrochen Revolution und Fortschritte machen.

Wir haben uns bis zum heutigen Tag an diese vier Punkte gehalten. Durch das gegenseitige Verständnis und diese vier Punkte wurden die Hausangelegenheiten zu einer unbedeutenden Nebensache. Wenn in der Produktion ernste Probleme auft[illegible]en, denke ich an technische N[illegible]erungen und baue Modelle. Manchmal vergessen wir dabei, Soda in das Mehl zu tun oder Salz in die Kochtöpfe oder überhaupt gleich die

in das Mehl zu tun oder Salz in die Kochtöpfe oder überhaupt gleich die

ganze Mahlzeit. Aber wir sind glückli[illegible] das Familienleben behindert uns n[illegible]t.

Wir haben zwei Kinder. Nach der Geburt des ersten Kindes und Ablauf des Schwangerschaftsurlaubes wollte ich das Kind nicht mehr stillen, als ich wieder zu arbeiten anfing. Ich besprach das mit meinem Mann und bat meine Schwiegermutter, das Kind mit der Flasche großzuziehen. Da sagte sie: „Du bist komisch! Du könntest dein Baby selbst stillen, aber du denkst nicht daran. Deine technischen Neuerungen gehen auf Kosten Deines Kindes!" Ich sah, daß sie mit dieser Lösung nicht einverstanden war und erklärte es ihr so: „Wenn ich mein Kind stille, bedeutet dies, jeden Tag zwei Stunden nicht zu arbeiten. Und das würde sich auf drei Monate im Jahr stellen!

Hilfst Du mir aber, bedeutet das, daß auch Du am sozialistischen Aufbau teilnimmst." Sie fragte: „Wenn ich auf das Baby aufpasse, helfe ich Dir beim sozialistischen Aufbau?" „Natürlich", antwortete ich, „das tun wir alle. Das ist nur eine Frage der Arbeitsteilung". „Gut, ich werde das Kind mit der Flasche großziehen, und es wird so wie Du werden, stark wie ein Ochse!" So wurden unsere beiden Kinder von der Schwiegermutter aufgezogen. ●

„Mein Haß ist der des ganzen Volkes"



Genossin Vo Thi Thang während des Prozesses

Am 2. August 1968 stand die 19-jährige Genossin Vo Thi Thang vor dem Militärgericht von Saigon. Sie war angeklagt, den Chef des 6. Distrikts getötet zu haben.

Vom „Richter" befragt, ob sie einen persönlichen Haß auf den Chef des 6. Distrikts gehabt habe, antwortete Vo:„Keinen persönlichen Haß. Mein Haß ist der des Volkes, der Haß auf die Aggressoren und Verräter. Dieser Mann war ein Verräter. Er war ein Funktionär der Saigoner Verwaltung. Seine verbrecherischen Handlungen gegen das Volk und die Nation waren veranlaßt und unterstützt von der Saigoner Verwaltung."

„Haben Sie jemals darüber nachgedacht, was Sie getan haben? "

„Ich habe mich für die Revolution entschieden. Jetzt gehe ich den Weg, den ich gewählt habe und es gibt nichts, das ich zu bereuen hätte."

Ein „Richter" sprang auf:„Vo Thi Thang ist eine Studentin der Gia Long-Schule. Sie ist ein hübsches Mädchen, aber sie hat ein grausames Herz. Auf der Anklagebank beschimpft sie das Gericht. Ich beantrage die Höchststrafe."

Und Thang wurde zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Am Ausgang des Gerichts bemerkte ein Polizist:„So endet das Leben einer Studentin in der Blüte ihrer Jugend." – „Ich glaube nicht, daß sich diese Verwaltung lange genug halten wird, um mich zwanzig Jahre lang im Zuchthaus zu halten", erwiderte Thang.

Am 7. März 1974 wurde Vo Thi Thang zusammen mit den politischen Gefangenen von Loc Ninh befreit. •

(Übersetzung aus „Lotta Continua", 5.3.75)

Frauen werden als erste aus dem Betrieb geschmissen

Die Arbeitslosigkeit trifft Frauen in stärkerem Maße als Männer. Aus den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit geht hervor, daß die Arbeitslosenquote der Frauen über die Jahre hinweg grundsätzlich höher ist als die der männlichen Kollegen, zum Teil fast doppelt so hoch.

Zahlen für das Bundesgebiet (aus „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit" Nr. 2, Febr. 75):

Arbeitslosenquote %	Nov.73	Dez.73	Nov.74	Dez.74
Gesamt	1,5	2,2	3,5	4,2
Männer	1,2	2,0	3,1	3,9
Frauen	2,0	2,4	4,2	4,6

Erst die Ende Februar 75 vom Arbeitsamt berechneten Arbeitslosenquoten sind annähernd gleich (für Männer 5,1, für Frauen 5,3), d.h. die Arbeitslosigkeit steigt jetzt bei den Männern schneller als bei den Frauen, die Frauen haben aber immer noch eine höhere Arbeitslosenquote.

Wieder mal angeschissen sind die Frauen, wenn es darum geht, im Anschluß an das Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe zu bekommen.

Nicht nur, daß sie wegen der meist kürzeren Arbeitsdauer – durch Unterbrechung der Berufstätigkeit wegen der Kinder und des Haushalts – für eine kürzere Zeit Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und durch schlechtere Bezahlung der Betrag des Arbeitslosengeldes geringer ist, bekommen im Verhältnis viel weniger Frauen Arbeitslosenhilfe als ihre Kollegen. Aus dem Material der Bundesanstalt für Arbeit (Quelle wie oben) geht hervor:

Für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen, Dezember 74:

Empfänger von	Arbeitslosengeld (A.G.)	Arbeitslosenhilfe im Anschluß an A.G.
Gesamt	36.262	3.085
Männer	21.968	2.452 (11,7 %)
Frauen	14.294	633 (4,4 %)

Ob man Arbeitslosenhilfe bekommt oder nicht, berechnet sich nach dem Familieneinkommen. Ist das Arbeitslosengeld schon knapp genug, so maßt sich der bürgerliche Staat auch noch an, Einkommensgrenzen für die Zahlung von Arbeitslosenhilfe zu berechnen, mit denen die, die sie ausgetüftelt haben, nie auskommen würden.

Darüberhinaus wird die Frau durch diese Praxis wieder in größere Abhängigkeit von ihrem Mann gebracht. Der Spaltungsideologie vom Mann als Familienernährer und der Frau als mitverdienende Hausfrau bzw. dann nur noch Hausfrau wird in verstärktem Maße der Boden bereitet.

Hausfrauenideologie wird zur besseren Durchsetzung von Entlassungen propagiert

Die Ideologie, als Frau finde man im Grunde nur als Hausfrau und Mutter seine Erfüllung, wird gerade jetzt in verstärktem Maße von der Bourgeoisie an den Mann und an die Frau gebracht. Mehrere Male in der Woche finden wir Artikel, in denen z.B. irgend ein weiblicher ‚Star' berichtet, daß sie sich ganz der Familie widmen und vom Showgeschäft abtreten wolle (nicht schlecht, wenn diese Weiber von der Bildfläche verschwinden, aber das tun sie, weil ihre beste Zeit vorüber ist und sie bereits genug Geld gescheffelt haben, aber nicht, weil ihnen das Hausfrauendasein so gut gefällt.).

Dunja Rajter heute ein großer Star ist? In der Küche". Und dann im Text: *„Dunja: ‚Natürlich hätte ich am Tag 7000 Mark bei Galas verdienen können. Aber mein Kind ist mir wichtiger.'"*

Ebenso werden irgendwelche Umfragen herbeigezerrt, in denen Frauen „wie Du und ich" sagen, sie wären viel lieber Hausfrau.

Diese Sprüche sollen die Frauen dazu bringen, Kündigungen möglichst widerspruchslos hinzunehmen.

Die Propagierung eines Hausfrauengehalts hat im Grunde dasselbe Ziel: den Kolleginnen das Hausfrauendasein wieder schmackhaft zu machen. Es würde auch bewirken, daß viele Männer die Beteiligung an der Hausarbeit leichter von sich weisen könnten und damit die Frauen stärker an Heim und Herd gekettet würden.

In der „Bild"-Zeitung stand z.B. am 31.1.75 ein Artikel mit der dicken Überschrift *„Wissen Sie, wo*

Wir sind allerdings nicht dagegen, daß der Staat den Frauen für ihre Arbeit, die sie im Hause machen – und das ist ja reichlich – Geld gibt. **Nur, er wird es nicht tun.**

das ist ja reichlich – Geld gibt. **Nur, er wird es nicht tun.**

Gerade jetzt bekommen die Frauen ihre Unterdrückung besonders zu spüren. Vergl. das Verfassungsgerichtsurteil zum § 218. An allen Einrichtungen, die die Lage der Frau verbessern würden, wird gespart – Kindertagesstätten, Kindergärten, Häuser der Jugend werden nicht erweitert, sondern die Zahl der Plätze bleibt auf dem alten Stand oder wird sogar verringert. Daher ist jetzt schon gar nicht mit dem „Hausfrauengehalt" zu rechnen. Aber gerade in einer Zeit der starken Arbeitslosigkeit sind die Familien auf jeden Verdienst angewiesen.

Angesichts der Sparmaßnahmen können wir jedoch nicht annehmen, daß die Parteien ernsthaft an einer Verwirklichung ihres Vorschlags interessiert sind, sondern müssen ihn als Propagandatrick werten.

Ihr Desinteresse an der Lage der arbeitenden Frauen bewies in der Hamburger Bürgerschaft im Januar 75 die CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Sigrid Brinkmann. Sie forderte den Senat auf, 8.700 Putzfrauen im Öffentlichen Dienst durch Vergabe der Reinigungsarbeiten an private Reinigungsfirmen einzusparen.

Über diesen Angriff informierte die Gewerkschaft ÖTV die Mitglieder und wies nach, daß die privaten Firmen die Arbeit nur dann billiger machen können, wenn sie unter Tarif bezahlen und an Sozialabgaben sparen, wobei besonders ausländische Kolleginnen Opfer dieser verschärften Ausbeutung sind.

Statt daß die ÖTV aufzeigt, wie diese Firmen ihr Geschäft mit der Rechtlosigkeit der ausländischen Kolleginnen machen, steht im Schnellbrief vom 4.2.75: *„Billiger im Vergleich zu den Kosten im Öffentlichen Dienst sind in erster Linie die Firmen, die mit Gastarbeiterinnen ihr Geschäft betreiben, weil diese für jeden Preis bereit sind, den Dreck wegzukehren"* (Hervorhebg. v. Verf.).

Statt den gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Kolleginnen und Kollegen gegen Entlassungen und ungleiche Bezahlung zu propagieren, betreibt die ÖTV-Führung selbst angesichts solcher Angriffe die Spaltung.

Der gemeinsame Kampf ausländischer und deutscher Kolleginnen und Kollegen gegen Entlassungen ist die richtige Antwort auf die Angriffe der Kapitalistenklasse.

Darüber hinaus ist die Zahlung des vollen Arbeitslosengeldes für Mann und Frau für die Dauer der Arbeitslosigkeit notwendig. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Wir schlagen Schaum – wir seifen ein

KBW fordert „Volksentscheid" über § 218

In der „KVZ" vom 6. März hat sich die KBW-Führung mit einem Vorschlag zur Weiterführung des Kampfes gegen den § 218 zu Wort gemeldet.

Dieser Vorschlag stellt einen der bekannten Versuche des KBW dar, sich mit originellen Einfällen an die Spitze einer Bewegung zu katapultieren, hinter der er bisher eher hinterhergetrottet ist.

Der KBW schlägt nämlich vor, den Kampf unter folgenden Parolen zu führen: *„Weg mit dem Paragraphen 218!" – „Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"*

Die KBW-Führung behauptet, daß sich die Bewegung gegen den § 218 die von ihm soeben ausgeheckte Forderung nach „Volksentscheid" einfach zu eigen machen m ü s s e, da sie sich sonst *„dem bürgerlichen Staatsapparat unterwerfen"* würde! („KVZ", 6.3.). Mit gleich großer Suggestivkraft heißt es in der „KVZ" vom 26.3. (S. 9): *„Die Ablehnung der Forderung ‚Volksentscheid gegen den § 218' läuft deshalb in der gegenwärtigen Situation auf die Ablehnung des politischen Kampfes* (!) *hinaus, auf den Verzicht der Organisierung des Kampfes der Massen* (!) ..."

Diese an bürgerliche Reklame-Praktiken erinnernden Beschwörungen („Nur der KBW wäscht w i r k l i c h porentief rein") kennt man von den KBW-Führern auch schon zur Genüge. Sie begnügen sich keineswegs damit, „Vorschläge" zu machen, sondern fügen gleich die Drohung hinzu, daß n u r diese „Vorschläge" Erfolg versprechen, daß jede Ablehnung der KBW-Ideen praktisch Kapitulation vor der Bourgeoisie bedeutet. D.h. für den KBW stellt sich gar nicht die Frage nach einer Diskussion der richtigen Forderungen und Kampfschritte innerhalb der demokratischen und linken Bewegung. Sondern die KBW-Führung hat die „richtige Linie" soeben entdeckt – wer will, mag mitmarschieren; wer nicht will, unterwirft sich dem bürgerlichen Staat. So einfach ist das!

Wie bei so miserablen Methoden der Selbstüberschätzung und Einschüchterung zu vermuten, verbirgt sich dahinter ein totaler Mangel an sachlichen Argumenten. Die KBW-Führung kann nämlich mit k e i n e m Wort angeben, warum die Forderung nach „Volksentscheid gegen den § 218" gegenwärtig überhaupt sinnvoll ist – geschweige denn, warum diese Forderung die einzig mögliche sein soll. In dem „Vorschlag" der KBW-Führung heißt es dazu nur:*„Diese Forderungen ergeben sich aus den Erfahrungen* (?) *der Bewegung gegen den § 218 mit dem bürgerlichen Staatsapparat mit zwingender* (!!) *Logik",* und nochmals beschwörend *„Die Stoßrichtung dieser Forderungen ist richtig"* („KVZ", 6.3.75). – Als politische Begründung einer Forderung, die zudem als einzig mögliche angepriesen wird, ist das wohl etwas mager!

In der „KVZ" vom 26.3.75 findet sich – zur „Vertiefung"(?) – ein Artikel *„Warum die Forderung ‚Volksentscheid gegen den § 218' richtig ist".* Dieser Artikel hält allerdings nicht, was die Überschrift verspricht; eine Begründung enthält er nämlich auch nicht. Ganz offensichtlich ist es so, daß die KBW-Führer erst mal schnell mit ihrer Forderung heraus sind („Wer zuerst kommt, mahlt zuerst"), ohne bisher auch nur auf ihrer sonstigen Ebene über irgendeine Art von Begründung zu verfügen. Vielleicht soll die noch nachgeliefert werden?

Die KBW-Forderung nach „Volksentscheid" ist ein gutes Beispiel, wie aus einer an sich guten Idee unter veränderten Bedingungen Unsinn werden kann. In Italien ist von linksliberalen Kräften die Initiative zu einer Volksabstimmung über das Abtreibungsverbot ergriffen worden; diese Initiative wird von großen Teilen der revolutionären Linken unterstützt; allerdings wird diese Initiative nicht zum Hauptaspekt gemacht, wie es praktisch der KBW „vorschlägt". Der entscheidende Unterschied ist: In Italien gibt es institutionell abgesichert die Volksabstimmung; diese kann durch Initiativen erzwungen werden, indem eine bestimmte Zahl von Unterschriften gesammelt wird. Das läuft z.Z. in Italien. In Italien ist also die Volksabstimmung über das Abtreibungsverbot eine konkrete Handlungsmöglichkeit.

Bei uns ist dagegen die Forderung nach „Volksentscheid gegen den § 218" **eine reine Propaganda-Losung.** Denn die Möglichkeit des Volksentscheids besteht auf Bundesebene nicht, kann also auch z.B. durch Unterschriftensammlungen (wie der KBW sie wohl demnächst durchführen will – siehe „KVZ" vom 6.3.) nicht durchgesetzt werden. Erst recht gilt das, nachdem das Bundesverfassungsgericht sogar schon die Fristenregelung für „verfassungswidrig" erklärt hat.

Die Forderung nach „Volksentscheid gegen den § 218" als Hauptparole führt also in die Irre, weil sie nicht angibt, wie der Kampf gegen den § 218 zu führen ist. Der Kampf gegen den § 218 kann unter den gegebenen Umständen nicht mit dem Mittel des Volksentscheids geführt werden. Kommunisten können allerdings die Frage des § 218 dazu benutzen, um den Werktätigen zu erklären, w a r u m der bürgerliche Staat über eine solche Frage nicht die Entscheidung des Volkes zuläßt, und um die Forderung nach Institutionalisierung des Volksentscheids zu erheben.

Wir werden das jedoch nicht zum Hauptaspekt des Kampfes gegen den § 218 erheben. Im übrigen muß man sehen, daß auch in Staaten mit institutionalisierter Volksabstimmung (Italien, Frankreich u.a.) natürlich deshalb noch lange nicht „das Volk selber entscheiden kann".

Der „Vorschlag" der KBW-Führung („KVZ", 6.3.) enthält demgegenüber kein Wort über die Durchführbarkeit oder Undurchführbarkeit eines „Volksentscheids" gegen den § 218, sondern stellt diesen im Grunde unausgesprochen als durchsetzbar hin. W i e dieser aber durchgesetzt werden soll, steht wiederum nicht im „Vorschlag". Konkret wird nur vorgeschlagen: 1. „Zentrale Demonstration" in Bonn (wieder mal); 2. Bildung von örtlichen „Komitees"; 3. Sammlung von Unterschriften.

Dabei ist die „Zentrale Demonstration" in Bonn (während der kommenden Beratungen des Bundestags über die Neufassung des § 218) offenbar das eigentliche „Z i e l" der ganzen Schaumschlägerei – wie sich aus dem „Vorschlag" der KBW-Führung ergibt: 1. Forderungen der Agitation: s.o.; **2. Zweck der Agitation: Demo in Bonn;** 3. Schritt in der Entfaltung der Agitation: Demonstrationen am 1. Mai; 4. Mittel zur Entfaltung der Agitation: örtliche Komitees, Unterschriftensammlungen („KVZ", 6.3.). Hier wird ganz offensichtlich wieder mal „Politik" gemacht nach der Devise: „Die Bewegung ist alles, das Endziel (Beseitigung des § 218) ist nichts".

Kein Wort findet sich im „Vorschlag" der KBW-Führung über den l a n g f r i s t i g e n Charakter des Kampfes gegen den § 218, angepeilt wird als äußerstes „Fernziel" bloß die „Zentrale Demonstration" in Bonn. Wir gehen dagegen davon aus, daß der bürgerliche Staat mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenregelung und mit der bevorstehenden Neufassung des § 218 eine „Barriere" aufgebaut hat, die nur in einem langfristigen Kampf, der Massencharakter annehmen muß, durchbrochen werden kann. Der bürgerliche Staat wird nicht seine eigene Verfassung und das Urteil seines „höchsten Gerichts" in Frage stellen, nur wegen einer Demonstration in Bonn und einiger Unterschriften. Der bürgerliche Staat hat klar erkennen lassen, daß er den § 218 als Teil der „verfassungsmäßigen Grundordnung", d.h. der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zementieren und verteidigen will. Entsprechend muß der Kampf aufgenommen werden, nämlich als Teil des langfristigen revolutionären Kampfes gegen Bourgeoisie und Staat.

Davon steht nichts im „Vorschlag" der KBW-Führung. Vielmehr wird, ganz im Geiste früherer Praxis des KBW, wieder einmal auf eine kurzlebige Schaumschlägerei orientiert, gipfelnd in einer der beliebten ‚zentralen Demonstrationen', die den Eindruck zu erwecken versucht, als könnte so, verbunden mit der illusionären Forderung nach ‚Volksentscheid', etwa der § 218 schon zu Fall gebracht werden. Eine weiterreichende Perspektive wird nicht angegeben.

Wir halten deshalb den Vorschlag der KBW-Führung in seiner Stoßrichtung für untauglich. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir nicht in einzelnen Punkten – Einbeziehung des Kampfes gegen den § 218 in die Demonstrationen am 1. Mai, Demonstrationen während der Bundestagssitzungen über die Neufassung des § 218 – übereinstimmen. Ein wichtiger Punkt wird aber in der ganzen weiteren Auseinandersetzung sein, sich Klarheit über den Charakter des Kampfes gegen den § 218 als „langwährenden Kampf" zu verschaffen, in diesem Sinn z. B. mit den demokratischen „Frauengruppen" zu diskutieren. Für sinnvoll zur Festigung des langfristigen Charakters des Kampfes gegen den § 218 halten wir den Vorschlag aus den Reihen der „Frauengruppen", jährlich einen Tag als Kampftag gegen den § 218 durchzuführen, z. B. den 25. Februar (Beschlußfassung des Bundesverfassungsgerichts). Ein historisches Vorbild dafür ist die Einrichtung des „internationalen Frauentags" am 8. März (beschlossen 1910), „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht" dienen sollte. •

Die hannoverschen Frauengruppen kritisieren ihre Positionen zur § 218-Demonstration

Vor der Demonstration gegen den § 218 in Hannover (siehe auch AK 57) fand ein Vorbereitungsgespräch der Frauengruppen statt, an dem auch eine Vertreterin des KB/Gruppe Hannover teilnahm (andere Organisationen tauchten nicht auf).

Bei dieser Diskussion wurde von den Sprecherinnen der Frauengruppen vertreten, man müsse „**mindestens die Fristenlösung**" fordern – aus „taktischen Gründen", um mehr Frauen zur Demonstration zu mobilisieren.

Dagegen vertrat die Genossin des KB, daß wir durch Herunterschrauben der Forderungen nicht mehr Frauen erreichen (sonst wären bereits alle SPD-Wähler auf der Straße), sondern daß wir deutlich machen müssen, daß die Fristenregelung keine völlige Aufhebung der Bevormundung und Strafandrohung durch den Staat bedeutet.

Die Frauengruppen beschlossen, eine deutlichere Kritik an der Fristenregelung in ihr Flugblatt aufzunehmen, ohne allerdings die Forderung nach Abschaffung des § 218 aufzustellen.

Leider kam keine Aktionseinheit zustande; die Frauengruppen wollten die Demonstration „ohne die K-Gruppen" machen, nachdem sie mit den spalterischen Praktiken des KBW negative Erfahrungen gemacht hatten...

Vom 7. – 9.3.75 fand dann ein Kongreß der hannoverschen Frauengruppen statt, auf dem u.a. Positionen zur § 218-Demonstration revidiert wurden: „*Inhaltlich war unsere Argumentation sehr verwirrend. Es wurden z.B. Plakate für die Fristenlösung getragen, obwohl wir doch für mehr waren ... Wir glauben auch, daß sie falsch war; in der BRD waren wir die einzigen Frauengruppen, die nicht eindeutig für Streichung waren*". Weiter wurde kritisiert, „*daß wir nicht ehrlich unsere Forderungen sagen, sondern im Hinterkopf haben, erstmal gewinnen wir euch für die Fristenlösung, aber eigentlich sind wir ja viel schlauer: die Streichung ist nämlich besser... Mit dieser Taktik haben wir uns selber verarscht, denn die Gruppen und Individuen, die zur Demo gekommen sind, hätten unsere radikalere Forderung ‚Streichung' eh unterstützt*" (aus dem Protokoll).

Auch das Vorgehen einiger Frauen, kommunistische Organisationen von der aktiven Teilnahme ausschliessen zu wollen, wurde von der Mehrheit in den Frauengruppen kritisiert. Mittlerweile sind die Frauengruppen bereit, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, wenn sie die Frauengruppen nicht vor ihren Karren spannen wollen.

Der Kongreß hat noch keine Einschätzung darüber gebracht, wie der Kampf gegen den nun verfassungsmäßig besiegelten § 218 weitergeführt werden kann. Diskutiert wurde hauptsächlich darüber, wie das Gesetz unterlaufen werden kann.

Die Verfasser dieses Artikels hatten vor dem Kongreß einen Vorschlag ausgearbeitet, wie der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden kann: Wir wollten das Plenum an einem Abend für interessierte Frauen öffnen; dieser Vorschlag wurde abgelehnt, weil sich die Frauengruppen nicht dazu in der Lage sahen und erst eine interne Diskussion wollten.

Wenn die Frauengruppen es weiterhin ernst meinen mit ihrer Parole „Frauen gemeinsam sind stark", so müssen sie ihre Überzeugungsarbeit vor allem auf die am meisten unterdrückten Frauen ausrichten.

In diesem Sinn werden wir uns schon jetzt für eine größtmögliche Mobilisierung der Frauen zum 1. Mai einsetzen. ●

Zwei Genossinnen aus einer Frauengruppe, in Zusammenarbeit mit KB-Genossinnen aus Hannover

Mehr Mut, Jungs!

Die neu aufgenommene Tätigkeit der „Arbeitsgruppe Frauen" ist nicht überall auf ungeteilten Beifall gestoßen. Insbesondere eine ganze Anzahl von Genossen scheint sich irgendwie auf den Schlips getreten zu fühlen. Theoretisch stimmen sie vielleicht zu, daß die Frauen „die Hälfte des Himmels" sind (Mao), aber aus aktuellem Anlaß 7 Seiten (von 40!) im AK 57 für den Kampf gegen den § 218 und für den Kampf der Frauen sind ihnen entschieden zu viel.

Überhaupt scheint manchen Genossen „die ganze Richtung" nicht zu passen. Nur schade, daß sich die „Kritik" dieser Genossen vorwiegend auf der Kneipen- und Klön-Ebene abspielt und sich z.T. „unterhalb der (politisch-ideologischen) Gürtellinie" bewegt.

Diese falsche Zurückhaltung scheint uns ganz unangebracht. Es würde zumindest zur Auflockerung und vielleicht sogar zur politischen Klärung beitragen, wenn die Genossen Kritiker ihre Meinung einmal in Leserbriefen etc. im ARBEITERKAMPF darlegen würden. Kneipengeschwätz statt sachlicher Kritik ist unter Kommunisten kein Kavaliersdelikt, sondern ein liberalistisches Laster! ●

AK-Redaktion und Arbeitsgruppe Frauen

BR-Wahlen im HBV-Bereich Versicherungen

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen im HBV-Bereich ging es einmal darum, wie weit die HBV ihre Position gegenüber der spalterischen und mehr ständischen DAG stärken konnte.

Bei den Angestellten im HBV-Bereich ist die DGB-Gewerkschaft HBV noch weit von der Stärkeposition entfernt, wie sie etwa die IG Chemie oder IG Metall besitzen. Abgesehen von der Hermes Kreditversicherung und dem gewerkschaftlich zwangsorganisierten DGB-Konzern Volksfürsorge stellte die DAG überall die Mehrheit im Betriebsrat im Hamburger Versicherungsbereich.

Zum anderen ging es darum, wie weit die linken Gewerkschafter in der HBV-Gewerkschaft ihre Positionen bei den Betriebsratswahlen gegen die Rechten innerhalb der HBV-Gewerkschaft stärken konnten. Trotz der, seitens der Gewerkschaftsführung innerhalb der HBV weit vorangetriebenen, Spaltung (acht laufende Ausschlußverfahren z. Z.) gab es keine oppositionellen Listen zu den Betriebsratswahlen. Dort, wo die Linken in bestehenden gewerkschaftlichen Betriebsgruppen (BG) starke Positionen besitzen, konnten sie entgegen der bisherigen Praxis in der Gewerkschaft ihre Veröffentlichungen, von den Gewerkschaftsführern stillschweigend genehmigt, herausbringen. Die Gewerkschaft hatte diese Wahlen zum Test erklärt und den Linken bei Iduna beispielsweise den Untergang ihrer Politik vorausgesagt, wobei sie auf die Rückständigkeit der Angestellten spekulierten. Es kam aber anders. Das Auftreten der Linken gegen Rationalisierung und für eine Kontrolle der Betriebsräte wurde von den Kollegen durch erhebliche Mehrstimmen honoriert, dagegen der Waschmittelkampf rechter HBVler („Wählt die Aktiven"), der z. T. von den Kollegen mit dem Vorwurf „DAG Nr. 2" quittiert wurde, sehr schlecht ankam.

[Un]ter diesen Gesichtspunkten sollen [hi]er die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in den einzelnen Betrieben im Hamburger Versicherungsbereich dargestellt werden.

Hamburg-Mannheimer

Die gewerkschaftliche Betriebsgruppe trat unter den Fittichen und der Anleitung der Hamburger HBV-Gewerkschaftsführung an, um in diesem Jahr endlich „den großen Durchbruch" gegenüber der DAG zu schaffen.

Getreu dem Motto der Gewerkschaftsführung „Wählt die Aktiven" ging man nun ohne politische Aussagen daran, sich aktiv zu gebärden. Der Anzug mit Schlips und Kragen löste z. T. Jeans und Pullover ab, offenbar um hoffähig zu werden, wobei sie sich mit der entsprechenden „Aktiv"-Plakette der HBV schmückten. Bei der Vorstellung der Kandidaten war nicht einmal gern gesehen, daß die Kollegen dabei die gewerkschaftliche Betriebsgruppe erwähnten. Dieser Wahlkampf trug der HBV-Liste bei manchem Kollegen die Bezeichnung „DAG 2" ein. Den hochgestochenen Erwartungen der rechten Gewerkschafter folgte die Ernüchterung. Von den 16 BR-Sitzen erhielt die HBV bloß drei Sitze. Wie weit diese BR-Listen davon entfernt sind, sich für die Interessen der Kollegen konsequent einzusetzen, mag Folgendes veranschaulichen. Die Hamburg-Mannheimer ist in Hamburg wohl der Versicherungsbetrieb, in dem die Rationalisierung mit am weitesten vorangeschritten ist. Das neue Großraumbüro in der City-Nord wird von den Kapitalisten angepriesen wie ein „Sport-Hotel". Bei auf engstem Raum zusammengepferchten Schreibtischen wird z. T. auch noch die Klimaanlage gespart. Bei der von den Kollegen z. T. abverlangten Samstagarbeit wird die Klimaanlage einfach abgeschaltet, so daß kürzlich ein Kollege nach der Arbeit tot zusammenbrach.

Bei diesen Zuständen in der Hamburg-Mannheimer ist dies schlechte Wahlergebnis auch als Quittung für die HBV zu werten. Damit ist auch der Gewerkschaftsführung ihre Meßlatte entzogen worden, an dem sie das Wahlergebnis der für sie „roten" Iduna-Betriebsgruppe messen wollte. Diskret wurde davon abgerückt, es wurden plötzlich „Unstimmigkeiten" festgestellt, die es bei HBVlern in der Hamburg-Mannheimer gegeben haben soll.

Hermes Kreditversicherungen

Der 9-köpfige Betriebsrat setzte sich bislang aus 7 HBV- und 2 DAG-Kollegen zusammen. Es fand eine Personenwahl statt, bei der sämtlichst HBV-Kandidaten gewählt wurden. In diesem Betrieb sind 40 % Mitglieder der HBV. Konnte die Betriebsgruppe noch vor zwei Jahren zu den linken innerhalb der HBV gezählt werden, so wanderte inzwischen ein Teil nach recht[illegible]. Horst Meyer ist bekannt für sei[illegible] Schlängelkurs innerhalb der HBV, womit er das Vorgehen der Rechten mit den Linken versöhnen will. Dafür hatte er dann auch bis vor kurzem die Position des Ortsvorsitzende[illegible]ekommen. Innerhalb der Betrie[illegible]uppe sind die Widersprüche weitgehend verkleistert, wobei sich allerdings resignative Tendenzen linker Kollegen bemerkbar machen.

Iduna

Nachdem der geschäftsführende Sekretär der HBV, Arnold Krause, schon im Oktober vergangenen Jahres prophezeit hatte, daß die Betriebsratswahlen bei der Iduna angesichts der „halsbrecherischen Politik der Betriebsgruppe" schon von vorneherein verloren seien, trat die Betriebsgruppe mit 12 Kandidaten bei der Iduna Leben und 4 Kandidaten bei der Iduna Allgemeine in den Wahlkampf.

Im letzten Jahr gelang der Betriebsgruppe im Kampf gegen die Rationalisierung und Mahrarbeit ein erheblicher Schritt nach vorn. Auf Betriebsversammlungen wurden unter breiter Zustimmung der Belegschaft die Sparmaßnahmen der Kapitalisten als Angriff auf die Belegschaft aufgezeigt, die man nicht widerspruchslos bereit war hinzunehmen. Es wurde breiteren Teilen deutlich, daß die DAG-Betriebsrats- und Aufsichtsratsfürsten eine Informationspolitik im Interesse der Kapitalisten betrieben.

Die DAG-Betriebsräte antworteten mit Demagogie und antikommunistischer Stimmungsmache, wobei sie nicht wagten, offen als DAG aufzutreten. Sie warnten vor der Betriebsgruppe als „betriebsfremder Kraft", die die Rechten in Sorge um „unser Haus" (!?) setzten. Selbst noch am Wahltag zogen Abteilungsleiter und Betriebsratsfürsten von Tür zu Tür und warnten insbesondere die Kollegen, die bekanntermaßen die Wahl von HBV-Kollegen unterstützen, vor der Wahl „der Kommunisten von der HBV-Liste".

Dennoch erreichte die HBV-Liste zum Schrecken des Vorstandes der Iduna und der rechten Betriebsräte 32 % der Stimmen bei der Iduna Leben und damti 4 von 13 Sitzen. Damit konnte der Stimmenanteil etwa verdoppelt werden. Bei der Iduna Allgemeine erhielt die (hier erstmals kandidierende) HBV-Liste auf Anhieb 16 % und einen von 4 BR-Sitzen.

Deutscher Ring

Der Deutsche Ring war früher ein hauseigener Betrieb der DAG, jetzt ist die DAG Kapitalanteilhaber.

Da dort die Betriebsratswahl später lief, wurde angesichts der Wahlergebnisse bei Iduna bzw. bei der Hamburg-Mannheimer die HBV-Waschmittelwerbemethode, schnell noch durchsetzt mit politischen Wahlaussagen (ähnlich der Betriebsgruppe Iduna, z. B. gegen Rationalisierung auf Kosten der Kollegen).

Diese neue Wahlkampfart entspricht wohl einerseits dem Bemühen der Gewerkschaftsführer, nach dem relativen Mißerfolg bei der Hamburg-Mannheimer ihren Wahlkmapf etwas links aufzupolieren und andererseits stehen ehrliche Bemühungen eines Teils der HBV-Kollegen dahinter, die gleichzeitig von Ex-Vorsitzenden Meyer eifrigst vor den „Kommunisten bei Iduna" gewarnt worden sind.

Das Ergebnis brachte bei 15 Sitzen insgesamt 4 Sitze für die HBV-Liste. Ein HBV-Mitglied wurde auf einer sogenannten „Freien Liste" gewählt. Damit stellt dort die HBV-Liste jetzt die stärkste Fraktion auch gegenüber der DAG. Die Gewerkschaftsführer versuchen nun eifrig, von der Hamburg-Mannheimer zum Deutschen Ring als ihrem Musterwahlkampf „umzusatteln".

Volksfürsorge

In diesem DGB-eigenen Versicherungsbetrieb wurde die Betriebsrats-Wahl im Zuge der HBV-Zwangsmitgliedschaft als Persönlichkeitswahl durchgeführt. Erwartungsgemäß setzten sich der rechte Spezialdemokrat und gleichzeitig Ortsverwaltungsvorsitzende Bednarek und sein bester Mitläufer Göttsch an die Spitze des neuen Betriebsrats. Die Volksfürsorge gilt als Domäne der rechten HBVler.

Angesichts der rechten Hetze dort und kaum entwickelter gewerkschaftlicher Arbeit scheuten sich eine Reihe von linken Kollegen, sich überhaupt zur Wahl zu stellen. Umso beachtenswerter ist, daß eine Kollegin, die im Gegensatz zu den allgemeinen Werbegag-Vorstellungen auf der Betriebsversammlung vor der Wahl Mißstände im Betrieb erwähnte, auf Platz 7 gewählt wurde (bei 23 BR-Sitzen), obwohl sie den Kollegen weitgehend unbekannt war.

Insgesamt kann man sagen, hat überall die HBV dazugewonnen und die Position linker gewerkschaftlicher Kollegen ist z. T. beachtlich gestärkt worden, das wird die Schläge der Gewerkschaftsführer auf die linken Kollegen keineswegs aufhalten. Die Gewerkschaftsführer haben bei ihrer Ausschlußpolitik hinreichend unter Beweis gestellt, daß sie sich dabei um das Votum der Mitglieder einen Dreck scheren. Dennoch bedeuten die BR-Wahlergebnisse, daß die Position der linken Kollegen, auch innerhalb der Gewerkschaft HBV gestärkt worden sind. ●

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Beiersdorf AG, Hamburg

Ausschlußverfahren gegen zehn Betriebsratskandidaten eingeleitet!

Mit Schreiben vom 24. März 1975 hat die Hamburger Verwaltungsstelle der IG Chemie Ausschlußverfahren gegen 10 Betriebsratskandidaten eingeleitet. Begründet hat die Gewerkschaftsführung diesen Schritt

1. daß die zehn Kolleginnen und Kollegen auf einer „gegnerischen Liste" kandidieren würden. (§16 der Betriebsratswahlrichtlinien der IG Chemie),
2. daß sich die Kollegen „*in eine Gegnerposition zur Gewerkschaft und und den Interessen der Mitglieder gestellt*" haben. Dies wird von der Gewerkschaftsführung mit einem Zitat aus dem CHEMIEARBEITER, der Branchenzeitung des KB im Bereich der chemischen Industrie, „begründet". Dabei hat die Gewerkschaftsführung wieder einmal den Extremistenerlaß angewendet; nur weil der CHEMIEARBEITER zu den Betriebsratswahlen Stellung genommen hatte.

Dieser Willkürakt bildet den Höhepunkt und Abschluß zugleich, die Gewerkschaft von linken Kolleginnen und Kollegen zu säubern. Die Ausschlußwelle gegen die zehn Kollegen hängt eng zusammen mit der Auseinandersetzung zwischen den rechten IG Chemie-Betriebsräten und linken Gewerkschaftern um die anstehenden Betriebsrätewahlen. Dabei hat die Gewerkschaftsführung schon von vornherein „zugeschlagen":

– bereits Ende letzten Jahres wurden 4 linke Vertrauensleute aus dem Vertrauensleutekörper ausgeschlossen, weil sie Mitunterzeichner eines von Gewerkschaftern herausgegebenen Flugblattes waren, in dem die Kollegen – ohne „Segnung" der Gewerkschaftsführung – die Belegschaft eigenständig über ein betriebliches Problem informierten. Bemerkenswert hier auch die „Begründung" des VLK-Ausschlusses:

„*Der Beschwerdeausschuß ist darüberhinaus der Auffassung, daß gewerkschaftliche Vertrauensleute auch als Privatpersonen (!!!) keine Flugblätter verfassen und verteilen können, wenn sich der Inhalt auf betriebliche und gewerkschaftliche Vorgänge bezieht*".

Merke: gewerkschaftliche Vertrauensleute müssen ihre persönliche Meinung bei der Gewerkschaftsführung absegnen lassen!

– ebenfalls wurde bald darauf ein linker Vertrauensmann noch zusätzlich aus der Tarifkommission ausgeschlossen – die Rechten wollen eben „ungestört" mit den Kapitalisten Lohnraubabschlüsse abschliessen.

– anfang dieses Jahres wurde eine weitere linke Vertrauensfrau mit der „Begründung" aus dem VLK ausgeschlossen, daß ihre Funktion nie vom Verwaltungsstellenvorstand bestätigt worden sei! Dabei war diese Kollegin Monate vorher anerkannte Vertrauensfrau!

– im Februar wurden zwei Vertrauensleute, die inzwischen Betriebsratskandidaten auf der Liste „Alternative" waren, rausgeworfen, da sie auf einer „gegnerischen Liste" kandidieren würden.

Diese Säuberungswelle lief seitens der rechten Betriebsräte in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung nach Plan ab: mit aller Macht wollten diese Herren jede Möglichkeit ausschließen, daß linke Kolleginnen und Kollegen innerhalb der IG Chemie zu den Betriebsratswahlen kandidieren konnten; sie wollten weiterhin mit rechten DAG-Leuten und reaktionären Demagogen von der CDU eine Betriebsratsarbeit im Sinne der Kapitalisten auch im neuen Betriebsrat fortsetzen. Die linken Gewerkschafter hatten vor der Nominierung der Betriebsratskandidaten der IG Chemie sowohl auf einer Mitgliederversammlung als auch auf einer Vertrauensleuteversammlung angeboten, zwei gewerkschaftliche Listen (laut Richtlinien möglich!) zuzulassen, um die Entscheidung über die künftige Betriebsratsarbeit der Belegschaft zu überlassen. Aber bereits zwei Wochen vorher, als die Linken diesen Vorschlag noch gar nicht unterbreitet hatten, wetterte Holst, Chef der IG Chemie, auf einem internen Seminar unter seinen Freunden: zwei Listen kämen überhaupt nicht in Frage!

Somit blieb den linken Gewerkschaftern nur die Alternative, sich entweder erpressen zu lassen oder aber durch ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste ihre aktive gewerkschaftliche Arbeit fortzusetzen. Die Kolleginnen und Kollegen wählten den zweiten Weg und stellten sich auf einer eigenen Liste zur Wahl. ●

Beiersdorf-Zelle III
KB/Gruppe Hamburg

Großer Erfolg der "alternative"

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In den letzten drei Jahren wurde das Harburger Werk unter Schleyers Regie grundlegend umgekrempelt. Aus dem ehemaligen Automobilwerk Hanomag wurde ein sogenanntes „Aggregatewerk“ gemacht, in dem heute nur noch Einzelteile für andere Mercedes-Werke gebaut werden.

Im Zuge dieser „Umstrukturierung“ wurden im Harburger Hanomag-Werk rund 400 (!) Kollegen rausrationalisiert – im gesamten Hanomag-Bereich waren es im gleichen Zeitraum zwei- bis dreitausend!

Für die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen wurden damit die Arbeitsplätze natürlich nicht sicherer und die geforderte Arbeitsleistung nicht weniger. Im Gegenteil: Mehrmals wurde Kurzarbeit verordnet, die ohnehin schon mörderische Arbeitshetze wurde weiter verschärft, dringend notwendige Pausenzeiten wurden reduziert und „aufmüpfige“ Kollegen wurden diszipliniert (bedroht oder auch in abgelegene Abteilungen strafversetzt).

Der bisherige Betriebsrat hat sowohl die arbeiterfeindliche Gesamtplanung der Kapitalisten unterstützt als auch sämtliche Einzelmaßnahmen zum Schaden der Kollegenschaft mitgetragen. Speziell BR-Vorsitzender Paulsen mißbrauchte seine Funktion dazu, die Rationalisierungspolitik der Konzernleitung vor den Arbeitern und Angestellten zu verteidigen: So behauptete dieser Mann, daß einige hundert Kollegen geopfert werden müßten, damit die Arbeitsplätze der restlichen Kollegenschaft „gesichert“ werden könnten – und wer gegen Rationalisierung sei, der sei gegen den Fortschritt!

Der „prinzipienfesten“ Anpassung an das Unternehmerinteresse entsprach die Stellung des bisherigen Betriebsrates zu Kampfmaßnahmen der Kollegenschaft: Jede Form des Widerstands wurde entweder offen bekämpft (wie beim Warnstreik im Herbst 1973, als die BR-Führer die gewerkschaftlichen Vertrauensleute dazu anstifteten, die Fortführung des spontan entstandenen Streiks zu verhindern) oder der Betriebsrat „übernahm“ das Anliegen einer Kollegengruppe mit dem Versprechen, eine Lösung des Problems auf dem Wege der „gütlichen Einigung“ mit der Geschäftsleitung zu erreichen. Daraus wurde in der Regel natürlich nichts, aber die Wogen des Unmuts waren zunächst einmal geglättet . . .

Solche Art von Betriebsräten brauchen natürlich für ihre Tätigkeit keine starke gewerkschaftliche Organisation, brauchen keinen gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, der ihnen Aufgaben stellt und sie kontrolliert und mit dessen Hilfe die Position der gesamten Kollegenschaft gegenüber den Kapitalisten gestärkt wird. Der bisherige BR-Vorsitzende Paulsen und seine sozialdemokratischen Parteifreunde haben denn auch konsequent in jahrelanger „Kleinarbeit“ jegliches gewerkschaftliche Leben im Betrieb abzutöten versucht und den Vertrauenskörper in einen Beraterausschuß (bzw. in ein Akklamationsorgan) ihrer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit der Geschäftsleitung umfunktioniert. Dabei hatten sie die Unterstützung der IG Metall Ortsverwaltung, die auch sonst nicht müde wurde, ihre „volle Übereinstimmung“ mit den arbeiterfeindlichen Entscheidungen der Gruppe um Paulsen zu erklären.

Zum besseren Verständnis der folgenden Schilderung über den Verlauf des Wahlkampfes sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Betriebsratsführer bei Hanomag nicht im entferntesten über die „Qualitäten“ verfügen wie die berühmt-berüchtigten sozialdemokratischen Betriebspolitiker z.B. auf den Hamburger Großwerften (Knödler und Peters) oder in Hamburgs Chemiebetrieben. Während die Letztgenannten die breite Tastatur des Anti-Kommunismus fast vollendet und sehr abwechslungsreich zu spielen verstehen und selbst die größte Lumperei noch mit demagogischem Geschick „an den Mann“ zu bringen verstehen – so ist demgegenüber das „Handwerkszeug“ der Hanomag-Betriebsräte vergleichsweise harmlos!

Funkstille und Überraschungsangriff

Bis weit in den Januar hinein existierten offiziell die Betriebsrätewahlen im Betrieb nicht, eine VK-Sitzung hierzu fand bis zur Kandidatenaufstellung nicht statt und die führenden Leute in Betriebsrat (BR) und VK umgingen jegliche Diskussion über die Wahlen. Bis dann urplötzlich an einem Montag gerüchteweise bekannt wurde, daß zwei Tage später, am Mittwoch, dem 22.1., die Kandidaten auf einer VK-Sitzung aufgestellt werden sollen. (Dieses Gerücht bestätigte sich endgültig am Dienstag – einen Tag vorher!!!).

Von vornherein wurde der Kreis der möglichen Kandidaten rigoros eingeschränkt – nur Vertrauensleute dürfen überhaupt kandidieren. „Das sind ja wohl die Aktivsten“ wußte VK-Leiter Steiner zu vermelden.

Die Forderung nach Kandidatenaufstellung auf einer Mitgliederversammlung aufgrund einer Diskussion wurde mit der geistreichen Begründung abgeschmettert „so was ist laut Satzung verboten“ (VK-Leiter Steiner). Und das, obwohl am gleichen Tag das IGM-Flugblatt rauskam, in dem die Kandid[illegible]aufstellung „in Vertrauensleute- [illegible]d Mitgliederversammlungen“ gefordert wurde.

Mit diesen klipp und klaren Aussagen war die Marschroute klar: die fortschrittlichen Kräfte sollten von vornherein gar n[illegible] erst zur Kandidatur zugelassen werden. Aufgrund von Funktionsentzug, Verhinderung von Nachwahlen, Versetzungen etc. sind die Linken nur sehr schwach im VK vertreten.

Die VK-Sitzung bewies diese Marschroute anschaulich. – Die VK-Leitung kam mit einem fix- und fertigem Listen,vorschlag' in die Sitzung, der dann nur noch abgesegnet wurde.

Auf dieser Liste fand sich kein einziger erklärter Kritiker der alten BR-Politik. Dafür aber umso mehr Vertrauensleute, die zwar in der gewerkschaftlichen Arbeit noch keinen Deut getan haben, dafür aber augenscheinlich die ,besseren' Beziehungen haben – und natürlich findet sich fast der gesamte alte Betriebsrat wieder obenan. Zusätzliche Vorschläge durften nur von und über Anwesende gemacht werden. Ein fortschrittlicher Vertrauensmann, der krank war – sein schriftliches Einverständnis zur Kandidatur lag jedoch vor – konnte daher ebenfalls nicht kandidieren.

Besonders übel wurden die ausländischen Kollegen abgekanzelt. Auf die Kritik eines ausländischen Vertrauensmannes, wieso bei einem Anteil von 44 % (!) an der Gesamtbelegschaft kein ausländischer Kollege auf der Liste sei, wurde von Paulsen (BR-Vorsitzender) kurzerhand erklärt: „die können das nicht, mit der Sprache und so, und dann verstehen die die Schulungen nicht und überhaupt, die (!) haben doch gar kein Interesse“ – sprachs und wollte zur Tagesordnung übergehen. – Nur, der Kollege hatte ‚Interesse' und wollte kandidieren. Also wurde abgestimmt. Beim ersten Mal hatte er die klare Mehrheit. Da aber die Abstimmung laut Paulsen unübersichtlich(!?) war, wurde sie wiederholt – Ergebnis: der Kollege wurde abgeschmettert!

Damit stand die Liste der VK-Leitung, ausgemauschelt und gekunkelt im erlauchten Kreis der führenden Leuten aus BR und VK-Leitung, abgesegnet durch den VK. Ein schriftlich vorliegender Antrag auf Mitgliederversammlung etc. wurde gar nicht erst behandelt.

Treffendes Schlußwort von Karl Kapell (Harburger Statthalter der Hamburger Ortsverwaltung) zu diesem Schauspiel: *‚Das ging ja schnell, sind wir gar nicht gewohnt, das dauert sonst immer mehrere Stunden – war aber wohl auch nur ne Formsache, von euch kennt man das ja.'*

Damit war eine demokratische Kandidatenaufstellung nach vorheriger Diskussion von den IGM-Mitgliedern selber von der alten Betriebsratsclique verhindert worden.

Die Liste „Alternative“

Die fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen, die zur Kandidatur entschlossen waren, stellten nach der VK-Sitzung eine Kandidatengruppe auf und begannen Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatengruppe zu sammeln. Nach wie vor sollte jedoch noch einmal versucht werden, eine gemeinsame Liste herzustellen. Auf der VK-Sitzung am 1.2. (hier wurde die Reihenfolge der IGM-Liste festgelegt) wurde folgender Antrag (der ebenfalls durch die Unterschriften unterstützt wurde) gestellt:

„Die hier aufgeführte Gruppe von Kollegen, die sich zur Kandidatur stellt, schlägt den Kandidaten des IG-Metall-Vertrauenskörpers vor, [illegible] ihr zusammen eine gemeinsame Li[illegible] zu bilden, auf der die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind.

Wir meinen, daß die Persönlichkeitswahl (die nur bei einer Liste gegeben ist) den Kollegen die beste Möglichkeit gibt, die ihrer Meinung nach fähigsten Interessenvertreter in den Betriebsrat zu schicken. Wir würden es bedauern, wenn diese gemeinsame Liste (und damit die Persönlichkeitswahl) nicht zustandekommt, halten aber auch dann an unserer Entscheidung fest, zu den Wahlen zu kandidieren – in diesem schlechteren Fall auf einer zweiten Liste.“

Die alteingesessenen Betriebsräte lehnten jede Diskussion über dieses Angebot ab.

Damit war klar, daß Kurs genommen werden mußte auf den Aufbau einer oppositionellen Liste.

Verlogene Hetze, Demagogie und Erpressung – Wahlkampf der Sozialdemokraten

Gleich zu Beginn der Unterschriftensammlung entwickelten die maßgeblichen Herren in VK und BR eine bei ihnen sonst ungekannte Hektik und Aktivität:

„Da dürft ihr nicht unterschreiben, das ist eine illegale Sache, das ist verboten. Die fliegen alle aus der Gewerkschaft; die, die unterschreiben auch“, – die ersten „Argumente“ von VK-Leiter Steiner gegen die Sammlung. „Das ist eine Liste von einer kommunistischen Organisation“, ging's weiter. „Die wollen doch nur einen Posten“ und „die wollen doch nur Unruhe stiften die spinnen doch alle“, um nur einige der schmierigen Sprüche zu nennen. Die Geschäftsleitung schickte die Dolmetscher an die Front, um jedem ausländischen Kollegen mitteilen zu lassen, daß sie auf gar keinen Fall unterschreiben dürfen – sonst fliegen sie.

Den Gipfel ließen diese Vögel auf der VK-Sitzung am 1.2. los: „Jeder, der da unterschreibt, muß damit rechnen, daß er aus der Gewerkschaft fliegt und seinen Arbeitsplatz gefährdet“. Gegen diese schmutzige Methode der Wahlbehinderung, bei der sich offensichtlich Geschäftsleitung und VK-Leitung die Hand reichten, wurde von den Kandidaten der zweiten Liste eine einstweilige Verfügung erwirkt.

Darin wird dem BR- und VK-Vorsitzenden Steiner verboten, *„die Wahl des Betriebsrates bei der Firma Hanomag Henschel GmbH dadurch zu behindern oder zu beeinflussen, daß der Antragsgegner anderen Arbeitnehmern in Aussicht stellt, sie würden ihre Mitgliedschaft in der IGM und ihren Arbeitsplatz gefährden, wenn sie die Kandidatenliste unterschreiben würden, auf der auch der Antragsteller aufgeführt ist.“*

(Wortlaut der Einstweiligen Verfügung vom 5.2.75).

---

alternative BETRIEBSRÄTE WAHLEN 1975

WARUM KANDIDIEREN WIR?

Der alte Betriebsrat mit Günther Paulsen an der Spitze hat in den letzten Jahren anschaulich gezeigt, daß er nicht bereit (oder nicht in der Lage) ist, bei wichtigen Entscheidungen die Kollegen vorher darüber zu informieren und die Interessen der Belegschaft tatsächlich zur Richtschnur seines Handelns zu machen. So passierte es immer wieder, daß wir von entscheidenden Vereinbarungen erst nach deren Abschluß erfuhren und daß Vereinbarungen zugestimmt wurde, obwohl ein großer Teil der Belegschaft dagegen war. (Produktionsverlagerung, Weihnachtsgeld 1973 usw.).
Besonders zu kritisieren ist, daß sich der alte Betriebsrat nicht einmal bemühte, die Meinung der Belegschaft zu hören und danach zu handeln.

Da wir meinen, daß es so nicht weitergehen darf (und Kritik, die des öfteren gebracht wurde, nichts fruchtete) haben wir uns entschlossen, zu den Wahlen zu kandidieren.

Wir meinen, daß es bei der Arbeit des neuen Betriebsrats vor allem auf die folgenden Punkte ankommt:

- gemeinsam mit der Belegschaft alle Versuche, unsere Lage zu verschlechtern (etwa: Neufestsetzung der Arbeitswerte im Zuge der Verlagerung, nervtötende Arbeit durch die neue Produktion, verstärkte Disziplinierung durch die Arbeitsordnung usw.) abzuwehren;

Trotzdem verfehlte diese Hetzkampagne ihre Wirkung nicht. Relativ viele Kollegen, die mit der Sache sympathisieren und die Liste auch wählen wollen, haben aus Angst vor Konsequenzen nicht unterschrieben.

Trotz der Hetze aber fand die Kandidatur der „Alternative“ unter den Kollegen recht breite Zustimmung. Zum einen liegt dies sicherlich mit daran, daß der alte Betriebsrat mit Paulsen an der Spitze regelrecht verhaßt ist, zum anderen aber liegt es auch daran, daß die Kandidaten der „Alternative“ in ihrer bisherigen Arbeit zumindest den Kollegen aus ihrer Abteilung gezeigt haben, daß sie sich tatsächlich für die Interessen der Kollegen einsetzen.

Bemerkenswert ist insbesondere die Zustimmung der ausländischen Kollegen, obwohl die „Alternative“ bisher ihre Veröffentlichungen noch nicht in jugoslawisch und türkisch rausbrachte, unterstützen hier echt viele Kollegen die Liste aktiv, indem sie selbst Unterschriften sammelten und Landsleute für die „Alternative“ agitierten.

Die Paulsen & Kons. waren dagegen nicht in der Lage eine Auseinandersetzung über die ja durchaus unterschiedlichen Positionen auch nur ansatzweise zu führen.

Einziges offenes „Argument“ gegen die „Alternative“ war von dieser Seite: „Wenn die rankommen, dann geht alles drunter und drüber“ und „die haben doch gar keine Erfahrung“ . . .

Im Grunde sah es so aus, daß die „Alternative“ ihre Positionen darlegte, die Diskussion suchte und führte und die Sozialdemokraten Funkstille hatten. Selbst eine Hetzkampagne a la Chemie-Führung unterblieb. Etwas ändern sollte sich dies auf der Betriebsversammlung eine Woche vor der Wahl.

Die Betriebsversammlung stand logischerweise für jeden Kollegen unter dem Eindruck der anstehenden Betriebsratswahl. In Erwartung einer Auseinandersetzung über die künftige Betriebsrätearbeit war die Versammlung anfangs sehr gut besucht (ca. 1.200 Kollegen) – was sich leider sehr schnell änderte, als die Spezis loslegten. Zwei Berichte der Kapitalisten, vier Berichte des Betriebsrates und ein Beitrag vom Harburger IGM-Statthalter Karl Kapell mit einer Dauer von eineinhalb Stunden reichten aus, um den größten Teil der Kollegen rauszugraulen. Der Betriebsratsvorsitzende langweilte die versammelten Kollegen damit, aus irgendwelchen belanglosen „Betriebsvereinbarungen“ der letzten drei Jahre zu zitieren und sich damit selbst ins „rechte Licht“ zu rücken.

Starredner Karl Kapell glänzte insbesondere durch seine Unkenntnis über die Vorgänge bei Hanomag und durch die penetrante Hervorhebung, „daß nur hinter der Liste II die IGM (...OV) steht. Die Kandidaten der „Alternative“ versuchten ihrerseits eine sachliche Auseinandersetzung zu führen, was faktisch durch die ständigen Zwischenrufe und lügnerischen Vorwürfe unmöglich gemacht wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings auch nur noch ca. 250 Kollegen, der größte Teil Angestellte, anwesend.

Zwar ist es Paulsen & Kons. nicht gelungen auf dieser Versammlung die „Alternative“ „abzuledern“, gelungen ist es ihnen allerdings, zu verhindern, daß eine breite Diskussion auf der Versammlung geführt wurde – indem sie den größten Teil der Kollegen regelrecht rausquatschten.

Die Wahl – Ein Erfolg der fortschrittlichen Opposition

Das außerordentlich gute Abschneiden der „Alternative“ bei den Wahlen zeigt mehreres:

Zum einen ist es Ausdruck des durchaus breiten Protestes gegen den alten Betriebsrat um Paulsen, dessen Politik von vielen Kollegen kritisch beurteilt wird. Hierbei muß insbesondere bedacht werden, daß die offizielle VK-Liste einen größeren Teil ihrer Stimmen nur durch die Unterstützung der IGM-OV bekam. Das „Argument“: „Nur hinter der Liste II steht die IGM“ hat noch einmal viele Kollegen zur Wahl der Liste II bringen können. Selbst von erklärten Wählern der Liste II wird heute gefordert, daß Paulsen seine Politik ändert. Verteidigt wird die alte Politik tatsächlich nur von einem sehr, sehr kleinen Teil ,Kollegen.

Zum anderen wird deutlich, daß ein großer Teil Kollegen in den linken Kandidaten der Liste I tatsächlich eine Alternative sieht und sich nicht der Illusion hingibt, Paulsen und Kons. wären in der Lage, ihre Politik grundlegend zu ändern. Vollkommen falsch wäre es allerdings, hieraus zu schließen, daß ein Drittel der Belegschaft felsenfest hinter den Linken steht – vielmehr ist es so, daß die Linken aufgrund ihrer bisherigen Arbeit einen gewissen Vertrauenskredit erhalten haben. Diesem Vertrauen müssen die Linken durch ihre künftige Arbeit gerecht werden! Inwieweit das Wahlergebnis von Bestand sein wird oder ausgebaut werden kann, hängt entscheidend mit von der künftigen Arbeit der oppositionellen Betriebsräte ab.

Wichtig ist hier vor allem, an der bereits im Wahlkampf entwickelten Richtung der Öffentlichkeitsarbeit konsequent festzuhalten und bereits von Anfang an die ersten Schritte der oppositionellen Betriebsratsarbeit öffentlich zu machen.

Ganz sicher ist das Wahlergebnis auch durch den Wahlkampf mit entschieden worden. Zum einen gelang es der „Alternative“ nur durch ihre Öffentlichkeitsarbeit die Sozialdemokraten in die Defensive zu drängen. Von Anfang an gab es kein „geheimes“ Gerangel mit Paulsen & Kons., von Anfang an wurde jeder Schritt offengelegt. Dadurch wurden Paulsen & Kons. in Zugzwang gesetzt – sie mußten reagieren auf das, was die „Alternative“ vorlegte – und dazu sind die Sozialdemokraten so ohne weiteres nicht in der Lage.

All dies wurde begünstigt durch die besondere Unfähigkeit der führenden Betriebsräte. Glücklicherweise waren sie noch nicht einmal in der Lage eine Hetzkampagne einzuleiten – nach dem ersten Schuß vor'n Bug (einstweilige Verfügung) zogen sich drei Hauptagitateure gegen links vom Geschäft zurück: zwei wurden „überraschend“ krank, einer zog gleich seine Kandidatur zurück . . .

Deutlich wird, daß die Linken bei den Wahlen nur eine Chance haben, wenn sie einen offensiven Wahlkampf führen, den Sozialdemokraten möglichst immer einen Schritt voraus sind und den Wahlkampf offen und ehrlich mit den Kollegen führen! ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel, KB/Gruppe Hamburg

DKP – immer mit 'nem Scherz bei der Hand!

Einen Beitrag besonderer Art leistete die DKP bei Hanomag zu den diesjährigen BR-Wahlen.

Ohne inhaltlich auf den Wahlvorschlag der „Alternative“ einzugehen, versicherte „die Partei“ in ihrer Betriebszeitung: *„W i r (!) für unseren Teil werden jedenfalls die Liste II* (d.h. die „offizielle“ IGM-Liste, Anm. d. Red.) *wählen“* und empfahl den Hanomag-Arbeitern es ihr nachzutun.

Da dürfte sich d e r „Genosse“ von der DKP i m Betrieb aber ganz schön schwer getan haben . . .

Klöckner, Bremen:

Betriebsrätewahlen – im Zeichen von Kurzarbeit und verschärfter Arbeitshetze



Die Arbeit im Stahlwerk gehört zu den härtesten in der gesamten Industrie

Anfang März wurden auf der Bremer Klöckner-Hütte die Betriebsrätewahlen abgeschlossen. Unter sieben Listen, die zur Wahl standen, holte die Liste des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Röpke über 50 % der Arbeiterstimmen und ist mit 14 von 31 Sitzen im neuen Betriebsrat vertreten.
Seit dem 24. März müssen 3.700 Hüttenarbeiter für 1 Woche kurzarbeiten.

Seit einigen Jahren zählt die Belegschaft der Bremer Klöckner-Hütte zu den kampfstarken Teilen der Arbeiterklasse in der BRD.

Insbesondere in den September-Streiks 1969 kam dies zum Ausdruck. Damals besetzten die Arbeiter das Hüttengelände und verliehen ihren Forderungen mit der Drohung, den Mischer außer Betrieb zu setzen, Nachdruck. Vorausgegangen waren dieser Aktion eine Vielzahl kleiner Streikaktionen in den Jahren vorher.

Dieses kämpferische Bewußtsein und die über den betrieblichen Rahmen hinausgehenden Aktionen gegen die Notstandsgesetze und der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen der Bremer Straßenbahn, ebenso wie ihre Erfahrungen mit der Montan-Mitbestimmung (Arbeitsdirektor Dössmann betätigte sich während des Streiks als übelster Handlanger der Kapitalisten), zeigten ihre Folge auch in der Besetzung des Klöckner-Betriebsrats. Die alte rechte SPD-Mehrheit wurde abgelöst durch den Einfluß linker Gruppen (Gruppe Arbeiterpolitik, DKP, Linkssozialdemokraten).

In der Folge richteten die Klöckner-Kapitalisten ihr Hauptaugenmerk
kraten).

In der Folge richteten die Klöckner-Kapitalisten ihr Hauptaugenmerk darauf, die kämpferische Belegschaft zu disziplinieren und einzuschüchtern und ihre linken Vertreter rauszuschmeißen.

Als erstes gelang es ihnen, den Betriebsratsvorsitzenden Bonno Schütter rauszuschmeißen; Schützenhilfe erhielten sie hier von der IGM-Führung, die gegen 42 Kollegen der Hütte ein Ausschlußverfahren einleitete und schließlich exemplarisch den gefeuerten Betriebsratsvorsitzenden zusätzlich noch ausschloß!

Der nächste größere Angriff wurde im Sommer 1972 gefahren: den Streik der Kranführer auf der Hütte beantwortete Klöckner mit der Aussperrung der gesamten Belegschaft. Dennoch gelang es ihnen hier nicht, die erhoffte Spaltung durchzusetzen: die Kranführer konnten einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen.

Eine entscheidende Schwächung gelang im Sommer 1973: in einem dreitägigen Streik beteiligten sich die Hüttenarbeiter an dem Kampf vieler Arbeiter in der BRD für Teuerungszulagen. Nach drei Tagen brach dieser Streik ergebnislos auseinander. Entscheidenden Anteil hieran haben die bisher führenden Vertreter der Belegschaft, die es entgegen den 69er Erfahrungen nicht für nötig hielten, die Belegschaft in dieser Auseinandersetzung zu mobilisieren und an den Entscheidungen über die einzuleitenden Kampfmaßnahmen zu beteiligen. Stattdessen führten sie im wesentlichen stellvertretend für die Kollegen aktiv diesen Streik.

Deutlich wurde dies bereits beim Aufstellen der Streikforderung, die der Betriebsrat im Alleingang festlegte. Seiner 30-Pfennig-Forderung stand zu der Zeit eine Diskussion im Betrieb um „60 Pfennig mehr für alle!" entgegen.

Die Klöckner-Kapitalisten nutzen diese Schwäche voll aus: der Streik bricht zusammen, nicht ein Pfennig mehr springt dabei heraus, zwei Vertrauensleute, die konsequent für die 60-Pfennig-Forderung eingetreten waren, wurden entlassen.

Die Zerschlagung dieses Streiks, verbunden mit der Entlassung der beiden Vertrauensleute, hinterlassen gerade bei vielen fortschrittlichen Kollegen tiefe Resignation. Der Kampfwille der Klöckneraner ist, zumindest fürs erste gebrochen.

Ein weiteres Mittel der Klöckner-Kapitalisten den erneuten Aufbau einer betrieblichen Kampffront zu erschweren, ist ein Massenaustausch der Belegschaft. Bewußt wird die Fluktuation unheimlich hoch gehalten: Im ersten Quartal 74 waren es über 500 Kollegen, die neu zu Klöckner kamen, „im Austausch" mit ebensovielen, die in demselben Zeitraum geflogen sind. Bei einer Belegschaftsstärke von über 6.000 Kollegen, entspräche das einem „Gesamtaustausch" der Belegschaft in drei Jahren!

Die Tarifrunde im Herbst 73 geht dann auch dementsprechend „ruhig" über die Bühne. Manche Kollegen



Klöckner-Streik im September 1969: Arbeiter halten das Werk besetzt. Kein Streikbrecher kommt durch – Direktorium ist ausgezogen

Klöckner-Streik im September 1969: Arbeiter halten das Werk besetzt. Kein Streikbrecher kommt durch – Direktorium ist ausgezogen

wußten noch nicht einmal, daß sie schon gelaufen war, die anderen erfuhren die Ergebnisse nur aus der Zeitung. Erstmals bekommen die Klöckneraner in dieser Tarifrunde weniger, als ihre Kollegen in der metallverarbeitenden Industrie (11 % gegenüber 11,8 %), bisher hatte man den kampfstarken Hüttenbetrieben immer ein bißchen mehr „zugestanden" (in Form von betrieblichen Zulagen).

1974 wird zum Rekordjahr der Klöckner-Kapitalisten, der Stahlboom erreicht zumindestens im Warmwalzbereich den Höhepunkt. Das neue Warmwalzwerk und die Stranggussanlage laufen auf vollen Touren, die Kollegen müssen Schichten über Schichten kloppen. Über ein Dutzend Kollegen müssen diese Hetze im Jahre 74 mit dem Leben bezahlen, allein im ersten Quartal 74 ereignen sich 244 Betriebsunfälle auf der Hütte. Im Kaltwalzbereich zeigen sich zur Mitte 74 jedoch schon die ersten Anzeichen einer Auswirkung der Krise in der Autoindustrie, da dieser Bereich am meisten abhängig von der Autoindustrie ist. Ab Juni 74 werden einige Anlagen im Kaltwalzwerk stillgelegt, andere fahren nur noch 2-schichtig, eine Reihe Kollegen wird aus dem Kaltwalzwerk abgezogen und auf andere Plätze im Werk „verteilt".

Kapitalisten und Sozialdemokraten gemeinsam gegen die Linken

Im weiteren konzentrierten sich die Kapitalisten darauf, den Betriebsratsvorsitzenden, das DKP-Mitglied Heinz Röpke, rauszuschmeißen, um somit der gesamten Belegschaft einen Schuß vor den Bug zu geben. Sie konnten sich dabei voll auf die Unterstützung der SPD-Betriebsgruppe verlassen, die nach Kräften dies Bemühen unterstützte. Aufgrund einer Denunziation des SPD-Funktionärs Kintrup auf einer Betriebsversammlung entließ die Geschäftsleitung Röpke wegen Beteiligung an einem „wilden Streik". Kronzeugen gegen Röpke waren neben Kintrup noch der heutige SPD-Betriebsgruppenvorsitzende Schossow und natürlich der IGM-Arbeitsdirektor Sporbeck. Doch auch dieses Manöver hatte nicht den erwünschten Erfolg: das Denunziantentum der SPD-Funktionäre rief große Empörung hervor. Entsprechend wurden auch die beiden Denunzianten in der SPD-Betriebsgruppe von den Sozialdemokraten zunächst zurückgezogen. Darüberhinaus gewann Röpke im Herbst letzten Jahres den Prozeß und er blieb Betriebsratsvorsitzender.



Heinz Röpke, BR-Vors. Klöckner (1973)

Die veränderte Lage im Betrieb spiegelte sich auch im Betriebsrat wider. Die Rückschläge und erfolglosen Aktionen der Belegschaft gaben den rechten Sozialdemokraten Auftrieb und sie zielten auf eine Ablösung Röpkes als Vorsitzender. Insbesondere verstärkten sie ihre antikommunistische Hetze und machten die führenden linken Betriebsräte für die erfolgreichen Maßnahmen der Kapitalisten gegen die Belegschaft verantwortlich. Als Alternative bieten sie eine „konstruktive Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten an.

Waren noch bei den Wahlen 1972 26 der 29 Betriebsräte dem „linken Block" zuzurechnen, so hatte sich dieses Verhältnis mehr und mehr geändert. Insbesondere die „linken" Sozialdemokraten „fielen um". Ende 1974 arbeitete der Betriebsrat mit wechselnden Mehrheiten und die rechten SPDler schafften es, Röpke zum Rücktritt vom Vorsitz zu bringen. Offensichtlich hat hierbei die DKP-Führung mitgemischt, die entsprechend ihrer Devise „Zusammenarbeit mit der SPD **um jeden Preis**" die Konfrontation nicht zu weit treiben wollte. Röpke wurde mit einer Stimme Mehrheit zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Im zurückliegenden Dezember wurden dann mit der Bildung des neuen Wahlvorstandes die Betriebsrätewahlen 1975 eingeleitet.

Im Zeichen der Rationalisierung in der Stahlindustrie: die Betriebsrätewahlen

Wie in allen Stahlbetrieben, macht sich auch bei Klöckner der abflauende Boom bereits Ende 1974 bemerkbar. Bereits seit Jahresanfang arbeitet die Geschäftsleitung auf Kurzarbeit hin, der Betriebsrat stimmt dem nicht zu, schließt aber einen Kompromiß, der vorsieht, daß der Resturlaub 1975 genommen wird, ein Vorziehen des Jahresurlaubs 1975 befürwortet, Abfeiern der Mehrarbeit etc.



6 000 Klöckner-Hüttenarbeiter legen spontan die Arbeit nieder. Mit Lügen, Verleumdungen und Rollkommandos gehen die Klöckner-Bosse gegen ihre „lieben Mitarbeiter" vor. (1973)

Am 20. Februar lehnt der Betriebsrat dann die Einführung von Kurzarbeit ab. Begründung: die verbesserte Auftragslage der Automobilindustrie.

In der Sitzung vom 28.2. lehnt es der Betriebsrat wiederum ab, eine Betriebsvereinbarung über Kurzarbeit abzuschließen. Die Geschäftsleitung ruft daraufhin die Einigungsstelle an und erreicht am 13.3., daß vom 24.3. bis 31.4. 3.700 Arbeiter – vor allem an den Hochöfen, im Stahlwerk und den Warmwalzwerken kurzarbeiten müssen. Laut „Weser-Kurier" vom 14.3. erwägen die Kapitalisten darüberhinaus Kurzarbeit vor und nach dem 1. Mai sowie über Pfingsten.

Für die Belegschaft bei Klöckner bedeutet dies: weniger Lohn, weiter ansteigende Arbeitshetze, Rationalisierungen und möglicherweise Entlassungen.

In dieser Situation ist ein starker Betriebsrat auf der Hütte zur Abwehr der Maßnahmen der Kapitalisten unbedingt notwendig. Die Betriebsrätewahlen standen denn auch im Zeichen der zunehmenden Rationalisierung.

Während die 7 Angestellten-Betriebsräte in Persönlichkeitswahl gewählt wurden, standen bei den Arbeitern insgesamt 7 Listen zur Wahl, insbesondere die rechten Sozialdemokraten hatten sich gegen eine Einheitsliste gesperrt.

Neben der Liste 1, CMV (Christen), waren es 6 Listen mit IGM-Mitgliedern:

- Liste 2: „linke" Sozialdemokraten unter Führung von H. Bär
- Liste 3: Röpke/Florian, mit 37 Kandidaten die stärkste Liste und Repräsentant der bisherigen fortschrittlichen Politik
- Liste 5: Tete/Schönhoff, die Liste der rechten Sozialdemokraten (Denunziant Schossow auf Platz 4, Kintrup ist Angestellter)
- Liste 4, 6 und 7 waren Abteilungslisten, auf denen eine Reihe „linker" Sozialdemokraten kandidierten.

Insbesondere die rechten Sozialdemokraten führten einen übel antikommunistischen Wahlkampf, wenn auch in seinen offiziellen Erklärungen noch „vornehm zurückhaltend":

„Bei der letzten Wahl hatte Heinz Röpke durch seine Reden die meisten Stimmen ... Viele haben sich von dieser Truppe etwas erhofft und *sten Stimmen ... Viele haben sich von dieser Truppe etwas erhofft und* *so schlossen sich einige, sonst ganz brauchbare Kollegen, dieser Truppe an.*

Die sich als fortschrittlich bezeichnende Truppe hat aber nur agitiert und intrigiert und hat den anderen, die ihnen zugelaufen waren, die Arbeit überlassen ... Wie bei seinen großen Vorbildern im Osten abgeguckt, trat Röpke gezwungenermaßen aus Gesundheitsgründen zurück und hinterließ einen Scherbenhaufen. Außer ein paar politischen Sprüchen aus dem Wortschatz der DKP oder den Kampfrichtlinien des Kommunistischen Bund des Westens hat er nur aus Unterlagen vorgetragen, die er von der ihm angeblich so verhaßten Direktion geliefert bekam." (Hüttenzaun, Flugblatt der Tete-Liste).

Antikommunistisch untermauert wird diese Hetze, die allein auf bestimmte Schlagworte und Vorurteile abgestellt ist, noch mit einer Geschichte, „Snack am Hüttenzaun". Da unterhalten sich Hein und Kuddel über die „vom Osten gesteuerten Kommunisten" und da fehlt auch nichts aus dem antikommunistischen Repertoire: „Brüder und Schwestern drüben", „die Mauer", „Schießbefehl" etc. pp.

Weniger „vornehm zurückhaltend" offenbarten sich dieselben Leute dann in einem anonymen Flugblatt, in dem Röpke und die Kommunisten die Schuld an der Kurzarbeit bekommen, während doch der Unternehmer nur das Beste will:

„In Sachen: Kurzarbeit! Das Maß ist endgültig voll! Wie oft wurde die Belegschaft von den Kommunisten und ihren Handlangern in einen unsinnigen Streik geführt. Haben diese Aktionen uns nicht schon genug gekostet?

Wir lassen nicht länger Schindluder mit uns treiben!

Jetzt treibt die Betriebsratsmehrheit um Röpke die Hälfte der Belegschaft in die Kurzarbeit!

(...)

Kommunisten sind nicht frei in ihren Handlungen!

Ihr Lehrmeister ‚Lenin' schrieb in seinem Buch ‚Der Radikalismus': ‚Um kommunistische Arbeit zu leisten, muß man zu allen möglichen Listen, Kniffen und illegalen Methoden, zur Verschweigung, zur Verheimlichung der Wahrheit bereit sein. Die schärfste und schonungsloseste

FORTSETZUNG SEITE 28

Betriebsrätewahlen – im Zeichen von Kurzarbeit und verschärfter Arbeitshetze

Kritik ist gegen KP-Führer zu richten, die die Wahlen nicht auf kommunistische Art ausnutzen.'

Das haben die Handlanger um Röpke immer treu befolgt! Röpke hat seine Arbeit als Betriebsrat vernachlässigt, ja er hat erst gar nicht mit ernsthafter Betriebsratsarbeit angefangen.

3 Jahre Nichtstun – 3 Jahre Unruhen und Krawalle sind genug.

(...)

Keine Stimme den Kommunisten, keine Stimme den Listen 3 und 6!

Die nichtkommunistischen Kandidaten"

Ganz offensichtlich wird hier, daß dies die Methoden der Faschisten sind: denunzieren, verleumden, Vorurteile bestärken, hetzen mit der Absicht, daß schon irgendwas hängenbleibt (besagtes Lenin-Buch gibt es gar nicht, das Zitat ist natürlich vollkommen verfälscht). Wegbereiter für diese Methode zur Ausschaltung linker Gewerkschafter sind hier wohl insbesondere die Chemie-Gewerkschaftsführer in Hamburg, die ÖTV-Führer in Westberlin, die GEW-Führer, die ja bereits reichlich Material und Anschauungsunterricht geliefert haben (vergl. auch die Betriebsratswahlen bei Krone, West-Berlin, in ARBEITERKAMPF 57).

Um so höher ist der Ausgang der Betriebsrätewahlen bei den Arbeitern der Klöckner-Hütte zu bewerten, die insbesondere denjenigen Sozialdemokraten, die auf eine direkte Schwächung der Arbeitervertretung hinarbeiten, eine Abfuhr erteilten.

Mit über 50 % Arbeiterstimmen und 14 der 24 Sitze siegte die Röpke-Liste ganz klar. Mit ganzen 122 von über 4.000 Stimmen erhielten die Christen eine klare Abfuhr und keinen Sitz im Betriebsrat!!

Mit nur 4 Sitzen ging die rechte Tete-Liste als zweitstärkste aus den Wahlen hervor. Alle anderen Listen erhielten 1 beziehungsweise 2 Sitze.

Eine Abfuhr erlitten auch die „linken" Sozialdemokraten, die mit eigenen Listen ihre Art der Abgrenzung von der bisherigen Betriebsratspolitik vornehmen wollten, sich aber doch zu schade waren, mit den rechten Denunzianten gemeinsam aufzutreten.

Ungünstiger war der Ausgang der Wahlen bei den Angestellten: hier konnten die rechten durchweg ihre Anhänger durchbringen. Insbesondere Kintrup konnte sich behaupten. Laut „Weser-Kurier" vom 21.3. hat er daraufhin den Vorsitz im SPD-Stadtkreis Blumenthal abgegeben, *„um sich verstärkt der Betriebsratsarbeit in der Klöckner-Hütte widmen zu können."*

Mittlerweile ist Röpke mit 16 : 15 Stimmen wieder zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden.

Mit dieser knappen und wackligen Mehrheit der fortschrittlichen Betriebsräte, die sich zudem noch auf die Zustimmung der linken Sozialdemokraten anderer Listen stützen muß, dürfte es schwer sein, in Zukunft die Interessen der Belegschaft auch im Gremium Betriebsrat wirkungsvoll zu vertreten. Auf der anderen Seite aber haben die Klöckner-Arbeiter bei diesen Wahlen ein klares mehrheitliches Votum für die fortschrittliche Betriebsratsarbeit gegeben. Und hierin liegt die Chance für eine konsequente Interessenvertretung: sich in ihrer Arbeit auf die Belegschaft zu stützen, eine ständige Information zu betreiben und die Arbeit an der Basis, in den Abteilungen zu intensivieren.

Nur so kann es gelingen, die geplanten Maßnahmen der Kapitalisten gegen die Belegschaft abzuwehren.

Derweil sitzen die Kintrup & Co. bereits auf dem Sprung, um nur ja jede Schwäche der Linken auszunutzen. ●

Kommunistischer Bund / Gruppe Bremen

Zur Situation bei Opel Bochum

Sonderschichten Neueinstellungen Preissteigerungen

Während am Donnerstag, den 6.3. 1975 noch Verhandlungen des BR (Betriebsrat) wegen ca. 100 Umbesetzungen von Zeitlöhnern in die Produktion im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen geführt werden sollten, fand stattdessen eine außerordentliche Wirtschaftsausschußsitzung in Kaiserslautern statt. Am Freitag, den 7.3.75 kam dann überraschend die Information der Geschäftsleitung, sechs Sonderschichten einzurichten (am 15.3., 22.3., 15.3., 12.4., 19.4. und 26.4.). Außerdem sollen 500 Neueinstellungen in Bochum und 300 in Rüsselsheim vorgenommen werden. Allerdings sind die Anstellungsverträge nur auf drei Monate befristet. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß die Auftragseingänge gestiegen seien. So wären ca. 8000 Autos, vornehmlich aus Skandinavien und Österreich bestellt worden.

Obwohl für den 11.3.75 noch eine Sitzung des Gesamtbetriebsrats mit der GL (Geschäftsleitung) festgelegt war, auf der aktuelle Forderungen der Belegschaft verhandelt werden sollten (so z.B. die Garantie des vollen Lohnausgleichs bei künftiger Kurzarbeit und effektive Auszahlung der ab 1.4.1975 erhöhten Spät- und Nachtschichtzulage!), wurde stattdessen eine Wirtschaftsausschußsitzung durchgeführt, auf der Preissteigerungen von 7,5 % mit Wirkung vom 14.3.75 beschlossen wurden. Diese werden damit begründet, daß die Opel-Kraftfahrzeuge eine bessere Ausstattung bekommen hätten. Bedenkt man, daß die Ausstattungsverbesserungen teilweise schon einige Zeit zuvor als Folge der Absatzschwierigkeiten vorgenommen worden sind und zu der Zeit keineswegs zu Preissteigerungen führten, und daß gleichzeitig die Gewinn- und Verlustrechnungen der Adam Opel AG sehr gute Gewinne ausweisen, so können diese Preissteigerungen nur als absolutes Profitstreben der Opel-Kapitalisten begriffen werden. Die Preissteigerungen werden also relativ willkürlich festgelegt und sind Ausdruck dessen, was die Unternehmer sich selbst für Verkaufschancen jeweils einräumen.

Von Seiten der Geschäftsleitung wird zusätzlich die Behauptung aufgestellt, daß der Kostenzuwachs (die mageren 6,8 % Lohnsteigerungen etwa?) „bei weitem nicht durch die Preiserhöhung abgedeckt" würde („WAZ", v. 13.3.). Das müßte dann jedoch schon zuvor der Fall gewesen und durch Gewinnverluste zum Ausdurck gekommen sein. In der Gewinnfrage steht Opel jedoch nach wie vor an vorderster Front, was ein besonderes Zeugnis der intensivierten Arbeitsleistung der Opel-Arbeiter ist, die allerdings mit 6,8 % abgespeist wurden.

Die Kollegen sind über diese chaotische und anarchische Politik der Opel-Kapitalisten empört. Knapp einen Monat ist es her, seit dem die Tarifabschlüsse auf 6,8 % zurechtgebogen wurden. Dies wurde von Seiten der Gewerkschaftsführung, der Wirtschaft und der Bundesregierung als „stabilitätskonformes" Verhalten und den Arbeitern als „gutes Kampfergebnis" verkauft. Es ist hinlänglich bekannt, daß damit keinesfalls die Kaufkraftverluste der Metallarbeiter in den letzten Jahren abgedeckt wurden. Dennoch erhöht Opel die Preise um 7,5 % !

Die Kollegen argumentieren heute so: „Was nützen uns für zwei Monate Sonderschichten, wenn wir dadurch unsere Existenz immer abhängiger von Opels Profitpolitik machen? Wenn am Jahresende 1974 innerhalb eines Monats ca. 800 Kollegen durch Abfindungen und Entlassungen nicht mehr bei Opel beschäftigt werden, Anfang März jedoch plötzlich 500 eingestellt und Sonderschichten gefahren werden sollen, so kann das bedeuten, daß nach zwei bis drei Monaten wieder Kurzarbeit für uns ist!"

Ein Opel-BR las in diesem Zusammenhang den Betriebsräten in Bo-

naten wieder Kurzarbeit für uns ist!"
Ein Opel-BR las in diesem Zusammenhang den Betriebsräten in Bo-

chum ein Zitat vor:

„Im Interesse einer kontinuerlichen Beschäftigung der Arbeitnehmer halten wir es unbedingt für zumutbar, daß beispielsweise Auftragsbestände nicht durch Sonderschichten oder schnellere Bandgeschwindigkeiten frühzeitig abgebaut werden."

Daraufhin griffen die rechten BR diesen Kollegen mit dem Bemerken an, dieses seien alles Forderungen und Vorstellungen, die sowieso nicht zu verwirklichen und darüberhinaus linksextrem seien.

Das Zitat stammte von Eugen Loderer und war der „Metall" Nr. 4 entnommen!!!

Betriebsratsvorsitzender Perschke und rechte Betriebsräte passen sich an die Krisenpolitik an

Mit der Bemerkung, „Wer ist dafür, daß Opel 500 Mann von der Straße holt? ", gab es bei der Abstimmung im Betriebsrat in Bochum über die Einstellungspolitik der Adam Opel AG nur eine Enthaltung. Natürlich sollen die Kollegen nicht auf der Straße liegen! Aber derselbe Perschke und seine Karriere-BR's haben bei Entlassungen und Kurzarbeit nicht die Frage gestellt: "Wer ist dafür, daß diese Kollegen auf die Straße fliegen? " Er hat lediglich argumentiert: „Besser ein Junggeselle als ein verheirateter Familienvater, besser ein jüngerer als ein älterer Kollege" usw.

Der VK (Vertrauenskörper) Rüsselsheim hat gegen die Politik der Opel-GL scharf protestiert und auch den BR wegen seiner Haltung zu diesen Fragen gerügt. Bei der Abstimmung über Sonderschichten in Bochum stimmten fünf BR mit „Nein" und vier enthielten sich (wobei einige fortschrittliche BR nicht anwesend sein konnten). Die überwiegende Mehrheit der VL ist gegen die Sonderschichten, weil das nicht den Opel-Arbeitern, sondern nur dem Opel-Kapital langfristig dient. Außerdem haben sie die 3-Monats-Verträge scharf verurteilt. Die Arbeiter brauchen vielmehr einen ausreichenden Lohn bei 40 Stunden, damit keiner mehr auf Sonderschichten angewiesen ist!

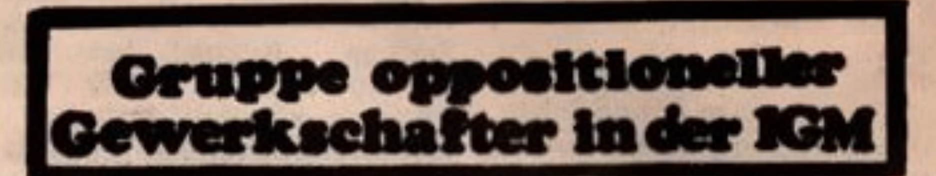
Der BR in Rüsselsheim stimmte am 7.3. mit 36 Ja- und 7 Nein-Stimmen für die Sonderschichten. Daraufhin haben die VL eine Resolution verabschiedet, wonach erst die Belegschaft und die VL befragt werden müssen, bevor der BR seine Zustim-

verabschiedet, wonach erst die Belegschaft und die VL befragt werden müssen, bevor der BR seine Zustim-

mung zu solchen Maßnahmen gibt.

Situation vor den Betriebsratswahlen

Alle Kollegen haben sich auf der letzten Belegschaftsversammlung für eine Persönlichkeitswahl bei den BR-Wahlen im Mai 1975 ausgesprochen. Eine Reihe fortschrittlicher Kollegen hat nun ein Programm zur Diskussion vorgelegt, worauf die Kandidaten für die Persönlichkeitswahl verpflich-



BETRIEBSRATSWAHL

▶ Vorschlag zur Diskussion ◀

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Im ganzen Betrieb läuft eine intensive Diskussion für die Persönlichkeitswahl. Die meisten von uns haben gemerkt: Der alte Perschke-Betriebsrat hat Angst davor. Viele alteingesessene "Berufsbetriebsräte" wissen, daß sie bei der Persönlichkeitswahl keine Chance haben. Auch bei der Persönlichkeitswahl stellt sich die Frage:

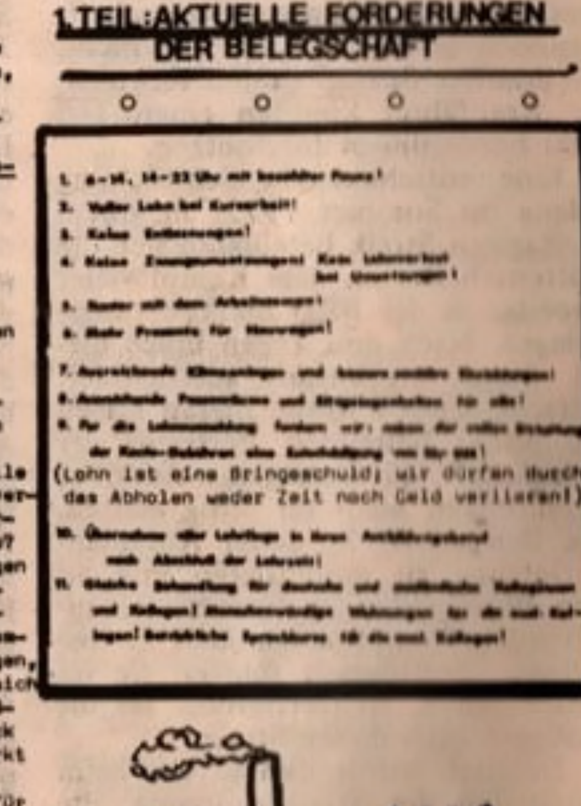
Wie können aus über 12000 Arbeitern die besten Kollegen am 6. Mai für den Betriebsrat ausgewählt werden?

Von jedem einzelnen Kandidaten müssen wir wissen, was er will, welches Programm für die Betriebsratsarbeit er hat.

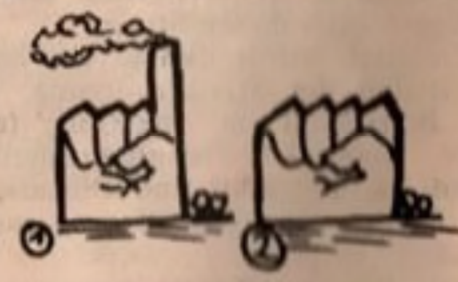
1) Welche Forderungen der Belegschaft müssen wir gemeinsam mit dem neuen Betriebsrat am dringendsten durchsetzen?
2) Wie stellt sich jeder Betriebsratskandidat die Durchsetzung solcher Forderungen vor?
3) Für den täglichen Ablauf und die Kontrolle der Betriebsratsarbeit gibt es aus den vergangenen drei Jahren Forderungen zur Verbesserung. Wie steht jeder Kandidat dazu?
4) Über die aktuellen Belegschaftsforderungen hinaus gibt es Forderungen der Arbeiterschaft, die in einem Betrieb kaum durchsetzbar sind, sondern den Kampf der gesamten Arbeiterschaft erfordern. Die Kollegen, die Betriebsräte werden wollen, müssen sich dafür einsetzen, daß gerade aus den Großbetrieben wie Opel der einheitliche Druck für diese dringenden Forderungen verstärkt wird.

Diese 4 Bereiche sollen den Inhalt bilden für ein Programm zu den Betriebsratswahlen.

◆ ◆ ◆


1. TEIL: AKTUELLE FORDERUNGEN DER BELEGSCHAFT

(Lohn ist eine Bringeschuld; wir dürfen durch das Abholen weder Zeit noch Geld verlieren!)





Vorschlag der GOG/Opel Bochum für die diesjährigen Betriebsrätewahlen

Hamburg

Kampfkraft der Arbeiterklasse, können die Bürokraten mit dem oben ge-

Hamburg

Betriebsrätewahlen bei Hoechst und Norddeutsche Affininerie.

10 - 15 % stimmten für die Linken

Die Betriebsrätewahlen bei ler Norddeutschen Affinerie (NA) und Hoechst/Hamburg (ehem. Reichhold-Albert-Chemie) haben für die bekanntesten Linken jeweils etwa 13% der abgegebenen Stimmen erbracht. Diese Stimmenzahl reichte jedoch nicht für einen Sitz im Betriebsrat aus, da in beiden Betrieben eine reine Persönlichkeitswahl (alphabetische Reihenfolge) stattfand. In beiden Betrieben kandidierte jeweils eine Gruppe linker Arbeiter en bloc mit gemeinsamem Programm gegen die Sozialdemokraten und (bei Hoechst) auch gegen die gewerkschaftsfeindliche Rechte.

Mit den erreichten Stimmen und sogar mit weniger hätten die Linken bei Listenwahl mit Sicherheit einen Sitz bekommen.

Somit bleibt der Betriebsrat der NA fest in der Hand der Sozialdemokraten. Bei Hoechst/Hamburg konnten sogar drei rechtsradikale Gewerkschaftsfeinde mit hoher Stimmenzahl in den Betriebsrat einziehen.

Mit zum Teil gutem Erfolg in einzelnen Fragen hatten die Linken es verstanden, in mehrjähriger Arbeit den Sozialdemokraten in allen wichtigen Fragen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit alternative Standpunkte entgegenzustellen und jetzt im Wahlkampf über eigene Flugblätter programmatisch dargelegt.

Der Schwerpunkt lag auf den verschiedenen Forderungen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Betriebsrates, sowie in der Forderung nach Beseitigung eklatanter Mißstände (im innerbetrieblichen Lohnsystem, im sozialen Bereich, in der Benachteiligung der ausländischen Kollegen und vieles mehr).

Dagegen setzten die Sozialdemokraten (rechte wie „linke" gleichermaßen) eine enorme antikommunistische Demagogie und eine widerliche persönliche Verleumdung der Linken. Aus der Fülle der Hetzschriften nur einige Beispiele:

NA: „ ... *sie* (die Linken – Red.) *wollen zerstören, spalten und alles kaputtmachen, um sich selbst an die Spitze zu stellen und dann ihr zerstörisches Werk weiter fortzusetzen."*

„Kollegen, laßt es nicht zu, daß durch diese Chaoten Arbeitsplätze gefährdet werden. Ihnen ist es gleich, ob ältere Kollegen durch überhöhte Forderungen entlassen werden."

In der türkischen Version las sich daß dann – in Deutsch übersetzt – so: „ ... *Den Kommunisten ist es egal, ob wir Türken entlassen werden ...".* Und für die Analphabeten unter den türkischen Kollegen wurden die Bilder der Linken abgedruckt und fett durchkreuzt.

Bei Hoechst/Hamburg wurden direkte Verbindungen zwischen der linken Gruppe und der „Baader-Meinhof-Bande" hergestellt. Ein Sonderflugblatt der IG Chemie behauptete z.B.: „ ... *In einem Brief ... machten sie* (die Linken – Red.) *Ausführungen, aus den entnommen werden muß, daß sie für Extremisten wie Baader-Meinhof Partei ergreifen, gegen Behörden, die diese verfolgen."* (Die Wahl fand zur Zeit der Lorenz-Entführung statt!)

Besonders in einer über dreistündigen Betriebsversammlung wurde allein in über zehn vorbereiteten Beiträgen von Sozialdemokraten, Rechtsradikalen und Geschäftsleitung der damalige Linke Betriebsrat B. angepöbelt, diffamiert und in „ausführlichen Analysen" seine Äußerungen mit denen der KB-Betriebszeitung CHEMIEARBEITER verglichen. Insbesonders seine Ablehnung der Kurzarbeit wegen der höchsten Profite in der Geschichte von Hoechst und der Heraufsetzung der Aktionärsdividende wurde demagogisch als *„verantwortungsloses Pokern mit dem Schicksal von Familienvätern"* und *„Provozierung von Entlassungen"* bezeichnet. (Heute ist die Kurzarbeit aufgehoben, es werden wieder Sonderschichten gefahren).

Angesichts der allgemeinen antikommunistischen Stimmungsmache und der noch wenig entwickelten Kampfkraft der Arbeiterklasse, können die Bürokraten mit dem oben geschilderten Antikommunismus und eindeutiger Orientierung auf „konfliktfreie Sozialpartnerschaft" (bei der die Arbeiter – trotz aller Mängel – immer noch am besten fahren) starke Erfolge in der Belegschaft erringen und sogar stellenweise kämpferische Alternativen von der Betriebsratspolitik ganz ausschalten.

Neben der politischen „Großwetterlage" sind die Verluste bei Hoechst/Hamburg gegenüber der Listenwahl vor gut einem Jahr (damals zwei Sitze für die Linken) in erster Linie durch das Ausscheren linker Sozialdemokraten aus der oppositionellen Betriebspolitik und durch den verlorengegangenen Einfluß im Lehrlingsbereich zu erklären. Der profilierte linke Jugendvertreter war den nun schon zwei Jahre währenden Angriffen (Gewerkschaftsausschluß, finanzielle Belastung durch verlorene Prozesse, persönliche Diffamierung etc.) nicht mehr gewachsen und hatte den Betrieb verlassen. Ein ganzer Lehrlings-Jahrgang wurde vom Betrieb gefeuert.

Bei ihrer „traditionellen" Basis, den Schichtarbeitern, konnte der Einfluß hingegen gehalten werden.

Bei der NA bildet das Abschneiden der Linken, die erstmalig zum Betriebsrat kandidierten, eine gewisse Grundlage für die weitere Festigung der Zusammenarbeit mit den (weit über 200) oppositionellen Artern.

Das Ergebnis beider Wahlen brachte einen Zugewinn, bzw. eine beachtliche Stabilisierung der bisherigen sozialdemokratischen Betriebsratsarbeit. In beiden Betrieben haben es die Linken nicht in ausreichendem Maß verstanden, die platte, z.T. militant antikommunistische Hetze (überhaupt das einzige, was SPD und Gewerkschaftsführung im Wahlkampf zu bieten hatten) wirksam zu durchbrechen. Das dürfte allerdings beim derzeitigen Stand der Klassenkämpfe ohnehin nur in Ausnahmefällen (wie z.B. Texaco und Hannomag-Henschel in Hamburg) zu schaffen sein. **In dem nur mäßigen Abschneiden der Linken (zwischen 10 und 15% der Stimmen) spiegelt sich u.E. auch die trügerische Hoffnung der großen Mehrheit der Arbeiter wieder, nicht im Kampf gegen die Kapitalisten, sondern im Einvernehmen mit denselben am Besten zu fahren.** ●

Chemiekomitee in Zusammenarbeit mit den Betriebszellen Hoechst und Norddeutsche Affinerie, KB/Gruppe Hamburg

tet werden sollen. Dieses Programm ist in vier Teile aufgegliedert:

1. Teil: Aktuelle Forderungen der Belegschaft

2. Teil: Zur Durchsetzung der Forderungen

3. Teil: Forderungen zur sofortigen Verbesserung der BR-Arbeit bei Opel und für die Kontrolle des BR durch die Belegschaft

4. Teil: Gewerkschaftliche Forderungen der gesamten Arbeiterschaft.

Da am 24.2. 46 % der Angestellten bereits für einen getrennten Wahlvorgang der Arbeiter und Angestellten gestimmt hatten, muß man damit rechnen, daß zumindest die Angestellten durch Einreichen einer eigenen Liste die Persönlichkeitswahl bei Opel durchkreuzen werden, was auch in der Vergangenheit regelmäßig der Fall war. Prinzipiell müssen Angestellte und Arbeiter auf Grund ihrer gemeinsamen Interessenlage auch eine gemeinsame Wahl fordern. Das wäre die demokratische Wahlform.

Der Kampf der Opel-Kollegen ist jedoch noch nicht so weit, daß dieser einheitliche Wille so behandelt wird, daß tatsächlich eine Persönlichkeitswahl von Arbeitern und Angestellten zu erwarten ist. Zu erwarten ist diese bei den Arbeitern. Deswegen sind die Arbeiter von Opel aufgerufen worden, um ihren Willen zur Persönlichkeitswahl Realität werden zu lassen, diesmal für getrennte Wahlen von Angestellten und Arbeitern zu stimmen. Die IGM-Ortsverwaltung hatte seit langem mal wieder ein Flugblatt verteilt, worin für die gemeinsame Wahl aufgerufen wurde. Damit würde „Solidarität" gezeigt, so argumentiert die Gewerkschaftsführung und mit der getrennten Wahl wollten lediglich „nach dem Prinzip Teile und Herrsche" einige Kollegen linksextremistische politische Zielsetzungen „zum Durchbruch" bringen.

Tatsache aber ist, daß die Gewerkschaftsführung genau weiß, daß es in dieser Frage bei Opel nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Politik noch keine Solidarität in dem Sinne gibt, daß damit die Persönlichkeitswahl erreicht würde. Die rechte BR-Mehrheit und die Gewerkschaftsführung spekulieren darauf, daß die Angestellten eine Liste reinreichen, damit sie es selbst nicht zu tun brauchen und damit die alphabetische Belegschaftsliste verhindert wird. Anscheinend geht die Gewerkschaftsführung davon aus, daß ein ganz großer Teil der Kollegen „linksextremistische Absichten" verfolge, denn das Ergebnis der Abstimmung über diese Frage lautete: 54,5 % : 44,4 % für gemeinsame Wahl bei einer Wahlbeteiligung von ca. 78 %.

Letzte Information: Die im Manteltarifvertrag vereinbarte Erhöhung der Spät- und Nachtschichtzulagen (ab 1.4.75) um jeweils 36 Pfennig will Opel nur bei der Nachtschicht effektiv auszahlen! Die Spätschichtzulage soll auf die übertarifliche Zahlung angerechnet werden. ●

Solidaritäts-Komitee Opel /Bochum

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13000 Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich Verkaufspreis: 1,- DM, Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 461 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

HBV Hamburg eröffnet Ausschlußverfahren:

„Die roten Ratten müssen raus!"

Unter diesem Motto geht die Ortsverwaltung Hamburg nun daran, für den Düsseldorfer Chef der HBV, Vietheer, fortschrittliche Gewerkschafter rauszuschmeißen!
Bestätigt wurde dies auf der Delegiertenversammlung der HBV, am 6.3.1975. In welchem Klima der Hetze diese Diskussion stand, zeigt der Ausspruch eines Delegierten und zugleich – wie er sich rühmte – Beisitzer von einem Schlichtungsverfahren: die auszuschließenden Kollegen seien „Faschisten im roten Gewand", und damit auch alle wissen, welches Ziel diese Ausschlußverfahren haben, bekräftigte er, „diese roten Ratten, die an unserer Demokratie nagen, müssen raus"! Dieser von dem Faschisten Strauß oft benutzte Ausspruch scheint den rechten ‚Gewerkschaftern' nur recht und billig zu sein, wenn es darum geht, die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor der Kapitalisten zu erhalten!

In ARBEITERKAMPF Nr. 53 und 54 wurde über die beiden von der Gewerkschaftsführung veranlaßten Polizeieinsätze gegen Gewerkschaftsmitglieder am 11.11.74 und am 9.12.74 berichtet. Anlaß für diese Polizeiaktionen war die Empörung und die Forderung nach Diskussion vieler HBV-Kollegen über den beantragten Gewerkschaftsausschluß des Fachgruppenvorsitzenden Buchhandel und Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes U. Vetter. Diese Auseinandersetzung wurde durch die HBV-Führer mit Gewalt verhindert. In der Folge dieser scharfen Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und rechten HBV-Führern wurden inzwischen weitere sieben (!) Ausschlußanträge gestellt. Es sollen fünf Mitglieder des Fachgruppenvorstandes Groß- und Außenhandel (dessen Zerschlagung man damit anstrebt) und zwei co-op-Kollegen aus der Gewerkschaft rausfliegen. Das Verfahren gegen den Kollegen U. Vetter ist bereits durchgezogen, sein Ausschluß vom Hauptvorstand der HBV bestätigt!

Alle Ausschlußverfahren werden über den „ordentlichen" Weg einer gewerkschaftlichen „Schlichtungsstelle" durchgeführt.

Sowohl im Fall U. Vetter als auch in den später gestellten Anträgen, steht die Herstellung von Öffentlichkeit im Mittelpunkt der Ausschlußanträge. U. Vetter wurde vorgeworfen, durch eine persönliche Erklärung gegen die erhobenen Anschuldigungen die Meinungsfreiheit „überstrapaziert" zu haben. Dadurch sei der Gewerkschaft Schaden zugefügt worden. Ähnliche Vorwürfe werden den beiden co-op-Kollegen gemacht, die sich in zwei öffentlichen Erklärungen zu umlaufenden Gerüchten über Ausschlußvorbereitungen geäußert haben. Fünf Mitgliedern des Fachgruppenvorstandes Groß- und Außenhandel wird vorgeworfen, durch eine von ihnen unterschriebene Stellungsnahme zum Polizeieinsatz ihre Pflichten verletzt zu haben, da diese Stellungnahme angeblich Unwahrheiten und Unterstellungen enthält, die das Ansehen der Gewerkschaft HBV herabzusetzen ge-
lich Unwahrheiten und Unterstellungen enthält, die das Ansehen der Gewerkschaft HBV herabzusetzen ge-
eignet s ind.

Um die Ausschlußanträge zusätzlich abzusichern, wird die (vermutete) Mitgliedschaft der Kollegen beim KOMMUNISTISCHEN BUND unterstellt, da *„wichtige interne (?) Beratungsgegenstände des Fachgruppenvorstandes in „Zur Sache" und anderen Schriften des Kommunistischen Bundes veröffentlicht worden sind."* (Zitat aus den Ausschlußanträgen. Die „Zur Sache" ist die Branchenzeitung des KB für die HBV-Kollegen).

Zerschlagung des Fachgruppenvorstandes Groß- und Außenhandel geplant

Die Mitgliederversammlung (MV) der Fachgruppe Groß- und Außenhandel ist den Gewerkschaftsführern schon lange ein Dorn im Auge:

- so war es ein großer Teil der MV Groß- und Außenhandel, der am 11.11.74, als der Kollege U.V. ausgeschlossen werden sollte, für die Öffentlichkeit des Verfahrens sorgte;
- so wurde dieser Kollege von der überwältigenden Mehrheit der MV eingeladen und diese Einladung aufrechterhalten, als die Gewerkschaftsführer den Kollegen Vetter mit Polizei aus der MV vom 9.12.74 holten.

Die Kollegen reagierten auf diesen zweiten Polizeieinsatz innerhalb eines Monats mit einem Ausschlußantrag gegen den geschäftsführenden (verantwortlichen) Sekretär A. Krause und einer Mitteilung an alle Kollegen. Schon vor der MV hatten die fünf Vorstandsmitglieder die Versammlung in einer offenen Erklärung informiert, daß der Kollege U.V. nicht im Groß- und Außenhandel sprechen darf und daß des weiteren Ausschlußvorbereitungen gegen zumindest einen Kollegen des Fachgruppenvorstandes laufen. Diese Erklärung wurde auf der Mitgliederversammlung am 9.12.74 mit 39 Stimmen, ohne Gegenstimme, bei 4 Enthaltungen von den Kollegen unterstützt und auf der Mitgliederversammlung am 22.1.75 von 29 Kollegen, rund der Hälfte der anwesenden Kollegen, persönlich unterschrieben!

Wenn die Gewerkschaftsführer jetzt Ausschlußverfahren einleiten, so sollen hier stellvertretend für die Mehrzahl der Kollegen der Fachgruppe fünf Kollegen über die Klinge springen. Beabsichtigt ist die Zerschlagung des Fachgruppenvorstandes, in dem die Linken eine starke Position haben, die Einschüchterung und Diffamierung aller Kollegen und letztlich die Liquidierung dieser Gewerkschaftsarbeit. Die fortschrittlichen Kollegen haben daher in einer Resolution diesen Spaltungsversuch zurückgewiesen. Darin heißt es:

„Die in dem Ausschlußantrag genannten ‚Beschuldigungen' treffen alle aktiven fortschrittlichen Kollegen, die die Arbeit der fünf Vorstandsmitglieder ständig unterstützt haben.

Wir fordern auf jeden Fall noch im Februar eine Mitgliederversammlung, auf der die Ausschlußantragsteller zu den von ihnen erhobenen Anschuldigungen, die – wie gesagt – uns alle betreffen, Stellung nehmen...

Laut Ausschlußantrag sind überdies die gesamten aktiven Mitglieder in den „begründeten Verdacht" geraten, Mitglieder im Kommunistischen Bund zu sein, soweit sie offen auf Mitgliederversammlungen und vor ihren Kollegen über „interne Beratungsgegenstände des Fachgruppenvorstandes" diskutieren bzw. darüber informieren. Das ist bisher übliche Praxis in der Fachgruppe gewesen, und es muß hier offen die Frage gestellt werden, ob das gewerkschaftsschädigende Verhalten der Kollegen darin besteht, daß sie über Beratungsgegenstände in der Gewerkschaft berichten. Gerade
Verhalten der Kollegen darin besteht, daß sie über Beratungsgegenstände in der Gewerkschaft berichten. Gerade
dies war einer der Gründe, weshalb die Kollegen in den Fachgruppenvorstand gewählt wurden."

Wenn man von dem Spaltungsversuch, der eine Schweinerei für sich ist, mal absieht, stellt hier die Gewerkschaftsführung die Tatsachen wieder mal völlig auf den Kopf. Sie war es, die der Auseinandersetzung durch den Ruf nach der Polizei ein Ende bereiten wollte. Sie stellt mit dieser Politik bewußt die Gewerkschaftsarbeit aufs Spiel. Wenn sich das die Kollegen nicht bieten lassen, werden nicht die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen, sondern die Kollegen rausgeschmissen.

Co-op: „Kampf gegen Rationalisierung ist gewerkschaftsfeindlich"

Dies ist leider kein Witz, sondern tatsächlich vom Vorsitzenden der Betriebsgruppe und Betriebsratsvorsitzenden der co-op Zentrale, G. Hachmann, auf einer Betriebsgruppensitzung geäußert worden. Daß alleine in Hamburg bei der co-op einige hundert Kollegen ihren Arbeitsplatz im Zuge der Rationalisierungswelle verloren haben und das Personal allein der co-op Zentrale (früher GEG) im letzten Jahr um fast 20 % „abgebaut" wurde, stört ihn nicht. Das sind eben die „Opfer", die für die „freie Marktwirtschaft" von den Arbeitern und Angestellten erbracht werden müssen. Auch hier wurde die Gewerkschaftsarbeit systematisch im letzten Jahr verhindert und die Betriebsgruppe praktisch liquidiert.

Vor diesem Hintergrund sind die Ausschlußanträge gegen zwei Kollegen zu sehen, die als Betriebsrat und Vertrauensmann sich gegen diese Rationalisierungen gestellt haben.

In dem Verfahren, das gegen einen der Kollegen jetzt durchgezogen wurde, war von seinem Einsatz in der gewerkschaftlichen Basisarbeit, von seinem konsequenten Eintreten für die Kollegen als Betriebsrat und als ehemaliger Betriebsgruppenvorstand natürlich nicht die Rede. Auch in diesem Fall mußte, wie schon im Groß- und Außenhandel, der Polizeieinsatz am 11.11.74 herhalten. Beide Kollegen hatten an der gewaltsam aufgelösten Mitgliederversammlung teilgenommen. Dies liefert jetzt einen willkommenen Ausschlußvorwand.

Daß bei dieser Schlichtung für die Antragsteller ein Beisitzer benannt wurde, der als Rechtsanwalt die Arbeitsprozesse für den Unternehmer führt (!) und häufiger Beisitzer für die Unternehmerseite in Einigungsstellenverfahren ist, sei hier erwähnt, um noch mal den Charakter solcher Verfahren deutlich zu machen!

Als sich bei einer spontan durchgeführten Unterschriftensammlung gegen die Ausschlußanträge ca. 80 Kollegen mit den Betroffenen solidarisierten, ließ die Gewerkschaftsführung nicht lange auf sich warten, um diese Aktion als gewerkschaftsfeindlich hinzustellen, weil sich auch unorganisierte und DAG-Kollegen daran beteiligt haben!!

„Ordentliches" Ausschlußverfahren?

Mit der Anwendung eines „ordentlichen" Verfahrens soll der Anschein erweckt werden, als ob die Anträge „demokratisch" behandelt werden. Jedoch bietet die dafür von den Gewerkschaftsführern erlassene Verfahrensordnung und die Satzung ihnen die Möglichkeit, völlig nach ihrem Gutdünken zu verfahren. In der Satzung steht zwar, daß dem auszuschließenden Mitglied die Begründung mitgeteilt werden muß. Aber wie die Beispiele oben zeigen, kann sich die Gewerkschaftsführung ausdenken, was sie will.

Die Schlichtungsstelle selber ist so konstruiert, daß die betroffenen Kollegen keine echte Chance haben. Neben je zwei Beisitzern von Seiten der Antragsteller und Beschuldigten muß der Vorsitzende Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes (!) sein. Seine Stimme entscheidet, natürlich für die Antragsteller, bzw. wenn tatsächlich mal ein führender Funktionär ins Schußfeld gerät (wie jetzt A.Krause), gegen die Antragsteller. Überdies hat der Hauptvorstand die letzte Entscheidung, die Schlichtungsstelle kann nur über eine Nichteröffnung bzw.
scheidung, die Schlichtungsstelle kann nur über eine Nichteröffnung bzw.
Eröffnung des Ausschlußverfahrens entscheiden.

Die jetzt durchgeführten Schlichtungsverhandlungen gegen U. Vetter, einen Kollegen vom Groß- und Aussenhandel und einen co-op-Kollegen haben bestätigt, daß diese Verfahren völlig willkürlich durchgezogen werden. Tagte bei U.Vetter die Schlichtungsstelle noch zwei Mal, jeweils 5 - 6 Stunden, und war es dort noch möglich, inhaltlich auf die Gewerkschaftsarbeit des beschuldigten Kollegen einzugehen, so sind die letzten Verfahren im Schnellzugtempo durchgezogen worden. In 3 1/2 bzw. 2 1/2 Stunden war über die Anträge entschieden, die „Gewerkschaftsfeindlichkeit" per Abstimmung „festgestellt". Das Ergebnis stand vorher fest, die Verhandlung sollte nur noch ein Alibi liefern.

Diese Praxis der Gewerkschaftsführer stellt sogar die bürgerlichen Gerichte noch in den Schatten. Dort weiß jeder Beklagte, warum er eigentlich angeklagt ist, während in den Schlichtungen selbst dies bis zuletzt im Dunkeln bleibt.

Klar ist natürlich, daß die Kollegen aus politischen Gründen rausgesäubert werden sollen. Diese Verfahrensweise entbindet jedoch die Antragsteller von der Pflicht, auch nur im entferntesten Beweise für die Gewerkschaftsschädlichkeit vorzulegen.

Von dem Nazi-Führer Göring ist der Spruch überliefert „Wer Jude ist, bestimme ich!" – die Gewerkschaftsführer gehen im Prinzip nach der gleichen Devise vor: „Wer Gewerkschaftsfeind ist, bestimmt der Hauptvorstand!"

Gegen diese Willkürpolitik muß gekämpft werden! ●

HBV-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

„Zum Arzt nehmen Sie ja auch keinen Anwalt mit ..."

– Grundsatzurteil in Sachen „Berufsverbote" gefällt –

Im Januar '75 wurden in Hamburg wiederum eine Reihe von Berufsverboten im Öffentlichen Dienst ausgeteilt.

Die Palette der „Begründungen" war weit gefächert: Ein Bewerber wurde wegen Mitgliedschaft in der DKP, drei wegen Mitgliedschaft in in der Studentenorganisation des KBW und einer wegen seiner Kandidatur zum Studentenparlament für kommunistische Studentenorganisationen und aus jüngster Zeit wegen seiner Tätigkeit für das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe e.V." (IKAH), das vom Verfassungsschutz als „Rechtshilfeorganisation des KB" bezeichnet wird, abgelehnt.

Großzügigerweise gab die Behörde den Betroffenen *„Gelegenheit, zu den genannten Vorgängen schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen."*

Soweit über diese „Gelegenheiten" bislang Erfahrungen vorliegen, läßt sich folgendes sagen: der Kandidat soll politisch die Hosen runterlassen und nähere Informationen über seine politische Einstellung liefern. Aus der Sicht der Behörden geht es darum, zu erfahren, was der Verfassungsschutz noch nicht weiß. Bei diesen Sonderverhören sind z.B. schon Fragen nach der Meinung des Bewerbers zum Verfassungsschutz, zur DDR, zur DKP usw. gestellt worden. Aus Westberlin wurde bekannt, daß die Zusammensetzung von Wohngemeinschaften interessierte und nach dem Besuch bestimmter Veranstaltungen gefragt wurde. Und natürlich wird die 'Gretchenfrage' nach dem Verhältnis des Bewerbers zum Grundgesetz gestellt.

Wenn man bedenkt, daß von diesem Gespräch in der Regel für die Kandidaten die ungehinderte Fortsetzung der Ausbildung abhängt, dann kommt dieser „Gelegenheit" doch eine erhebliche Bedeutung zu.

Deshalb wurde von einem Bewerber das Recht in Anspruch genommen, zu dem Verhör einen Rechtsanwalt hinzuziehen zu können.

Das verweigert die Behörde aber mit der äußerst windigen Begründung, die Beantwortung der Verhörfragen stelle eine „höchstpersönliche Leistung" des Betroffenen dar, bei der man sich nicht vertreten lassen könne und bei der auch kein „Dritter" anwesend sein dürfe (!). Außerdem sei das Sonderverhör sowieso nur ein *„formloses Gespräch im Vorfeld einer Verwaltungsentscheidung"* (!?) und deshalb sei die Anwesenheit eines Rechtsanwaltes auch gar nicht notwendig. Sehr plastisch hat das ein Senatsbeamter einmal so ausgedrückt:
notwendig. Sehr plastisch hat das ein Senatsbeamter einmal so ausgedrückt:
„Wenn Sie zum Arzt gehen, nehmen Sie ja auch keinen Anwalt mit".

Dagegen hat einer der abgelehnten Bewerber beim Verwaltungsgericht Klage erhoben. Er beantragte, die Behörde zur Zulassung eines Anwaltes zu verpflichten. Das Verwaltungsgericht lehnte diesen Antrag ab.

Gegen diese Entscheidung hat der Betroffene aber Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Hamburg eingelegt. Das Oberverwaltungsgericht hat dieser Beschwerde sogar stattgegeben, den Beschluß des (unteren) Verwaltungsgerichtes aufgehoben und die Behörde zur Zulassung eines Anwaltes verpflichtet!

Das Gericht hat sich im wesentlichen den Argumenten des Klägers angeschlossen, wonach jeder das Recht hat, sich in allen Rechtsangelegenheiten von einem Anwalt beraten zu lassen (§ 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung).

In Hamburg hatte der Senat in sog. „Richtlinien" festgelegt, daß „Verfassungsfeinde" ohne Rechtsanwalt zum Verhör anzutreten haben. Diese Praxis ist vom Oberverwaltungsgericht für unrechtmäßig erklärt worden.

Das Urteil hat eine große Bedeutung für jeden, der mit solchen Sonderverhören zu tun haben wird: Er sollte in jedem Fall auf seinem Recht bestehen. Im übrigen wirft es ein bezeichnendes Licht darauf, mit welchen Praktiken die Behörden gegen Linke vorzugehen gewillt sind: sie müssen sich sogar von „oberen" Gerichten sagen lassen, daß ihr Vorgehen rechtswidrig ist. ●

IKAH Hamburg

West-Berlin

Nach den Wahlen – verschärfte Berufsverbote. Gewerkschaftsausschlüsse gegen über 100 Linke

Nachdem bei den Abgeordnetenhaus wahlen in Westberlin am 2.3.75 die linken Gruppen ihren ‚Einfluß' nur unwesentlich verstärken konnten – 1971 erhielt die SEW 33.845 Stimmen, 1975 erhielten SEW, „KPD" und KBW zusammen 36.662, also ein plus von 2.817 Stimmen – kommen jetzt die ‚Nachwehen' der Wahl (zur Wahl siehe AK 57, S.10).

Die Kandidaten dieser Gruppen bzw. Menschen, die sie per Unterschrift von Wahlaufrufen unterstützten, werden mit Berufsverboten und Disziplinarverfahren bedroht. Dies betrifft ca. 15 Kandidaten der „KPD" und 6 des KBW, 135 Unterzeichner eines Wahlaufrufes der SEW und knapp 50 Menschen, die die „KPD" unterstützten; alle sind im Öffentlichen Dienst beschäftigt.

Am 29.1. fordert Wissenschaft- und Kunstsenator (WiKu) Stein Kreibich, den Präsidenten der „Freien Universität" (FU) auf: „...*die Vorgänge um den Wahlaufruf zur Unterstützung der SEW ‚unter beamtenrechtlichen Gesichtspunkten' zu prüfen.*" („Tagesspiegel" vom 30.1.)

Im gleichen Atemzug bezeichnete er die Unterzeichner als „Narren" (ebenda), wovon es wirklich nicht mehr weit ist bis zum faschistischen Untermenschen! Während Kreibich lieber die „Auseinandersetzung ... mit dieser Splitterpartei politisch (?) führen" will, d.h. er will Ruhe an der Uni und sein ‚linkes' Image erhalten, schon allein für die Neuwahl als FU-Präsident 76, haute die sog. „Liberale Aktion" (hinter der sich die faschistische NOFU, SPD!! Hochschullehrer und eine Assistenten-Gruppe verbergen) voll auf die ‚Kakke' und unterstützte Stein voll. („Tagesspiegel", 30.1. und 9.2.)

Daraufhin wird die Personalkommission der FU – mehrheitlich mit Senatsvertretern besetzt – eingeschaltet. Diese kommt laut Tagesspiegel vom 14.3. zu der Meinung, daß „*Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst der FU, die zu den Wahlen am 2.3. als Kandidaten der SEW, KPD oder des KBW aufgestellt worden sind, ... die politische Treuepflicht verletzt (haben). ...Den Verdacht eines Dienstvergehens sieht die Personalkommission der FU bei denjenigen, die einen Wahlaufruf für SEW oder KPD unterzeichnet haben ... Der Verdacht sei gerechtfertigt, da durch die Aufrufe Parteien unterstützt worden seien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgten.*" („Tagesspiegel" 14.3.)

Ähnlich äußerten sich Innensenator Neubauer und WiKu Stein. Justizsenator Korber will mit den Unterzeichnern, die im Justizdienst sind, kurzen Prozeß machen und „*versichert, daß den Betreffenden der Zugang zum richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst des Landes Berlin verschlossen bleibe*"!!! („Die Welt" 3.3.).

Verschärfung der Unterdrückung

Bisher war es immer noch unklar, ob die „Treuepflicht" des Beamten dem Staat gegenüber (= jederzeitiges Eintreten für die „freiheitlich demokratische Grundordnung" schwerer wiegt als das „Parteiprivileg" (= daß nur das Bundesverfassungsgericht eine Partei für verfassungsfeindlich erklären darf).

Bisher galt der Vorrang des „Parteienprivilegs" vor der „Treuepflicht" meist nur für Faschisten (vgl. „Tagesspiegel" 13.3.). Bundestag und Bundesrat liegen jetzt Entwürfe für das Beamtenrahmengesetz, sowie für Richter- und Soldatengesetz vor, die alle von dem Vorrang der „Treuepflicht" ausgehen („Tagesspiegel", 13.3.).

Eine schallende Ohrfeige für alle linksliberalen und revisionistischen Illusionsmacher. Aus dem „Parteienprivileg" leiteten diese bisher ihre These ab, daß die Berufsverbote „verfassungsfeindlich" seien, weil Mitglieder einer zugelassenen Partei nicht Verfassungsfeinde sein könnten. Doch für die Bourgeoisie ist Papier geduldig und Paragraphen sind Gummi! Das wurde am Fall eines Erzieherpraktikanten deutlich, der für die „KPD" kandidierte:

Ihm wurde fr[illegible]s gekündigt! Er ging zum Arbeitsgericht, daß ihm mit sofortiger Wirkung Recht gab. „*Als der Praktikant sich nun am vergangenen Donnerstag zu seiner Ausbildungsstätte begab, wurde er trotz Vorlage der Urteilsausfertigung mit Polizeigewalt vom Grundstück entfernt. Dies war, wie gestern bestätigt wurde, vom Bezirksamt angeordnet worden.*" („Tsp.", 18.3.)

Inzwischen legte das Bezirksamt erfolgreich Widerspruch ein, daß die betroffenen Eltern dem Praktikanten ihr Vertrauen aussprachen, interessiert die Rechtsverdreher nicht.

Ferner wurden die Lehrer und Wahlkandidaten M. Mühlhansel (‚KPD') und W. Niepold (KBW)! vom Dienst suspendiert. Für beide sind Berufsverbote so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die ganze Abrechnung mit den Linken wird von der Gewerkschaftsführung voll unterstützt. Bei der Genossin Mühlhansel wurde zum 1. Mal von der GEW in Westberlin der DGB-Unvereinbarkeitsbeschluß angewandt. Die ÖTV schloß 13 ‚KPD'-Mitglieder aus. Ausschlußanträge gegen ca. 50(!) weitere Mitglieder linker Organisationen sind gestellt. Die HBV-Führung hat am 21.3. drei ‚KPD'ler ausgeschlossen.

Gegen die Angriffe des Staates und der Gewerkschaftsführer, die sich gegen a l l e Linken richten, zeigt die SEW wieder mal ihre spezielle Art von „Kampf" dagegen! So fordert sie, daß „*Disziplinarmaßnahmen nur gegen Kollegen (durchgeführt werden), die sich tatsächlich (!?) gegen das Grundgesetz stellen ...*" („Rote Fahne", Nr. 11)

Bei aller gebotenen Solidarität mit den von Berufsverbot, Disziplinar- und Ausschlußverfahren bedrohten Genossen, müssen sich Gruppen wie „KPD" und KBW die Kritik gefallen lassen, daß sie durch ihre Wahlbeteiligung beim jetzigen Stand der Kräfte bewußt eine ganze Reihe von Genossen der Bourgeoisie präsentiert haben. Dadurch wurden (werden) Ansätze von Massenpolitik in Betrieb, Öffentlichem Dienst und Gewerkschaft wieder liquidiert, die sobald nicht wieder zu ersetzen sind! ●

2 Genossen des Uni-Kollektiv KB/Gruppe Westberlin

ke' und unterstützte Stein voll. („Tagesspiegel", 30.1. und 9.2.)

Daraufhin wird die Personalkommission der FU – mehrheitlich mit Senatsvertretern besetzt – eingeschaltet. Diese kommt laut Tagesspiegel vom 14.3. zu der Meinung, daß „*Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst der FU, die zu den Wahlen am 2.3. als Kandidaten der SEW, KPD oder des KBW aufgestellt worden sind, ... die politische Treuepflicht verletzt (haben). ...Den Verdacht eines Dienstvergehens sieht die Personalkommission der FU bei*

privileg" leiteten diese bisher ihre These ab, daß die Berufsverbote „verfassungsfeindlich" seien, weil Mitglieder einer zugelassenen Partei nicht Verfassungsfeinde sein könnten. Doch für die Bourgeoisie ist Papier geduldig und Paragraphen sind Gummi! Das wurde am Fall eines Erzieherpraktikanten deutlich, der für die „KPD" kandidierte:

Ihm wurde fr[illegible]s gekündigt! Er ging zum Arbeitsgericht, daß ihm mit sofortiger Wirkung Recht gab. „*Als der Praktikant sich nun am vergange-*

sen, müssen sich Gruppen wie „KPD" und KBW die Kritik gefallen lassen, daß sie durch ihre Wahlbeteiligung beim jetzigen Stand der Kräfte bewußt eine ganze Reihe von Genossen der Bourgeoisie präsentiert haben. Dadurch wurden (werden) Ansätze von Massenpolitik in Betrieb, Öffentlichem Dienst und Gewerkschaft wieder liquidiert, die sobald nicht wieder zu ersetzen sind!

2 Genossen des Uni-Kollektiv KB/Gruppe Westberlin

Gewerkschaftsführer planen „Endlösung"

GEW-Bundeskongreß im Zeichen antikommunistischer Verhetzung

Am 8. März fand in Köln eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft statt. Nicht einmal ein Jahr nach dem Mainzer Kongreß stand eine erneute und weitaus einschneidendere Verschärfung der Satzungsbestimmungen zur Abstimmung (vgl. auch AK 55, 56, 57). „Notwendig" geworden war der Kölner Kongreß nach den Worten Fristers (GEW-Bundesvorsitzender) wegen des relativ starken Widerstands in der Mitgliedschaft gegen einzelne der Mainzer Beschlüsse. Eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt dabei auch, daß mehrfach GEW-Mitglieder sich auf gerichtlichem Weg bemühten, eine Abstimmung der undemokratischen Bundesbeschlüsse in den Landesverbänden durchzusetzen (vor allem in Hamburg). Die Kölner Beschlüsse sollen nun endgültig Schluß machen mit diesem Widerstand. Auf dem Hintergrund der Lorenz-Entführung heizten vor allem Frister und DGB-Vetter ein Klima hysterischer Stimmung und faschistoider Verhetzung gegen den „Terror auf der linken Seite" (Frister) auf dem Kongreß an. Die GEW müsse ihre „Glaubwürdigkeit" als Instrument zur bedingungslosen „Verteidigung dieses unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats" demonstrieren.

Die Beschlüsse von Köln

Den Auftakt des Kongresses bildete die Neuwahl eines 2. GEW-Bundesvorsitzenden. Der bisherige relativ liberale 2. Vorsitzende Lohmann war aus Protest gegen die undemokratische Ausrichtung und die absehbare Umwandlung der GEW in eine reine Standesorganisation des „deutschen Lehrers" zurückgetreten. Ohne ein Wort über diesen Rücktritt und seine Begründung zu verlieren, wählte der Kongreß den Vorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg Siegfried Vergin in dieses Amt. Vergin gilt als Rechtsaußen unter den GEW-Landesfürsten. Die 260 Stimmen (von insgesamt 400 Delegierten), die Vergin erhielt, beschreiben die Mehrheitsverhältnisse auf dem Kongreß. Immerhin: Obgleich Vergin keinen Gegenkandidaten hatte, erhielt er nicht einmal 2/3 der Stimmen. Bei fast allen folgenden Abstimmungen war die rechte Mehrheit dann noch etwas größer. Im Gegensatz zur Wahl fanden diese auch alle o f f e n statt (wohl um die „linken Terroristen" zu „entlarven").

Als nächstes wurde eine weitgehend nichtssagende und platte „Entschließung zur bildungspolitischen Lage" verabschiedet. In ihr reduziert die GEW alle ihre früheren Forderungen auf den spärlichen Rest: Beschäftigung aller Lehrer (damit sind natürlich keine „Linksradikalen" gemeint), ein zehntes Schuljahr und überbetriebliche Lehrwerkstätten. Als „Kampfmaßnahmen" werden etwa öffentliche Diskussionen empfohlen, von Streiks wie vor einem Jahr in Mainz ist mittlerweile überhaupt nicht mehr die Rede. Diese Entschließung diente offensichtlich nur als „bildungspolitisches Feigenblatt" für einen Kongreß, der ausschließlich seine Aufgabe in der „Säuberung" der GEW von „Linksextremisten" hatte. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der für die werktätige Bevölkerung verheerenden Bildungspolitik sämtlicher bürgerlicher Parteien hätte ja auch schlecht zu dem ständig von den Gewerkschaftsführern geforderten „Schwur auf diesen unseren Staat" gepaßt.

Dann kam man rasch zur Sache: „Ergänzung der Satzung" und „Wahlordnung für Direktwahlen". Mit unwesentlichen ‚Korrekturen' wurden a l l e Anträge der Gewerkschaftsführung abgesegnet. „Kern" der neuen (Bundes) Satzung – und auch ausdrücklicher als solcher angepriesen – ist der § 8.4. Darin wird dem Hauptvorstand die absolutistische Vollmacht übertragen, Mitglieder bei „Verstoß gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB" ohne Verfahren auszuschließen. So soll die reibungslose „Säuberung" der GEW von Kommunisten über die Bühne gehen. Die gummiartige Formulierung „Verstoß gegen..." ermöglicht aber ebenso den Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern, die mit Kommunisten zusammenarbeiten. Daß es sich dabei keineswegs um leere Drohungen handelt, machte Frister selbst in letzter Zeit wiederholt deutlich, indem er immer wieder und ausdrücklich „linke Sozialdemokraten, linkssozialistische Zirkel und Volksfrontanhänger" in die Ecke „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" stellte.

Außerdem braucht in Zukunft nur noch die DGB-Führung Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen irgendjemanden zu schließen (etwa gegen die DKP) – sie sind dann automatisch für die GEW „gültig". Das einzige „Argument" der Gewerkschaftsführer für diesen Maulkorbparagraphen: „Ihr beschließt also nur etwas, was 15 Gewerkschaften (muß heißen: die Vorstände von 15 Gewerkschaften) bereits vor euch getan haben" (Vetter). Verständlicher Stolz eines Antikommunisten der DGB-Führung...

Ferner wurde in Köln satzungsmäßig verankert, daß der Hauptvorstand neben Bundesvertreterversammlung und Hauptausschuß gleichberechtigtes oberstes Organ der GEW ist, und daß diese drei Gremien – de facto vor allem der Hauptvorstand – bis in die kleinste Schulgruppe der GEW hineinregieren können sollen.

Der Hauptvorstand wurde überdies per Abstimmung in Köln ermächtigt, auf das „Ausscheiden" aller Landesverbände aus der GEW hinzuwirken (eine Satzungsregelung dafür existiert n i c h t), die nicht auf ihrer nächsten Landesvertreterversammlung die Diktatur der Bundes-Führungsgremien in ihre Satzung aufnehmen (Abhängigkeitsklausel, daß die Bundessatzung Vorrang vor der Landessatzung hat). Mit einer Abstimmung über solche Abhängigkeitsklauseln in den Landesverbänden findet letztlich doch eine Abstimmung über die Mainzer und Kölner Beschlüsse statt (zum ersten und letzten Mal, falls die Abhängigkeitsklausel in den LVen mit 2/3-Mehrheit angenommen wird).

Die GEW-Führung muß also doch zugestehen, daß die Beschlüsse der Bundeskongresse nach den noch geltenden Satzungen (Selbständigkeit der Landesverbände) nicht unmittelbar verbindlich sind – einmal ganz abgesehen davon, welche „Legitimation" solche völlig willkürlich zusammengesetzten Gewerkschaftstage überhaupt haben (nämlich gar keine!!!).

Daß die Gewerkschaftsführer dazu gezwungen werden konnten, ist der demokratischen und liberalen Opposition in der GEW zu verdanken. Daß solche Abstimmungen in den Landesverbänden unter der Drohung einer Spaltung durch die GEW-Führer stattfinden müssen, ist kennzeichnend für das „Demokratieverständnis" der Gewerkschaftsführer.

Vorbildlich: Der bequeme und passive Lehrer

Einzigartig für alle DGB-Gewerkschaften ist das in Köln beschlossene Wahlverfahren für GEW-Funktionen. Danach finden alle Wahlen durch die Mitgliedschaft bei mehr als 250 Wahlberechtigten durch Urnen- oder Briefwahl statt. So hoffen die Gewerkschaftsführer, daß die „schweigende Mehrheit" von Mitgliedern die aktiven und zumeist linken Kollegen kaltstellt. Das überaus aufwendige und kostspielige Verfahren trennt nicht nur die Kandidatenvorstellung und -befragung von dem Wahlakt und reduziert die GEW-Mitglieder zu „Kreuzchen-Machern" wie bei den bürgerlichen Parlamentswahlen – es wird auch in absehbarer Zeit als „Argument" für eine Verlängerung der Wahlperioden herhalten.

Freilich: Dem deutschen Oberlehrer kann ein halbes Dutzend Gewerkschaftsversammlungen im Jahr nicht zugemutet werden – gehen doch schon so viele Abende durch's Theater-Abonnement und andere gesellschaftliche Verpflichtungen drauf.

DKP-Opportunisten sollen noch weiter in die rechte Ecke gedrängt werden

Bemerkenswerterweise stand in Köln ein Abgrenzungsbeschluß gegen die DKP nicht zur Debatte, obgleich am 1. Februar ein solcher Beschluß vom Hauptausschuß verabschiedet worden war (und obgleich – wie man hinzufügen muß – ein Beschluß in dieser Richtung wahrscheinlich ohne weiteres die Zustimmung der

Leserbrief

zur a. o. Vertreterversammlung der GEW in Köln am 8.3.75

Zunächst einmal achtete der Vorstand sehr sorgfältig darauf, daß nur Geladene an dem Kongreß teilnahmen: die Delegierten bekamen neue

UVBs bedeutet die Feststellung der Nichtmitgliedschaft und das kann der Hauptvorstand am besten. Die GEW, so meinte er, solle endlich Nägel mit

Leserbrief

zur a. o. Vertreterversammlung der GEW in Köln am 8.3.75

Zunächst einmal achtete der Vorstand sehr sorgfältig darauf, daß nur Geladene an dem Kongreß teilnahmen: die Delegierten bekamen neue

Ausweise in Köln, Pressevertreter mußten sich noch am Morgen Extra-Ausweise besorgen, der übliche Presseausweis reichte nicht aus. Diese Prozedur wurde u.a. veranstaltet, um zu verhindern, daß eine Westberliner Delegierte wegen „KPD"-Zugehörigkeit zwei Tage vorher aus der GEW ausgeschlossen ihr Mandat wahrnahm.

Vier Sperren – einige mit Polizeihunden verstärkt – mußte ein Delegierter passieren, bis er endlich „drin" war. Dort wurde dann von ihm verlangt, in 8 Stunden über 100 Entscheidungen zu treffen. Diskussionen über die einzelnen Tagesordnungspunkte, so war mein Eindruck, wurden nur der Form halber zugelassen. Die meisten Delegierten hatten ihre „Entscheidung" schon auf den Vorparlamenten (Treffen der Delegierten der einzelnen Landesverbände) getroffen, auf denen die Vorstände der einzelnen Landesverbände „Probeabstimmungen" machen.

Wie festgelegt die meisten Delegierten von vornherein waren, wurde u.a. an den häufigen Geschäftsordnungsanträgen deutlich, die regelmäßig nach 3 bis 4 Redebeiträgen gestellt wurden. Redner, die wagten, sich entschieden gegen die Satzungsänderungen auszusprechen, wurden teilweise ausgeklatscht, durch Zwischenrufe gestört oder lautstark daraufhingewiesen, daß sie ablesen würden (laut Geschäftsordnung dürfen keine vorbereiteten Beiträge gehalten werden).

Delegierten, die Änderungsanträge zu der Hauptausschußvorlage vortrugen, wurde zum Teil Unlauterkeit unterstellt – wer etwas an der Hauptausschußvorlage ändern will, gehört zu den Vorstandsgegnern. Ein Delegierter aus Baden-Württemberg sagte das sehr deutlich. Es ging dabei um den § 8.4d (Ausschluß durch den Hauptvorstand bei Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse).

Diese Verfahrensweise war Gegenstand mehrerer Änderungsanträge. Für den Delegierten aus Baden-Württemberg war die Sache „klar": In der Frage der Ausschlüsse gäbe es für jeden nur ein „Ja" oder „Nein", entweder die GEW „macht ernst" mit dem UVB (Unvereinbarkeitsbeschluß) oder nicht. Und das Praktizieren des UVBs bedeutet die Feststellung der Nichtmitgliedschaft und das kann der Hauptvorstand am besten. Die GEW, so meinte er, solle endlich Nägel mit Köpfen machen.

In solch einer Atmosphäre ist dann ein Zwischenfall, der sich außerhalb des Saals abspielte, nicht mehr verwunderlich:

Nach der Abstimmung des § 8.4d wurde einer Delegierten übel und sie wurde rausgebracht. Draußen sammelten sich um sie einige Leute. Irgendjemand behauptete, daß die Delegierte dem KBW nahestünde. Daraufhin wandte sich ein Delegierter mit den Worten von ihr ab, na ja, dann brauche man sich ja nicht weiter um sie zu bemühen. Als ein anderer Delegierter das empört zurückwies und darauf aufmerksam machte, daß es der Frau doch schlecht gehe, war sofort ein Zivil-Polizist zur Stelle und fragte den Delegierten nach seinem Namen! ...

Die von Anfang an vorhandene Feindseligkeit der meisten Delegierten gegen alles, was „links" war, wurde voll unterstützt und noch tüchtig geschürt vom DGB-Ober-Vetter, der nach der Mittagspause gerade richtig vor der Abstimmung des entscheidenden § 8.4d vor den Delegierten reden „durfte". Wie auch schon bei früheren Reden klatschten die „entschiedenen" Delegierten enthusiastisch bei jedem Hieb gegen Links. Vetter verließ später unter frenetischem Beifall dieser Delegierten den Saal.

Die Tatsache, daß in einer solch feindlichen Atmosphäre reaktionärster Stimmungsmacherei und Aufputschung einige Delegierte den Mut hatten, die Dinge, die hier vor sich gingen, beim Namen zu nennen, war tröstlich. Ich will nur einen dieser Beiträge erwähnen: Ein Delegierter bezeichnete die Satzungsänderungen als „stillen Anschlag auf die Verfassung" und zog einen Vergleich zu der Geschäftsordnungsänderung, die im Februar 33 im Reichstag durchgesetzt wurde. Sie besagte, daß unentschuldigt fehlende Reichstagsabgeordnete nicht zu der für eine Abstimmung anzugebenden Grundzahl zählten. Vor der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz" wurden von den Nazis dann die nötige Anzahl demokratischer Abgeordneter verhaftet und so die notwendige 2/3 Mehrheit für das „Ermächtigungsgesetz" im Reichstag erreicht! ●

AK-Leser aus Köln

reaktionären Mehrheit des Kongresses gefunden hätte). Warum die GEW-Führer es derzeit für günstiger einschätzen, gegen die DKP noch nicht so zu verfahren wie gegen die „K-Gruppen", wird aus einem Brief des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Gemein (er heißt wirklich so) an seinen Landesvorstand deutlich:

„Ich habe mehrfach geäußert, daß ich eine Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses auf die DKP für notwendig erachte, wenn Mitglieder der DKP weiterhin mit den Gruppen zusammenarbeiten, mit denen der Unvereinbarkeitsbeschluß besteht, und sich bei anstehenden Ausschlußverfahren schützend vor diese Gewerkschaftsfeinde stellen. Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß ein Teil (?) der DKP-Mitglieder, die im Vorstand des Ortsverbandes Bochum der GEW Mandate hielten, nun ihre Vorstandsämter niedergelegt haben. Ich werte dies als ausdrückliches Abrücken von den im Vorstand des Stadtverbandes Bochum der GEW vertretenen Mitgliedern der „KPD/ML".

Wenn auch dies vorerst nur ein Einzelfall (?) ist, so rechtfertigt er doch, daß der dem Vorstand vorliegende Antrag auf Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses auf die DKP v e r t a g t (!!) worden ist. Ich hoffe, daß die Mitglieder der DKP innherhalb der GEW, insbesondere Mandatsträger, bei den anstehenden außerordentlichen Vertreterversammlungen und den Mitgliederversammlungen in verschiedenen Stadtverbänden nun 'tätige Reue' üben."

(Diese Hoffnung sollte leider in Erfüllung gehen – siehe nebenstehenden Artikel). Deutlicher hätte der Sinn und Zweck dieser Manöver der Gewerkschaftsführer nicht angegeben werden können.

Die DKP hatte vor dem Kölner Kongreß vor einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen ihre Partei „gewarnt". In einem Artikel der „Deutschen Volkszeitung" (6.3.) wendet sich der bildungspolitische Sprecher der DFU, H. Bethge, gegen eine rückschrittliche Entwicklung der GEW und bringt dies mit dem Antikommunismus in der BRD in Verbindung. Diese Kritik bezieht sich aber ausschließlich auf die Frage eines Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die DKP, während die Mainzer Beschlüsse als *„Anschluß an die internationale Gewerkschaftsbewegung"* gepriesen werden (*„Beseitigung der organisatorischen Reste des 'Kartells von Lehrervereinen'."*).

Die Kölner Satzungsänderungen werden gar nicht erst erwähnt. Motto: 'Wenn wir nur ungeschoren davonkommen – dann kann die GEW-Führung auch mit unserer Loyalität rechnen'! Man wundert sich, wie die Revisionisten diese Schizophrenie immer wieder verdauen – gerade angesichts der unverhüllten Drohungen Vetters und Fristers gegen die DKP auf dem Kongreß. In Köln selbst spielte die DKP keine irgendwie profilierte Rolle.

Vetter und Frister: Feldzug gegen alles, was links ist

Gegenüber dem Mainzer Kongreß waren die Mehrheiten in Köln nur geringfügig verändert: Durch das Ausscheiden einiger liberaler und linker Delegierter und das Nachrücken vorstandstreuer Ersatzleute war den GEW-Führern allerdings von vornherein eine 2/3-Mehrheit sicher, die sie in Mainz nur knapp erreicht hatten.

Aber der GEW-Führern ging es nicht nur um reaktionäre Mehrheiten, sondern auch um eine möglichst weitgehende Einschüchterung linker Delegierter, um ein Brechen jedes Widerstandes gegen ihren Kurs. (Von der auf dem Kongreß herrschenden Hetzatmosphäre gibt der abgedruckte Leserbrief ein anschauliches Bild).

In seiner Eröffnungsrede ging Frister nur mit einem Satz auf die zunehmenden Mißstände im Bildungswesen ein. Dagegen widmet er sich ausgiebig dem „linken Terror" und der Verteidigung „unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates". In der Pose des bürgerlichen Staatsmannes fordert Frister die vollständige Identifizierung der Gewerkschaften mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Für Kritiker an diesem System darf es nach Frister keine „Heimstätte" in den Gewerkschaften geben: **„Die Gewerkschaften sind die gesellschaftliche Kraft für die Bewahrung (!) der positiven**



Werte unserer Gesellschaftsordnung. Daran ist nichts zu deuten". Das entspricht ungefähr wörtlich der Definition von „konservativ", wie sie auch von der CDU/CSU gegeben wird.

Alle Kritiker der GEW-Spitze und ihrer Anträge zu diesem Kongreß sahen sich so von vornherein als „Staatsfeinde" – wenn nicht gar als potentielle Bombenleger – bezeichnet. Nur logisch, daß auf dem Kongreß auch reichlich Spitzel der politischen Polizei vertreten waren (siehe Leserbrief).

Den Gipfel an demagogischer Hetze lieferte allerdings DGB-Boss Vetter, der extra zur Abstimmung über den § 8.4. der neuen Satzung (s.o.) herangekarrt wurde. Noch deutlicher als Frister setzte er Gewerkschaften und Staat gleich und bezeichnete es als d i e Aufgabe der Gewerkschaften, diesen Staat zu verteidigen gegen **„Anbeter der Gewalt"** mir ihren **„hirnrissigen Parolen"**, ihrem **„potentiellen Irresein"**, ihrer **„intellektuellen Überheblichkeit"** etc. Kernsatz seiner Rede war zweifellos: *„Wer den Staat des Grundgesetzes bekämpft, der bekämpft auch uns – und der hat in unseren Reihen nichts verloren".*

So wird das schmutzige Geschäft der „Säuberung" der GEW von allen Linken zu einer 'großen und verantwortungsvollen Aufgabe' bei der „Verteidigung unseres Staates".

Am Rande vermerkt

Die Gewerkschaftsführer hatten Polizei-„Schutz" für den Kölner Kongreß beantragt und dies auch entsprechend für die emotionale Aufrüstung der Delegierten benutzt („wir finden uns hier unter der Bedrohung durch Linksradikale zusammen, um die Freiheit in unserer GEW gegen den Terrorismus zu verteidigen").

Diese fürchterlichen Ängste (oder: wohltuender Schauer? ?) mußten die Delegierten „ausstehen", weil das der „KPD" nahestehende „Komitee Kampf den Berufsverboten" eine Demonstration zum Tagungsort angekündigt hatte und diese auch (sehr friedlich) mit einem Dutzend Teilnehmer durchführte. (Das Komitee hat sich in Hamburg z.B. durch sein parteiladenborniertes und spalterisches Auftreten bereits einen „Namen" gemacht. Es besteht daher keinerlei Anlaß, die winzige Beteiligung an dieser sicher wie üblich ungeheuer „kämpferischen" Aktion zu bedauern.)

Fazit...

Fazit...

Die Gewerkschaftsführer sind zweifellos fest entschlossen, Kommunisten und kämpferische Demokraten rigoros aus der GEW auszuschließen. Das Ende der nach der Studentenbewegung praktizierten Integrationsstrategie gegenüber den Linken ist beschlossene Sache. Das beweist, daß die zeitweise Heuchelei der Gewerkschaftsführer von „Toleranz" absolut nichts mit einer liberalen Einstellung zu tun hatte (wie es die DKP z.B. immer wieder krampfhaft dem Demagogen Frister unterzujubeln versuchte). Vielmehr handelte es sich ausschließlich um ein taktisches Kalkül, um eine Radikalisierung der jungen Lehrer und Erzieher zu verhindern.

Köln hat gezeigt, daß nicht nur mit äußerst rigiden administrativen Mitteln (Direktausschlüsse durch den Hauptvorstand) gearbeitet werden soll, sondern daß hier auch bewußt faschistoide Methoden angewendet werden sollen: Der politische Gegner wird als geisteskrank hingestellt, seine gesellschaftliche Ächtung gefordert, und seine physische Vernichtung wird zumindest nicht mehr ausgeschlossen.

Geradezu absurd ist demgegenüber das Gerede vieler liberaler GEW-Mitglieder vom „Gestaltungsspielraum", den die neue in Mainz und Köln verabschiedete Bundessatzung für die Landesverbände offen lasse. Diese Kollegen plädieren für „Kompromisse", denen die GEW-Führer selbst jeden Boden entzogen haben. Man müsse die Beschlüsse der Bundeskongresse anerkennen (d.h., den Vorrang der Bundessatzung in die Landessatzungen aufnehmen), um in den Landesverbänden eine „fortschrittliche Auslegung" derselben zu erreichen (siehe AK 57; dieser Haltung hatte sich in Hamburg auch der KBW angeschlossen). Das läuft darauf hinaus, die Politik der Gewerkschaftsführer zu beschönigen, eine ohnmächtige und widersprüchliche Stellung einzunehmen („mir ist zwar nicht ganz wohl dabei, aber ich bin auch nicht in allen Punkten dagegen") oder gar den Gewerkschaftsführern die benötigten Stimmen zur 2/3-Mehrheit zu verschaffen.

Wir sehen absolut keinen Anlaß, Beschlüsse anzuerkennen, die unter krasser Verletzung sämtlicher demokratischer Grundsätze und sogar der GEW-Satzungen zustande gekommen sind und setzen uns nach wie vor dafür ein, in den Landesvertreterversammlungen (Hamburg: Hauptversammlung) eine Sperrminorität (ein Drittel der Stimmen) gegen die Durchführung und Anerkennung der Kölner und Mainzer Beschlüsse zu erreichen.

Auch wenn dieses Ziel nicht erreicht werden sollte, gilt für uns, daß eine Niederlage im Kampf besser ist als eine Niederlage, ohne daß überhaupt ein Kampf geführt worden ist. Die Auseinandersetzung um eine kämpferische antikapitalistische Gewerkschaftspolitik muß dann – hoffentlich mit weniger Illusionen und „Kinderkrankheiten" – unter ähnlichen Bedingungen wie in den Industriegewerkschaften weitergeführt werden. Auf diese Aufgabe sind die oppositionellen Kollegen – wenn sie konsequent auf dem Grundsatz der innergewerkschaftlichen Demokratie beharren und mit einem klaren Standpunkt in die kommenden Abstimmungen gehen – erheblich besser vorbereitet als die Liberalen, die mit „Verbesserungsvorschlägen" gegen den Holzhammer der Faschisierung „ankämpfen" wollen. ●

Bündniskommission des KB/ Gruppe Hamburg

Richtigstellung

In AK 57 bezeichneten wir den ehemaligen Vorsitzenden der Hamburger Fachgruppe Volks- und Realschulen der GEW, Lawenstein, als CDU-Mann (Lawenstein hatte mehr oder weniger offen eine Spaltung der Hamburger GEW durch Austritte propagiert, wie das etwa in Bremen vor einiger Zeit von den Reaktionären praktiziert wurde). Nun stellt sich heraus, daß er in der SPD ist. Wie man sich doch täuschen kann....

Landesvertreterversammlungen der GEW in Nordrhein-Westfalen und Hessen

Da die GEW-Führer für ihre Satzungsänderungen 2/3-Mehrheiten benötigen, spielen teilweise liberale Mitglieder die Rolle eines Züngleins an der Waare. So stimmt ein Teil derjenigen Kollegen, die sich für „Kompromisse" und eine Abschwächung der Vorstandslinie einsetzen, letztlich lieber doch mit dem Vorstand, wenn ihr Kompromiß-Vorschlag gescheitert ist (und das ist in Mainz und Köln praktsich i m m e r der Fall gewesen).

Z.B. schlug der Landesverband Niedersachsen in Köln vor, der Bundesschiedskommission der GEW die Zuständigkeit für Ausschlußverfahren nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu übertragen (und nicht dem Hauptvorstand). Dieser Änderungsantrag bekam zwar keine Mehrheit – und war damit abgelehnt – erreichte aber ein gutes Drittel der Stimmen. Damit hätten diese Delegierten die Möglichkeit gehabt, in der folgenden Abstimmung die Vorlage der Gewerkschaftsführer (Vollmacht für den Hauptvorstand) zu Fall zu bringen (Sperrdrittel). Über 30 dieser Delegierten kippten aber um und sicherten dem Vorstand durch ihre Ja-Stimmen (nicht einmal Enthaltungen!) eine Zweidrittelmehrheit, die er ohne sie nicht erreicht hätte.

Krasser noch trat diese zurückweichende Haltung bei der nordrhein-westfälischen Landesvertreterversammlung der GEW am 15.3. zum Vorschein (der ersten LVV nach Köln).

Erwartungsgemäß stand dort die „Abhängigkeitsklausel" im Mittelpunkt der Diskussion (Bindung des Landesverbandes an die neue Bundessatzung und alle Beschlüsse der Bundes-GEW). Die Gewerkschaftsführer konnten sich mit 18 Stimmen über der notwendigen Zweidrittelmehrheit durchsetzen. Es gab etwa 40 Nein-Stimmen, ca. 20 Enthaltungen und ca. 30 Kollegen sahen sich zu gar keiner Stimmabgabe in der Lage (nahmen nicht an der Abstimmung teil). Die entscheidenden Jastimmen kamen von Delegierten – teilweise gegen den ausdrücklichen Auftrag ihrer Mitgliederversammlungen in den Ortsverbänden – die vorher der „NRW-Opposition" zugerechnet worden waren. Diese Delegierten forderten größtenteils noch auf der LVV aktiv dazu auf, für die Vorstandsvorlage zu stimmen. So u.a. die AjLE-Landesvorsitzende, die von Frister und Co. wiederholt schärfstens wegen DKP-Mitgliedschaft angegriffen worden war und sich offenbar genötigt sah, der Aufforderung nach „tätiger Reue" (Landesfürst Gemein) nachzukommen. In der Arbeiterschaft nennt man das allerdings schlicht und einfach: Verrat.

Die linken Delegierten folgten zumeist dieser „Empfehlung" zwar nicht, ließen sich aber durch diese Haltung nicht unbeträchtlich durcheinanderbringen, wie die große Zahl von Enthaltungen bzw. Nichtteilnahme an der Abstimmung beweisen.

Auch die hessische LVV beschloß die Übernahme der Bundessatzung. Dazu schreibt die „KVZ" (Nr. 12) des KBW:

„Die Abstimmung über die Bundessatzung erfolgte en bloc, so daß eine Minderheit von Delegierten im Abstimmungsverhalten nicht ihre ablehnende Meinung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum Ausdruck bringen konnte. Bei einem differenzierten Abstimmungsverfahren hätten diese Spalterbeschlüsse keine Zweidrittelmehrheit erhalten. Trotz eines ungeheuerlichen politischen und psychologischen Drucks, der auf die fortschrittlichen Delegierten u.a. durch namentliche Abstimmung ausgeübt wurde, enthielten sich 36 Delegierte der Stimme. (Auf dem nordrhein-westfälischen Kongreß waren es lediglich 10)."

Offenbar konnten auch die KBW-Delegierten „ihre ablehnende Meinung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zum Ausdruck bringen", so daß sie auch mit Enthaltungen stimmen „mußten" (weil man ja nicht gegen die „Zentralisierung" ist).

Der KBW tut immer noch so, als ob die UVBs und der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie („Zentralisierung") zwei Paar Schuhe wären, und er wird wohl auch dabei bleiben. Es ist daher absehbar, wann der kümmerliche Rest der ehemals so „agilen" KBW-Politik in der GEW gänzlich zerfällt.

Anscheinend um die eigenen Aktivitäten in Hessen als besonders „verdienstvoll" herauszustellen, wird das Abstimmungsergebnis in der GEW-NRW auch noch falsch in der „KVZ" angegeben. Ojeh ... ●

Bayer und Merck:

Profite mit der Gesundheit

Gerade die Arzneimittelbranche erzielt überdurchschnittliche Profite durch besonders günstige Bedingungen Der Patient kann sich in der Regel nicht selbst aussuchen, welches Mittel er einnehmen will, sondern das wird ihm vom Arzt vorgeschrieben. Und die Ärzte werden ja bekanntlich von der Pharmaindustrie kräftig geschmiert, damit sie nur bestimmte Arzneien einzelner Firmen verschreiben. Die Rechnung zahlt letztlich die Arbeiterklasse, die durch ihre hohen Krankenkassenbeiträge indirekt diese Profite finanziert. Als Beispiel für die Extra-Profite, die mit Arzneimitteln erzielt werden, seien hier zwei Fälle erwähnt, wo bekannte Arzneimittel auch als gewöhnliche Chemikalien zu kaufen sind.

1. Das Schmerzmittel Aspirin von Bayer kostet in der Apotheke DM 2,– (20 Tabletten a 0,5 g = 200,– DM/kg), als Chemikalie (im gleichen Reinheitsgrad) kostet es 7,– DM/kg! Die Arznei Aspirin ist damit um 2.857 % (!) teurer als die Chemikalie Aspirin!

2. Das gleiche Bild ergibt sich bei „Vitamin C". Merck verkauft Vitamin C in Tabletten-Form zum Preis von DM 3,10 für zehn 500 mg Tabletten (entsprechend einem Kilo-Preis von DM 620,–). Das gleiche Vitamin C kann man auch als Chemikalie (unter dem chemischen Namen) bei der gleichen Firma kaufen für sage und schreibe 28,– DM/kg! Das sind 2.214 % Unterschied!

Kartellamt „gegen" Merck

Nun hat das Kartellamt (der „oberste Preiswächter", wie die Sozialdemokraten sagen) bereits vor einem Jahr ein Preis-Verfahren gegen die Firma E.Merck Darmstadt (bekannt aus zahlreichen Kampfmaßnahmen der Belegschaft) in Gang gebracht. Den „Preiswächtern" war aufgefallen, daß Merck das Vitamin B 12 gegenüber seinen Konkurrenten zu teuer verkaufe und damit eine „marktbeherrschende Stellung" ausnutze. Das Kartellamt verlangte eine Preissenkung um 60 - 70 %. Angesichts der riesigen Profite im Arzneimittelsektor ist das ein Witz. Gegen diese Anordnung ist Merck vor Gericht gezogen. Das Gericht hat die Entscheidung des Kartellamtes aufgehoben und Preissenkungen von 13,9 - 39 % verlangt. Merck hat allerdings noch während des Verfahrens die Preise um durchschnittlich 22 % selber gesenkt, so daß eine faktische Preissenkung von ca. 50 % dabei herauskommt. Wenn man allerdings bedenkt, daß Merck um 3 - 400 % über den Preisen seiner Konkurrenten lag, so kann man sich auch jetzt noch einen ganz schönen Profit für Merck ausrechnen.

Interessant an diesem Fall ist noch folgendes: Nach den Regeln der Marktwirtschaft sollen ja angeblich die Preise fallen, wenn mehrere Anbieter da sind. In diesem Fall gibt es zehn Produzenten von B - 12 in der BRD. Aber ausgerechnet derjenige mit den höchsten Preisen hat den größten Marktanteil (Merck mit 43 %)! Das sollen uns die bürgerlichen „Markttheoretiker" mit ihrer „Regulierung des Marktes nach Angebot und Nachfrage" mal erklären! ●

Chemiekomitee/ KB Gruppe Hamburg

Mit dem 'Rechtsschutz' des DGB machten Hamburger Gewerkschafter

böse Erfahrungen

Der in der letzten Zeit immer mehr zunehmende Druck der Bourgeoisie auf die Arbeiter äußert sich u.a. auch darin, daß die Zahl von Arbeitsgerichtsverfahren sprunghaft angestiegen ist und weiter zunimmt.
Dabei fällt auf, daß immer weniger Arbeiter und Angestellte bereit sind, sogenannten ‚Vergleichen' zuzustimmen – was natürlich nicht überraschen kann, denn heute findet man (angesichts von 1,3 Millionen Arbeitslosen und annähernd 1 Million Kurzarbeiter) nicht so ohne weiteres einen neuen, gleichwertigen Arbeitsplatz.

Es liegt auf der Hand, daß dem gewerkschaftlichen Rechtsschutz (d.h. der umfassenden und bestmöglichen Vertretung des in Bedrängnis geratenen Gewerkschaftsmitgliedes durch Anwälte des DGB) in Zeiten wirtschaftlicher Krisen erhöhte Bedeutung zukommt. Für betroffene Arbeiter und Angestellte ist es oft eine E x i s t e n z f r a g e, ob und wie sie gegen die Kapitalisten, die natürlich auch vor Gericht ihre Interessen von den qualifiziertesten und teuersten Anwälten vertreten lassen, juristisch beraten und verteidigt werden!

Daß auch beim gewerkschaftlichen Rechtsschutz die Gewerkschaftsführer auf ‚Ausgleich' und Anpassung an das Unternehmerinteresse aus sind und hier ebenso wie auf allen Gebieten der ‚offiziellen' Gewerkschaftspolitik die Interessen der Mitglieder preiszugeben bereit sind, zeigen recht anschaulich Beispiele aus dem Hamburger Organisationsbereich des DGB:

Als bei Ende des letzten Lehrjahres bei HDW drei Lehrlinge nicht ins Arbeitsverhältnis übernommen (also entlassen) wurden, wandten sich diese gewerkschaftlich organisierten Kollegen an die Rechtsstelle des DGB mit der Bitte, sie vorm Arbeitsgericht bei dem Bemühen zu unterstützen, die sofortige Wiedereinstellung einzuklagen.

Was sie dann im Gewerkschaftshaus für ‚Überraschungen' erlebten, schilderten die jungen Kollegen in einer Erkärung, die sie vor der HDW verteilten:

„Als wir unsere Absicht darlegten, eine gemeinsame Klage (!) zu erheben, da die Fälle gleichgelagert sind und getrennte Verfahren unsere Kraft nur schwächen würden, lehnte die Rechtsschutzstelle dies jedoch rundweg ab! Ihr Leiter – Horst Fürstenau – behauptete sogar, eine gemeinsame Klage sei 'unzulässig'! Er lehnte auch die Diskussion (!) über die beste Möglichkeit einer Klage von vornherein ab. Wenn wir nicht bereit seien, uns auf Einzelklagen einzulassen, so wie er es wolle, könnten wir ja wieder gehen! Wir müßten dann unseren Prozeß eben alleine führen!

Um auf die Einschaltung des Gerichtes nicht ganz zu verzichten, blieb uns nichts anderes übrig, als erst einmal einen privaten Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung unserer Interessen zu beauftragen.

Und mit diesem Rechtsanwalt und einer 'unzulässigen' gemeinsamen Klage (!) haben wir den Prozeß gewonnen!"

Die HDW-Kollegen hatten der DGB-Rechtsstelle ihre Vorstellungen zur Prozeßführung auch noch schriftlich mitgeteilt. Eine schriftliche Antwort haben sie auf dieses Schreiben bis heute nicht erhalten!

Jedoch: *„Nachdem uns der DGB eine gemeinsame Prozeßführung verweigert hat, hat uns die IGM auch noch die finanzielle Unterstüzung versagt. Da wir die Prozeßkosten alleine nicht tragen können, haben wir beim Gericht A r m e n r e c h t beantragt (!!!). Damit ist uns praktisch der gewerkschaftliche Rechtsschutz vollständig entzogen worden"*, so heißt es weiter in der Erklärung der gekündigten HDW-Kollegen. Ist dieses Verhalten der verantwortlichen DGB-Funktionäre nur als skandalös zu bezeichnen, so spotten die allgemeinen Zustände auf der Hamburger Rechtsschutzstelle des DGB jeglicher Beschreibung. Die HDW–Kollegen berichten:

„Die Schwierigkeiten mit der Rechtsschutzstelle fingen schon damit an, den Kollegen Fürstenau dort überhaupt zu fassen zu bekommen. An einem Tag, als er von 14.00 bis 17.00 Uhr Sprechstunde (!) hatte, warteten wir geschlagene drei Stunden vergeblich auf ihn. Auf mehrere Nachfragen hin konnte uns weder gesagt werden, wo er sei, noch wann er zurückkäme.

Keiner dort wußte, ob überhaupt unsere Klageschriften schon beim Arbeitsgericht eingereicht waren (!). Das Büro war trotz einiger Sucherei noch nicht einmal in der Lage, auch nur die Unterlagen herauszufinden(!).

Als wir dann fragten, ob wir denn wenigstens am nächsten Tag den Kollegen Fürstenau erreichen könnten, hieß es, dies hätte keinen Zweck, da kämen nämlich die Maler!

Auch verschiedene telefonische Versuche blieben sämtlichst erfolglos. Es konnte uns auch nicht ein einziges Mal gesagt werden, wann wir ihn erreichen könnten."

Dieses chaotische und schlampige Äußere der DGB-Rechtsvertretung, entspricht haargenau der Herangehensweise gewisser Gewerkschafts'Juristen' an die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten.

Bei den Prozessen eines gefeuerten Jugendvertreters gegen die Norddeutsche Affinerie haben sich nacheinander gleich vier (!) verschiedene DGB-Rechtsschützer um den einen ‚Fall' gekümmert. Von einer qualifizierten Vorbereitung in die gerade hier sehr komplizierte und umfangreiche Materie konnte natürlich keine Rede sein – zumal es einige dieser Brüder für ausreichend hielten, erst unmittelbar vor Verhandlungsbeginn (im Gerichtssaal!) 'einen Blick' in die Akten zu werfen!!!

Bei einem gekündigten Kollegen von den Hamburger Stahlwerken erschien der DGB-Vertreter gar, ohne sich vorher angekündigt zu haben, bei Verhandlungsbeginn im Arbeitsgericht – und überraschte alle Seiten (einschließlich seines ahnungslosen 'Mandanten') mit der Mitteilung, daß er jetzt mal schnell die Prozeßvertretung übernehmen werde!!!

Diese Skandalfälle erhellen im Grunde nur die völlige Willkürherrschaft der heutigen Gewerkschaftsführer, die auch auf dem Gebiet des Rechtsschutzes satzungsgemäß 'legitimiert' ist!

So heißt es beispielsweise in der Satzung der IG Metall in Paragraph 27:

„Rechtsschutz kann (!) dem Mitglied gewährt werden...: Über den Antrag entscheidet die Ortsverwaltung. Über die Gewährung von Rechtsschutz für die zweite und dritte Instanz entscheidet der Vorstand... Wird ein Gerichtsverfahren ohne Zustimmung des Vorstandes, der Bezirksleitung oder der Ortsverwaltung eingeleitet und fortgeführt, so hat das Mitglied keinen Anspruch auf Erstattung der entstandenen Kosten (!)."



Die Gewerkschaftsführung vertritt die Interessen der Mitglieder, soweit diese im Interesse der Gewerkschaftsführung liegen...

Daß Gewerkschafter heute im wahrsten Sinne des Wortes schlecht beraten sind, wenn sie sich ausschließlich (!) der DGB-Rechtsvertretung anvertrauen, zeigten auch die bösen Erfahrungen eines Kollegen von der Hamburger Norderwerft:

Dieser Kollege wurde von den Kapitalisten gekündigt, weil er während der Arbeitszeit an einem Lehrgang für Meister teilgenommen hatte. Mit Unterstützung der DGB-Rechtsstelle klagte er auf Wiedereinstellung und bekam schließlich eine Einstweilige Verfügung gegen den Kapitalisten durch.

Als er einige Zeit später in den Betrieb gehen wollte, wurde er bereits am Werkstor aufgehalten. Der Werkschutz (!) teilte ihm mit, daß sein Prozeßvertreter – Horst Fürstenau vom DGB! – inzwischen bei einer erneuten Verhandlung einem Vergleich zugestimmt hätte (!!!). Damit ist dieser Kollege, der als Vertrauensmann auch zu den kommenden BR-wahlen kandidieren wollte, u n w i d e r r u f l i c h raus aus dem Betrieb!

Diese hier aufgeführten 'Fälle' sind gewiß nur die Spitze eines Eisberges! Was sich die (aus den Mitgliedsbeiträgen!!!) bestens bezahlten DGB-Rechtsvertreter insgesamt abkneifen und an bewußt inszenierten Lumpereien leisten, kann nur vermutet werden...

Schonungslose und vollständige Enthüllungen über das, was auf diesem Sektor von den Gewerkschaftsführern verbrochen wird, können erst dann organisiert werden, wenn die Arbeiter wieder im Gewerkschaftshaus 'zu Hause' sind! ●

Arbeiterzelle HDW und
Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsrecht – Recht gegen die Arbeiterklasse

Der einzelne Arbeiter oder Angestellte steht rechtlich den Angriffen der Kapitalisten relativ schutzlos gegenüber.

- Da sind zum einen die Gesetze, die ausgehend von dem Privateigentum an den Produktionsmitteln im Dienste der herrschenden Klasse stehen. Dennoch ist es möglich, einzelne der Gesetzesvorschriften voll auszuschöpfen.
- Doch hier beginnt bereits die nächste Schwierigkeit: ein juristischer Laie ist ohne Ausbildung gar nicht in der Lage, den richtigen Weg durch den Gesetzeswald zu finden. Er braucht einen Anwalt. Arbeitsgerichtsprozesse interessieren allerdings die wenigsten Anwälte, da ist für sie nicht viel rauszuholen. Nur wenige Anwälte sind zur Zeit bereit, konsequent und bei niedrigen Kosten derartige Prozesse zu übernehmen.
- Die Frage der Kosten ist eine ganz entscheidende, nicht nur was die unmittelbaren Prozeßkosten angeht, sondern auch die Dauer der Prozesse, in denen Lohneinbußen und dergleichen keine Seltenheit sind.

Und gerade auf dem Gebiet verschärft sich die Situation noch.

So hat das Landesarbeitsgericht im Jahre 1974 in Düsseldorf einen Anstieg der Klageeingänge von 50 im Monat auf 70 verzeichnet – in der zweiten Instanz hat sich die Zahl der Fälle von jährlich 125 auf 240 erhöht.

In Hessen gab es 1969 noch 14000 Arbeitsgerichtsfälle; 1974 waren es 27.691.

Baden-Württemberg: 1969 – 16.000 Klagen; 1974 – 32.000.

Arbeitsgericht München: 1973 – 10.600 Klagen; 1974 – ca. 14.000 Klagen (Zahlen nach „Welt der Arbeit", „WdA", 31.1.75).

Insgesamt haben sich die Verfahren vor Arbeitsgerichten in den letzten 5 - 6 Jahren etwa verdoppelt.

Die Besetzung der Arbeitsgerichte ist aber längst nicht in dem Maße gestiegen. Die Folge: Arbeitsgerichtsverfahren dauern immer länger – allein in der ersten Instanz, so schreibt die „WdA", um mindestens zwei und mehr Monate. Bereits in der Vergangenheit war es so, daß Arbeitsgerichtsverfahren bis zur letzten Instanz vor dem Kasseler Bundesarbeitsgericht mindestens ein Jahr dauerten – diese Zeit ist sprunghaft angestiegen. Arbeitsgerichtspräsident Müller, Anfang 1975: „Wenn wir keinerlei Eingänge mehr hätten, so müßten wir doch bis zum Sommer 1976 hart arbeiten, um sämtliche bei uns liegenden Fälle zu erledigen" („WdA").

Diese wenigen Zahlen verdeutlichen: die Arbeiterklasse braucht den organisierten Rückhalt einer Klassenorganisation Gewerkschaft, um zum einen im aktuellen Kampf das Recht des einzelnen Arbeiters zu erkämpfen, zum anderen aber den Kampf gegen die herrschenden Klassengesetze zu führen und für Bedingungen vor den Gerichten, die ihr überhaupt die Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Rechte geben.

Die heutigen Gewerkschaftsorganisationen bieten hierfür keine Gewähr – da sind die sozialdemokratischen Bourgeois-Agenten davor. Das bedeutet, den Kampf um diese Rechte auch in den Gewerkschaften zu führen.

Es zeigt aber auch die Notwendigkeit, heute und nicht in Abhängigkeit von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern schon an einer konsequenten Rechtsvertretung der Kollegen zu arbeiten. Kommunistische und demokratische Organisationen, fortschrittliche Anwälte und Juristen sind dazu aufgefordert. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Wessen Schande?

In der „Frankfurter Allgemeinen" entdeckten wir im Lokalteil die folgende Notiz:

> **Frau eines Arbeitslosen erhängt sich nach Diebstahl**
>
> **GRAFENAU, 12. Februar (AP). Eine 34jährige Hausfrau und Mutter dreier Kinder aus Oberkreuzberg im Landkreis Freyung-Grafenau hat sich das Leben genommen, weil sie in einem Kaufhaus beim Diebstahl ertappt worden war. Wirtschaftliche Schwierigkeiten — ihr Mann ist seit vier Monaten arbeitslos — und das Gerede der Leute über ihre Tat trieben sie in den Tod. Die Familie hatte mit 700 Mark Arbeitslosengeld nicht mehr ihre Ausgaben bestreiten können; zum täglichen Bedarf waren noch Raten für ein gekauftes Haus hinzugekommen. Als Kleidung für die Kinder und Bettwäsche dringend nötig wurden, entwendete die Frau Textilien im Wert von 650 Mark. Drei Tage später erhängte sie sich. In einem Abschiedsbrief schrieb sie: „Ich kann mit der Schande nicht länger leben."**
>
> **„FAZ" vom 13.2.75**

Man muß schon aufmerksam die bürgerlichen Zeitungen studieren, um Meldungen wie diese zu finden. Auf den ersten Seiten ist dafür kein Platz. Hier beherrschen die „Sensationen" das Feld. Bis zum Überdruß mußten wir in der Boulevardpresse mitverfolgen, welchen Verlauf die Krankheit des Tankerkapitalisten Onassis nahm, bis zum Überdruß die sensationsgeilen Berichterstattungen über den Mord an einem Mann, der zwei lesbischen Frauen im Wege stand.

Dort hat die Verzweiflung und der Tod der Frau aus Grafenau keinen Platz. Und das hat seinen Sinn! Auf diese Weise lenkt die Bourgeoisie von dem stillen Elend ab, das sich heute in mancher Arbeiterwohnung einnistet und worüber man „wegen der Schande" nicht spricht.

Die Fälle häufen sich, in denen Menschen sich selbst oder anderen das Leben nehmen. Die Statistiken sagen, daß die Zahl der Selbstmorde zunimmt. Durch eine freudlose Jugend und Arbeitslosigkeit in ihrer Entwicklung behindert, sackt ein wachsender Teil vor allem Jugendlicher in die Kriminalität ab. Gleichzeitig züchtet die Bourgeoisie mit den „Mobilen Einsatzkommandos" Killertruppen heran, die die herrschende Ordnung sichern sollen.

Die Frau aus Grafenau schreibt in ihrem Abschiedsbrief, sie könne mit der „Schande" und neben Nachbarn, die mit dem Finger auf sie zeigen, nicht mehr leben. Solange Frauen aus dem Volk sich wegen des Geredes über einen Diebstahl von Textilien das Leben nehmen, können die Warenhausbesitzer, die Unternehmer und die gesamte Bourgeoisie beruhigt schlafen gehen, denn noch im Tod bestätigen ihnen die Frau und die Nachbarn die herrschende Eigentumsordnung. So haben sie es gern, die Herren, daß ihre Knechte sich für die Not, die sie nicht zu verantworten haben, auch noch selbst umbringen.

Nicht wegen der „Schande" das Leben wegwerfen, sondern im Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit die Grundlagen schaffen für den endgültigen Sturz der Ausbeuterklasse, die übergenug an Schande auf sich geladen hat, das sollte für uns das Vermächtnis der Frau aus Grafenau sein. ●

Seeleute-Genossen

Stahlindustrie: Kurzarbeit hält weiter an

Bereits in den Monaten Januar und Februar 1975 war in einigen Betrieben der Stahlindustrie Kurzarbeit angeordnet worden. Die Kurzarbeit hat sich mittlerweile auf weitere Bereiche dieser Branche ausgeweitet. Immer mehr Arbeiter und Angestellte werden hiervon betroffen:

- bei der **Thyssen Niederrhein AG** sollen in den Werken **Oberhausen** und **Duisburg** 2.300 Kollegen vom 24.3.-4.4. kurzarbeiten;
- bei der **Hoesch AG** wurde Kurzarbeit von den **Siegerlandwerken** ausgeweitet auf die Werke in **Hohenlimburg** und **Schwerte**, sodaß dort jetzt 2.300 Arbeiter betroffen sind;
- **Peine-Salzgitter** wird ca. 6.000 Kollegen (1/3 der Gesamtbelegschaft) vom 24.3. bis nach Ostern nach Hause schicken;
- bei der **Max-Hütte in Sulzbach-Rosenberg** ist für 2.000 Arbeiter für April Kurzarbeit beantrag worden;
- die **Klöckner-Hütte in Bremen** hat die Regelung getroffen, 3.300 Kollegen (fast 50% der Belegschaft) bis 30. Juni nur 32 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen;
- die **Hamburger Stahlwerke (HSW)** haben gleich zwei Kurzarbeitsperioden festgelegt: vom 22.3.-6.4. und vom 8.5.-24.5. Betroffen sind erst einmal ca. 50% der Arbeiter. Im Mai werden auch Angestellte nicht arbeiten.

Der Rückgang des Stahlbooms der letzten Jahre und vor allen Dingen von 1974 hat seine wirtschaftlichen Ursachen in der sich verschlechternden Weltwirtschaftslage. Das hat sich besonders auf den Export ausgewirkt. In der BRD selber hat die Krise der Bauindustrie und der Automobilproduktion bei den Stahlwerken zu Absatzschwierigkeiten geführt. Dabei konnten allerdings die größten Konzerne trotz dieser Bedingungen dicke Profite scheffeln. Für Thyssen z.B. war das Jahr 1973/74 *„ein Jahr der Superlative"* („Handelsblatt", 14.3.75). Die Klöckner-Hütte in Bremen erzielte einen Jahresumsatz von 1,32 Milliarden DM und entsprechende Gewinnraten. Die Stahlwerke Peine-Salzgitter machten 250 Millionen Reingewinn.

Kurzarbeit soll die Profite sichern!

Das „Handelsblatt" vom 14.3.75 gibt an, daß im Februar 1975 die Auftragseingänge bei den deutschen Stahlwerken um 15% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen sind. Dabei haben die Aufträge aus dem Inland um 40%, die aus dem Ausland um ca. 60% niedriger gelegen als im Vorjahrsmonat. Im Februar ist die Rohstahlerzeugung in der BRD im Vergleich zum Vormonat um 15,6% zurückgegangen. Bei Roheisen ist ein Rückgang der Produktion um 18,5% zu verzeichnen („Handelsblatt", vom 12.3.75).

Die derzeitige Flaute im Stahlmarkt wird von den Kapitalisten dazu benutzt, Rationalisierungen auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten durchzuführen. So werden z.B. bei den Hamburger Stahlwerken in allen Werksteilen, besonders aber im Stahlwerk während der Kurzarbeitsperioden technische Umbauten vorgenommen, um hinterher die Produktion wieder in die Höhe treiben zu können. Derartige Rationalisierungen sind auch für den Zweck gemacht, anderen Stahlkapitalisten konkurrenzfähiger gegenüberzustehen.

Zu größeren Entlassungen ist es in der Stahlindustrie vorläufig noch nicht gekommen. Die Kapitalisten haben innerbetriebliche Methoden entwickelt, die Arbeitskräfte auch in solchen Situationen gewinnbringender einzusetzen. Innerbetriebliches Umsetzen in andere Abteilungen gehören dazu wie der radikale Abbau von Überstunden. In den meisten Betrieben wurde ein Einstellungsstop verfügt. Besonders übel trieben es verschiedene Kapitalisten, indem sie Kollegen zwangen, Teile ihres Jahresurlaubs vorzeitig zu nehmen. Bei Peine-Salzgitter kam dieser Vorschlag vom Betriebsratsvorsitzenden, der einen *„zusätzlich bezahlten sechstägigen Urlaub"* forderte („Handelsblatt" vom 21.2.75). Die Kosten des Urlaubs sollten vom Jahresgewinn der Hütte genommen werden. Bei Klöckner in Bremen wurden die Kollegen aufgefordert, noch fünf Tage Resturlaub zu nehmen und stehen jetzt doch vor der Kurzarbeit. In einigen Stahlwerken im Ruhrgebiet wurden Kollegen bereits im Februar zwangsweise zwei Tage in Urlaub geschickt.

Alle diese Maßnahmen sind für die Kollegen mit materieller Verschlechterung verbunden! Die Kapitalisten wappnen sich ihrerseits durch Rationalisierung auf „bessere Zeiten". Z.Zt. enthalten sich führende Kapitalisten allerdings noch jedem Kommentars darüber, wann es „wieder aufwärts" geht.

Für die Arbeiter aber heißt es schon heute, sich gegen Kurzarbeit und Rationalisierung zur Wehr zu setzen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Opel und Ford: Sonderschichten und befristete Einstellungen

In den Opel-Werken Bochum und Rüsselsheim sowie bei Ford-Saarlouis werden ab März Sonderschichten gefahren und Arbeiter befristet für drei Monate (!!) eingestellt (letztes Jahr hat Opel 12000 und Ford ca. 6000 Kollegen auf die Straße gesetzt)!

Im einzelnen:

Opel will in den beiden Werken Bochum und Rüsselsheim jeweils zwei Sonderschichten im März und vier Sonderschichten im April durchführen. Um den momentan hohen Auftragsbestand zu bewältigen werden in beiden Werken zusammen 700 Kollegen für drei Monate eingestellt – nach diesen drei Monaten müssen die Kollegen wieder gehen.

Jeder Zehnte mußte gehen

	Beschäftigte am Jahresende 1973	1974
Daimler-Benz	134 300	129 700
VW AG	125 800	109 600
Opel	58 000	46 000
Ford	53 700	48 900
Audi NSU	32 000	28 000
BMW	27 000	25 000
Porsche	4 100	3 500
Deutsche Autoindustrie insgesamt	434 900	390 700

Die besondere Brutalität dieser „Aktion" springt ins Auge, wenn man bedenkt, daß im letzten Jahr 10% sämtlicher in der Automobilindustrie beschäftigter Kollegen auf die Straße gesetzt wurden (ca. 45000). Heute, wo ein, durch die Ankündigung der Preiserhöhungen und den Investitionszuschlägen bedingter Auftragsaufschwung da ist, machen sich die Automobilkonzerne die von ihnen



Die Autokonzerne nutzen die Not der arbeitslosen Kollegen brutal aus: Das Bild zeigt das Personalbüro bei Opel-bochum, nachdem bekannt wurde, daß Opel-Bochum 500 Kollegen für drei Monate einstellt!

Ford will vier Sonderschichten im März durchführen und 400 Kolle-
im März durchführen und 400 Kollegegen ebenfalls befristet einstellen.

Die neu eingestellten Kollegen stehen sich natürlich wesentlich schlechter als dies normalerweise der Fall ist, sie werden zu Anfangslöhnen eingestellt und haben keine Chance innerhalb der drei Monate alleine den Lohn zu erhöhen. Als besonderer Clo[illegible]kommt bei den Neueinstellungen [illegible]zu, daß die beiden Autokonzerne noch die von der Bundesregierung ausgesetzte Prämie für Neueinstellungen kassieren: das sind bis zu 60 % des Lohnes bei Neueinstellungen (b[illegible]m 30.6.75).

Mit den S[illegible]derschichten kassieren sie auch noch zusätzlich. Der momentan hohe Auftragsbestand wird mit sowenig Arbeitern wie irgend möglich weggearbeitet – Tatsache ist beispielsweise, daß Opel ohne Sonderschichten mindestens 1.500 Arbeiter neu einstellen müßte.

selber geschaffene Arbeitslosenarmee zunutze, stellen Arbeiter vorübergehend ein und kassieren dafür auch
zunutze, stellen Arbeiter vorübergehend ein und kassieren dafür auch noch die Prämie für Neueinstellungen ....

In die gleiche Kerbe hauen die neuerlichen Preiserhöhungen der Automobilkonzerne um ungefähr 7,5 % – just zu dem Moment, wo bekannt wird, daß sich eine „Belebung" des Automarktes anbahnt, erhöhen sie die Preise und sahnen so noch ein wenig mehr ab.

Die Automobilindustrie hat bereits letztes Jahr „Meilensteine" gesetzt mit der Umgehung von offenen Massenentlassungen und Sozialplänen durch die Abfindungskündigungen. Heute nun machen die Kapitalisten dieser Branche vor, wie man mit den arbeitslosen Kollegen als Manövriermasse umgeht! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Wanneeickel:
GEA-Apparatebau
Rationalisierungspolitik mit Entlassungen von Gewerkschaftern abgesichert

Den folgenden Bericht hat uns das „Solidaritätskomitee gegen Entlassungen" in Herne zugesandt:

GEA-Apparatebau in Wanne-Eickel ist ein alter Familienbetrieb der Metallverarbeitung mit 800 Beschäftigten und Zweigwerken in Italien, Spanien und Irland. Wanne-Eickel hat über 5 % Arbeitslose, die Nachbarstädte bis zu 7 %; das bedeutet für jeden entlassenen Kollegen, mit Sicherheit stempeln gehen zu müssen. So war die Aufregung auch entsprechend groß, als die Betriebsleitung auf der Belegschaftsversammlung im November 1974 erklärte, die Arbeitsplätze seien nur bis April 1975 gesichert. Hatte doch die gleiche Betriebsleitung auf der Belegschaftsversammlung zwei Monate vorher erklärt, die Arbeitsplätze seien für das ganze Jahr 1975 ungefährdet. Wer annahm, gemäß der zweiten Erklärung seien die Arbeitsplätze wenigstens bis April gesichert, sah sich erneut getäuscht. Die Betriebsleitung beantragte Umbese[illegible]zungen mit Lohneinbußen.

Ende November 1974 beinhaltete der Bericht der Wirtschaftskommission 30 – 50 geplante Entlassungen für die Monate Februar und März. Das Betriebsratsmitglied Wilfried Strathmann informierte die Belegschaft hierüber. Vier Tage später erfolgte seine Entlassung nach 14-jähriger Betriebszugehörigkeit, davon 6 Jahre im Betriebsrat! Vorwand war eine ungeklärte halbe Stunde auf der Stempelkarte, Ursache waren die bisherigen Aktivitäten des Kollegen im Betriebsrat gegen jede Maßnahme auf Kosten der Belegschaft. Die Betriebsleitung und der Betriebsratsvorsitzende wollten einen gefügigen Betriebsrat und gleichzeitig die Belegschaft einschüchtern. Dem entlassenen Kollegen wurde in einem anderen Betrieb des gleichen Unternehmens eine Stelle angeboten, in der Hoffnung, daß er und Teile der Belegschaft die Aktivitäten einstellen würden. Der Vertrauensleutevorsitzende wurde aus dem gleichen Grund in ein Zweigwerk versetzt. In dieser Situation wurde die Belegschaft durch Flugblätter über die tatsächlichen Verhältnisse aufgeklärt, die unter anderem folgende Forderungen zum Inhalt hatten: **Keine Entlassungen! Verteilung der Arbeit auf alle Hände! Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn!**

Betriebsrat und Geschäftsleitung dementierten die geplanten Entlassungen und gaben der Belegschaft eine 20 %ige Auftragssteigerung bekannt. 248 Kollegen gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und forderten für den 4.1.75 eine außerordentliche Belegschaftsversammlung. Der Betriebsrat verwandelte sie in eine ordentliche und verschob sie auf den 25.1. In der Zwischenzeit wurde mit Zustimmung des Betriebsrats für 30 % der Belegschaft ein Zwangsurlaub für die Zeit von Februar bis April festgesetzt. Auf der Betriebsversammlung setzten Geschäftsleitung und Betriebsrat den Zwangsurlaub durch. Ein Grund hierfür war, daß der Vertrauensleute-Vorsitzende ‚umfiel' und die Urlaubsregelung unterstützte. Auf der Versammlung wurde auch deutlich, daß die bisherige Einschüchterung der Betriebsleitung Wirkung zeigte: auf der Versammlung nahm von Seiten der Kollegen niemand hierzu Stellung (diesen Absatz haben wir leicht verändert, die Red.).

Dieser Erfolg für die Geschäftsleitung ermutigte sie, drei Kollegen zu entlassen. Diese drei Kollegen, der ehemalige Betriebsrat Wilfried St., die Vertrauensleute Karin St. und Wolfgang L. waren schon öfter im Betrieb gegen die Politik der Geschäftsleitung und der übrigen Betriebsräte aufgetreten. Sie waren dabei ein Hindernis, wenn es darum ging, die Krise auf die Belegschaft abzuwälzen. Soche „Störenfriede" mußten natürlich entfernt werden. Am 5.2. erfolgte ihre Kündigung. Um eine Solidarisierung zu verhindern, wurden jetzt bei der GEA bewußt Falschmeldungen ausgegeben, man kriminalisierte und diffamierte die Kollegen, wie es schon bei Ford und Mannesmann war.

Dieser Fall bei GEA ist kein Einzelfall, sondern reiht sich ein in die politische Repression im Betrieb.

Solidarisiert Euch mit den entlassenen Kollegen!
Leistet aktive Unterstützung der Forderungen der Kollegen: Sofortige Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen!
Uneingeschränkte Informationsfreiheit für Arbeitervertreter! ●

Pierburg, Neuß:

„Vertrauensvolle Zusammenarbeit" nach Art der Kapitalisten:
Massenentlassungen geplant

Die Autogerätefirma Pierburg in Neuß plant weitere Massenentlassungen: 500 – 760 Kollegen sollen nach einer Mitteilung der Firmenleitung „abgebaut" werden.

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir über den „Kompromiß" im Fall der vier entlassenen Pierburg-Betriebsräte berichtet. Danach hatten die betroffenen Betriebsräte und die Firmenleitung unter der „Schirmherrschaft" der IGM-Führung das Kriegsbeil begraben. In einer gemeinsamen Erklärung dazu hieß es:

„Alle Beteiligten haben ihren Willen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen und im Interesse einer langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze bekräftigt."

Mit den jetzt nur wenige Wochen später angekündigten Massenentlassungen macht Pierburg deutlich, was er unter „langfristiger Arbeitsplatzsicherung" versteht.

In einer Resolution des Pierburg-Vertrauenskörpers der IGM heißt es dazu:

„Unmißverständlich sei hier klargestellt, daß wir eine Zustimmung des Betriebsrates zu diesen Massenentlassungen bekämpfen werden. Schon die Zustimmung zur Kurzarbeit durch den Betriebsrat war eine an der unteren Grenze der Möglichkeiten liegender Kompromiß. Wir erwarten von Ihnen und der Geschäftsleitung, daß sie im Sinne der (oben zitierten) Presse-Erklärung ... handeln: Also: DIE ARBEITSPLÄTZE LANGFRISTIG SICHERN !"

Mitunterzeichner dieser Resolution sind übrigens drei der vier betroffenen Betriebsräte.

Bei Pierburg wird es darauf ankommen, die Belegschaft auf die geplanten Maßnahmen vorzubereiten und an der Errichtung der Abwehrfront gegen die Entlassungen zu arbeiten. Nicht etwa im Sinne einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit", deren Nutzen allein auf Seiten der Kapitalisten liegt, sondern mit dem Ziel, die kämpferische Bereitschaft und die Solidarität der Kollegenschaft zu stärken. Hierin liegt die einzige Möglichkeit, die Angriffe der Kapitalisten auf die Belegschaft abzuwehren. Pierburg hat einmal mehr deutlich gemacht, was von derartigen papierenen Zusagen zu halten ist, nämlich nichts! Nicht umsonst haben die Kapitalisten die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zu einem zentralen Inhalt ihres Betriebsverfassungsgesetzes gemacht. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Danfoss-Konzern rationalisiert

Der Danfoss-Konzern (Herstellung von Kompressoren und Thermostaten) rationalisiert in mehreren Werken in Dänemark und der BRD. In Flensburg, wo seit einiger Zeit durch Entlassungen „ausgesiebt" wird, werden Kurzarbeit eingeführt und Massenentlassungen vorgenommen. An fünf Tagen, verteilt auf März, April und Mai wird nicht gearbeitet. Das betrifft etwa 800 - 900 Kollegen. Darüber hinaus werden im März und April 90 der 2.300 Kollegen, vor allem Frauen, entlassen. Begründet werden diese Angriffe mit „schlechter Auftragslage", „Reduzierung des Produktionsprogrammes" usw. In Dänemark wird ähnlich durchgegriffen: Im Hauptwerk in Nordborg (ca. 7.000 Kollegen) wurde über längere Zeit kurzgearbeitet und schließlich ca. 100 Kollegen gekündigt. In Viby (Aarhus) wurde im August und September im Wechsel eine Woche gearbeitet, eine Woche nicht und schließlich wurden 120 der 400 Kollegen entlassen.

Gleichzeitig (!) werden in Schleswig und Kiel neue Werke aufgebaut, die später jeweils 400 bis 600 Beschäftigte haben sollen. Außerdem verstärkt die Danfoss-Konzernleitung den Kapitalexport: in Brasilien ist ein Werk im Aufbau, das einen Teil der Produktion des Flensburger Werks übernimmt. Und in Flensburg stehen die Kollegen auf der Straße – bei 5,6 % Arbeitslosigkeit!

Trotz der Entlassungen läuft die Produktion in Flensburg auf vollen Touren, und in einigen Abteilungen werden sogar ständig Überstunden geschoben.

Auf einer Betriebsversammlung, die zur Einführung der Kurzarbeit durchgeführt wurde (als von den Entlassungen noch nichts bekannt war!), gelang es einigen linken Kollegen zwar, diese Politik der Kapitalisten zu enthüllen, es gab jedoch auch bei den Entlassungen noch keinen wirkungsvollen Widerstand. Den bisher durchgezogenen 45 Entlassungen hat der Betriebsrat samt und sonders zugestimmt und zwar auf Vordrucken (!) der Geschäftsleitung, so daß der Vorsitzende Timm nicht mal eigenhändig zu unterschreiben brauchte. Sowohl die Geschäftsleitung als auch Betriebsrat Timm und Konsorten können sich die Hände reiben, weil unter den Entlassenen auch einige „Politische" sind, die sie so auf möglichst unauffällige Weise loswerden, z.B. zwei linke geschaßte Vertrauensleute, die bei der anstehenden Betriebsratswahl kandidieren wollten. Die Ortsverwaltung der IGM hatte die Aufstellung der Kandidatenliste extra lange hinausgezögert, so daß jetzt bei Danfoss erst im Mai gewählt wird – mit einer „gesäuberten" Liste.

Diesen Schlägen zum Trotz gilt es jetzt Abwehrmaßnahmen zu organisieren:

- Verweigerung von Überstunden in allen Abteilungen!
- Eine Betriebsversammlung muß her, auf der die Geschäftsleitung ihre Pläne aufdecken muß!
- Der Betriebsrat muß gezwungen werden, weitere Entlassungen abzulehnen!
- Die rechte Clique um Timm und VK-Vorsitzenden Ulrich muß bei der Wahl eine deutliche Quittung bekommen! ●

Genossen bei Danfoss
KB / Gruppe Flensburg



Die Zementwerker haben die Fabrik besetzt


Mit einem schweren Lkw haben die Arbeiter das Betriebstor versperrt


Versammlung der streikenden Arbeiter in Erwitte

Erwitte (Westfalen):

Arbeiter halten Zementfabrik seit 3 Wochen besetzt!

Seit dem 10. März halten 145 (von 151!) Kollegen ihren Betrieb, die Zementfabrik Seibel & Söhne in Erwitte (Westfalen), besetzt. Der Grund dafür ist, daß seit Januar in dem Betrieb kurzgearbeitet wird und im Februar Massenentlassungen (die Hälfte der Belegschaft) vom Kapitalisten angeordnet worden sind. Diese Maßnahmen wurden ohne Zustimmung von Betriebsrat und Arbeitsamt (die gesetzlich erforderlich sind) durchgeführt.

Daraufhin führten die Arbeiter einen Warnstreik mit der Forderung nach Wiedereinstellung der Entlassenen durch. Der Kapitalist ließ sich jedoch auf nichts ein und nahm die Entlassungen nicht zurück! Als Antwort darauf demonstrierten am 9.3. 2000 Einwohner der kleinen Ortschaft für die Seibel-Kollegen und deren Forderungen! Einen Tag später legten die Kollegen der Frühschicht die Arbeit nieder und besetzten den Betrieb, alle anderen Schichten schlossen sich dem Streik an. Der Kapitalist reagierte hart:

Fristlose Kündigung für alle, Hausverbot und Einbehalt eines Teils des (bereits verdienten) Februarlohnes in in Höhe von 35.000,- DM!

Die Kollegen hielten das Werk trotz des Hausverbots weiter besetzt und haben sich auf einen langen Streik eingestellt. Der Streik ist vorbildlich organisiert: Die Kollegen halten das Werk Tag und Nacht besetzt und klären vor allem ihre Frauen über die Notwendigkeit des Streiks für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf. Auf einer besonderen Frauenveranstaltung sagte eine Frau: *„Was dort im Zementwerk vor sich geht, ist nicht das Problem unserer Männer die dort tätig sind, es ist das Problem von uns allen."*

Die Bevölkerung unterstützt die Streikenden auch weiterhin mit Solidaritätsschreiben, Geld- und Sachspenden.

Allerdings gibt es auch Beifall von der falschen Seite: So sollen angeblich mehrere Unternehmer das Verhalten Seibel's als „finsteren Hochkapitalismus" bezeichnet haben und mit den Streikenden „sympathisieren" (? ?) (nach der Fernsehsendung „Monitor" vom 24.3. und „FAZ" vom 21.3.). Auch der CDU-Bürgermeister von Erwitte hat sich mit den kämpfenden Kollegen „solidarisiert" und ihnen 200 DM von der Stadt überreicht, damit sie sich „Würstchen kaufen können"! Diese soziale Demagogie der Unternehmer und CDU-Knechte soll nur darüber hinwegtäuschen, daß solche Praktiken, wie sie Seibel praktiziert, in allen Betrieben gang und gäbe sind. Allerdings . . . in den meisten Betrieben stellen es die Kapitalisten geschickter an, die Kollegen über ihre wahren Ziele hinwegzutäuschen und hängen sich ein soziales Mäntelchen um, in dem sie sich die Zustimmung zu ihren Maßnahmen vom Betriebsrat geben lassen, damit dann „alles rechtens" ist.

Daß die Polizei die Kollegen noch nicht vom Werksgelände verjagte (wie es der Kapitalist forderte) liegt wohl weniger daran, daß die Polizei der Meinung ist, daß „das ein legaler Arbeitskampf" ist, „den sie beobachtet, aber bisher keine Notwendigkeit sah, hier irgendwie einzuschreiten" (wie sich ein Erwitter Polizeioffizier ausdrückte), sondern daran, daß es in dieser Gegend 6% Arbeitslose gibt und daß diese Stadt praktisch vom „Zement lebt" („Monitor") Im Moment scheint es den Kapitalisten und dem Staat noch nicht angebracht, gegen einen Streik massiv vorzugehen, der auf Grund von Willkürmaßnahmen eines gesetzesunkundigen Kapitalisten zustandekam. In diesem Fall ziehen es die Kapitalisten vor, vom Kampf wegzuorientieren und das Schwergewicht auf Verhandlungen zu legen. Und so hat die IG Chemie-Papier-Keramik den Kollegen zwar die vom Unternehmer einbehaltenen Lohngelder vorgeschossen, aber den Streik nicht als gewerkschaftlichen Streik anerkannt. Somit erhalten die Kollegen natürlich auch kein gewerkschaftliches Streikgeld! Saubere gewerkschaftliche Solidarität, kann man da nur sagen. Stattdessen hat sie mit dem Gangster-Unternehmer unter Vermittlung eines ominösen „Landesschlichters", einen Verhandlungstermin für den 3. April ausgemacht. Wie man die Gewerkschaftsführer kennt, wird da ein ziemlich fauler Kompromiss rauskommen. Doch laut „Monitor" sind *„die Arbeiter mißtrauisch und haben sich auf einen langen Kampf eingestellt".* Sie taten gut daran!

Solidarität mit den Zementarbeitern in Erwitte! ●

Chemiekomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Tod durch PVC – Produktion

Die Profitgier der Kapitalisten geht über Leichen

Vor kurzem wurde in der bürgerlichen Presse von Krebsschäden und –toten durch die Produktion von PVC berichtet. PVC wird zu der Herstellung von Plastikeimern, Rohren, Schallplatten, Kabeln, Bauplatten usw. gebraucht.

Dieses PVC (Polivenylchlorid) wird unter hohem Druck aus dem hochgiftigen und krebserregenden Vinylchloridgas (VC) hergestellt. *„In der BRD leiden offiziell schon 167 Arbeiter an der heimtückischen VC – Krankheit. Vier Tote wurden bislang von den Behören registriert. Todesursache: Leberkrebs. Drei der Toten hatten jahrelang bei Dynamit Nobel gearbeitet... . Ein PVC – Arbeiter(in) der Firma Wacker Chemie in Burghausen.."* („Stern"Nr.11,6.3.75) Diese Fälle wurden erst jetzt in der Presse bekanntgegeben, obwohl der US – Chemie Konzern Dow-Chemical bereits 1961 (!) über Leberschäden durch VC – Gas berichtete. Die Untersuchungen italienischer Wissenschaftler ergaben, daß VC bereits bei einer Konzentration von 50 ppm (parts per Million, 50 Teile Gas auf 1 Million Teile Luft) gesundheitsschädigend ist. VC – Arbeiter jedoch kommen nicht selten mit einer Konzentration von 25000 ppm in Berührung, was die Gefahr von Leberkrebs und Leberschäden sowie Knochenschwund noch weit erhöht. Zur Zeit gibt es für VC – Erkrankte noch keine Heilungschance.

Obwohl diese Tatsachen bereits seit Jahren bekannt sind, wird munter weiterproduziert. Um den Kontrollen, der durch die Öffentlichkeit auf den Plan gerufenen Behörden, zu umgehen, bedienen die Kapitalisten sich der frechsten Mittel. Ehemalige Dynamit-Nobel Arbeiter versicherten an Eides statt: *„Regelmäßig vor Inspektionen des Gewerbeaufsichtsamts gab die Betriebsleitung Anweisungen, die Autoklaven (Druckbehälter) „aus Reparaturgründen" stillzulegen. Den amtlichen Kontrolleuren wurde erklärt, daß zur Zeit kein Bedarf an PVC – Granulat bestehe. Vor und nach der Kontrolle wurden die Kessel vollgefahren"* („Stern" Nr. 11,6.3.75)

Noch offener und „freimütiger" treibt es eine amerikanische Gesellschaft für Kunststoffindustrie:

Die VC – Arbeiter kommen allgemein mit einer Dosis von 100 ppm in Berührung. Diese (in der BRD gesetzlich zugelassene) Dauerbelastung ist zehnmal höher als allgemein erlaubt. Ein amerikanisches Gericht hatte die zulässige Norm auf 1 ppm festgelegt. Die amerikanische Gesellschaft für Kunststoffindustrie focht dieses Urteil mit einer Begründung an, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt: Sie befürchteten wirtschaftliche Folgen, selbst bei 25 ppm seien die wirtschaftlichen Nachteile zu hoch.

Die hohen Herren brauchen ja nicht täglich mit solchen Giften zu arbeiten. Für sie zählen nur wirtschaftliche Folgen und wirtschaftliche Nachteile, das Leben der Arbeiter ist ihnen einen Dreck wert.

Der ganze Zynismus, der in dieser menschenfeindlichen, angeblich „sozialen Marktwirtschaft" steckt, zeigt sich weiter darin, wie mit den kranken und todkranken PVC-Arbeitern verfahren wird:

„Der Türke Mehmet Celik in Troisdorf bei Bonn ist 34 Jahre alt und Rentner. Vor sechs Jahren war der Gastarbeiter nach Deutschland gekommen, um Geld zu verdienen. Heute ist er ein schwerkranker Mann, der Angst um sein Leben hat.

Seine Leber und Milz sind stark angegriffen, seine Fingerknochen sind zersetzt, die Hände kürzer geworden. Am 30. August 1972 war Mehmet Celik krankgeschrieben worden. Jetzt bekommt er Rente. Aber nur noch bis zum 30. Juli 75." („Stern"...)

Doch was dann? Ein Arbeiter, der seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann, landet auf der Müllkippe der kapitalistischen Gesellschaft. Vielleicht gerät er auch unter die von der Springer–Hetze ausgedrückten „Ausländer raus"–Kampagne und wird in sein Heimatland abgeschoben?

Der Staat leistet dabei seine ihm zugedachte Rolle. Sei es, indem er die Unfälle deckt, „zu spät entdeckt", „durch das Gesetz gebunden ist" oder durch abschieben etc. dafür sorgt, daß die nicht mehr produktiven Arbeiter dem Kapitalisten nicht zur Last fallen. So traten bereits 1970 bei Dynamit Nobel Gasvergiftungen auf. Aber erst zwei Jahre später ordnete die Gewerbeaufsicht Schutzmaßnahmen an. Mit dem Erfolg, daß heute immer noch Gasvergiftungen auftreten.

Den vor diesem Hintergrund einzig richtigen Weg haben 91 VC–kranke westdeutsche, türkische und griechische Arbeiter angefangen zu beschreiten: **Sie fordern jetzt gemeinsam von der Bundesregierung, der Kunststoffindustrie und der Dynamit Nobel AG (übrigens eine Tochtergesellschaft des Flick Konzerns), daß für die VC–Krüppel eine Stiftung nach dem Contergan–Vorbild gegründet wird. Zugleich fordern sie für ihre Kollegen, die noch PVC produzieren, einen lückenlosen Schutz vor dem Giftgas am Arbeitsplatz.**

Derartige Forderungen kann (ähnlich wie beim Fall Contergan) nur eine breite Öffentlichkeit und das gemeinsame Handeln aller betroffenen Arbeiter in den Betrieben, durchsetzen.

Endgültig können solche Morde nur verhindert werden, wenn nicht mehr nach dem Profitprinzip („wirtschaftliche Folgen", „wirtschaftliche Nachteile") produziert wird, sondern wenn wir das produzieren, was wir brauchen und so produziert wird, wie es für uns am besten ist: im Sozialismus! ●

Krankenhauszelle St. Georg/Altona
KB/Gruppe Hamburg

– Leserbrief–
Strahlenuntersuchung?



Anfang des Jahres erfuhr ich von meinem Vater, der als Chirurg in einem städtischen Krankenhaus beschäftigt ist, folgenden Vorfall:

Für alle Ärzte, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, wurde eine sogenannte „Strahlenschutzuntersuchung" aufgrund des neuen Strahlenschutzgesetzes durchgeführt. – Zu dieser Untersuchung gehört die Prüfung nach Röntgenstrahlenschäden sowie das Feststellen der Sehfähigkeit, Blutgruppenbestimmung, die Untersuchung nach Plattfüßen ...usw.

Zum krönenden Abschluß wurden die Fingerabdrücke abgenommen! Im Falle der Verweigerung lag ein fertiger Stempel mit folgendem Text: „Fingerabdrücke verweigert" vor! Dieser wurde dann auf alle Untersuchungsergebnisse gestempelt!

M.E. ist die Abnahme der Fingerabdrücke kein Schutz gegen Röntgenstrahlen, sondern dient der Ergänzung der Akten des Verfassungsschutzes. Hiermit wird der Versuch unternommen, auch die Ärzte unter die Kontrolle durch den Verfassungsschutz zu bekommen, um gegebenenfalls die wenigen fortschrittlichen Kräfte aus dem öffentlichen Dienst entfernen zu können. Durch die zunehmende Einsparungspolitik des Senates, die sich auch auf die Krankenhäuser auswirkt, verschlechtern sich einerseits die Arbeitsbedingungen der Ärzte, andererseits wird die ärztliche Versorgung für den Patienten immer ungenügender. Dem zu erwartenden Widerstand seitens des fortschrittlichen Personals des öffentlichen Dienstes versucht man hiermit einzuschüchtern. ●

Eine AK-Leserin

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Ein Reisebericht aus Wyhl

Während meines Aufenthaltes in Freiburg verbrachte ich vier Tage in Wyhl, um an der Bauplatzbesetzung gegen das geplante Kernkraftwerk teilzunehmen. Da man in bürgerlichen Zeitungen kaum etwas über Kernkraftwerke erfährt, wurde mir erst durch die direkte Konfrontation in Wyhl erschreckend klar, welche Gefahr und Menschenfeindlichkeit ein KKW darstellt (siehe Kästen).

Die elsässischen und badischen Bürgerinitiativen aus fast allen umliegenden Orten haben beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Bleiwerk in Marckolsheim und das KKW in Wyhl gemeinsam zu besetzen. Der Kampf in Marckolsheim wurde erfolgreich geführt. Die Grenze zwischen BRD und Frankreich ist für die Bauplatzbesetzer nicht mehr existent. Die 21 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen besetzen nun gemeinsam den Bauplatz für das KKW in Wyhl.

Die Bürgerinitiativen wechseln sich bei der Besetzung täglich vormittags und nachmittags ab. Einmal wöchentlich findet eine Vorstandssitzung der Bürgerinitiativen statt, um das Geschehen der Woche und weitere Schritte zu besprechen. Die jeweiligen Besetzer sind für den Informationsstand und für die Essensausgabe verantwortlich. Der Besetzungsplan wird peinlich genau eingehalten.

Die Zufahrtswege zum Bauplatz sind mit Holzbarrikaden versehen, um der Polizei die Räumung des Platzes zu erschweren. Der Bauplatz sieht aus wie ein Campingplatz (auch nachts wird besetzt). Als Sammelpunkt wurde ein großes Rondell errichtet. An den Bäumen und im Rondell hängen Plakate mit Aufschriften wie:

„Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv"
„Das KKW wird nicht gebaut"
„Eberle – Profitstreberle" (Wirtschaftsminister)
„Filbinger – unser zweiter Hitler"

Im Rondell sitzen die Leute um ein Feuer und diskutieren, stricken und singen. Für viele Jugendliche im gesamten Umkreis ist der Bauplatz zum Freizeitzentrum geworden. Statt Beatschuppen und Kneipen zu besuchen, sehen sie in der Bauplatzbesetzung eine sinnvollere Beschäftigung. Hier werden auch Vorträge über die Gefahren der KKW's gehalten, was dem Rondell den Namen eintrug: „Volkshochschule Wyhler Wald".

Es gibt einen Informationsstand mit einer Fülle von Aufklärungsschriften über KKW's, Industrieansiedlung in Südbaden, laufende Flugblätter und einen Katastrophenplan aus dem Kernforschungszentrum Karsiruhe, der durch das Verantwortungsbewußtsein einiger fortschrittlicher Kollegen an die Öffentlichkeit gelangte (siehe Kasten).

Die Vorträge und Aufklärungsaktionen werden nicht nur im Rondell, sondern in allen umliegenden Ortschaften von der Aktion Umweltschutz Emmendingen und Freiburg durchgeführt. Dabei werden auch Filme über die Polizeieinsätze und über den Kampf der Bürgerinitiativen gezeigt.

Den Bauplatzbesetzern wird eine breite Solidarität entgegengebracht. Aus der ganzen Umgebung werden Lebensmittel gespendet. Aus der Schweiz spenden Bürger kiloweise Käse.

Ansichtskarten über die Bauplatzbesetzung wurden gedruckt und tausende von Unterschriften gegen den Bau des KKW gesammelt.

Am Sonntag, den 23.3., fand eine Kundgebung unter folgenden Parolen statt:

„Kein KKW in Wyhl";
„Einstellung der Bauarbeiten für das KKW";
„Abzug der Polizeitruppen vom Baugelände";
„Rücknahme der Strafanzeigen"!

Zu der Kundgebung waren über 10.000 Menschen gekommen.

Beim ersten Polizeiüberfall wurden über 50 Jugendliche und Studenten festgenommen und nach Emmendingen ins Polizeirevier gebracht, wo sie mit Lichtbildaufnahmen und Fingerabdrücken behandelt wurden. Ein Teil der Bauplatzbesetzer fuhr hinterher und wartete so lange auf der Straße vor dem Polizeirevier, bis der letzte festgenommene Kollege freigelassen wurde.

Man hat bei der Festnahme bewußt junge Leute und Studenten herausgefischt, um den Eindruck aufrechtzuerhalten, daß nur „Studenten und Linksextreme" die „Drahtzieher" der Bauplatzbesetzung seien. Bauern, die bei den Festnahmen auf sich verwiesen, wurden von der Polizei einfach ignoriert. Nach den Polizeieinsätzen wird jetzt eine Selbstanzeigeaktion diskutiert. Mit mehreren 1.000 Selbstanzeigen will man die Strafanzeigen wegen Widerstand gegen Vollzugsbeamte gegen einzelne herausgegriffene Besetzer bekämpfen. Das ist ein guter Schritt, um die Methode des Strafrechtes zu unterlaufen, das auf „Einzelkriminalität" zugeschnitten ist.

Die Mehrheit der Bürger in Wyhl selbst sind KKW-Befürworter. Sie sind mit Versprechungen bestochen worden, wie z.B. dem Bau eines Schwimmbades, Arbeitsplätze in ihrer Wohnnähe, Zuschüsse in die Gemeindekasse etc. Inzwischen haben sich Provokateure aus Wyhl schon einige Schlägereien mit den Bauplatzbesetzern geliefert.

Ministerpräsident Filbinger und Wirtschaftsminister Eberle, die gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende des Badenwerkes (Elektrizitätswerk in Südbaden) sind, benutzen „ihr" Werk als Höhepunkt von bisher gelaufenen Provokationen und Schikanen gegen die Bürgerinitiativen. Am 14. März wurde ausgerechnet während eines Fußballspieles (England – BRD) im Fernsehen der Strom abgeschaltet. Südbaden lag für zwei Stunden im Dunkeln. Begründet wurde der Stromausfall mit einer angeblichen Bombendrohung des KBW (!).

Dieser Angriff erinnert an das faschistische Muster von vor zwei Jahren, als in Stuttgart während der RAF-Kampagne die ganze Stadt lahmgelegt wurde, weil angeblich die ganze Stadt unter Bombendrohung stand.

Während des Stromausfalls in Südbaden mußte man im Freiburger Universitätskrankenhaus mit Taschen-versitätskrankenhaus mit Taschenlampen weiter operieren, weil die Notstromaggregate nicht funktionierten.

Den „Tip", bei einer Fußballsendung den Strom auszuschalten, wurde Eberle bei einer CDU-Versammlung in Niederimmsingen gegeben. Das sei vielleicht ein „heilsamer Schock" für die Kernkraftgegner!

FORTSETZUNG SEITE 36

Gegen ein Kernkraftwerk in Wyhl: 16 Argumente

KERNKRAFTWERKE SIND MIT ZAHLREICHEN RISIKEN VERBUNDEN:
SIE BEDROHEN LEBEN UND GESUNDHEIT.

1. In einem KKW von 1000 Megawatt Leistung (Wyhl zunächst 1300 MW) entstehen pro Jahr so viele radioaktive Spaltprodukte wie bei 1000 Bomben vom Hiroshima-Typ. Im Normalbetrieb gelangen davon zwar nur relativ geringe Mengen in die Umwelt, doch bei technischem oder menschlichem Versagen, bei Unfällen, Terroranschlägen oder Kriegseinwirkungen können größere Mengen an Radioaktivität entweichen. Die Bevölkerung kann dadurch akut oder durch langsame Anreicherung im Organismus geschädigt werden.

2. Der größte denkbare Reaktorunfall – ein Ausfall des Kühlsystems –, bei dem es zum Schmelzen des Reaktorkerns kommen kann, läßt sich nicht mit Sicherheit ausschließen. Ein derartiger Unfall hätte so verheerende Folgen, daß sein Risiko mit möglichen Gefahren in anderen technischen Bereichen überhaupt nicht verglichen werden kann: Eine ganze Region würde unbewohnbar werden.

3. Bei der Spaltung von Uran in Atomkraftwerken wird in großer Menge Plutonium erzeugt. Dieses Element ist die gefährlichste überhaupt bekannte Substanz. Eine Plutoniummenge von der Größe eines Tennisballes würde genügen, um bei der gesamten Erdbevölkerung Lungenkrebs auszulösen.

4. Die abgebrannten, hochradioaktiven Brennstäbe eines KKW müssen in Wiederaufbereitungsanlagen aufgearbeitet werden. Bei diesem außerordentlich schwierigen Verfahren ist eine erhebliche Freisetzung von Radioaktivität unvermeidlich (Krypton -85, Jod -129, Jod -131 u.v.a.)

5. Der in großen Mengen anfallende radioaktive Müll muß über Jahrtausende hinweg absolut sicher aufbewahrt werden – und diese Frage ist bislang ungelöst.

KERNKRAFTWERKE SIND UMWELTFEINDLICH:
SIE BEDROHEN LANDSCHAFT, LANDWIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE.

6. Am gesamten Rheinlauf von Basel bis Rotterdam stellen die Auwälder zwischen Breisach und Kehl den letzten großräumig intakten Rest der ursprünglichen Landschaft dar. In ganz Mitteleuropa existiert kein zweites, an bedrohten Tier- und Pflanzenarten so reiches Auwaldgebiet dieser Ausdehnung. Inmitten dieser Auelandschaft, die als Naturschutzgebiet vorgesehen ist, liegt der geplante KKW-Standort.

7. Das System der Rheinaltwässer ist für die Verbesserung der Wasserqualität des Rheins (des wichtigsten europäischen Grundwasserspeichers) von größter Bedeutung. Es muß nach Meinung der zuständigen Wissenschaftler für Entwicklungsvorhaben aller Art tabu sein.

8. Die Ansiedlung stromintensiver Industrie wird dem KKW mit Sicherheit folgen. Krebsartiges Wachstum von Straßen, Gewerbegebieten und Siedlungen würde einen intakten Landschaftsraum zerstören.

9. Es ist ungeklärt, welche Auswirkungen der Kühlturmbetrieb auf das Klima der Rheinebene und damit auf ihre wertvollen Sonderkulturen haben wird. Eine Zunahme der Nebeltage wird sich negativ auf Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen auswirken.

10. Ein großer Teil der im Reaktor erzeugten Energie muß in Form von Abfallwärme dem ohnehin schon thermisch und chemisch stark belasteten Rhein zugeführt werden. Eine weitere Verschlechterung der Wasserqualität ist die zwangsläufige Folge.

WIRTSCHAFTLICHKEIT, ZUVERLASSIGKEIT UND NOTWENDIGKEIT
VON KERNKRAFTWERKEN SIND FRAGWÜRDIG.

11. Bei der Berücksichtigung der immensen Entwicklungs- und Baukosten sowie der unabsehbaren Folgelasten entpuppt sich die Energiegewinnung durch Atomkraftwerke als das bisher unwirtschaftlichste Verfahren zur Stromerzeugung.

12. Die Erfahrungen mit zahlreichen Großkernkraftwerken im In- und Ausland zeigen, daß diese Anlagen eine sichere Stromerzeugung nicht garantieren können. Gefährliche Störfälle und damit verbundene Stillegungen sind an der Tagesordnung.

13. Es ist unzutreffend, daß die Stromversorgung der Bevölkerung ohne den Bau von Kernkraftwerken nicht gewährt werden kann. Die in der Bundesrepublik reichlich vorhandenen Kohlevorräte erlauben uns, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue und ungefährliche Methoden der Stromerzeugung anwendungsreif sind. Dafür bieten sich verschiedene Verfahren an, deren Förderung bisher in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wurde (Sonnenenergie, Erdwärme, Wind und Gezeiten).

14. Konsequente Energieeinsparungsprogramme wurden bisher weder vom Bund noch von den Ländern vorgelegt. Bislang wurde in unserer Gesellschaft Energie in unverantwortlicher Weise verschwendet. Die bisherigen Prognosen des Energieverbrauchs haben sich als unrealistisch erwiesen.

ZUM JETZIGEN ZEITPUNKT IST DER BAU UNGENÜGEND ERPROBTER
UND RISIKOREICHER GROSSKERNKRAFTWERKE AUF DEM WEGE
EINES ÜBERSTÜRZTEN VERFAHRENS VERANTWORTUNGSLOS.

15. Es spricht jedem Demokratieverständnis Hohn, der Bevölkerung einer ganzen Raumschaft ein solches Projekt gegen ihren Willen aufzuzwingen.

16. "Viele verantwortungsbewußte Einzelpersonen und öffentliche Organisationen in den Vereinigten Staaten (und in anderen Ländern), die durch diese Risiken beunruhigt sind, fordern eine Einstellung des weiteren Betriebs von Kernkraftwerken, bis eindeutig gezeigt werden kann, daß ihre Vorteile alle Risiken überwiegen, die mit diesen Anlagen und den dazugehörigen Kernbrennstoffkreisläufen verknüpft sind."
(Bundesministerium des Innern, Bonn, 18.11.74)

AKTION UMWELTSCHUTZ e.V., 78 Freiburg i. Br.
Kirchstraße 4

BITTE GEBEN SIE DIESES BLATT IN IHREM BEKANNTENKREIS WEITER!

Wenn Sie unsere Bemühungen unterstützen wollen:

Spendenkonto Südwestbank Freiburg 2840
(Stichwort KKW Wyhl)

Der Katastrophenplan

Was unserer Region bei einem größeren Reaktorunfall sicher bevorsteht, wurde erst als durch den Katastrophenplan, den wir nachfolgend auszugsweise veröffentlichen, deutlich.

Der nachfolgende Katastrophenplan bezieht sich auf das kleine Kernforschungszentrum Karlsruhe (ca. 50 MW) - das geplante Atomkraftwerk in Wyhl würde aber schon in der ersten Aufbaustufe Block I 26 mal so groß (1300 MW)!

Der Karlsruher Plan sieht folgendes vor:

Bei einer nuklearen Katastrophe im Kernforschungszentrum mit Auswirkungen auf die Umgebung wird „das mögliche **Gefahrengebiet sofort gesperrt"** — ein kreisförmiges Gebiet (Durchmesser: zehn Kilometer) rund um die Reaktoranlage herum und dazu je nach Windrichtung, ein trichterförmiger Sektor bis zur zehn Kilometer entfernten Grenze der Warnzone „A".

Während **starke Polizeikräfte** (Schutzanzüge sind kürzlich bestellt worden) das Gefahrengebiet **abriegeln,** wird die betroffene Bevölkerung über Lautsprecher „zum Schutze ihrer Gesundheit dringend gebeten, sich sofort in die Häuser zu begeben und alle Öffnungen wie Fenster und Türen zu schließen".

Wer sich im Freien aufgehalten hat, soll Kleidung und Schuhe vor das Haus legen und „vorsorglich" die „unbedeckten Körperflächen wie Gesicht und Hände" reinigen; der Genuß von Frischnahrung müsse vermieden werden.

Unterdessen rücken zwecks Entseuchung (Fachausdruck „Dekontamination") Spezialtrupps wie das Bruchsaler ABC-Abwehr-Bataillon der Bundeswehr und der Strahlenschutz der Karlsruher Feuerwehr in das Katastrophengebiet ein, um **Brunnen stillzulegen, verstrahlte Gegenstände sicherzustellen, Häuser und Straßen abzuwaschen, verseuchte Erde abzutragen und einzuasphaltieren.**

Unter ärztlicher Aufsicht werden derweil die betroffenen Menschen „dekontaminiert" (äußerlich mit Titandioxid **Wunden chirurgisch** reinigen, innerlich durch medikamentöses „Herbeiführen von Erbrechen", Magenspülung, Gabe von absorbierenden Stoffen und Abführmitteln).

Dieser Plan ließe uns keine großen Überlebungschancen. Das schlimmste daran ist, daß die Menschen im radioaktiv verseuchten Gebiet eingeschlossen werden sollen.

Der zuständige Polizeichef meinte zum Karlsruher Katastrophenplan: Die Absperrung sei deshalb eine notwendige Schutzmaßnahme, da dadurch verhindert werden soll, daß jemand die Warnzone verläßt.

Selbst Vertreter des Stuttgarter Arbeitsministeriums halten eine Evakuierung für problematisch, weil die Menschen die Häuser, die noch einen gewissen Schutz bieten, verlassen müssen.

Die Menschen im verseuchten Gebiet würden von ihrer Umwelt abgeriegelt. Die gesundheitlichen Schäden treten später ein!

(Aus: die Unabhängigen, Mchn. Nr. 39)
23. 4. 72

Laut dem Bericht der Badischen Zeitung vom 7. Dezember 1974, bezogen auf das Hearing in Bonn vor dem Innenausschuß des Bundestages, ist das Eintreffen der **nuklearen Katastrophe alle 17 Jahre** wahrscheinlicher denn je, wenn die geplanten Atomkraftwerke gebaut werden.

Die kerntechnischen Sicherheitsfragen sind bis heute nicht befriedigend geklärt. Wir können uns derzeit dieser Lebens- und Gesundheits bedrohenden Gefahr nicht blindlings aussetzen.

Deshalb darf das Atomkraftwerk Wyhl nicht gebaut werden.

Spendenkonto:
Bezirkssparkasse Kenzingen Nr. [illegible]

Die 30 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen

P.S.

Obiger Katastrophenplan wurde streng geheim gehalten und gelangte durch Zufall in Kenntnis verantwortungsbewußter Personen, die den wesentlichen Inhalt der Öffentlichkeit nicht vorenthalten konnten. Katastrophenpläne braucht man nur für gefährliche Projekte. Sicherlich wird auch dieses Flugblatt gewissen Kreisen nicht in den Kram passen. Wir aber stehen dazu — man darf uns Bürger nicht über wahre Sachverhalte hinwegtäuschen, wenn wir über unser Schicksal entscheiden sollen.

Bitte wenden





Postkarten herausgegeben von 30 Bürgerinitiativen aus Baden und Elsaß. Der Erlös ist zugunsten der durch Filbinger mit Strafanzeigen Bedrohten.

FORTSETZUNG VON SEITE 35

Ein Reisebericht aus Wyhl

Während die übrige Bevölkerung empört und unsicher waren, bewerteten die Bauplatzbesetzer den Stromausfall als einen üblen Unterdrückungs- und Machtbeweis der CDU-Regierung.,

Der konsequente Kampf, die Solidarität und Wachsamkeit der Bürgerinitiativen gegenüber Spaltungsversuchen, Provokationen und Einschüchterungsversuchen kann man an sich schon als einen Klassenkampf bezeichnen. Auf dem Bauplatz werden jedoch keine offenen Auseinandersetzungen mit linken Organisationen geführt. Offener Zeitungsverkauf oder Bücherstände von linken Organisationen werden nicht geduldet.

Es entspricht dem vorherrschenden Bewußtsein, daß zu den tragenden Kräften eine pazifistische Gruppe für „gewaltlosen Widerstand" gehört. Von ihnen werden aufklärende Wandzeitungen gemacht, wie man sich bei den Polizeieinsätzen verhalten soll.

Etwa nach folgendem Muster: Die Polizisten sind auch Menschen. Sie werden von ihren Vorgesetzten zur Räumung des Platzes eingesetzt. Man muß mit ihnen diskutieren und sie darüber aufklären, warum der Bauplatz besetzt wird und wie gefährlich KKW's sind. Auf keinen Fall sich aktiv gegen die Räumung wehren. Die Polizei mit Ruhe empfangen und ihnen vielleicht noch Kaffee und Kuchen anbieten.

Bisher hat die Polizei jedoch reichlich die Knüppel geschwungen. Über die Funktion des Polizeiapparats wurde noch keine Aufklärung betrieben.

Das Verwaltungsgericht Freiburg verfügte am 21.3.75 bis auf weiteres einen Baustop des KKW. Damit besteht vorläufig für die Bevölkerung nicht die Gefahr, daß in der nächsten Zeit mit dem Bau begonnen wird. Das Verfahren wird zum Verwaltungsgerichtshof Mannheim weitergeleitet. Die Bürgerinitiativen gehen den einzig richtigen Weg: Sie besetzen den Bauplatz weiter und vertrauen nur auf ihre eigene Kraft, egal, was immer auch von den verschiedenen Gerichten entschieden wird.

Aus dem konsequenten Kampf gegen das KKW und gegen das Bleiwerk hat sich auch die Klarheit darüber entwickelt, daß KKW's eine Vorreiterrolle für ein zweites Ruhrgebiet im Elsaß und in Südbaden spielen. Die zentrale Lage in Europa, die günstigen Wasserwege durch den Rhein und Rheinseitenkanal bieten einen günstigen Standort für die Industrieansiedlung, für Stahlwerke, Ölraffinerien, Chemie und Petrochemie mit den dazugehörigen Müllverbrennungsanlagen. Die günstigen Autobahnanschlußstellen Basel – Frankfurt sollen mit dem Bau einer Schwarzwaldautobahn erweitert werden.

Nicht nur in Wyhl, sondern auch direkt vor unserer Tür im Süderelberaum und im ganzen übrigen unteren Verlauf der Elbe sollen 13 Kernkraftwerke gebaut werden. Die Planung wird von der Bevölkerung bisher weitgehend widerspruchslos hingenommen. Das ist für die Verantwortlichen natürlich sehr angenehm, sind es doch gerade solche Widerstandskämpfe der Betroffenen wie in Wyhl, die sie bis auf die Knochen hassen. In Schweinfurt hat das Beispiel Wyhl bereits Schule gemacht: Vor einigen Wochen fand dort eine Demonstration gegen das geplante KKW Grafenrheinfeld statt. ●

Genossin der Bezirksorganisation Harburg-Wilhelmsburg, KB/Gruppe Hamburg

FOLGENDE RADIOAKTIVE ELEMENTE WERDEN HAUPTSÄCHLICH VOM KKW ABGEGEBEN:

Radioaktives Strontium90 lagert sich bevorzugt im Knochen ab und schädigt durch starke beta-Strahlung. Strontium 90 zerfällt zum gleichfalls beta-aktiven Yttrium 90, welches besonders in Eierstöcken und Hoden eingelagert wird, wo es Mutationen an Ei- und Samenzellen bewirken kann. Mit einer Halbwertzeit von 64 Stunden zerfällt es dann zum stabilen Zirkon 90.

Radioaktives Jod 131 wird in der Schilddrüse gespeichert. Die Halbwertszeit von Jod 131 ist relativ kurz, 14 Tage, während Jod 129 mit einer Halbwertszeit von ca. 1,7 Millionen Jahren durch beta-Zerfall zu Xenon 129 zerfällt, einem gamma-Strahler mit 8 Tagen Halbwertszeit.

Radioaktives Tritium, überschwerer Wasserstoff, ein beta-Strahler mit der Halbwertszeit von etwa 12 Jahren. Tritium stellt ein besonderes Problem dar, da es bisher keine Möglichkeit gibt, diesen Stoff aus dem Wasser zu entfernen.

Radioaktives Krypton 85 hat eine Halbwertszeit von etwa 11 Jahren und sendet beta- und gamma-Strahlen recht hoher Energie aus. Außer Krypton 85 werden auch noch andere radioaktive Edelgase frei (Xenon und Radon Isotope), die man jedoch mittels komplizierter chemischer Methoden aus der Abluft herausfiltern kann. Dies Verfahren kostet natürlich Geld, daher ist es fraglich, ob es überhaupt eingesetzt wird.

Aus einer Broschüre des „Arbeitskreis Umweltschutz" an de[illegible]i Freiburg.

Nach Marckolsheim – jetzt in Braunschweig

Kampf dem Bleiwerk !

Nach monatelangen (z. T. militanten) Auseinandersetzungen hatten die Bewohner der elsässischen Stadt Marckolsheim (Frankreich) einen klaren Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errungen: Der Bau eines Bleichemie-Werkes (der Bärlocher GmbH) wurde von den französischen Behörden untersagt. Das war Mitte Februar 1975.

Die Kapitalisten gingen – da sie natürlich an ihren umwelt- und menschenfeindlichen Bauplänen für ein Bleiwerk festhielten – in der Bundesrepublik auf „Standortsuche". Am 25.2. war dann in der „Braunschweiger Zeitung" („BZ") zu lesen, daß sich die Städte Kiel und Braunschweig um die Ansiedlung des Chemiegiganten bemühen. Die Braunschweiger Stadtverwaltung versuchte, die Chemischen Werke München (CW[illegible] Bärlocher GmbH (so die offizielle Be-
die Chemischen Werke München (CW[illegible] Bärlocher GmbH (so die offizielle Be-
zeichnung des Umweltverschmutzers) u. a. damit zu ködern, daß sie ein Grundstück von 100.000 qm Größe zum Schleuderpreis von DM 10,–/qm als möglichen Bauplatz anbot (dieses Grundstück wurde aus Steuermitteln von der Stadt für DM 19,–/qm aufgekauf[illegible]nd hat heute einen Schätzwert von DM 40,–/qm!!!).

Nachdem der Kieler Stadtrat sich mit 23 zu 21 Stimmen gegen die Ansiedlung des Bleiwerks in dieser Region ausgesprochen hatte, stiegen (wie die „BZ" vom 6.3. zu melden wußte) die „Chancen" für Braunschweig. Nachdem der Antrag zum Bau des Bleiwerks bei der Stadt Braunschweig eingegangen war (6.3.), kamen sofort erste Proteste von Seiten der Braunschweiger Bevölkerung (zunächst in Form von Leserbriefen an die Lokalpresse).

Daraufhin lud der SPD-Ortsverein Veltenhof (geplanter Standort des Bleiwerks) zu einer „leidenschaftslosen Diskussion" am 6.3. ein. Die dort anwesenden 200 Menschen mußten sich ein Referat des verantwortlichen Wirtschaftsreferenten Dr. Wegner anhören, der bei einer Besichtigung des Werks in München den Eindruck gewann, daß es sich um eine gute Sache handelt, und er bedauerte, „daß diese Dinge so früh in die Öffentlichkeit gekommen sind".

Nach Beifall heischend äußerte er, „gerade in dieser schwierigen Zeit sollte man Kontakte zu Firmen, die investieren wollen, unterstützen". Hierbei ist bemerkenswert, daß in den Münchner CWM-Betrieben kurzgearbeitet wird!

Weiterhin erzählte er einige Döntjes über die Menge des ausgestoßenen Bleis, welches sich laut Angaben der CWM auf 320 kg beläuft und damit also den höchstzulässigen Wert um 9/10 unterschreitet! Ein erstaunlicher Fortschritt, wenn man bedenkt, daß 1971 noch von 14 Tonnen die Rede war, in Marckolsheim sollten es schließlich nur noch 1,5 Tonnen sein. Nach einem Gutachten des „Service d'analyse de gaz" in Paris wird bei einer ähnlichen Anlage der Pennaroya in Villefranche dreimal so viel Blei in die Luft abgegeben, wie die CWM für Marckolsheim angegeben hatten. Und dieser französische Betrieb verfügt nach diesem Gutachten über die bis jetzt besten Filteranlagen.

Dr. Wegner erzählte weiter, daß die Angaben der CWM und die möglichen Auswirkungen auf die Bevölkerung selbstverständlich geprüft würden. So sei, sagte er, eine Untersuchung an der Forschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) fast abgeschlossen. Dies stellte sich allerdings als wissentliche Lüge heraus, denn der Referent hatte das Pech, daß sich unter den Zuhörern auch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der FAL befand, der seine Behauptungen widerlegen konnte.

Der SPD-Ortsvorsitzende Müller betonte, *„es sei das Anliegen der SPD, die Gegebenheiten objektiv und sachlich durch einen Obergutachter prüfen zu lassen – und es müssen alle dazu verpflichtet werden, gründlich zu prüfen"*. Von daher stellt der Unterbezirk *„die Forderung an den Stadtrat, Gesetze und Marckolsheimpapiere der Öffentlichkeit zugänglich zu machen"*. Aber: ***„Eines kann man nicht, beklagen, daß Arbeitsplätze abgebaut werden und andererseits die Schaffung neuer nicht unterstützen".***

Außerdem besaß er die Frechheit zu behaupten, das Werk in Marckolsheim sei nicht an der Bauplatzbesetzung der kampfbereiten Bevölkerung gescheitert, sondern an den zu hohen Erschließungskosten.

Wesentliches Ergebnis der Veranstaltung war, daß den Anwesenden sehr klar wurde, welche Position die SPD und die Gewerkschaftsführung in der Frage des Bleichemiewerks einnehmen: für sie gibt es *„keine Alternative zwischen Arbeitsplätzen und Spargel"* (so der demagogische Beitrag des Vorsitzenden des DGB-Kreises Braunschweig-Wolfenbüttel, G. Kasten).

In den nachfolgenden Tagen gründeten sich in den verschiedenen Stadtteilen Braunschweigs Bürgerinitiativen. Es fanden verschiedene Aktivitäten statt (Plakate wurden an „Tante-Emma-Läden" zum Aushängen verteilt, Unterschriftenlisten gegen den Bau des Bleichemiewerks machten die Runde usw.). Die „Bürgerinitiative Bleichemiewerk" rief zu einer Bürgerversammlung am 21.3. im Freizeit- und Bildungszentrum auf. Die anderen Initiativen unterstützten diesen Aufruf.

Die mit ca. 700 Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung im Freizeit- und Bildungszentrum wurde von dem Sprecher der Initiative (Barde) mit den Worten eröffnet: „Wir lehnen eine Einmischung linker und rechter Gruppen ab!" – womit die Wortführer zwar nicht unbedingt die Meinung der Mehrheit der Versammelten wiedergaben, aber doch indirekt ihren eigenen Standpunkt offenbarten. Um in der Initiative mitzuarbeiten, bedarf es eines schriftlichen Antrags!

Der erste Teil der Veranstaltung diente der Information über den Verlauf der Kämpfe in Marckolsheim und Whyl. Referent war der Physiker Dr. Gruber (Universität Freiburg). Es folgten Referate verschiedener Fachleute, so auch ein Referat von Prof. Hondelmann (FAL), der erklärte, daß im Umkreis von 1 km um das geplante Werk die Landwirtschaft Schaden nehmen würde. In diesem Bereich liegen hochwertige Spargelfelder. Im Umkreis von 8 km wären 47.000 Menschen direkt von den Emissionen des Werkes betroffen, bei ungünstiger Witterung ganz Braunschweig (270.000)!!!
schweig (270.000)!!!

Ein Blick in die öffentlich ausgelegten Unterlagen der Bärlocher GmbH (von 9 bis 12 Uhr im Gewerbeordnungsamt einzusehen), so ein Referent, ließe erkennen, „daß die Angaben zum Teil falsch und im ganzen unzureichend und fahrlässig sind".

Eine Sammelaktion während der Veranstaltung ergibt die stattliche Summe von 1162 DM. Es wird noch einmal eindringlich darauf hingewiesen, daß die Einspruchsfrist gegen den Bau des Bleichemiewerkes am 26. 4. abläuft. Das „unabhängige" Gutachten, das die Stadt Braunschweig bei einem Institut des niedersächsischen Verwaltungsamtes angefordert hat, soll bis zum 30. April vorliegen, also erst nach Ablauf der Einspruchsfrist!

Zwar versicherte der erste Bürgermeister Wiswedel (FDP), daß der Rat der Stadt vermutlich auf dieses Gutachten nicht viel geben wird und er außerdem der Ansicht sei, daß vermutlich sowieso gegen den Bau entschieden würde, aber das hatte offensichtlich den Charakter der Abwiegelung.

Im zweiten Teil der Veranstaltung kam es zu einer Konfrontation zwischen der Versammlungsmehrheit und der Veranstaltungsleitung: Ein Mitglied der Bürgerinitiative verlas eine Resolution gegen den Bau des Bleichemiewerkes, die von den Anwesenden fast einstimmig angenommen wurde. Die Diskussionsleitung warf der Antragstellerin daraufhin „Spaltungsversuche" vor, da in einer internen Sitzung der Bürgerinitiative beschlossen worden sei, eine „reine Informationsveranstaltung" ohne Resolutionen zu machen. Die Diskussionsleitung weigerte sich auch, diese Resolution im Auftrag der Versammlung an die Presse weiterzuleiten. Die Anwesenden waren ziemlich empört, daß die Veranstalter sich so über den Mehrheitswillen hinwegsetzten. Es kamen Äußerungen wie: „Ihr seid zu feige, unsere Resolution weiterzugeben, aber nicht zu feige, unsere Spenden einzustecken".

Es wurde deutlich, daß die Sprecher der Initiative mit allen Mitteln versuchten, fortschrittliche Leute aus der gesamten Initiative rauszudrängen, was ihnen bisher jedoch noch nicht gelungen ist.

Es kommt jetzt darauf an, die Front gegen das Bleichemiewerk zu verbreitern und die weiteren Aktivitäten nicht diesen suspekten Sprechern der Bürgerinitiative zu überlassen.

(Quellen: „Braunschweiger Zeitung" und Mitschriften der verschiedenen Versammlungen). ●

KB/ Gruppe Braunschweig

Wyhl: Vorläufiger Baustopp verfügt

Nachdem die Badenwerk AG und die baden-württembergische Landesregierung vergeblich versucht hatten, den Widerstand der Bevölkerung gegen den KKW-Bau durch Drohungen, Polizeieinsatz und Hetze in der bürgerlichen Presse zu schwächen, hat jetzt das Freiburger Verwaltungsgericht einen vorläufigen Baustopp verfügt. Dieser Entscheid hat in erster Linie aufschiebende Wirkung, d.h. er gilt bis zur Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts über die Klage mehrerer Gemeinden und Einzelpersonen gegen das Kernkraftwerkprojekt. So ist dieser Entscheid zwar ein Erfolg für die Besetzer, dient aber in erster Linie dazu, einen endgültigen Entscheid hinauszuzögern und die über die bisherigen Maßnahmen empörte Bevölkerung zu beruhigen.

Hinhaltetaktik und Illusionsmache über die „Unabhängigkeit" der Gerichte

Schon seit Wochen hatte die SPD eine „Denkpause in Sachen Whyl" vorgeschlagen. So warnte z.B. der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Eppler die Landesregierung vor einer „nachhaltigen Vergiftung der Atmosphäre", die „den inneren Frieden (!) nicht nur im unmittelbar betroffenen Raum (!) gefährden könne". Eppler erklärte außerdem, er halte den „Fall Wyhl" für den „ernstester Konflikt, der bisher den inneren Frieden in diesem Bundesland bedroht habe" (beides „Pforzh. Ztg.", 12.3.75).

Offener haben diese Herren selten gesagt, worum es ihnen geht: nicht etwa um das Interesse der Bevölkerung, nämlich zu verhindern, daß am Oberrhein ein zweites Ruhrgebiet entsteht, sondern darum, diese Pläne der Kapitalisten nicht durch ein allzu offenes und eindeutiges Vorgehen gegen die Betroffenen zu gefährden!

In diesem Sinne werfen sie der CDU-Landesregierung eine „Kette von Mißgriffen und Pannen" vor, die im „Fall Whyl" in eine „unerträgliche Sackgasse" geführt haben („Pforzh. Ztg.", 12.3.75)

Genau die von der SPD geforderte behutsamere Taktik wird jetzt mit dem Gerichtsentscheid eingeschlagen:

- das Hinauszögern der Auseinandersetzungen um den KKW-Bau (mit einem endgültigen Gerichtsentscheid ist wahrscheinlich erst in zwei bis drei Jahren zu rechnen)
- die Orientierung des Kampfes auf die Gerichte. D.h. die Bevölkerung soll nicht wie bisher in erster Linie auf die eigenen Kräfte vertrauen, sondern auf eine scheinbar allen Interessensgegensätzen übergeordnete Rechtssprechung (in der Begründung des Freiburger Verwaltungsgerichts für den Entscheid steht z.B., „die Effektivität des Rechtsschutzes" müsse „garantiert" werden – „Stuttg. Ztg.", 22.3.75).

Einher mit dieser Hinhaltetaktik gehen weitere Zermürbungsversuche:

Die Baufirma hat inzwischen gegen sieben Platzbesetzer Schadensersatzforderungen in Höhe von DM 150.000,- gestellt! Außerdem hat die Badenwerk AG jetzt bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr (!) die Strompreise erhöht, u.a. mit der Begründung, daß sich der KKW-Bau in Philippsburg zu sehr verzögere.

Auf die eigenen Kräfte stützen!

Für einen längerfristigen Erfolg im Kampf gegen das KKW und damit gegen ein zweites Ruhrgebiet am Oberrhein ist es notwendig, daß die Bevölkerung weiterhin nur auf ihre eigenen Kräfte vertraut und sich nicht auf den Instanzenweg vertrösten läßt. Die 30 Bürgerinitiativen haben inzwischen auch bekanntgegeben, daß sie die Besetzung des Platzes aufrechterhalten wollen, denn ihre Forderungen (Rücknahme der Baugenehmigung und Rücknahme aller Strafanzeigen sowie Wiederherstellung des Geländes in seinen ursprünglichen Zustand) sind nach wie vor nicht erfüllt.

Die weitere Zeit sollte vor allem auch dazu genutzt werden, im grösseren Umkreis über die Ziele und Erfahrungen der Besetzer zu informieren und so eine möglichst breite Solidaritätsbewegung zu schaffen. ●

Würzburg:

Mit gezogenen Pistolen gegen fortschrittliche Studenten!

Am 26.2.75 überfielen Polizeibeamte in den Würzburger Ringparkanlagen mit gezogenen Pistolen Studenten, die sich auf dem Nachhauseweg befanden. Dieser brutale Überfall ist der bisher letzte Schritt auf der Stufenleiter der Eskalation, die die Würzburger Hochschulbürokratie betreibt, um die Meinungsfreiheit an der Uni abzuwürgen.

Die Vorgeschichte des Überfalls beginnt bereits am 28.11.1973. Damals verabschiedete der Bayerische Landtag das Bayerische Hochschulgesetz. Den Studenten ist durch das Gesetz mit der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft ein wesentliches Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen genommen worden. Die verfügte Auflösung des AStA und der Fachschaften sowie das Absprechen eines politischen und imperativen Mandats zielt auf die totale Disziplinierung der Studentenschaft im Sinne der Bourgeoisie ab. Dies wird bereits im Geleitwort von Prof. Hans Maier, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, mehr als deutlich. Überraschend ist dabei die Offenheit, mit der der Sinn des Gesetzes erläutert wird. Unter anderem heißt es darin:

„Auch das Ordnungsrecht (Artikel 76 ff.) muß unter dem Gesichtspunkt gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der Hochschule gesehen werden. Der Steuerzahler gibt derzeit etwa 20.000 DM aus Landesmitteln aus; dabei sind die Zuwendungen nach dem Ausbildungsförderungsgesetz, die in erster Linie den Bundeshaushalt belasten, noch nicht berücksichtigt. Die Allgemeinheit, aber auch der studierwillige Hochschulbürger hat einen Anspruch auf ungestörten und effektiven Einsatz dieser Sach- und Personalmittel. Methoden der systematischen und dauernden Vorlesungsstörung, der Umfunktionierung von Lehr- und Forschungsveranstaltungen durch politische Agitation sind bei der offenen und verletzlichen (?) Struktur unserer Universitäten jederzeit möglich.

Unser Strafrecht ist für solche Tatbestände nicht gerüstet, der Polizeivollzugsbeamte, selbst wenn Psychoterror seinen Einsatz nicht abhielte, sieht sich im akademischen Bereich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Hier muß die Hochschule in einem ihr selbst überlassenen Verfahren durch angemessene Verwaltungsmaßnahmen sich systematischer Störer erwehren und die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben sicherstellen können . . .

Richard Löwenthal hat mit Recht hervorgehoben, daß heute die Gefährdung freier Wissenschaft und Forschung in den westlichen Ländern nicht mehr so sehr vom Staat ausgeht, sondern aus der akademischen Korporation selbst kommt. Gesetgebung wird unter solchen Umständen zum notwendigen Geleitschutz . . . Hochschulpolitik ist Kulturpolitik. Kultur kommt von colere, pflegen. Den Hochschulen eine pflegerische, schützende Hand zu bieten, ihnen Freiheit und Entwicklung zu ermöglichen, sie zu schützen vor dem Psychoterror und Verlust der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, das ist die Aufgabe des Gesetzes.“

Zu diesen Auszügen bedarf es wohl keines Kommentars. Ebenso überflüssig ist es an dieser Stelle, den reaktionären Charakter des Gesetzes noch mehr zu verdeutlichen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes Ende 1973 hat sich nun das Vorgehen des Studentenwerks (das ist die Verwaltungsbürokratie) an der Uni Würzburg gegen fortschrittliche Studenten, wie an anderen bayerischen Hochschulen, erheblich verschärft. In Würzburg war erstes erklärtes Ziel des Studentenwerks offensichtlich die Durchsetzung des Verbots für Büchertische. Jedenfalls konnten plötzlich verstärkte Aktivitäten gegen Büchertische festgestellt werden. Am 23.1.75 gab Rechtsanwalt Lothar Bressel, Geschäftsführer des Studentenwerks, in einem Schreiben bekannt:

„Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat dem Studentenwerk mitgeteilt, daß . . . die Aufstellung von Vertriebsständen für Literatur in Hochschulräumen und Räumen der Studentenwerke nicht gestattet ist.“

Gleichzeitig wurden Drohbriefe an Studenten verschickt, die in irgendeiner Weise mit den Büchertischen in Beziehung gebracht werden konnten. Doch ließen sich die Betroffenen nicht einschüchtern. Trotz der Drohbriefe wurden erneut Büchertische errichtet. Bressel reagierte schnell: Aus Drohbriefen wurden Steckbriefe!

Anfang Februar, an einem Vormittag, als noch relativ wenige Studenten in der Mensa waren, erschien Bressel mit ca. 8 Angestellten am Büchertisch. Er befahl den Angestellten, die angebrachte Wandzeitung abzureißen und den Tisch „abzuräumen“. Den in der Nähe stehenden Studenten wurde befohlen, die Mensa sofort zu verlassen. Als dies nichts nützte, griff er sich eine einzelne Person heraus. Im selben Moment lösten sich mehrere saloppe junge Herren aus der Menge der Studenten, Zivilbullen!

Während die Wandzeitung abgerissen wurde, wurde der Student, der sich den Herren in Zivil nicht ohne weiteres ausweisen wollte, überwältigt und in Handschellen (!) aus der Mensa gezerrt, wo mehrere Polizeifahrzeuge auffuhren, die offenbar in einem benachbarten Hof versteckt gewesen waren. Die Menge der anwesenden Studenten äußerte lautstark ihre Empörung über den Polizeieinsatz.

Zum nächsten Schlag holte Bressel dann gleich in der nächsten Woche aus: Um weiteren Büchertischen in der Mensa vorzubeugen, wurden vom Studentenwerk kurzerhand die bis dahin verwendeten Vorrichtungen für Büchertische entfernt. An einem Montagnachmittag demontierte ein mit Schweißbrennern bewaffneter Trupp die eisernen Büchertischgestelle! Außerdem wurden erneut Drohbriefe verschickt, u.a. folgendes Schreiben vom 21.2.75:

„Obwohl Sie bereits mehrfach mündlich und mit Schreiben vom 23.Januar 1975, welches in Fotokopie beigefügt wird, darauf hingewiesen wurden, daß der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften im Vorraum der Mensa nicht gestattet ist, haben Sie sich am 19. Februar 1975 in der Nähe (!) des Büchertisches aufgehalten und durch Ihre Äußerungen (!) versucht, die Durchsetzung des Verkaufsverbotes von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zu verhindern. Sie haben sich wiederum längere Zeit unberechtigt im Vorraum der Mensa aufgehalten.

Wir fordern Sie hiermit letztmalig auf, den Verkauf von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern im Vorraum der Mensa zu unterlassen und sich dort nicht längere Zeit aufzuhalten. Falls Sie sich in Zukunft, besonders am Mittwoch, den 26. Februar 1975, in der Nähe des Büchertisches aufhalten sollten, handelt es sich um einen unberechtigten Aufenthalt im Sinne unseres Schreibens vom 23. Januar 1975, und Sie müssen die sich daraus ergebenden Konsequenzen tragen.“

Daß es das Studentenwerk wagt, schon die bloße Anwesenheit von Studenten auch nur in der Nähe der Büchertische als „störend“ zu bezeichnen und denen Strafverfolgung anzudrohen, die durch ihre bloße Äußerung deutlich machen, daß sie mit den Maßnahmen nicht einverstanden sind, ist eine ungeheuerliche Provokation aller demokratischen und fortschrittlichen Studenten. Diese Zustände erinnern nicht mehr nur an die Diktatur des Hitler-Faschismus, sie stellen teilweise bereits ehemalige Tatbestände wieder her. Vom Verbot der Vermittlung fortschrittlicher Informationen und Literatur bis zur Verbrennung derselben ist der Schritt nicht weit . . .



Studenten verhindern in solidarischen Aktionen polizeiliche Übergriffe auf Büchertische

Die Situation an der Würzburger Uni spitzte sich dann am 25.2.75 weiter zu. Für den 26.2.75 wurden schriftliche Hausverbote erteilt, gegen zwei Personen erging eine einstweilige Verfügung, in welcher bei einer Geldstrafe in unbegrenzter Höhe bzw. Haftstrafe bis zu sechs Monaten untersagt wurde, am 26.2. und später Büchertische aufzustellen.

Außerdem wurde eine „Schwarze Liste“ veröffentlicht, und in einem Flugblatt war zu lesen:

„Bitte haben Sie Verständnis, wenn das Studentenwerk gegebenenfalls polizeilich und gerichtlich Maßnahmen ergreift, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Als Antwort auf diesen massiven Versuch politischer Unterdrückung bildeten die fortschrittlichen Organisationen an der Uni Würzburg eine Aktionseinheit, die am folgenden Tag, Mittwoch, den 26.2.75, einen gemeinsamen Büchertisch durchführte. Die breite Solidarität einer großen Anzahl von Studenten ermöglichte es, das Büchertischverbot zu durchbrechen. Der Mensavorraum war voll besetzt mit Studenten, die die Büchertische schützten. Trotz massiven Einsatzes von Zivilpolizei erlitt Bressel bei diesem Vorgehen Schiffbruch. Die kämpferische Solidarität der Studenten verhinderte durch Kettenbildung und Abdrängen der Spitzel sowie Parolenrufen die Festnahme von einzelnen Studenten. Es gelang Bressel weder Kommilitonen verhaften zu lassen, noch Literatur zu beschlagnahmen. Doch das dicke Ende sollte erst noch kommen!

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte im nahegelegenen Park hinterher ein heimtückischer Überfall der Polizei mit gezückten Pistolen auf mehrere Studenten. In der Ausgabe der „Main-Post“ vom 27.2.75 steht unter der Überschrift: „Wieder Krach um Büchertische – Vier Studenten vorübergehend festgenommen“ u.a. eine Erklärung der Vorfälle aus der Sicht der Polizei:

„Da das Studentenwerk gegen einige der an den Büchertischen beteiligten Studenten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch stellen wolle, sei man zur Feststellung der Personalien gebeten worden. So habe man zunächst die betreffenden Personen observiert und in den Ringparkanlagen deren Personalien feststellen wollen . . .“ Dabei *„habe man auch zur Waffe greifen müssen, um den einzelnen klarzumachen, daß jeder Widerstand zwecklos ist“*. (!) Angeblich sollen die Studenten *„eine bedrohliche Haltung“* eingenommen haben.

Die Kommilitonen wurden, nachdem sie mit gezogener Pistole überwältigt worden waren, in Handschellen gelegt und auf der Wache „erkennungsdienstlich behandelt“. Die Verhafteten erhalten Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt (laut Flugblatt des Kommunistischen Studentenbundes KSB).

Wie weit die schrittweise Steigerung von Unterdrückung und Gewalt noch gehen wird, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Die einzige Antwort auf derartige Provokationen der Hochschulbürokratie und des hinter ihr stehenden bayerischen Kultusministeriums, das die Interessen der Bourgeoisie im Bildungsbereich vertritt, kann nur der entschlossene Zusammenhalt aller demokratischen und fortschrittlichen Menschen und die Bildung einer starken Kampffront sein. Die Erfahrungen, die bei diesem Kampf gemacht wurden und werden, können wertvoll sein für das Vorgehen an Hochschulen, an denen derart massive Versuche politischer Disziplinierung in Form von Büchertischverboten bisher vorbeigegangen sind.

Seeleute-Genossen, KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Erneute Polizeiprovokationen gegen Straßenverkauf kommunistischer Zeitungen

Seit etlichen Wochen wird die Bremer Polizei verstärkt gegen den Verkauf von linken Zeitungen in der Innenstadt eingesetzt. Mit bisher ungekannten regelmäßigen Übergriffen versucht die Polizei hier, die Agitation und Propaganda der Linken zu unterbinden. Zunächst wurde vom Stadt- und Polizeiamt erklärt, der Verkauf von politischen Zeitungen sei *„nach der neueren Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung öffentlichen Grundes“* (s.AK 56) und daher von nun an genehmigungspflichtig. Gleichzeitig wurde dem KB die Genehmigung nur für maximal 15 Verkäufer erteilt. Andere linke Organisationen, die trotz Antrag bisher keine Genehmigung bekommen hatten, wurden massiv von immer stärker werdenden Einsatztrupps der Polizei angegriffen, mehrfach wurden Genossen vorläufig festgenommen und „erkennungsdienstlich behandelt“. Eine Ansammlung von ca. 100 heftig diskutierenden Menschen in der Fußgängerzone der Bremer Innenstadt wurde auseinandergetrieben, indem zwei Streifenwagen einfach langsam in sie hineinfuhren. Am 8.3. holte die Polizei dann zum Rundschlag aus:

Bereitschaftspolizei und Schutzpolizei (mit Hunden) durchkämmten die Fußgängerzone (Sögestraße) und nahmen vier Verkäufer des KB, zwei Verkäufer des RBJ und vier Verkäufer des KBW fest. Ein KBW-Genosse wurde dabei von einem Hund gebissen. Die vorgelegte Verkaufsgenehmigung unserer Genossen kommentierten Bullen mit den Worten: *„Damit könnt ihr Euch den Arsch abwischen!“* Drei Exemplare der Genehmigung wurden beschlagnahmt, sowie Zeitungen, Broschüren und Flugblätter, die die Festgenommenen bei sich hatten. – Faschistische Elemente, die häufig bei den Verkäufern herumlungern und sie bei jeder Gelegenheit anpöbeln, sahen sich in ihrem Haß gegen alle Linken durch den Staat bestätigt und versuchten gleich (allerdings vergeblich) eine Prügelei anzuzetteln.

Auch Informationsstände, für die bisher Genehmigungen erteilt worden waren, „baute“ die Polizei ab und nahm die Personalien der dafür verantwortlichen Genossen auf. Die Anträge für neue Genehmigungen liegen dem Polizeiamt seit mehreren Wochen vor, ohne bearbeitet zu werden!

Aus all diesen Vorgängen wird deutlich, daß man uns mit ständigen Polizeieinsätzen, Schikanen und Kontrollen verunsichern und einschüchtern will, daß man uns mit immer mehr Aggressivität und Brutalität zur Einstellung unserer Propagandatätigkeit (zunächst) dort bewegen will, wo wir die meisten Menschen erreichen. Hier werden jedoch nicht mehr „nur“ wir als Kommunisten angegriffen, sondern ebenso Passanten, die sich über unsere politischen Ansichten informieren wollen und mit uns diskutieren. Mit Polizeiwagen, die in Diskussionsgruppen hineinfahren, werden wir heute auseinandergetrieben; eine weitere, auch schon hinreichend bekannte Methode ist der Einsatz von knüppelnder Bereitschaftspolizei; der Schußwaffengebrauch liegt dann nicht mehr in weiter Ferne, wurde er doch anläßlich der Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung in Frankfurt ernsthaft in Erwägung gezogen.

Die Bremer Polizei stellte ihre Schlagkraft aber auch in größerem Maßstab unter Beweis: In der Nacht vom 7. 3. auf den 8. 3. führte sie eine mit dem Kennwort „Wühlmaus“ benannte Großaktion durch, an der mehr als 500 Polizisten beteiligt waren. 23 Lokale wurden schlagartig abgeriegelt und sämtliche Gäste überprüft, insgesamt 700. Anschließend wurden im gesamten Stadtgebiet Straßen gesperrt und Verkehrskontrollen durchgeführt.



Aktion „Wühlmaus“ der Bremer Bereitschaftspolizei

Von Innensenator Fröhlich wurde betont, daß Übungen in diesem Umfang nötig seien, weil die Bremer Polizei seit den militanten Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen 1968 keine Gelegenheit mehr hatte, ihre Einsatzfähigkeit bei Großaktionen zu erproben. Deutlicher kann man kaum noch sagen, was geübt wird: nicht in erster Linie die Jagd nach Anarchisten, nicht die Bekämpfung von Gewaltverbrechern (was ja immer vorgegeben wird), sondern die Zerschlagung von Massenkämpfen.

Hierfür macht man sich die neuerliche Welle von antikommunistischer und faschistischer Hetze nach der Lorenz-Entführung zunutze, die der Verbreitung reaktionärer Ideologien unter der Bevölkerung dienen soll und die Bereitschaft erzeugt, Angriffe wie die auf die Meinungsfreiheit bei uns in Bremen hinzunehmen, sowie Großübungen als notwendiges Übel erscheinen läßt. Die Menschen werden daran gewöhnt, daß die Polizei Linke , die sich in der Öffentlichkeit zeigen, und alle, die sich nicht sofort militant von ihnen „abgrenzen“, wie gefährliche Gewaltverbrecher behandelt.

Für alle Demokraten und fortschrittlich gesinnten Menschen stellt sich dringlicher denn je die Aufgabe, solche Vorgänge unermüdlich und breit bekannt zu machen und ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß sie gegen jede Art von Demokratie gerichtet sind.

KB/ Gruppe Bremen

„Es ist nicht unsere Sache, den Bullen zu helfen"

Während die Polizeiaktion unmittelbar nach der Freilassung des entführten Lorenz in Westberlin (über 80 Wohnungen „durchsucht" bzw. verwüstet; über 180 Menschen „festgenommen") einiges Aufsehen erregte, blieb eine andere Polizeiaktion kurz darauf 'fast unbemerkt von der 'Öffentlichkeit'. In verschiedenen Städten (Hamburg, Flensburg, Bremen, Frankfurt, München) kreuzten Polizisten an den Wohnungstüren von Genossen auf, um sie auszufragen. Wir veröffentlichen dazu Auszüge aus einem Flugblatt, das uns zugeschickt wurde, sowie den Bericht einer Genossin, die von dieser 'Befragung' betroffen wurde.

.....Am 6.3. starteten die Bullen bei 200 Genossen und bei einigen Anwälten eine informelle Befragungsaktion. Sie erschienen an der Wohnungstür und benahmen sich wie Fernsehbullen, tatsächlich griffen sie aber an.

1. *Sie fragten nach dem Alibi für die Zeit der Aktion der Bewegung des 2. Juni.*
2. *Sie versuchten die Ausweis- und Kfz-Papiere zu sehen.*
3. *Sie versuchten, ohne Gewalt und Durchsuchungsbefehl in die Wohnungen zu kommen.*

Auf diese äußerlich harmlos aufgezogene Mehtode fielen viele Genossen rein!

Sie präsentierten froh den Bullen ein Alibi und machten sich nicht klar, was das bedeutet: die Bullen bekamen Informationen über das Leben der Genossen. Und: allein durch das Eingehen auf i h r Alibi belasteten sie all die Genossen, die keins hatten oder die aus wohlweislichen Gründen mit den Bullen nicht redeten.

Bei Befragung an der Wohnungstür: Die Bullen auf keinen Fall in die Wohnung reinlassen. Ihre Sätze vor der Tür oder durch den Türspalt anhören. Das gilt auch für Zimmer in Untermiete oder in Wohngemeinschaften. Wenn sie schon in den Flur gelangt sind: sie auffordern, rauszugehen. Die Erfahrung zeigt: einige haben die Bullen an der Tür abblitzen lassen können, haben sich auf nichts eingelassen und erreichten damit, keines ihrer Papiere an der Wohnungstür vorzeigen zu müssen.

Kommt man um das Zeigen eines Ausweises nicht herum, dann entweder den Personalausweis oder den Pass zeigen. Besser ist meistens, den Personalausweis zu geben, dann erübrigt sich die Frage nach dem Wohnort. Jede Frage der Bullen nach den anderen Papieren nicht beantworten. Eine Antwort erleichtert ihnen nur die Arbeit. Und für die Zukunft merken: w e l c h e s Papier man vorgezeigt hat, damit es immer das gleiche ist.

Auch Fragen nach Kfz-Papieren und Führerschein sind außerhalb des Autos nicht zu beantworten. Also nichts darüber, ob man sie und wo man sie hat.

Bei Befragung auf der Straße: Hier können die Bullen immer die Personalien feststellen. Die Autopapiere können nur im Auto verlangt werden, sonst hält man sie zurück. Fragen nach dem woher und wohin nicht beantworten...

...Immer daran denken, daß die Bullen einen auf's Kreuz legen wollen. Inhaltliches Entgegenkommen ist kein Mittel, sie loszuwerden, sondern bringt sie dazu, noch weiter zu bohren.

Sie gaben den Bullen bereitwillig b e i d e Ausweispapiere (Paß und Personalausweis), obwohl man sich nur mit e i n e m Papier auszuweisen braucht.

Sie machten sich nicht klar, daß sie mit ihrer unüberlegten Bereitwilligkeit den Bullen halfen, den Kreis der Genossen einzukreisen, die ihren Paß oder Personalausweis der Guerilla gegeben haben.

Einige Genossen ließen sich von den Bullen überrennen, einige waren ängstlich, einige meinten, sie seien besonders klug – die Bullen kamen in die Wohnung oder wurden hereingebeten. Dadurch bekamen sie weitere Informationen: Wohnungsgrundriß, Plakate an der Wand, Büchertitel... und so weiter, sowie: wer noch in der war. Und: wie sich der Genosse in der Vernehmungssituation benimmt.

Genossen! Es ist nicht unsere Sache, den Bullen im Kampf gegen die Guerilla zu helfen! Die Bullen sind unsere Feinde, lassen wir sie nicht an uns heran! Also:

Sich auf keinen Fall mit den Bullen in ein Gespräch einlassen oder etwa noch diskutieren. Auf Fragen, die über die Personalien (Name und Wohnort, nicht: Beruf und Familiensachen) hinausgehen, keine Antwort geben.

Schweigen ist der beste Schutz für einen selbst und für andere.

„Alibi-Überprüfung" bei einer Genossin

Am 6.3. traf ich gegen ... in meiner Wohnung ein. Etwa fünf Minuten später klingelte es. Als ich öffnete, stand draußen locker an das Treppengeländer gelehnt ein jüngerer Typ, wohlgestutzter Kinnbart, weite ausgebeulte Parka, in dem ich sofort einen Bullen witterte. Ich sah dann rechts und links von meiner Wohnungstür jeweils einen ähnlich gekleideten Typ. Damit war die Sache klar.

Während der Jungbulle vor mir mich ansprach, bemerkte ich, daß eine halbe Treppe tiefer auf dem Treppenabsatz noch ein Bulle stand – dieser älter und von der typisch „unauffälligen" Sorte.

Der Jungbulle vor mir fragte mich, ob ich das sei – deutete dabei auf das Türschild. In der Hand hatte er hektographierte Papiere und einen Stift. Als ich seine Frage bejahte, sagte er, sie seien von der Polizei, und ob sie mich was fragen dürften, nämlich: Wo ich am 27.2. (Tag der Lorenz-Entführung) gewesen sei...?

Er machte das sehr ruhig, alle Bullen rührten sich kein Stück von ihren Plätzen, und der, der gesprochen hatte, gab sich offensichtlich Mühe, einen freundlichen, lockeren Eindruck zu machen.

Ich fragte n i c h t nach den Ausweisen! (Im Nachhinein würde ich sagen, daß ich da genau auf diesen „netten" Ton hereingefallen bin).

Ich fragte den Wortführer, warum er das denn wissen wolle. Antwort: Sie müßten eine Alibi-Überprüfung machen ... Ich erklärte, das könnte ich so auch nicht aus dem Ärmel schütteln, da müßte ich erst nachsehen..... Ich erschien mit meinem Kalender in der Hand wieder an der Tür und fragte erstmal, wieso sie denn hier eine Alibi-Überprüfung machen wollten. Antwort: das stünde im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung..... Ich tippte an meinen Kalender und sagte, da sei ich hier in meiner Wohnung gewesen. Er wollte wissen: den ganzen Tag lang? – Ich antwortete: vormittags sei ich wohl mal weg gewesen. Er wollte wissen, ob ich noch wüßte, wohin. Ich erklärte: zum Einkaufen hier in der Gegend, wo genau, wüßte ich nicht mehr. Er machte auf seine Blätter kurze Notizen und fragte dann noch, ob ich einen PKW hätte oder einen Führerschein. Ich verneinte beides.

Zum Schluß fragte der Bulle noch, ob ich einen Personalausweis hätte. Selbstverständlich, antwortete ich. Ob er den „vielleicht bitte mal sehen" könnte, meinte er. Ich machte die Tür wieder zu, holte meinen Personalausweis und hielt ihn dem Bullen vor die Nase. Er beugte sich leicht vor, guckte das Bild an und dann auf mein Gesicht, sagte „Dankeschön, das wars", gab den anderen Bullen einen Wink und alle trollten sich.

Die ganze Sache hat insgesamt ca. 7 Minuten gedauert.

Eine Genossin

(Anm. der Redaktion: Hier wurde wohl von der Genossin schon des 'Guten' etwas zu viel getan!)

Italien

Provokation gegen „Lotta Continua"

Am 11. März explodierte in einer Wohnung in Fuorigrotta (Neapel) eine grössere Menge Sprengstoff. Ein Jugendlicher, Giuseppe Principe, fand dabei den Tod. Ein weiterer, Alfredo Papale, wurde schwer verletzt.

In der Wohnung fand die Polizei Waffen, falsche Ausweise und einige Hunderttausend (!) Mark aus dem Lösegeld für einen entführten Industriellen. Gegen Principe war im Zusammenhang mit der Gruppe „NAP" (Nuclei armati proletari = bewaffnete proletarische Kerne) ermittelt worden: die „NAP" sind vor allem aus der Bewegung der Häftlinge hervorgegangen und haben sich für Bombenanschläge gegen verschiedene Gefängnisse verantwortlich erklärt.

Der bei der Explosion verletzte Alfredo Papale war bis vor einigen Monaten Mitglied der kommunistischen Organisation „Lotta Continua". Das allein reichte aus, um eine wilde Kampagne des Staates, der bürgerlichen Presse etc. gegen „Lotta Continua" zu starten. Aus dem e h e m a l i g e n Mitglied von LC wurde ohne weiteres ein Mitglied von LC; aus den NAP wurde eine Art „illegaler Arm" von LC gemacht. Die Geschichte von den „Extremisten von links und rechts", die im letzten Jahr sogar von bürgerlichen Politikern als stinkender Leichnam zu Grabe getragen worden war, erlebte einen neuen Aufschwung.

In ganz Italien wurden von der Polizei „Durchsuchungen" vorgenommen, vor allem gegen LC. So wurde sogleich in bzw. bei Neapel ein Büro von LC und ein „antifaschistisches Zentrum" „durchsucht". Ebenso erging es in den folgenden Tagen auch anderen Organisationen. Allein in Neapel wurden laut „Lotta Continua" vom 16. März 100 „Durchsuchungen" vorgenommen und 200 Menschen „verhört". Die „Durchsuchungen" bestanden in der Regel außer Verwüstungen in den Wohnungen auch in der massenhaften „Beschlagnahme" (= Diebstahl) politischer Bücher, Broschüren, Notizbüchern und Zeitungen.

Es zeigt sich hier wieder einmal, daß der bürgerliche Staat den minimalsten Vorwand benutzt (hier: ein Genosse, der vor Monaten Mitglied von LC war), um beliebige „Durchsuchungen" vorzunehmen, Genossen einzuschüchtern und die „polizeilichen Erkenntnisse" über die Linken zu erweitern. Dagegen hat es bisher keinen Fall gegeben, wo die vielfach nachgewiesene Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären der neofaschistischen MSI an kriminellen Handlungen (Bombenanschläge etc.) jemals Polizeiaktionen gegen die MSI ausgelöst hätte. Eine Krähe hackt auch in Italien der anderen kein Auge aus.

Jagdszenen aus Niedersachsen





Die Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz war für den bürgerlichen Staat Anlaß, Polizei-Aktionen großen Stils (nicht nur in Westberlin selbst) durchzuführen.

So marschierten am 8. März über einhundert schwerbewaffnete Polizisten in dem niedersächsischen Dörfchen Wachendorf (Syke) auf und besetzten einen Bauernhof. Die Bullen waren mit Maschinenpistolen ausgerüstet und durch Stahlhelme „geschützt". Ein Panzerspähwagen „sicherte" das Anwesen, während ein Hubschrauber den Luftraum über Wachendorf „kontrollierte".

Diese Großaktion, die viele Dorfbewohner frühmorgens aus dem Schlaf riß, wurde von den Polizei-Führern mit einer angeblichen „Fahndung nach Terroristen" begründet.

Der besetzte und umzingelte Bauernhof wurde schließlich bis zum letzten Winkel durchgewühlt, die Bewohner des Bauernhauses „überprüft".

Natürlich wurden keinerlei „Terroristen" aufgespürt!

Art, Zeitpunkt und Umfang dieses paramilitärischen Manövers weisen bemerkenswerte Parallelen zu der Aktion „Wühlmaus" auf, die die Bremer Polizei nur wenige Stunden vorher im gesamten Gebiet der Hansestadt durchgeführt hatte (siehe nebenstehenden Bericht) – und es zeigt, daß der Staat seinen Gewaltapparat auch in ländlichen Gebieten für den „Ernstfall" trainiert.

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Lebensgefährliche Haft für die krebskranke Genossin Brigitte Heinrich

„Du weißt doch, daß man erst aus dem Knast kommt, wenn man fast krepiert ist" (ein BKA-Mann zu Brigitte Heinrich).

Brigitte Heinrich, Dozentin an der Frankfurter Universität, wurde am 26.11.74 im Zuge der 'Großfahndung' „Aktion Winterreise" festgenommen und sitzt seitdem in Mainz in Isolierhaft. Die Genossin leidet an einer Krebserkrankung. Brigitte, die über ausgezeichnete Kenntnisse der Schandtaten des Imperialismus im Nahen Osten und Südamerika verfügt, wird von zwei „Kronzeugen" belastet, die jetzt für den Verfassungsschutz arbeiten.

Was wirft man der Genossin vor:

Brigitte plante gemeinsam mit palästinensischen Genossen, eine antiimperialistische Zeitung herauszugeben, die auch in der BRD Menschen über den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes informieren und in den antiimperialistischen Kampf einbeziehen wollte. Darüberhinaus war sie zu einem Vortrag beim 2. Russel-Tribunal (Folter in Lateinamerika) in Brüssel eingeladen. Sie wollte dort darüber berichten, daß westdeutsche Firmen in Paraguay und Brasilien wieder (!!) Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern „zum Verbrauch" erhalten und ein BRD-Chemiekonzern auch selber KZ's finanziert. Sie wollte berichten von VW do Brasil, das direkter Nutznießer von Indianerausrottungen und Sklavenhandel in Brasilien ist.

Sämtliches Material für Brüssel wurde inzwischen beschlagnahmt; aus einer Informationsreise in den Nahen Osten wird mittlerweile eine „waffentechnische Ausbildung bei den Palästinensern" gemacht, wofür angeblich „als Gegenleistung Waffen in die BRD transportiert" werden sollten. Eine Syrienreise wiederum habe mit dem Ziel stattgefunden, „Anschläge in der BRD durchzuführen".

Als Belastungszeuge wird Bodeux aufgebaut, der bereits Rechtsanwalt Reinhard hinter Gitter brachte. Gegen Bodeux wird wegen der Erschießung von Schmücker (Mitglied der „Bewegung 2. Juni", der als Verräter angesehen wurde) ermittelt. Bodeux beruft sich auf angebliche persönliche Gespräche mit Brigitte über die Waffengeschichte. Ein anderer „Kronzeuge", dem wohl ebenfalls Strafmilderung und Geld versprochen wurde, ist Rolf Mauer, der bereits zehn Jahre im Knast kaputtgemacht wurde, bevor er zur „Roten Hilfe" Frankfurt stieß. Da er immer mehr herumflippte und keine politische Arbeit mehr leistete, wurde er dann rausgeschmissen. Er arbeitet jetzt für den Verfassungsschutz und behauptet, Brigitte habe einem Bekannten ihren Wagen geliehen, um in Kassel Waffen zu kaufen.

Seit über vier Monaten wird Brigitte jetzt in Isolierhaft gehalten. Nachdem die Genossin zunächst nur einmal im Monat von Verwandten besucht werden durfte und ansonsten nur Gespräche mit ihren Rechtsanwälten gestattet wurden, hat sie seit einer Woche (Stand 22.3.) „bevorzugte Besuchserlaubnis". Es kann dies auch als Ergebnis der inzwischen angelaufenen Informations- und Solidaritätskampagne gewertet werden, die übrigens ganz bewußt dadurch erschwert werden soll, daß die Frankfurterin Brigitte in ein anderes Bundesland gebracht wurde, wo man keine Solidaritätsbewegung wie in Frankfurt erwartet. Inzwischen fanden zwei kleinere Demonstrationen in Mainz (am 14.3. und 22.3.) statt sowie eine Informationsveranstaltung und die Gründung zweier Solidaritätsgruppen (in Frankfurt und Mainz). 44 Ärzte und Professoren der Frankfurter Uniklinik forderten in einer Resolution die Untersuchung der Dozentin in einem Krankenhaus und von Fachärzten.

Ein von der Gefängnisleitung beauftragter Arzt verharmloste das Krankheitsbild derart, daß ein Antrag auf Haftverschonung abgelehnt werden konnte. Inzwischen breitet sich der Krebsvirus mit großer Geschwindigkeit über den Gesamtorganismus aus. Die Anwälte schrieben in einer Presseerklärung: *„Diese Lymphdrüsenerkrankung ... hat normalerweise geringe Heilungschancen und verläuft insbesondere im Rückfall tödlich, eine therapeutische Behandlung sei nur außerhalb der Untersuchungshaft denkbar. Es ist zu befürchten, daß die verantwortlichen Justizbehörden so lange warten wollen, bis die Krankheit eindeutig im Blutbild feststellbar ist und dann nicht mehr aufgehalten werden kann"* („Frankfurter Rundschau", 8.3.75).

Inzwischen hat der Generalbundesanwalt empfohlen, ein Stück der erkrankten Lymphknoten herauszuoperieren, hält es aber *„bisher nicht für absehbar, ob Frau Heinrich in eine Klinik gebracht werden muß"*. („Frankfurter Rundschau", 24.3.)

Der Mainzer Bundestagsabgeordnete J. Gerstner (CDU), der angeblich die Untersuchungsgefangene in der Haft besuchte, erklärte, *„daß von einer Krebserkrankung überhaupt nicht die Rede sein kann. Auch von einer Fortentwicklung einer Krankheit mit großer Geschwindigkeit war nichts festzustellen"* („FR", 24.3.) und der sozialdemokratische Präsident der Frankfurter Uni, Kantzenbach, antwortete auf einen 'Offenen Brief' des ASTA sinngemäß: Selbstverständlich kann ich mich der Forderung nach einer optimalen Behandlung von Frau Heinrich anschließen. Ich habe aber keinen Grund zur Annahme, daß dies nicht ohnehin geschieht.

Die „Große Koalition aller Demokraten" zeigt hier, was wirklich dahinter steht: Die Verbrüderung einiger Totengräber – nicht nur der Demokratie!

Sofortige Verlegung von B. Heinrich nach Frankfurt und Behandlung durch einen Arzt ihres Vertrauens in der Uni-Klinik!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Helft mit, die Isolationshaft zu durchbrechen, schreibt an:
Brigitte Heinrich, JVA, 65 Mainz, Dieter-von-Isenburgstr. 1, Az: 1 BJs 40/74, III BGs 39/74

Spendet auf das Konto ihrer Mutter: Postscheck-Konto Frankfurt Nr. 293 423-604 Hedwig Heinrich

Ein Sympathisant des KB in Zusammenarbeit mit einem AK-Leser

„Sonderkommandos" der Polizei: Eine neue Gestapo

Unter dem Deckmantel der „Reform der Inneren Sicherheit" betreibt die SPD/FDP-Regierung gegenwärtig in einer Front mit der „Solidarität der Demokraten" von CDU und CSU einen fieberhaften Ausbau von Sonderpolizei, vor allem von sog. „Sonderkommandos". Sie werden vor der Bevölkerung als Reaktion des Staates auf eine angebliche Zunahme der allgemeinen Kriminalität und insbesondere „anarchistischer Gewaltverbrechen" gerechtfertigt. Tatsächlich liegt ihre Vorbereitung weit vor dem ersten Auftauchen der „RAF" im Mai 1970 oder anderer Gruppen. Die „Sonderkommandos" sind heute beim Bundeskriminal-Amt, bei den Länderinnenministerien und beim Bundesgrenzschutz stationiert. Sie sind bewaffnete Agententruppen nach dem Vorbild des amerikanischen FBI und der französischen „Anti-Gang-Brigaden", ausgebildet nach faschistischen „Ranger"-Methoden.
Ihr Rückgrat sind die kürzlich unter der Kommando-Zentrale des Bundeskanzleramtes vereinigten drei BRD-Geheimdienstzweige Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst. 30 Jahre nach der Niederlage des Faschismus verfügt die westdeutsche Bourgeoisie damit faktisch wieder über eine zentralisierte geheime Staatspolizei, kurz Gestapo!
Nächstes Ziel treibender Kräfte im Staatsapparat ist die Legitimierung dieser Praxis nach Nazivorbild.

Sonderkommandos am Bundeskriminalamt

Mit der Vorlage des *„Sofortprogramms zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung"* am 29.10.1970 wurde der Ausbau des Bundeskriminalamtes



(BKA) zur zentralen Bundesbehörde für die Verfolgung von „Schwerstkriminalität" offiziell bekanntgegeben. Es wurde zu bundesweiter Ermittlungstätigkeit auch in „Staatsschutzsachen" ermächtigt und mit gigantischen Kosten zur größten polizeilichen Informationszentrale auf Basis elektronischer Datenverarbeitung ausgebaut. Unter der SPD/FDP-Regierung von 1969 – 1973, stiegen die Ausgaben von 22,4 auf 122,0 Mio! Das sind fas 500 %! Der Personalbestand verdoppelte sich im gleichen Zeitraum (933 auf 2062).

Das BKA verfügte bereits 1951 über ein Sonderkommando in Gestalt der Sicherungsgruppe Bonn mit Sitz in Godesberg. Dieses Kommando wurde als „Leibwache" für westdeutsche Politiker und zur Absicherung von Staatsempfängen als „Observationstruppe" (observieren = beobachten) gebildet. Es umfaßte seinerzeit ca. 300 Mann. 1972 wurde beschlossen, die Mannschaft „in den nächsten Jahren" auf 500 zu erhöhen („BamS" 27.8.72). Springers „Bild am Sonntag" feierte das Kommando als *„das Beste vom Besten, das die Bundesrepublik hat." „Etliches von James Bond steckt zweifellos in jedem Bundes-'Schatten': Kein Polizeibeamter gibt mehr Übungsschüsse pro Jahr ab, als die Bonner Leibwächter. Judotraining, Sportabzeichen, Lebensretterschein sind für sie simple Alltäglichkeiten. Im Gürtelholster der Gorillas stecken überarbeitete Bundeswehrpistolen vom Typ Walther P38 (Kal. 9 mm Parabellum), Walther Kriminal-Modelle des Typs PPK (Kal. 7,65) oder kurzläufige, dafür aber großkalibrige US-Revolver. Zum Dienstfrack (den der Bund bezahlt) werden dagegen oft leichtgewichtige Damenpistölchen vom Kaliber 6,35 mm bevorzugt.*

Maschinenpistolen, Tränengas und hochmoderne Nachtgläser, die selbst Sternenlicht optimal ausnutzen und (kombiniert mit Spezialkameras) selbst in der Dunkelheit schattenfreie Fotos verdächtiger Personen ermöglichen, gehören ebenso zum Arsenal wie gepanzerte Kraftfahrzeuge" („BamS", 21.8.72).

Wenige Monate nach Verabschiedung der Notstandsgesetze vom 28.6.68 ermächtigte die Bundesregierung das BKA, die Sicherungsgruppe zu einer bundesweiten zentralen Ermittlungsbehörde auszubauen. Im November '70 nahm der damalige Innenminister Genscher dann die Befreiung von Andreas Baader durch die „RAF" zum Anlaß, das BKA auch offiziell anzuweisen, *„sofort mit dem Aufbau einer kriminalpolizeilichen Ermittlungsgruppe zu beginnen und ihn binnen zwei Jahren abzuschließen "* („Bulletin" 52, S. 1608).

1971 wurden „Beamte" des BKA an der „National Academy" des FBI mit insgesamt 300 Vorlesungsstunden polizeiwissenschaftlich und geheimdienstlich ausgebildet. Besonderes Gewicht lag auf „Physical Training" und Schießausbildung.

Die „Erkenntnisse" der „Beamten" sollten *„kritisch auf Brauchbarkeit"* geprüft werden. *„Für den Bereich der Schießausbildung der deutschen Kriminalpolizei ist das mit Sicherheit der Fall."* (Innere Sicherheit", 22.2.72).Zum Charakter der „Erkenntnisse" z.B.: Ein Sprecher der Sonderabteilung des FBI zur Flugplatzsicherung (Federal Aviation Administration) erklärte: *„Die einzig sichere Waffe ist eine Pistole, die den Entführer tötet"* („Welt", 4.11.72).

Der Öffentlichkeit wurde das neue Kommando erstmals im Mai '71 am Beispiel der Zerschlagung eines „Verbrecher-Syndikats" vorgestellt; die illegale Arbeitsweise wurde dabei als vorbildlich propagiert: *„Monatelang hatten sie den Telefonverkehr des Syndikats abgehört. Erstmals waren auch V-Leute eingeschleust worden."* („Neue Revue", 29.9.71).

Auf dem Höhepunkt der „RAF"-Fahndung wurde diese „Anti-Gang-Brigade" des BKA dann als „Baader-Meinhof-Sonderkommission" in die Öffentlichkeit ein- und nach der Verhaftung des „Kerns" der „RAF" als *„Sonderkomission zur Bekämpfung anarchistischer Gewalttäter"*, weitergeführt.

Lt. Vizepräsident des BKA, Werner Heinel, arbeiten in diesem Kommando zusammen: Kriminalbeamte, Techniker, Schriftsachverständige, Psychologen, BGS-Kräfte („Bulletin" 52).

Im September versuchte man die eindeutig ausschließlich auf die Jagd nach links orientierte Aufgabe durch eine „neutrale" Bezeichnung zu verschleiern. Heute heißt das Kommando **„Spezialeinheit zur Bekämpfung von Terroristen"**.

Ebenso langfristig, seit dem 24. 11.69 nämlich, wird am BKA außerdem der Ausbau einer Zentrale für *„Erfassung und Auswertung aller Nachrichten über politisch motivierte Verbrechen von Ausländern"* betrieben. Der Bundesinnenminister beauftragte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), eine „Referatsgruppe Ausländerüberwachung" zu bilden. Seit 1970 bestehen besondere „Organisationseinheiten" bei den Länderzentralstellen des BKA zur Bekämpfung „ausländischen Terrors" („Bulletin" 52).

Die Sicherungsgruppe Bonn und ihre Nebenkommandos sind eine geheime Agententruppe. Die Sonderkommandos des BKA sind mit den westdeutschen Geheimdiensten verfilzt. Bei „Überführung" der „Sonderkomission Baader-Meinhof" in die „Anti-Terror-Gang" schrieb das „Hamburger Abendblatt": *„Ebenso soll die enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden, darunter dem Bundesnachrichtendienst, dem Verfassungsschutz, dem Militärischen Abschirmdienst erhalten bleiben. Nach Auskunft von zuständiger Seite hat sich hier – auch mit den Polizeibehörden der Länder – eine vorbildliche Zusammenarbeit ergeben, die man nicht wieder versanden lassen dürfe. Dies gelte auch für die enge Zusammenarbeit der Sonderkomission mit ausländischen Sicherheitsbhörden"* („Hamurger Abendblatt", 8.8.72).

Die Sicherungsgruppe Bonn des BKA und ihre Einzelkommandos dürften heute über die festen Kräfte des BKA hinaus bereits über weit mehr als 500 geheimdienstlich ausgebildete, schwerbewaffnete Agenten verfügen.

Sonderkommandos der Länder

Bereits 1950 wurde neben der allgemeinen „Schutzpolizei" wieder Bereitschaftspolizei aufgestellt. Laut Komminique der New Yorker Außenministerkonferenz vom 19.9.50 sollte sie **„eventuellen Untergrundbewegungen wirkungsvoll entgegentreten" und „zur Bekämpfung von Sabotageakten eingesetzt werden."** („Polizeinotruf", S. 13).

Heute stehen in der BRD 22.000 Mann Bereitschaftspolizei. Sie sollen den „präventiven" Schutz der „verfassungsmäßigen Ordnung" garantieren. Die Bereitschaftspolizei war seit ihrer Aufstellung das Kaderreservoir der Polizeidienste. Ihre Ausbildung erfolgt durch Führungskräfte der ehemaligen faschistischen Wehrmacht. Seit 1970 weiß die Öffentlichkeit, daß die Innenminister aus diesem Reservoir Sonder-Scharfschützen-Einheiten rekrutieren.

Seit Verabschiedung des „Schwerpunktprogramms für Innere Sicherheit" 1972 stiegen die Ausgaben für die Bereitschaftspolizei fast um das Dreifache: von 10,7 Mio. 1972 auf 28,1 Mio. 1973. Diese Kosten gehen auf die Sonderausbildung sowie auf die Anschaffung von Spezialwaffen, technischem Gerät und nicht zuletzt Panzerfahrzeugen zurück.

Es sind z.B. Bereitschaftspolizei mit Sonderausbildung, Einheiten, die bei Arbeitskämpfen gegen die Arbeiter als „Objektschutz" und Knüppeltrupps wie bei den Hella-Werken Lippstadt/Pierburg, der Autogerätebau KG in Neuß, den Ford-Werken in Köln eingesetzt werden.

Neben den Bereitschaftskommandos bildeten die Länder in Zusammenarbeit zwischen „Schutzpolizei" und den politischen Abteilungen der Landeskriminalämter sowie ihrer örtlichen Komissariate bereits seit 1953 „Sonderkommandos" konspirativ getarnter „Zivilfahnder".

Bezeichnenderweise war es wieder der Hamburger Senat unter seinem Polizeisenator Ruhnau (SPD), der die nächste Phase für den Ausbau und Einsatz von „Sonderkommandos" einleitete. Bereits im Herbst 1971 verfügte er über eine ausgebildete 40-Mann-Truppe, anfangs aus „Schupo" und „Kripo", später auch direkt aus Freiwilligen der Bereitschaftspolizei gebildet. Es folgte Münchens Polizeipräsident Schreiber (SPD) mit der Bekanntgabe einer „Elitetruppe" aus 10-Kripo-Freiwilligen Anfang 1972.

Dieses Sonderkommando war in Fürstenfeldbruck (Geiselnahme-Aktion während der Olympischen Spiele) bereits im Einsatz!

Nach diesem Einsatz propagierte die Landesregierung von Baden-Württemberg in der rechtsradikalen „Quick" (42/72) als erstes Bundesland offen den Ausbau der Sonderkommandos zu sogenannten „Mobilen Einsatzkommandos" (MEK). Zunächst Stuttgart, später sechs weitere Landesstädte, sollten jeweils ein 24-Mann-Kommando erhalten, insgesamt ca. 150 Mann.

Über das „hessische FBI", offiziell „Fahndungs- und Observationstruppen des hessischen Innenministeriums", schrieb die „Frankfurter Rundschau" (12.5.72): *„Vier Fahndungs- und Beobachtungsgruppen sind in Hessen tätig und zwar längst bevor das Land Badem-Württemberg seine 'FBI-Sondereinheit zur Verbrecherjagd' der Öffentlichkeit per Illustrierte spektakulär vorstellte."*

Befriedigt konstatierte die „Quick" im Oktober 72: **„In allen zehn Bundesländern und in Westberlin sind inzwischen spezialausgebildete Einheiten der Polizei einsatzbereit".**

Die Sonderkommandos der Länder wurden in der Öffentlichkeit von vornherein als „Anti-Terror-Truppen" u.ä. vorgestellt. Ihr Einsatz im normalen Polizeidienst hat lediglich Übungscharakter.

Über die Methoden ihrer Arbeit sagt Alfred Stümper, Leiter der Polizeiabteilung im Stuttgarter Innenministerium: *„Nicht reagieren, sondern agieren. Nicht wie bisher polizeiüblich warten, bis Anzeigen auf dem Tisch liegen, sondern aktiv in die Verbrecherkreise eindringen, sie konspirativ enttarnen und verunsichern. Unser Vorbild sind die 6.000 G-men (Gun-Men) des FBI und der französischen Spezial-Polizei."*

Die „Beamten" erhalten die schon für die Bonner Agenten typische Ausbildung:„Quick":*„Auch geheimdienstlich sind die MEK-Männer geschult..Seine zerlegte Maschinenpistole „MP5" trägt er im eleganten Köfferchen. Notfalls ist sie in Sekunden schußbereit . . ."* etc. Die bisher bekannten Schießausbilder sind Raimond Sassia, Paris; Rolf Hennig, Stammler, München. Zum Charakter dieser Ausbildung bemerkte ein namentlich nicht genannter Kriminalkommissar der hessischen Polizei: *„Die hessischen Polizisten müssen beim Schießen die Anweisung beachten: nicht auf Kopf und Brust schießen, sondern auf Körperteil untere Hälfte. (..) Da haben die Amerikaner eine andere Auffassung: Deren Motto lautet: 'Töte, sonst wirst du getötet'"* („Frankfurter Rundschau", 12.5.72). Sein oberster Dienstherr, Hessens Innenminister Bielefeld, präzisierte auf einer Konferenz der Innenminister im September 1972: *„Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen, will geübt und gelernt sein"* („AK" 53).

Solche Todesschützen auszubilden kostet laut „Quick", die die Zahl bestimmt nicht zu hoch ansetzt, für einen einzigen Mann 300.000 Mark! Von 22.000 Mann Bereitschaftspolizei (als Ergänzung zu rd. 170.000 Mann „Schutzpolizei") dürfte inzwischen mindestens ein Drittel zu Scharf- oder Präzisionsschützen ausgebildet sein. Die geheimen Sonderkommandos hatten bereits im Mai 1974 die Mannschaftsstärke von 1.500 erreicht und dürften sie inzwischen bereits überschritten haben („Der Kriminalist", 5/74).

Im Mai 74 beschloß die „Ständige Innenministerkonferenz" in Übereinstimmung mit dem Bundesinnenminister die Einführung von „Lagezentren" bei allen Länderministerien sowie die Ausrichtung des weiteren Ausbaus ihrer geheimen Sonderkommondas nach einheitlichen Richtlinien. *„Die Einheitlichkeit dieser Spezialtrupps gewährleistet nach Auffassung der Ständigen Innenministerkonferenz einen problemlosen,gemeinsamen und parallelen Einsatz"* („Der Kriminalist", 5/74).

Inzwischen unterstehen die Spezialeinheiten der Bereitschaftspolizeien und die Sonderkommandos dem direkten Kommando der Innenminister der Länder.

Sonderkommandos beim Bundesgrenzschutz

1951 wurde neben der Bereitschaftspolizei auch der Bundesgrenzschutz (BGS) als Sondereinheit aufgestellt. Seine offizielle Aufgabe: ***„Das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte, sowie gegen sonstige die Grenzen gefährdende Störungen zu sichern."***

Der BGS war zunächst ein besonderes Instrument des „Kalten Krieges", insbesondere gegenüber der DDR. Schon 1964 jedoch übte der BGS in Bayern und Baden-Württemberg die ***„Bekämpfung roter Banden"***. Die juristische Begründung wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen nachgeliefert. Danach ***„kann der Grenzschutz zur Unterstützung der Polizei eines Bundeslandes auf Anforderung verwendet werden, zur Katastrophenhilfe und zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche Grundordnung des Bundes oder eines Landes."***

Sowohl für die alltägliche Rekruten-Ausbildung beim BGS, insbesondere an der Fliegerschule Bonn-Hangelar, als auch für die mit US-Rangern zusammen durchgeführten Übungen, Grenzschutzübung Süd 1964 und „Strandläufer 70", mußte der Innenminister Genscher im März 73 vor dem Bundestag die systematische Einübung von Foltermethoden nach vietnamesischem „Vorbild" bestätigen:

- daß die „Gefangenen" in völlig überhitzten Zellen in ‚Achtungstellung' stehen mußten und mit kaltem Wasser bespritzt wurden;
- daß mit Stöcken gegen die Zellentüren getrommelt wurde und unerträglich schrille Töne per Lautsprecher in die Zellen übermittelt wurden;
- daß zeitweilig „Beamte" in Blechkästen gesperrt wurden, gegen die mit Stöcken geschlagen wurde

und anderes mehr.

Das Tätigkeitsfeld des BGS wurde Zug um Zug nach innen erweitert. Unter der Phrase *„Abwehr von Gefahren, die ihren Ursprung außerhalb des Bundesgebietes haben"*, wurde z.B. seine Stationierung auf Flughäfen legitimiert.

Die Neufassung des BGS-Gesetzes vom Juli 72, am 1.4.73 in Kraft getreten, war nur noch die Sanktionierung bereits geübter Praxis. Nach diesem Gesetz wurde der BGS offiziell zur „Polizei des Bundes", behielt jedoch seinen Kombattantenstatus. D.h., der BGS wurde zur Sonderpolizei mit militärischer Verfassung! Als Kennzeichnung militärischen Vorgehens heißt es in einem wichtigen Polizeilehrbuch u.a.:

- ***„Das Ziel ist die Vernichtung des Feindes und seiner Hilfsquellen";***
- ***„Das Mittel im Einsatzfalle ist der brutalste Einsatz aller Waffen zur Brechung jeden Widerstandes!";***
- ***„Der Waffeneinsatz ist das erste und einzige Mittel";***
- ***„Die rechtliche Bindung besteht nur an die weitgefaßten Gesetze des Völkerrechts";***
- ***„Eine Bestrafung der Soldaten für im Kampf begangene Handlungen gibt es in der Regel nicht."***

(Schell, „Polizeiverwendung", S.12).

Dem BGS wurde übertragen:

- *„Der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes einschließlich der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, soweit nicht ein Land im Einvernehmen mit dem Bund Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes mit eigenen Kräften wahrnimmt;*
- *die Unterstützung der Polizeien der Länder in besonderen Fällen;*
- *die Sicherung oberster Bundesorgane im Einvernehmen mit dem betroffenen Land;*
- *die Katastrophenhilfe;*
- *die Aufgaben bei innerem Notstand (Art. 91 GG);*

FORTSETZUNG SEITE 40

„Sonderkommandos der Polizei: Eine neue Gestapo

FORTSETZUNG VON SEITE 39

– *die Aufgaben beim Verteidigungsfall (Art. 115 f Abs. 1Nr. 1 GG)".*

Es bedarf jetzt nur noch der Erklärung einer „*besonderen Situation*" (?), um den BGS gegen jeden beliebigen „Störer" der „verfassungsmäßigen Ordnung" einzusetzen, angefangen bei Hausbesetzungen, über Demonstrationen bis zu Streiks usw.

Die ca. 22.000 „Soldaten" des BGS sollen jetzt „polizeilich umfassender" getrimmt werden, d.h. sie sollen praktische Erfahrung sammeln bei der Einschränkung der Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, Freiheit der Person, der Freizügigkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung, bei erkennungsdienstlicher Behandlung und „ordnungsgemäßem" Gebrauch der Schußwaffe.

Wie gering die tatsächlichen Neuerungen in der Aufgabenstellung des BGS 1972 waren, zeigt die vergleichsweise geringe Steigerung der Ausgaben von 503,9 Mio. 1972 auf 565,4 Mio. 1973.

Kostenverursachende Neuerungen beschränkten sich im wesentlichen wohl darauf, die Ausbildung zu „erweitern" im Hinblick auf:
- „*Kampf gegen bewaffnete Terror- und Sabotagegruppen*"
- „*Einsatz gegen bewaffnete Zusammenrottungen*" (Programm ...).

Im September 1972 beschloß die Länder-Innenministerkonferenz unter Vorsitz des Hamburger Innensenators Ruhnau (SPD) zusammen mit dem Bundesinnenminister, die Aufstellung von „Spezialeinheiten" beim BGS, die den Ländern für die Aufgabe der „Terroristenbekämpfung" zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese „Grenzschutzgruppe 9" genannte Sondereinheit des BGS sollte nach Ausrüstung und Ausbildung noch über den bis dahin üblichen Stand der BGS-Truppe hinausgehen. Innenminister Genscher führte aus, die GSG 9 müsse „*Elitebewußtsein entwickeln*" und „*mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten*", „*kampfunfähig schießen ist Quatsch*" („Spiegel", 39/72).

Im gleichen Sinne äußerten sich die Faschisten der Springerpresse: „*Die Spezialbeamten des Bundes müßten einem schwerbewaffneten, feuerbereiten Gegner mit der Einstellung gegenübertreten, im Notfall zu töten – ohne Überlegung und mit dem*
ten – ohne Überlegung und mit dem
ersten Schuß" („BamS", 17.9.72). Im ZDF-Magazin vom 25.9.73 wurde der Schulungsraum einer solchen Sondereinheit gezeigt. Dort war das Verhältnis Staat (Polizei) – Gegner (‚Gesetzesbrecher') als Verhältnis „Kammerjäger – Schädling" dargestellt. Ein Bulle meinte: „*Es ist, als wenn man die Umwelt von einem Schädling erlöst.*"

Aus 22.000 BGS-Soldaten wurden zur anfänglichen Aufstellung ca. 100 Freiwillige ausgewählt. Bis April 1973 erwartete die „Quick" ein Anwachsen auf 172 Mann für den zentralen Einsatz, zu denen in den Einzelländern stationierte Teileinheiten hinzukommen sollen. Wie hoch die Zahl der GSG 9-Kommandos heute ist, ist uns nicht bekannt.

Auch die BGS-Führung verfügt, abgesehen von der personellen Verfilzung mit Alt-Nazis in Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischem Abschirmdienst (MAD) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), über vorzügliche organisierte Verbindungen zu den BRD-Geheimdiensten und den Agentengruppen des BKA sowie der Länder. Bereits ab 1954 wurden beim BGS sog. „Verbindungsstäbe" für jedes an die DDR grenzende Bundesland gebildet, die der Koordination von BND (damals noch „Organisation Gehlen"), Landesämtern für Verfassungsschutz, dem neuaufgebauten MAD und dem BGS dienten. Im November 1961 wurden durch Erlaß des Bundesinnenministers beim BGS außerdem „Nachrichtenzentralen" eingerichtet, um diesen Stäben direkt zuzuarbeiten. Als „Eingreifreserve" durchsetzt die BGS-Führung inzwischen auch völlig „legal" Polizeidienststellen des Bundes und der Länder. So wurde die Aufstockung des BKA-Mannschaftsstandes 1970/71 vornehmlich aus BGS-Quellen vorgenommen.

„Verfassungsschutz": Rückgrat der Sonderpolizei

Mit Sicherungsgruppe Bonn, Sonderkommandos der Länder und Sonderkommandos der GSG 9 verfügt der Bonner Staatsapparat heute über die 170.000 Mann „Schutzpolizei", 22.000 Mann Bereitschaftspolizei und 22.000 Grenzschutz-Soldaten hinaus bereits über eine militärisch gedrillte geheime Sonderpolizei von mindestens 2.500 Mann. Ihr Rückgrat sind die westdeutschen Geheimdienste, insbesondere der nach innen gerichtete Zweig des Verfassungsschutzes.

Die Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) wurden erstmalig im September 1950 durch Verabschiedung des „Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes" festgelegt. Danach diente das BfV der „*Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen.*" Es sollte „präventiv", „repressiv" und „konstruktiv" tätig werden, d.h. auf deutsch: schnüffeln, unterdrücken und provozieren! Nach dem Gesetz von 1950 hatte das BfV keinerlei exekutive (ausführende) Befugnisse – ein Zugeständnis, das die Alliierten ihren westdeutschen Bundesgenossen angesichts der antifaschistischen Stimmung großer Teile der Bevölkerung abverlangten.

Bereits 1954 jedoch wurde auf einer geheimen Konferenz in Unkel ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine Aufhebung dieser Trennung getan. Die „Unkeler Richtlinien" vom 8. Oktober 1954 verpflichteten den gesamten westdeutschen Polizei-Apparat eindeutig dazu, dem BfV und seinen Landesämtern zuzuarbeiten.

„Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Sammlung und Auswertung von Nachrichten im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Es ist Aufgabe der Polizei, auf dem Gebiet des Staatsschutzes präventiv und repressiv zu wirken. Hierzu ist sie auf die Überlassung von Nachrichten aus eigenen oder fremden Nachrichtenquellen angewiesen. Damit sind Verfassungsschutz und Polizei in der Nachrichtenbeschaffung auf demselben Gebiet tätig. Dabei ergeben sich Überschneidungen der beiderseitigen Aufgabenbereiche. Den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten kann nur durch das Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei begegnet werden.

1. Die Polizei unterrichtet den Verfassungsschutz fortlaufend über alle bemerkenswerten Vorgänge, die für ihn bei der Durchführung seiner Aufgaben (...) von Interesse sein können.

Der Verfassungsschutz unterrichtet die Polizei über alle Tatbestände,
tet die Polizei über alle Tatbestände,
von denen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben Kenntnis haben muß. In den Fällen von besonderer strafrechtlicher Bedeutung unterrichtet die Polizei vor Durchführung von Exekutivmaßnahmen den Verfassungsschutz.

2. Polizei und Verfassungsschutz leisten im Rahmen ihrer Dienstpflichten gegenseitige Amtshilfe.

3. Vertrauensleute (V-M) werden nur von den Verfassungsschutzbehörden oder in deren Auftrag geführt. Die bei den Polizeibehörden anfallenden V-M sind an die Verfassungsschutzbehörden abzugeben. Die Mitarbeit von Gewährspersonen zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben bleibt bestehen.

4. Die Zusammenarbeit zwischen dem BfV und den Polizeibehörden der Länder erfolgt grundsätzlich über die zuständigen Verfassungsschutzbehörden der Länder. Diese vertreten die Interessen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegenüber den Landespolizeibehörden. Die Landesämter für Verfassungsschutz unterrichten das Bundesamt für Verfassungsschutz über alle ihnen von der Polizei übermittelten Kenntnisse, die für das Bundesamt für Verfassungsschutz von Bedeutung sind" (Nicht länger geheim).

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 legte die grundsätzlich **exekutive** Rolle der Geheimdienste bloß:
- Post- und Fernmeldegeheimnis sind grundsätzlich einschränkbar;
- die „Dienste" können jederzeit der zentralen Exekutivgewalt unterstellt werden, sowie selbst Exekutivbefugnisse erhalten;
- **die „Dienste" können durch Meldungen über einen angeblichen inneren oder äußeren Notstand den Notstands-Diktatur-Mechanismus in Gang setzen.**

Seither wurde das BfV (neben BND/MAD) durch verstärkten Aufbau für neue Aufgaben fit gemacht. Seit 1968 wuchs der amtlich ausgewiesene (!) Personalbestand von 986 auf 1.4o9 Leute 1973. 1975 sollen es 1.660 werden („FAZ", 5.3.75). Das Gleiche gilt für die Gesamtausgaben. Sie stiegen von 23,6 Mio. 1968 auf 62,1 Mio. 1973, also eine Zunahme um fast 200 %. Dabei darf man davon ausgehen, daß nicht alle Spitzel-Kosten usw. in der amtlichen Abrechnung erscheinen, obendrein die Kosten unter anderen Posten (der Ausbau des Abhör-Apparates etwa unter der Post!) verschleiert werden.

Durch Grundgesetzänderung und durch Änderung des Verfassungsschutzgesetzes, beides im August 1972, wurden die Kompetenzen des Verfassungsschutzamtes dann noch im Vorfeld der NS-Gesetze erheblich erweitert:

Durch die Grundgesetzänderungen wurden
- die beim BGS bereits bestehenden „Nachrichtenzentralen", die bisher der Information von BND/MAD/BfV dienten, zu „*Zentralstellen für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen, für die Kriminalpolizei und zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden*";
- der Bundesregierung die ausschließliche Gesetzgebung übertragen für Kriminalpolizei, Verfassungsschutz, Sicherung „auswärtiger Belange" und die Einrichtung eines „Bundeskriminalpolizeiamtes".

Die Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes sicherte dem BfV eine praktisch unkontrollierbare Tätigkeit zu.
- Das BfV soll „*Sammlung und Auswertung*" von „*Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen*"*(?!)* über Bestrebungen „*gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung*" über „*geheimdienstliche Tätigkeiten*" und über „*Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen*" (!), die die „*auswärtigen Belange*" der BRD gefährden könnten, betreiben.
- Das BfV soll mit anderen „*Behörden*" zusammenwirken bei: „*Überprüfung von Personen*", die Geheimnisträger sind oder sicherheitspolitisch wichtige Funktionen des Staatsapparats besetzen, bei „*technischen Sicherheitsmaßnahmen*" im „*Objektschutz*" u.a.

Es heißt zwar: „*Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu.*"

Im gleichen Atemzug wird aber ausdrücklich die Ermächtigung erteilt, „*nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden*", d.h. V-Männer zuzuschleusen, den Polizei-Nachrichtendienst zu funktionalisieren, Provokationen zu inszenieren. Und darüber hinaus „*Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe*".

Mit anderen Worten heißt das z.B.:
Mit anderen Worten heißt das z.B.:
Die zentrale Datenbank des BKA mit ihren durch kein „*Datenschutzgesetz*" bisher auch nur scheinbar eingeschränkten Möglichkeiten der totalen nachrichtendienstlichen Erfassung aller Daten eines jeden Staatsbürgers, die Ermittlungsakten der Bundesstaatsanwaltschaft und sämtlicher nachgeordneter Gerichte u.a.m., stehen dem BfV offen, bzw. werden von seinen Agenten mit entsprechenden Informationen versorgt. Wo der Verfassungsschutz ein „Eingreifen" für notwendig hält, ist es ein Leichtes, im Zuge des „Amtshilfeverfahrens" eine exekutive Einheit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz herzustellen. Häufig genug wurden „VS-Beamte" als „Sachverständige" zur Durchführung einer „polizeilichen Aktion" hinzugezogen.

Erstmals bei der Ermordung des anarchistischen Genossen Georg v. Rauch am 4.12.71 wurde offenbar, daß der VS polizeimäßig bewaffnet ist. Es waren schließlich zwei konkurrierende „Observationsgruppen" (VS – Kripo), die in gegenseitiger Annahme, Anarchisten vor sich zu haben, sich eine wüste Schießerei lieferten. Georg v. Rauch, bereits mit erhobenen Händen an die Wand gestellt, mußte das „Versehen" mit dem Tod bezahlen.

Auch der am 2.3.1972 ermordete Thomas Weißbecker wurde von einer „Observationsgruppe" eingekreist. Offenbar ging das Kommando aus Sicherungsgruppe Bonn, Verfassungsschutz, Landeskriminalamt Bayern und „Schutzpolizei" hier aber arbeitsteilig vor: Der Todesschütze war ein Uniformierter. Es bleibt jedoch ein Geheimnis, wer sich sofort nach dem Schuß mit quietschenden Reifen davon machen konnte und aus welchem Grund – obwohl der ganze Marktplatz abgesperrt war!

Inzwischen ist die Bourgeoisie dazu übergegangen, aus den jeweils zur Verfügung stehenden Kräften des BGS, der Länder-Sonderkommandos, der Sicherungsgruppe Bonn und dem Verfassungsschutz einheitlich geleitete „ad-hoc-Kommandos" zu bilden, die im „Feuerschutz" uniformierter Bereitschaftspolizei vorgehen. So zum Beispiel übungsmäßig im März 1973 bei der Räumung eines besetzten Hauses in der Hamburger Ekhofstraße.

Die formale Trennung von Verfassungsschutz und Polizei im neuen Verfassungsschutzgesetz dient lediglich der Täuschung einer immer noch demokratischen Öffentlichkeit. Praktisch entzieht sich die Feststellung von Verantwortlichkeit bei Todesschüssen oder Mißhandlungen selbst einer eventuellen Gerichtsverhandlung, da sowohl VS als auch die Dienstherren der Sonderkommandos den Angehörigen ihrer geheimen Staatspolizei Aussageverweigerung erteilen!

Kommandobrücke: Bundeskanzleramt

Vorläufiger Höhepunkt beim Aufbau des geheimen Staats-Polizei-Apparates ist die kürzlich verfügte Einrichtung eines **„Ständigen Ausschusses für die Nachrichtendienste" beim Bundeskanzler-Amt**. Dem Ausschuß gehören an: Beamte des „Verteidigungs"-Ministeriums, des Innenministeriums und die Präsidenten der drei Geheimdienste BfV, BND, MAD. Präsident der Runde ist Staatssekretär Schüler vom Bundeskanzleramt. Sein Stellvertreter ist Ministerialdirigent Schlichter, Sicherheitsreferent im Palais Schaumburg.

Aufgabe der Runde soll sein:
- **sicherzustellen, daß die Geheimdienste „auftragsgemäß" arbeiten;**
- **„das Instrumentarium der Inneren Sicherheit funktionsfähig" zu machen;**
- **wieder „Ruhe in den Diensten" zu schaffen und sie dem „öffentlichen Interesse" zu entziehen, damit sie „abseits öffentlicher Debatten wieder ihren Aufgaben nachkommen können."** („FR", 1.2.75).

Laut Staatssekretär Schüler ist mit dem „Ständigen Ausschuß für die Nachrichtendienste" die „organisatorische Grundstruktur" für den Aufbau des Geheimdienstapparates geschaffen. In Zukunft soll im Stillen durch eine Vielzahl kleiner Schritte „Funktionsfähigkeit", „Leistungsfähigkeit" und „Zusammenarbeit" der Geheimdienste untereinander und mit anderen Dienststellen und Behörden vorangetrieben werden.

Tatsächlich ist das Bundeskanzleramt die zentrale Kommandobrücke staatlicher Exekutive:
- Über den „Staatssekretärausschuß für Sicherheitsfragen", dessen Vorsitzender immer der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes ist, verfügt

Chronologie der „Inneren Sicherheit"

1945, 8.5.: Bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands, Auflösung der Gestapo-Zentrale „RSHA/OKW", „Entpolizeilichung", d.h. Dezentralisation und Reduzierung der Polizeikräfte auf föderale „Schutzpolizei"-Aufgaben, sowie grundsätzliche Trennung zwischen Exekutive und geheimdienstlicher Tätigkeit. Verbot jeder eigenen deutschen Geheimdiensttätigkeit – gleichzeitig Übernahme der „Organisation Gehlen" in US-Dienste.

1950, 19.9.: Deutschlandkommunique der New Yorker Außenministerkonferenz beschließt Aufrüstung des westdeutschen Polizeiapparats. Entsprechend: 1950, 27.9. – Verabschiedung des „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes"; 1951 – Aufstellung von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz.

1954, 8.10.: Geheimsitzung in Unkel verpflichtet den Polizeiapparat zur nachrichtendienstlichen Zuarbeit für den VS und fordert Amtshilfe zwischen Polizei und VS.

1956, 4.12.: Das Bundesinnenministerium beschließt die Erarbeitung von NS-Gesetzen; der Bundesverteidigungsrat wird als exekutive Staatsspitze und Kern eines möglichen NS-Kabinetts gebildet. Offizielle Gründung des MAD und BND, Einrichtung von „Verbindungsstäben" zur Koordination von BND, BfV, MAD, BuWe bei Landesgruppen des BGS.

1961, 3.10.: Verabschiedung des „Gesetz über die Anwendung des unmittelbaren Zwanges" (UZwg) (Für Westberlin erst 1971).

1964: Die Ständige Konferenz der Innenminister beschließt stufenweise Erhöhung der Zahl der Bereitschaftspolizisten. 1968 wurde dieser Plan durch „Verwaltungsabkommen" rechtlich abgesichert, 1971 nach Billigung durch das Bundeskabinett unterzeichnet.

1968, 28.8.: Verabschiedung der NS-Gesetze = Einschränkung der Grundrechte im Notstandsfall, Ausstattung der Geheimdienste mit exekutiven Befugnissen, evtl. Ausrufung eines Notstands durch Lageberichte der Geheimdienste! In der Folge beschließt das Bundeskabinett am 21.11.68 Durchführungsbestimmungen zur a) Präzisierung der Zusammenarbeit der Geheimdienste untereinander und mit den „Strafverfolgungsbehörden" (Polizei/Staatsanwaltschaften/BKA/BGS); b) Einsatz der Sicherungsgruppe Bonn als Ermittlungsorgan gegen Staatsschutzdelikte; c) monatliche Beratung des „Staatssekretärs-Ausschusses für Sicherheitsfragen". Im November '69 berät ein interfraktioneller Ausschuß über die Gründung eines fusionierten Geheimdienstes: Bundes-Abwehr-Dienst (BAD).

1969, 28.10.: Die SPD/FDP-Koalition kündigt in ihrer Regierungserklärung die beschleunigte „Intensivierung und Modernisierung der Verbrechensbekämpfung" an.

1969/70.: VS und BKA richten Sonderkommandos zur Bekämpfung „ausländischen Terrors" ein.

1970, 5.11.: Das „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung" wird vom Bundestag verabschiedet. Es sieht im wesentlichen eine materielle
tag verabschiedet. Es sieht im wesentlichen eine materielle
und personelle Stärkung des BKA vor, sowie die Erweiterung seiner zentralen Befugnisse.

1971, 22.10.: Verschärfung der Strafgesetze.

1972, 22.3.: Verabschiedung des „Schwerpunktprogramms ‚Innere Sicherheit'" durch das Bundeskabinett. 25% Erhöhung der Haushaltsausgaben für BKA/BfV/Bereitschaftspolizei/BGS/Ausländerüberwachung, und zwar für Erhöhung der Mannschaftsstärke, Intensivierung der Ausbildung, Aufstockung der Ausrüstung.

1972, 21.6.: Vorlage eines gemeinsamen Bund-Länder-Programms zur Förderung der „Inneren Sicherheit", Teil I. Im wesentlichen: a) Stärkung der Hoheitsbefugnisse des BKA; b) Koordinierung zwischen den Landespolizeien; c) Einsatz des BGS; d) Rationalisierung der Verwaltung und Technik.

1972, 22.9.: Das neue BGS-Gesetz erklärt den BGS zur polizeilichen Eingreifreserve des Bundes und der Länder in Fällen von „besonderer Bedeutung". Der BGS behält aber Kombattantenstatus!

1972, 28.7.: Das „Einunddreißigste Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes" stärkt die Zentralgewalt des Bundes, regelt gegenseitige Unterstützung der Länder, fordert „Amtshilfe" zwischen VS und BGS.

1972, 7.8.: Verabschiedung des neuen Verfassungsschutzgesetzes.

1972, Sept.: Öffentliche Propaganda für den Aufbau der Länder-Sonderkommandos, Aufbau des Sonderkommandos „GSG 9" beim BGS.

1974, 15.2.: Bundes- und Länderinnenminister verabschieden den II. Teil des Programms zur „Inneren Sicherheit". Darin wesentlich: a) Einrichtung von „Lagezentren" bei allen Innenministerien; b) Vereinheitlichung des Aufbaus von Sonderkommandos der Länderpolizeien, des BGS, des BKA.

1975, 23.1.: Einrichtung des „Ständigen Ausschusses für die Nachrichtendienste" beim Bundeskanzleramt. ●

das Amt über ein Kontrollorgan, das in die Arbeit sämtlicher Ministerien eingreifen kann. Zusammen mit der „Ständigen Innenministerkonferenz" und den „Lagezentren" bei den Innenministerien, sowie direktem Kontakt zum Bundesinnenministerium, d.h. vor allem auch BKA, ist hiermit ein ständiger ‚Krisenstab' geschaffen.

- Das Bundeskanzleramt ist geschäftsführende Behörde des sog. „Verteidigungsrates", der zugleich den Kern eines evtl. Notstandskabinetts bildet. „Der Bundesverteidigungsrat ist ein Kabinettausschuß der Bundesregierung. Er berät Fragen auf militärischen, außenpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen und anderen Gebieten. Er klärt Meinungsverschiedenheiten, trifft, soweit möglich, Vorentscheidungen oder bereitet die politischen Entscheidungen des Bundeskanzlers bzw. der Bundesregierung vor. Mitglieder sind die Bundesminister des Auswärtigen, des Inneren, der Verteidigung, der Finanzen, für Wirtschaft und für besondere Aufgaben. Der Generalinspekteur der Bundeswehr nimmt an den Sitzungen des Bundesverteidigungsrates regelmäßig teil. Dem Bundesverteidigungsrat steht ein interministerielles Sekretariat zur Verfügung; die laufenden Geschäfte werden von einer Unterabteilung des Bundeskanzleramtes wahrgenommen" (U. de Maizière, nach ‚Nicht länger geheim').

- Das Bundeskanzleramt ist zugleich die Nahtstelle zwischen dem Kanzler und der Kapitalisten„lobby". Unter Adenauer „wurde diese Kanzler-Methode, unter Ausschaltung der verfassungsmäßigen Instanzen direkt mit den Interessenverbänden einig zu werden, zum beherrschenden Moment der bundesrepublikanischen Innenpolitik" („Spiegel", 1/61, nach „Nicht länger geheim").

- Der „Ständige Ausschuß für die Nachrichtendienste" fügt dem jetzt die Zentralisierung der verschiedensten Polizeikräfte unter Führung durch eine neue geheime Staatspolizei hinzu, deren Nervenstrang die Geheimdienste und die elektronische Datenbank des BKA sind.

Mit diesem Apparat verfügt die BRD-Bourgeoisie wieder über einen zentralisierten geheimen Terror-Apparat unter dem Befehl der militärischen Exekutivgewalt, Kanzler und Verteidigungsrat. Die nach der Niederlage des Faschismus erfolgte Auflösung des faschistischen „Reichssicherheits-Hauptamts" (RSHA) und des ihm angegliederten „Oberkommando der Wehrmacht" (OKW), d.h. der faschistischen Gestapo-Zentrale, ist damit praktisch aufgehoben. Mehr noch: im Bundeskanzleramt ist bereits jetzt eine stärkere Zentralisationsmöglichkeit geschaffen als zur NS-Zeit. Militärische und polizeiliche Befehlsgewalt stehen nicht nebeneinander wie im Verhältnis RSHA/OKW, sondern der Polizei-Apparat ist der militärischen Exekutive schon in Friedenszeiten faktisch untergeordnet!

Nazi - „Vorbild" noch nicht erreicht

Das Gestapo-System der Nazis enthielt allerdings zwei Elemente, die der neuen ‚Gestapo' der BRD bisher noch weitgehend fehlen:

▷ Erstens: Der Polizei-Mord wurde vom Nationalsozialismus nicht nur legitimiert, sondern propagiert. Als Göring am 30.1.1933 das preußische Innenministerium übernahm, sorgte er zunächst für Klarheit in diesem Punkt: *„Die Polizei war nicht nur jahrelang gegen uns eingestellt (? !), so daß ich sie erst aus dem ganzen geistigen Zuchthaus, in das man sie gestellt hatte, herauslösen mußte. Ich darf heute mit Stolz sagen: Man sehe sie sich an, wie sie heute etwas ganz anderes ist als seinerzeit! Sondern es gab ja auch noch die alten Befehle, Befehle, die teils von den marxistischen Herrschaften gekommen waren und andererseits von der bürgerlichen Zaghaftigkeit nicht aufgehoben wurden, Befehle, die einerseits den Polizisten zum Prügelknaben machten in dem Sinne, daß er prügeln mußte, aber auch dauernd geprügelt wurde. Es war der einfache Wachtmeister, der zur Verantwortung gezogen wurde! Wenn er draußen auf der Straße sich dem roten Mob entgegenstellte, dann mußte er erwarten, daß im Falle eines Zwischenfalles nicht der rote Verbrecher vor den Richter gezerrt wurde, sondern zunächst ein langes Disziplinarverfahren, eine Untersuchung gegen den Wachtmeister angestrengt wurde. Wir haben erlebt, daß Wachtmeister, die nichts als ihre Pflicht getan haben, dafür vom Amt suspendiert, zum Teil sogar verhaftet worden sind. (...) Ich mußte hier also erst einmal die Verantwortung, die völlig verschoben war und die man den kleinen Beamten auf der Straße gegeben hatte, richtig lagern, d.h. ich mußte meinen Beamten erst wieder eines ganz deutlich geradezu in das Gehirn hineinhämmern, daß die Verantwortung bei mir allein lag! Ich mußte ihnen klar machen: Wenn ihr schießt, schieße ich! Weiter: Wenn dort einer tot liegt, habe ich ihn erschossen, wenn ich auch oben im Ministerium sitze, denn das ist meine Verantwortung allein. Das einzige, wofür ihr mir gegenüber einzustehen habt, ist, ob ihr gehandelt habt oder ob ihr nicht gehandelt habt. Wenn ihr nicht gehandelt habt, dann kann ich euch nicht gebrauchen, wenn ihr aber handelt, dann ist es selbstverständlich, daß ich euch durch dick und dünn decke".* (nach „Kommune", ‚Dokumentation' der Nazis zum Reichstagsbrandprozeß).

Dieses Motto des Nazis Göring läßt sich auch wohl über die gegenwärtige Praxis des Staates gegenüber den kriminellen Übergriffen der Polizei etc. setzen: Der Bulle wird „durch dick und dünn gedeckt" – selbst für den Mörder Kurras, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg „aus Nervosität" erschoß, fand der Staat noch einen Freispruchs-Grund.

Heute fordert die „Gewerkschaft (!) der Polizei" ***„Es kommt entscheidend darauf an, daß der eingesetzte Polizeibeamte von vornherein (!!) weiß, daß sein Handeln rechtmäßig ist, und daß nicht erst in einer späteren rechtlichen Überprüfung durch Staatsanwaltschaft und Gericht das Handeln als gerechtfertigt hingestellt wird"*** („Die Polizei", 4/74).

Hier wird also, 100 %ig im Sinn der Nazis, für die Polizei eine Blanko-Vollmacht verlangt, jeden beliebigen Übergriff begehen zu können, und dabei v o n v o r n h e r e i n sicher zu sein, daß es keinerlei gerichtliche Überprüfung geben wird, sondern ihr Treiben in jedem Fall als „rechtmäßig" abgesichert ist – „durch dick und dünn"!

Eine förmliche Legitimation des „Todesschusses" steht allerdings noch aus. Das von der „Ständigen Innenministerkonferenz" angekündigte neue UZwg-Gesetz, das eine „einheitliche" Regelung polizeilichen Schußwaffengebrauches bringen soll, ist noch nicht verabschiedet.

▷ Zweitens: Mit dem in die Gestapo integrierten „Sicherheits-Dienst" (SD) der NSDAP verfügte die Gestapo über ein total gespanntes Zutreiber-Netz. Über die Vielzahl ziviler, sowie (halb-) militärischer Unter- und Nebengliederungen der NSDAP hatte die Gestapo Ohr und Auge direkt in der Bevölkerung! Heute hat die Bourgeoisie die Entwicklung dieses in der Bevölkerung selbst verankerten Überwachungssystems auf die Tagesordnung gesetzt. Die Aufstellung der Sonderkommandos wird auf der anderen Seite durch die Herausbildung neuer „Blockwarte", z.B. nach dem System der Berliner „Kontaktbereichsbeamten" (KOB) ergänzt. Private und halbprivate „Hilfs"polizeien werden geduldet bis gefördert, Lynchjustiz faschistoider „Bürgerwehren" propagandistisch geschürt, die Hilfe des „kriminellen Untergrundes" für Fahndungsaktionen in Anspruch genommen, etc! Das „aktive Eindringen in die Verbrecherkreise" seitens der neuen Gestapo zeigt, wo der Zug lang fahren soll. 7.000 angebliche Hinweise auf die Lorenz-Entführer, über 3 % Wählerstimmen für den offen faschistischen und militanten BFD, Stimmengewinne für die CDU/CSU sind alarmierende Fortschritte der Bourgeoisie in dieser Richtung. Diese Kräfte brennen darauf, den von der SPD/FDP so famos „reformierten" Apparat zu übernehmen und „mit Leben zu erfüllen" – „Quick" nach der Lorenz-Entführung: **„Der Staat ist gerüstet – warum tut er nichts?"** –

Eine politische Legitimierung neuen Gestapo-Terrors wie kürzlich in Westberlin, eine totale Erfassung der Bevölkerung durch ein organisiertes Spitzelsystem ist der Bourgeoisie jedoch bisher nicht gelungen. Es ist Aufgabe einer antifaschistischen Front, diese Absichten aufzudecken und zu verhindern.

(Es folgen: „Legitimation des Todesschusses" „Entwicklung eines Spitzel- und Zubringersystems für die neue Gestapo") – •

Antifa-Komission
KB/Gruppe Hamburg

13. – 17. März

55 Jahre gegen den Kapp-Putsch

Am frühen Morgen des 13. März 1920 besetzte die 5.000 Mann starke „Marinebrigarde Ehrhardt" das Regierungsviertel von Berlin. Das war der Beginn des Versuches der reaktionärsten Teile des deutschen Imperialismus, die offene Diktatur über die Arbeiterklasse zu errichten. Dieser Versuch scheiterte bereits nach fünf Tagen an dem geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterorganisationen riefen geschlossen zum Generalstreik auf, an dem sich zwölf Millionen Arbeiter und andere Werktätige beteiligten. Zum Teil wurde die Reaktion durch bewaffnete Kämpfe der Arbeiterklasse geschlagen, die ihren Höhepunkt in den Kämpfen und Aktionen im Ruhrgebiet hatten.

Die politische Situation vor dem Kapp-Putsch

Gemeinsam trachtete die deutsche Bourgeoisie danach, der Arbeiterklasse die in der Novemberrevolution erkämpften Rechte wieder zu rauben und die militärische Niederlage des 1. Weltkrieges zu revidieren.



Sehr uneinig war man sich jedoch im Lager der deutschen Bourgeoisie über den Weg dorthin. Im Versailler Vertrag wurden große Reparationsleistungen (in Form von Geld, Waren, Lebensmitteln und Maschinen) verlangt. Außerdem bestanden die französischen und britischen Imperialisten, die den deutschen Imperialismus ein für alle Male niederhalten wollten, auf einer weiteren Reduzierung der bewaffneten Verbände. Gegen die bürgerliche, von der SPD getragene Regierung, die bereit war, die Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen, richtete sich die Hetze der reaktionären Parteien, vor allem der DVP (Deutsche Volkspartei) und der DNVP (Deutschnationale Volkspartei).

Die Organisierung der Konterrevolution würde hauptsächlich von den ostpreußischen Junkern und Großgrundbesitzern betrieben, die sich auch mit reaktionären Banden an militärischen Interventionen gegen die Sowjetunion im Rahmen des russischen Bürgerkriegs beteiligten.

An erster Stelle wären hier die Generäle von der Goltz, von Lüttwitz, Kapp und von Jagow zu nennen. Diesen und ähnlichen Kräften unterstanden ca. 200.000 Mann der damals noch 400.000 Mann starken Reichswehr.

Die Vorbereitungen des Putsches

Die propagandistische Vorbereitung des Putsches wurde hauptsächlich von den beiden großen Rechtsparteien betrieben. Die Frage der Militärdiktatur wurde in der Öffentlichkeit immer offener erörtert, vor allem, als die Entente-Mächte forderten, das Heer bis zum April 1920 auf 200.000 und bis zum Juli 1920 auf 100.000 Mann zu reduzieren, was den größten Teil der Soldaten arbeitslos gemacht hätte.

Das Verhältnis der SPD, vor allem Noskes, dem in diesen Tagen ganz offiziell aus den Kreisen der Konterrevolution angeboten wurde, an die Spitze einer „nationalen Diktatur" zu treten, zu diesen reaktionären Verbänden war dadurch gekennzeichnet, daß sie diese Verbände umso mehr in ihren Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung brauchten, je schwindender ihr Einfluß in der Arbeiterklasse selbst wurde.

Der Regierung war bekannt, daß die Putschgeneräle in Richtung Berlin marschierten, trotzdem unternahm sie nichts, außer ein paar Verfügungen, die ihren Empfänger nicht einmal erreichten. Vor allem tat sie nichts, um die Arbeiterklasse über die bevorstehenden Gefahren zu informieren und dagegen zu mobilisieren.

Der Kapp-Putsch scheitert am Generalstreik

Als am 13. März die konterrevolutionäre Marinebrigade Ehrhardt das Regierungsviertel besetzte, flüchtete die Regierung zunächst nach Dresden und dann nach Stuttgart.

In Berlin gründeten die Putschisten unterdessen eine „Regierung" unter Kapp und v. Lüttwitz; in den von den Putschisten kontrollierten Teilen Deutschlands setzte ein brutaler Terror gegen die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte ein.

SPD und Gewerkschaft (ADGB) riefen am 13. März sogleich zum Generalstreik auf – jedoch nur unter Parolen zum Schutz der bürgerlichen Republik und der Regierung. Dieser Generalstreik dehnte sich am 14. und 15. März auf ganz Deutschland aus.

Die Berliner Zentrale der KPD/Spartakusbund dagegen verkannte zunächst die Situation und gab am 14. März einen Aufruf g e g e n den Generalstreik heraus. Darin wurde so argumentiert, daß die Arbeiterklasse zum einen momentan *„nicht aktionsfähig"* sei; zum anderen hieß es auch, daß die Arbeiterklasse *„keinen Finger rühren"* würde für die Verteidigung der bürgerlichen Republik.

Dieser politisch verfehlte Aufruf, der an die schwankende Haltung erinnert, die heute viele Gruppen zum antifaschistischen Kampf einnehmen (Gleichsetzung von SPD und CDU/CSU, besonders deutlich während des „Mißtrauensvotums" 1972!), verhinderte jedoch nicht, daß überall in Deutschland kommunistische Genossen aus richtigem politischen Bewußtsein und Klasseninstinkt sofort entscheidenden Anteil an der Organisierung des Generalstreiks nahmen.

Am 15. März gab die KPD-Zentrale einen neuen Aufruf heraus, in dem es hieß: ***„Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! Die Kommunisten sind gegen die Regierung Ebert-Noske-Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau ..."*** – In Flugblättern forderte die KPD den Rücktritt der Putsch-„Regierung", die Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr und anderer konterrevolutionärer Truppen, sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie, die Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte; die Freilassung aller politischen Gefangenen ... –

Ihren Höhepunkt erreichten die Kämpfe der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet. Dort begann am 15. März der bewaffnete Kampf der ca. 100.000 Mann starken Rote Ruhrarmee gegen die Putschisten. Bis zum 23. März war fast das ganze Ruhrgebiet von konterrevolutionären Truppen gesäubert. –

Binnen weniger Tage war der Zusammenbruch des Putsches unverkennbar abzusehen, so daß die Putschisten überlegten, wie sich am glimpflichsten aus der Affäre zu ziehen wäre. Verhandlungen zwischen der alten und der neuen Regierung boten sich an und lagen in beidseitigem Interesse. Die Ebert-Bauer-Noske-Regierung, die den Geist des revolutionären Proletariats in der Not gerufen hatte, wollte ihn jetzt so schnell wie möglich bannen. So kam ein Kompromiß zustande, der auf eine Umbildung der Reichsregierung hinauslief und die Vertreter der bürgerlichen Parteien verpflichtete, für Amnestie der Putschisten einzutreten. So konnte am 17. März Kapp abdanken, wenige Stunden später folgte Lüttwitz. Er war ganz beruhigt und ging mit der Bemerkung ab, er falle ja unter die Amnestie.

Am 23. März schließlich wurde der Generalstreik abgebrochen, ohne daß die Arbeiterklasse reale Garantien in der Hand hatte.

Für die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Statthalter ging es nun darum, den Kampf des Proletariats, der bereits über den Kampf um den Erhalt der bürgerlichen Republik hinauszugehen drohte, zu unterdrücken. Der nach dem Rücktritt von Lüttwitz ernannte Oberbefehlshaber der Reichswehr, Generalmajor von Seeckt, der nicht gegen die Putschisten hatte kämpfen wollen, leitete die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung im ganzen Reich.

Als es der SPD, USPD und den Gewerkschaften gelungen war, eine Solidarität der Arbeiter im übrigen Deutschland und damit eine Ausdehnung des Generalstreiks zu verhindern, wurde auch der Kampf im Ruhrgebiet abgebrochen. Anfang April begann der blutige Rachefeldzug konterrevolutionärer Truppen gegen das Ruhrproletariat unter dem Vorwand, die Abmachungen des 24. März seien nicht eingehalten worden.

Hunderte von Arbeitern, auch Frauen, Jugendliche und Kinder wurden ermordet.

Die Klassenjustiz ließ tausende von Arbeitern in die Gefängnisse stecken. Auch in den übrigen Teilen Deutschlands wüteten die konterrevolutionären Truppen und arbeitete der Justizapparat auf Hochtouren. Die Kapp-Putschisten dagegen gingen straffrei aus, lediglich T.v. Jagow wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. •

Antimilitarismus-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Plön:

MAD, Feldjäger, Verfassungsschutz und Polizisten paktieren mit Faschisten



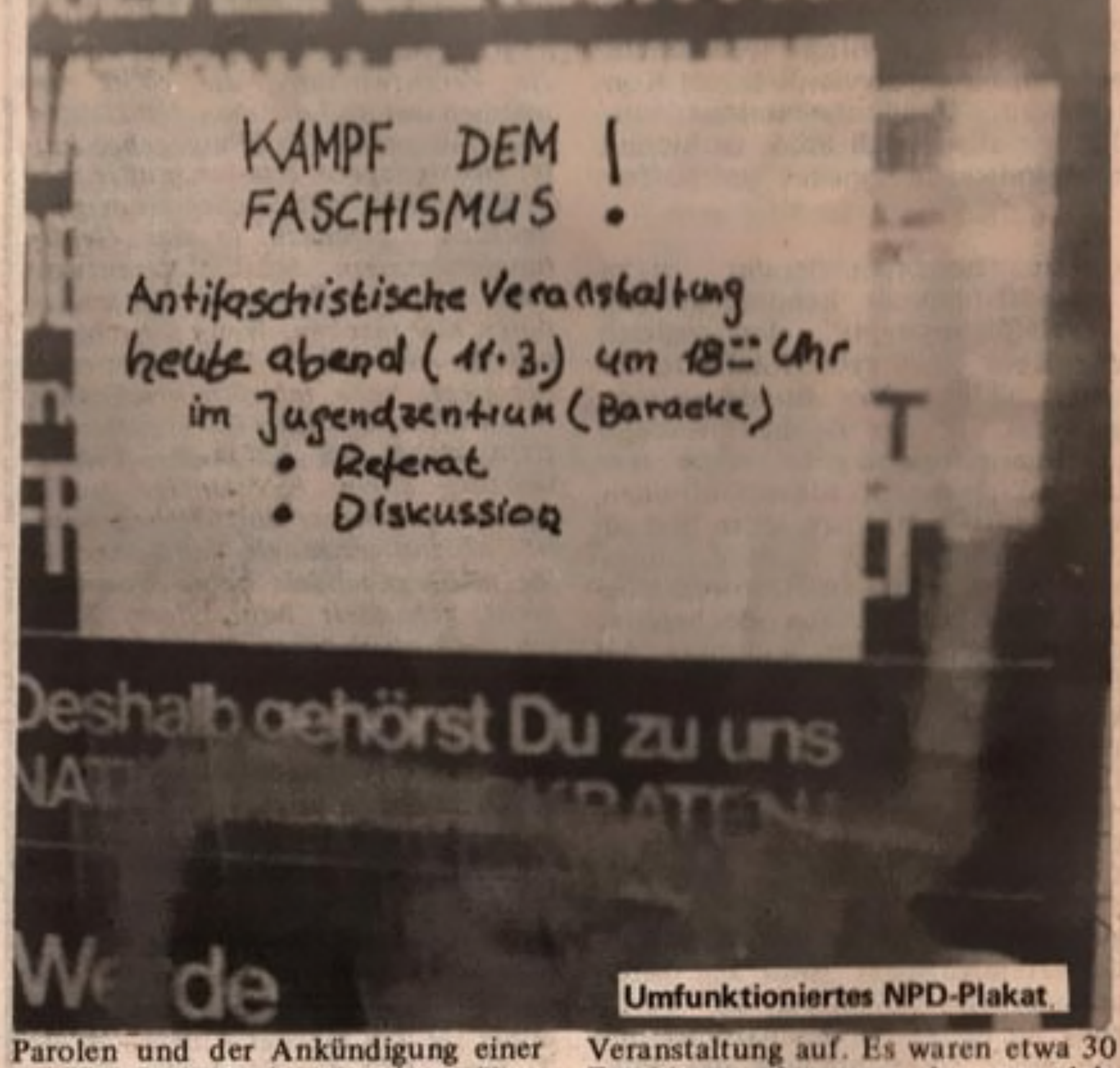
Hain, NPD-Vorsitzender von Ostholstein (Angestellter in der Marineunteroffiziersschule in Plön)



Kuhrt, NPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Plön



NPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein Witt, Oberstleutnant der Bundeswehr in der Eutiner Rettberg-Kaserne



Umfunktioniertes NPD-Plakat

Am 11. März fand in der Kleinstadt Plön (Schleswig-Holstein) eine NPD-Wahlkampfveranstaltung statt, zu der Neonazi Witt (NPD-Landesvorsitzender und Oberstleutnant der Bundeswehr, von der er eigens für den Wahlkampf freigestellt wurde) eingeladen hatte. Diesem Auftritt der Faschisten gingen eine größere Veranstaltung in Eutin am 28.2., zu der die NPD-Lehrerin (!) David-Happach geladen wurde, und kleinere Auftritte in verschiedenen Dörfern voraus.

Das Versammlungslokal „Drei Kronen" wurde schon vor dem Auftritt der Faschisten von sechs Bullen abgesichert – ausgerüstet mit Pistolen, Sprechfunkgeräten und zwei abgerichteten Polizeihunden. Bezeichnend war die herzliche Begrüßung der Bullen und Faschisten untereinander: Man setzte sich sprichwörtlich „an einen Tisch" und besprach noch mal die Lage, bevor die Veranstaltung begann. Zudem lagen sechs Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei auf der Lauer, um jederzeit zum Knüppeleinsatz gegen „störende" Antifaschisten einsatzbereit zu sein . . ., denn:„Wir diskutieren nicht, wir handeln," tönte ein Bulle.

Nicht nur, daß ein ganzer Trupp Bullen und Zivilbullen an diesem Tag zum Schutz der Faschistenversammlung im Einsatz war – traf man auch in der Stadt an jeder Ecke Bullenpatrouillen und noch nie vorher gesehene (un)auffällige Herren. Sogar Feldjäger der Bundeswehr waren 'ausgerückt, um ihre NPD-Funktionäre Witt und Hein (Angestellter in der Marineunteroffiziersschule Plön und NPD-Vorsitzender von Ostholstein) vor den Antifaschisten zu schützen.

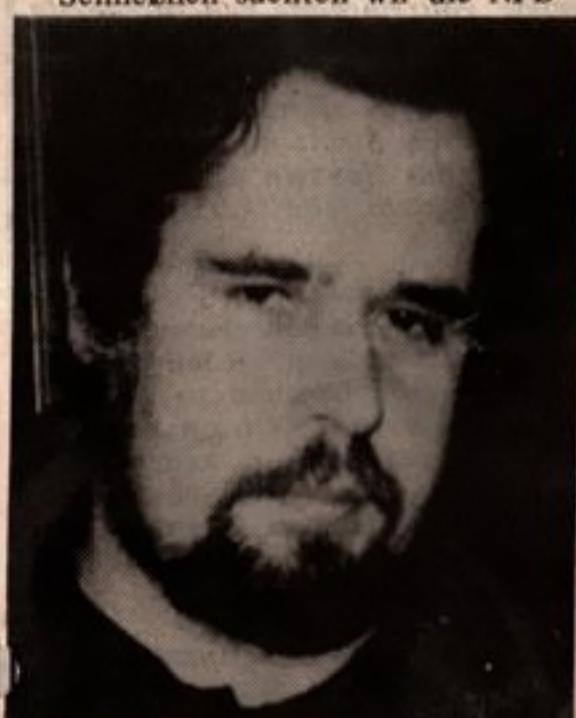
Eine antifaschistische Gegenveranstaltung im Jugendzentrum wurde von MAD-Spitzel Habbe (Sicherheitsoffizier in der MUS Plön) aufgesucht. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich die Kumpanei des Bullenapparates mit den Faschisten – neu ist, daß jetzt sogar militärische Organe wie Feldjäger und MAD eingesetzt werden.

Kampf dem Faschismus

Obwohl die Faschisten ihre Provokation nur zwei Tag vorher bekanntgaben, blieb sie dennoch nicht unbeantwortet: Noch vor der Faschistenversammlung wurden über Nacht die NPD-Plakate mit Hakenkreuzen übersprüht und mit antifaschistischen Parolen und der Ankündigung einer antifaschistischen Veranstaltung überklebt.

Mit einem Flugblatt riefen wir nochmals zur antifaschistischen Veranstaltung im Jugendzentrum auf, die dann von etwa 25 Jugendlichen besucht wurde.

Schließlich suchten wir die NPD-Veranstaltung auf. Es waren etwa 30 Faschisten gekommen, darunter viele gichtbrüchige Altnazis und einige mitgeschleppte Kinder. Von Stosch, ein Schüler des Internatsgymnasiums, der bekannt ist als Verteiler der faschistischen Hetzblätter „Fanal", „Tendenz" und „Schul-Echo" auf dem Schulgelände, war in trauter Einheit mit Altnazis und Fascho-Schlägern zu beobachten.



MAD-Spitzel Habbe

Außerdem wurde die Veranstaltung von einigen neugierigen Jugendlichen besucht.

Unser Auftreten auf der NPD-Veranstaltung war von Eingeschüchtertheit durch die Bullen, Unorganisiertheit (so waren z.B. keine Parolen vorbereitet), vereinzelten Zwischenrufen und Ratlosigkeit bestimmt. Eine militante Verhinderung der Veranstaltung wäre nicht möglich gewesen.

Stattdessen führten wir als Abschluß der antifaschistischen Aktion im JZ eine Diskussion über die gemachten Fehler und Erfahrungen, zu der wir einen Teil der Jugendlichen, die die Faschistenversammlung aus Neugierde besuchten, dazugewinnen konnten.

Sympathisanten des KB in Plön

Flensburg:

Bundeswehr probt Bürgerkriegseinsatz!

Ein Kollege von mir nahm vor kurzem als Reservist an einer Bundeswehrübung teil. Bei dieser Übung ging es vor allem um die Bekämpfung von Partisanen, also um den Einsatz der Bundeswehr im Bürgerkrieg. Als Lage wurde z. B. angenommen, daß bei HDW Kiel gestreikt wird und daß HDW Kiel gestreikt wird und daß Kiel von den „Roten" (!) besetzt sei! Bei dieser Übung wurde besonders die gute Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Kapitalisten deutlich. So hatten Soldaten aus dem Versorgungsbereich im Verlauf der Übung bei der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft anzufragen, wieviele Panzer und Kriegsschiffe die FSG reparieren könne; weiterhin wurden die zivilen Lastwagen auf der FSG in die Übung eingeplant!

Bekannt wurde auch, was die Bundeswehr zur „Sicherung" der Flensburger Betriebe im „Ernstfall" unternehmen will. Insgesamt sind fünf Kompanien (ca. 600 – 700 Soldaten) dafür abgestellt, den reibungslosen Ablauf der Kriegsproduktion in den Flensburger Rüstungsbetrieben zu garantieren.

Davon fallen allein auf die FSG (ca. 1.600 Beschäftigte) mindestens 2 Kompanien.

Zum Schluß noch ein Beispiel für die menschenverachtende Haltung von Bundeswehroffizieren, wie sie diese Pläne auszuführen gedenken. Ein Bundeswehroffizier gab einigen Soldaten konkrete Anweisungen, wie Soldaten konkrete Anweisungen, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn sie auf jemanden schießen. Sie sollten selbstverständlich nicht erst einen Warnschuß abgeben, wie es in der Vorschrift steht, sondern umgekehrt – erst auf den Mann schießen und dann den „Warnschuß". Vor allen Dingen käme es dann darauf an, den Betreffenden auch zu töten, damit er keine lästigen Aussagen mehr machen könnte.

Diese Übung macht einmal mehr deutlich, daß die Bundeswehr bereits jetzt auf Bürgerkriegseinsätze vorbereitet wird. Man muß davon ausgehen, daß die Bundeswehr nicht nur in Flensburg solche Truppen gegen die Arbeiterklasse bereitgestellt hat.

Ein Genosse der Betriebszelle der FSG
KB/ Gruppe Flensburg

Anzeige

Bremen:

Demonstration holländischer Soldaten

Am 8.3.75 wurde in Bremen vom holländischen „Verein wehrpflichtiger Soldaten" (vvdm) eine Demonstration durchgeführt. Etwa 600 - 700 holländische Soldaten aus der Umgebung Bremens und auch aus Bremen selbst, wo sie stationiert sind, versammelten sich zu dieser Demonstration vor dem Hauptbahnhof. Sie wollten mit dieser Demonstration auf ihre soziale Lage in der BRD aufmerksam machen. Im Gegensatz zu ihren holländischen Kollegen, die 100 Tage Ausgang bekommen, bekommen sie nur 65 Tage. Daraus resultiert, daß sie weniger Kontakt zu ihren Familien und Freunden in Holland haben.

KB-Gruppe Bremen



Holländische Soldaten demonstrierten: „100 Tage Urlaub im Jahr"



Verein wehrpflichtiger Soldaten

vereniging van dienstplichtige militairen.

VEREHRTER ZUHÖRER!

HEUTE HABEN SICH HIER EINIGE HUNDERT WEHRPFLICHTIGE ZU EINER DEMONSTRATION VERSAMMELT; HUNDERTE VON ANGEHÖRIGEN DER HOLLÄNDISCHEN ARMEE; UM GEMEINSAM AUF DRINGENDE PROBLEME AUFMERKSAM ZU MACHEN.

WIR WOLLEN UNSERE PROBLEME DEUTLICH MACHEN, INSBESONDERE DIE SOZIALE PROBLEMATIK IM ZUSAMMENHANG MIT DER STATIONIERUNG HOLLÄNDISCHE TRUPPEN IN DER BUNDESREPUBLIK.

DER FEHLENDE SOZIALE KONTAKT MIT DER FAMILIE UND FREUNDEN

DESHALB WOLLEN WIR ÖFTER NACH HAUSEFAHREN KÖNNEN. WIR WOLLEN EBENSO VIELE TAGE ZU HAUSE VERBRINGEN KÖNNEN WIE UNSERE IN HOLLAND STATIONIERTEN, WEHRPFLICHTIGEN FREUNDE.

SIE HABEN PRO JAHR 100 TAGE AUSGANG.
WIR HABEN BISLANG NUR 65 TAGE AUSGANG PRO JAHR.
WIR WOLLEN DESHALB AUCH 100 TAGE AUSGANG PRO JAHR.

DAS FORDERN WIR!
EINE ANGEMESSENE ENTSCHEIDUNG.
ALLERDINGS BLEIBT DIE (ANGEMESSENE) ANTWORT HIERAUF NOCH AUS.

Gewandt & Co. werden reingewaschen – Finanzierung von Politikern ist keine Bestechung!

In die düsteren Zusammenhänge von CDU/CSU, Geheimdiensten und Rüstungsindustrie ist Ende letzten Jahres durch die Gewandt-„Affaire" etwas Licht gebracht worden.

Gewandts gute Beziehungen zu internationalen Größen, Rüstungskonzernen, Militärs (u.a. auch in Chile!) und „einflußreichen" Politikern wurden z.B. von der französischen Triebwerksfirma SNECMA genutzt, um sich Aufträge zu verschaffen, ihr Einflußgebiet zu sichern bzw. zu erweitern. Als Mittelsmann der CDU verschob er im Interesse des Großkapitals riesige Summen zur Putschvorbereitung und -unterstützung (und das nicht nur in Chile).



CDU-Gewandt auf Besuch bei den chilenischen Schlächtern

Bisher nachweisbar sind der CDU und einzelnen Bundestagsabgeordneten etwa 235 000 Mark (zuerst war sogar von 350 000 Mark die Rede!) zugeflossen – „für treue Dienste". Dafür bekam die SNECMA den Auftrag, das deutsch-französische Kampfflugzeug „Alpha Jet" mit ihren Triebwerken auszustatten. Das Geschäft für die Triebwerkfirma wickelte Friedrich Marxen, Rüstungslobbyist aus Vaduz in Lichtenstein, ab.

Marxen läßt sich seit einiger Zeit nicht mehr in der BRD blicken, um sich einer eventuellen Verhaftung zu entziehen.

In einem Brief vom 23.6.72 erbat Gewandt von Marxen mehr Geld, um „einige Freunde durch H zu bedenken". 'H', so Gewandt heute, ist angeblich Horten (der rechtsradikale Kaufhausbesitzer, d.Red.) *„'H', so Gewandt bei der ersten Vernehmung, sei CDU-MdB Haase, der Geld von Gewandt erhalten und sich im Verteidigungsministerium für Marxen verwandt hat"* („Vorwärts", 20.2. 75).

Diese „Freunde", die geschmiert werden sollten zugunsten des geheiligten Profits, sind ein illustrer Kreis von einigen Abgeordneten: *„Wirtschaft: Dr. Luda, Dr. Müller-Herrmann; Haushalt: Haase, Gierenstein; Finanzen und Recht: Kramig, Pohlmann; Arbeit und Soziales: Ruf"* (ebenda).

Nach Aussagen des „Vorwärts" haben mit Sicherheit Haase und Gierenstein Schmiergelder erhalten. Gierenstein *„war Haases Stellvertreter im Haushaltsausschuß und er war volles Mitglied im Verteidigungsausschuß, der über den Kauf der französischen Triebwerke, vertreten von Marxen, zu entscheiden hatte"* („Vorwärts", 20. 2. 75).

Trotz dieser bekannten Tatsachen werden diese Abgeordneten u. a. (wie wir in AK 55 berichteten geht diese „Affäre" ja in der CDU hoch bis zu solchen Vögeln wie Carstens...) nicht etwa von Amt und Würden enthoben und ins Gefängnis gesteckt, denn ***„die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben den Bestechungsverdacht gegen den Hamburger CDU-Abgeordneten Gewandt nicht erhärtet"***
(Hamburger Morgenpost, 20. 2. 75).

Wir haben schon in ARBEITERKAMPF 54 eingeschätzt, daß die „Untersuchung" gegen Gewandt *„die Verbindungen und Verflechtungen zwischen Rüstungsproduzenten, Bundeswehr, Parteien, Geheimdiensten usw. ... nicht grundsätzlich in Frage gestellt (sind). An einer Verfolgung dieser Spur ist a l l e n Parteien nicht gelegen".*

Wir haben recht gehabt. Trotz aller oben aufgeführten Tatsachen, die der „Vorwärts" seinen Lesern auftischt, schlägt das SPD-Zentralorgan einen Purzelbaum zur Verharmlosung der ganzen Sache: *„ ... daß alles mit Bestechung nichts zu tun habe, ... mag auch tatsächlich der Fall sein, geht man von den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung aus (? ? !). Ein bestochener Beamter ist nicht aufzufinden (?), dagegen jedoch wird eine Verfilzung von Geld und Politik* (und das ist keine Korruption? Anm. d. Red.) *an den Tag gebracht, die symptomatisch für die Finanzierung mancher* (warum so bescheiden? d. Red.) *Politiker sein mag. Lobbyisten kaufen sich Einfluß in einer (? !) Partei"* („Vorwärts", 20. 2. 75).

I n h a l t l i c h weist der „Vorwärts" hier genau auf die „Verfilzung" von großem Geld und bürgerlichen Politikern hin, aber Bestechung soll das nicht sein? !

Diese Schützenhilfe durch die SPD ist die „Solidarität aller Demokraten" bei der tagtäglichen Korruption und Vetternwirtschaft, die – siehe CDU-Gewandt – bis hin zur Chile-Putschunterstützung geht. ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB/ Gruppe Hamburg

Zum Artikel „Langzeitprogramm" der SPD

Kritik eines Genossen der Redaktion

Ein Artikel im AK 57 (S. 11/12) setzt sich mit dem „Langzeitprogramm" der SPD und dessen Entwicklung auseinander.

Ich habe den Eindruck, daß in diesem Artikel allzu sehr das Gewicht auf den ökonomischen Aspekt gelegt wird und es von daher zu einer Fehlinterpretation bzw. einer mißverständlichen Interpretation sozialdemokratischer „Reformpolitik" und ihres „Scheiterns" kommt.

Zur Verdeutlichung zunächst noch einmal der Gedankengang des Artikels: Das „Langzeitprogramm" (LZP) habe aufgebaut auf der Annahme eines stetigen Wachstums des Bruttosozialprodukts von 4,5 - 5 % jährlich bis 1985. „ ... **darauf baut das ganze weitere Programm auf". „Die gesamte (? !) Reformpolitik basiert allein (? !) auf der Annahme eines steten Wachstums".** Die „Reformpolitik" der SPD sei aber dann von der *„sprunghaften Entwicklung der kapitalistischen Krise ... überrollt"* worden: sinkende Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts, schließlich gar das Gespenst des „Nullwachstums". *„Die auf dem ökonomischen Rahmen des LZP aufgebaute Latte verschiedener Reformen hatte durch die reale Entwicklung des BRD-Kapitalismus* **ihre ökonomische Basis verloren** *... eine Reform nach der anderen scheiterte ... Der Bankrott der Reformpolitik ist offensichtlich".*

Mir scheint, daß hier zumindest der Eindruck erweckt wird, als sei die „Reformpolitik" der SPD nur oder vor allem d e s h a l b „gescheitert", weil das „wirtschaftliche Wachstum" hinter den Erwartungen zurückblieb, und als hätte die SPD bei einer anders gearteten ökonomischen Entwicklung ihre „Reform"versprechungen womöglich erfüllt.

Dem ist entgegenzuhalten:

1. Es ist unwahrscheinlich, daß die bürgerlichen Ökonomen selbst voll an ihre Wachstumsprognosen geglaubt haben und dann von der realen Entwicklung total aus ihren künsten Träumen gerissen wurden. Vielmehr spielt bei solchen „Prognosen" wohl doch auch das Element der bewußten Irreführung eine Rolle, wobei ich gar nicht bestreiten will, daß die bürgerlichen Ökonomen von Tempo und Ausmaß der Krise auch überrascht wurden.
2. Aus dem Artikel geht selbst hervor, daß zahlreiche „Reformen" „gescheitert" sind, die überhaupt nicht oder nur teilweise mit der ökonomischen Entwicklung verknüpft sind, wie etwa die „Mitbestimmung", der § 218, die Berufsbildungsreform, die Schulreform und andere.

Schon deshalb ist es falsch, das „Scheitern" der „Reformpolitik" wesentlich als eine ökonomische Frage zu behandeln, statt darin vor allem eine p o l i t i s c h e Frage zu sehen. Im Grunde legt schon der Begriff des „Scheiterns" oder „Bankrotts" der „Reformpolitik" den (vom Verfasser gewiß nicht gewollten) Eindruck nahe, als hätte es die SPD mit ihren großen „Reform"versprechungen jemals ehrlich gemeint und sei jetzt bloß am Zwang der ökonomischen Verhältnisse „gescheitert" – ein Eindruck, den die SPD selbst zu erwecken versucht, wenn sie vom „enger anzusetzenden finanziellen Spielraum für Reformen" o. ä. spricht.

Man wird leicht erkennen können, daß die SPD als eine ehrliche „reformistische" (bzw. reformerische) „bürgerliche Arbeiterpartei" (w e n n sie das wäre) sich zwar auch dem Zwang der ökonomischen Verhältnisse (Krisenentwicklung) unterwerfen müßte (falls sie nicht die Ausgabenentscheidung für Rüstung, Polizeiapparat u.ä. in Frage stellen will) – daß sie aber dann doch wohl umso mehr darum kämpfen würde, wenigstens die „Reformen, die nichts kosten" (§ 218, „Mitbestimmung" u.ä.) durchzusetzen. Daß sie das eben a u c h nicht tut, zeigt, daß die SPD noch nicht einmal eine bescheidene reformerische Partei ist.

Das „Scheitern" der SPD-„Reformpolitik" darf man wohl nicht aus enttäuschten Wachstumserwartungen erklären, sondern daraus, daß die ganze „Reformpolitik" v o n v o r n h e r e i n (und relativ, wenn auch nicht völlig, unabhängig von der ökonomischen Entwicklung) auf ein großes Täuschungsmanöver angelegt war, in dessen „Windschatten" ein Ausbau des staatlichen Repressiv- und Kriegsapparats in bisher ungekanntem Ausmaß vollzogen wurde.

Die ökonomische Entwicklung hat zwar einen gewissen (zweitrangigen) Einfluß auf den Spielraum dieser Täuschungsmanöver. In erster Linie dient sie aber als eine bloß demagogische Rechtfertigung für den Bruch von „Reform"versprechungen, die die SPD s o w i e s o nicht eingehalten hätte. Sie dient darüber hinaus zur Schaffung eines politisch-ideologischen Klimas der Demoralisierung und Einschüchterung der Arbeiterklasse (Angst um den Arbeitsplatz usw. usf.), in dem es kaum noch Widerstand hervorruft, wenn die SPD auch alle anderen „Reform"versprechungen „scheitern" läßt, für die es offensichtlich nicht die geringste ökonomische „Entschuldigung" gibt.

Abschließend zu einer anderen mißverständlichen Formulierung in dem Artikel. Es heißt dort gleich zu Anfang: nachdem die Zeit seit dem Rücktritt Brandts *„wesentlich gekennzeichnet"* war durch die *„Politik der ‚Macher'"* (wie Schmidt), *„scheint jetzt wieder die Zeit der verstärkten theoretischen Auseinandersetzungen in der SPD zu beginnen".* Dazu: 1. wird m. E. die Politik der SPD nach wie vor und in der Krise mehr denn je von den „Machern" gekennzeichnet bleiben; 2. kann man von theoretischen Auseinandersetzungen (o h n e Anführungszeichen) in der SPD wohl weniger denn je sprechen. Der jüngste Juso-Kongreß hat klar gezeigt, daß man hier nur von einer armseligen pseudo-„theoretischen" Bemäntelung der „Hinaussäuberung" der reformistischen Linken („Stamokap") reden kann, die in Wahrheit auf nackter, gänzlich un„theoretischer" Epressung basiert. Auch den „Orientierungsrahmen" 75-85 (OR' 85) muß man als pseudo-„theoretischen" Versuch ansehen (ganz ohne „Auseinandersetzung" in Grundfragen), dem Bruch der „Reform"versprechungen ein dürftiges Mäntelchen zu schneidern. ●

Ein Genosse
der AK-Redaktion

CSU-Schulungszentrum als Koordinationsstelle der Reaktion

Am 3.3.75 meldete der „Spiegel", daß die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth am Tegernsee ein Schulungszentrum gepachtet hat.

Voraussichtlicher Chef dieses Schulungszentrums der Reaktion und Vorsitzender eines Beirats für die außenpolitischen Fragen (in dem außerdem Alfons Delma, ehemals „Bayernkurier"-Schreiberling, „Kopf-ab"-Jäger, ehemaliger Justizminister, und F.J. Strauß persönlich Mitglied sind) ist Otto von Habsburg, der von hier aus „Kontakte mit allen bedeutenden Hauptstädten" knüpfen will.

Otto von Habsburg ist in reaktionären Kreisen beileibe kein Unbekannter. Als Vorsitzender der „Internationalen Paneuropa-Union" und eines „abendländisch orientierten" (? !) „Europäischen Dokumentationszentrums" mit Sitz in Madrid (!!) sorgt er sich schon heute um die Ausrichtung der Reaktion im europäischen Maßstab. Assoziiertes Mitglied dieser Paneuropa-Union in der BRD ist die „Stiftung für europäische Publizistik e.V.", deren Hauptaufgabe darin besteht, Spenden der Industrie zu sammeln (diese Spenden können von der Steuer abgesetzt werden!) und eine reaktionäre Kaderarbeit im Jugendbereich zu betreiben. So vermittelt diese Stiftung Referenten an die „Schülerunion" der CDU/CSU und versucht u.a. mit dem kostenlosen Versand des Hetzblattes „Zeitbühne" eine „Tendenzwende" innerhalb der Schülerschaft in Gang zu setzen. (nach einem Rundschreiben der „Stiftung").

In diesem Blatt lassen sich so bewährte Reaktionäre wie Wilfried Martini („Die Kapp-Legende und das ahnungslose Fernsehen"), Bruno Bandulet, der das „Nicht Handeln" der europäischen Imperialisten angesichts der „Bedrohung" durch die arabischen Staaten beklagt (*„Es gibt zwei Wege, um an das lebenswichtige Öl zu kommen: kaufen oder h o l e n* "), und vor allem der selbst vom Verfassungsschutz als rechtsradikal eingestufte William S. Schlamm aus. („Zeitbühne" vom März 75).

Mit Schlamm verbinden Otto von Habsburg nicht nur gemeinsame Veröffentlichungen in der „Zeitbühne" und die Mitgliedschaft in der Paneuropa-Union. Schon in der Hetzkampagne gegen die sozialliberale Koalition im Bundestagswahlkampf 1972, als die „Zeitbühne" noch von Schlamm allein herausgegeben wurde und gerade die NPD-nahe Postille „Report" übernahm, schrieben die beiden Texte für eine „Gesellschaft für konstruktive Politik", die für die Wahlanzeigen „Lieber Rainer Barzel als reiner Korn-Brandt" verantwortlich zeichnete.

Heute planen diese sauberen Herren für den Wahlkampf 1976. Mit einem Spendenaufruf an die Industrie versuchen sie, das Geld für eine „Aktion 80.000 Erstwähler" (geschätzte Kosten: 920.000,- - DM) zusammenzubekommen. Einen potenten Geldgeber hat die „Zeitbühne" dabei schon in ihrem Präsdium sitzen: Dietrich Bahner, Inhaber der Hako- und Leiser-Schuhfabriken und Vorsitzender der Deutschen Union (vgl. AK Nr. 55).

Dieser Bahner war am 9.11.71 Gastgeber eines Geheimtreffens, auf dem Zoglmann (erst FDP, dann NLA) von Strauß zur Gründung der Deutschen Union (DU) ermuntert wurde. Mit von der Partie damals war Kurt Meyer, heute Vorsitzender der DSU, die gerade ihre Kandidatur zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zugunsten der CDU zurückgezogen hat.

Mit der Gründung der Schulungsstätte am Tegernsee haben sich Strauß und seine Gesinnungsfreunde ein Instrument geschaffen, mit dem das Vorgehen der äußersten Rechten noch besser als bisher koordiniert werden soll. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg

Frankfurt
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19.00 Uhr

Hamburg
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover
Buchladen Ernst Thälmann
3 Hannover
Grotestr. 13

Hildesheim
Postlagerkarte 019 075

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomsiusstr. 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

und weitere Vertriebsgruppen:

Bremen:

Faschistischer Anschlag auf KBW-Büro

In der Nacht zum 19.3. wurde ein faschistischer Bombenanschlag auf die KBW-Literaturvertriebsstelle im Fedelhören verübt. Um 23.22 Uhr explodierte die Bombe, vermutlich in einer Plastiktasche an der Türklinke der Eingangstür angehängt und zerfetzte die Tür völlig, warf die Regale um, riß den Putz von Decken und Wänden und zerstörte im Umkreis von 50 Metern die Glasscheiben, manche noch im vierten Stock.

Die „Bremer-Nachrichten" vom 20. März zitieren einen Genossen des KBW: *„Ein Glück, daß der Anschlag nicht heute abend erfolgte, an jedem späten Mittwochabend wird nämlich unsere Wochenzeitung geliefert und Mitglieder halten sich dann in diesem Raum auf."*

Ganz eindeutig haben die Attentäter also auch in Kauf genommen, daß hier Menschen mit hochgehen.

Bezeichnend ist nun, wie **dieser Anschlag** auf ein kommunistisches Büro von der bürgerlichen Presse und von der untersuchenden Polizei behandelt wird. Der Anschlag wird bewußt heruntergespielt, über die Motive „tappe man im Dunkeln", der stellvertretende Polizeipräsident Gaus kann sich die Erklärung nicht verkneifen, daß rechtsradikale Gruppen in Bremen „unbekannt" seien! Nur am Tage nach dem Anschlag berichteten Bremen's Zeitungen groß hierüber, danach kam nichts mehr. In den überregionalen Zeitungen wurde der Anschlag nur in Form kleiner Nachrichten-Notizen behandelt.

Man vergleiche diese Behandlungsweise einmal mit der Berichterstattung über den angeblichen Anschlag auf CDU-Leisler-Kiep und das Loch in seiner Sauna-Tür, über die Explosion im Bundesverfassungsgericht usw., die sofort als Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit eingeschätzt wurden – und in deren Gefolge die Hetzjagd gegen Linke und Anarchisten verstärkt wurde und Reaktionäre aller Schattierungen sofort nach Maßnahmen gegen die linken „Staatsfeinde" riefen.

Ebenso verhält es sich mit dem Eingreifen der Polizei: hier wurde nicht etwa ein Krisenstab gebildet, ein Sonderkommando etc.eingesetzt.

ein Sonderkommando etc.eingesetzt.

Bemerkenswert ist, daß der erste Streifenwagen von acht Streifen- und Rettungswagen und vier Wagen der Kripo schon nach 90 Sekunden am Tatort war. Die Bullen aber keine Spuren sichern konnten, da, wie sie frecherweise behaupteten, die Anwohner gleich die Glasscherben weggefegt hätten, und damit eventuell wichtige Spuren beseitigt hätten.

Ist es schon merkwürdig, daß die so schnell eingetroffenen Bullen den Platz nicht zur Spurensicherung absperrten, so wird aus einem Leserbrief der Anwohner ersichtlich, daß Feuerwehr und Polizei die Spurenbeseitigung durchführten:

Fegen im Dunkeln

Zum Thema „Bombenanschlag auf den KBW-Laden":

Als Nachbarn der bombengeschädigten Literaturvertriebsstelle des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) im Fedelhören waren wir sofort nach der Explosion Augenzeugen des weiteren Geschehens. Um ein verzerrtes Bild und eine übereilte Meinungsbildung bei der Bevölkerung zu korrigieren, halten wir folgende Ergänzungen und Richtigstellungen Ihrer Berichterstattung für dringend erforderlich:

Während wir Anlieger noch nichtswissend und unter dem Schock der Detonation vor die Tür traten, trafen bereits die ersten Streifenwagen ein und riegelten die Straße in dienstlicher Routine ab. Wir Anwohner stellten zunächst erste Spekulationen über den möglichen Hergang an und überlegten, wie man die bis auf wenige Ausnahmen nicht hier wohnenden Ladeninhaber benachrichtigen könnte. An Fegen dachte wohl noch keiner von uns. Erst als die Mannschaften zweier schnell angerückter Feuerwehrlöschzüge die Glasscherben eifrig in die Gosse und Gullys fegten, folgten die anwesenden Geschädigten unter ermutigender Hilfe der Polizei zögernd diesem Beispiel. Ihre Schlagzeile „Polizei tappt im dunkeln" könnte also bezeichnenderweise heißen „Polizei fegte im Dunkeln"!

Endlich, nach mehr als 45 Minuten emsigen Spurenbeseitigens, wurde die Aktivität von der Polizei plötzlich gestoppt. Kein Wunder, daß die Ermittlungen am nächsten Morgen mit Hilfe eines Leiterwagens der Feuerwehr in den Dachrinnen aufgenommen werden mußten: Auf dem Erdboden waren die Spuren durch die offensichtlichen Fehler im Vorgehen der Einsatzleitung (gab es eine?) weitestgehend beseitigt.

Ruth Sommer, Kurt Sommer, Bremen

(Leserbrief) aus: „Weser-Kurier"

vom 22./23. März



Das KBW-Vertriebsbüro in Bremen nach dem Anschlag

Dieser Anschlag ist mittlerweile die dritte faschistische Provokation in den letzten vier Monaten:

1. Bereits im Januar ist auf das KBW-Büro in Gröpelingen ein Pistolenschuß abgegeben worden.

schuß abgegeben worden.

2. Ebenfalls im Januar wurde ein Mordanschlag auf den kommunistischen Betriebsrat des Bremer Vulkans Heinz Scholz verübt (wir berichteten im AK 57 darüber).
3. Am 7. Dezember explodierte in einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs eine Bombe. Fünf Menschen wurden verletzt.

Die verschärfte antikommunistische Hetz- und Diffamierungskampagne, die Angriffe auf Verkäufer kommunistischer Zeitungen durch den Staatsapparat in der Sögestraße, die verschärfte Anwendung reaktionärer Gesetze in allen gesellschaftlichen Bereichen, haben das Klima geschaffen, in dem reaktionäre und faschistische Organisationen wieder an Boden gewinnen und ihre Provokationen starten.

In Bremen haben diese Faschisten ganz offensichtlich Oberwasser bekommen und trauen sich immer weiter aus ihren Schlupfwinkeln hervor. Sie können sich dabei bisher auch relativ ungestört bewegen, denn diejenigen, die ihnen Paroli bieten müssen, die Kommunisten und demokratischen Organisationen haben es bisher

die Kommunisten und demokratischen Organisationen haben es bisher

unterlassen, den faschistischen Provokateuren entgegenzutreten. Gerade der KBW, der diesmal von den Faschisten mit mörderischer Gewalt angegriffen wurde, leugnet bekanntlich jegliche faschistische Gefahr und verharmlost das Treiben der faschistischen Organisationen. In einem Solidaritätsschreiben an den KBW schrieben wir darum:

„Wir unterstützen alle Versuche, die Verbrecher, die für diesen Sprengstoffanschlag verantwortlich sind, zu entlarven. Wir fordern aber auch auf, in Zukunft entschlossener und gemeinsam allen Angriffen auf unsere demokratischen Rechte entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß sich faschistische Provokateure in Bremen nicht ungehindert breit machen können." (Schreiben vom 20.3.). ●

KOMMUNISTISCHER BUND, Gruppe Bremen



Ich erinnere mich

Zum Film „Der Nachportier"

Extra-Blatt

DER NACHTPORTIER

Internationale Pressestimmen über das Kinoereignis des Jahres 1975 · Besucherrekorde in New York, Paris, Rom, Zürich, London

Start: ab 21.2.1975 **Liliana Cavani's**

DER NACHTPORTIER (THE NIGHT PORTER)

mit Dirk Bogarde · Charlotte Rampling

im Verleih der TOBIS Filmkunst

„Der Nachtportier", die Darstellung der Schändlichkeit. — New York Times

✗ **Jungfrauen werden in Ohnmacht fallen!** — Daily Express

Der Film ist exquisit gemacht. Die Sex-Szenen sind grausam schockierend. — Catholic Film Newsletter

Liliana Cavani's „Der Nachtportier" wird wahrscheinlich zum dekadentesten Film des Jahres gewählt. Zuerst verdammt und verboten, dann als Meisterwerk bezeichnet. — National Council of Churches

✗ Wenn Sie sich nicht ansehen, was Rampling und Bogarde im „Nachtportier" treiben, sind Sie nicht bei klarem Verstand. — New Times Magazine

„Der Nachtportier", eine sexuelle Vision des Jüngsten Gerichts. — The New Yorker

Ein überwältigendes Filmwerk. Eine aufregende Mischung zwischen Spannung, Sex und Überraschungseffekten – fesselnd und eindringlich. — Women's Wear Daily

„Der Nachtportier" bietet Sex, Gewalt, Sado-Masochismus, Verderbtheit und Häßlichkeit, ein schockierender und verwirrender Film, der ungewöhnlich starke Reaktionen bei dem Betrachter hervorruft. — New York Daily News

Ein Schocker, den Sie nie vergessen werden! — Daily Mail, London

Ein sadistischer Sexual-Thriller. — News of the World

In Ihrem Kino

Der Film spielt in Wien im Jahre 1957

DER NACHTPORTIER

Im Artikel „Was ist am Faschismus so sexy" (AK 57) beschreiben die Göttinger Genossen die Gefahr einer Lawine von Filmen, die uns den Faschismus so recht „menschlich" darstellen wollen. Der „Nachtportier" von Regisseurin Cavani ist einer von ihnen.

Inhalt: 1957 in Wien trifft die Jüdin Lucia, ehemalige KZ-Insassin, ihren KZ-Schinder und „Liebhaber" Max (SS-Sturmbannführer) wieder.

Sie versucht, die gleiche perverse Situation zwischen ihnen wieder her-

Unverhüllter Rassismus

Am 12.3. machte die „Welt" in einem halbseitigen Artikel einen neuen Vorstoß, von der *„scheinheiligen Gleichmacherei"* zwischen den Völkerrassen wegzukommen, um endlich wieder eine *„Versachlichung der Diskussion"* zu erreichen. Unter dem Photo eines Schwarzen lautet die Bildunterschrift: *„Andere Haare, andere Gesichtszüge, andere Haut – die anatomischen Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß sind für jeden erkennbar. Doch wer an der Gleichheit der Gehirne zweifelt, gilt als Rassist. Er hat ein Tabu verletzt."* Und weiter schreibt das Springer-Blatt: *„Es gibt keinen schwarzen Konfuzius, Kant, Einstein. In seiner jahrtausendealten Geschichte hat Schwarz-Afrika keine Leistungen hervorgebracht, die den verfallenden oder noch blühenden Kulturen Asiens, Europas oder Amerikas vergleichbar wären. Warum nicht, wenn die gleichen Intelligenz-Voraussetzungen gegeben sind?"*

Wie intelligent die Schwarzen Afrikas jedoch sind, bekommen die Rassisten heute schon scharf zu spüren: Die heutige Hauptaufgabe für die Völker Afrikas ist die vollständige Befreiung von Neokolonialismus und Imperialismus. Und dabei entwickeln sie wie z. B. in Mocambique große Fähigkeiten.

Die „Welt" läßt dann Hans Germani (weltberüchtigter Rassist und Faschist, Afrika-„Spezialist" für die europäische faschistische Presse – in der BRD hauptsächlich der Springer-Presse – inniger Busenfreund von „Kongo-Müller" und anderen Schlächtern der afrikanischen Völker) Stellung nehmen. Dieser stellt fest, daß man sich unter den Weißen in Afrika klar sei über die Intelligenz-Unterschiede zwischen Weiß und Schwarz; daß nur leider in Europa man mit solchen Äußerungen noch vorsichtig sein müsse. Er behauptet dann, daß die schwarze Rasse nur schwer selbständig denken könne und daß das Denken der Schwarzen von magischen Zaubervorstellungen beeinflußt sei. Dies ist wohl sicherlich leider noch zum Teil der Fall. Jedoch gibt es das bei uns im „zivilisierten Europa" auch noch. Man braucht nicht lange zu suchen – die nächste Zeitung mit dem Horoskop und die nächste Kirche mit ihrem Zauberbrimborium sind nicht weit. Weiter behauptet er, daß der Mangel an Initiative ein weiteres Merkmal für die schwarze Rasse sei. Viele europäische Techniker könnten dies bestätigen. Die Afrikaner seien hingegen dort erfolgreich, wo sie möglichst regelmäßig gleiche Vorgänge wiederholen könnten, etwa am Fließband. Hier seien sie den Weißen turmhoch überlegen.

Scheinheiligt schließt Germani: *„Nun wäre es falsch, die Afrikaner minderer Intelligenz zu beschuldigen. Sie ist nur andersartig. Bei der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der Welt wird es jedoch von wachsender Bedeutung sein, den grundlegenden Unterschied zwischen Weiß und Schwarz sachlich zu erkennen"* – was doch wohl heißen soll, den Schwarzen eine Rolle zuzuweisen, wo sie nicht selbständig zu denken brauchen, und stattdessen ihre angebliche Fähigkeit zu stumpfsinniger Arbeit voll zur Geltung bringen können?

Man vergleiche dies mit folgenden Behauptungen: *„Die Erfahrung lehrt, daß es unerläßliche Vorbedingung für jede qualifizierte Arbeit eines Schwarzen ist, nicht mehr sein zu müssen als ein in das feste Getriebe einer von weißen Kräften geleiteten Organisation eingesetztes Rad..."* Die Bevölkerung Afrikas *„wird wegen ihrer Rassenveranlagung (!) auch zukünftig nicht auf eine solche Kulturstufe gelangen, daß sie an Schöpferkraft, an eigener Organisations- und Produktionsfähigkeit den weißen Völkern gleichkäme – aber von Weißen geleitet, wird sie eine gewaltige Arbeits- und Konsumkraft dar-*

➡

gern an's KZ ...
von Lilian Cavani

zustellen, in der sie sich damals im KZ befanden.

Der Film erscheint im Tobis-Verleih des früheren Schnulzen-Sängers Gerhard Wendland, der genau wie bei dem „Selbstjustiz"-Film „Ein Mann sieht rot" (auch im Tobis-Verleih), reichlich Werbe-Extra-Blätter verteilen ließ, um schon vor Erscheinen dem Film die nötige Durchschlagskraft zu geben.

Dort heißt es u. a.:

- *Jungfrauen werden in Ohnmacht fallen;*
- *Eine sexuelle Vision des jüngsten Gerichts;*
- *Wenn Sie sich nicht ansehen, was Rampling* (Lucia) *und Bogarde* (Max) *im „Nachtportier" treiben, sind Sie nicht bei klarem Verstand.*

Der letztere scheint der Regisseurin abhanden gekommen zu sein.

Sie will zu diesem Film durch „*intime Berichte jüdischer Frauen über ihre erotischen Affairen mit deutschen KZ-Offizieren inspiriert*" („Spiegel" 8/75) worden sein. Für sie ist der Nationalsozialismus „*ein für Frauen sehr aufschlußreiches, alptraumhaftes Abenteuer*" gewesen („Spiegel"). In der ZDF-Sendung „Apropos Film" glaubte sie dann, „*daß wir alle in uns eine gewisse Portion an Sadismus und Masochismus haben, und damit auch einen gewissen Teil National-Sozialismus*".

Ganz besonders scheint die Cavani es auf die Frauen abgesehen zu haben. Sie nennt selber ihren Streifen einen „**subversiven Frauenfilm**"!!

Lucia ist die Tochter eines Sozialisten (!). Sie ist lediglich triebhafte Hure, treibt es im KZ und später in der Nachahmung besessen von einer Art „inneren Zwang" mit SS-Obersturmbannführer Max, der natürlich versucht hat, ein „ordentliches" Leben zu führen und in seiner ganzen (männlichen) Vielfältigkeit dargestellt wird. So ist auch s i e es, die ihn auffordert, die Perversitäten aus dem KZ wieder aufzunehmen; er wehrt sich anfangs mit allen Kräften „ ... *Ich will nicht, ich kann nicht, was soll ich nur tun, ich will gehen ...*"



SS-Mörder Max darf einer Nazi-Mieze erzählen „*Ich hab sie wiedergefunden, mein kleines Mädchen. Erika ich hab sie wiedergefunden, ich hab sie wieder, stell dir vor! Und kein anderer wird ihr je etwas tun. Ich liebe sie, sie war mein kleines Mädchen, sie war so jung, sie ist genauso wie damals.*

Und ich dachte, sie wäre tot!" Daraufhin Nazi-Erika: „*Was für eine romantische Geschichte!*"

Die so ziemlich perverseste Szene dürfte wohl die Darstellung einer „SS-Orgie" mit Frauen und Mädchen aus dem KZ sein. Lucia bietet mit Inbrunst einige „Songs" dar. Sie singt: „*Wenn ich mir was wünschen dürfte, käm ich in Verlegenheit, was ich mir dann wünschen sollte, eine schlimme oder gute Zeit. Wenn ich mir was wünschen dürfte, möcht ich etwas glücklich sein, denn wenn ich gar zu glücklich wäre, hätt' ich Heimweh nach dem Traurigsein.*"

Sie spricht hiermit sicherlich Millionen von KZ-Häftlingen aus dem Herzen! Nur noch mal zur Erinnerung: Nur jeder Fünfte überlebte die KZ-Hölle, ca. 7 Millionen wurden auf vielfältige Weise umgebracht.

Es ist kaum zu fassen, jedoch auch eine bekannte Womens-Liberation-Journalistin (Molly Haskell) verteidigt die Cavani: Der Film sei „*entschieden feminin*" und „*eine Hymne auf erotische Ekstase, Zärtlichkeit und Selbstlosigkeit*" („Spiegel").

Proteste

Das Präsidium der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten" sieht in dem Film „***das Andenken der in Hitlers KZs Umgekommenen und ihrer Kampf- und Lebensgefährten beschmutzt***". „*Die Öffentlichkeit ist deshalb aufgerufen, überall dort, wo der ‚Nachtportier' zur Aufführung kommt, dieser mit allen gebotenen demokratischen Mitteln entgegenzutreten*".

Nach Meldungen aus Italien und Frankreich ist es dort gelungen, den Film abzusetzen.

In einigen Städten mußte der Film nach wenigen Tagen abgesetzt werden, weil Antifaschisten tagtäglich das Kino stürmten, in französischen Städten wurden mehrere Aufführungen verhindert. ●

Genossin der Betriebszellen-Zeitung Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

„Vergangenheitsbewältigung" nach Art der Bourgeoisie

Des öfteren haben wir im ARBEITERKAMPF enthüllt, daß das Leben von Faschisten, im besonderen von Alt-Nazis, in der BRD kein schlechtes ist.

Gerade in den letzten Jahren werden immer mehr Stimmen für die Rehabilitierung von Nazis wieder laut; erinnert sei nur an die „Freiheit für Hess"-Kampagnen. Vor allem die Springerpresse verherrlicht in einer Reihe von Artikel den Faschismus, der Millionen von Arbeitern, Frauen und Kindern das Leben kostete.

So wird in der großbürgerlichen Springer-Zeitung „Die Welt" vom 19. 3. 75 den Lesern auf sehr „menschliche" Art und Weise der Alt-Faschist Albert Speer vorgestellt, der an dem Tag seinen 70. Geburtstag feiern konnte.

Die Vergangenheit dieses Alt-Nazis ist sehr „bewegend".

Aus gutbürgerlichem Hause stammend und von Beruf Architekt, trat er schon sehr früh der NSDAP bei.

Für die Übertragung der faschistischen Ideologie vom „Blut und Boden" auf die Architektur bekam Speer die Aufträge für Monumentalbauten von der NSDAP.

So baute der Faschist Speer 1932 das Gau-Verwaltungsgebäude in Berlin um.

Für die faschistischen 1. Mai-Feiern, dem „Tag der nationalen Arbeit", fertigte er Dekorationen und Zeichnungen an.

Auch die Dienstwohnung von Goebbels war eines seiner bombastischen „Werke".

Seine eigentliche faschistische Karriere machte der Faschist Speer 1942, als er zum Rüstungsminister von Hitler ernannt wurde.

Zu seinen „Verdiensten" gehören unter anderem eine völlige Umstruktuierung der Rüstungsproduktion.

Das Ergebnis war eine Rüstungsorganisation von Zehntausenden Mitarbeitern und Hilfskräften und ein Ministerium mit 218 Beamten. Noch im Jahre 1944 wurden unter Speer

425 % mehr [illegible]zer
486 % mehr [illegible]schütze
520 % mehr Munition
703 % mehr Jagdflugzeuge
1291 % mehr Flugzeugabwehrkanonen
703 % mehr Jagdflugzeuge
1291 % mehr Flugzeugabwehrkanonen

als 1941 gebau[t].

Zu der Zeit hatte der Faschist Speer eine Reihe von Freunden und Mithelfern, deren Namen uns heute noch sehr bekannt sind:

Willy H. Schlieker dirigierte bei Speer die Eisen- und Stahlzuteilung an die Unternehmen. Nach dem Sieg über den Faschismus beteiligte sich Schlieker aktiv am „Wiederaufbau" der kapitalistischen Wirtschaft. Er zimmerte sich einen Werftkonzern, der nach wilden Kapitalspekulationen schließlich pleite ging.

Alt-Nazi Schlieker brachte das ein Leben in der Schweiz ein, Hunderten von Werftkollegen aber den Verlust des Arbeitsplatzes.

Otto A. Friedrich organisierte unter Speer die Kautschukverteilung. Auch er erlangte nach 1945 Ruhm und Würde und stellte seine Politik wieder in den Dienst der Kapitalisten. Als Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und Flick;Manager ist er an der direkten Verwaltung der Kapital-Interessen beteiligt.

Hans Günther Sohl war in der NS-Zeit unter Speer für Motoren zuständig. Heute ist er Generaldirektor bei Thyssen, auch heute wieder einer der größten Rüstungsbetriebe.

Josef Neckermann, heute „Versandhauskönig", hat ebenso seinen Dreck am Stecken. Er war für Uniformen-Beschaffung zuständig.

Diese Freunde sind dem Faschisten Speer auch heute noch treu geblieben. Nach Absitzen einer Haftstrafe (eher Sanatoriumszeit im beengten Rahmen), ließ 1966 sein Freund Ernst Mommsen ihn mit dem Dienst-Mercedes aus der Haftanstalt Spandau abholen.

Faschist Speer — ein „ganz menschlicher" Faschist ?

Wie wird jetzt dieser Faschist Speer — wo sich so mancher Kollege fragt, der den Faschismus am eigenen Leib erlebt hat, warum solche Leute heute immer noch ihr Unwesen treiben, und es sicher bedauert, daß Speer bei den Nürnberger Prozessen so gut davon gekommen ist — wie wird dieser Faschist in der „Welt" dargestellt?

Er wird sehr „menschlich" dargestellt: Ein gemütlicher älterer Herr und Nichtraucher, „*der gern ein Glas Rotwein trinkt*" (so die „Welt" vom 19.3.75) und täglich mit seinem Bernhardiner zwei Stunden im Wald spazieren geht. Auch ist Faschist Speer sehr bescheiden: „*Mittagessen gibt es in der Küche, denn unsere Haushälterin ist schon 72*" (eine Schande, eine Frau in diesem Alter noch Hausarbeit machen zu lassen!) Vor allem ist Speer aber „arbeitsam". Ein arbeitsamer Pensionär, „*ein Pensionär ohne Pension*" (so „Welt"). Soll dahinter etwa noch die Forderung stehen, daß für Speer eine Pension aus Steuergeldern der Arbeiterklasse angepeilt wird? !

Politik ist nicht die einzige Schreibtischarbeit von Speer.

Faschist Speer schreibt Bücher, „Erinnerungen" (ein Buch, das 1969 erschien und inzwischen eine Gesamtauflage von 1,5 Mio. erreicht hat).

Das Schreiben von Büchern dient ihm selbst zur „Vergangenheitsbewältigung", als eine Art von „Psychotherapie", laut eigener Aussage.

Als ein „**unvergleichliches historisches Zeugnis, ein absolutes unbezahlbares Dokument**" wird sein Buch angepriesen. Mit Bücherschreiben verrisches Zeugnis, ein absolutes unbezahlbares Dokument" wird sein Buch angepriesen. Mit Bücherschreiben verdient dieser Faschist nicht nur reichlich Geld, sondern propagiert die faschistische Ideologie ungeschoren. Die „Welt" als großbürgerliche Zeitung ist ihm natürlich noch behilflich. „*In den letzten vier Jahren hat Albert Speer sein zweites Werk(?) fertiggestellt. Es wird in wenigen Monaten erscheinen. Im Sommer beginnt „Die Welt" mit dem Vordruck aus Albert Speers Spandauer Tagebuch*" („Welt" vom 19.3.75).



„TECHNOKRAT JENSEITS DES BÖSEN" betitelte „Die Welt" dieses „menschliche" Foto des Kriegsverbrechers Speer. Was für Hitler sein Schäferhund war, ist für Speer sein Bernhardiner „Lola". „Die Welt" erwähnt dazu, daß ein Foto des Hundes „vor ein paar Jahren" in der „New York Times" erschienen sei und seither alle Amerikaner, die Speer besuchen, nach „Lola" fragen. Zum Kotzen „menschlich" das alles!

„Vergangenheitsbewältigung"?

„Vergangenheitsbewältigung" ist ein Begriff, den die Arbeiterklasse nicht nötig hat. Sie hat doch die Leiden des Faschismus und des Krieges am grausamsten und krassesten am eigenen Leibe verspürt. Für uns kann das nur heißen, aus den Fehlern zu lernen, nämlich immer und allzeit wachsam zu sein, den Versprechungen der bürgerlichen Parteien nicht Glauben zu schenken, sondern auf die eigenen Kräfte vertrauen. Heute hier und immer den Kampf gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu führen, sind unsere Lehren aus der Vergangenheit. ●

BO Altona
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief zur NPD

„Wir müssen unser Schiff manövrierfähig halten, denn eines Tages werden alle Wähler zu uns kommen, die bisher den Unionsparteien ihre Stimme gaben". Eines Tages, so hofft der bayrische NPD-Faschistenchef Bachmann, der obiges Zitat auf dem Bezirksparteitag der NPD für Mittelfranken äußerte, werde die faschistische Partei auch große Teile des Klein- und Großbürgertums, die jetzt noch CDU/CSU wählen, gewinnen. Inwieweit jedoch nicht auch die CSU (die geeigneten Männer hat sie doch!) die Rolle spielen soll, die früher die NSDAP getragen hat, wäre zu diskutieren. Ob sich neben der CSU, in der sich auch momentan eine erhebliche „Rechtsentwicklung" abspielt, noch eine rechtsradikale Partei für einen faschistischen Putsch bereithalten muß, ist zwar anzuzweifeln — darf aber nicht die Aufmerksamkeit von offen faschistischen Organisationen, wie z.B. der NPD oder auch der paramilitärischen Hoffmanngruppe ablenken, die in Nürnberg, von der Polizei geduldet, offen militärische Provokationen startet, Hakenkreuzabzeichen verteilt und eine „Wehrsportgruppe" propagiert.

Doch die Gefährlichkeit der NPD zeigt sich verschärft darin, daß diese Henker einen „Permanenten Wahlkampf" propagieren. Die Faschisten wollen also offensichtlich in die Offensive gehen; sehen sie sich doch wohl mit Recht in ihrer Politik bestätigt, wenn NPD-Obermaker Bachman feststellte, daß „**Franz Josef Strauß sich während der Wahl unserer Parolen bediente und damit die Richtigkeit unserer Politik bestätigt**".

Die „Unabhängigkeitsbestrebungen" der NPD, von einer Unterstützungsorganisation der Straußkreise zu einer eigenständigen faschistischen Massenbewegung, drückte Bachmann in der Warnung aus, daß „sich die NPD nicht als Wurmfortsatz der CDU/CSU verstehen darf". Alle Klarheit weckt er, indem er Paralelen zu einer Vorläuferorganisation der NPD aufzeigt, deren Politik tausende Genossen und Millionen Arbeiter vieler Länder das Leben kostete.

„Die NPD ist kein Platz für Schwächlinge, Feiglinge und Egozentriker, sondern eine politische Kampforganisation!"

Daß die Faschisten und ihre verschiedenen Organisationen immer mehr und unverschämt offen ihre Bindung an alte faschistische Traditionen rausputzen können, ist ein ernstes Signal für jeden Demokraten und Antifaschisten. Wir müssen hier jegliche Meinung bekämpfen, die vielfach auch im „fortschrittlichen" Lager vertreten, Toleranz gegenüber Faschisten fordert. Die Frage, die wir uns stellen müssen, darf nicht nicht heißen, „Wo treffe ich Faschisten, damit ich diskutieren kann?' sondern sie muß heißen: „Lebt der Faschist noch bzw. auf welcher Station liegt er denn? " ●

AK-Leser aus Frauenaurach (bei Nürnberg)

Frankreich

Faschistischer Anschlag auf das zentrale Büro von 'Revolution'

Am 5. März wurde das zentrale Büro der französischen kommunistischen Organisation 'Révolution!' durch ein faschistisches Kommando verwüstet. Ein großer Teil des Materials (Schreibmaschinen, Möbel usw.) wurde angezündet; ein Genosse der Nationalen Leitung von 'Révolution', Henri Maler, wurde von den Faschisten geschlagen und verletzt.

Die Faschisten traten unter dem Namen GIN auf — Gruppe für nationalistisches Eingreifen. Ein Kommando unter dem gleichen Namen hatte schon einige Wochen zuvor eine Versammlung des Unterstützungskomitees für einen Deserteur angegriffen. In Erklärungen machte die GIN deutlich, daß es ihr darum geht, „**alle Heiligstätten des Antimilitarismus, eine nach der anderen, auszurotten.**"

Faschistische Überfälle und Provokationen wurden u. a. auch auf ein antimilitaristisches Treffen in Versailles, auf einen Versammlungsort der CDA (demokratisches Soldatenkomitees) in Paris, auf eine antimilitaristische Versammlung in Nancy verübt; auf die Wohnung eines der 103 Bauern von Larzac, die seit langem einen zähen Kampf gegen den Raub ihres Landes zugunsten militärischer Anlagen führen, wurde ein Bombenanschlag verübt.

Aber nicht nur dem Antimilitarismus gelten die Anschläge der Faschisten. So gab es auch Anschläge und Überfälle gegen die „französisch-arabische Freundschaftsgesellschaft", gegen den Sitz der PCF („KP") im 15. Arrondissement in Paris, gegen bretonische Befreiungskämpfer, gegen Plakatkleber der Sozialistischen Partei in Asnieres, gegen Plakatkleber von „Revolution" in Draguignan.

Der KB hat den Genossen von 'Révolution' anläßlich des Angriffs auf ihr zentrales Büro „**im Kampf und in der Abwehr solcher Provokationen unsere uneingeschränkte Solidarität**" übermittelt. ●

---

stellen". Das sind Zitate aus dem unter der NS-Diktatur erschienenen Buch von Paul Rohrbach „Deutschlands koloniale Forderung" (Hamburg 1935).

Die Identität der Meinungen sticht ins Auge. Dem Rassismus ist entgegenzuhalten, daß der Mensch nicht das Produkt angeborener und unveränderlicher „Rassenmerkmale" ist, sondern das Produkt seiner historischen, sozialen und geographischen Umgebung. Welches Urteil hätte z.B. ein Beobachter aus den Kulturstaaten des Mittelmeerraumes vor 2.000 Jahren über die ungleich weniger entwickelten Bewohner Mitteleuropas fällen müssen? Zu jeder kulturellen Leistung unfähig? Nur für Jagd und primitiven Ackerbau geeignet? ... ●

Ein Genosse aus Altona und AK-Redaktion

Aktionseinheit von Schleswig-Holstein demonstrierte in Kiel



Circa 800 Jugendliche demonstrierten am 22.3. in Kiel gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, Stufenausbildung und politische Entrechtung. Getragen wurde die Demonstration von einer schleswigholsteinischen Aktionseinheit, zu der sich fortschrittliche Jugendorganisationen des Landes auf Initiative der Jugendvertretung der HDW-Kiel zusammengeschlossen hatten. Im einzelnen beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung der Aktion:

Jugendvertretung (JV) der HDW-Kiel, Jugendvertrauensleutekörper der HDW, Kommunistischer Bund (KB)/Gruppe Kiel, SV der Berufsschule G 1 Kiel, Initiativgruppe Uni Kiel, HBV-Jugendgruppe, Jugendzentrum (JZ) Lübeck, KB/Gruppe Lübeck, Stadtjugendring Neumünster, SV der Holstenschule, Jugendgruppe der IG Holz- und Kunststoff Flensburg, ehem. Jugendgruppe der IG DruPa, Schulsprecher und Schülerparlament der gewerblichen Berufsschule Flensburg, Komitee von Schülern und SV-Vertretern der kaufmännischen Berufsschule, JV Danfoss, JV Severin und Schmidt, JV Fahrzeugwerke Nord, Vollversammlung der Jugendzentren Flensburg, KB/Gruppe Flensburg, arbeiterfilmclub e.V., Komitee von Schülern der Realschule West, Schülerkomitee und stellv. Schulsprecher der Goethe Schule, SV der Auguste-Victoria-Schule, Jugendzentrumsinitiative Tarup, Ortskomitee der Aktionseinheit in Schafflund, SV, Schulsprecher und Schülerkomitee von Duborg Scholen, SV der Schule Adelby, Landjugendgruppe Wanderup, JZ Initiative Langballig, Sympathisanten des KB Kappeln, Initiativgruppe Gymnasium, Initiativgruppe Realschule, Sympathisanten des KB Plön, JZ Plön, Initiativgruppe Segeberg, Rendsburg, Eckernförde, IGM-Jugendgruppe Eutin-Malente, KB/Gruppe Eutin, KB/Gruppe Mölln, Jugendzeitungs-Kollektiv Mölln.

te, KB/Gruppe Eutin, KB/Gruppe Mölln, Jugendzeitungs-Kollektiv Mölln.

Unterstützung leisteten ferner der LSV-Vorstand berufsbildender Schulen und das Koordinationsbüro (KOOB) für Landesjugendzentren. An der Demonstration nahmen auch Vertreter der Hamburger Aktionseinheit teil – eine kämpferische Brise in den Aufwind an der Förde zu vermitteln, ließen sich ca. 150 Jugendliche aus Hamburg nicht nehmen.

Die Kundgebungsreden, Sprechchöre und Transparente orientierten sich wesentlich an der Plattform der Aktionseinheit, wie sie im Aufruf der HDW-JV (vgl. AK 57) und in einem weiteren Flugblatt niedergelegt worden war. Die dort genannte Stoßrichtung wurde darin um die nachfolgende aktuell-politische Erklärung ergänzt:

Daß dem Kapital unsere Initiative nicht schmeckt, ist allemal klar. Und was die Gewerkschaftsführung angeht...sie demonstriert nun dieser Tage mal wieder unmißverständlich, wessen Interesse sie sich verpflichtet fühlt, wenn sie jetzt über den mit ihr liierten rechten Betriebsrat (BR) der HDW-Kiel die Auflösung der Kieler HDW-Jugendvertretung (JV) beim Arbeitsgericht beantragt! Das ist die neueste Nachricht. Eine Breitseite also gegen die Aktionseinheit im Lande insgesamt, ein Versuch, die Initiative Jugendarbeit gewissermassen an ihrer Bastion, nämlich der HDW-Lehrlingsschaft, handlungsunfähig zu machen. Personell geht dieser den Kapitalisten dienende Vorstoß auf HDW-BR-Boß Otto Böhm zurück, ohnehin als eine Art „Mini-Meany" berüchtigt (in Anspielung auf G. Meany, jenen erzreaktionären US - Gewerkschaftsmafioso). Auf Böhms Konto gehen u.a. die seinerzeitigen Betriebsrausschmisse der HDW - Streikführer Schlüter und Westphal.

Die Aktionseinheit nimmt demzufolge aktuell die Forderung mit auf:

Sofortige Rücknahme des Auflösungsantrages gegen die HDW-JV!

Außerdem erhob die Aktionseinheit Protest dagegen, daß in Rendsburg den Jugendvertretungen von Ahlmann und Nobiskrug wegen ihrer Teilnahme mit dem Gewerkschaftsausschluß gedroht worden ist, dann dagegen, daß in Neumünster der Schülervertretung der Holsten-Schule aus gleichem Anlaß von der Schulleitung untersagt worden ist, über SV-eigene Gelder zu verfügen und dagegen, daß –ebenfalls in Neumünster– dem Stadtjugendring sämtliche Gelder gesperrt und weitere Sanktionen seitens der reaktionären Stadtväter auferlegt worden sind.

Angesichts der Hetzkampagne der Bourgeoisie nach der Lorenz-Entführung wurde auf dem Treffen der Aktionseinheit am 8.3. in Kiel eine Resolution unter der Parole: „Kampf der Faschisierung" verabschiedet. Darin heißt es unter anderem:

Wenn jetzt im Zuge der Lorenz-Geschichte der Abbau demokratischer Rechte fortgesetzt wird, polizeistaatliche Will[illegible] immer hoffähiger wird und an der nazimäßigen „Volksgemeinschaft" weitergeschweißt wird, wenn unter Einsatz aller demagogischen Mittel vom Volk ganz allgemein e[illegible] Votum für einen Rechtsruck in Richtung auf einen neuen Faschismus ergaunert wird, so muß klar sein, daß sich all das letztenendes entscheidend gegen die Arbeiter und das ganze Volk selbst wendet.

Die Eröffnungsrede auf der Demonstration hielt ein Vertreter der im Raum Flensburg zusammengeschlossenen Gruppen, die innerhalb der landesweiten Aktionseinheit ein imponierendes Kontingent stellten. In der Rede wurden noch einmal die sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen der Plattform der Aktionseinheit entwickelt, im einzel-

sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen der Plattform der Aktionseinheit entwickelt, im einzel-

nen besonders der Umstand angeprangert, daß das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit (wie der Arbeitslosigkeit in der BRD überhaupt) in Schleswig-Holstein relativ am größten ist und daß darüber auch alle soziale Demagogie der CDU (mit Ministerpräsident Stoltenberg) nicht hinwegtäuschen kann. Dementsprechend machten die Demonstranten „Lösungsvorschläge", z.B. *„Dregger, Strauß und Stoltenberg – in ein volkseigenes Bleibergwerk!"*

Unter roten Fahnen bewegte sich der Demonstrationszug durch das Kieler Arbeiterviertel Gaarden. Immer wieder wurde gerufen: „Lehrstellen her, Arbeitsplätze her – darum sind wir heute hier!" In dem Sinne, wie die Plattform der Aktionseinheit die unsozialen und jugendfeindlichen Maßnahmen der Kapitalisten vor dem Hintergrund der reaktionären politischen Ziele der Kapitalistenklasse darstellt, waren auch die Demonstrations-Parolen politisch zugespitzt: *„Strauß will nur Krieg und Diktatur – was ihn schafft, ist Arbeitermacht!"* oder, sehr beliebt, *„Gegen Stoltenberg und Strauß – Arbeiter die Fäuste raus!"* Ebenso wurde den Opportunisten aller Schattierungen eine Absage erteilt: *„Die Heuchler von der SPD tun der Reaktion nicht weh!", „DKP und SDAJ artig im Regierungstrott!"* Über die bevorstehenden Landtagswahlen hinaus wies die Parole den Weg: *„SPD nein, CDU nie – weg muß der Kapitalismus, her muß die Demokratie!"*

Mit viel Beifall wurde die Abschlußrede eines HDW-Jugendvertreters aufgenommen und immer wieder mit Rufen der Zustimmung unterbrochen. Der Redner betonte, daß ohne die Entwicklung selbständiger Schritte in den Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Jugendzentren von den beteiligten Gruppen auch keine derartige Demonstration klassenpolitischer Eigenständigkeit hätte zuwegegebracht werden können. Am Beispiel des jahrelangen Lehrlingskampfes auf HDW-Kiel wurde veranschaulicht, wie durch eine Reihe kleinerer erfolgreicher Kämpfe das Selbstgefühl der jungen Kollegen moralisch und politisch gewachsen ist. So ist es den HDW-Bossen im Verein mit den sozialdemokratischen BR-Fürsten und Gewerkschaftsfunktionären trotz vielfältiger übelster Bemühungen bislang auch kaum gelungen, den Lehrlingskampf zu liquidieren. Dem Klassenfeind ist es nach den Worten des HDW-Jugendvertreters indessen weiterhin gelungen, die künstliche Kluft zwischen den Lehrlingen und den älteren Kollegen aufrechtzuerhalten. Ferner wurde gesagt, daß wir uns nur wirksam wehren können, wenn wir über die unmittelbare Auseinandersetzung im Betrieb hinaus den politischen Kampf gegen die Faschisierung führen – genauso, wie sich die Alternative des Sozialismus nur aus dieser Perspektive eröffnet. Anhand jüngster Beispiele von polizeilichen Knüppeleinsätzen an zwei Kieler Berufsschulen und der Realschule in Eutin belegte der Redner die fortschreitende Faschisierungsgefahr, wie wir sie auch in Schleswig-Holstein am eigenen Leib spüren, nicht zuletzt ja auch bei den zahlreichen von der Polizei gegen Antifaschisten verteidigten Neonazi-Provokationen in Eckernförde, Eutin, Plön usw. Die Rede unterstrich daher nachdrücklich den notwendigen Zusammenhang des Kampfes gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik mit dem antifaschistischen Kampf und machte das auch für das Kampfprogramm der Aktionseinheit zum 1. Mai geltend.

Die Kundgebung schloß mit einer Grußadresse der Hamburger Aktionseinheit und einem Aufruf zur konkreten internationalistischen Verpflichtung (in Form von Veranstaltungen u. dergl.) angesichts der Kämpfe unserer indochinesischen und portugiesischen Klassenbrüder.

Am Nachmittag fand eine Veranstaltung der Aktionseinheit in aufgelockerter Atmosphäre statt. „Müllers Kampfkapelle" sorgte für die Untermalung eines improvisierten Erfahrungsaustauschs zwischen den teilnehmenden Gruppen. Spendensammlungen erbrachten rund DM 800,- insgesamt, wovon die Hälfte für einen von HDW-Kiel gefeuerten politisch aktiven türkischen Kollegen be-

---

Hannover:

Weitere Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen

Die ursprünglich für den 1. April geplante Fahrpreiserhöhung . wurde kurzfristig um eine Woche „vorverlegt" – um die Aktionen gegen diesen Beschluß zu spalten und totlaufen zu lassen.

Trotzdem folgten am 24. März über 2.000 Menschen den Demonstratio[illegible] aufrufen von einigen „Fahrpreis-Komitees" und dem KBW. Auch der KB beteiligte sich an dieser Aktion.

Die DKP hatte in einer Diskussion [illegible] nige Tage vorher groß herumgetönt: Sie habe keine Aktionseinheit nötig. Das Aktionskomitee „Roter Punkt" sei d i e Aktionseinheit, der man sich nur anschließen müsse. Alles andere seien „unbedeutende Splittergruppen". Nun standen die DKP-Strategen am Rande und zählten mit verbissener Miene die Demonstranten, deren Zahl am Schluß auf über 2.000 anwuchsen. Der KBW sonnte sich im Erfolg „seiner" Politik – doch die Zahlen sprechen nur sehr bedingt für den Einfluß dieser oder jener Organisation. Viel ist spontane Bewegung, die, egal welche Organisa-

bedingt für den Einfluß dieser oder jener Organisation. Viel ist spontane Bewegung, die, egal welche Organisa-

tion aufruft, gegen die Fahrpreiserhöhung auf die Straße geht.

Dies gilt allerdings nicht, wenn die „KPD" zu einer Demonstration aufruft. Sie machte mit 30 Mann unter „korrekten" Parolen (tarifliche Bezahlung der Fahrzeit – Fahrpreisboykott) einen 10-km-Gewaltmarsch durch Hannovers Arbeiterviertel Linden und schloß sich dann als „revolutionäre Reihe" der großen Demonstration an. Wacker gekämpft!

Die Polizei ging außerordentlich provokativ vor. An allen Ecken und Enden sah man Mannschaftswagen und Wasserwerfer – auch an Stellen, wo absolut nichts zu „schützen" war. Am Steintor, dem zentralen Straßenbahnknotenpunkt, verhinderte die Polizei die übliche Schleife um den Verkehrskreisel. Als der Demonstrationszug daraufhin stoppte, um das weitere Vorgehen zu beraten, kamen sofort mehrere Mannschaftswagen und machten deutlich, daß der Polizei an einer Prügelei viel gelegen war. Diese begann sie dann noch am Ende der Demonstration, als einige Demonstranten nicht schnell genug die Straßenbahngleise verließen.

KBW: Alles auf die Fahrpreiserhöhungen konzentrieren!

Nach der Demonstration führte der KBW noch eine Veranstaltung durch, auf der über das Vorgehen gegen die Fahrpreiserhöhung diskutiert werden sollte.

Hier kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen KBW und „KPD", die sehr deutlich die unterschiedlichen Linien – und die im wesentlichen gleichen Fehler – zeigt.

Die „KPD" propagiert den Fahrpreisboykott, d.h. sie stellt sich nach Schichtschluß an die Straßenbahnhaltestellen vor Conti Gummi Vahrenwald und fordert mit Diskussionen die Kollegen zum kollektiven Schwarzfahren auf. Nichts Schlechtes – wenn es klappt. Die „KPD" führt zwar als Argument an, daß so der Kampf „in die Betriebe" getragen werden könne. Als sehr negativ zeigt sich jedoch, daß eben in den Betrieben keine Gruppen von Arbeitern bestehen, die diese Kampfform selbständig vorantreiben. So gelang es der „KPD" bisher nur einmal, einen Straßenbahnwagen vollständig zum Boykott zu bewegen. Sonst sind es immer nur ein paar Kollegen – oder keine.

Der KBW lehnt „wirtschaftliche Kampfmittel" wie Boykott oder Blockade ab (Streik vielleicht auch?). Begründung: Wir führen hier einen politischen Kampf gegen das Großraumparlament (den formalen Verantwortlichen für die Fahrpreiserhöhung), das können wir nur auf der



Straße tun (warum eigentlich?). Dabei vertritt der KBW ein pädagogisches Konzept, wie er die Kämpfe „weitertreiben" will: Erst, in einer „Defensivphase", wird die Forderung „keine Fahrpreiserhöhungen, keine Stufentarife" als ökonomische Minimalforderung aufgestellt. Dann, wenn die Kämpfe weit genug entwickelt sind (d.h. wenn sie auf den energischen Widerstand der Bourgeoisie treffen), zaubert der KBW eine „Offensivparole" hervor wie das As aus dem Ärmel: „Für den Sturz des Großraumparlaments". So wird die eine beschränkte ökonomische Forderung „politisiert" nach klassischem ökonomischen Rezept.

Zwei gemeinsame Fehler von KBW und „KPD":

Das wirkliche Kräfteverhältnis wird nicht mit in die Überlegungen einbezogen. Darauf angesprochen, daß die Erfolgschancen gering seien, kommt immer der wilde Dreh: Das liegt eben daran, daß du und du und du eben zu wenig machen. So wird die Durchsetzung des Ziels als Sache hingestellt, die man mit etwas gutem Willen und Hartnäckigkeit schon schaffen könnte.

Der zweite Fehler ist die Einschränkung der Diskussionen, Aktionen und der Propaganda auf das Problem der Fahrpreiserhöhungen (oder allenfalls der Inflation allgemein), wobei die „KPD" zumindest versucht, Zusammenhänge darzustellen; dies aber nicht als konkrete Enthüllung, sondern immer nur als spruchhaftes „Hineintragen des Sozialismus". Dabei sitzen wir auf einem Sack konkreter Probleme, z.B. im Ausbildungssektor, wo es in Hannover eine vergleichsweise breite Bewegung gibt.

Im Sinne der Politik des „Zuspitzens" auf ein Problem liquidiert der KBW auch eine politisch weiterführende Diskussion in seinen Komitees als „ablenkend".

Was der KBW alles für ablenkend hält, können z.B. die Genossen der spanischen kommunistischen Organisation MCE erzählen, die am 14.3. eine Veranstaltung über die Lage in Spanien durchführten. Der KBW sagte groß seine Unterstützung zu, erschien dann aber nur mit fünf Genossen! Die Beteiligung an einer von uns veranstalteten Diskussion über die Außenpolitik der VR China lehnte der KBW ebenfalls ab. Was wird der KBW erst sagen, wenn Teile der Bevölkerung zur Zeit der Fahrpreisaktionen „ganz andere" Probleme zum Gegenstand von Aktionen machen, wie z.B. die IGS (Integrierte Gesamtschule) Linden, deren Streik gegen die miese Raumsituation am 1. April weitergehen soll.

Die Fahrpreiserhöhungen sind eben nicht der Nabel der Welt, auch nicht in Hannover.

Im nächsten AK werden wir über den weiteren Verlauf der Aktionen berichten. •

KB/Gruppe Hannover

stimmt war und rund DM 150,- zur Aufrechterhaltung der fortschrittlichen Arbeit des Stadtjugendrings Neumünster.

Zieht man ein knappes Fazit, so verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß es der Aktionseinheit gelang, über das Niveau der Demonstration der DGB-Jugend in Kiel vom September des vergangenen Jahres wesentlich hinauszugehen: politisch gesehen, weil die Eigenständigkeit realer Arbeit an den Fronten des Jugendkampfes repräsentiert war und nicht bloß mehr oder minder leere gremienpolitische Hüllen (wie die KJAs und OJAs), politisch - ideologisch gesehen, weil sich die Demonstration nicht im Schlepptau dessen bewegte, was der DGB erlaubt (und das ist allenfalls Reformismus) und das mit einem Mobilisierungseffekt, wie er für schleswig-holsteinische, speziell Kieler Verhältnisse, beträchtlich ist!

Anfeindungen gegen die Aktionseinheit auch von „links"

Die SDAJ (und die von ihr bzw. Trotzkisten angeführten gewerkschaftlichen Gremien (OJAs)) lehnten die landesweite Initiative ab, indem sie sich auf ihre eigenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die der DGB-Gewerkschaften beriefen. Der HDW-JV wurde das Recht abgesprochen, zu derlei Initiativen überhaupt aufzurufen. Darin stimmte man also mit den HDW-Bossen und den rechtssozialdemokratischen Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftsgrößen voll überein. Auf dieselbe „Argumentationsstufe" des erbärmlichsten Opportunismus stellte sich der KBW, beschränkte sich ansonsten aber auf markige Sprüche, wie „An der Aktion können sich nur Idioten beteiligen!" (was zumindest den guten Zweck erfüllte, den KBW restlos bei den Jugendlichen unbeliebt zu machen, die den Aufruf der HDW-JV unterstützten). Die rechtsopportunistischen Brüder von der SDAJ ließ die Aktionseinheit indessen so wenig schlafen, daß der Landesvorstand ein Abwiegelungsflugblatt voll antikommunistischer Hetze („von Maoisten gesteuert") im Lande ausstreuen ließ.

Eiligst wurde zum 22.3. nach Kiel ein Alternativprogramm ins Leben gerufen in Gestalt eines (so hätte man's jedenfalls gern gehabt...) „Volksfests". Doch weder Kieler Schollen zu 50 Pfg. fürs Pfund noch eine „Pep-pop-polit-Fete" und schon gar nicht der großangekündigte Besuch von Herbert Mies aus dem DKP-Vorstand vermochte mehr als 150 Getreue an – und gar niemand von der Demonstration wegzulocken.

Die „KPD" hatte in Ermangelung praktischer Ansätze in Schleswig-Holstein schlechterdings nichts Nennenswertes zur Aktionseinheit beitragen können. Also rief sie unmittelbar vor der Demonstration mit einem Flugblatt zu ebendieser auf – gleichwohl ohne eine Silbe über den HDW-JV-Aufruf oder die Aktionseinheit als Träger der Demonstration zu verlieren. Stattdessen sollte der Öffentlichkeit wieder mal der Eindruck vermittelt werden, daß „einzig von der KPD" alle Aktivitäten ausgingen.

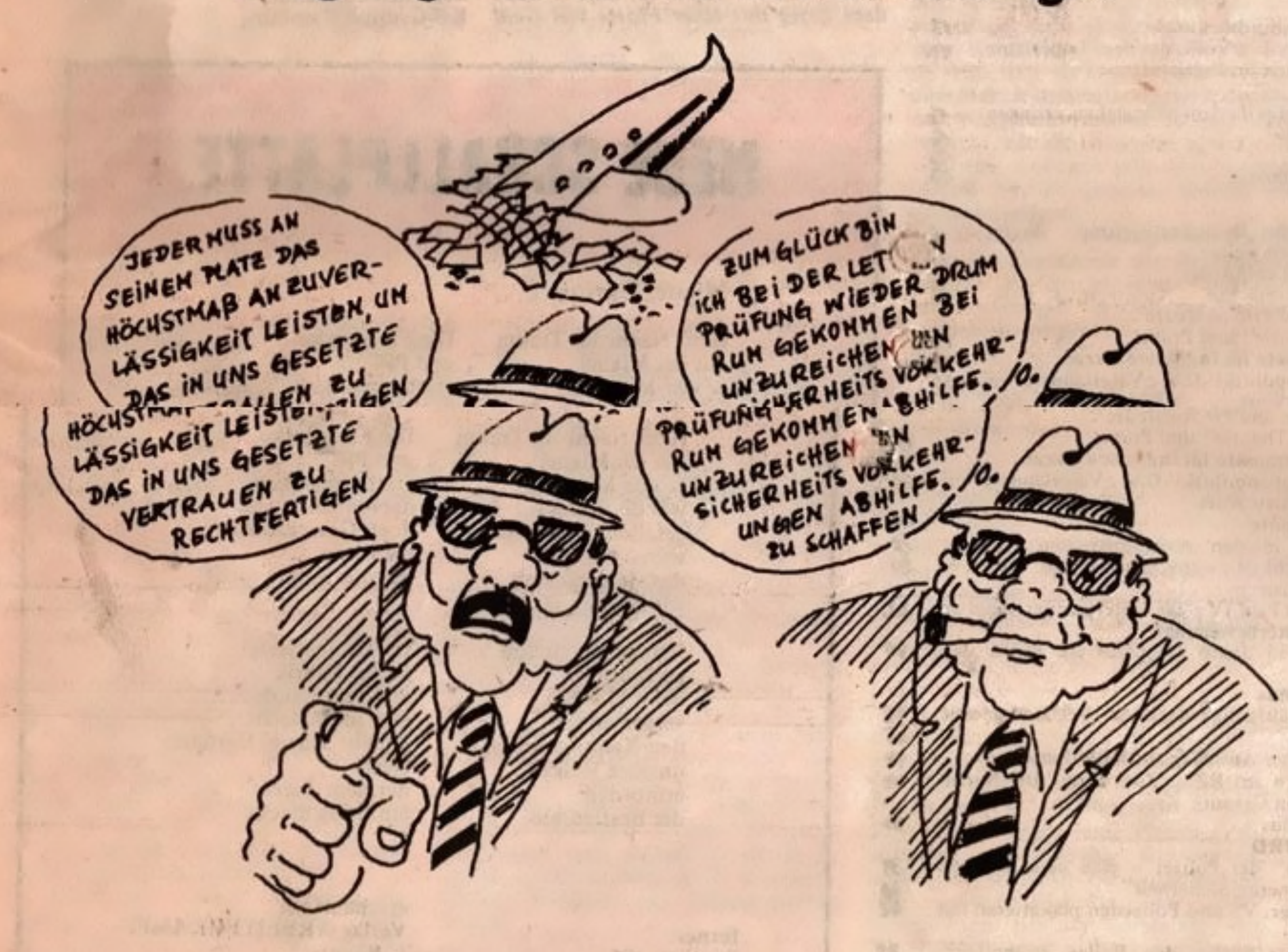
Die Teilnehmer der Demonstration distanzierten sich zu Beginn lautstark von diesem durchsichtigen Parteiladentrick und verwiesen den kleinen „KPD-Block" ans Ende des Demonstrationszuges.

Welches Dasein jetzt auch in ihrer einstigen Hochburg Kiel die „KPD/ML" nur noch fristet, zeigte sich anläßlich dieser Demonstration abermals. Hatte schon bei der Eröffnungskundgebung ein als „Rote Garde" kostümierter Trupp durch ein „Gegen-Megaphon" zu stören versucht, aber dabei keine Wirkung erzielt, so hatten sich dieselben Vögel zur Rückkehr des Demonstrationszugs einen ganz komischen Scherz ausgedacht: man nahm (vorschriftsmäßig kurzschnittig) drohende (!) Haltung gegenüber den Demonstranten ein... Eh ein Bullen-Kommando mit bereits gezücktem Polizeiknüppel „ordnungshalber" in die Menge dreschen konnte – worauf die „KPD/ML"-Provokateure wohl spekuliert hatten! – sahen sich Austs Jünger von Aktivisten der Aktionseinheiten rechtzeitig und mit „Nachdruck" in ihre sektiererische Ecke gedrängt. ●

KB/Gruppe Kiel

Nicht alle kommen runter

Flugzeugabstürze und ihre „Schuldigen"



Am 20.11.74 stürzte in Nairobi eine Boeing 747 (Jumbo-Jet) der Lufthansa aus etwa 50 m Höhe kurz nach dem Start ab. Von 157 Menschen wurden 59 getötet. Anfang Februar wurden die Lufthansa-internen Ermittlungen über dieses Ereignis abgeschlossen. Der amtliche Abschlußbericht von der internationalen Untersuchungskommission wird noch erwartet.
Als „Schuldige" für diesen Absturz stehen jedoch schon der Chefpilot Krack und der Flugingenieur Hahn im Mittelpunkt. Ihnen wird vorgeworfen, daß die für den Start notwendigen Vorflügelklappen nicht ausgefahren waren. Die Lufthansageschäftsleitung hat sie fristlos gefeuert. Krack und Hahn sind beim Frankfurter Arbeitsgericht gegen die Kündigungen vorgegangen, was aber erfolglos blieb.

Der LH-Vorstand, der den beiden einen Routine-Fehler vorwirft, nahm dies zum Anlaß, der gesamten Belegschaft in einem Rundschreiben den „Geist des Unternehmens" zu verdeutlichen. So steht in dem Rundschreiben:

„Zwar kann niemand für menschliche Arbeit den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben; aber das Höchstmaß an Zuverlässigkeit müssen wir, jeder an seinem Platz, leisten, um das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Dabei gibt es keinen gefährlicheren Feind als die falsche Selbstsicherheit (!), die notwendige Arbeitsvorgänge und Kontrollen durch Gewöhnung zur Routine werden läßt."

Was die Kapitalisten damit meinen, wird dann etwas später deutlich – es wird zum Mißtrauen und zur Nachspioniererei unter den Kollegen aufgerufen:

„Überwachen Sie sich in ihrer Arbeitsdurchführung gegenseitig (!!!), in unterstützendem Sinne! In allen Bereichen unseres Betriebes muß der Geist jener Disziplin und Exaktheit herrschen, der allein die Gewähr dafür bietet, unseren Unternehmensauftrag (!) zu erfüllen und uns auch in Zukunft die Bedingungen für den Erfolg unserer Arbeit zu erhalten."

Hier wird wieder einmal deutlich, daß die Angestellten und Arbeiter eines Unternehmens die Schuldigen für alles und jedes sein sollen. Noch krasser wird es an einem schon länger zurückliegenden Fall deutlich, der bis heute (aus den verschiedensten Gründen) Schlagzeilen macht.

Es handelt sich um den Absturz einer „BAC one eleven" der „Paninternational" am 6. September '71. Kurz nach dem Start in Hamburg-Fuhlsbüttel fiel die Leistung beider Triebwerke in etwa 250 m Höhe nach explosionsartigen Geräuschen so sehr ab, daß Kapitän R. Hüls nicht mehr zum Flughafen zurückkehren konnte, sondern auf der Autobahn Hamburg-Kiel, in der Nähe von Hasloh, notlanden mußte. 22 Menschen wurden getötet. Die Untersuchungen vom Luftfahrtbundesamt (LBA) in Braunschweig ergaben, daß statt demineralisiertem Wasser (der Treibstoff) Kerosin in die Brennkammern der Triebwerke gespritzt wurde. Wegen 300 kg Übergewicht hatten sich die Piloten in Hamburg zu einem „Naßstart" entschlossen; zu einem Start, bei dem demineralisiertes Wasser zur Kühlung in die Brennkammern eingespritzt wird. Doch als das Cockpit-Personal die Einspritzanlage für den „Naßstart" einschaltete, da wurde nicht demineralisiertes Wasser, das kühlen sollte, in die Brennkammern eingespritzt, sondern ein explosives Gemisch mit dem Treibstoff Kerosin. Das führte in Sekunden zu schweren Beschädigungen der Triebwerke.

Verantwortlich gemacht und verurteilt wurden dafür die Mechaniker Bernd Seifert und Erich Duverhorst. Der Co-Pilot Manfred Rhode wurde freigesprochen.

Der Hergang der „Tat" wird so geschildert: E. Duvenhorst mußte auf dem Düsseldorfer Flughafen an einer Boeing 707 eine Pumpe wechseln, draußen auf dem Vorfeld, für die Miete einer Halle gaben die Paninternational-Kapitalisten kein Geld. Bei dieser Arbeit lief Kerosin aus. Der Kollege rief einen Tankwagen, der es auffing. 100 Liter paßten nicht mehr in den Wagen. Dafür wurde ein entsprechender Behälter gesucht. Da die Firma den Arbeitern keine Werkstatt mit den notwendigen Mitteln gegeben hatte, suchte Kollege Duvenhorst in einer Ecke unter „Schrott und alten VW-Motoren" („Spiegel") nach einem Behälter. Er fand Plastikbehälter, in die er den restlichen Treibstoff füllte. Am nächsten Morgen sollte sein Kollege B. Seifert für die später abgestürzte Maschine, fünf Behälter mit demineralisiertem Wasser füllen.

Die zwei vollen Behälter fand er in der alten Ecke, drei ließ er füllen. Er roch an den beiden vorgefundenen Behältern, stellte jedoch nichts fest, da Kerosin milder riecht als z.B. Benzin. Hierzu sagte das Gericht in Kiel: „B. Seifert hätte nicht völlig gedankenlos gehandelt."

So wurden die Behälter in Düsseldorf in den Frachtraum der Maschine gestellt, in Hamburg wurde der Inhalt in die Triebwerke gefüllt.

Nach dem Start stürzte die Maschine ab. Dafür wurden die Mechaniker Seifert zu acht Monaten und Duvenhorst zu sieben Monaten mit zwei Jahren Bewährung am 28.2.74 in Kiel verurteilt. Die Gerichtskosten sollen sie „so nebenbei" auch zahlen. Sie belaufen sich auf 500.000,– DM!

Die wahren Ursachen und Zustände bei der Paninternational ließ das Gericht nicht ans Licht kommen. Daß die nicht vorhandenen Arbeitsmittel gar keine ordnungsgemäße Flugzeugabfertigung ermöglichte, ließen Richter und Staatsanwalt nicht zur Diskussion kommen. Stattdessen warfen sie den beiden Mechanikern auch noch vor: **„Wer in einem Saftladen arbeitet, muß besonders sorgfältig arbeiten!"**

Diese Leute, der Justiz und Behörden, die alle Schuld den beiden Arbeitern vorwarfen, waren es, die jahrelang die „Mängel" des Betriebes verdeckt haben. In dem 150-Seiten Dokument des „Paninternational-Untersuchungsausschusses" kamen einige Fälle von Verschleierung ans Licht.

In dem Untersuchungsbericht ist ein Gutachten vom 30.6.69 des LBA enthalten, in dem deutlich wird, daß die Piloten der Gesellschaft nicht genügend ausgebildet wurden: *„Das Unternehmen habe nicht einen einzigen Piloten im Beschäftigungsverhältnis, der als verantwortlicher Flugzeugführer eingesetzt werden könne (!!!). Selbst wenn dieser Mangel in absehbarer Zeit behoben werde, decke die geringe Erfahrung aller Flugbesatzungen gerade die Sicherheitsforderungen, die an den gewerblichen Luftverkehr mit Düsenflugzeugen gestellt werden müssen (!!!)."* („Spiegel", 18.9.72)

Das war 1969!!! Doch geändert wurde von den „Paninter"-Kapitalisten nichts.

„Regelmäßig vermerkten LBA-Prüfer in ihren Berichten, daß Flugbetriebshandbuch sei schludrig geführt, das zulässige Startgewicht der Maschinen sei bei Afrika-Flügen überschritten worden (!), und das gesamte Flugpersonal müsse erst noch im Gebrauch des Rettungs- und Sicherheitsgeräts unterwiesen werden (!!!). Beim Indienststellen einer weiteren Maschine, so warnte ein LBA-Beamter im Dezember 69, würden sich diese Schwierigkeiten noch vergrößern, ,da sich das Bestreben der Gesellschaft, die kaufmännischen Interessen voranzustellen, nicht nur auf Afrika beschränkt'." („Spiegel", 18.9.72)

Im Februar 1970 schrieb das LBA etwas schärfer: *„Die Summe aller bisher beobachteten Beanstandungen gebe Anlaß zu Bedenken."* Einen Monat später erkannte es, die Mängel bildeten *„eine Gefahr für die Verkehrssicherheit."*

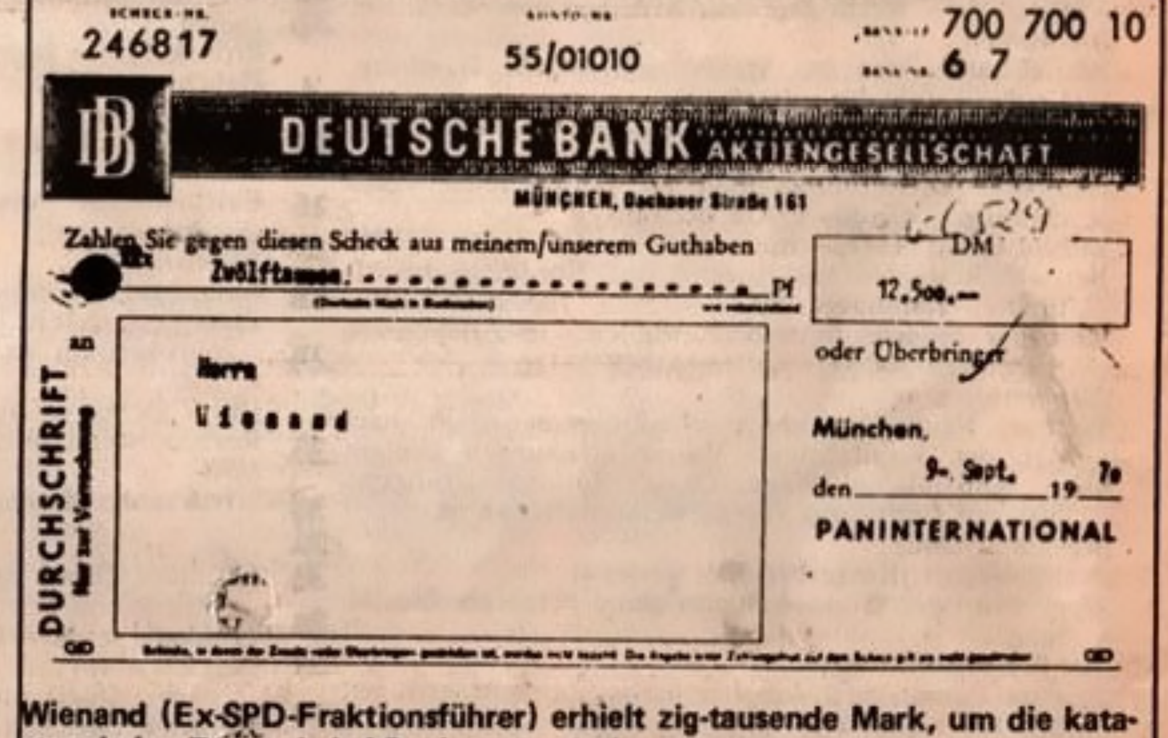
Ein Manager der Firma „versprach" daraufhin dem LBA Abhilfe. Doch bei „Paninter" wurde keine Besserung der Verhältnisse sichtbar. Zwei Monate später prüfte das LBA erneut. Doch nun geschah etwas Groteskes: Die Firma erhielt die Genehmigung vom LBA, zwei weitere Maschinen in Dienst zu stellen.

Die meisten amtlichen Auflagen wurden von der Geschäftsleitung der „Paninternational" nicht erfüllt, meldeten die LBA-Prüfer im Januar 1971. Auch der Reparaturbetrieb in Düsseldorf (wo die Verwechselung mit den Behältern geschah) wurde vom LBA kritisiert: *„Der Düsseldorfer Paninter-Werftbetrieb sei für die Wartung von Verkehrsflugzeugen völlig unzureichend!"*

Wie die Geschichte des Flugzeugabsturzes zeigt, hatte sich nichts geändert für bessere Bedingungen des Personals. Stattdessen wurde die Flotte immer größer. Zwei neue Langstreckenmaschinen (Boeing 707) wurden angeschafft.

„Diese bemerkenswerte Verdoppelung des Jet-Geschwaders hatte ein Mann mitbewirkt, der vordem nur aufs Wohl der Pauschaltouristen zu achten hatte: Joachim Kuehnel, Ex-Prüfungsbeamter des LBA, heuerte im März 1971 bei „Paninter" als Flugbetriebsleiter an." („Spiegel", 18.9.72)

MDB Wienand (SPD) kam zwar in den Verdacht, 162.500 DM „Beraterhonorar" von den Paninter-Kapitalisten bekommen zu haben, um die katastrophalen Mängel zu decken, doch er bestritt es. Man wies ihm bis heute nichts näheres nach. Bekannt ist aber, daß Wienand trotz der bekannten Mängel half, die Landerechte und Flugerlaubnisse der Gesellschaft immer wieder zu verlängern.


Scheck-Nr. 246817 — 55/01010 — 700 700 10 — 6 7

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN, Dachauer Straße 161

Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben
Zwölftausend. - - - - - - - - - - - - DM 12.500,–
an Herrn Wienand
oder Überbringer
München, den 9. Sept. 1970
PANINTERNATIONAL
DURCHSCHRIFT

Wienand (Ex-SPD-Fraktionsführer) erhielt zig-tausende Mark, um die katastrophalen Zustände bei Paninter zu decken

Wienand (Ex-SPD-Fraktionsführer) erhielt zig-tausende Mark, um die katastrophalen Zustände bei Paninter zu decken

Absturzstelle des Paninter-Jets

„Runter" kommen bei Flugzeugabstürzen die Insassen und die „Schuldigen", wie hier zwei Mechaniker, die „in einem Saftladen nicht sorgfältig" genug waren. Aber runter kommen nicht die Kapitalisten, die die Zustände verursachen und die, die sie bei ihrer mörderischen Profitmacherei „beraten". ●

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Onassis- die Erde hat ihn wieder-

Ein Grund zum Feiern!

„Nach langer und schwerer Krankheit" hat der griechische Kapitalist und „Tankerkönig" Aristoteles Onassis, in einem amerikanischen (!) Krankenhaus in der Nähe von Paris das Zeitliche gesegnet. Jaqueline Kennedy, die lustige Witwe des ehemaligen US-Präsidenten und Anheizers des Vietnamkrieges, muß sich wohl einem anderen Kapitalisten an den Hals hängen. Tut sie es nicht, so werden Verdummungs-Illustrierte wie „Freizeit-Revue", „Quick" usw. arg in Verlegenheit kommen, fehlt ihnen doch kurzfristig der Stoff für neue Stories aus der Welt der „hohen Tiere".

Onassis gehörte zu jenen Vertretern der Kapitalistenklasse, die sich besonders gut darauf verstanden, ihr Kapital immer dort anzulegen, wo Höchstprofite zu machen waren. Nicht zufällig hatte er sich aufs Erdöl konzentriert: Öl wird, besonders in Kriegen, dringend benötigt. Wovon



Onassis – hier zusammen mit seiner letzten Errungenschaft Jaqueline Kennedy – gehörte zu den skrupellosesten Elementen seiner Klasse

sollen sonst die Panzer und Kriegsschiffe fahren, wovon die Flugzeuge fliegen? Wie kostbar den Imperialisten das „flüssige Gold" ist, machen ihre gegenwärtigen fieberhaften Kriegsvorbereitungen im Nahen Osten mehr als deutlich.

In ihren Nachrufen läßt die bürgerliche Presse durchblicken, womit Onassis sein Vermögen zusammenraffte: mit Krieg und Leichen! Die „seriöse" „Frankfurter Allgemeine" vom 22.3.: ***„Seine** (Onassis') **Philosophie wurde gekennzeichnet durch den Satz: ‚Wir leben in einer Gesellschaft, in der alle Mittel zum Geldmachen gerechtfertigt sind.'"*** Damit hat Onassis die Menschenverachtung der Imperialisten auf den Punkt gebracht.

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 17.3.75 läßt sich die „Laufbahn" von Onassis wie folgt umreißen: *„Handel mit orientalischem Tabak, Kauf von sechs Schiffen von wegen der Weltwirtschaftskrise* (1930, die Red.) *von in Schwierigkeiten geratenen kanadischen Reedern, Einstieg ins Tankergeschäft, h o h e G e w i n n e w ä h r e n d d e s Z w e i t e n W e l t k r i e g s, Abschluß eines Vertrages betreffend Erdöltransport mit König Saud im Jahre 1954, Gründung der „Olympic Airways" im Jahre 1957."*

Die gewissenlosen Lumpen-Journalisten des Springer-Konzerns, hier ein gewisser Hans-Jürgen Müller, werden noch etwas deutlicher:

„Später kaufte er noch sechs Schiffe hinzu** (jene 6 kanadischen, die Red.). **Stückpreis 20.000 Dollar. Sie waren damals zu nichts nutze. Onassis legte seine Billigware still. Es würden schon bessere Zeiten kommen. Sie kamen prompt. Der 2. Weltkrieg brach aus** (!)**, und wer Schiffsraum besaß, konnte ihn zu guten Bedingungen an die Alliierten vermieten. Mit jedem versenkten Schiff wurde Onassis reicher** (!!!)**. Gingen seine eigenen verloren, so erhielt er nach dem Krieg großzügige Entschädigungen. Waren es fremde, so wußte er, daß er nach dem Krieg mit einer Flotte viel Geld verdienen würde, weil Schiffsraum zunächst Mangelware blieb** (!)**. Gedacht, getan. Onassis kaufte sofort bei Kriegsende die alten Liberty-Schiffe der USA. Sechzehn Stück für 8 Mio. Dollar. Die National City Bank lieh ihm diese Summe."

Der Koreakrieg ließ dann ja auch nicht mehr lange auf sich warten. So ist denn der Aufstieg des Kriegsgewinnlers Onassis mit Millionen von Leichen gepflastert, die gar kein so schönes Begräbnis hatten, wie er es nun gehabt hat.

Onassis' Tanker fuhren fast ausnahmslos unter „billigen Flaggen" (Griechenland, Liberia etc.) gemäß seinem Ausspruch: *„Das Land meiner Wahl ist dasjenige, das die größte Steuerfreiheit gewährt und die wenigsten Handelsbeschränkungen und andere unvernünftige Vorschriften hat."* *(„Frankf. Allg.", 22.3.75)*

Wie „vernünftig" die Vorschriften in diesen „Steueroasen" der Imperialisten sind, erfuhren und erfahren täglich tausende von Seeleuten auf Schiffen unter Billigflaggen: Niedrige Löhne (bis auf die Antreiber im Offiziersrang), keine sozialen Rechte, keine Tarifverträge, mangelnde Sicherheitseinrichtungen usw.

Ist es nach all dem noch verwunderlich, daß Onassis auf seine alten Tage noch ausgezeichnete Beziehungen zu den griechischen Faschisten hatte und auf den Knochen der griechischen Arbeiterklasse ein Industrieimperium aufbaute?

Onassis ist tot, doch das Ungeheuer Imperialismus lebt noch. Schon streiten sich die Wölfe um sein Erbe, um in seinem Sinne weiterzumachen. Gegenwärtig liegen wieder zahlreiche Riesentanker beschäftigungslos in den Fjorden Norwegens und vor Piräus, und wieder warten neue Onassis darauf, ihr Geschäft mit Krieg und Leichen zu machen.

Legen wir ihnen das Handwerk, bevor sie die Menschheit in eine noch grauenvollere Katastrophe reißen!

Seeleute-Genossen,
KB-Gruppe Hamburg

INHALT :

Klöckner, Bremen: Betriebsrätewahlen
Kurzarbeit und verschärfter Arbeitshetze 27
Rationalisierung

mus vertraut, ist verraten und verkauft
Eritrea
Das Volk von Eritrea wird seine Unabhängigkeit erringen 16